



AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848



vom 06. Juni 2024

**Ein gemeinsamer Rundbrief von AG Ostmitteleuropa (AGOM) e. V.
Berlin und Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin
Herausgegeben von Reinhard M. W. Hanke (V.i.S.d.P.)**

Auflage: Verteiler von über 2.400 Konten

www.ostmitteleuropa.de

www.westpreussen-berlin.de

Anschrift der Redaktion: agom.westpreussen.berlin@gmail.com

Landsmannschaft Westpreußen e. V., Brandenburgische Straße 24 – Steglitz, 12167 Berlin

Ruf: 030-257 97 533 (Büro), Fax-Nr.: auf Anfrage

Postbank Berlin: IBAN DE26 1001 0010 0001 1991 01 BIC PBNKDEFF, LM Westpreußen



Stettin, Hakenterrasse.- Aufnahme.: WIKIMEDIA.

Seiten A a bis A e: Übersicht in Karten

Seite A f: Impressum

Danach das Inhaltsverzeichnis für Teil A von insgesamt 7 Seiten



P. Jordan: „Großgliederung Europas nach kulturellräumlichen Kriterien“, Europa Regional 13 (2005), Heft 4, Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig. Karte Europa Grünes Band.png

https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Grossgliederung_Europas.png

Eine eindeutige Definition der geografischen Regionen West- und Ostmitteleuropa ist kaum sinnvoll, weil die historische Entwicklung und der Entwicklungsstand[1] der dort liegenden Staaten zu berücksichtigen wäre.

Im Sprachgebrauch West- und Mitteleuropas spiegelt sich annähernd folgende Zuordnung der Staaten wider:

- Westmitteleuropa: Deutschland, Österreich, die Schweiz und Liechtenstein
- Ostmitteleuropa: zumindest Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn. Manchmal werden auch Rumänien, Slowenien und Kroatien dazugezählt.

Landschaftlich gehört Ostösterreich zu Ostmitteleuropa, die Zuordnung Österreichs zu Westmitteleuropa wurzelt politisch-geographisch in der Zeit des mittleren zwanzigsten Jahrhunderts. Physisch ist hier die Grenze im Raum zwischen Alpen und Böhmischer Masse zu sehen. Diese Grenze entspricht etwa den klimatischen Grenzen des atlantischen Einflussbereichs zum Pannonischen Klima.

West- und Ostmitteleuropa in diesem weiteren Sinne zusammen entsprechen etwa auch dem Begriff Mitteleuropa oder Zentraleuropa, englisch Central Europe (CE). Abzugrenzen ist diese kulturgeographische Region vom wirtschaftspolitischen Begriff MOEL Mittel- und osteuropäische Länder / CEE Central and Eastern Europe, einem Konzept, das etwas umfassender dem hier erwähnten Ostmitteleuropa entspricht oder umfassend östlicher zu sehen ist.

Quelle: WIKIPEDIA „Ostmitteleuropa“, aufgerufen am 28.11.19, 12:50 Uhr:

<https://de.wikipedia.org/wiki/Ostmitteleuropa>

s.a. Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg: Begr. „Ostmitteleuropa“ im

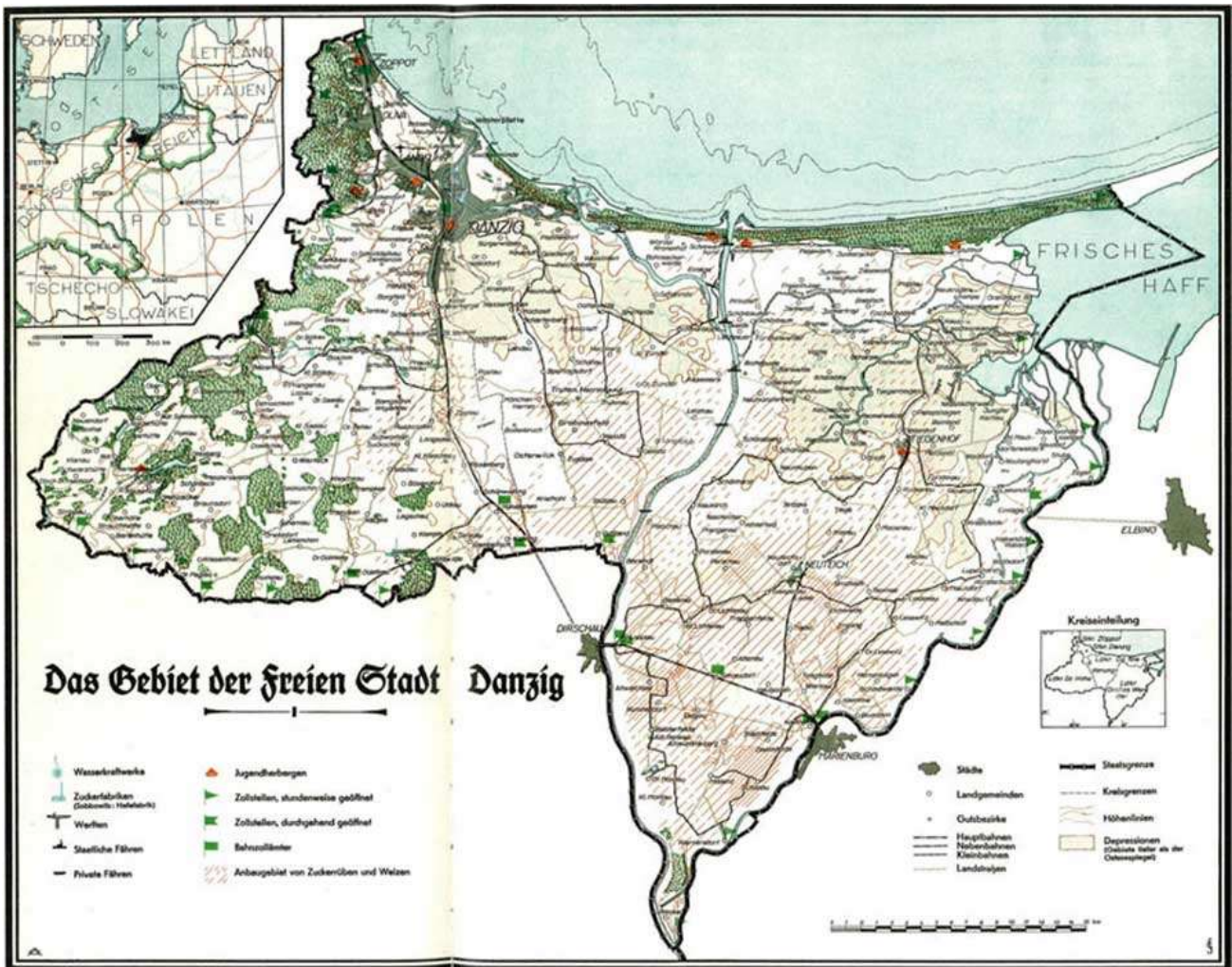
Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa

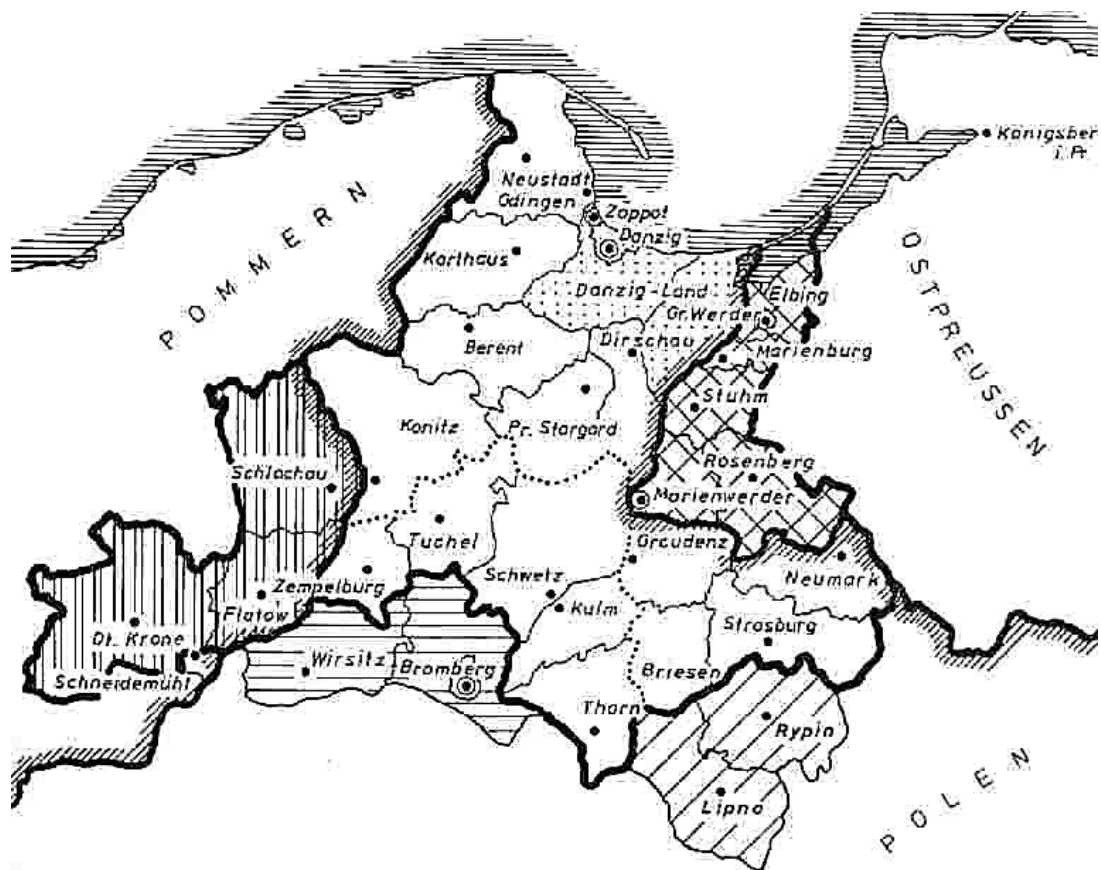
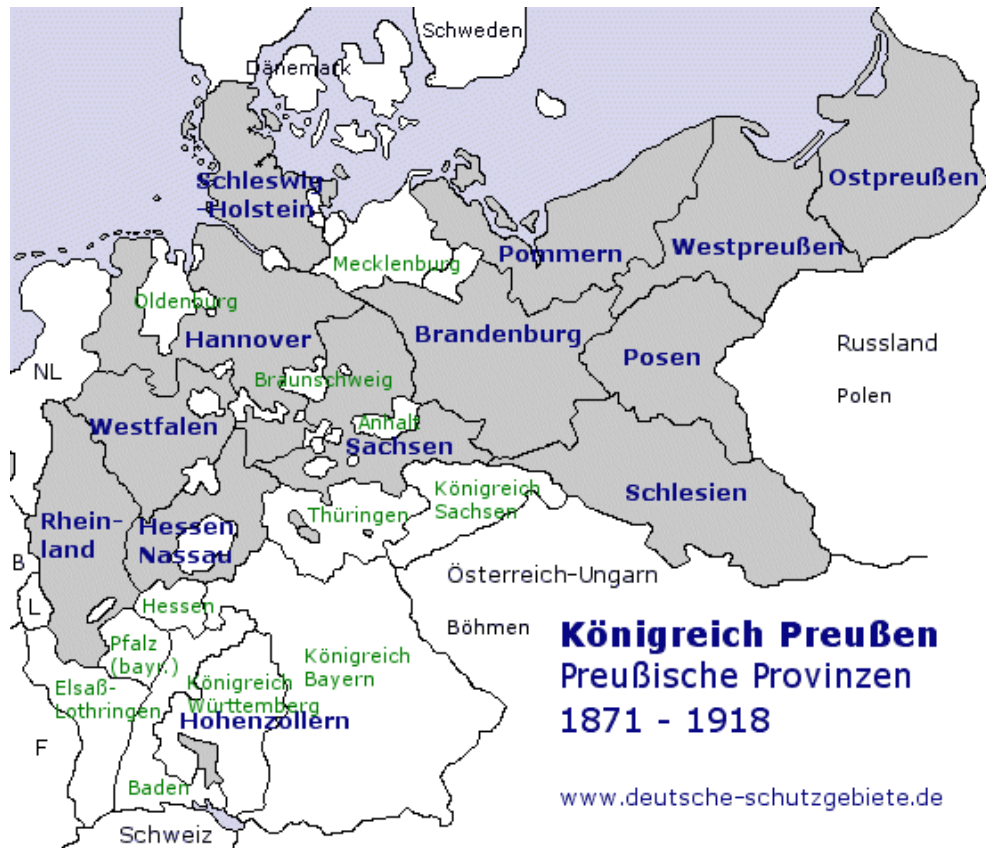
<https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/ostmitteleuropa>



Nec temere nec timide
Weder unbesonnen noch furchtsam

- Wahlspruch der Hansestadt [Danzig](#) -





Karte der Provinz Westpreußen von 1878 – 1920.
(siehe zur Erläuterung die Karte auf Seite A b unten)

IMPRESSUM

Büro der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin:
Brandenburgische Straße 24 Steglitz,
12167 Berlin
Ruf: 030-257 97 533; Fax-Nr. auf Anfrage.
Öffnungszeiten: Mo 10-12 Uhr und nach Vereinbarung.
<agom.westpreussen.berlin@gmail.com>



Unsere Geschäftsstelle im Sockelgeschoss des Hauses Brandenburgische Straße 24 in Berlin-Steglitz
Kontakt zur Wohnbevölkerung und zu den Vorbeiwandernden ist selbstverständlich!



Redaktionsschluss für diesen AWR-Nr. 847 vom 02.05.2024:

Mittwoch, 30.04.2024, 12:00 Uhr (vereinzelt auch früher)

Der nächste Rundbrief Nr. 848 erscheint) voraussichtlich, am Donnerstag, dem 06.06.2024.

Redaktionsschluss für AWR-848: Montag, 03.06.2024, 12:00 Uhr

Achtung! Ab Januar 2023 erscheint der AGOMWBW-Rundbrief (AWR) monatlich!

Wir bitten die Veranstalter, bei der Meldung ihrer Termine, das zu berücksichtigen!

Wir sind keine Tageszeitung!

Dachverband Steglitz-Zehlendorfer Seniorenvereinigungen:

Hier arbeiten wir – AG Ostmitteleuropa e. V. (AGOM) Berlin und Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin - erfolgs- weil ergebnisreich mit:

Tanzgruppe „Beschwingter Kreis“ – Leitung Horst Teschendorf
Chinesische Tanzgruppe Berlin – Leitung QunZu
Montagsgruppe Selerweg-Griechischer Tanz – Leitung Thomas Bakalios
Folklore Tanzkreis – Leitung Marlies Hartung



REISEN UND WANDERN

Reise und Wandergruppe „Post-Senioren“ – Leitung Hans-Eckhard Bethge
Erlebnisreisen – Leitung Detlef Lohmann



REPAIR CAFÉ

Repair-Café – Leitung Rüdiger K. Büttner



UND WAS GIBT ES AUCH NOCH?

Selbsthilfegruppe für pflegende Angehörige – Leitung Marina Dillmann
Arbeitsgemeinschaft Ostmitteleuropa e.V. – Leitung Reinhard M.W. Hanke
Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin – Leitung Reinhard M.W. Hanke
Briefmarken – Leitung Wolfgang Hartmann
Seniorengruppe Feierabend – Leitung Friedrich Limbach
Auszeit für die Seele – Leitung Ivette Nitsche
FAL-Freude am Leben e.V. – Leitung Rosita Schiffler
Hausfrauen-Trödel – Leitung Eveline Zitzlaff

Die Gruppen haben alle eine Gruppenleitung, die ehrenamtlich tätig ist und Interessenten und Neueinsteiger gerne berät.

Haben wir Ihr Interesse geweckt? Dann rufen Sie uns bitte an.
Wir beraten und vermitteln Sie an eine unserer Gruppen.
Wir stehen Ihnen ebenfalls zur Verfügung, wenn Sie eine Gruppe gründen möchten.



KONTAKT

Michael Mielke, 0176 – 34 66 58 27
michaelmielke1000@t-online.de
Zusätzliche Informationen finden Sie unter
www.seniorenmitpower.com



Aktiv im Alter – Gemeinsam statt einsam



50 Jahre Dachverband – Ein Rückblick, aber auch ein Ausblick

Anfang der 70er Jahre kamen in Steglitz die ersten Seniorengruppen zusammen, um ihre Freizeit zu gestalten. Unter dem Motto: „Miteinander – Füreinander“ gründeten sie am 5. September 1973 den Dachverband Steglitzer Seniorenvereinigungen unter der Leitung von H.J. Behrendt. Bis 1991 war der Dachverband auch gleichzeitig Seniorenbeirat im Bezirk und nahm Aufgaben wahr, die heute von der Seniorenvertretung übernommen worden sind. Mit der Verschmelzung der Bezirke Steglitz und Zehlendorf fand die Anpassung des Dachverbandes statt, so dass es heute den Dachverband Steglitz-Zehlendorfer Seniorenvereinigungen gibt. Das Interesse der älteren Bevölkerung an aktiver Freizeitgestaltung hat im Laufe der Jahre stetig zugenommen. Heute sind 55 Mitgliedsgruppen in 8 Sparten organisiert. Der Dachverband ist überparteilich, unabhängig, gemeinnützig und wird vom Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf und vielen Spendern unterstützt und gefördert. Was ist Aufgabe des Dachverbandes in der Zukunft? Nicht nur gestern, sondern auch heute und morgen gilt es, Menschen eine Plattform zur Verfügung zu stellen, die ihrem Leben einen schöneren Sinn geben kann, die fördert und zusammenführt. Es steht für unsere Zielsetzung, Abwechslung und motivierende Grupeerlebnisse zu organisieren und wegzukommen von Langerweile. Der Dachverband wird auch in Zukunft als Sprachrohr für und Bindeglied zwischen Senioren und Bezirk auf ehrenamtlicher Basis zu verstehen sein und daher ein nicht weg zu denkender Faktor bleiben.



UNSERE ANGEBOTE IM ÜBERBLICK

FOTO UND VIDEO

Fotoclub Steglitz-Zehlendorf – Leitung Reinhard Krause
Berliner Tonfilm Amateure e.V. BTA – Leitung Inga Winterfeldt



GYMNASTIK UND YOGA

Cantienica-Beckenboden- und Rückentraining
– Leitung Corinna Buchholz
Yoga 50+ – Leitung Sabine Goldbach
Gymmis – Leitung Heidrun Kistler
Trampolinfitness – Leitung Tania Lipowski
Chi Gong Gruppe – Leitung Dr. Ortwin Lüers
Sportgruppe – Leitung Martina Lutter-Walther
Old Gymnastics Boys – Leitung Michael Mielke
Gymnastikgruppe Trimmis – Leitung Ilona Nixdorf

Yogagruppe – Leitung Hildegard Pätzold
Taiji Gruppe – Leitung Wolfgang Wagner



KARTENSPIELE UND SCHACH

Doppelkopf für Nichtraucher – Leitung Conny Amor
Bridge Sport Club Nr. 6 – Leitung Claus-Dieter Barnowski
Canasta – Leitung Eva-Maria Fornarelli
60 + Doppelkopf ohne 9! – Leitung Hans-Jürgen Rook
Bund Schachgruppe – Leitung Abdollah Safai-Nia
Skatfreunde ,09 – Leitung Thomas Scherzer
Skatfreunde Kute 85 – Leitung Wolfgang Schuttsch
Skatgruppe – Leitung Jürgen Seidel
Doppelkopf für Nichtraucher „Moonlight Gamblers“
– Leitung Kurt Thiede
Bridge – Leitung Wolfgang Walter
Skatgruppe – Leitung Sylvia Weihe



KREATIVES GESTALTEN

Malen – Leitung Monika Fischer
Malen „Berliner Palette“ – Leitung Renate Heckert
Porzellanmalen – Leitung Gabriele Tschampel
Acrylmalgruppe – Leitung Antonia Vogt



MUSIK UND TANZ

Nefatari – Orientalischer Tanz – Leitung Gisela Altintas
Seniorenorchester Berlin-Zehlendorf – Leitung Renate Blauert-Catudal
Alphorn – Leitung Horst Jaitner
Shanty-Chor Berlin e.V. – Leitung Peter Keller
Kapelle B/The Dixies/September – Leitung Karl-Josef Lenz
Square Up's SDC – Leitung Günter Löscher
Ess Choreal – Leitung Gisela Manz
Frauenchor – Leitung Heidrun Nicking
Dynamite Devils Berlin SDC – Leitung Rainer Peter
Honey Bears SDC – Leitung Carsten Rauter
Rubber Dollies SDC – Leitung Erika Schütten
Naturton-Salon – Leitung Gesa Schumann
Orientalischer Tanz – Leitung Alexandra Staats

Teil A
Inhaltsverzeichnis (Seiten A I – A V)

Karte Großgliederung Europas/Begriff „Ostmitteleuropa“	Seite A a
2 Karten zur Geschichte Westpreußens	Seite A b
Westpreußen in Physisch-geographischen Karten	Seite A c
„Freie Stadt Danzig“, Wappen und Karte	Seite A d
Karte des Königreichs Preußen und Karte der Provinz Westpreußen von 1871/78 – 1920	Seite A e
Impressum / Mit Bildern unserer Geschäftsstelle in Berlin-Steglitz	Seite A f
Dachverband Steglitz-Zehlendorfer Seniorenvereinigungen: Hier arbeiten wir – AG Ostmitteleuropa e. V. (AGOM) Berlin und Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin - erfolgs- weil ergebnisreich mit	Seite A g

Rechtsradikal? **Seite A 0**

A. a) Editorial **Seite A 1**

Petition für die Danziger Paramente

A. b) Stellungnahmen, Briefe und Leserbriefe **Seite A 2 – A 3**

01) Kulturgutschutz? So geht es!

A. c) Aufruf zur Unterstützung **Seiten A 4 – A 8**

- 1) Finanzielle Unterstützung der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin
- 2) BdV: Ewige Flamme“ in Berlin-Charlottenburg braucht Ihre Unterstützung
- 3) Aufruf des Leibniz-Instituts für Länderkunde: Heimatzeitschriften erbeten!

„Zum Wohle des deutschen Volkes...“, Grundgesetz, Artikel 64 und 56	Seite A 7
Du musst denken	Seite A 8

A. d) Forderungen und Grundsätze **Seite A 9**

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Forderungen-Grundsätze.pdf

- 1) Rettet die kulturelle Vielfalt – rettet den Sonnabend! „Rote Karte“ für die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG)
- 2) Der Begriff „Vandalismus“ ist zu brandmarken!

A. e) Fördermöglichkeiten

Seite A 10

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

- 01) Preise & Stipendien des Deutschen Kulturforums östliches Europa e. V. und weiterer Einrichtungen
- 02) Förderpreise und Förderstipendium der Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens e. V.
- 03) Bund der Vertriebenen: Beratungsstellen für Finanzielle Förderungen und Heimatsammlungen nehmen Tätigkeit auf

http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Foerdermoeglichkeiten.pdf

A. f/g) Bund der Vertriebenen mit den Ostdeutschen Landsmannschaften Landesgruppen und Heimatkreise; Blick auf/in Zeitschriften (Historisches Ostdeutschland und östliches Mitteleuropa)

Seiten A 11 – A 26

- 01) **DOD**Deutscher Ostdienst. Nachrichtenmagazin des Bundes der Vertriebenen. 67 Jahrgang / Nr. 2 /2024
- 02) Frauenverband im Bund der Vertriebenen e.V.
- 03) Frauenkreis im Bund der Vertriebenen e.V. in Berlin, 28.03.2024
- 04) 15.06.2023, Westpreußischer Gesprächskreis
- 05) **25.09.2024**, Tagesfahrt mit der Bahn nach Wismar (Deutschlandticket)
- 06) Heimatkreis Flatow
- 07) Heimatkreis Schlochau
- 08) Heimatkreis Wirsitz: Weißenhöher Himmelfahrt
- 09) 34. Weißenhöher Himmelfahrt 2025: Breslau
- 10) 15.06.2024, Heimatkreis Grenzmark-Treffen in Berlin
- 11) Landsmannschaft Schlesien – Berlin und Brandenburg e. V.
- 12) 13.06.2024, AGOM-Schlesien-Bibliothek:
Dr. Hans Weinert: Erdmannsdorf im Riesengebirge – Sommerresidenz preußischer Könige
- 13) **18.08.2024**, AGOM-Wanderung in Potsdam

A. h) Vortragsveranstaltungen

Seiten A 37 – A 64

- 01) 24.06.2024, 18.30 Uhr: Der Architekt Friedrich Heitmann (1853-1921) – ein deutscher Baumeister. (Mit Medien).
Referent: Jörn P e k r u l, Berlin

- 02) 21. Juni 2024, 19:00 Uhr:** Brandenburg. Strukturwandel in der Lausitz. (Mit Medien).
Vortrag von Uwe R a d a, Berlin
- 03)** Lehrkräfteseminar in Berlin, „Einladung zum Lehrkräfteseminar in Berlin - „Flucht und Vertreibung vermitteln“, 13.-15. September 2024
- 04)** 13.06.2024, Gerhart-Hauptmann-Museum Erkner: Endlich wieder normal? Kabarett
- 05)** 14.06.2024, UTB: Systemtransformationen in Belarus und deren Einfluss auf die politischen Beziehungen zu Polen.
Vortrag von Prof. Dr. habil. Krzysztof Fedorowicz;
Moderation: Dr. habil. Brygitta Helbig
- 06)** 08.06.2024, Landesgeschichtliche Vereinigung für die Mark Brandenburg: Drei Berliner Friedhöfe in Brandenburg. Besuch in Güterfelde und Stahnsdorf mit dem größten Friedhofsareal in Brandenburg, insgesamt ca. 6,0 km, geplante Dauer ca. 2,5 Stunden
- 07)** 22.06.2024, Landesgeschichtliche Vereinigung für die Mark Brandenburg: Glückliche Zufälle beim Kirchenbau in Hohen Neuendorf. Besichtigung der Kirche sowie weiterer baulicher Zeugnisse der Ortsgeschichte im unmittelbaren Umfeld von Bahnhof und Kirche.
Führung: Ingrid Zache (Hohen Neuendorf)
- 08)** 19.06.2024, Verein für die Geschichte Berlins e.V.: Egon Erwin Kisch und das Romanische Café.
Christian Buckard, freier Autor und Journalist, liest und erzählt die geschichte von egon erwin Kisch im Romanischen Café
- 09)** 24.-25.06.2024, Verein für die Geschichte Berlins e.V.:
Bundeskongress Heimat 2024: Heimat – Krieg und Frieden
- 10)** 15.06.2024, Literaturhaus Berlin: Li-Be Sommerfest »Letztes Heimspiel«
Abschiedsfest aus der Fasanenstraße 23
- 11)** 11.06.2024, Literarisches Colloquium Berlin: Im Juniversum von Elke Erb
- 12)** 28.05.2024, Topographie des Terrors: Abrechnung. Hitler, Röhm und die Morde vom 30. Juni 1934. Buchpräsentation, gemeinsam mit Molden Verlag
- 13)** 16.06.2024, Brandenburg-Preußen-Museum: Burgen, Bliden, Bombarden, Bastionen. Kriegführung im Mittelalter und die ersten Geschütze. Vortrag von Dr. Lutz Partenheimer
- 14)** 29.05.2024, 03.06.2024, Gesellschaft für Erdkunde: Auf dem Weg zur Verkehrswende? Vortrag von Prof. Dr. Matthias Gather, Fachhochschule Erfurt, Professur für Verkehrspolitik und Raumplanung
- 15)** 04.06.2024, Dr. Gerda Schirrmeister: Streifzüge durch die Vielfalt der Naturwerksteine in Berlin
- 16)** 29.06.2024, Dr. Gerda Schirrmeister: Grenzsteine und Naturwerksteine an Gebäuden im Regierungsviertel am Spreebogen
- 17)** 29.07.2024, Dr. Gerda Schirrmeister: Mehringplatz und Umgebung

- 18) 13.06.2024, URANIA Berlin: Skulpturale Dialoge - Käthe Kollwitz und Ernst Barlach treffen Georg Kolbe und René Sintenis bzw. BEZIEHUNGSWESEN. Vortrag Thomas R. Hoffmann
- 19) 04.07.2024, Staatsbibliothek zu Berlin: Kriegslandschaften verdichten: Joseph Roths Hotel Savoy. Vortrag von Prof. Dr. Ulrike Steierwald mit Lesung von Maria Hartmann

A. j) Ausstellungen usw. in Berlin und Umland

Seiten A 65 – A 93

- 01) Deutsch-Jüdisches Theater DJT im Saal des Theater-Coupés in Berlin-Wilmersdorf – Programm 2024
- 02) 06.03.2024 – 02.06.2024, Kommunale Galerie: Ukrainian Dreamers. Charkiwer Schule der Fotografie
- 03) 13.05.2024 – 15.09.2024, Kommunale Galerie: Susanne Wehland. My Eyes Are Set on Freedom. Malerei, Skulptur
- 04) Museen Berlin Tempelhof-Schöneberg: u.a. Dauerausstellung „Zwischen Feldern und Fabriken“
- 05) 15.09.2023 – 12.05.2024, Tempelhof Museum: Überlebenskunst. Alltag während der Luftbrücke. Sonderausstellung
- 06) Jürgen Henschel. Fotochronist im geteilten Berlin. Ausstellung, 17.11.2023-02.06.2024, Schöneberg Museum
- 07) Wir waren Nachbarn. Dauerausstellung
- 08) Stolpersteinverlegungen in Tempelhof-Schöneberg
- 09) Brandenburg-Preußen Museum: Einblicke in die Brandenburg-Preußische Geschichte. Die Hauptausstellung
- 10) Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung. Hinweis auf Startseite
- 11) Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung: Jede Fluchtkrise ist auch eine Bildungskrise, die Millionen Menschen trifft. UNHCR und Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung eröffnen gemeinsame Sonderausstellung
- 12) 23.06.2021, Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung: Das Jahrhundert der Flucht. Ausstellungs-Rezension

A. k) Ausstellungen usw. außerhalb des Raumes von Berlin

Seiten A 94 – A 118

- 01) Westpreußisches Landesmuseum, Warendorf: Kabinettausstellung im Kreuzgang: Heimatgefühle. Danzig im Postkartenmotiv
- 02) 2024/2025, Ostpreußisches Landesmuseum in Lüneburg: Jahresprogramm / Ausstellungen 2024/2025
- 03) Kulturzentrum Ostpreußen Ellingen: Ausstellungs- und Veranstaltungsprogramm 2024
- 04) Das Ausstellungsprogramm 2024 des Schlesischen Museums in Görlitz

- 05)** 12.11.2023-30.06.2024, Schlesisches Museum zu Görlitz: Kunst und Krieg. Zwischen Euphorie und Anklage
- 06)** Weitere Termine im Schlesischen Museum"
- 07)** Zentrum gegen Vertreibungen: Angebot von Ausstellungen

Den einzelnen weiteren Abschnitten B, C, D und E sind jeweils Inhaltsverzeichnisse vorgeschaltet!



Teil A

Petition für die Danziger Paramente

Liebe Landsleute, liebe Leser,

sind Sie auch enttäuscht über den Verlauf unserer Unterschriftensammlung für die Petition zum Erhalt von Danziger Paramenten als deutsches Kulturgut im Lande?

Enttäuschung ist wohl ein nicht zutreffender Ausdruck. Vielmehr sollten wir eher von einem Skandal sprechen. Parteien, Verbände (auch unsere eigenen), Vereinigungen, Kirchen, gesellschaftliche und öffentliche Einrichtungen – sie alle zeigten ihr Desinteresse. Allenfalls machten Schlagworte von „Europa“, „Freundschaft“. „Frieden und Zusammenarbeit“ die Runde. Halt, eine Partei im Bundestag richtete eine „Kleine Anfrage“ an die Bundesregierung. Die Antwort war enttäuschend.

Welche Partei? Na, welche schon. Die, die nicht zum demokratischen Spektrum gehören soll. Ausgrenzung pur!

Aber wir bleiben am Thema dran, gegen den Ausverkauf ostdeutschen, ja deutschen Kulturguts.

Den aktuellen Stand unserer Petition können Sie auf den Seiten

https://www.ostdeutsche-museen.de/html/ostdeutsche_museen.html

verfolgen! Und hier vor allem bei den Danziger Paramenten:

https://www.ostdeutsche-museen.de/html/paramente__marienkirche.html

Mit herzlichen landsmannschaftlichen Grüßen

Reinhard M. W. Hanke

Der AWR gliedert sich zurzeit in vier Bereiche:

A u.a. Stellungnahmen, Leserbriefe, Forderungen / Grundsätze, Fördermöglichkeiten, Ostdeutsche Landsmannschaften und Heimatkreise. Termine von Vortragsveranstaltungen, Ausstellungen in Berlin und auswärts.

B Termine und Berichte zu wissenschaftlichen Fachtagungen, Zeitschriftenschau, Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt (Besprechungen, Büchereingang).

C Mitteilungen, Mitteilungen aus drei Berliner Patenbezirken, Berichte, Dokumentationen, Ehrungen / Gedenken / Nachrufe.

D Beiträge zur geschichtlichen und geographischen Landeskunde ostdeutscher und ostmitteleuropäischer Siedlungsgebiete.

E Ausgewählte globale Entwicklungen bzw. Entwicklungen in Ostmitteleuropa.

Gehen Sie auf unsere Leitseiten:

www.westpreussen-berlin.de

www.ostmitteleuropa.de



Danzig, Blick von Westen in der Brotbänkengasse auf die Marienkirche.-
Aufnahme: Reinhard M. W. Hanke, 08.10.2022

01) Kulturgutschutz? So geht es!

Ein Schaden für den Kulturgutschutz

Am 30. November 2023 versteigerte das Auktionshaus Grisebach in Berlin ein kleines Skizzenbuch von Caspar David Friedrich, das seit 200 Jahren in Familienbesitz war (WELT AM SONNTAG berichtet). Der Hammer fiel im Rahmen des Schätzpreises bei 1,45 Millionen Euro, der Verkaufspreis lag zusätzlich der bei Versteigerungen üblichen „Aufgeld“ bei 1,8 Millionen Euro. Ein gutes Geschäft für das Auktionshaus wie für den Einlieferer, sollte man meinen. Ja, wenn es auch zum Verkauf gekommen wäre.

VON MARCUS WOELLER

Doch das Geschäft ist geplatzt - mit Anzeige Vor der Versteigerung hatte der Auktionator dem Publikum im Saal verkünden müssen, dass die Berliner Behörden kurzfristig ein Verfahren zur

Der Verkauf eines Skizzenbuchs von Friedrich ist geplatzt. Das verunsichert nicht nur den Handel



Caspar David Friedrichs „Karlsruher Skizzenbuch von 1804“

Eintragung des sogenannten „Karlsruher Skizzenbuchs von 1804“ in die offizielle Liste der national wertvollen Kulturgüter eingeleitet hatten. Schon diese hastige Anstandlung könnte Einfluss auf die Preisentwicklung in der Auktion gehabt haben, sie hat womöglich den Eifer konkurrierender Bieter gebremst. Denn Kunstgegenstände, die unter das im Jahr 2016 nach langen Kontroversen zwischen der zuständigen Staatsministerin für Kultur und Medien (damals Monika Grütters) und dem Bundestag verabschiedete Kulturgutschutzgesetz fallen, dürfen nicht außer Landes gebracht werden.

Nach einem halben Jahr öffentlicher Prüfung wurde in der vergangenen Woche bekannt, dass dieser gesetzliche Schutz nun greift und das kleine Skizzenbuch Friedrichs - kein berühmtes Gemälde wie „Abtei im Eichwald“ oder „Das Eisener“ - möglich in die Liste

für das kulturelle Erbe identifizieren der und schätzungsweise Güter eingetragen worden ist.

Die Geschäftsführerin des Auktionshauses Grisebach sei darüber nicht einmal informiert worden. Sie zeigt sich nicht nur wegen der verpassten Provisionen, sondern vorrangig wegen der Auswirkungen auf den deutschen Auktionsmarkt erschüttert: „Diejenigen, die sich unsicher sind, ob sie etwas von womöglich nationalem Interesse verkaufen wollen, werden sich sehr gut überlegen, ob sie das in Deutschland tun“, sagte Dorothea Döcker in einem Interview mit der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Damit werde der „Kunstmarkt standort nachhaltig beschädigt“.

Dem Eigentümer des Skizzenbuchs ist jedenfalls ein wirtschaftlicher Schaden entstanden. Für den Versuch eines neuerlichen Verkaufs ist er nun auf den deutschen Markt beschränkt. Laut Döcker

plazt der Eigentümer juristisch gegen die Entscheidung der Kulturgutschutzbehörden vorzugehen. Es könnte ein Präzedenzfall werden.

Mit allen willkürlichen Eingriffen in private Eigentumsrechte und der intransparenten Eintragung in die Listen wird auch der Grundgedanke des Kulturgutschutzes beschädigt, vor allem wenn eine vermeintlich nationale Bedeutung überbeansprucht wird. Im Fall des „Karlsruher Skizzenbuchs“ wäre der Käufer ein „großes Museum aus dem angelsächsischen Raum“ gewesen. Die Klippe hätte also die kunstwissenschaftliche Forschung bereichern können. Caspar David Friedrichs Zeichnungskünstler mehr internationale Aufmerksamkeit bekommen. Nun muss das Buchlein auf immer in Deutschland bleiben, wo der Romantiker im Jubiläumjahr seiner 250. Geburtstag schon bis zum Überfluss gefeiert wird.

A. f/g) Bund der Vertriebenen mit den Ostdeutschen Landsmannschaften Landesgruppen und Heimatkreise; Blick auf/in Zeitschriften (Historisches Ostdeutschland und östliches Mitteleuropa)
Seiten A 11 – A 26

01) DOD Deutscher Ostdienst. Nachrichtenmagazin des Bundes der Vertriebenen. 67 Jahrgang / Nr. 2 /2024





Impressum

Herausgeber und Verlag:

BdV – Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände e.V.
Godeberger Allee 72-74, 53175 Bonn

Telefon: (0228) 810 07 26/28
Telefax: (0228) 810 07 52
E-Mail: markus.patzke@bvv-bund.de
Internet: www.Bund-der-Vertriebenen.de

Bankverbindung:

Commerzbank
BIC: COBADE33XXX
IBAN: DE59 3804 0007 0111 7043 00

Chefredaktion:

Markus Patzke

Layout:

TopTeam Werbeagentur
Sandra Rogelin
Niemöllerallee 46
59555 Lippstadt
Telefon: (02941) 742 623 4

Druck:

DCM Druck Center
Meckenheim GmbH
Werner-von-Siemens-Str. 13
53340 Meckenheim
Telefon: (02225) 88 93 556

Erscheinungsweise:

zweimonatlich

Bezugspreis im
Jahresabonnement: 48,- Euro
für BdV-Mitglieder: 36,- Euro

Abdruck nach Vereinbarung.
Die mit Namen oder Chiffre gezeichneten Artikel geben
nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Gefördert durch



Bundministerium
des Innern
und für Heimat

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

DOD DEUTSCHER OSTDIENST

Nachrichtenmagazin des Bundes der Vertriebenen

Immer auf dem Laufenden bleiben!



Mein Abonnement

Ich bestelle ein Abonnement der Zeitschrift des Bundes der Vertriebenen „DOD – Deutscher Ostdienst“. Der DOD erscheint zweimonatlich. Der reguläre Bezugspreis im Jahresabonnement beträgt 48,- Euro, für BdV-Mitglieder 36,- Euro. Sie können auch ein Schnupper-Abo zum Vorzugspreis von 10,- Euro für drei Ausgaben bestellen. Das Angebot endet automatisch. Bitte füllen Sie auch die nebenstehende Einzugsermächtigung aus.

- Ich bestelle ein Jahresabo.
- Ich bestelle ein Schnupperabo.
- Ich bestelle ein kostenloses Probeheft.

Name, Vorname:

Straße, Haus-Nr.:

PLZ & Ort:

E-Mail:

Telefon:

Ort, Datum und Unterschrift

SEPA-Lastschriftmandat

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE 73 ZZZ 00000318658

Ich ermächtige den Bund der Vertriebenen, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Bund der Vertriebenen auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Kreditinstitut (Name und Sitz der Bank)

.....

Bic (Swift-Code):

IBAN:

halbjährlich

- 18,00 € Mitglieder (Nachweis bitte beifügen)
- 24,00 € Nichtmitglieder

jährlich

- 36,00 € Mitglieder (Nachweis bitte beifügen)
- 48,00 € Nichtmitglieder
- 10,00 € Schnupperabo; 3 Ausgaben (einmalig)

Ort, Datum und Unterschrift

Wir versichern, dass wir Ihre hiermit übermittelten Daten ausschließlich für die hier benannten Zwecke nutzen werden. Unsere ausführliche Datenschutzerklärung finden Sie unter: bund-der-vertriebenen.de/datenschutz





ZENTRUM
GEGEN
VERTREIBUNGEN

AUSSTELLUNG: „DIE GERUFENEN“
Deutsches Leben in Mittel- und Osteuropa

AUSSTELLUNG: „ERZWUNGENE WEGE“
Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts

AUSSTELLUNG: „ANGEKOMMEN“
Die Integration der Vertriebenen in Deutschland

AUSSTELLUNG: „VERSCHWUNDEN“
Orte, die es nicht mehr gibt

AUSSTELLUNG: „IN LAGERN“
Schicksale deutscher Zivilisten im östlichen Europa 1941-1955

ZgV - Zentrum gegen Vertreibungen

Organisationsbüro:

Godesberger Allee 72-74 | 53175 Bonn | Telefon: 0228 - 81007-0 | E-Mail: info@z-g-v.de

Besuchen Sie uns auch auf unserer Homepage: www.z-g-v.de



JETZT BESTELLEN



ZENTRUM
GEGEN
VERTREIBUNGEN

Kataloge zu den Ausstellungen der Stiftung

ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN



EINZELKATALOG | 5 € Stück

Die Gerufenen Expl.
Erzwungene Wege Expl.
Angekommen Expl.
In Lagern Expl.
Verschwundene Orte Expl.
KATALOGSAMMLUNG 25 € Stück Expl.



FRANZ-WERFEL-MENSCHENRECHTSPREIS | 14,95 € Stück

Dokumentationsband der Preisträger 2003–2023 Expl.
--	-------------

zzgl. Versandkosten

Rechnungsadresse

Rechnungs- und Lieferadresse sind identisch

.....
Name / Vorname

.....
Straße / Hausnummer

.....
PLZ / Ort

Lieferadresse (nur bei Abweichung ausfüllen)

.....
Name / Vorname

.....
Straße / Hausnummer

.....
PLZ / Ort

ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN

Organisationsbüro | Godesberger Allee 72-74 | 53175 Bonn | Tel.: 0228/81 007 30 | Fax: 0228/81 007 52
Konto: Deutsche Bank | IBAN: DE76 380 700 240 3171717 00 | BIC: DEUT DE DB380

www.z-g-v.de | info@z-g-v.de

LIEBE
LESERINNEN
UND LESER,



Der Schlüsselmoment wird zu einem Fokuspunkt der Verständigung. Alte und neue Bewohner des Hauses sehen das Gemeinsame, überwinden dadurch das Trennende – und die Tür öffnet sich.

Liebe Leserinnen und Leser,

mitten im Kalten Krieg besucht eine vertriebene deutsche Familie ihr heimatliches Haus in Schlesien, wo unterdessen Polen leben. Gemeinsam stellt man fest, dass der Schlüssel, der von den Deutschen mitgenommen wurde, noch immer das Schloss der Eingangstür aufschließt. In so einem buchstäblichen „Schlüsselmoment“ wäre vieles denkbar und verständlich: Die Vertriebenen könnten, von der Situation und den sie begleitenden Erinnerungen überwältigt, einen Rechtsanspruch formulieren. Umgekehrt könnten die neuen Bewohner Abwehrreaktionen gegen diese „Manifestation des Heimatrechts“ zeigen. Trotz passenden Schlüssels bliebe die Tür verschlossen.

Was aber passiert tatsächlich? Der Schlüsselmoment wird zu einem Fokuspunkt der Verständigung. Alte und neue Bewohner des Hauses sehen das Gemeinsame, überwinden dadurch das Trennende – und die Tür zwischen den Menschen und zwischen den Nationen öffnet sich. Die hier frei wiedergegebene Anekdote war ein Höhepunkt in der Ansprache des diesjährigen Festredners beim Jahresempfang des Bundes der Vertriebenen, Friedrich Merz. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag hatte darüber hinaus viele zukunftsweisende Botschaften mitgebracht, weshalb wir seine Rede auf unserer Internetseite dokumentieren.

Aber gerade diese Begebenheit dokumentiert, wofür Heimatvertriebene ebenso wie Heimatverbliebene neben notwendig zu klärenden rechtlichen Fragen und politischen Anliegen von Beginn an eingestanden haben – und bis heute eintreten: für ein geeintes und friedliches Europa.

Mit besten Grüßen



Dr. Bernd Fabritius

Inhaltsverzeichnis

Erinnerung nicht einfach „wegstreichen“.....	5	„Riss durch Europa. Die Folgen des Hitler-Stalin-Pakts“.....	27
„STILLgeschwiegen! Die Vertriebenen in SBZ und DDR“ Eröffnungsveranstaltung.....	9	„Ich suche Realität“.....	28
STILLgeschwiegen – ein tabuisiertes Schicksal.....	11	Mehr denn je für Heimatpflege und Erinnerung.....	30
Andreas Hofmeister neuer Beauftragter in Hessen.....	14	Baden-Württemberg schreibt Russlanddeutschen Kulturpreis aus.....	30
„Aufgabenerweiterung für das BKGE“ Im Gespräch mit Prof. Dr. Matthias Weber.....	15	„Silberfieber“ im Oberschlesischen Landesmuseum.....	31
„Keine Notwendigkeit für die erfolgte Namensänderung“.....	17	Landkarten und Veduten im Haus Schlesien.....	32
Erster Meinungsaustausch: Bayerns Beauftragte stellt sich dem BdV.....	18	Ein grenzüberschreitender Leuchtturm.....	33
Innenminister Poseck besucht Siebenbürger Sachsen.....	19	Kafka-Tagung: „Kafka, Käfer und Kakanien“.....	34
Stiftung Verbundenheit tagt im Deutschen Bundestag.....	20	Georg Dehio-Buchpreis 2024 für Ulrike Draesner und Karolina Kuszyk.....	36
„Kleine Schritte, um zur Zeitenwende im Großen zu kommen“.....	21	Neues Jahr: Kaffee, Kant und Kunst.....	37
Christa Wank feierte ihren 100. Geburtstag.....	23	Pommern verbindet, gerade auch zum Jubiläumstreffen.....	40
Auf den Spuren von Immanuel Kant.....	25	Niederschlesien: Toskana des Ostens.....	41
Deutsch-Europäisches Bildungswerk mit neuem Vorstand.....	26	Landestagung der Frauen im BdV in Stuttgart.....	41
		74. Sudetendeutscher Tag in Augsburg wirft Schatten voraus.....	42
		Seglerallee in Stettin.....	43
		Jahresempfang des BdV in Baden-Württemberg.....	44



02) Frauenverband im Bund der Vertriebenen e.V.

BEITRITTSERKLÄRUNG

Ich beantrage die Aufnahme als außerordentliches Mitglied gemäß § 3, Absatz 2 der Satzung vom 2. März 2016 in den Frauenverband im BdV e.V.

Ich möchte Mitglied werden und bitte um Zusendung der Satzung des Frauenverbandes.

Name, Vorname: _____

Anschrift: _____

Geburtsort: _____

Als Beitrag für den Frauenverband entrichte ich jährlich 50,- Euro.

Mein Herkunftsgebiet bzw. das meiner Familie ist/ Ich engagiere mich in der Landsmannschaft oder Gliederung: _____

Ort, Datum, Unterschrift: _____

Bitte senden Sie den ausgefüllten Antrag an die Adresse der Vorsitzenden:

Aufnahme im Vorstand beschlossen am: _____

Der MV mitgeteilt am: _____

FRAUENVERBAND
im Bund der Vertriebenen e.V.

HOMEPAGE
www.frauenverband-bdv.de

PRÄSIDENTIN
Dr. Maria Werthan
Pochmühlenweg 85
52379 Langerwehe

KONTAKT
+ 49 (0) 2423/4070756
maria.werthan@frauenverband-bdv.de

SPENDEN

Unser Verein ist gemeinnützig.
Spenden sind absetzbar.

IBAN:
DE63 3806 0186 4961 3860 18
Volksbank Köln-Bonn



Frauenverband
im Bund der Vertriebenen e.V.

WWW.FRAUENVERBAND-BDV.DE

ÜBER UNS

14 Millionen Deutsche wurden in den Kriegs- und Nachkriegsjahren aus den jeweiligen Siedlungsgebieten im Osten, Südosten und Ostdeutschland deportiert oder vertrieben. Sie durften nicht zurückkehren. Unterstützung und Hilfestellung in diesen Ausnahmesituationen war lebenswichtig.

Daher gründeten 1959 engagierte Frauen den Frauenverband im Bund der Vertriebenen e.V., um einander zu helfen und Orientierung zu geben.

Der Frauenverband ist ein eigenständiger Verein, Mitglied im Bund der Vertriebenen, im Deutschen Frauenrat und im Deutschen Frauenring. Gemeinsam mit diesen Verbänden engagieren wir uns für die gleichberechtigte Stellung der Frauen in unserem Land.



UNSERE GRUNDSÄTZE

Der Frauenverband ist dem Grundgesetz, der UN-Charta der Menschenrechte und der Charta der deutschen Heimatvertriebenen verpflichtet.

Im Sinne eines friedlichen Miteinanders in einem geeinten Europa pflegen wir regelmäßigen Gedankenaustausch bei unseren Reisen und Tagungen.

Wir treffen uns mit den Heimatvertriebenen sowohl in den Herkunftsländern als auch bei unseren Seminaren in Deutschland.

Als Frauenverband sind wir stets auf der Suche nach neuen Ideen und Kontakten, insbesondere zu der jungen Generation.

UNSERE ARBEIT

Wir setzen uns für die Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht eines Jeden und für die Erleichterung des Schicksals von Geflüchteten und Vertriebenen ein.

Wir schätzen und pflegen unser kulturelles Erbe und vermitteln es an die nächsten Generationen.

Unsere Erinnerungskultur ist Teil der deutschen und europäischen Geschichte.

Wir setzen uns für ein friedliches Zusammenleben in unserer Gesellschaft ein.

Wir fordern ein weltweites Verbot von Vertreibungen.

UNSERE ANGEBOTE

Begegnungs- und Verständigungsarbeit
Grenzüberschreitende Projekte
Bildungs- und Besuchsreisen
Projekte mit Jugendlichen
Internationale Tagungen
Publikationen

FRAUENVERBAND IM BDV
e.V.



03) Frauenkreis im Bund der Vertriebenen e.V. in Berlin

Die vertriebenen Frauen des Frauenverbandes im BdV e.V. treffen sich einmal monatlich (immer am 4. Donnerstag im Monat), also das nächste Mal am 27. Juni 2024 von 14:00 – 16:30 Uhr. Wir setzen uns selbst die Themen und diskutieren rege darüber. Interessierte Frauen können gerne dazu kommen (*Anm. der Redaktion: Männer doch auch!?*)

Kontakt: Ruf 030-324 48 38 Frau Wallbaum.

Ort: Begegnungsstätte „Jahresringe e. V“, Stralsunder Str. 6, in 13355 Berlin-Mitte, Tram 10, U8 Bernauer Str.



Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin
Brandenburgische Straße 24 – Steglitz 12167 Berlin
Ruf: 030-257 97 533, Fax auf Anfrage
<westpreussen-berlin.de>
Postbank Berlin, IBAN DE26 1001 0010 0001 1991 01 BIC PBNKDEFF

Westpreußischer Gesprächskreis,

Ort: jeweils sonnabends im Restaurant „Ännchen von Tharau“, Rolandufer 6, 10719 Berlin, S-/U-Bahnhof Jannowitzbrücke

04) Sonnabend, 15.06.2024, 15:00 Uhr: Landeskundlich-geschichtliche Aktivitäten in Westpreußen. Mit Diplom-Geograph Reinhard M. W. Hanke und Ute Breitsprecher und weiteren Teilnehmern.

Weitere Termine:

24.08.2024, 12.10.2024 und 07.12.2024.

05) Tagesfahrten: Bahnfahrt nach Wismar (Deutschlandticket)

Mittwoch, 25. September 2024

Mindestteilnehmerzahl: 10 Personen

ganztägig

Interessenten melden sich bitte umgehend telefonisch in der
Geschäftsstelle: 030-257 97 533 (Anrufannahmer mit Fernabfrage)

06) Heimatkreis Flatow



Heimatkreis Flatow

Vorstand:

1. Vorsitzender:

Rolf-Peter Wachholz

Gänseweg 20. 39167 Niederndodeleben

Tel.: 039204-62655

Stellvertreter:

Frank-Rainer Seelert

Lange Str. 6, 27211 Bassum

Tel.: 04241-970350

<https://www.heimatkreis-flatow.de/index.html>

Buchempfehlung



Übergabe des Bandes von Heimatkreisvorsitzenden Rolf-Peter Wachholz (links) an den Landrat des Patenkreises Gifhorn, Tobias Heilmann (rechts). Deutschsprachige Ausgabe "650 Jahre Zlotow - Flatow".

Seite A 23 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Der reich illustrierte Jubiläumsband wurde 2020 von der polnischen Stadtverwaltung herausgegeben. Dank der Zustimmung konnte der Heimatkreis Flatow jetzt das Werk mit vom Autor Prof. Dr. Joachim Zdrenka aktualisiertem Teil und einem gemeinsamen Vorwort von Heimatkreis Flatow und Patenkreis Gifhorn einem breiteren Leserkreis zugänglich machen. Das Werk mit über 600 Seiten enthält zudem einen Anhang mit Darstellung der Zeit nach 1945 einschließlich Paten- und Partnerschaft und anschließender Chronologie.

Das Werk kann bezogen werden über
Frank-Rainer Seelert, Lange Str. 6, 27211 Bassum,
Tel. 04241/970359 oder e-mail: frank.seelert@t-online.de
zum Preis von 35,00 Euro zuzüglich Porto und Verpackung.

Auch vorrätig: Reprint "Heimatbuch für den Kreis Flatow" für 13,00 Euro

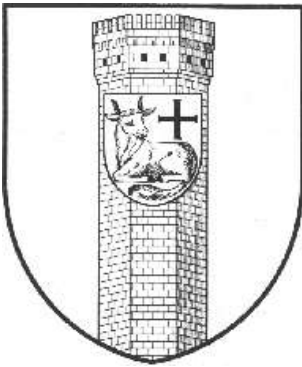
Die Aktivitäten der "Flatower" sind sehr vielfältig, u. a.:

- 2jährige Heimat- und Patenschaftstreffen in Gifhorn
- Fahrten in die alte Heimat
- Herausgabe des "Flatower-Briefes"
- Unterstützung der Jugendarbeit
- Austausch mit heutiger Verwaltung und Bevölkerung in Flatow/Złotów
- Unterstützung der Deutsch Sozialkulturellen Gesellschaft (Dt. Minderheit) in Flatow/Złotów
- Enge Zusammenarbeit mit Institutionen von Landkreis und Stadt Gifhorn
- Unterhalt der "Flatower Heimatstube" im Museum Schloß Gifhorn
- Unterstützung bei Auskunftsersuchen, Ahnenforschung
- Herstellen von Kontakten nach Flatow
- Kontaktpflege mit 6. Zug des Bürgerschützenkorps Gifhorn
- Buchversand mit Heimatliteratur
- Unterstützung von Forschungsvorhaben mit Heimatbezug

Seit dem 26. 4. 2003 besteht eine offizielle Partnerschaft zwischen dem Landkreis Gifhorn und dem Powiat Złotów (Flatow).

Seit dem 8. 3. 2006 besteht ein "Deutsch-polnischer Freundeskreis Gifhorn-Złotów" in Gifhorn.

07) Heimatkreis Schlochau



Heimatkreis Schlochau

<https://sites.rootsweb.com/~mnprgm/Schlochau/Deutsch.html>

Paul Sternberg

paulsternberg@msn.com

- Keine aktuellen Ankündigungen -

08) Heimatkreis Wirsitz, Weißenhöher Himmelfahrt



Heimatkreis Wirsitz

Kom. Heimatkreisvertreter: Frank-Rainer Seelert

Lange Straße 6 27211 Bassum

Tel: 04241-970350 Mobil-Telefon: 0178-6393122 E-Mail: frank.seelert@t-online.de



Seniorenhaus Anna-Charlotte

ul. Strzelecka 21, PL 89-340 Białośliwie Pologne

09) „34. Weißenhöher Himmelfahrt 2025“

Die „34. Weißenhöher Himmelfahrt 2025“ geht in der Himmelfahrtswoche nach Breslau



Herzlich Willkommen beim Heimatkreis Schneidemühl e.V.

<http://www.schneidemuehl.net/vorstand.html>

10) Treffen des Heimatkreises Grenzmark
im „Ännchen von Tharau“, Rolandufer 6, 10179 Berlin,
am S-/U-Bahnhof Jannowitzbrücke

Sonnabend, 15. Juni 2024, 14:00 Uhr

Weitere Termine:

07.09.2024 und 14.12.2024.

Liebe Heimatfreunde und Landsleute,

im Restaurant & Café „**Ännchen von Tharau**“,
Rolandufer 6 in 10179 Berlin, Tel.: 030 726202070, am U- und S-Bahnhof
Jannowitzbrücke, treffen sich Landsleute zum Gespräch, jeweils sonnabends,
ab 14:00 Uhr.

Wer möchte, kann sich auch gerne vorher schon zum Mittagessen hier
einfinden.

Manfred Dosedall, Münchehofer Str. 1A, 15374 Müncheberg, Tel: 033432-71505
mdosedall@freenet.de

11) Landsmannschaft Schlesien – Berlin und Brandenburg e. V.

Die Planungen des am 31.10.2023 neugewählten Vorstandes unter Wolfgang Liebehenschel, Silke Taube und Nadine Haberlandt laufen. Es besteht die Absicht, im Jahre 2024 monatlich Vorträge zu schlesischen Themen anzubieten, zwei Stadtrundfahrten im Mai und August „Auf schlesischen Spuren in Berlin“ zu organisieren, ein „Sommer-singen“ zu veranstalten, die Feier des Erntedankfestes wieder aufzunehmen.

Die Mitglieder werden zu mindestens zwei Mitgliederversammlungen aufgerufen. Wegen der Änderung des Vereinskontos sollen die Mitgliedsbeiträge entsprechend später eingezahlt werden.

Wir bekennen uns zu Schlesien

Die Landsmannschaft Schlesien ist eine demokratische, überparteiliche und überkonfessionelle Organisation, in der sich Schlesier, deren Nachkommen und Freunde Schlesiens zusammenschließen haben. Sie vertritt politisch, rechtlich und kulturell die Interessen Schlesier und der Schlesier und ist Ansprechpartner für die schlesischen Landeigentümer und Freunde in Deutschland und der Welt. Die Landsmannschaft fordert das Recht auf Selbstbestimmung und das Recht auf Heimat. Durch grenzüberschreitende Projekte arbeitet die Landsmannschaft verstärkt mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen, denn Schlesien und die Anliegen der Heimatvertriebenen sind gemeinsame Aufgaben aller Generationen.

Die Landsmannschaft

Die Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien e. V. – wurde am 26. März 1950 im Bonner Vertriebenenministerium gegründet. Am 3. Oktober 1950 übernahm das Land Niedersachsen, in dem sich nach der Verreibung besonders viele Schlesier niedergelassen hatten, die Patenschaft für die Landsmannschaft.

Die Landsmannschaft Schlesien ist Mitglied im Bund der Vertriebenen (BdV) und arbeitet eng mit den Organisationen der deutschen Volksgruppe in Schlesien zusammen. Der Hauptsitz der Landsmannschaft befindet sich im „Haus Schlesien“ in Königswinter bei Bonn, ein Verbindungsbüro der Bundeslandsmannschaft besteht im Patenland Niedersachsen in Hannover. Das offizielle Verbandsorgan der Landsmannschaft sind die Schlesienschen Nachrichten, die monatlich erscheinen.

LANDSMANNSCHAFT SCHLESSEN
Nieder- und Oberschlesien e. V.

Hier finden Sie uns online:

www.landsmannschaft-schlesien.de
www.facebook.com/LandsmannschaftSchlesien
www.twitter.com/lmschlesien
www.instagram.com/landsmannschaftschlesien

LANDSMANNSCHAFT SCHLESSEN
Nieder- und Oberschlesien e. V.

Verbindungsbüro der Bundeslandsmannschaft Schlesien im Patenland Niedersachsen
Königswinterer Straße 2
30167 Harnsrover

Tel.: 0511 9573 3576
Mail: hannover@schlesien-lm.de

Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien e. V. –
Dollendorfer Straße 412
53639 Königswinter

Tel.: 02244 92 59-0
Fax: 02244 92 59-290
Mail: info@schlesien-lm.de
info@landsmannschaft-schlesien.de

LANDSMANNSCHAFT SCHLESSEN
Nieder- und Oberschlesien e. V.

Schlesien – Das Land im Herzen Europas

Auf einer Länge von etwa 500 Kilometern erstreckt sich Schlesien entlang des Ober- und Mittellaufs der Oder und gehört mit seinen Kulturschätzen und Naturschönheiten zu den interessantesten und schönsten Regionen im Herzen Europas. Im Verlauf seiner wechselhaften Geschichte hat Schlesien viele territoriale und politische Veränderungen erfahren. Im Mittelalter slawisch und deutsch besiedelt, unterstand das Land lange der polnischen, dann der böhmischen Krone und war über 200 Jahre im Besitz der Habsburger. Nach den „Schlesischen Kriegen“ im 18. Jahrhundert fiel der größte Teil Schlesiens an Preußen und wurde nach der Reichsgründung von 1871 als preußische Provinz Schlesien Teil des Deutschen Reiches.



Die Gebiete um Troppau, Jägerndorf, Teschen und Bielitz sowie Teile des Fürstentums Neisse blieben als Österreichisch-Schlesien bis 1918 Bestandteil der österreichisch-ungarischen Monarchie.

Politisch gehört Schlesien heute überwiegend zu Polen und gliedert sich in die Woiwodschaft Niederschlesien mit der Hauptstadt Breslau, die Woiwodschaft Oppeln mit der Hauptstadt Oppeln und die Woiwodschaft Schlesien mit der Hauptstadt Kattowitz. Randbereiche Schlesiens gehören zu kleinen Teilen auch zur Woiwodschaft Lebus im Nordwesten.

Das frühere Österreichisch-Schlesien gehört heute zur Tschechischen Republik. Der nach 1945 bei Deutschland verbliebene Teil der ehemaligen preußischen Provinz Schlesien liegt heute im Freistaat Sachsen. Dieses Gebiet gehörte historisch weitestgehend zu der erst 1815 schlesisch gewordenen Oberlausitz.

FLUCHT UND VERTREIBUNG

Anfang 1945 floh ein Teil der damals rund 4,6 Millionen Schlesier vor der anrückenden Roten Armee. Obwohl bis zum Beginn der Potsdamer Konferenz (17. Juli – 2. August 1945) eine Regelung über den Verbleib der deutschen Bevölkerung in Schlesien noch ausstand, begannen bereits im Frühjahr 1945 die sogenannten „wilden Vertreibungen“, die von polnischen Stellen organisiert wurden. Die hierzu erlassenen Bierut-Dekrete ermöglichten die Einziehung des gesamten Eigentums von Personen deutscher Nationalität oder Staatsbürgerschaft zugunsten des polnischen Staates. Im Juni 1945 wurden alle Deutschen aus einem Gebietsstreifen von etwa 30 Kilometer Breite unmittelbar östlich der Lausitzer Neiße vertrieben.



Aufgrund der von den Alliierten in Potsdam getroffenen Beschlüsse begann ab 1946 eine systematische Vertreibung der verbliebenen deutschen Bevölkerung, die bis 1947/48 andauerte. Das Eigentum der geflüchteten und vertriebenen Deutschen wurde im Jahre 1946 durch zwei polnische Dekrete als „verlassenes bzw. herrenloses Gut“ entschädigungslos konfisziert.

Die Gebiete Schlesiens, die bis zum Münchner Abkommen von 1938 Bestandteil der Tschechoslowakei gewesen waren, also Gebiete des früheren Österreichisch-Schlesien, fielen 1945 an die wiedererstehende Tschechoslowakei. Die deutsche Bevölkerung wurde auch hier mehrheitlich vertrieben.

Von den 15 Millionen Deutschen, die aus den ehemaligen Ostgebieten und deutschen Siedlungsgebieten in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa vertrieben wurden, waren über 3 Millionen Schlesier, die ihre Heimat verlassen mussten.

AUF DEM LAUFENDEN BLEIBEN

Als Zeitschrift für Schlesien sind die Schlesischen Nachrichten seit 1986 das offizielle Verbandsorgan der Landsmannschaft Schlesien.

Die monatlich erscheinende Zeitschrift berichtet über bundesweite landsmannschaftliche Aktivitäten, über die schlesischen Landsleute in der Heimat, das deutsch-polnische Verhältnis sowie über Geschichte und Kultur Schlesiens. Auch die Tagespolitik ist Gegenstand der Berichterstattung. Die Schlesischen Nachrichten berichten über ganz Schlesien von Görlitz bis Kattowitz, informieren über Schlesien gestern und heute und diskutieren über die Zukunft Schlesiens.



Bezugspreis:
Einzelexemplar 4,50 Euro
Jahresabonnemement 49,00 Euro

Erscheinungsweise:
monatlich, 12 Ausgaben im Jahr

Weitere Informationen unter:
Mail: info@schlesische-nachrichten.de

Anzeigen:
Tel.: 02244 9259-0
Fax: 02244 9259-290
Mail: anzeigen@schlesien-lm.de

Jedes Abonnement der Schlesischen Nachrichten unterstützt die Arbeit der Landsmannschaft für Schlesien. Auch Patenschaftsabonnements sind möglich.

12) 13.06.2024, Lesungen in der AGOM-Schlesien-Bibliothek:

Dr. Hans Weinert:

Erdmannsdorf im Riesengebirge – Sommerresidenz preußischer Könige

jeweils am 2. Donnerstag im Monat, 16 Uhr,

Brandenburgische Straße 24 Steglitz, 12187 Berlin

13) AGOM-Wanderung in Potsdam am Sonntag, 18. August 2024

Interessenten melden sich bitte umgehend bei Frau Hanske (030-772 13 93).

01) 24.06.2024, 18.30 Uhr: Der Architekt Friedrich Heitmann (1853-1921) – ein deutscher Baumeister. (Mit Medien).

Referent: Jörn P e k r u l, Berlin

**Westpreußisches Bildungswerk Berlin-
Brandenburg
in der Landsmannschaft Westpreußen e.V., Berlin**
Ostdeutscher Hochschulbund Danzig-Westpreußen
Landesarbeitsgemeinschaft Ostkunde im Unterricht e.V.
www.westpreußen-berlin.de

Brandenburgische Straße 24 Steglitz
12167 Berlin
Fon: 030-257 97 533, Fax: auf Anfrage
westpreussenberlin@gmail.com

Postbank Berlin
IBAN DE 26 1001 0010 0001 1991 01
BIC PBNKDEFF

**1. Vors.: Diplom-Geograph Reinhard M.W. Hanke; stv. Vors.: Hanno Schacht;
Schatzmeisterin: Ute Breitsprecher**

Ort der Veranstaltung: Hohenzollerndamm 177, 10713 Berlin-Wilmersdorf, Saal im Theater-Coupé. **Fahrverbindung:** U-Bahn Fehrbelliner Platz, Buslinien.

Der Bildvortrag entstand aus Jörn Pekruls gleichnamiger Publikation, erschienen 2020 bei der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen in Bayern (LOW). Heitmann kam aus dem Münsterland und wurde aufgrund seines Talents nach Pommern und Ostpreußen berufen, wo er um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert ein weites Betätigungsfeld fand und beeindruckende Architekturformen entwickelte. Als gläubiger Christ und Katholik schuf er mannigfaltige Kirchenbauten in Stadt und Land; insbesondere aber in Königsberg. Daneben hinterließ er öffentliche Gebäude, von denen einige heute noch stehen, sowie den Villenvorort Amalienau als ein Pionier der Projektentwicklung. Als Mann seiner Zeit war er Teil einer Gesellschaft, die Fleiß und Entwicklung förderte und dennoch das Gemeinwohl nicht vergaß. Die Biographie endet im fortgeschrittenen Alter im Ersten Weltkrieg und seinen Nachwirkungen auf den Menschen wie auch auf die Stadt Königsberg. Im Vortrag werden diese Aspekte beleuchtet und ergänzt durch einen Blick auf die Architektur der Stadt bis hin in das moderne Kaliningrad. Der Bildvortrag dauert ca. 90 Minuten mit einer Pause auf halber Strecke.

Jörn Pekrul wurde 1963 als Sohn heimatvertriebener Eltern in Köln geboren. Nach einer kaufmännischen Ausbildung arbeitet er seither in einem buchhalterischen Beruf. Daneben absolvierte er eine Ausbildung zum Hospizhelfer und lernte auf einer Krankenstation den Umgang mit Grenzbereichen kennen, die sich subtil -wenn auch in anderen Zusammenhängen- in vielen Vertreibungsbiographien der Erlebnisgeneration widerspiegeln. Mit seiner autodidaktischen Erschließung der heimatlichen Kultur und Geschichte widmet sich Jörn Pekrul der Begleitung bei posttraumatischen Belastungsstörungen der "letzten Kinder Ostpreußens", - ein Begriff aus dem 2014 erschienen Buch von Freya Klier über diese Generation. Die Begleitung ist universell nutzbar für Fragen der Resilienz und der Krafrückgewinnung aus der eigenen Identität des Menschen heraus- ein zeitloses und auch sehr aktuelles Thema.

Jörn Pekrul ist Vorstandsmitglied in der Stadtgemeinschaft Königsberg (Pr) e.V. und schreibt regelmäßig und ehrenamtlich für den "Königsberger Bürgerbrief", den "Preußen-Kurier" der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen Landesgruppe Bayern e.V. und verschiedene andere Publikationen.

Eintritt frei

Mitgliedsbeitrag: 60,00 €, Ehepaare € 50,00 / Person / Jahr; AGOM-Mitglieder: 30,00 € / Person / Jahr

**Westpreußisches Bildungswerk Berlin-
Brandenburg**
in der Landsmannschaft Westpreußen e.V., Berlin
Ostdeutscher Hochschulbund Danzig-Westpreußen
Landesarbeitsgemeinschaft Ostkunde im Unterricht e.V.
www.westpreußen-berlin.de

Brandenburgische Straße 24 Steglitz
12167 Berlin
Fon: 030-257 97 533, Fax: auf Anfrage
westpreussenberlin@gmail.com

Postbank Berlin
IBAN DE 26 1001 0010 0001 1991 01
BIC PBNKDEFF

1. Vors.: Diplom-Geograph Reinhard M.W. Hanke; stv. Vors.: Hanno Schacht;
Schatzmeisterin: Ute Breitsprecher

im Dezember 2023 Hk/Br

Einladung Nr. 73
(Vortragsveranstaltungen Februar bis März 2024)

Ort der Veranstaltung: Hohenzollerndamm 177, 10713 Berlin-Wilmersdorf, Saal im Theater-Coupé. **Fahrverbindung:** U-Bahn Fehrbelliner Platz, Buslinien.

- | | | | |
|------------|--|---|------------------|
| 342 | <u>Montag</u>
<u>Thema</u>
<u>Referent</u> | 05. Februar 2024,
<u>Stettin. Metropole an der Grenze. (Mit Medien).</u>
Uwe R a d a, Berlin | 18.30 Uhr |
| 343 | <u>Montag</u>
<u>Thema</u>
<u>Referent</u> | 04. März 2024,
<u>Warum war Copernicus kein Astrologe? – Die Kometenwahrnehmung in Preußen und dem südlichen Ostseeraum im 16. und 17. Jahrhundert. (Mit Medien).</u>
Frau Prof. Dr. Marie-Luise H e c k m a n n, Werder / Havelland | 18.30 Uhr |
| 344 | <u>Montag</u>
<u>Thema</u>
<u>Referent</u> | 22. April 2024,
<u>Das Ende der kaiserlich-deutschen Provinz Westpreußen im „Friedensvertrag“ von Versailles 1919. (Mit Medien).</u>
Diplom-Geograph Reinhard M. W. H a n k e, Berlin | 18.30 Uhr |
| 345 | <u>Montag</u>
<u>Thema</u>
<u>Referent</u> | 13. Mai 2024,
<u>Warum es keine "Weimarer Verhältnisse" in der Freien Stadt Danzig (1920-1939) gab - eine verfassungsrechtliche Betrachtung. (Mit Medien).</u>
Dr. Bennet B r ä m e r, Velten | 18.30 Uhr |
| 346 | <u>Montag</u>
<u>Thema</u>
<u>Referent</u> | 24. Juni 2024,
<u>Der Architekt Friedrich Heitmann (1853-1921) - ein deutscher Baumeister. (Mit Medien).</u>
Jörn P e k r u l, Berlin | 18.30 Uhr |

Eintritt frei

Mitgliedsbeitrag: 60,00 €, Ehepaare € 50,00 / Person / Jahr; AGOM-Mitglieder: 30,00 € / Person / Jahr

02) 21. Juni 2024, 19:00 Uhr: Brandenburg. Strukturwandel in der Lausitz.
(Mit Medien).
Vortrag von Uwe R a d a, Berlin

Arbeitsgemeinschaft Ostmitteleuropa e.V. Berlin

Mitglied im Dachverband Steglitz-Zehlendorfer Seniorenvereinigungen
Landesarbeitsgemeinschaft Ostkunde im Unterricht e.V.

Brandenburgische Straße 24 Steglitz, D – 12167 Berlin Ruf: 030/257 97 533 Büro
Konto Nr. IBAN DE 39 100100100065004109 www.ostmitteleuropa.de
Postbank Berlin post@ostmitteleuropa.de
Vorsitzender: Diplom-Geograph Reinhard M. W. Hanke, Ruf: 030-257 97 533;
stv. Vors.: Joachim Moeller; Schatzmeisterin: Angelika Hanske, Ruf: 030-772 13 93

Lange war die Lausitz die Landschaft der Kohle. Mit dem Ausstieg 2038 muss sich die Region neu orientieren. Dabei ist der Wandel nichts Unbekanntes. Schon seit mehr als 120 Jahren sind "neue Landschaften" entstanden. Es gab sogar den Versuch, sie als Welterbe der UNESCO anerkennen zu lassen.

Uwe Rada, geboren 1963, ist Redakteur der »taz« und Buchautor. Er lebt in Berlin. Für seine publizistische Arbeit hat er verschiedene Stipendien und Preise erhalten, unter anderem von der Robert-Bosch-Stiftung und dem Goethe-Institut. Seine Bücher über Flüsse sind im Siedler Verlag erschienen. "Die Oder. Lebenslauf eines Flusses" (2009). "Die Memel. Kulturgeschichte eines europäischen Stromes" (2010) sowie "Die Elbe. Europas Geschichte im Fluss" (2013)

Eintritt frei!

Mitgliedsbeitrag 40,00 €/Jahr, mögliche Ermäßigungen auf Nachfrage

Arbeitsgemeinschaft Ostmitteleuropa e.V. Berlin

Mitglied im Dachverband Steglitz-Zehlendorfer Seniorenvereinigungen

Landesarbeitsgemeinschaft Ostkunde im Unterricht e.V.

Brandenburgische Straße 24 Steglitz, D – 12167 Berlin
Konto Nr. IBAN DE 39
100100100065004109
Postbank Berlin

Tel.: 030/257 97 533 Büro
www.ostmitteleuropa.de
post@ostmitteleuropa.de

Vorsitzender: Diplom-Geograph Reinhard M. W. Hanke, Ruf: 030-257 97 533;
stv. Vors.: Joachim Moeller; Schatzmeisterin: Angelika Hanske, Ruf: 030-772 13 93

Einladung Nr. 92

(Vortragsveranstaltungen Januar bis Juni 2024)

Ort: Bürgertreff im S-Bahnhof Berlin-Lichterfelde West,
Hans-Sachs-Straße 4 D, 12205 Berlin
Fahrverbindungen: S-Bahn, Busse M11, M48, 101 u. 188.

- | | | | |
|------------|--------------------------------|---|------------------|
| 480 | Freitag
<u>Thema</u> | 19. Januar 2024,
<u>Brennpunkte am Rande Europas. Ukraine, Armenien, Aserbaidschan, Israel, Palästina (Mit Medien).</u> | 19:00 Uhr |
| | <u>Referent</u> | Dr. Gerd K l ö w e r, Berlin | |
| 481 | Freitag
<u>Thema</u> | 16. Februar 2024,
<u>Wie der schlesische Schriftsteller und Journalist Gustav Freytag (1816-1895) seine preußische Staatsbürgerschaft verlor. (Mit Medien).</u> | 19:00 Uhr |
| | <u>Referent</u> | Dr. Jürgen W. S c h m i d t, Berlin | |
| 482 | Freitag
<u>Thema</u> | 15. März, 2024,
<u>Hellmut Diwald: Erinnerung an einen großen ostdeutschen Geschichtswissenschaftler. (Mit Medien).</u> | 19:00 Uhr |
| | <u>Referent</u> | Dr. Hans W e i n e r t, Berlin | |
| 483 | Freitag
<u>Thema</u> | 19. April, 2024,
<u>Als die Comics laufen lernten“. Das Werk von Wolfgang Kaskeline. (Mit Medien).</u> | 19:00 Uhr |
| | <u>Referentin</u> | Frau Herma K ö p e r n i k - K e n n e l, Berlin | |
| 484 | Freitag
<u>Thema</u> | 24. Mai 2024,
<u>Das Prinzip der Selbstbestimmung auf der Krim während der Besatzung durch die Mittelmächte 1918. (Mit Medien).</u> | 19:00 Uhr |
| | <u>Referent</u> | Diplom-Geograph Reinhard M. W. H a n k e, Berlin | |
| 485 | Freitag
<u>Thema</u> | 21. Juni 2024,
<u>Brandenburg. Strukturwandel in der Lausitz. (Mit Medien).</u> | 19:00 Uhr |
| | <u>Referent</u> | Uwe R a d a, Berlin | |

Eintritt frei!

Mitgliedsbeitrag 40,00 €/Jahr, mögliche Ermäßigungen auf Nachfrage

- siehe Startseite -



Die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung ist eine unselbständige Stiftung des öffentlichen Rechts in Trägerschaft der Stiftung Deutsches Historisches Museum (DHM).

Die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung wird durch ihre Direktorin Frau Dr. Gundula Bavendamm vertreten. Vorsitzender des Stiftungsrats ist Dr. Andreas Görgen, Leitender Beamter bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsministerin Claudia Roth MdB.

Frau Dr. Gundula Bavendamm
Direktorin der Stiftung

Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung
Stresemannstraße 90
10963 Berlin
T +49 30 206 29 98-0

info@f-v-v.de

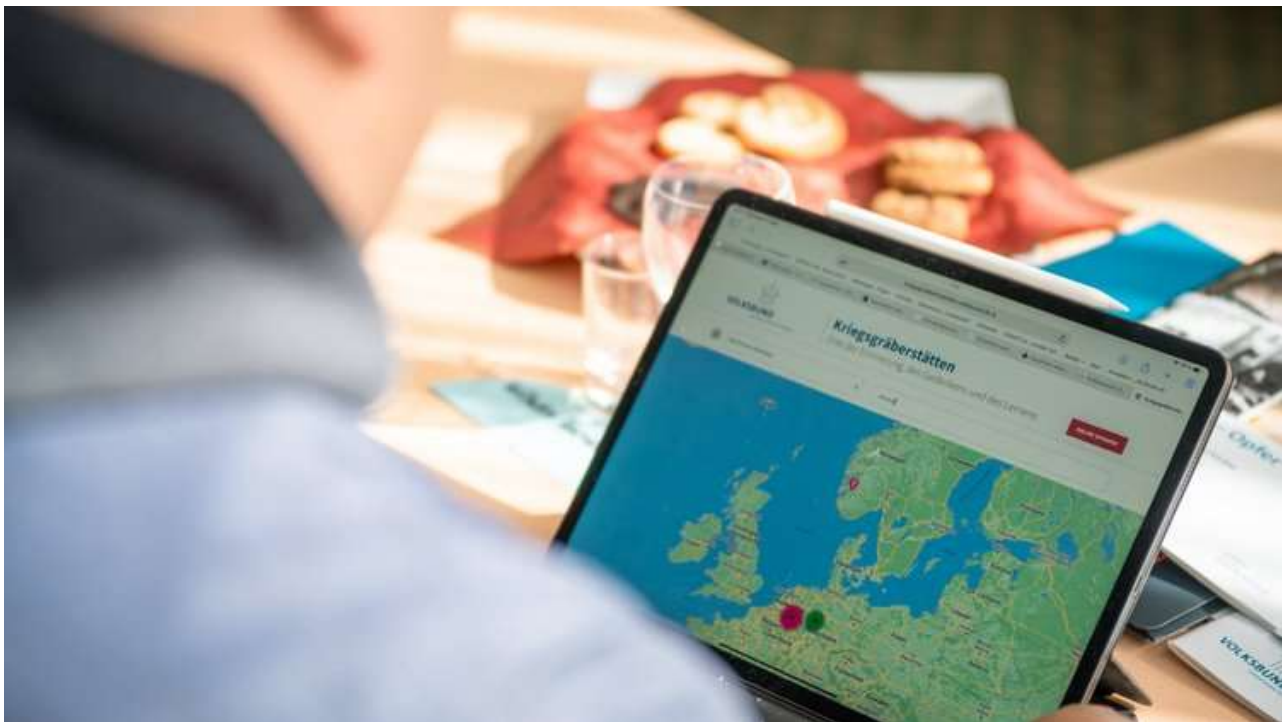
<https://www.flucht-vertreibung-versoehnung.de/de/impressum>

Zuständige Aufsichtsbehörde:

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien
Bundeskanzleramt, Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin
T +49 30 18 400-0

03) Lehrkräfteseminar in Berlin

Einladung zum Lehrkräfteseminar in Berlin - „Flucht und Vertreibung vermitteln“, 13.-15. September 2024



Im Mittelpunkt des dreitägigen Seminars für Lehrkräfte aus allen Bundesländern stehen Fragen der Erinnerung und Geschichtsvermittlung zum Thema Zwangsmigrationen in Europa. Am Beispiel des Berliner Lernortes Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung sowie der Kriegsgräberstätte Lilienthalstraße setzen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit den historischen Hintergründen und der Vermittlungspraxis auseinander. Das bundesweite Lehrkräfteseminar dient zudem dem praxisorientierten kollegialen Austausch.

Informationen zum Abrufkontingent

Während des Lehrkräfteseminars bieten wir Ihnen die Möglichkeit, Zimmerkontingente in zwei Berliner Hotels zu reservieren. Bei Interesse können Sie unter Verwendung eines spezifischen Stichworts reservieren, das wir Ihnen nach Ablauf der Anmeldefrist mitteilen.

Hotel 1

Zimmerpreis inkl. Frühstück pro Nacht

Einzelzimmer: 83,00 € inkl. Frühstück

Doppelzimmer zur Einzelnutzung: 99,00 € inkl. Frühstück

Hotel 2

Zimmerpreis inkl. Frühstück pro Nacht

Einzelzimmer: 154,00 € inkl. Frühstück

Doppelzimmer: 194,00 € inkl. Frühstück

Anmeldung bitte bis spätestens 12. Juli 2024.

Eine Anmeldung ist auch über unser [Online-Anmeldeformular](#) möglich.



Gerhart-Hauptmann-Museum Erkner

Gerhart-Hauptmann-Straße 1–2

15537 Erkner

Fon +49 (0)3362 3663

Fax +49 (0)3362 70 00 141

info@hauptmannmuseum.de

Öffnungszeiten

Dienstag bis Sonntag 11.00 – 17.00 Uhr

Eintritt

Erwachsene: 2 € pro Person

Schüler, Studenten: 1,50 Euro

Führungen: 10 €

Adresse

Gerhart-Hauptmann-Str. 1–2

D-15537 Erkner

Das Museum wird in den nächsten drei Jahren umgestaltet.

Auch wenn wir uns in dieser Zeit mit keiner Ausstellung zu Gerhart Hauptmann präsentieren können, wollen wir trotzdem für Sie da sein, und **ab April eine Auswahl von Veranstaltungen** anbieten, die entweder im Bürgersaal des Rathauses oder in der Genezarethkirche stattfinden. Die Tickets dafür können Sie, wie gewohnt, bei uns kaufen.

Wir arbeiten im Hintergrund an der Konzeption der neuen Museumsausstellung und setzen unsere Publikationsreihe fort. Schauen Sie in nächster Zeit einfach öfter auf diese Internetseite, um über unsere Angebote informiert zu sein.

<https://www.hauptmannmuseum.de/veranstaltungen>

Vorerst finden unsere Veranstaltungen weiterhin statt.

Die Museumsverwaltung befindet sich zurzeit in der **Friedrichstraße 67 (gegenüber dem Rathaus)**. Hier können Sie zu den **Geschäftszeiten Mo – Fr von 10 – 15 Uhr sowie mittwochs bis 17 Uhr die Eintrittskarten für unsere Veranstaltungen in Erkner** (Bürgersaal, Heimatmuseum, Genezarethkirche) erwerben.

Wir sind weiterhin unter der Telefonnummer +49 3362 3663 zu erreichen.

04) Endlich wieder normal?

Kabarett

13. Juni 2024, 19:00 Uhr
Im Bürgersaal / Rathaus

Mit **Gerald Wolf**

Hurra, wir mussten nicht bibbern! Dank der tollen Spartips von Winfried Kretschmann: "Duschen sie nur kurz!" konnten wir auf's Gas locker verzichten! Und unser Verkehrsminister Volker Wissmann schützt uns zuverlässig vor einer Tempolimitdiktatur! Höchste Zeit für Galgenhumor! Denn hätten Sie gedacht, dass Putin die Ukraine angreift? Doch schaffen 100 Mrd. Sondervermögen für die Bundeswehr und 35 neue deutsche Atombomber wirklich Frieden?

Egal! Genießen Sie die "Ode an Olaf!" Schwelgen Sie in der neuen grünen Hymne! Erbauen Sie sich an einem pfiffigen Gentechniker! Staunen Sie, wie Amazon-Boss Jeff Bezos schwerelos ins All schwebt!

Parodien: Karl Lauterbach, zwei himmlische Überraschungsgäste u.a. Stegreif, Parodie, satirische Lieder und das Märchen "Fabula Gnomia"
Regie: Albrecht Metzger

Eintritt: 7 €



utp@utp.berlin

fleck.boguslaw@utp.berlin

utp.berlin | mobil: +49 176 83 17 16 09

hanna.jakob@utp.berlin

barbara.czechmeszynska-skowron@utp.berlin

www.UTP.berlin

HU, Unter der Linden 6, freitags um 18:00 Uhr

Leitthema: Die Länder Mittel- und Osteuropas in Angesicht vor neuen

05) Systemtransformationen in Belarus und deren Einfluss auf die politischen Beziehungen zu Polen

Vortrag von Prof. Dr. habil. Krzysztof Fedorowicz

Moderation: Dr. habil. Brygitta Helbig

Freitag, 14. Juni 2024, 18:00 Uhr

HU, Unter der Linden 6, Saal 2094

In meinem Vortrag möchte ich die politischen Beziehungen zwischen Polen und Belarus und den Einfluss der Systemtransformationen in Belarus auf diese analysieren. Im Vergleich zu den polnisch-russischen oder polnisch-ukrainischen Kontakten sind die polnisch-belarussischen Beziehungen deutlich weniger dynamisch und inhaltsreich. Das beispiellose Ausmaß an Wahlfälschungen und die sehr brutale Reaktion der Sicherheitskräfte auf die friedlichen Demonstrationen Tausender Belarussen im August 2020 führten zu einem Wendepunkt in den polnisch-belarussischen Beziehungen. Polen nahm eine entschiedene Haltung gegen solche Aktionen ein und beteiligte sich aktiv am Aufbau internationaler Unterstützung für demokratische Veränderungen in Belarus. Als Reaktion auf die anhaltenden Repressionen gegen belarussische Bürger nahm die polnische Seite etwa 100.000 Menschen auf, die Belarus verlassen hatten oder zur Ausreise gezwungen worden waren, und engagierte sich aktiv für die Unterstützung demokratischer Veränderungen in Belarus.

Moderation: Dr. habil. Brygitta Helbig

Mit herzlichen Grüßen,

Der Programmbeirat der UDG



Prof. UAM dr. hab. Krzysztof Fedorowicz

Politologe. Habilitierter Doktor der Sozialwissenschaften im Fach Politikwissenschaft und Verwaltungswissenschaft. Professor am Lehrstuhl für Oststudien der Fakultät für Geschichte der Adam-Mickiewicz-Universität in Posen. Senioranalytiker im Ostteam des Instituts für Mitteleuropa in Lublin.

Forschungsschwerpunkte sind die Länder der ehemaligen UdSSR, insbesondere Belarus und der Südkaukasus. Er beschäftigt sich mit Themen wie: Systemtransformationen im post-sowjetischen Raum, politisch-soziale Veränderungen in Belarus, polnisch-belarussische Beziehungen, Belarus in den internationalen Beziehungen, die Ostpolitik Polens, die polnische Minderheit in Belarus, politisch-soziale Veränderungen im Südkaukasus, Migration und Flüchtlinge, sowie die Funktionsweise der sogenannten nicht anerkannten Staaten im Gebiet der ehemaligen UdSSR. Stipendiat an der Belarussischen Staatlichen Universität (2018), am Belarussischen Institut für Rechtswissenschaften (2005), an der Staatlichen Universität Jerewan (2013, 2018) sowie an der Armenischen Akademie der Wissenschaften in Jerewan (2021). Autor zahlreicher wissenschaftlicher Artikel und Publikationen über Belarus und Armenien:

Belarus angesichts des Krieges in der Ukraine – das Scheitern der „Neutralität“ und die geopolitischen Realitäten, in: Mitteleuropa und Osteuropa im Schatten des Krieges zwischen Russland und der Ukraine: geopolitische Herausforderungen und Sicherheitsdilemmata, Hrsg. Stępniewski Tomasz, Institut für Mitteleuropa, Lublin 2023.
Belarus angesichts der COVID-19-Pandemie. Praxis und Realität, „Mitteleuropäische Politische Studien“ 2021, Nr. 4.

Polen in Belarus, in: Die polnische Minderheit in Belarus, Litauen, Lettland und der Ukraine: Bedingungen, aktueller Stand, Perspektiven, Hrsg. Tomasz Stępniewski, Institut für Mitteleuropa, Lublin 2020.

Mit herzlichen Grüßen,
Der Programmbeirat der UDG
Gefördert durch:





Landesgeschichtliche Vereinigung
für die Mark Brandenburg e.V.
(gegr. 1884)

Dr. Peter Bahl
Landesgeschichtliche Vereinigung
für die Mark Brandenburg e.V.
- Vorsitzender -
Gurlittstraße. 5
12169 Berlin
Tel. (030) 753 99 98
bahl_peter@yahoo.de
www.geschichte-brandenburg.de
Bibliothekskatalog: <https://lqv.vufind.net/lqv/>
Spenden zur Unterstützung unserer Arbeit erbitten wir auf unser Konto
bei der Postbank Berlin (IBAN = DE24 1001 0010 0045 7101 09, BIC = PBNKDEFF).

06) Drei Berliner Friedhöfe in Brandenburg

Besuch in Güterfelde und Stahnsdorf mit dem größten Friedhofsareal in Brandenburg, insgesamt ca. 6,0 km, geplante Dauer ca. 2,5 Stunden.

Sonnabend 08. Juni 2024

Programm: 1. Wilmersdorfer Waldfriedhof Güterfelde

2. Spaziergang über den Südwestfriedhof Stahnsdorf, beginnend an den italienischen und englischen Soldatenfriedhöfen – nur wenige Einzelgräber werden besucht, sonst benötigen wir zwei Tage.

3. Wilmersdorfer Waldfriedhof Stahnsdorf

4. Auf Wunsch Einkehr Café und Restaurant Tick-Tack am Eingang Südwestkirchhof.

Führung: Dietrich König und Mathias Schebera (beide Berlin).

Treffen: 10.40 Uhr, Potsdam Hbf. (u.a. S1, S7, RE1), Busbahnhof, Bussteig Nr. 5, Abfahrt Expressbus X1 Richtung Teltow 10.56 Uhr, 3 Stationen bis Kienwerder. Rückfahrt: Vom Waldfriedhof Stahnsdorf 15 Minuten Fußweg zur Bushaltestelle Bahnhofstraße von dort mit Bus X1 oder Bus 601 nach Potsdam Hbf. Für An- und Abreise bitte aktuelle Fahrpläne beachten!

Anmeldung bis 01.06.2024 per E-Mail: dmj.schebera@t-online.de (bevorzugt) oder Tel. (030) 208 17 61.

Seite A 41 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Die Gelände der Friedhöfe wurden zwischen 1902 und 1912 durch die Berliner Stadtsynode und die Gemeinden Friedenau und Wilmersdorf erworben. Mit der 1913 eröffneten „Friedhofsbahn“ wurde eine direkte Verbindung von Wannsee aus ermöglicht. Allein auf dem Südwestfriedhof wurden ca. 110.000 Personen bestattet. Seit 1961 wurden die Friedhöfe von ihrem ursprünglichen Einzugsgebiet abgeschnitten. Vieles verwilderte, Bauten stürzten zusammen, Teile der Friedhöfe erinnern heute mehr an Wald oder Park, nach 1990 begann der Denkmalschutz zu wirken und Sanierungen begannen.

07) Glückliche Zufälle beim Kirchenbau in Hohen Neuendorf

Besichtigung der Kirche sowie weiterer baulicher Zeugnisse der Ortsgeschichte im unmittelbaren Umfeld von Bahnhof und Kirche.

Führung: Ingrid Zache (Hohen Neuendorf).

Sonnabend, 22. Juni 2024

Treffen: 10.30 Uhr, S-Bhf. Hohen Neuendorf. Anreise mit ÖPNV empfohlen: S 1 oder S 8, 20-Min.-Takt, bitte aktuelle Fahrplanänderungen beachten.

Beschränkte Teilnehmerzahl: 25. Anmeldungen erbeten: Ingrid Zache, Tel. (03303) 40 86 96 oder E-Mail: ingrid-zache@web.de.

Das ungewöhnlich kleine Bauerndorf Hohen Neuendorf, gelegen abseits der Chaussee Oranienburg–Berlin, hatte zu Beginn des 20. Jahrhunderts durch Villenkolonien und Landhäuser auf seiner Feldmark schon mehr als 1 000 Einwohner, jedoch noch keine eigene Kirche. Wie auch andere Orte im Berliner Umland hatte Hohen Neuendorf im Zuge der Expansion der Reichshauptstadt seinen dörflichen Charakter verloren und sich zu einer vorstädtischen Gemeinde entwickelt. Es entstanden im Berliner Umland Kirchenneubauten, die im eigentlichen Sinne keine Dorfkirchen waren, sondern sowohl bezüglich des Bauvolumens als auch der Architektursprache und Ausstattung eher städtische Vorortkirchen. Zu diesen Neubauten zählt die Kirche in Hohen Neuendorf, 1909 geweiht, deren ursprüngliche Ausstattung vollständig erhalten ist, ein Frühwerk im sogenannten „Heimatstil des preußischen Kirchenbaus“ des Baumeisters Georg Büttner. Er gehörte zu den einflussreichsten Architekten am Beginn des 20. Jahrhunderts in Berlin und Brandenburg. Die Kirche wurde im Januar 1999 in das Verzeichnis der Denkmale des Landes Brandenburg eingetragen. Siehe hierzu auch das Themenheft Dorfkirchen, Mitteilungsblatt der Landesgeschichtlichen Vereinigung 2013, Heft 3, S. 173 ff.

Bitte vormerken:

Sonnabend, 10. oder 17. August 2024

Fürstenberg an der Havel, Mirow, Neustrelitz und Hohenzieritz – Auf den Spuren einer Residenzlandschaft.

Eine Busexkursion. Leitung: Dirk Schumann M.A. (Berlin).

Detaillierte Auskünfte ab 1. Mai 2024 bei Gerhard Weiduschat, E-Mail g.weiduschat@gmail.com (bevorzugt) oder Briefpost Engelmannweg 71, 13403 Berlin (bitte einen adressierten Freiumschlag beilegen)

Veranstaltungsorganisation:
Dirk Pinnow c/o Pinnow & Partner GmbH
Helmholtzstr. 2-9, Aufgang D
10587 Berlin
Tel 030 26 36 69 83
Fax 030 26 36 69 85
E-Mail Pinnow@DieGeschichteBerlins.de



Verein für die Geschichte Berlins e.V., gegr. 1865

c/o Zentral- und Landesbibliothek Berlin

Vertreten durch den Vorsitzenden: Dr. Manfred Uhlitz

Neuer Marstall

Schloßplatz 7, 1.Hof, 10178 Berlin

Telefon: 030-90226449

E-Mail: info@diegeschichteberlins.de

www.diegeschichteberlins.de

Berliner Sparkasse IBAN DE06 1005 0000 0190 4487 76

08) Egon Erwin Kisch und das Romanische Café

Christian Buckard, freier Autor und Journalist, liest und erzählt die Geschichte von Egon Erwin Kisch im Romanischen Café.

Mittwoch, 19. Juni 2024, 19:00 Uhr

Berlinsaal der Zentral- und Landesbibliothek Berlin, 10178 Berlin, Breite Straße 36

Rund zwölf Jahre lang, zwischen 1921 und 1933 wohnte der »rasende« Reporter Egon Erwin Kisch in Berlin. Genauer gesagt: er wohnte im Romanischen Café. In seiner Wohnung schlief er nur. Zwischen morgens und nachts schlug Egon immer wieder im Café auf, um dort Geschichten zu erzählen, Neuigkeiten zu erfahren, Weltreisen zu planen und – immer mit der Zigarette im Mundwinkel – die große Welt anzutreffen. Denn nur im Romanischen lag Prag direkt neben Odessa, Budapest, New York, Wien, Moskau und Tokio. Der Glanz erstrahlte damals in alle Kaffeehäuser der Welt und ist selbst heute, nachdem der romanische Stern längst erloschen ist, immer noch klar am literarischen Himmel zu sehen.

Gäste willkommen! Eintritt frei!

09) Bundeskongress Heimat 2024: Heimat – Krieg und Frieden

In Kooperation mit dem Verein für die Geschichte Berlins e.V., gegr. 1865
Montag, 24. Juni bis Dienstag, 25. Juni 2024

Berliner Rathaus, 10178 Berlin, Rathausstraße 15

Beim Bundeskongress Heimat wollen wir uns „Heimat – Krieg und Frieden“ aus verschiedenen thematischen Richtungen nähern und dabei stets das zivilgesellschaftliche Engagement in Deutschland und Europa in den Fokus nehmen.

Teilnahme: Die Teilnahme ist kostenfrei durch Anmeldung unter dem Link bhu.de/veranstaltungen/bundeskongress-heimat/ oder per e-Mail an: bk-heimat@bhu.de

» **Um Anmeldung wird gebeten.**

Veranstaltungsorganisation:
Dirk Pinnow c/o Pinnow & Partner GmbH
Helmholtzstr. 2-9, Aufgang D
10587 Berlin
Tel 030 26 36 69 83
Fax 030 26 36 69 85
E-Mail Pinnow@DieGeschichteBerlins.de



Literaturhaus Berlin

Fasanenstraße 23

10719 Berlin

+49 (0)30 887 286 0

info@literaturhaus-berlin.de

10) Li-Be Sommerfest »Letztes Heimspiel«

Abschiedsfest aus der Fasanenstraße 23

Sonnabend, 15. Juni 2024, 15:00 Uhr

Eintritt: frei

im ganzen Haus und Garten

Die vorerst letzte Veranstaltung in der Fasanenstraße 23, bevor wir für 18 Monate auf Tour gehen. Mit Jan Böttcher, Jan Brandt, Christian Dittloff, Adriano Henseler, Caro Korneli, Maurice Läbe, Andreas Merkel, Elina Penner, Moritz Rinke, Leona Stahlmann, Sebastian Stuertz, Stefanie de Velasco, Florian Werner, u.v.m.

Am 15. Juni findet unsere vorerst letzte Veranstaltung in der Fasanenstraße 23 statt, bevor wir anschließend für 18 Monate durch die Stadt touren. Gemeinsam möchten wir den vorübergehenden Abschied, den Beginn der Sanierungsmaßnahme und den Auftakt unserer »Li-Be für die Stadt«-Reihe feiern.

Das letzte Heimspiel im Li-Be ist ein Sommerfest im Glanze der Fußball Europameisterschaft 2024! Ab nachmittags grillen elf Freunde vom Li-Be Freundeskreis für uns und feiern zusammen beim Torwandschießen im Hof und Tischkicker im Haus.

Den literarischen Auftakt bilden die Kleinen, die am späteren Nachmittag zusammen mit den Autoren **Moritz Rinke, Florian Werner, Jan Böttcher, Andreas Merkel, Nils Straatmann** und **Mathias Schönsee**, allesamt fußballbegeisterte Schriftsteller der Autoren-Nationalmannschaft, die Buchpremiere von »Tor: Das Fußballbuch von Profis zum Vorlesen« feiern – und Profi-Ballsportlerinnen kommen natürlich auch darin vor!

Abends veranstalten der Autor **Sebastian Stuertz** und die Moderatorin **Caro Korneli** ein großes Jugendsündenbingo mit **Stefanie de Velasco, Christian Dittloff, Elina Penner, Jan Brandt** und **Leona Stahlmann** – fünf Autor:innen, die sich als Teenager:innen an Lyrik und Prosa versucht haben, weil sie nicht so recht wussten, wohin mit ihren großen Gefühlen. Diese unbeholfenen Schreibversuche gibt es hier zu hören. Doch niemand liest

Seite A 45 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

das eigene Werk! Das Publikum muss raten, welcher Text von wem ist. Dazu werden die schönsten Teeniefotos aus den privaten Archiven der fünf gezeigt und Anekdoten aus der Jugend erzählt.

In der dritten Halbzeit rufen wir bei einer Séance mit **Adriano Henseler** und **Maurice Läbe** von der Hochschule für Schauspielkunst Ernst Busch die guten Geister des Hauses und um ihre Unterstützung für unsere »Li-Be für die Stadt«-Tour 2024-2025. Und dann wird getanzt!

15:00 Uhr

Torwandschießen & Grillen mit elf Freunden im Garten

Gruppenspiel Ungarn-Schweiz im Kaminzimmer

16:00 Uhr

Buchpremiere »Tor: Das Fußballbuch von Profis zum Vorlesen« mit **Moritz Rinke, Florian Werner, Jan Böttcher, Andreas Merkel** und weiteren fußballbegeisterten Schriftsteller:innen der Autoren-Nationalmannschaft im Garten (ab 5 Jahren)

18:00 Uhr

Gruppenspiel Spanien-Kroatien im Kaminzimmer

19:30 Uhr

Jugendsündenbingo – Die Literaturshow zum Mitraten und Fremdschämen mit **Stefanie de Velasco, Christian Dittloff, Elina Penner, Jan Brandt** und **Leona Stahlmann** im Großen Saal. Es moderieren **Sebastian Stuertz** und **Caro Korneli**

21:00 Uhr

Dritte Halbzeit: Séance & Party mit **Adriano Henseler** und **Maurice Läbe** von der Hochschule für Schauspielkunst Ernst Busch im Kleinen Saal

Gruppenspiel Italien-Albanien im Kaminzimmer

Mit freundlicher Unterstützung der EXPO 2024 der Kulturprojekte Berlin und dem Verein der Freunde und Förderer des Literaturhauses Berlin



Literarisches Colloquium Berlin

Am Sandwerder 5
D-14109 Berlin

Tel.: +49 (0) 30 - 816 996-0
Fax: +49 (0) 30 - 816 996-19
mail@lcb.de



Elke Erb, Juni 91.- © Renate von Mangoldt

11) Im Juniversum von Elke Erb

„Steinbrucharbeit ist es, einem Gedicht die eigene Sprache zu öffnen.“ (Elke Erb)

Texte, Gespräche und Interventionen von **Shane Anderson, Christian Filips, Aurélie Maurin, Ton Naaijens, Katharina Narbutovic, Douglas Pompeu, Steffen Popp, Theresia Prammer** und **Verica Tričković**

Dienstag, 11. Juni 2024, 19:30 Uhr

Literarisches Colloquium Berlin · Am Sandwerder 5 · 14109 Berlin

8 € / 5 €.

Auch an der Abendkasse

Diese vielstimmige Hommage widmet sich dem übersetzerischen Passagenwerk der unlängst verstorbenen Dichterin Elke Erb. Ihre Nachdichtungen aus dem Russischen (u. a. von Welimir Chlebnikow, Alexander Puschkin, Boris Pasternak), Belarusischen (Ales Rasanau) und Englischen (Rosmarie Waldrop) haben Maßstäbe gesetzt. »Zum Thema Nachdichten«, ein 1990 als Vortrag im Literarischen Colloquium Berlin gehaltener, 1994 überarbeiteter Gedicht-Essay, versammelt jahrzehntelange Selbstbeobachtungen beim Übersetzen und offenbart, wie untrennbar das Zusammenspiel von Dichten und Übersetzen für Elke Erb war, wie kompromisslos jedoch auch die Haltung der in der DDR sozialisierten, oft zusammen mit Kolleg:innen übersetzenden Wortarbeiterin.

Seite A 47 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06

Weggefährt:innen erinnern an die Zusammenarbeit, und JUNIVERS – das Treffen internationaler Lyrikübersetzer:innen – präsentiert die Ergebnisse eines Austauschs, der den inzwischen weltweiten Resonanzraum ihrer Gedichte auslotet.

Eine Veranstaltung von [TOLEDO](#) – Übersetzer im Austausch der Kulturen, in Kooperation mit dem LCB.

Topographie des Terrors

Niederkirchnerstraße 8, 10963 Berlin-Kreuzberg

Info@topographie.de

www.topographie.de

Ruf: 030-254 509-0, Fax: 030-254-09-99

12) Abrechnung. Hitler, Röhm und die Morde vom 30. Juni 1934

Gemeinsam mit Molden Verlag

Dienstag, 25. Juni 2024, 19:00 Uhr

Topographie des Terrors, Auditorium
Niederkirchnerstraße 8, Berlin-Kreuzberg

Ein Jahr nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten geriet das NS-Regime in eine Krise. Die politischen Erfolge blieben aus, die erste Euphorie unter der Anhängerschaft war verflogen. Ernst Röhm baute die SA weiter aus und forderte eine Fortsetzung der „nationalsozialistischen Revolution“. Gleichzeitig formierten sich konservative Gegenkräfte. Am 30. Juni 1934 und in den Tagen danach ließ Hitler mit Hilfe von Polizei, Gestapo und SS sowie mit logistischer Unterstützung der Reichswehr eine umfassende Mordaktion durchführen. Nicht nur Röhm und die SA-Spitze wurden erschossen. Die Morde an insgesamt 90 Menschen richteten sich auch gegen verschiedenste andere Gruppen und Personen.

In seinem Buch *Abrechnung* (2024) rekonstruiert Peter Longerich die komplexen Hintergründe des „Röhm-Putschs“ und zeigt anhand einer Auswertung zeitgenössischer „Stimmungsberichte“, wie die Bevölkerung auf die Morde reagierte. Sein Fazit: Die am 30. Juni 1934 ausgelöste Mordserie war ein die gesamte Diktatur nachhaltig veränderndes Zentralereignis, das Hitler den Durchbruch zur Alleinherrschaft ebnete.

Peter Longerich war Professor für Moderne Geschichte am Royal Holloway College der Universität London und Gründer des dortigen Holocaust Research Centre. Zuletzt lehrte er an der Universität der Bundeswehr in München. Zu seinen Publikationen gehören *Die braunen Bataillone* (1989, Neuausgabe: *Geschichte der SA*, 2003), *„Davon haben wir nichts gewusst!“ Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933–1945* (2006), die Biographien *Heinrich Himmler* (2008), *Joseph Goebbels* (2010) und *Hitler* (2015) sowie *Antisemitismus. Eine deutsche Geschichte* (2021) und *Außer Kontrolle. Deutschland 1923* (2022).

Grußwort: Matthias Opis, Geschäftsführer des Molden Verlags

Buchpräsentation: Prof. Dr. Peter Longerich, München

Moderation: Dr. Andrea Riedle, Direktorin der Stiftung Topographie des Terrors

Brandenburg-Preußen Museum
Eichenallee 7a
16818 Wustrau
Tel. 033925-70798, Fax 033925-70799
museum@bpm-wustrau.de
www.brandenburg-preussen-museum.de
Brandenburg-Preußen Museum
Ehrhardt-Bödecker-Stiftung
Stifter: Ehrhardt Bödecker (1925-2016)
Vorstand: Dr. Andreas Bödecker, Elvira Tasbach

13) Burgen, Bliden, Bombarden, Bastionen. Kriegführung im Mittelalter und die ersten Geschütze

Vortrag von Dr. Lutz Partenheimer

Sonntag, 16. Juni 2024, 15 Uhr



Gesellschaft
für Erdkunde zu Berlin

Geo-Campus Lankwitz
Malteserstr. 74-100
12249 Berlin
Fon +49 30 77007688
veranstaltungen@gfe-berlin.de

Veranstaltungen der Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin, gegründet 1828, damit die zweitälteste geographische Gesellschaft in der Welt. Sie ist die „Mutter“ unserer Arbeitsgemeinschaft Ostmitteleuropa, denn diese wurde 1982 in der Gesellschaft für Erdkunde von Diplom-Geograph Reinhard M. W. Hanke unter dem Vorsitz Professor Dr. Burkhard Hofmeister gegründet

14) Auf dem Weg zur Verkehrswende?

Vortrag von Prof. Dr. Matthias Gather, Fachhochschule Erfurt, Professur für Verkehrspolitik und Raumplanung

Montag, 03. Juni 2024, 18:00 Uhr

Dr. Gerda Schirrmeister
Diplom-Geologin
Beratung, Gutachten und Stadtführung
zu Naturwerksteinen
Frobenstr. 9
10783 Berlin
Tel. 030 - 21 00 54 28

15) Streifzüge durch die Vielfalt der Naturwerksteine in Berlin

Dienstag, 04. Juni 2024, 17:30 Uhr
Naturkundemuseum

**16) Grenzsteine und Naturwerksteine an Gebäuden im
Regierungsviertel am Spreebogen**

Sonnabend, 29. Juni 2024, 14 Uhr
Treffpunkt: Große Querallee am Glockenturm (Carillon)

17) Mehringplatz und Umgebung

Sonnabend, 29. Juli 2024, 14 Uhr
Friedenssäule auf dem Mehringplatz

ein neuer Monat hat begonnen und Wolfgang Grahl hat wieder pünktlich die Fachgruppeninfo zusammengestellt, die ich gern weiterleite. Darin enthalten ist mein Vortrag am **Dienstag, den 4. Juni: Steifzüge durch die Vielfalt der Naturwerksteine in Berlin**. Ab 17 Uhr kommt man in den **Hörsaal 8 des Naturkundemuseums** hinein. Wer den Weg dahin noch nicht kennt und kommen möchte, kann sich gern melden, ich sende dann einen Wegeplan per Email zu. Der Vortrag beginnt dann **17.30 Uhr**.

Am **Sonnabend, den 29. Juni** wiederhole ich die Tour zum **Mehringplatz und Umgebung** in der südlichen Friedrichstadt, die am 27. April Premiere hatte. Treffpunkt ist **14 Uhr** an der **Friedenssäule auf dem Mehringplatz** (U1 und U6 Hallesches Tor). Wir beginnen mit der Geschichte des Platzes und seiner Steinsäule und folgen dann den Steinen im Verlauf der Friedrichstraße bis zur Kochstraße, wo uns als Endpunkt ein Verwendungsbeispiel für das Gestein dieses Jahres - der außerirdisch bedingte Suevit aus dem Nördlinger Ries - begegnet.

Am **Sonnabend, den 27. Juli** schauen wir uns **Grenzsteine und Naturwerksteine an Gebäude im Regierungsviertel am Spreebogen** an.

Treffpunkt: 14 Uhr Große Querallee am Glockenturm (Carillon) im Tiergarten (Bus 100 Haus der Kulturen der Welt, U5 Bundestag)

Südlich vom Bundeskanzleramt stehen auf der sogenannten Skulpturenwiese die "Grenzsteine", die beim Bildhauersymposium 1961 und 1962/63 als Protest gegen den Mauerbau geschaffen wurden. Ben Wagin, dessen Todestag sich am 28. Juli zum 3. Mal jährt, brachte sie mit vielen Aktionen immer wieder in unser Bewusstsein. Wir sehen sie uns genau an und setzen unsern Weg dann zu den Steinen der Regierungsviertelgebäude fort mit Bundeskanzleramt, Reichstagsgebäude, eh. Reichstagspräsidentenpalais und Jakob-Kaiser-Haus.

Die Führungen dauern wie gewohnt maximal 2 Stunden und kosten pro Person 15 Euro.

Nun freue ich mich auf Ihre/Eure Anmeldungen und grüße mit Glück auf!
Gerda Schirrmeister

Urania Berlin

Urania Berlin e.V.
An der Urania 17
10787 Berlin
Deutschland

030- 43 97 47-999
presse@urania-berlin.de
www.urania.de

18) Skulpturale Dialoge - Käthe Kollwitz und Ernst Barlach treffen Georg Kolbe und René Sintenis bzw. BEZIEHUNGSWESEN

Vortrag Thomas R. Hoffmann



Foto: Wikimedia - Ansicht von Georg Kolbes Atelier (1925), Bildarchiv Georg-Kolbe-Museum, Foto Margrit Schwartzkopf

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts spielten Frauen im Kunstbetrieb mehr und mehr eine entscheidende Rolle.

Donnerstag, 13. Juni 2024, 17:30 Uhr

Anfang des letzten Jahrhunderts wurden Frauen im Kunstbetrieb zu einflussreichen Akteurinnen. Die Akademie-Professorinnen Käthe Kollwitz und Renée Sintenis standen im engen Austausch mit ihren männlichen Kollegen Ernst Barlach und Georg Kolbe, die ihnen sogar in Skulpturen ein Denkmal setzten. Kunsthistoriker **Thomas R. Hoffmann** zeigt Ihnen die lebendige Berliner Kunstwelt des frühen 20. Jahrhunderts.

Eintritt: 8 €, ermäßigt: 5 €, Mitglieder: 3 €



<https://blog.sbb.berlin/termine/kalender/>

19) Kriegslandschaften verdichten: Joseph Roths Hotel Savoy

Vortrag von Prof. Dr. Ulrike Steierwald mit Lesung von Maria Hartmann
Eine Veranstaltung in der Reihe (Fast) frisch aus der Druckerpresse – Neuerscheinungen 1924

„Europäischer als alle anderen Gasthöfe des Ostens scheint mir das Hotel Savoy ...“. Nur wenige Jahre vor dem Erscheinen des *Hotel Savoy* (1924) steht der Protagonist und Ich-Erzähler des Romans in Łódź vor dieser in sieben Stockwerken sich auftürmenden Stätte europäischer Kultur. Gabriel Dan ist einer der bis zu acht Millionen Kriegsgefangenen des Ersten Weltkrieges, den die Bezeichnung „Heimkehrer“ und das hegemoniale Selbstverständnis der europäischen Zivilisation wie blanker Hohn treffen müssen. Denn das Hotel wie die Stadt erweisen sich als eine immerwährende Durchgangsstation, als ein prekärer Schauplatz, auf dem die Gesellschaft der sogenannten Zwischenkriegszeit in der Dramaturgie eines Stationendramas vor Augen geführt wird. Gewalt – Diskriminierung, Ausbeutung, Prostitution, autokratisches Machtgehabe und militärische Eskalation – erscheint allgegenwärtig, verdichtet und bricht sich schließlich „wie ein Tier“ in den Flammen, im Feuerbrand des Hotels, Bahn. 2024 kann dieser in der Frankfurter Zeitung erschienene Gegenwarts- wie Fortsetzungsroman tatsächlich „druckfrisch“ gelesen werden: Denn Geschichte und Gegenwart des Krieges lassen sich – wie 1924 – nicht auf einen Anfang, ein Ende oder ein Dazwischen terminieren, sondern sind auf ein *Inmitten* (Karl Löwith) hin zu betrachten.

Vortrag: Ulrike Steierwald ist Professorin für Neuere deutsche Literatur an der Leuphana Universität Lüneburg.

Lesung: Die Schauspielerin Maria Hartmann ist häufig im Fernsehen, Rundfunk und Theater zu erleben, ihre Passion gilt darüber hinaus besonders literarischen Lesungen.

Um [Anmeldung](#) wird gebeten

Wo findet diese Veranstaltung statt? Staatsbibliothek zu Berlin
Theodor Fontane-Saal
Unter den Linden 8
10117 Berlin

Wann findet diese Veranstaltung statt? 4. Juli 2024

Beginn: 19:00

Ende: 20:00

Während der Veranstaltung werden Bildaufnahmen für die Öffentlichkeitsarbeit der Staatsbibliothek zu Berlin angefertigt. Mit Ihrer Anmeldung stimmen Sie der Veröffentlichung zu nichtkommerziellen Zwecken zu.

A. i) Ausstellungen usw. in Berlin und Umland **Seiten A 65 – A 93**

01) Deutsch-Jüdisches Theater DJT im Saal des Theater-Coupés
in Berlin-Wilmersdorf – Programm 2024



Willkommen im DJT!
Jüdische Erlebnis-Welt seit 2002
Einen schönen Abend wünschen
Ihnen Alexandra Julius Frölich
und Team.

Programm Februar - Juni



Premiere am 13.06.2024 um 19 Uhr

Rendez-Vous im DJT Neues Format

50. 03. März:
Von Kairo nach Berlin
Mohamed Assadi ist seit Jahrzehnten eine prägende Persönlichkeit arabischer Musik in Deutschland. Mit seinen Nay-Flöten und seiner Darf schafft er Klänge, die den "Duft" von Tausendjähriger Nacht herausbrachten - und er hat eine höchst ungewöhnliche Lebensgeschichte zu erzählen. 1943 in Kairo geboren, trübt er schon als Kind von einem selbstbestimmten Leben und dem Studium der Musik. Doch in Ägypten kann er beides nicht bekommen...
Erleben Sie Mohamed Assadis virtuoses Spiel und lassen Sie sich von Aussagen aus seiner Autobiographie „El Hedhra - Geschichte meines Lebens“ verzaubern.

Mit: Iwa Maria Külling und Mohamed Assadi
Eintritt: 15,- / ermäßigt 10,- / 7,-

**Fr, 12. April:
Der lange Weg hin zur genialen Inszenierung**

Gespräch mit der Astronka-Regisseurin Gudrun H.E. Lelak mit anschließender Filmschau:
"Das BUCH der BÜCHER fließt erzählt", Teil 1 Genesis (Regie: Gudrun H.E. Lelak)
Was genau macht so ein Regisseur? Wie arbeitet er - oder sie? Gudrun H.E. Lelak wird es Ihnen beim Rendez-Vous genau erklären. Mit dabei ist ihr Lebenspartner und künstlerische Weggefährte, der Schweiß-Schauspieler Wolfram Fröscher. Beide können auf jahrzehntelange Arbeit in ganz Deutschland als Regisseure und als Schauspieler zurückblicken und haben viele anregende und wunderbare Begebenheiten aus dem Künstlerleben zu berichten.
Eintritt: 15,- / ermäßigt 10,- / 7,-



**Kurt und Hildegard
Löwenstein-Lorenz Stiftung**

April	
Mo 03.04.	What the World needs now is LOVE 17h
Di 04.04.	Küchen-Intime Gedächtnisse 19h
Fr 05.04.	Rosinen aus Bagdad 19h
Sa 06.04.	Goldenes Jerusalem 18h
So 07.04.	Goldenes Jerusalem 17h
Fr 12.04.	Rendez-Vous im DJT 19h
Mai	
Fr 24.05.	Kristina Gardlager in Concert 19h
Sa 25.05.	Kichon: Die beste Ehefrau 19h
Juni	
Sa 01.06.	Von Schwannengesang, Lärchen und Liebesleid 18h

Do 13.06.	Premiere "Der Dibbuk" 19h
Fr 14.06.	"Der Dibbuk" 19h
Sa 15.06.	"Der Dibbuk" 19h
So 16.06.	"Der Dibbuk" 18h

Szen. Lesung: Kichon - Die beste Ehefrau von allen und ICH
Die Ehe ist ein weißes Fläsch, Minogamie und Trauer sind unauflöslich, die Ehe ist nur für Frauen erfunden worden, und deshalb sollten eigentlich auch nur Frauen heiraten. Aber noch sonst ist die Ehe kein Zuckerschlecken für einen Mann. Glauben Sie mir, ich weiß, wovon ich da spreche, denn ich war 43 Jahre lang mit ihr verheiratet...

Kosare: A.J. Frölich
Mit: Alexandra Julius Frölich und Joachim Köber
Eintritt: 20,- / ermäßigt 15,- / 10,-



**Theaterhaus
Berlin
Mitte**

Februar	
Fr 02.02.	Hilobaut-Gedächtnis: Filmschau „Fanas Traum“ 18h
Sa 03.02.	Stummfilm-Konzert: Puzosi-Kreuzer Potemkin 18h
So 04.02.	Rosinen aus Bagdad 17h
Di 06.02.	Küchen-Intime Gedächtnisse 19h
Fr 08.02.	Rosa - Ein Leben 19h
Sa 10.02.	Rosa - Ein Leben 19h
So 11.02.	Klezmer-Konzert: "Bei Nadama Birnensvitch" 17h
März	
Fr 01.03.	Kichon: Intime Gedächtnisse 19h
Sa 02.03.	Rosinen aus Bagdad 19h
So 03.03.	Rendez-Vous im DJT 17h
Sa 09.03.	What the World needs now is LOVE 19h
So 10.03.	What the World needs now is LOVE 17h
Sa 16.03.	What the World needs now is LOVE 19h
So 17.03.	What the World needs now is LOVE 19h

Fr 01.03.	What the World needs now is LOVE 19h
Sa 02.03.	What the World needs now is LOVE 19h
So 03.03.	What the World needs now is LOVE 19h
Sa 09.03.	What the World needs now is LOVE 19h
So 10.03.	What the World needs now is LOVE 19h



**Kultur
Theaterhaus am Halleschen Markt**



Besesseni! - Der Dibbuk

Dramatische jüdische Legende nach Salomon An-Ski aus der verlorenen Welt des Shtetl.
 Lea ist die Tochter eines reichen Rabbiners und soll standesgemäß verheiratet werden. Was ihr Vater nicht ahnt: die junge Frau hat bereits anderweitig zarte Bande zu dem Talמידסטudenten Chanana geknüpft. Als der junge Mann von der bevorstehenden Hochzeit seiner Geliebten mit einem anderen erfährt, sucht er Hilfe in der Macht alter, magischer Texte und stirbt bei dem Versuch, diese zu entziffern. Chanans Liebe zu der jungen Frau ist jedoch so stark, dass seine Seele lebendig bleibt und als Dibbuk in den Körper der Braut eintritt.
 „Der Dibbuk“ behandelt anhand der unerfüllten Liebe nicht nur das klassische jüdische Motiv der „Anhaftung“, nämlich der gequälten Seele, die keinen Frieden findet, sondern er sucht vor allem die Antwort auf die grundlegenden menschlichen Fragen nach Gut und nach dem Grund des Bösen in der Welt und im Menschen...

Regie: Evgenija Rabinovitch
 Textfassung: A.J. Frölich
 Musik: Alexander Gutman
 Mit: Alexandra Julius Frölich, Eva Maria Kölling, Clara Tokampe, Joachim Kelsch
 Eintritt: 25,- / ermäßigt 18,- / 10,-*

Stummfilmkonzert: Panzerkreuzer Potemkin

Der Film „Panzerkreuzer Potemkin“ des jüdischen Regisseurs Sergei Eisenstein wurde am 21. Dezember 1925 im Moskauer Bolschoi-Theater zur Feier der russischen Revolution 1905 uraufgeführt. Fortan galt er als Propagandafilm im Sinne der sowjetischen Regierung unter Stalin.
 Aufgrund seiner eindrucksvollen Bilder, seiner innovativen Schnitttechnik hat der „Panzerkreuzer“ international Filmgeschichte geschrieben und Generationen nachfolgender Regisseure künstlerisch inspiriert.
 Der Pianist Alexander Gutman spielt live zur ungekürzten Originalfassung des Films.
 Eintritt: 12,- / ermäßigt 8,-



ROSA – Ein Leben

Manchmal vergißt sie beinahe, welchen Tag und welches Jahr sie heute schweben muss. Eine lange Zeit ist Rosa Luxemburg schon in Haft, eine zu lange Zeit, die auch nie zu enden scheint. Sie ist fast immer allein und ohne menschliche Nähe. Natürlich, das Wachgrosor ist da, aber das zählt nicht. Da sind nur die Vögel und Wolken, die Sonne und das Lichtspiel des Himmels, die Bücher, seltene Briefe und noch seltenere Besuche, die das Herz sich zaghaft freudig regen lassen... Allein mit sich und ihrer inneren Welt, den Gedanken an Vergangenheit und Zukunft, an Freunde und Liebe, allein mit den Träumen, die man vom Leben hatte...

Regie: R. Luxemburg, A.J. Frölich, Gudrun H.E. Lohk
 Regie: Evgenija Rabinovitch
 Musik: Alexander Gutman
 Mit: Alexandra Julius Frölich, Eva Maria Kölling, Alexander Gutman, Joachim Kelsch
 Eintritt: 25,- / ermäßigt 18,- / 10,-*

Kino-Filmschau: Fania's Traum

Noten in Not. Das Mädchenorchester von Auschwitz.
 Eigenproduktion DJT 2021.
 Es ist der 2. September 1966.
 Die französische Sängerin Fania Fintelon, Überlebende des Mädchenorchesters von Auschwitz-Birkenau, sitzt in ihrem Garten und erwartet prominenten Besuch, der sie offiziell in der DDR willkommen heißen soll.
 Sie schläßt für einen Augenblick ein und begegnet im Traum ihrer Vergangenheit: der Violonistin und Orchesterleiterin Alma Rosé, die für sie bewunderndes Vorbild und gehasste Rivale zugleich war, der Aufseherin über das Orchester, der als „Bestie“ bekannten Lagerführerin Maria Mandl sowie dem Musikliebhaber Lagerkommandant Josef Kramer...
 Regie: Evgenija Rabinovitch
 Buch: Alexandra Julius Frölich
 Idee & Recherche: Bettina Esner
 Mit: A.J. Frölich, Eva Maria Kölling, Xenia Wolgramm, Joachim Kelsch und Alexander Gutman
 Eintritt: 8,- / erm. 5,-

* Preis gilt an der Abendkasse für Schüler, Studenten, Ausübts und Empfänger von ALG II und Grundsicherung für nach Verfügbarkeit. Programmänderungen sind vorbehalten. Bildnachweis: Junit Schicke (ROSA), Mik Sentenza (ROSA / Wonderful World) und Joachim Kelsch.

Klezmer-Konzert:

"Bei Madame Benemovitch" ...
 Auch Musik kann lachen und weinen. Zumindest die jüdischen Klezmeridek lassen keine menschliche Gefühlsebene aus. Hören Sie nur ganz genau hin...und gehen. Sie mit unseren jüdischen Musikern Ilya Bondar (Violine) und Sascha Gutman (Klavier) auf eine wundersame Reise quer durch die jüdische und israelische Musikliteratur.
 Eintritt: 20,- / ermäßigt 15,- / 10,-*

Rosinen aus Bagdad

Es wird orientalistisch: In spanischer Erzähltradition lässt die Schauspielerin Eva Maria Kölling gemeinsam mit dem Musiker Mohamed Askari (May und Oud) seine Welt entstehen, in der fast vergessene Geschichten von weiblicher Liebe, Klugheit und Scharfsmir Ihre zeitlose Kraft entfalten. Der ferne Blick eröffnet erstaunlich aktuelle und alltagstaugliche Perspektiven auf das gemeinsame Leben von Mann und Frau. Nehmen Sie Platz auf dem fliegenden Teppich der Möglichkeiten und lassen Sie sich von außergewöhnlichen Frauenfiguren inspirieren, die mutig ihrem Herzen folgen.
 Eintritt: 20,- / ermäßigt 15,- / 10,-*

What the World needs now is LOVE

Was die Welt jetzt braucht, ist LIEBE. Hat man dieses Lied von Burt Bacharach einmal gehört, so geht es einem nicht mehr aus dem Kopf. Genauso wenig wie der Song „Raindrops keep falling on my head“, der mit dem Film „Zwei Beneliten“ berührt und eigens mit dem Orcaz prämiert wurde. Unsere Reise durch die Musik- und Lebensgeschichten jüdischer Singer-Songwriter geht weiter mit Amy Winehouse, Charles Aznavour, Barbra Streisand, KISS und anderen.
 Text: Bettina Esner
 Regie: Evgenija Rabinovitch
 Mit: Alexandra Julius Frölich, Eva Maria Kölling, Clara Tokampe, Otha Sanchezpyn, Joachim Kelsch
 Musikalische Leitung und Klavier: Alexander Gutman
 Eintritt: 25,- / ermäßigt 18,- / 10,-*

Goldenes Jeruschalajim

Literarisches Konzert mit bekannten Werken aus der jüdischen Welt und Texten von Isaac Bashevis Singer u.a.
 Mit: Alexandra Julius Frölich, Eva Maria Kölling, Ilya Bondar, Alexander Gutman
 Eintritt: 20,- / ermäßigt 15,- / 10,-*

Als Special-Gast im DJT: die Sopranistin Kristina Gordadze mit ihrem Konzertprogramm

Frühlingszauber...
 Unendlich ist die Fülle der Musik und fast ebenso sind es das Repertoire und der Charme von Kristina: Sie erleben populäre Opernarien von Donizetti bis hin zu Gershwin und Bernstein ebenso wie neopollitanische und georgische Lieder und berühmte Jazzballaden.
 Kristina Gordadze stammt aus Georgien, hat ihre Ausbildung in Moskau absolviert, ist Preisträgerin internationaler Opernwettbewerbe und seit vielen Jahren eine international gefragte Künstlerin.
 Eintritt: 20,- / ermäßigt 15,- / 10,-*

Von Schwanengesang, Lerchen und Liebesleid

Klassisches Konzert zum Samstagabend mit Werken von Mozart, Sarasate, Saint-Saens, Kreisler, den Komponisten Straus und Strauß, Schostakowitsch, Lloyd Webber u.a.
 Und für jede Dame gibt's ein Glas Sekt zur freudigen Begrüßung...
 Es spielt das Duo in Kooperation mit Ilya Bondar (Klavier) und Ilya Bondar (Violine).
 Eintritt: 20,- / ermäßigt 15,- / 10,-*

Ephraim Kishon: Intime Geständnisse

Szenische Lesung
 "Falschert sie überhaupt?" wurde ich neulich misstrauisch von irgendeiner Matrone gefragt.
 "Wenn es diese Frau wirklich gab, hätte sie schon länger eine Ehrenbeerdigungsklage gegen Sie eingereicht." Ja, natürlich gibt es sie, die beste Ehefrau von allen. Und das Eheleben mit ihr ist der tägliche Kampf ums Überleben!
 Mit: Clara Tokampe und Joachim Kelsch
 Eintritt: 20,- / ermäßigt 15,- / 10,-*

Kommunale Galerie Berlin

Hohenzollerndamm 176
10713 Berlin

Kontakt

t 030 | 9029 167 04 (Galerie)
t 030 | 9029 167 09 (Artothek)
t 030 | 9029 167 12 (Atelier)
f 030 | 9029 167 05

[info\[at\]kommunalegalerie-berlin.de](mailto:info[at]kommunalegalerie-berlin.de)

Leitung: Elke von der Lieth

t 030 | 9029 24100
f 030 | 9029 16705

Die Galerie ist eine Einrichtung des Bezirksamtes Charlottenburg-Wilmersdorf,
Fachbereich Kultur.

Öffnungszeiten Kommunale Galerie Berlin

Dienstag bis Freitag 10 bis 17 Uhr
Mittwoch 10 bis 19 Uhr
Samstag und Sonntag 11 bis 17 Uhr

Eintritt frei

Öffnungszeiten Artothek

Dienstag bis Freitag 10 bis 17 Uhr
Mittwoch von 10 bis 19 Uhr

Anfahrt

U3 | U7
Fehrbelliner Platz

101 | 104 | 115
Fehrbelliner Platz

02) Ukrainian Dreamers. Charkiwer Schule der Fotografie

Ausstellung vom 6. März bis 2. Juni 2024



Eröffnung am Dienstag, 5. März 2024, 18 Uhr

Künstler:innen: Sergiy Bratkov, Viktor and Sergiy Kochetov, Bella Logachova, Oleg Maliovany, Boris Mikhailov, Evgeniy Pavlov, Roman Pyatkovka, Daniil Revkovskiy and Andriy Rachinskiy, the Shilo Group (Vladyslav Krasnoshchok and Sergiy Lebedynskyy), the SOSka Group (Mykola Ridnyi, Serhiy Popov, and Hanna Kriventsova) and Oleksandr Suprun.

[.https://www.kommunalegalerie-berlin.de/ausstellungen/ukrainian-dreamers](https://www.kommunalegalerie-berlin.de/ausstellungen/ukrainian-dreamers)>

03) Susanne Wehland. My Eyes Are Set on Freedom

Malerei, Skulptur

Ausstellung vom 13. Mai bis 15. September 2024



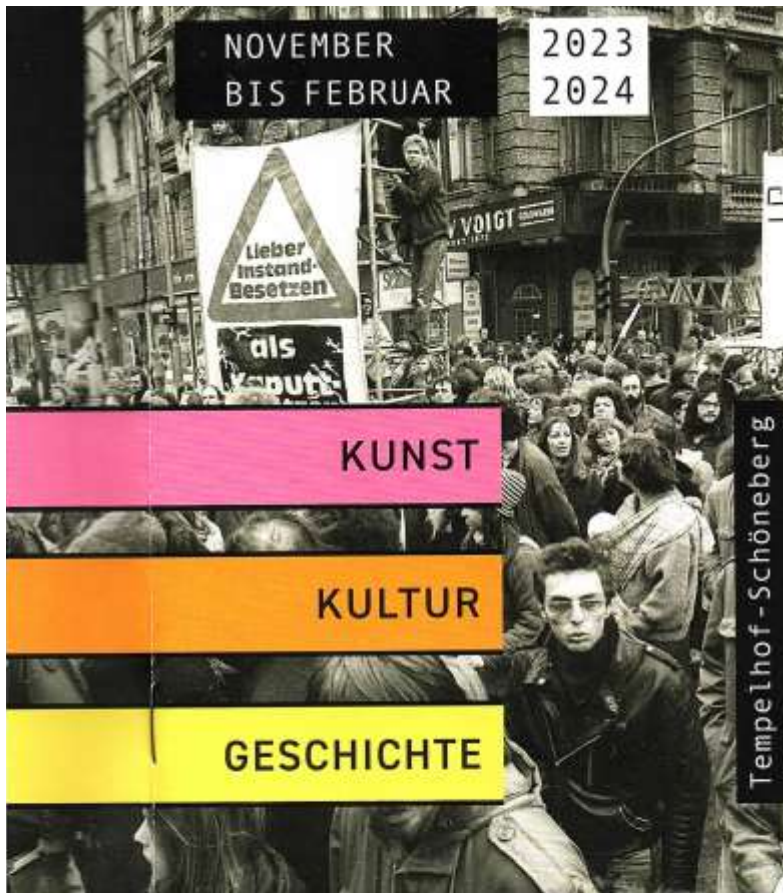
Susanne Wehland, My Eyes Are Set on Freedom, Öl, Acryl, Spachtelmasse, Kies, Gips und eingeschweißtes Foto auf Leinwand, 100 x 140 cm, Fotografie: Bernd Borchardt

In ihren großformatigen Bildwerken reflektiert Susanne Wehland mit malerischen Mitteln, angereichert mit Fotomontagen und Materialcollagen gesellschaftliche und politische Themen, d.h. den Kampf für Frieden und Freiheit, Umwelt und Natur, Geschlechterrollen. Die umfangreiche Einzelausstellung zeigt daneben eine Auswahl aus ihrem bildhauerischen Werk, das sich besonders der Darstellung von Frauengestalten widmet. Die Ausstellung erlaubt anhand bedeutender Themen das Gesamtwerk einer Berliner Künstlerin zu entdecken.

Die Meisterschülerin, die 1973 nach dem Studium der Bildhauerei in Essen an der Folkwangschule für Gestaltung nach Berlin an damalige Hochschule für bildende Kunst wechselte kam, lebt und arbeitet in Berlin-Charlottenburg.

Das umfangreiche Oeuvre der Künstlerin Susanne Wehland begeistert!

Programme der Museen von Berlin Tempelhof-Schöneberg



Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg
Abteilung Bildung, Kultur und Soziales
Fachbereich Kunst, Kultur und Museen
Museen Tempelhof-Schöneberg
Hauptstraße 40 /42
10827 Berlin

museum@ba-ts.berlin.de

Unser Sekretariat erreichen Sie zurzeit:

Montag bis Donnerstag von 9 bis 15 Uhr

Freitag von 9 - 14 Uhr

Tel. 030 90277-6163

museum@ba-ts.berlin.de

04) Dauerausstellung „Zwischen Feldern und Fabriken“

Tempelhofer und ihre Gäste, die mehr über den Stadtbezirk erfahren möchten, sind in der Dauerausstellung genau richtig: Die originalen Objekte – sei es eine verrostete Pistole oder ein riesiger Mammut-Knochen – sind in verschiedenen Räumen des ehemaligen Schulgebäudes untergebracht und können gar nicht an einem einzigen Besuch alle unter die Lupe genommen werden. Mit Hilfe des kindgerechten Audioguides lässt sich hier bei jedem Museumsbesuch etwas Neues entdecken.

Weitere Informationen auf der [Homepage der Museen Tempelhof-Schöneberg](https://www.museen-tempelhof-schoeneberg.de):

<https://www.museen-tempelhof-schoeneberg.de/start.html>

In der Ausstellung „Umrisse“ von Moritz Haase

05) Überlebenskunst. Alltag während der Luftbrücke

Sonderausstellung

15.09.2023 – 12.05.2024

Tempelhof Museum

Ausstellungsort
Tempelhof Museum
Alt-Mariendorf 43
12107 Berlin
Tel. 030 – 90277 61 63
museum@ba-ts.berlin.de

Geöffnet
Dienstag bis Sonntag 13–18 Uhr
Donnerstag ab 10 Uhr

Veranstalter
Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg
Abteilung Schule, Sport, Weiterbildung und Kultur
Fachbereich Kunst, Kultur, Museen
Museen Tempelhof-Schöneberg

Die Ausstellung wird aus Mitteln
des Bezirkskulturfonds gefördert.

Tempelhof Museum
Sonderausstellung
15.9.23 – 12.5.24

Überlebenskunst

Alltag während der Luftbrücke

Kennen Sie sich auch aus
mit Überlebenskunst?

↓

In dieser Ausstellung
können Sie
eine Rauminstallation
mitgestalten.

© Museumsarchiv Berlin
Neue Nationalgalerie / Foto: Dirk Schüttgen

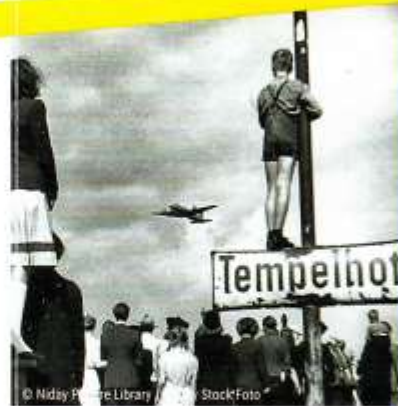
© Museen Tempelhof-Schöneberg
Foto: Henning Storz



Die Ausstellung

Elf Monate kaum elektrisches Licht, oder Kochstrom und nur wenige Briketts – wie haben die Menschen in West-Berlin das geschafft?

Die Sonderausstellung blickt auf den alltäglichen Erfindungsreichtum während der Berlin-Blockade 1948/49. Sie erzählt von Gemüse in Pulverform, Schulunterricht bei Kerzenschein, Hühnern im Wohnzimmer – und vom Wagnis, eine Millionenstadt fast vollständig aus der Luft zu versorgen.



Alle drei Minuten eine Landung in Tempelhof. Wie war das möglich?



Mobile „Snackbars“ und Reparaturteams verhinderten Staus und Leerläufe, im Luftkorridor flogen die Maschinen auf fünf Ebenen übereinander.

Rahmenprogramm

Kuratorenführungen

19.11.23 | 15 Uhr

18.2.24 | 15 Uhr

Vortrag

29.11.23 | 18 Uhr

Schöneberg Museum

Hauptstraße 40–42, 10827 Berlin

Vergnügen in Besatzungszeiten:

Für die westlichen Alliierten gab es nach 1945 zahlreiche Offiziers- und Soldatenclubs in Berlin.

Auch Deutsche arbeiteten in den Clubs oder besuchten sie als Gäste.

Die entstandenen Begegnungen sowie ihren Einfluss auf Politik und Gesellschaft stellt *Dr. Lena Rudeck* vor.

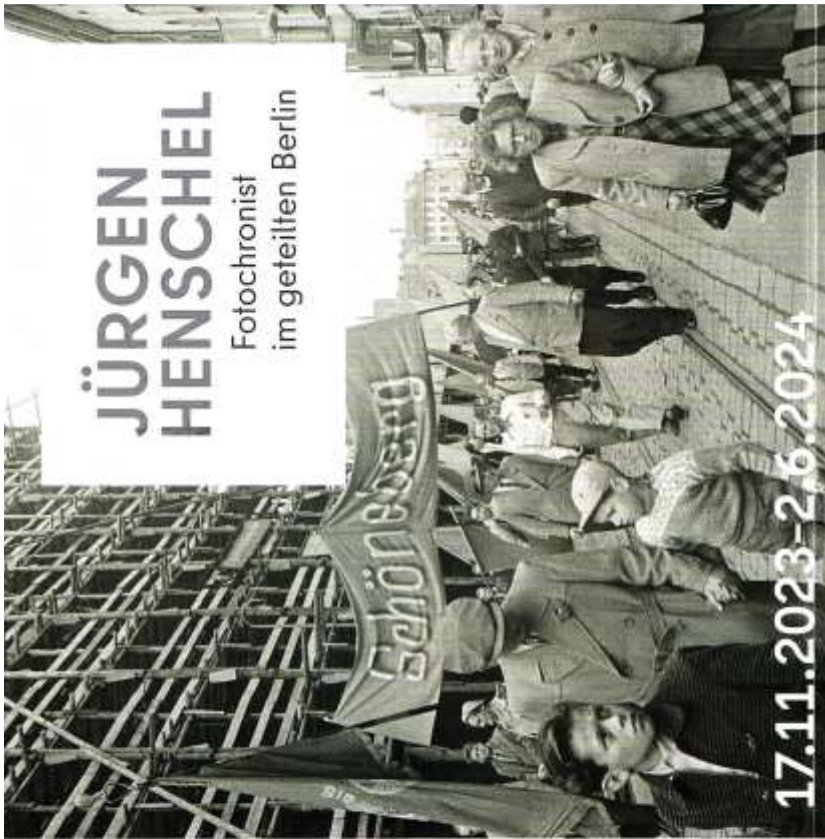


Nur zwei Stunden Strom am Tag!



Wie würde ich diese 120 Minuten nutzen?

06) Jürgen Henschel. Fotochronist im geteilten Berlin
Ausstellung, 17.11.2023-02.06.2024, Schöneberg Museum



Schöneberg
Museum



Veranstalter

Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg
Amt für Weiterbildung und Kultur
Fachbereich Kunst, Kultur, Museen

Schöneberg Museum

Hauptstraße 40/42, 10827 Berlin
museum@bo-ts.berlin.de
Tel. 030-902 77 61 63
www.museen-tempelhof-schoeneberg.de

Öffnungszeiten

So-Do 14-18 Uhr
und Fr 9-14 Uhr
Eintritt frei.

Als politisch engagierter Chronist fotografiert Jürgen Henschel (1923–2012) Protestkultur, Stadtbau und Alltag in West-Berlin. Das ikonische Foto des sterbenden Benno Ohnesorg ist sein berühmtestes Bild.

Henschel arbeitet ab 1967 als Pressefotograf für die Zeitschrift »Die Wahrheit« der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (SEW), die von der DDR-Staatspartei SED finanziert und angeleitet wird. Die SEW ist in Henschels Fotos präsent, spielt im politischen Leben West-Berlins aber kaum eine Rolle.

Im Archiv der Museen Tempelhof-Schöneberg finden sich etwa 23.000 Negative von Jürgen Henschel, der auch als »Mann mit der Leiter« bekannt ist. Zum 100. Geburtstag des Fotografen zeigt das Schöneberg Museum 100 seiner Schwarz-Weiß-Aufnahmen von 1953 bis 1990. Sie erzählen Bertlingeschichte und spiegeln den Zeitgeist der geteilten Stadt.

Führungen mit den Kuratorinnen

26.11.2023, 10.12.2023

28.1.2024, 25.2.2024

jeweils 15 Uhr



07) Wir waren Nachbarn. Dauerausstellung

RATHAUS SCHÖNEBERG

STÄNDIGE AUSSTELLUNG

Wir waren Nachbarn

Mit **über 170 biografischen Alben**, Hörstationen und Filmen mit zeitbezeugenden Personen erinnert die Dauerausstellung an die Schicksale von jüdischen Menschen aus dem Bezirk, die im Nationalsozialismus verfolgt, entrechtet und ermordet wurden. Zugleich machen **über 6.000 Namen von Deportierten**, auf kleinen Karten handschriftlich notiert und angeordnet nach ihren letzten Wohnadressen, das unbegreifliche Ausmaß der Verfolgung allein in einem Stadtbezirk deutlich.

Durch das **Archiv der Erinnerungen** – mit einem vielfältigen Veranstaltungs- und Vermittlungsprogramm – sowie **Sonderausstellungen** entwickelt sich das Ausstellungsprojekt beständig weiter und bietet einen lebendigen Lern- und Begegnungsort für Interessierte jeden Alters.

Geöffnet: **Sa bis Do, 10-18 Uhr**, Eintritt frei.

www.wirwarennachbarn.de

WIR WAREN NACHBARN
DAUERAUSSTELLUNG IM RATHAUS BERLIN-SCHÖNEBERG

Ort: Rathaus Schöneberg,

Ausstellungshalle, John-F.-Kennedy-Platz, 10827 Berlin



08) Stolpersteinverlegungen in Tempelhof-Schöneberg

MUSEEN TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

IM STADTRAUM

Stolpersteinverlegungen in Tempelhof und Schöneberg

Viele Stolpersteine sind bereits in Tempelhof und Schöneberg zu finden. Verlegungen finden auch in den Wintermonaten statt – mit dem Künstler **Gunter Demnig** und dem ehrenamtlichen Steinverleger **Hans-Peter Frank**.

Die Termine der anstehenden Stolpersteinverlegungen finden Sie auf der Website: www.museen-tempelhof-schoeneberg.de/stolpersteine.html

Die Beratung von Angehörigen und Interessierten findet in der Koordinierungsstelle im Schöneberg Museum statt.

Melden Sie sich gern unter:

Stolpersteine@ba-ts.berlin.de

Sie können sich auch in den E-Mail-Verteiler für Stolpersteinverlegungen eintragen lassen.



Andrea Seehausen
Büro- und Innenleitung
Brandenburg-Preußen Museum
Eichenallee 7a
16818 Wustrau

Tel. 033925-70798

Fax 033925-70799

museum@bpm-wustrau.de

[<>www.brandenburg-preussen-museum.de](http://www.brandenburg-preussen-museum.de)

Brandenburg-Preußen Museum
Ehrhardt-Bödecker-Stiftung
Stifter: Ehrhardt Bödecker (1925-2016)
Vorstand: Dr. Andreas Bödecker, Elvira Tasbach

Brandenburg-Preußen-Museum.



Brandenburg-Preußen Museum
Eichenallee 7a, 16818 Wustrau

Telefon 03 39 25 - 7 07 98

Telefax 03 39 25 - 7 07 99

09) Einblicke in die Brandenburg-Preußische Geschichte. **Die Hauptausstellung**

Seit dem Jubiläumsjahr 2020 präsentiert das Brandenburg-Preußen Museum in Wustrau eine **komplett überarbeitete Hauptausstellung**. Beginnend mit der einzigen kompletten Portraitgalerie aller Brandenburgischen Kurfürsten, preußischen Könige und Deutschen Kaiser erhalten die Besucher einen vielseitigen Überblick über die Geschichte Brandenburgs und Preußens, von der Christianisierung mit Kreuz und Schwert im Hochmittelalter bis zum Ende der Hohenzollernmonarchie 1918.

Neuer 3D-Rundgang



Virtueller Museumsbesuch

Als kleinen Vorgeschmack für Ihren Besuch bieten wir Ihnen die Möglichkeit, sich virtuell in unserer Hauptausstellung umzusehen!

[Rundgang starten](#)

Das Museum bietet einen neuen, frischen Blick auf Preußen: Ein Raum ist starken preußischen Frauenpersönlichkeiten gewidmet – von [Dorothea Erxleben](#), der ersten promovierten Ärztin der Welt bis zu der erfolgreichen Lokomotivfabrikantin [Sophie Henschel](#). Aus dem Zusammenwirken von [Aufklärung](#) und [Pietismus](#) in Halle am Ende des 17. Jahrhunderts entsteht die „preußische Pflichtethik“. Die Spielzeugsammlung von Anneliese Bödecker, Ehefrau des Museumsstifters, zeigt Spielzeug als Spiegel der Gesellschaft im Deutschen Kaiserreich. Die Industrialisierung wird mit ihren Licht- und Schattenseiten dargestellt: Der Aufstieg zur Weltspitze, insbesondere der optischen Industrie, der Chemie und der Elektroindustrie wird kontrastiert mit der Wohnungsnot und der Verbreitung der Cholera und der Tuberkulose in den rasant wachsenden Städten.



Stationen der Ausstellung:

- Mit Kreuz und Schwert: Die Christianisierung Brandenburgs und Preußens im Mittelalter
- Der Übergang vom Mittelalter in die Renaissance
- Die Reformation und das Zeitalter der Glaubenskriege
- Wiederaufbau nach dem Dreißigjährigen Krieg durch Repeuplierung mit Glaubensflüchtlingen
- Aufklärung und Pietismus in Halle – die Wurzeln der „Preußischen Tugenden“
- Friedrich der Große – Philosoph, Eroberer, aufgeklärter Alleinherrscher
- Bedeutende Frauen Preußens
- Preußen unter Napoleon – Reformen und Befreiungskriege
- Vormärz und der späte Beginn der Industrialisierung in Preußen
- 1848 – der Ruf nach Demokratie und dem Einheitsstaat
- Die Einigungskriege 1864, 1866, 1870/71
- Das Deutsche Kaiserreich und der lange Weg zur Einheit
- Chemie, Optik, Elektroindustrie – drei moderne Industrien gelangen an die Weltspitze
- Spitzenforscher – die Nobelpreisträger für Medizin, Chemie und Physik bis 1918
- Seuchen – die Kehrseiten des Wachstums
- Die Auswanderer, die HAPAG und der Norddeutsche Lloyd
- Preußen als Bildungsstaat: Bildung für Jungen und Bildung für Mädchen
- Der lange Weg zum Sozialstaat
- Die Museumsinsel, das Kaiserreich und die Kunst
- Spielzeug als Spiegel der Gesellschaft im Deutschen Kaiserreich
- Der Erste Weltkrieg
- Das Ende. Der Zusammenbruch der Westfront, Novemberrevolution, Flucht des Kaisers.

10) Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung

- siehe Startseite -



Die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung ist eine unselbständige Stiftung des öffentlichen Rechts in Trägerschaft der Stiftung Deutsches Historisches Museum (DHM).

Die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung wird durch ihre Direktorin Frau Dr. Gundula Bavendamm vertreten. Vorsitzender des Stiftungsrats ist Dr. Andreas Görgen, Leitender Beamter bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsministerin Claudia Roth MdB.

Frau Dr. Gundula Bavendamm
Direktorin der Stiftung

Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung
Stresemannstraße 90
10963 Berlin
T +49 30 206 29 98-0

info@f-v-v.de

<https://www.flucht-vertreibung-versoehnung.de/de/impressum>

Zuständige Aufsichtsbehörde:

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien
Bundeskanzleramt, Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin
T +49 30 18 400-0

https://sfvv.e-fork.net/sites/default/files/2023-11/konzept-der-staendigen-ausstellung_sfvv.pdf

11) Jede Fluchtkrise ist auch eine Bildungskrise, die Millionen Menschen trifft.
UNHCR und Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung
eröffnen gemeinsame Sonderausstellung

PRESSEINFORMATION

Jede Fluchtkrise ist auch eine Bildungskrise, die Millionen Menschen trifft

UNHCR und Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung
eröffnen gemeinsame Sonderausstellung

Berlin, 25.04.2024

Die Bedeutung der Bildung für Flüchtlinge im Bestreben, das eigene Leben wieder in die Hand zu nehmen, beleuchtet die neue Ausstellung des Dokumentationszentrums Flucht, Vertreibung, Versöhnung in Berlin. Es ist zugleich eine Sonderausstellung in Zusammenarbeit mit UNHCR, dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen. Sie beschreibt nicht nur, wie Millionen junge Menschen weltweit durch Vertreibung und Flucht aus Schulen und Universitäten gerissen werden und somit die Zukunft ganzer Generationen auf dem Spiel steht. Die Schau legt den Schwerpunkt auch auf beeindruckende Porträts studierender Flüchtlinge, die mit Ausdauer und Durchsetzungskraft gegen die hohen Hürden auf ihrem persönlichen Bildungsweg kämpfen. Der Faktor Bildung ist nicht nur für die Betroffenen lebenswichtig, sondern auch für ihre Familien, ihre Umgebung und nicht zuletzt ihr Aufnahmeland elementar. Zu sehen ist die Sonderausstellung mit dem Titel „Becoming who you are – Studium trotz Flucht“ bis zum 13. Oktober.

Im Mittelpunkt stehen die Bilder des Fotografen Antoine Tardy. Der Genfer Fotoreporter dokumentiert seit sieben Jahren das Leben von Flüchtlingen in aller Welt. "Sie haben natürlich unterschiedliche Charaktere und leben in sehr unterschiedlichen Verhältnissen, aber sie haben eines gemeinsam: diese Stärke und Ausdauer, diesen Ehrgeiz und den Willen, ihr Leben wieder selbst in die Hand zu nehmen, verstärkt durch die Härte, der sie sich stellen müssen. Die letzten sieben Jahre waren wie eine Reise. Eine Reise, in der sich meine Vorstellung, wer und was ein Flüchtling ist, völlig dekonstruiert und verändert hat. Die Bilder sollen ein Zeugnis für Würde und Menschlichkeit sein. Zu werden, wer man ist, ist ein universelles Bestreben. Es verweist darauf, was uns eint, und nicht auf das, was uns trennt."

Bildung ist ein Menschenrecht. Doch während im Bevölkerungsschnitt 42 Prozent der Menschen studieren können, sind es bei Flüchtlingen und Vertriebenen nur 7 Prozent. Angesichts solcher Zahlen ist die Sonderausstellung auch eine Gelegenheit, den eigenen Bildungsweg zu reflektieren: Welche Hindernisse musste ich überwinden? Welche Möglichkeiten wurden mir geschenkt? Welche Lehrer haben meine Entwicklung geprägt? Wohin hat mich persönlich Bildung gebracht?



Dokumentationszentrum
Flucht, Vertreibung, Versöhnung

Leonie Mechelhoff
Bereichsleiterin Kommunikation

Stresemannstr. 90, 10963 Berlin

T +49 30 206 29 98-11
F +49 30 206 29 98-99
presse@f-v-v.de

flucht-vertreibung-versoehnung.de

PRESSEINFORMATION

Die barrierefreie Ausstellung wird von Multimediainstallationen begleitet, die über die unterschiedlichen Aufnahmeländer informieren und mit Foto, Text und Video einzelne Schicksale dokumentieren.

So wie das von Ahmad, der bei einem Bombenanschlag ein Bein verlor und nach seiner Flucht in den Libanon Architektur studiert, um später in seiner Heimat Syrien die antiken Stätten wieder aufbauen zu können.

Oder Mireille, die aus politischen Gründen im Gefängnis in Burundi saß und dort vergewaltigt und misshandelt wurde. Und nun in Fernstudien Kurse zu Ethik und Kinderrechten belegt.

Oder Raïssa, die immer nachts studiert, wenn ihr kleiner Sohn schläft: „Wir sind nur zu zweit und machen einfach weiter.“

Oder Patience, die als Kind mit ihrer Schwester von ihrer Familie getrennt wurde, aber zur Schule gehen konnte. Sie studiert Informatik – obwohl sie nicht mal einen Computer besitzt: „Bildung ist der Schlüssel zum Erfolg. Bildung schafft etwas. Sie macht nie etwas kaputt.“

Die portraitierten Studentinnen und Studenten waren Stipendiaten des sogenannten DAFI-Programmes, das 1992 von der Bundesregierung ins Leben gerufen worden war. Die Deutsche Akademische Flüchtlingsinitiative Albert Einstein ermöglicht Flüchtlingen, in ihrem Erstaufnahmeland zu studieren. Das soll die Situation nicht nur dieser Menschen selbst, sondern auch für ihr Umfeld und nicht zuletzt ihre Gastländer verbessern. In den ersten 30 Jahren des Programmes konnten so mehr als 26 500 Flüchtlinge in 59 Ländern studieren.

Mehr Informationen unter
www.f-v-v.de

12) Das Jahrhundert der Flucht

Veranstalter
Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung

10963 Berlin

Vom - Bis
23.06.2021 -

Website

<https://www.flucht-vertreibung-versoehnung.de/de/besuchen/staendige-ausstellung>

Rezensiert für H-Soz-Kult von

Stephan Jaeger, Department of German and Slavic Studies, University of Manitoba

Was genau ist die Aufgabe des am 23. Juni 2021 im komplett entkernten und neugestalteten Deutschlandhaus am Anhalter Bahnhof in Berlin eröffneten Dokumentationszentrums Flucht, Vertreibung, Versöhnung und seiner Ständigen Ausstellung?¹ Wie kann dieses Dokumentationszentrum den Spagat bewältigen, einerseits eine vermeintliche Leerstelle des deutschen Gedenkens und des historischen Wissens zum Leiden der deutschen Vertriebenen um 1945 zu schließen und andererseits einen Ort zu schaffen, der allen Flüchtlingen und Vertriebenen, gerade im heutigen Deutschland, eine Sprache und einen Raum gibt sowie zu kritischen Diskussionen über Zwangsmigration im 21. Jahrhundert einlädt? In der vorliegenden Rezension interessiere ich mich weniger für die ausgiebig dokumentierte, sehr kontroverse Entstehungsgeschichte des Dokumentationszentrums im Zusammenhang mit der ab 1999 entwickelten Idee für ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ des Bundes der Vertriebenen und der 2008 durch die Bundesregierung geschaffenen unselbstständigen Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung.² Diskutieren möchte ich vielmehr, was eine Institution und besonders deren Ständige Ausstellung, irgendwo zwischen Gedenkstätte, historischem Museum, Dokumentations- und Forschungszentrum angesiedelt, im von Migration und Einwanderung geprägten Deutschland der 2020er-Jahre leisten kann.

Die Direktorin Gundula Bavendamm, seit 2016 in diesem Amt, benennt in einer konkreten Anfrage nach dem intendierten Publikum des Dokumentationszentrums drei Hauptzielgruppen: „(1) Die noch lebenden Heimatvertriebenen aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs und vermehrt auch die zweite und dritte Generation aus diesen Familien. (2) Die zahlreichen Menschen verschiedenster kultureller Herkunft, die in den letzten Jahrzehnten als Flüchtlinge oder Vertriebene nach Deutschland und insbesondere Berlin gekommen sind. (3) Schülerinnen und Schüler bzw. Jugendliche verschiedenster Klassen- und Altersstufen mit und ohne Fluchthintergrund.“ Sie bemerkt, dass „von den rund 800 Gruppen, die [2023] eine Führung durch die Ständige Ausstellung machten, 33 Prozent Schulklassen [waren], vorwiegend Sekundarstufen 1 und 2, und Jugendgruppen“.



Abb. 1: Außenaufnahme des Deutschlandhauses mit Dokumentationszentrum. Der Gebäudekomplex (Europahaus) war von 1925 bis 1931 für verschiedene Veranstaltungs- und Unterhaltungszwecke errichtet worden (Festsäle, Theater, Kino, Cafés). Während der NS-Zeit gehörten das Reichsarbeitsministerium (ab 1938) und der Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums (ab 1939) zu den Nutzern. Nach den Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg wurde ein Teil des Baus instandgesetzt bzw. wiedererrichtet. Er diente nun als Begegnungs- und Kulturort für deutsche Vertriebene aus den ehemaligen Ostgebieten sowie für Übersiedler aus der DDR. 1974 wurde die Stiftung Deutschlandhaus gegründet und das Gebäude nach ihr benannt; hier waren mehrere Jahrzehnte die Landsmannschaften des Bundes der Vertriebenen untergebracht. Seit 2013 wurde das denkmalgeschützte Deutschlandhaus von den Architekten Bernhard und Stefan Marte für die heutigen Ausstellungszwecke saniert und umgebaut. Siehe <https://www.bbr.bund.de/BBR/DE/Bauprojekte/Berlin/Kultur/stiftung-flucht-vertreibung-versoehnung/deutschlandhaus.html> (28.02.2024) und die Zeittafel im Erdgeschoss des Gebäudes. Eine Medienstation informiert dort ausführlicher über die Ortsgeschichte. (Foto: Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung)

Die Ständige Ausstellung ist auf zwei Stockwerke und insgesamt 1.300 Quadratmeter Fläche mit ca. 700 Exponaten und zahlreichen Medienstationen verteilt. Seit ihrer Gründung baut die Stiftung auch eine eigene Sammlung auf. Im ersten Obergeschoss begegnen die Besucher in sechs Themeninseln – Nation und Nationalismus, Krieg und Gewalt, Wege und Lager, Erinnerungen und Kontroversen, Recht und Verantwortung sowie Verlust und Neuanfänge – der Ausstellung „Eine europäische Geschichte der Zwangsmigrationen“. Diese entfaltet das Thema von der Zeit des Ersten Weltkrieges bis zur Gegenwart mit Dutzenden unterschiedlicher globaler Beispiele von der Flucht und Vertreibung der Deutschen, der Teilung Indiens, den Balkan- und Jugoslawienkriegen im 20. Jahrhundert bis zur Gewalt und Vertreibung gegen die Rohingya in Myanmar. Jede Themeninsel wird durch eine Leitinstallation eröffnet, zum Beispiel eine Vitrine mit Ausweisen und anderen Identitätsdokumenten oder einen Stapel von Gesetzestexten zum Schutz von Flüchtlingen. Zu sehen sind interessante historische Objekte, doch bleiben diese – etwa in der

Themeninsel Krieg und Gewalt – als kurze Fragmente von Geschichten oft so unverbunden, dass es für Besucher ohne Führung schwierig sein dürfte, darin mehr Sinn zu erkennen, als dass es allgemeine Beispiele für bestimmte Unterkapitel sind. Die konzeptuell wichtige Medienstation zu Begriffen wie Flüchtlinge, Vertriebene, Migrationshintergrund oder Genozid versteckt sich im hinteren Bereich (in der Themeninsel zu Erinnerungen), anstatt von vornherein Orientierung zu bieten. Zudem sind die recht kurzen Definitionen dort vornehmlich auf deutsche Perspektiven und Rechtskategorien beschränkt.



*Abb. 2: Erstes Obergeschoss, Leitinstallation mit Pässen und weiteren Identitätsdokumenten, Themeninsel Nation und Nationalismus
(Foto: Stephan Jaeger)*

Im zweiten Obergeschoss befindet sich der Ausstellungsteil „Flucht und Vertreibung der Deutschen“, der chronologisch in drei Abschnitten angelegt ist. Er führt von der Bevölkerungspolitik des Nationalsozialismus und den Vertreibungen während des Zweiten Weltkrieges sowie dem Bereich „Neuordnung durch Vertreibungen“ in der unmittelbaren Nachkriegszeit bis zum Abschnitt über die Integration von Vertriebenen in Deutschland nach 1945. In letzterem wird ausführlich auf die kollektive Erinnerung der Deutschen und die individuelle Erinnerung der Vertriebenen Bezug genommen. Ein sehr knapp geratener Ergänzungsteil thematisiert den Aspekt der Versöhnung und europäischen Verständigung ab 1989.

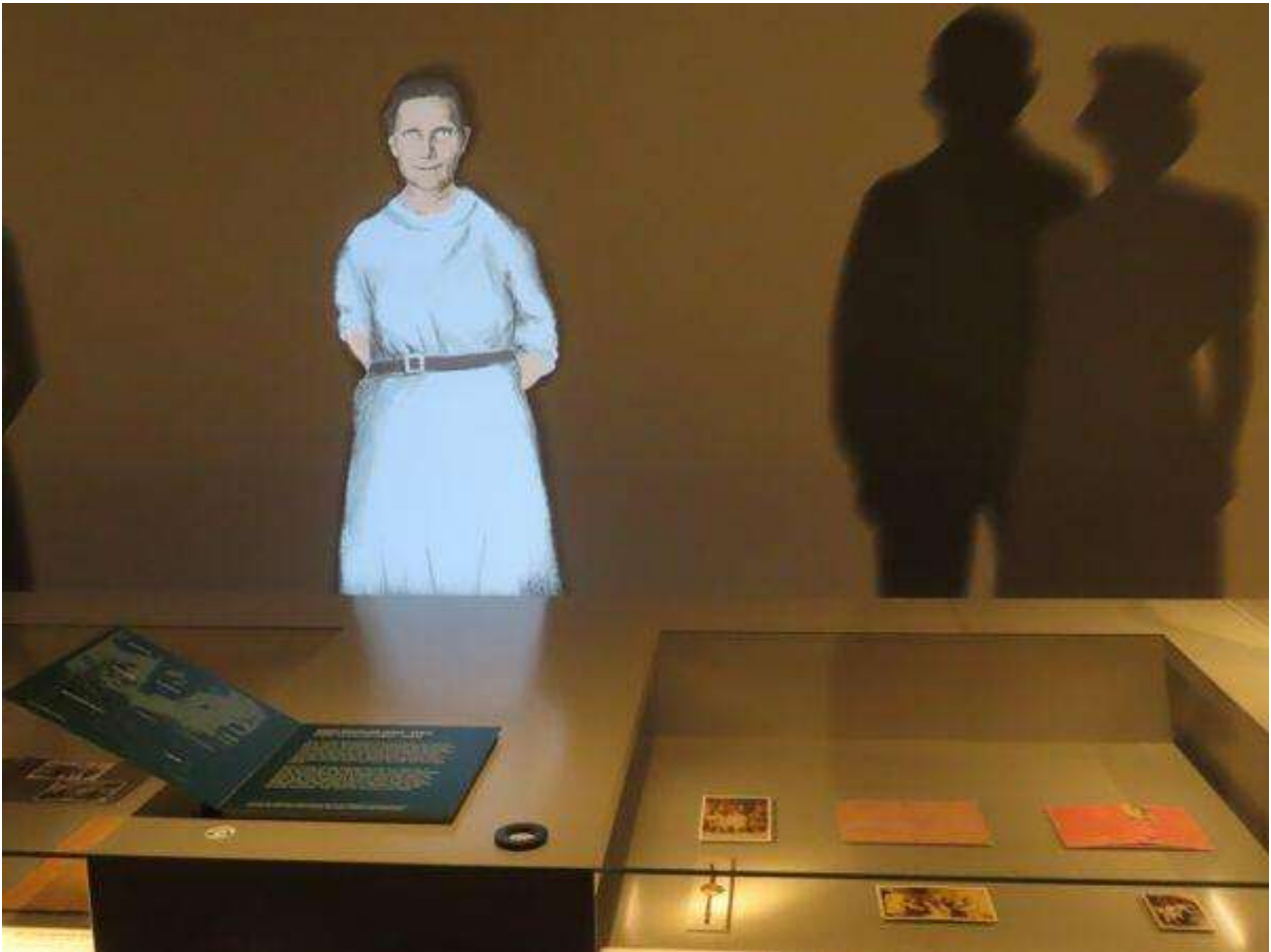
Auf beiden Stockwerken wird die Ausstellung von einem gut funktionierenden Audioguide in sechs Sprachen begleitet (Deutsch, Englisch, Polnisch, Russisch, Tschechisch, Arabisch), der mit insgesamt 197 Stationen in allen Bereichen deutliche Vertiefungen von Einzelthemen und -geschichten ermöglicht. Selbst zweieinhalb Jahre nach Eröffnung liegt leider noch kein Katalog zur Ständigen Ausstellung vor (er soll im Herbst 2024 erscheinen). Das Zentrum beherbergt auch einen Raum der Stille zum Innehalten und zur Reflexion, eine Bibliothek und ein Zeitzeugenarchiv⁴, letzteres bisher mit eindeutigen Schwerpunkt auf den Geschichten der Deutschen.



Abb. 3: Zweites Obergeschoss, Leiterwagen der Familie Ferger (links im Bild) und erster Teil des Abschnitts „Vertriebene und Flüchtlinge in Deutschland nach 1945“. Die zur deutschen Bevölkerungsgruppe gehörende Familie Ferger war im Oktober 1944 aus einem Dorf im heutigen Serbien vor der Roten Armee nach Oberösterreich geflüchtet. Der Leiterwagen wurde später nicht mehr als Arbeitsgerät genutzt, aber zu Familienfeiern wieder zusammengebaut.

(Foto: Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung)

Während der erste Stock stärker durch historiographische Thesen gerade zur Bedeutung von Nationalismus für Minderheiten geprägt ist, widmet sich die Ausstellung im zweiten Obergeschoss – ausgehend vor allem von Deutschland, aber mit europaweiten Folgen – der Frage, wie politische Ideologien, Strukturen und Entscheidungen den Boden für Flucht und Vertreibung bereiteten. Dies drückt die eindeutige Erkenntnis aus, dass es ohne den Nationalsozialismus sowie dessen Bevölkerungs-, Kriegs- und Vernichtungspolitik die Flucht und Vertreibung der Deutschen vor und nach Kriegsende nie gegeben hätte. Die kuratorische Entscheidung, die Ursachen von Flucht, Vertreibung und Zwangsmigration auf einer allgemein politischen Ebene zu belassen, führt aber gleichzeitig dazu, dass die Gegenüberstellung von Tätern und Opfern für den komplexen deutschen Kontext nur an wenigen Stellen in ihrer Schwarz-Weiß-Dichotomie hinterfragt werden kann.⁵ Zum Beispiel wird lediglich am Rande erwähnt, wie spätere Vertriebene zuvor von neuem Besitz nach Zwangsumsiedlungen profitiert hatten.



*Abb. 4: Biographisches Cluster im zweiten Obergeschoss, „Deutsch genug?“. Nach der sowjetischen Besetzung des Baltikums 1940 siedelte die litauendeutsche Familie Schiller nach Pommern über. Ihr Einbürgerungsantrag im Deutschen Reich wurde aber abgelehnt. Im Februar 1945 musste die Familie vor der Roten Armee flüchten und wurde für drei Jahre voneinander getrennt.
(Foto: Stephan Jaeger)*

Das Dokumentationszentrum hat ein starkes Interesse daran, die Erfahrungsebene hervorzuheben, was Flucht und Vertreibung konkret bedeuten. Dies gelingt an zwei Stellen der Ausstellung besonders gut. Erstens sehen sich Besucher in der Sektion „Verlust und Neuanfänge“ im ersten Stock jeweils drei lebensgroßen Hologrammen von Zeitzeugen gegenüber, die in die Bundesrepublik, in die DDR oder das wiedervereinigte Deutschland geflohen sind oder ausgewiesen wurden. In einer etwa zehnminütigen Multimedia-Installation von drei vertikalen Bildschirmen treten insgesamt neun Zeugen aus drei historischen Kontexten von Flucht und Vertreibung auf – den deutschen Ostgebieten zum Ende des Zweiten Weltkrieges und kurz danach, aus Südvietnam in den späten 1970er-Jahren sowie aus Bosnien-Herzegowina im Zuge der Jugoslawienkriege in den frühen 1990-Jahren. Durch Ausschnitte aus längeren Interviews geben die Befragten einen kurzen Eindruck von ihren Flucht- und Vertreibungsgeschichten sowie ihrer Integration im Ankunftsland.



Abb. 5: Installation mit Hologrammen, erstes Obergeschoss, Themeninsel Verlust und Neuanfänge – Huyen Tran Chau (geb. 1963), Hans Schiller (geb. 1941), Anita Dadić (geb. 1977)

(Foto: Stephan Jaeger)

Zum Beispiel erzählt die aus Bosnien stammende Anita Dadić von ihrer gebrochenen Immigrationsgeschichte: Einerseits konnte sie sich mit ihrer Familie gut in Deutschland einleben, doch andererseits verlor sie ihre Eltern zum zweiten Mal, als diese nach dem Ende des Bosnienkrieges Deutschland wieder verlassen mussten. Hans Schiller beschreibt die Trennung der Familie bei der Flucht über die Ostsee von Pommern nach Dänemark im Jahr 1945 und später die schwierige Aufnahme von Flüchtlingen in Niedersachsen. Der Schwerpunkt der Installation liegt auf den Herausforderungen und Chancen der Integration in Deutschland. Besucher haben zudem die Möglichkeit, an Audiostationen auf der Rückwand der Filminstallation tiefer in etwa zehnminütige Ausschnitte der einzelnen Zeitzeugenbiographien einzutauchen und zu den dargestellten Menschen eine Verbindung aufzubauen. Diese Option, kognitive und emotionale Bezüge zwischen unterschiedlichen Fluchtgeschichten herzustellen, ist sehr ansprechend; sie wird allerdings in anderen Ausstellungsteilen zu wenig genutzt.

Zweitens wird Erfahrungsgeschichte für die Besucher sehr plastisch durch dreizehn auf dem Audioguide abhörbare Teile von jeweils drei sich ergänzenden Stimmen ermöglicht, die sich über beide Stockwerke ziehen. Die kurzen Aussagen enthalten in der Regel je eine Stimme aus der Gruppe der Zeitzeugen (oder deren Nachfahren), Kuratoren und meistens Historiker. Ein Beispiel ist der Hausschlüssel von Paul Rohrmoser, der sein Haus in Königsberg im Januar 1945 verlassen musste. Während die Tochter Helgard Rohrmoser

Seite A 78 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

als Schenkerin des Objekts das Gefühl ausdrückt, dass das Gedenken an ihren Vater fortbesteht und der Schlüssel im Museum ein Zuhause gefunden hat, verbindet die Kurdischlehrerin Mirav Najah Sido den Schlüssel mit ihrer eigenen Geschichte des verlorenen Hauses in Aleppo, wodurch der mitgenommene Schlüssel zu einem übergreifenden Symbol wird. Der Kurator Alfons Adam stellt den biographischen Kontext her, dass das verlorene Haus Rohrmosers Lebenstraum war.

Generell ist die Ständige Ausstellung vor allem auf eine kosmopolitische Versöhnung orientiert, die eine globale Geschichte von Flucht, Vertreibung und Zwangsmigration zu repräsentieren versucht, anstatt dauerhafte Kontroversen zu zeigen. Eine der Ausnahmen ist die Drei-Stimmen-Installation zur Charta der Heimatvertriebenen vom 5. August 1950. Während die Kuratorin Andrea Moll und der Historiker Mathias Beer die museologische und historische Bedeutung des Dokuments differenziert erklären, betont Bernd Fabritius, Präsident des Bundes der Vertriebenen (seit 2014), die aus seiner Sicht positive Rolle der Heimatvertriebenen als Friedensgeber für Europa. Dies widerspricht gerade der komplexen historischen Kontextualisierung von Beer zwischen deutschem Opferdiskurs, dem eingeforderten Recht auf Heimat und Fragen aktueller Zwangsmigration.[6](#)

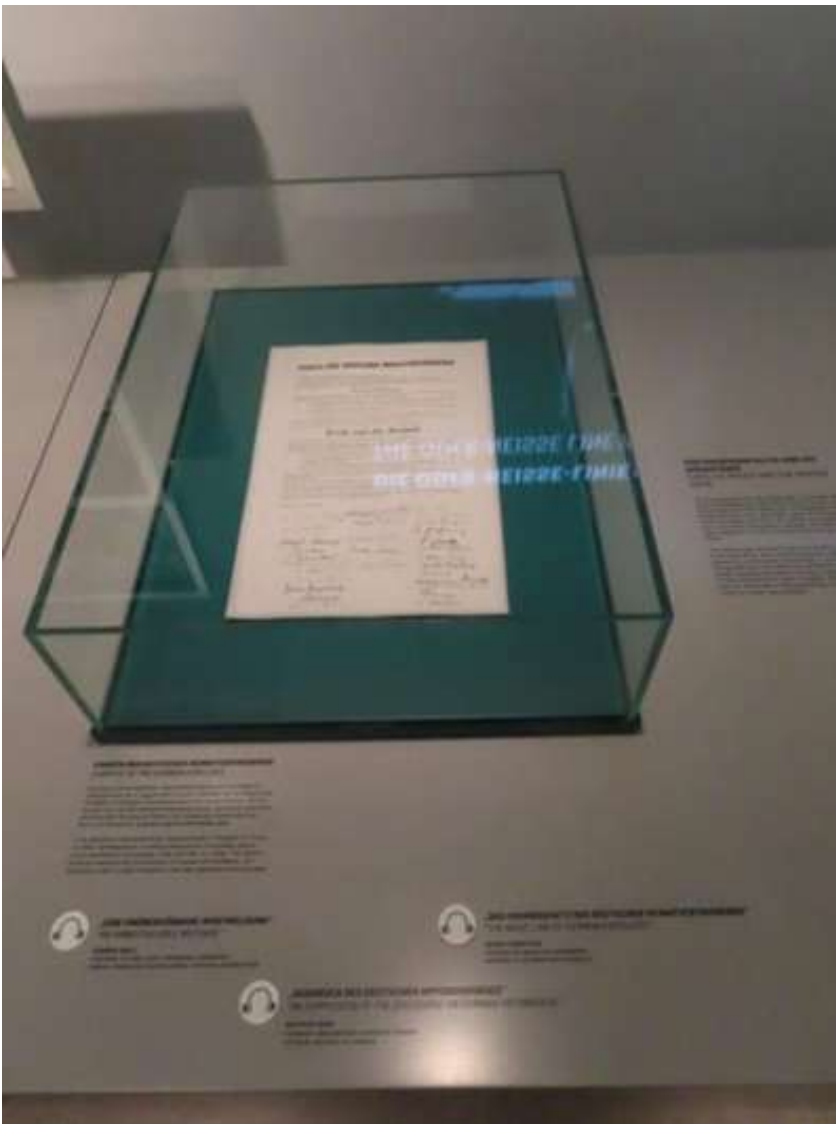


Abb. 6: Charta der deutschen Heimatvertriebenen vom 5. August 1950 und Drei-Stimmen-Installation zu diesem Dokument
(Foto: Stephan Jaeger)

Im Forum im ersten Stock gibt es verschiedene Möglichkeiten für Besucher, sich interaktiv einzubringen, unter anderem in regelmäßig geänderten Abstimmungen etwa zur Funktion des Dokumentationszentrums, zum Ukraine-Krieg und zum aktuellen Nahostkonflikt. Am interessantesten ist das Angebot, dass Besucher ihre eigenen Fluchtrouten (bzw. diejenigen von Familienmitgliedern) mit einer biographischen Notiz auf einem Computer verzeichnen können. Alle Besucher können dann an einer Medienstation mit digitaler Europa- und Mittelmeerraumkarte die Verflechtungen und Überlagerungen von Zwangsmigration zu unterschiedlichen Zeiten und aus unterschiedlichen Kulturen mit Bezug auf das Publikum des Dokumentationszentrums erfahren.



*Abb. 7: Forum mit Partizipationsangeboten, erstes Obergeschoss
(Foto: Stephan Jaeger)*

Trotz dieser sehr gelungenen Ansätze, die Besucher kognitiv und affektiv in ihrer Selbstpositionierung mit dem Dargestellten in Verbindung zu bringen, ist der Großteil der Ausstellung didaktisch-erklärend, was Besucher wenig Spielraum lässt, eigene historische Urteile und Erfahrungen zu entwickeln. Man lernt von der nicht-lokaliserten Perspektive der Historiker. Die meisten Geschichten von Flucht und Vertreibung in den Ausstellungstexten und im Audioguide werden in der dritten Person als biographische Fakten berichtet. Gerade in den Teilen zu Flucht und Vertreibung der Deutschen um 1945 stellen sie vornehmlich eine Auflistung exemplarischer Fälle dar, die verschiedene Kategorien und regionale Herkunft abdecken – einschließlich einzelner Beispiele gerade der Vertreibungen von Polen –, während individuelle Erfahrungen nicht im Vordergrund stehen.⁷ Der durchaus reichhaltige Abschnitt zur Zeit nach 1945 beschränkt sich auf individuelle und kollektive Erinnerungen an Heimat und Traditionen für die Mehrzahl der Vertriebenen, sodass ungeklärt bleibt, inwieweit sich viele Vertriebene eigentlich mit der west- oder ostdeutschen Gesellschaft arrangiert bzw. sich in diese integriert haben. Auch die jahrzehntelange Rolle

der Vertriebenenverbände als „*pressure groups*“ in der Bundesrepublik könnte jenseits der oben diskutierten Drei-Stimmen-Installation zur Charta der Heimatvertriebenen noch tiefergehender und multiperspektivischer dargestellt werden. So entsteht letztlich doch eher ein kollektiver Opferdiskurs, statt unterschiedliche Erfahrungen nebeneinander zur Geltung zu bringen.⁸

Mit der Ausnahme einiger Darstellungstechniken sowie der Präsenz zahlloser Geschichten und Objekte der deutschen Flucht und Vertreibungen erscheinen beide Ausstellungsebenen eher unverbunden. Die Architektur des österreichischen Architektenbüros Marte.Marte ist zwar ästhetisch beeindruckend, führt aber dazu, dass der Eingang im Erdgeschoss und die beiden Ausstellungsobergeschosse gerade für Einzelbesucher kaum Orientierung bieten, wie man sich durch die Ausstellung bewegen könnte. Auch die unglückliche Entscheidung, die durch ein Panoramafenster geschaffene zentrale Sichtachse zur benachbarten „Topographie des Terrors“ im ersten Obergeschoss aus konservatorischen Gründen durch einen Vorhang zu verdecken, statt kreativere Lösungen zu suchen, die die Sichtachse bei gleichzeitiger Verdunkelung inszenieren könnten, zeigt den geringen Dialog zwischen Gebäudearchitektur und Ausstellungsdesign. Die strenge Ästhetik der Ausstellungsgestaltung des Stuttgarter Ateliers Brückner wirkt thematisch passend, erschwert aber, dass Besucher sich zu den durch rechtwinklige Tische und Vitrinen auf Distanz gehaltenen Objekten und Objektgeschichten selbst positionieren können.



Abb. 8: Wendeltreppe zum zweiten Obergeschoss
(Foto: Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung)

Letztlich verfolgt das Dokumentationszentrum ein Konzept von zwei unterschiedlichen Ausstellungen⁹; die obere wirkt mit dem bevorstehenden Sterben der letzten Zeitzeugen als größtenteils abgeschlossen. Die Kontroversen zwischen Polen und Deutschland um den Ursprung des Zentrums werden zwar genannt, aber im abschließenden, bis 2020 reichenden Zeitstrahl zur europäischen Verständigung im zweiten Obergeschoss scheint die Gründung der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung die Probleme gelöst zu haben.

Deshalb fehlt ein klares Sinnangebot, die obere Ebene wieder mit den aktuellen, politisch brisanten Fragen zu Zwangsmigration und Akzeptanz bzw. Ablehnung von Flüchtlingen im heutigen Deutschland zu verknüpfen.

Vergleicht man das erste Konzept für die Ständige Ausstellung von 2012¹⁰ mit dem unter Leitung von Gundula Bavendamm überarbeiteten Konzept von 2017¹¹ und der entstandenen Ausstellung, wird sehr deutlich, dass Flucht und Vertreibung der Deutschen durch das erste Obergeschoss zwar in einem langfristigen europäischen und globalen Zusammenhang von Zwangsmigration stehen; doch die Grundidee, dass die Universalmetapher der Versöhnung es erlaube, alle Formen von Zwangsmigration unter der Leitlinie deutscher Flucht und Vertreibung am Ende des Zweiten Weltkrieges zu verstehen, bleibt relativ unverändert. Um wirklich ein dynamisches Bildungsangebot für die heutige deutsche Einwanderungsgesellschaft zum nicht abschließbaren Thema der Zwangsmigration schaffen zu können, müsste auch die Ständige Ausstellung über ein vornehmlich auf die Vergangenheit orientiertes Konzept hinausgehen. Ansätze hierzu sind im pädagogischen Begleitprogramm und in Veranstaltungen des Dokumentationszentrums vielfach erkennbar, auch in Projekten für Sonderausstellungen (demnächst ab April 2024 in Kooperation mit dem UNHCR die Sonderausstellung „Becoming Who We Are – Studium trotz Flucht“, die mit Arbeiten des Schweizer Fotografen Antoine Tardy die Geschichten von rund 20 Flüchtlingen vorwiegend aus Krisengebieten in Afrika und im Nahen Osten erzählt) oder in der Erweiterung des Archivs durch ein geplantes Oral-History-Projekt „Von Bosnien nach Berlin“. Darüber hinaus arbeitet das Dokumentationszentrum mit dem Museum Friedland bei Göttingen und der Berliner Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde an dem Projekt „Was uns verbindet – Erfahrungen von Zwangsmigration gestern und heute“, um die Erfahrungen von Zeitzeugen mehrerer Generationen mit unterschiedlichen Biographien und kulturellen Hintergründen in Dialog zu bringen. So ist zu hoffen, dass diese Verflechtung von Zwangsmigrationen über verschiedene Zeiten und Kulturen hinweg trotz der fehlenden Verzahnung der beiden Teile der Ständigen Ausstellung mittelfristig doch besser gelingen kann.

Anmerkungen:

¹ Das Dokumentationszentrum befindet in direkter Nähe der „Topographie des Terrors“ und des als Neubau am Anhalter Bahnhof geplanten Exilmuseums. Zu letzterem siehe <https://stiftung-exilmuseum.berlin/de> (28.02.2024).

² Siehe z.B. Gregor Feindt, From ‘Flight and Expulsion’ to Migration. Contextualizing German Victims of Forced Migration, in: European Review of History/Revue européenne d’histoire 24 (2017), S. 552–577. Institutioneller Träger der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung ist die Stiftung Deutsches Historisches Museum.

³ E-Mail-Austausch Stephan Jaeger – Gundula Bavendamm, 22.02.2024.

⁴ Nach Registrierung sind einige Zeitzeugeninterviews zugänglich unter <https://portal.oral-history.digital/fvv/de> (28.02.2024).

⁵ Siehe auch die deutliche Kritik von Winson Chu, From Expellee to Refugee. Absolute Victimhood and the Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung, in: Central European History 55 (2022), S. 587–595, der die „segregation of macrolevel collective guilt from microlevel victimization“ herausarbeitet, hier S. 592.

⁶ Zur Charta der Heimatvertriebenen siehe auch Feindt, From ‘Flight and Expulsion’ to Migration, S. 554f.

⁷ Siehe demgegenüber die Erzähl- und Darstellungsstrategien in FLUGT – Refugee Museum of Denmark (2022 eröffnet) und meine Rezension der dortigen Dauerausstellungen, in: H-Soz-Kult, 09.12.2023, <https://www.hsozkult.de/exhibitionreview/id/reex-139113> (28.02.2024).

⁸ Siehe auch Chu, From Expellee to Refugee.

Seite A 82 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

⁹ So auch Andreas Kilb, Die Heimat ist ein Stück Holz, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.06.2021, S. 11, <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/ausstellung-der-stiftung-flucht-vertreibung-versoehnung-17400611.html> (28.02.2024).

¹⁰ Siehe

https://assets.ctfassets.net/gdxd3oucyup5/4iFCeJx1rZVKDkC46eIYI/baab9cdd788f3858e2eb9043cd0a3d0f/Konzeption_fur_die_Stiftungsarbeit_sfvv.pdf (28.02.2024). Siehe auch das Forum: Vertreibungen ausstellen. Aber wie? Debatte über die konzeptionellen Grundzüge der Ausstellungen der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, in: H-Soz-Kult, 09.09.2010, <https://www.hsozkult.de/text/id/texte-1350> (28.02.2024).

¹¹ Siehe https://sfvv.e-fork.net/sites/default/files/2023-11/konzept-der-staendigen-ausstellung_sfvv.pdf (28.02.2024).

Zitation

Stephan Jaeger, Ausstellungsrezension zu: *Das Jahrhundert der Flucht*, 23.06.2021 Berlin, , In: H-Soz-Kult, 09.03.2024, www.hsozkult.de/exhibitionreview/id/reex-140816.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

A. j) Ausstellungen usw. außerhalb des Raumes von Berlin

Seiten A 94 – A 118



WESTPREUSSISCHES LANDESMUSEUM

- Die Adresse des Westpreußischen Landesmuseums lautet:
*Franziskanerkloster
Klosterstraße 21
48231 Warendorf*
- Bei Terminanfragen, Anmeldungen, Adressenänderungen oder Shop-Bestellungen erreichen Sie die Aufsicht
- *telefonisch:*
[02581 92777-13](tel:025819277713)
- Der Geschäftszimmer erreichen Sie
- *telefonisch:*
[02581 92777-0](tel:02581927770)
- *per Fax:*
02581 92777-14
- *per E-Mail:*
sekretariat@westpreussisches-landesmuseum.de

01) Kabinettausstellung im Kreuzgang: Heimatgefühle. Danzig im Postkartenmotiv



Klosterstraße 21
48231 Warendorf
westpreussisches-landesmuseum.de

Dienstag bis Sonntag
von 10 bis 18 Uhr

Das Westpreussische Landesmuseum wird gefördert durch:



Trägerin des Museums:
KulturStiftung Westpreußen

Seite A 85 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Seit dem 19. Januar 2024 präsentiert das Westpreußische Landesmuseum die Kabinettausstellung „Heimatgefühle. Danzig im Postkartenmotiv“.

Die Sammlung historischer Ansichten, die über Jahrzehnte von einer privaten Sammlerin zusammengetragen und 2021 dem Westpreußischen Landesmuseum als Stiftung übergeben wurde. Die daraus entstandene Ausstellung beleuchtet das Phänomen des Sammelns von Ansichtskarten seit ihrer Einführung bis zu der Entstehung sogenannter Heimatsammlungen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf dem Sammeln historischer Ansichtskarten als Erinnerung an eine in Folge von Flucht und Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg verlorene Heimat. In diesem Kontext übernehmen die privat angelegten Sammlungen eine wichtige Rolle: Sie geben der Erinnerung und dem Gedenken Gestalt und Struktur.

Dabei werden die Karten als historische Bilddokumente gesammelt und erfüllen somit für die Vertriebenen vielfach die Funktion eines Bildarchivs gegen das Vergessen. Gleichzeitig öffnet sich vor dem Hintergrund der Stadtgeschichte ein komplexes Bild der alten Hansestadt Danzig bis zu ihrer Zerstörung 1945.

Bei der hier vorgestellten Sammlung handelt es sich um die umfassendste Zusammenstellung historischer Ansichtskarten aus Westpreußen, die dem Museum bislang übergeben worden ist. Die Ausstellung stellt eine Auswahl der etwa 450 Karten dieser Privatsammlung vor, unterteilt in verschiedene Kapitel. Neben den bekannten Wahrzeichen der Stadt wie dem Krantor und der Marienkirche, Ansichten der Mottlau und der Speicherinsel dokumentieren die Bildmotive unter anderem auch politische Ereignisse wie den Besuch Wilhelms II. 1903 oder Kundgebungen gegen die drohende Abtretung Danzigs vom Deutschen Reich an Polen durch den Versailler Vertrag, aber auch Hauseinstürze oder Brände und nicht zuletzt das geschäftige Alltagsleben, wie es besonders zu Marktzeiten erlebbar war. Der Großteil der Aufnahmen zeigt das Bild der Hansestadt um 1900, zu Beginn noch mit Pferdewagen und Kutschen, später dann mit elektrischen Straßenbahnen und den ersten Automobilen. So vermittelt die Ausstellung auch einen Eindruck von dem technischen Fortschritt der sich nicht zuletzt in dem Ausbau der großen Werftanlagen an der Weichsel widerspiegelt.

Ostpreußisches Landesmuseum

Heiligengeiststraße 38

21335 Lüneburg

Tel. +49 (0) 4131 75995-0

Fax +49 (0) 4131 75995-11

info@ol-ig.de

02) Jahresprogramm / Ausstellungen 2024/2025



Jahresprogramm / Ausstellungen 2024

21.10.2023 – 25.2.2024

„Stinthengste, Krähenbeiser, Lange Wurst und Co.“

Ostpreußische Bräuche im Wandel
Kabinettausstellung

18.11.2023 – 25.2.2024

Die Königsberger Kunstakademie (1845-1945)

Künstler aus zwei Jahrhunderten
Sonderausstellung

19.4.2024 – 23.10.2024

Kant 300

Ein Leben in Königsberg
Sonderausstellung

26.10.2024 – 23.2.2025

Das alte Dorpat

Tartu in Fotografien von 1889
Kabinettausstellung

1.11.2024 – 3.11.2024

Museumsmarkt. Tradition trifft Modernes

Kunsthandwerkermarkt

23.11.2024 – 23.3.2025

„Nichts blieb als nur weißer Schnee...“

Winter in Ostpreußen
Sonderausstellung

Ab Dezember 2024

Immanuel Kant und der Geist der Aufklärung

Neue Dauerausstellung

29.09.2023 – 03.03.2024

**Karl Eulenstein (1892–1981). Sugrįžęs į Klaipėdą / Zurück in Klaipėda /
Returning to Klaipėda**

Ausstellung in der Domscheitgalerie (Pranas Domšaitis Galerie)
in Memel (Klaipėda)

– Änderungen vorbehalten –

Unser Programm im Juni 2024



Abbildung: Juni-Mond im Watt, Heinz Sprenger (Öl/Leinwand, 1971).-
© Ostpreußisches Landesmuseum

Unser Programm im Juni

Liebe Freundinnen und Freunde des Ostpreußischen Landesmuseums und unserer Deutschbaltischen Abteilung,

der Mai hat mit sommerlichen Temperaturen die Freibadsaison eingeläutet, aber natürlich lohnt auch ein Museumsbesuch auch bei Sonnenschein. Unsere aktuelle Sonderausstellung „Kant 300. Ein Leben in Königsberg“ hat bereits ein breites Publikum begeistert, und unser Neubau macht erfreulicherweise stete Fortschritte. Was also erwartet Sie im Juni im Ostpreußischen Landesmuseum?

Am 2. Juni geht es in unserer Sonntagsführung durch die neue Sonderausstellung zu Immanuel Kant. Die erste „Museum Erleben“-Veranstaltung am 6. Juni bietet einen Einblick in das vielseitige Künstlerleben des ostpreußischen Landschaftsmalers Alfred Partikel. Am 12. Juni haben wir das sicher anregende Vergnügen, den Autor Prof. Dr. Thomas Meyer mit seiner Biografie zu der bedeutenden Philosophin Hannah Arendt bei uns zu begrüßen.

Seite A 88 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Nun ist es bald 80 Jahre her, am 8. Mai 1945, endete mit der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht in Europa der Zweite Weltkrieg und damit die von millionenfachem Mord geprägte nationalsozialistische Schreckensherrschaft. Die Monate vor und nach dem 8. Mai 1945 waren für die deutsche Zivilbevölkerung, insbesondere in Ostpreußen, von Gewalt, Flucht und Vertreibung gezeichnet. Am 18. Juni thematisiert unser Kurator Dr. Eike Eckert die Flucht aus Ostpreußen 1945.

Am 21. Juni folgt ein weiteres Veranstaltungshighlight zur "Geschichte einer Mühle in Bartenstein" (poln. Bartoszyce in Polen), die während der sog. „Arisierung“ nach 1933 von einer jüdischen an eine deutsche Familie überging.

Auch für Kinder haben wir selbstverständlich im Juni wieder spannende Themen im Angebot. Bei unserem ersten Kinderclubtermin am 13. Juni stellen wir uns den Fragen: Gibt es Orte, wo wir uns zu Hause fühlen? Was bedeutet Heimat? Während des zweiten Kinderclubs am 27. Juni gehen wir auf Entdeckungsreise in die Natur-Abteilung und finden mehr heraus über die größte Raubkatze Europas.

Für Familien und Kinder gibt es einen besonderen Moment im Juni: der alljährliche Ferienstarter aller Lüneburger Museen am 23. Juni, der einen kostengünstigen Eintritt für Familien in vier Museen Lüneburgs ermöglicht.

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen finden Sie unten, darunter spannende Angebote, etwa die Reihe Museum Erleben, Vorträge und Führungen. Lassen Sie sich überraschen! Alle weiteren Informationen finden Sie auch auf unserer [Website](#).

Weitere Einblicke in unser Museum bekommen Sie digital über unseren [Blog](#), auf [Facebook](#) und [Instagram](#) oder auf [YouTube](#). Dort zeigen wir etwa einen Rückblick auf die Brauchtum aus Ostpreußen-Ausstellung mit Kuratorin Hannah Janowitz.

Wir wünschen Ihnen einen sonnigen Juni und freuen uns auf Ihren Besuch!

Ihr Team des Ostpreußischen Landesmuseums

Unsere aktuellen Ausstellungen



OL.
Ostpreußisches Landesmuseum
mit Deutschbaltischer Abteilung

Sonderausstellung
Ein Leben in Königsberg
18.4.–13.10.2024

KANT
300.

www.ol-lg.de Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg | Öffnungszeiten: Di bis So, 10–18 Uhr

Sonderausstellung

noch bis 13. Oktober 2024

"Kant 300. Ein Leben in Königsberg"

Pünktlich zur 300. Wiederkehr seines Geburtstags widmet das Ostpreußische Landesmuseum dem Philosophen Immanuel Kant eine Sonderausstellung.

Kant ist der größte deutsche Aufklärer und eine zentrale Figur der europäischen Moderne. Diese berühmte Persönlichkeit wird in einer einprägsamen Inszenierung vorgestellt. Zu sehen sind einzigartige, zum Teil noch nie öffentlich gezeigte Originalobjekte: Haare von Kant, sein Spazierstock, zahlreiche Ölgemälde, das „Kant-Glas“ mit persönlichen Gravuren und vieles mehr, Kurioses wie Erhellendes.

Im Mittelpunkt der Ausstellung steht die Person Kants, nicht seine Philosophie. Wie wurde aus dem Handwerkersohn ein Gelehrter? Warum

Seite A 90 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 6.06.2024

spielte Kant Billard? Wer waren seine Freunde? Fast sein gesamtes Leben verbrachte Immanuel Kant in seiner Heimatstadt Königsberg. Virtual Reality-Stationen lassen das historische Königsberg aus der Zeit Kants in 3D wieder auferstehen und bieten spielerische Zugänge zu seinen Ideen.

Geboten wird auch eine Vorschau auf die entstehende Kant-Dauerausstellung im Ostpreußischen Landesmuseum: Wie bringt man Kants Philosophie ins Museum? Welche seiner Ansätze sind heute besonders relevant? Welche sind kritikwürdig? Die Dauerausstellung wird 2025 fertig sein und dann vor allem Kants Ideenwelt thematisieren.



Das Ostpreußische Landesmuseum zu Gast in:

Künstlermuseum Heikendorf-Kieler Förde: Künstlerkolonie Nidden. Malen in freier Natur

8. Juni bis 1. September 2024

Seite A 91 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 6.06.2024

Aus der Sammlung des Ostpreußischen Landesmuseums werden unter anderem Werke von Ernst Bischoff-Culm, Eduard Bischoff, Carl Knauf, Karl Eulenstein, Alexander Kolde, Gertrud Lerbs-Bernecker und Ernst Mollenhauer gezeigt. Motive der Küste, der Landschaft und der Kurenfischer stehen im Mittelpunkt der Gemälde und Graphiken. Die große Bandbreite des herausragenden künstlerischen Schaffens in Ostpreußen im vergangenen Jahrhundert wird damit dem Kieler Publikum präsentiert.

Abbildung: Abend am Kurischen Haff, Ernst- Bischoff-Culm (Öl/Leinwand, um 1900) © Ostpreußisches Landesmuseum

Unsere Veranstaltungen im Juni 2024



Seite A 92 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Sonntag, 2. Juni 2024, 14.00 Uhr, 1,50 € (zzgl. Museumseintritt)

Immanuel Kant. Weltendenker aus Königsberg

Öffentliche Sonntagsführung durch die Sonderausstellung „Kant 300. Ein Leben in Königsberg“ mit Vera Thiel

Was bewegte den Denker, was prägte ihn? Ein Einblick anhand einzigartiger Objekte.

Die Plätze sind begrenzt, und eine Anmeldung unter Tel. 04131 759950 oder info@ol-lg.de ist erforderlich.

Abbildung: Kants Wohnhaus in der Prinzessinstraße, Lithographie nach Friedrich Heinrich Bils von 1842, ca. 1850 © Ostpreußisches Landesmuseum / Leihgabe Stadt Duisburg



Seite A 93 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 6.06.2024

Dienstag, 4. Juni 2024, 14.30 Uhr, Eintritt: 7,00 € (inkl. Eintritt, Kaffee, Tee und Gebäck)

Zwischen Ahrenshoop und Ostpreußen – Der Maler Alfred Partikel

Vortrag von Jan Rüttinger in der Reihe „Museum Erleben“

Der in Goldap geborene Alfred Partikel (1888-1945) ist einer der herausragenden Maler der ostpreußischen Landschaft. Die Veranstaltung möchte die vielfältigen Facetten des

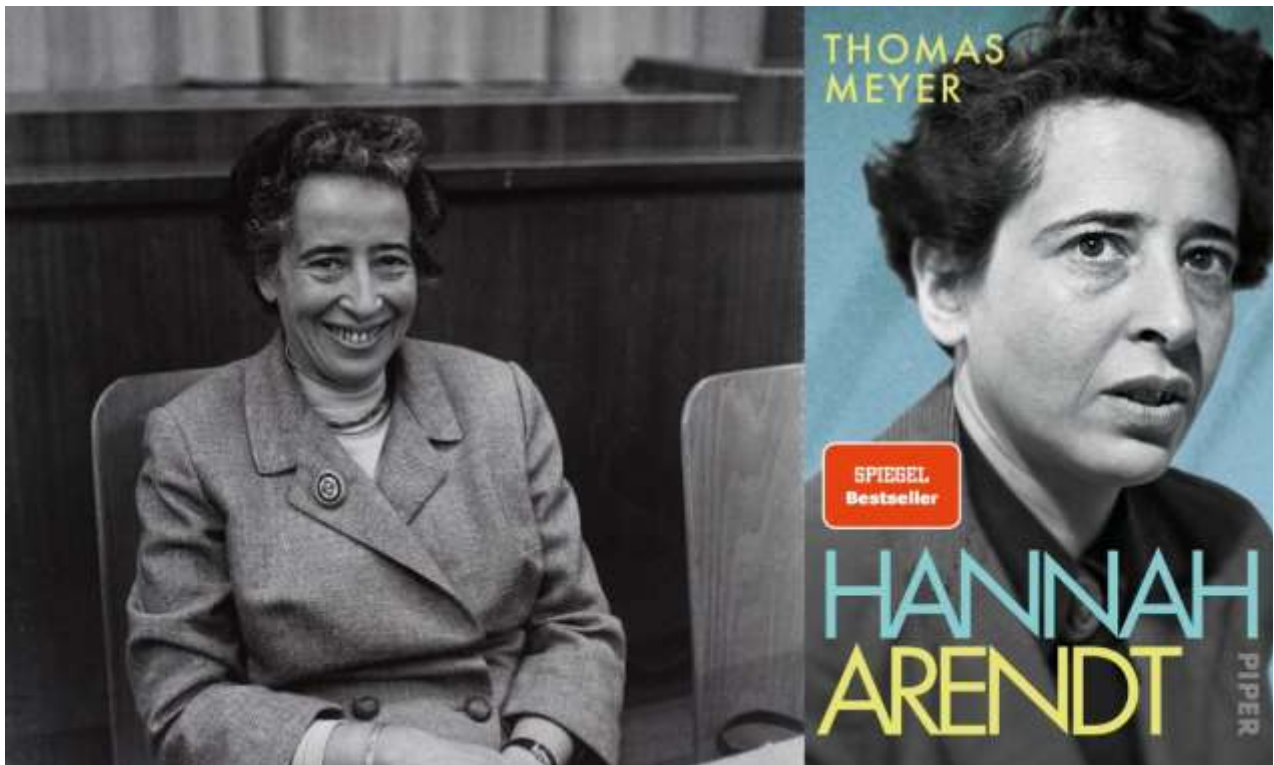
Künstlerlebens von Alfred Partikel vorstellen und seinen Weg von Masuren über

Königsberg bis nach Ahrenshoop durch die verschiedenen Stile nachvollziehen.

Die Plätze sind begrenzt, und eine Anmeldung unter Tel. 04131 759950 oder info@ol-lg.de ist erforderlich.

Abbildung: Alfred Partikel, Der Loyoler See, Öl_Leinwand, 1937 ©

A.PopovJ.Kosinova collection (Nidden)



Seite A 94 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 6.06.2024

Mittwoch, 12. Juni 2024 um 18:30 Uhr, Eintritt: 5,00€

Vortrag und Buchvorstellung: „Hannah Arendt. Die Biographie“

mit Prof. Dr. Thomas Meyer

„Ich glaube nicht, dass es irgendeinen Denkvorgang gibt, der ohne persönliche Erfahrung möglich ist. Alles Denken ist Nachdenken, der Sache nach – denken.“ Für Thomas Meyer bilden diese Sätze den Leitfaden seiner Biografie der bedeutenden Philosophin Hannah Arendt. Ihm folgt der Autor, wenn er anhand neuer Quellen ihr Leben und Werk von Königsberg nach New York, von der Dissertation über den Liebesbegriff bei Augustin bis hin zum unvollendeten Opus magnum „Vom Leben des Geistes“ nachzeichnet und deutet. Seine Biografie beleuchtet die Faszination und die Kritik, die ihre Person und ihre Schriften zeitlebens auslösten, und macht dabei sowohl für Interessierte wie für Kenner das Phänomen „Hannah Arendt“ verständlicher. Die Plätze sind begrenzt, und eine Anmeldung unter Tel. 04131 759950 oder info@ol-lg.de ist erforderlich.

Abbildung (Collage): Hannah Arendt auf dem 1. Kulturkritikerkongress 1958, Fotografie von Barbara Niggel Radloff (gemeinfrei); Buchcover © Thomas Meyer



Donnerstag, 13. Juni 2024, von 15 bis 17 Uhr, Eintritt frei!

Was ist Heimat? – Philosophieren mit Kindern

Kinderclub mit Oskar Freitag

Gibt es Orte, wo wir uns zu Hause fühlen? Welches sind die Dinge, Tiere und Menschen, die uns besonders vertraut sind? Warum zieht es manche Menschen dauernd in die Ferne und andere verlassen nie das Haus? Der berühmte Philosoph Immanuel Kant gehörte wohl eher zur letzteren Sorte, schließlich hat er seine Heimatstadt Königsberg fast nie verlassen. In der aktuellen Kant-Ausstellung geht es auf Spurensuche und wird der Frage nachgegangen, was ihn so sehr an seine Heimatstadt gebunden hat.

Jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat findet der kostenlose Museums-Kinderclub für Schulkinder von 6 bis 12 Jahren statt. Der Einstieg ist mit vorheriger Anmeldung unter Tel. 04131 759950 oder bildung@ol-lq.de jederzeit möglich.

Seite A 96 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 6.06.2024

Abbildung: Die Heimat verloren (Dünen), Heinz Sprenger (Öl/Leinwand, 1983) © Ostpreußisches Landesmuseum



Dienstag, 18. Juni 2024, 14.30 Uhr, Eintritt: 7,00 € (inkl. Eintritt, Kaffee, Tee und Gebäck)

Die Flucht aus Ostpreußen 1945

Vortrag und Führung mit Dr. Eike Eckert in der Reihe „Museum Erleben“

Nachdem die Rote Armee bereits am 16. Oktober 1944 die Reichsgrenze in Ostpreußen überschritt, stoppte sie überraschend im November ihren Vormarsch. Am 13. Januar 1945 begann dann die sowjetische Großoffensive, und bereits am 26. Januar 1945 hatte die Rote Armee das Frische Haff erreicht. Ostpreußen war eingekesselt und der Bevölkerung der

Seite A 97 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 6.06.2024

direkte Fluchtweg über Land nach Westen versperrt. Der Vortrag befasst sich sowohl mit dem Verlauf der Flucht, den unterschiedlichen Fluchtwegen zu Land und zu Wasser und geht der Frage nach, wie es unter der Zivilbevölkerung zu den hohen Opferzahlen während der Flucht kommen konnte.

Die Plätze sind begrenzt und eine Anmeldung unter Tel. 04131 759950 oder info@ol-lg.de ist erforderlich.

Abbildung: Fluchtinszenierung in der Dauerausstellung © Ostpreußisches Landesmuseum



Freitag, 21. Juni 2024, 18:30 Uhr, Eintritt: 4,00 €

Geschichte einer Mühle in Ostpreußen - eine Spurensuche

Vortrag und Gespräch mit Burchard Dabinnus, Henri Rösch und Dr. Christian Rohrer

Seite A 98 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 6.06.2024

In der Vorkriegszeit gab es in Bartenstein einen großen modernen Mühlenbetrieb, der der jüdischen Familie Meyer gehörte. Nach 1933 begann in Ostpreußen - wie in ganz Deutschland - der Prozess der so genannten "Arisierung", bei dem jüdischer Besitz zwangsweise an neue, arische Eigentümer übertragen wurde. So gelangte die Meyer-Mühle in die Hände der deutschen Familie Dabinnus. Einem Teil der Familie Meyer gelang es, noch vor Kriegsausbruch aus Deutschland zu emigrieren, andere wurden Opfer des Holocausts. 80 Jahre später versucht Burchard Dabinnus, Schauspieler und Regisseur aus München, dessen Großeltern die Mühle der jüdischen Nachbarn übernommen hatten, die „Mühlengeschichte“ aufzuklären. Gemeinsam mit den Meyer-Nachfahren analysiert er historische Fakten, recherchiert und wertet überlieferte Dokumente aus, sucht nach Berichten von Verwandten und Zeitzeugen. War die Übernahme lediglich ein getarnter Versuch, den Besitz der befreundeten jüdischen Familie zu "verstecken", oder handelte es sich um eine Enteignung zu einem Schleuderpreis?

Die Plätze sind begrenzt und eine Anmeldung unter Tel. 04131 759950 oder info@ol-ig.de ist erforderlich.

Abbildung: Collage von Marlene Rösch, Fotos privat

Ferienstarter

23. Juni 2024
10 - 18 Uhr
Lüneburger
Familientag

4 Häuser
für 15 €
pro Familie

Kloster Lüne
Museum Lüneburg
Ostpreussisches Landesmuseum
Deutsches Salzmuseum

KLOSTER LÜNE
OL.
MUSEUM LÜNEBURG
DEUTSCHES SALZMUSEUM

The poster features a central illustration of a wooden table with a map of Lüneburg on its surface. A green cartoon frog is sitting on the floor next to the table, looking at the map. Four circular callouts with museum logos are connected to the map by lines. The background is yellow with a string of colorful bunting flags at the top. The bottom of the poster contains logos for the participating institutions: Kloster Lüne, OL., Museum Lüneburg, and Deutsches Salzmuseum.

Seite A 100 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Sonntag, 23. Juni 2024, 10.00 – 18.00 Uhr, Familienkarte für alle Museen und Kloster Lüne: einmalig 15,00 €

Ferienstarter 2024 – Familientag der Lüneburger Museen

Zum Ferienstart können die Familien durch die Stadt von Museum zu Museum ziehen und sich von den abwechslungsreichen Angeboten und Ausstellungen begeistern lassen. Die Familien-Eintrittskarte (zwei Erwachsene plus max. fünf Kinder) gibt es für einmalig 15 Euro an diesem Tag an jeder Museumskasse. Die Tickets berechtigen zum Eintritt in die Museen (Kloster Lüne, Museum Lüneburg, Ostpreußisches Landesmuseum, Salzmuseum) sowie zur Teilnahme an allen Ferienstarter-Aktionen. Wer sich bei jedem Museum einen Stempel abholt, kann zudem an einer Verlosung teilnehmen und mit etwas Glück einen Museums-Kindergeburtstag gewinnen.



Seite A 101 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Donnerstag, 27. Juni 2024, von 15.00 bis 17.00 Uhr, Eintritt frei!

Der Luchs – die größte Raubkatze Europas

Kinderclub mit Noemi Ronge

Es geht auf eine Entdeckungsreise in die Naturkunde-Abteilung. Dort ist die größte Raubkatze Europas zu finden: der Luchs! Wenn man in Deutschland vom Luchs spricht, ist der Eurasische Luchs gemeint. Nach Bär und Wolf ist er das größte Raubtier in Europa. Viele Jahre lang wurden Luchse verfolgt. Erst seit einigen Jahren durchstreifen sie wieder die Wälder Europas. Die Lebensweise dieser schönen Tiere wird vermittelt, danach wird im Atelier eine Landschaft mit Luchs gemalt oder ein kleiner Luchs aus Ton geformt. Jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat findet der kostenlose Museums-Kinderclub für Schulkinder von 6 bis 12 Jahren statt.

Der Einstieg ist mit vorheriger Anmeldung unter Tel. 04131 759950 oder bildung@ol-lq.de jederzeit möglich.

Abbildung: Luchs in der Dauerausstellung © Ostpreußisches Landesmuseum

Vorschau auf unsere Veranstaltungen im Juli 2024

Dienstag, 2. Juli 2024, 14.30 Uhr (mit Wiederholungstermin am 3. Juli 2024, 14.30 Uhr) Eintritt: 7,00 € (inkl. Eintritt, Kaffee, Tee und Gebäck)

Kants Freunde – Kaleidoskop der Welt

Führung und Vortrag mit Dr. Tim Kunze im Rahmen der Reihe „Museum Erleben“

In der Moderne wächst die Bedeutung der Freundschaft. Die frei gewählten Freundschaften treten an die Stelle ständisch vorgegebener Sozialbeziehungen und werden zu einem zentralen Ort der persönlichen

Seite A 102 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 6.6.2024

Selbstentfaltung. Für den abstrakten Philosophen Kant waren die Freunde auch das Tor zur Welt: englische Kaufleute, Pfarrer und Studenten, ein Laborpionier und ein feministischer Oberbürgermeister – Kants Freundeskreis war ebenso vielfältig wie seine Philosophie. Der Vortrag bietet einen Einblick in die reiche Kulturwelt Königsbergs und eröffnet einen neuen, konkreten Blick auf das Leben und Denken Immanuel Kants.

Die Plätze sind begrenzt und eine Anmeldung unter Tel. 04131 759950 oder info@ol-lg.de ist erforderlich.

Abbildung: Kant und seine Tischgenossen, Emil Doerstling, Öl auf Leinwand, vermutl. 1893

© Privatbesitz / Foto: 2020 Gesellschaft der FREUNDE KANTS UND KÖNIGSBERGS e.V.



Sonntag, 7. Juli 2024, 14.00 Uhr, 1,50 € (zzgl. Museumseintritt)
Immanuel Kant. Weltendenker aus Königsberg

Seite A 103 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Öffentliche Sonntagsführung durch die Sonderausstellung „Kant 300. Ein Leben in Königsberg“ mit Katja Eichhorn

Was bewegte den Denker, was prägte ihn? Ein Einblick anhand einzigartiger Objekte.

Die Plätze sind begrenzt und eine Anmeldung unter Tel. 04131 759950 oder info@ol-lq.de ist erforderlich.



Abbildung: Kants Wohnhaus in der Prinzessinstraße, Lithographie nach Friedrich Heinrich Bils von 1842, ca. 1850 © Ostpreußisches Landesmuseum / Leihgabe Stadt Duisburg

03) Kulturzentrum Ostpreußen Ellingen:
Ausstellungs- und Veranstaltungsprogramm 2024

Kulturzentrum Ostpreußen

im Deutschordensschloß Ellingen/Bay.

Ausstellungs- und Veranstaltungsprogramm 2024

Sonderausstellungen und Veranstaltungen

Noch bis 28.07.2024

Seedienst Ostpreußen

19.05.2024

Internationaler Museumstag

10.08.2024 – 03.11.2024

Joachim Rágóczy – Samlandansichten

26.10.2024

**2. Landeskulturtagung 2024
(um Anmeldung wird gebeten!)**

23./24.11.2024

29. Bunter Herbstmarkt

Kabinettausstellung

Noch bis 31.05.2024

Fotografien einer geteilten Landschaft –
Die polnisch-russische Grenze in Ostpreußen

Ausstellungen in Ostpreußen

Dauerausstellungen zur Stadtgeschichte in

Pr. Holland, Schloß

Saalfeld, Stadt- und Gemeindeverwaltung

Lyck, Wasserturm

Rosenberg, Hist. Feuerwehrhaus

Lötzen, Festung Boyen

Goldap, Haus der Heimat

Johannisburg, Städt. Kulturhaus

Rastenburg, I. Liceum

Ganzjährig

**Dauerausstellung zur Geschichte und Kultur Ostpreußens
im neuen Altvaterturm
auf dem Wetzstein bei Lehesten, Thüringer Wald**

Kulturzentrum Ostpreußen • Schloßstr. 9 • 91792 Ellingen/Bay.

Öffnungszeiten: Dienstag – Sonntag 10 – 12 und 13 – 17 Uhr (April – September)

10 – 12 und 13 – 16 Uhr (Oktober – März)

Telefon 09141-8644-0


info@kulturzentrum-ostpreussen.de

Telefax 09141-8644-14

www.kulturzentrum-ostpreussen.de

www.facebook.com/KulturzentrumOstpreussen

- Änderungen vorbehalten -

PREUSSEN  KURIER

Herausgeber: Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Landesgruppe Bayern e.V.

Postanschrift: Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg

V.i.S.d.P.: Christoph M. Stabe, Rainer Claaßen (Schriftleitung)

E-Post: info@low-bayern.de

Netz-Information: www.low-bayern.de, www.facebook.com/LOWBayern

Spendenkonto:

IBAN: DE21 7015 0000 0080 1325 58 / BIC: SSKMDEMXXX

04) Das Ausstellungsprogramm 2024 des Schlesischen Museums in Görlitz

Das Schlesische Museum bietet in diesem Jahr mit seinen Sonderausstellungen ein sehr abwechslungsreiches Panorama schlesischer Kultur und Geschichte. Bis zum 14. April 2024 ist die Schau „Niederschlesien im Aufbruch“ zu sehen, in der charakteristische Gewerbe- und Industrieansiedlungen entlang der 1867 eröffneten Schlesischen Gebirgsbahn von Görlitz über Hirschberg (Jelenia Góra) bis Waldenburg (Wałbrzych) vorgestellt werden. Eine kleinere, aber sehr eindrucksvolle Ausstellung erleben die Besucher mit der Präsentation „Kunst und Krieg“. Bis zum 30. Juni 2024 können Bilder aus dem 17. bis 21. Jahrhundert besichtigt werden, mit denen verschiedene Sichtweisen von Künstlerinnen und Künstlern auf Kriegereignisse deutlich werden.

Große Aufmerksamkeit erhält bereits jetzt die geplante Ausstellung über Jacob Böhme (1575–1624) anlässlich der Jubiläumsjahre 2024 und 2025. 450 Jahre nach seiner Geburt und 400 Jahre nach seinem Tod soll die Ausstellung „LILIENZEIT. Der mystische Philosoph Jacob Böhme und die Erneuerung der Welt“ vom 31. August 2024 bis 2. Februar 2025 seine Gedankenwelt und insbesondere seine Bedeutung in Schlesien einer breiten Öffentlichkeit anschaulich nahebringen. Jacob Böhme zählt zu den wichtigsten deutschen Denkern, der die Literatur, Philosophie, Religion und Kunst über die Jahrhunderte nachhaltig geprägt hat.

Die Schau reiht sich in eine Ausstellungsserie der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden ein, die 2017 mit einer vielbeachteten Präsentation in der Dresdner Schlosskapelle ihren Anfang nahm. 2019 folgten Ausstellungen in Coventry und Amsterdam sowie 2022 in Breslau (Wrocław). Mit der Präsentation 2024/25 beteiligt sich das Schlesische Museum an den zahlreichen Vorhaben in Görlitz und Zgorzelec, mit denen Jacob Böhme in diesem und im kommenden Jahr angemessen gewürdigt werden soll.



„Aurora oder Morgenröte im Aufgang“ ist das 1612 verfasste Erstlings- und Hauptwerk Jacob Böhmes; hier in einem frühen Druck von 1634 aus der Bibliothek des Schlesischen Museums. Foto: SMG

Pressemitteilung

Neue Sonderausstellung im Schlesischen Museum zu Görlitz



05) 12.11.2023-30.06.2024, Kunst und Krieg. Zwischen Euphorie und Anklage

Das Schlesische Museum zu Görlitz setzt sich in einer kürzlich eröffneten Kunstaussstellung mit dem Thema „Kunst und Krieg“ auseinander. Etwa 50 Gemälde, Druckgrafiken und kunsthandwerkliche Objekte aus dem 17. bis 21. Jahrhundert zeigen ein Spektrum von künstlerischen Perspektiven und Techniken. Ziel der Sonderschau ist es, die schwierige Rolle der Kunst in Bezug auf den Krieg zu verdeutlichen und Sichtweisen von teilnahmsvoller Zeitzeugenschaft, kritischer Distanz bis zu heroischen Gesten und Verherrlichung militärischer Macht vorzustellen.

Das Museum dankt besonders der Erika-Simon-Stiftung (Görlitz) für die großzügige finanzielle Unterstützung der Ausstellung, ebenso dem Förderverein des Museums und für zahlreiche Bildspenden an das Museum. Die Ausstellung ist bis zum 30. Juni 2024 zu sehen.

Schlesisches Museum zu Görlitz

Schönhof, Brüderstraße 8

02826 Görlitz

Tel. +49 3581 87910

kontakt@schlesisches-museum.de

www.schlesisches-museum.de



Darstellung der Schlacht an der Katzbach am 26. August 1813 während der Befreiungskriege, 1824, kolorierte Lithographie, vermutlich von Johann Jakob Kirchhoff (1796–1848), © Foto: SMG



Martin Pautsch (1905–1964): Leid über dem Land, 1947, Pastell, © für den Künstler: Uta Loeber-Pautsch, Oldenburg, © Foto: SMG

Schlesisches Museum zu Görlitz

Brüderstraße 8, Untermarkt 4, D-02826 Görlitz

Telefon +49 3581 8791-0, Fax +49 3581 8791-200

kontakt@schlesisches-museum.de

www.schlesisches-museum.de



06) Weitere Termine im Schlesischen Museum

Veranstaltungsinformationen

Öffentliche Montagsführungen

Obwohl Ruhetag ist, bietet das Schlesische Museum zu Görlitz jeden Montag um 10 Uhr eine exklusive Führung zu wechselnden Themen an.

Eintritt: 8 Euro, ermäßigt 6 Euro (Hinweis: ab 1. Juli gelten neue Preise. Die Eintrittskarte berechtigt auch zum Museumsbesuch am darauffolgenden Tag.)

Freitag, 31. Mai, 14 Uhr

Sonntag, 16. Juni, 11 Uhr

Sonntag, 30. Juni, 11 Uhr (letztmalig)

Führungen durch die Sonderausstellung „Kunst und Krieg“

Die neue Kunsthistorikerin am Schlesischen Museum Katarzyna Sonntag lädt herzlich zu einer Führung durch die Sonderausstellung „Kunst und Krieg. Zwischen Euphorie und Anklage“ (noch bis 30. Juni) ein. Die Schau zeigt Kunstwerke aus mehreren Jahrhunderten, die sich mit dem Krieg und seinen Begleiterscheinungen auseinandersetzen

Teilnahme: 3 Euro (zzgl. Eintritt)

Freitag, 14. Juni, 18 Uhr

Weltkrieg und Wahrnehmung – Mythen und Realitäten des Ersten Weltkriegs.

Vortrag mit Diskussion

Die Erinnerung an den Ersten Weltkrieg wird von nationalen Perspektiven dominiert. Die vorherrschenden Geschichtsbilder in verschiedenen Ländern stellen die zentralen Schlachten oder anderen Ereignisse, manche Einzelpersonen oder auch Bildmotive mitunter in unterschiedlicher Gewichtung und Interpretation dar. Auch die damalige Propaganda wirkt nach, in der die Positionen der beteiligten Länder begründet und

Seite A 109 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

verfestigt wurden. War die Kriegsbegeisterung nicht überall vorhanden? Verteidigten sich nicht alle Nationen gegen verräterische Feinde? Viele „Helden“ und „Märtyrer“ sind weiterhin in den Erinnerungskulturen präsent. Doch wo lag die „Wahrheit“? Der Vortrag von Martin Bayer behandelt viele bekannte und unbekanntere Mythen des ersten globalen Kriegs der Menschheit, dessen Auswirkungen noch weltweit spürbar sind.

Referent: Martin Bayer, Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V., Landesverband Berlin

Eintritt: 5 Euro

Eingang: Brüderstraße 8 | Untermarkt

Samstag, 22. Juni, 12 bis 21 Uhr

Kunsthalle Görlitz, Jakobstraße 2, Eintritt frei

Kunsthalle Görlitz, Jakobstraße 2, Eintritt frei

Zur Finissage der Ausstellung IMMER NOCH laden wir am 22. Juni von 12 bis 21 Uhr in die Kunsthalle Görlitz zu einem Kunstfest ein. Im Programm stehen unter anderem ein Vortrag zur Geschichte der Häuser Jakobstraße 2-3 (das jetzige Domizil der Kunsthalle), die letzte Führung durch die Ausstellung mit ihrer Kuratorin Jagna Domžalska, gemeinschaftliches Konsumieren (wortwörtlich!) von Ausstellungsobjekten sowie Gespräche mit den anwesenden Künstlerinnen und Künstlern. Beim letzten Künstlergespräch wird der Abbau der Ausstellung performativ eingeleitet ...

Nähere Informationen unter [D+PL Kunstfest zur Finissage | IMMER NOCH | Finisaż NADAL | Kunsthalle Görlitz | Facebook](#)

**Führungen durch die Sonderausstellung „Kunst und Krieg“ in polnischer Sprache
Oprowadzanie po wystawie czasowej „Sztuka i Wojna. Między zachwytem a zarywaniem“ po polsku**

Czwartek, 30.05., godz. 14:00

Piątek, 31.05., godz. 11:00

Niedziela, 16.06., godz. 14:00

Niedziela, 30.06., godz. 14:00

Nowa kuratorka Muzeum Śląskiego w Görlitz, Katarzyna Sonntag, zaprasza na wspólne zwiedzanie wystawy czasowej, już niebawem dobiegającej końca. Wystawa ukazuje różnorodne postawy w obliczu wojny i na przestrzeni wieków. Serdecznie zapraszamy do odkrycia tego mało znanego rozdziału historii sztuki Śląska.

Opłata za oprowadzanie 3,00 € plus bilet wstępu do muzeum

Schlesisches Museum zu Görlitz

Brüderstraße 8, Görlitz

www.schlesisches-museum.de

07) Zentrum gegen Vertreibungen: Ausstellungen



ZENTRUM
GEGEN
VERTREIBUNGEN

AUSSTELLUNG: „DIE GERUFENEN“
Deutsches Leben in Mittel- und Osteuropa

AUSSTELLUNG: „ERZWUNGENE WEGE“
Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts

AUSSTELLUNG: „ANGEKOMMEN“
Die Integration der Vertriebenen in Deutschland

AUSSTELLUNG: „VERSCHWUNDEN“
Orte, die es nicht mehr gibt

AUSSTELLUNG: „IN LAGERN“
Schicksale deutscher Zivilisten im östlichen Europa 1941-1955

ZgV - Zentrum gegen Vertreibungen

Organisationsbüro:

Godesberger Allee 72-74 | 53175 Bonn | Telefon: 0228 - 81007-0 | E-Mail: info@z-g-v.de

Besuchen Sie uns auch auf unserer Homepage: www.z-g-v.de

Teil B
Inhaltsverzeichnis (Seiten B I – B VII)

B. a) Termine von Tagungen u.ä.	Seiten B 1 – B 59
--	--------------------------

- 01) Preußen-Stipendium
- 02) Online-Fortbildung für Lehrkräfte „80 Jahre Warschauer Aufstand: 1944/2024“
- 03) 12. Europäisches Geschichtsforum
- 04) 1949–2024–2049: Vergangenheit erinnern, Gegenwart meistern, Zukunft gestalten
- 05) Polish Affairs - Polnische Kultur zu Gast in der Stabi
- 06) Wege in die Promotion. Welche Stiftung passt zu mir?
- 07) Wissenschaftskommunikation und Wissenstransfer mit Bezug zum östlichen Europa
- 08) Biografieforschung in Deutschland und Ostmitteleuropa: Neue Methoden – Themen – Herausforderungen
- 09) Ideengeschichte und Ideenpolitik der Säkularisierung in der russischen und sowjetischen Kulturgeschichte
- 10) Bergbau im böhmisch-sächsischen Grenzgebiet
- 11) Palast der Erinnerung. Die Macht der Bilder
- 12) Central and East European History
- 13) Neue Forschungen zu Themen der Geschichte der ländlichen Gesellschaft
- 14) Der Abzug der Alliierten aus Berlin. Bedingungen – Ablauf – Folgen
- 15) Gesungener Glaube – Mehr als 500 Jahre gedruckte und lebendige Kirchenlieder. Das tschechische Gesangbuch 1501 und seine Nachfolger
- 16) Studium exemplare - Westpreußen: Geschichte und Menschen
- 17) Deutsch-polnische Erinnerungskulturen
- 18) 2. Interdisziplinäre deutsch-baltische Nachwuchstagung
- 19) Poland and Its Neighbours in the 20th and 21st Century, 1918-2022. Convergences and Divergences
- 20) 30 Jahre Abzug der ehemaligen sowjetischen Truppen aus Deutschland – Ursachen, Verlauf und Wirkungen
- 21) Vergnügungskultur im östlichen Europa (1880-1945)
- 22) Kriegsendverbrechen. Der Rückzug der Wehrmacht und die letzte Phase des Zweiten Weltkriegs
- 23) Wahrnehmung der Geschichte als Triebfeder des Handelns

B. b) Berichte von Fachtagungen	Seiten B 60 – B 114
--	----------------------------

- 01) 18. Werkstattgespräch zur DDR Planungsgeschichte
- 02) Die Reichswehr als „Staat im Staat“
- 03) Nähe und Distanz in der Arbeit mit mündlichen Quellen. Treffen des Netzwerk Oral History
- 04) XI. Dr. Fritz Exner-Kolloquium zur Südosteuropaforschung

- 05) Geschichte als Kritik
- 06) Karten-Arbeit / Travailler avec des cartes

B. c) Zeitschriftenschau

Seiten B 115– B 179

- 01) Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 72 (2024), 5
- 02) Blätter für deutsche und internationale Politik 69 (2024) 6
- 03) Blätter für deutsche und internationale Politik 69 (2024) 5
- 04) Blätter für deutsche und internationale Politik 69 (2024) 4
- 05) Religion und Gesellschaft in Ost und West 52 (2024), 5
- 06) Journal of Medieval History 50 (2024), 2
- 07) Aus Politik und Zeitgeschichte 74 (2024) 6-8
- 08) Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 73 (2024), 1
- 09) Nordost-Archiv 33 (2024)
- 10) Nordost-Archiv 32 (2023)
- 11) Historia Aperta 50 (2023)
- 12) Osteuropa 73 (2023), 3–4
- 13) Osteuropa 74 (2024), 1–3
- 14) Kritika 24 (2024), 2

B. d) Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt

Seiten B 180 – B 183

A. Besprechungen (Seite B 180)

- 01) Preußenland. Jahrbuch 14 (2023). Hrsg.: Historische Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung, Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens e. V. und Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz. (Osnabrück) fibre (2023). 344 Seiten. ISBN 978-3-944870-87-8. Euro 35,00.
- 02) Wulf D. Wagner: Die Königstraße in Königsberg i. Pr. Aus der Geschichte einzelner Grundstücke und ihrer Eigentümer vom späten 17. bis ins frühe 19. Jahrhundert. (46 Abb. und Pläne). (Osnabrück) fibre 2023 VIII, 192 Seiten. = Einzelschriften der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung. 33. ISBN 978-3-944870-88-1. Geb. EUR 48,00.

B. Besprechungen in Arbeit (Seite B 181)

- 01)** Wolfram Euler und Konrad Badenheuer:
Sprache und Herkunft der Germanen. Rekonstruktion des Frühgermanischen vor der Ersten Lautverschiebung
(1 mehrfarbige Karte). 2., überarbeitete Auflage.
Berlin / London: Verlag Inspiration UN Limited 2021. 271 Seiten.
ISBN 978-3-945127-278. € 89,00.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin
- 02)** Wolfram Euler: Das Westgermanische. Seine Rekonstruktion von der Herausbildung im 3. bis zur Aufgliederung im 7. Jahrhundert.
(vier Abbildungen). [Zweite Auflage].
London / Berlin: Verlag Inspiration Un Limited 2022. 267 Seiten.
ISBN 978-3-945127-414. € 49,00.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin
- 03)** Ute Engel: Stil und Nation. Barockforschung und deutsche Kulturgeschichte, ca. 1830-1933. (129 +2 Abb.).
(Paderborn) Wilhelm Fink (2018). 798 Seiten.
ISBN 978-3-7705-5492-8. € 128,00 (D).
Rezensent: Dr. Wulf Dietrich Wagner, Berlin
- 04)** Historisch Ostdeutsche Gedenktage 2019. Persönlichkeiten und Historische Ereignisse. (zahlreiche SW-Abbildungen). (Bonn) Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (2021). 248 Seiten.
ISBN 978-3-88557-247-3. € 9,80.
- Historisch Ostdeutsche Gedenktage 2020. Persönlichkeiten und Die Historische Ereignisse. (zahlreiche SW-Abbildungen). (Bonn) Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (2021). 240 Seiten.
ISBN 978-3-88557-248-0. € 9,80.
- Historisch Ostdeutsche Gedenktage 2021. Persönlichkeiten und Historische Ereignisse. (zahlreiche SW-Abbildungen). (Bonn) Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (2021). 256 Seiten.
ISBN 978-3-88557-250-3. € 9,80.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin

C. Zur Besprechung in der Redaktion eingegangen (Seiten B 182 – B 183)

- 01)** Ziko van Dijk: Wikis und die Wikipedia verstehen. Eine Einführung. (13 Abb., 18 Tab.). (Bielefeld) [transcript] (2021). 338 Seiten.
ISBN 978-3-8376-5645-9. € 35,00.
E-Book (EPUB) Open Access PDF-ISBN 978-3-8394-5694-3. € 38,99?
- 02)** Herma Kennel: Als die Comics laufen lernten. Der Trickfilmpionier Wolfgang Kaskeline zwischen Werbekunst und Propaganda. (zahlreich SW-Abb. im Text, 10 Farbfotos auf 8 Farbtafeln im Anhang) (Berlin) be:bra Verlag (2020). 240 Seiten. ISBN 978-3-89809-176-2. Euro 24,00.
- 03)** Steffen Reiche: Tief träumen und hellwach sein. Politiker und Pfarrer mit Leidenschaft. Ein autobiografischer Essay. (22 SW-Fotos im Text). (Bonn) Dietz (2020). 261 Seiten. ISBN 978-3-8012-0461-7. € 24,00.
- 04)** Handbuch qualitative und visuelle Methoden der Raumforschung.
(zahlreiche Abbildungen, Tabellen).
Hg. von Anna Juliane Heinrich, Séverine Marguin, Angela Million, Jörg Stollmann.
Bielefeld: Transcript Verlag (2021). 464 Seiten. = utb. Band 5582.
Print-ISBN 978-3-8252-5582-4. € 29,90.
PDF-ISBN 978-3-8385-5582-9.
- 05)** Judith Heß: Europäisierung des Gedenkens? Der Erste Weltkrieg in Deutschen und britischen Ausstellungen. (15 SW-Abbildungen). (Bielefeld) transcript (2021). 356 Seiten.
Print-ISBN 978-3-8376-5619-0. € 60,00.
PDF-ISBN 978-3-8394-5619-4. € 59,99.
- 06)** Nicht nur Bauhaus. Netzwerke der Moderne in Mitteleuropa / Not just Bauhaus. Networks of Modernity in Central Europe. Herausgegeben von Beate Störtekuhl und Rafał Makąła. (mit zahlreichen schwarz-Weißen und mehrfarbigen Abb.). (Berlin / Boston) de Gruyter/Oldenbourg (2020). 400 Seiten.
= Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Band 77. ISBN 978-3-11-065876-7. € 59, 59.
- 07)** Astrid Bartel: Des Lebens ungeteilte Freude. Erzählungen. (Norderstedt: BoD Book on Demand 2022). 396 Seiten.
ISBN 978-3-7557-1708-9. € 14,90.

- 08)** Preußen und sein Osten in der Weimarer Republik. Herausgegeben von Manfred Kittel, Gabriele Schneider, Thomas Simon. (mit Abb. und Tab.). Berlin: Duncker & Humblot (2022). 383 Seiten.
= Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte. Neue Folge, Beiheft 17.
ISBN 978-3-428-18526-9 (Print). € 119,90.
- 09)** Gisela Borchers, Arbeitsgemeinschaft Vertriebene der Oldenburgischen Landschaft: Bund der Vertriebenen (BdV). Seine Geschichte in der Stadt Oldenburg. (zahlreiche SW- und mehrfarbige Abb. auf 7 Seiten Anhang, 1 mehrfarbiger Stadtplan von Oldenburg auf der hinteren Umschlaginnenseite).
Oldenburg: Isensee-Verlag (2022). 79 Seite + 7 Seiten Anhang mit Abb. Herausgegeben von der Oldenburgischen Landschaft.
ISBN 978-3-7308-1963-0. € 15,00.
- 10)** 52. Heimatjahrbuch der Kreisgemeinschaft Allenstein e.V. Weihnachten 2021. Herausgegeben von der Kreisgemeinschaft Allenstein e. V., Kreisvertreter Andreas Galinski. (zahlreiche SW- und mehrfarbige Abb., mehrfarbige Bildkarte auf Umschlag-Rückseite).
(Velbert 2021). 280 Seiten. € ?
- 11)** Angerburger Heimatbrief. Heft Nr. 170, Dezember 2022. Herausgeber: Kreisgemeinschaft Angerburg e.V. (Mitglied in der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.). (Rotenburg / Wümme 2022). 171 Seiten. € ?
- 12)** Monarchie und Diplomatie. Handlungsoptionen und Netzwerke am Hof Sigismunds III. Wasa. (Hg.) Kolja Lichy, Oliver Hegedüs. (Paderborn) Brill / Schönigh (2023). XLI, 333 Seiten.
= Fokus. Neue Studien zur Geschichte Polens und Osteuropas. Band 13. ISSN 2698-5020. ISBN 978-3-506-70588-4 (hardback); ISBN 978-3-657-70588-7 (e-book). € 99,00.
- 13)** Karol Plata-Nalborski: Kraina wędrujących dworów. Z dziejów Bałdowa, Knybawy i Czyżykowa. (viele Abb.). Tczew 2024. 723 Seiten.
ISBN 978-83-971387-0-4. Złoty 69,00.

Teil B

B. a) Termine von Tagungen u.ä.

Seiten B 1 – B 59

Letzte Termin-Gesamtschau, siehe AWR-Nr. 830 vom 15.12.2022

01) Preußen-Stipendium

Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz

Gefördert durch Stiftung Preußischer Kulturbesitz

14195 Berlin

Bewerbungsschluss 05.07.2024

<https://gsta.preussischer-kulturbesitz.de/ueber-uns/newsroom/nachrichten/news-detailseite/artikel/2024/05/31/preussen-stipendium.html>

Von

Elisabeth Heigl, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz

Anlässlich seines Jubiläums „100 Jahre in Dahlem“ vergibt das Geheime Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStA PK) Stipendien für Studierende und Wissenschaftler:innen an deutschen Universitäten, die an einem Forschungsprojekt mit Preußenbezug arbeiten bzw. vorbereiten, dazu die zentral-, provinzial- oder auch nichtstaatliche Überlieferung Preußens im GStA PK in Berlin-Dahlem nutzen möchten. Mit dem Stipendium ist die Präsentation des Forschungsvorhabens in Berlin oder im Bundesland der Herkunftsuniversität verbunden.

Preußen-Stipendium

Gut zwanzig Jahre nach der Eröffnung des neuen Archivgebäudes in Berlin-Dahlem im Jahr 1924 stellte sich mit der endgültigen Auflösung des Staates Preußen die Frage nach dem Erhalt und der Entwicklung der bedeutenden öffentlichen Sammlungen und der zentralstaatlichen Überlieferung Preußens. Dies ist eine Aufgabe der Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK), zu der seit 1963 auch das GStA PK zählt und die von Bund und allen Bundesländern gemeinschaftlich getragen wird.

Dieser besonderen Verbindung trägt die SPK Rechnung, indem sie den regelmäßigen Austausch mit Kultur- und Bildungseinrichtungen der Länder sucht. Dabei soll die Arbeit an gemeinsamen Themen gefördert und Wissenschaftlern die Verbindung ihrer eigenen Arbeit mit den Sammlungen der SPK erleichtert werden. Vor diesem Hintergrund hat das Preußen-Stipendium zum Ziel, die Zusammenarbeit der SPK mit den Ländern durch den wechselseitigen und teilöffentlichen Austausch und Wissenstransfer der Partner zu stärken.

Mit dem Preußen-Stipendium sollen Studierende und Wissenschaftlern an deutschen Universitäten gefördert werden, die an einem Forschungsprojekt mit Preußenbezug arbeiten bzw. vorbereiten und dazu die zentral-, provinzial- oder auch nichtstaatliche Überlieferung Preußens im GStA PK in Berlin-Dahlem nutzen möchten. Gefördert werden soll die Forschung und der Austausch zur Geschichte Preußens und damit zu Entwicklungen der deutschen und europäischen Geschichte – sowohl in landeshistorischen als auch in (trans-) nationalen Kontexten.

Seite B 2 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Verbunden mit dem Stipendium ist eine Präsentation des Forschungsprojektes bzw. Forschungsthemas zum Beispiel bei der Landesvertretung des Bundeslandes der jeweiligen Herkunftsuniversität in Berlin, oder im Bundesland selbst, um in dieser Weise die Thematik einem breiteren Publikum vorzustellen, zu diskutieren und weitere Vernetzung voranzutreiben.

Bewerben können sich Masterstudierende, Doktoranden und Post-Docs, die an einer deutschen Universität eingeschrieben bzw. beschäftigt sind und an einem Forschungsprojekt mit Preußenbezug arbeiten bzw. solches vorbereiten. Masterstudierenden legen Ihrer Bewerbung bitte ein Empfehlungsschreiben einer wissenschaftlichen Betreuungsperson (mind. promoviert) bei.

Mögliche Förderdauer: 1 bis 3 Monate

Förderumfang: 1.600,00 Euro/ Monat

Die Forschungsaufenthalte müssen an einem Stück und vor dem 31.12.2024 erfolgen.

Bewerbungsfrist ist der 05. Juli 2024. Die Auswahl der Stipendiaten wird spätestens bis zum 26. Juli 2024 mitgeteilt.

Reichen Sie Ihre Bewerbung, die aus den folgenden Unterlagen besteht, bitte innerhalb der Bewerbungsfrist beim GStA PK ein (posteingang@gsta.spk-berlin.de).

Bewerbungsunterlagen:

- Antragsformular inklusive Projektskizze
- Tabellarischer Lebenslauf
- Empfehlungsschreiben einer wissenschaftlichen Betreuungsperson (nur bei Masterstudierenden)
- Liste der Veröffentlichungen (falls vorhanden)
- Kopien von relevanten Hochschulzeugnissen und Urkunden über die Verleihung akademischer Grade (unbeglaubigt)

Weitere Informationen zum Stipendienprogramm und zur Durchführung der Forschungsaufenthalte im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz entnehmen Sie bitte den Richtlinien des Preußen-Stipendiums.

Kontakt

posteingang@gsta.spk-berlin.de

<https://gsta.preussischer-kulturbesitz.de/ueber-uns/newsroom/nachrichten/news-detailseite/artikel/2024/05/31/preussen-stipendium.html>

Zitation

Preußen-Stipendium., In: H-Soz-Kult, 05.06.2024, www.hsozkult.de/grant/id/stip-144568.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

02) Online-Fortbildung für Lehrkräfte „80 Jahre Warschauer Aufstand: 1944/2024“

Pilecki-Institut in Berlin
10117 Berlin

Findet statt Digital
Vom - Bis
17.05.2024 -

<https://berlin.institutpileckiego.pl/de/events/online-fortbildung-80-jahre-warschauer-aufstand-1944-2024>

Von
Alexander Kliymuk, Pilecki-Institut Berlin

Online-Fortbildung für Lehrkräfte bei der wir Ihnen didaktische Materialien zum Einsatz im Unterricht über die größte organisierte Widerstandsaktion gegen die deutsche Besatzung während des Zweiten Weltkriegs vorstellen möchten.

Online-Fortbildung für Lehrkräfte „80 Jahre Warschauer Aufstand: 1944/2024“

Online-Fortbildung für Lehrkräfte bei der wir Ihnen didaktische Materialien zum Einsatz im Unterricht über die größte organisierte Widerstandsaktion gegen die deutsche Besatzung während des Zweiten Weltkriegs vorstellen möchten.

17.05.2024, 14 Uhr

05.07.2024, 14 Uhr

Online per ZOOM

Anmeldung: <https://forms.gle/YkkWiF4gaUrREqY6>

Am 17. Mai 2024 (14-16 Uhr) laden wir Sie herzlich zu unserer Online-Fortbildung „80 Jahre Warschauer Aufstand: 1944/2024“ ein, bei der wir Ihnen didaktische Materialien zum Einsatz im Unterricht über die größte organisierte Widerstandsaktion gegen die deutsche Besatzung während des Zweiten Weltkriegs vorstellen möchten. Gemeinsam beschäftigen wir uns mit dem Alltag der Kämpfenden und der Warschauer Zivilbevölkerung während des Aufstands anhand von Primärquellen. Darüber hinaus schlagen wir die Brücke in die Gegenwart, indem wir auf verschiedene erinnerungskulturelle Verarbeitungen wie Filme und Ausstellungen eingehen. Dabei setzen wir uns mit der Sinnhaftigkeit des Aufstandes auseinander und stellen uns auch Fragen wie „Warum spielt der Warschauer Aufstand eine so zentrale Rolle in der polnischen Erinnerungskultur?“ und „Was können Jugendliche aus dieser Geschichte für die Gegenwart lernen?“.

Eine vorherige Anmeldung ist erforderlich. Die Teilnahme am Online-Seminar ist kostenfrei, eine Bescheinigung der Teilnahme kann auf Nachfrage ausgestellt werden. Die Anmeldefrist endet am 12. Mai 2024.

Das Online-Seminar bietet nicht nur tiefgehende Einblicke in die Geschichte und die gegenwärtige Bedeutung des Warschauer Aufstands. Es regt auch dazu an, sich mit verschiedenen Perspektiven und Kontroversen auseinanderzusetzen, die Ihre pädagogische Arbeit gewiss bereichern werden.

Seite B 4 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Für diejenigen, die diesen Termin nicht wahrnehmen können, bieten wir einen zweiten Termin für die Online-Fortbildung am 5. Juli 2024 (14-16 Uhr) an. Die Anmeldefrist für dieses Seminar endet am 30. Juni 2024.

<https://berlin.institutpileckiego.pl/de/events/online-fortbildung-80-jahre-warschauer-aufstand-1944-2024>

Zitation

Online-Fortbildung für Lehrkräfte „80 Jahre Warschauer Aufstand: 1944/2024“., In: H-Soz-Kult, 02.05.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-143849.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

03) 12. Europäisches Geschichtsforum

Heinrich-Böll-Stiftung (Referat Ost- und Südosteuropa)
Ausrichter Referat Ost- und Südosteuropa
, Schumannstr. 8, 10117 Berlin

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

21.05.2024 - 22.05.2024

<https://calendar.boell.de/en/event/12th-european-history-forum>

Von

Solveig Bartusch, Bereich Inland / Referat Zeitgeschichte, Heinrich-Böll-Stiftung

12. Europäisches Geschichtsforum

Wann beginnt Zeitgeschichte? Die historisch-wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den 90er Jahren in Ost- und Südosteuropa

12. Europäisches Geschichtsforum

Es gibt kaum ein historisches Narrativ über die Zeit zwischen 1990 und 1995, dessen Inhalte nicht heute zugleich Gegenstand aktueller tagespolitischer Kontroversen ist – vor allem, aber nicht nur in Südost- und Osteuropa. Wie kam es zur Auflösung der Sowjetunion und Gründung neuer unabhängiger Staaten? Woran zerbrach Jugoslawien, und wie entstanden die gewaltsamen Konflikte auf dem Westbalkan? Welche sozioökonomischen Brüche entstanden, wer waren Gewinner und Verlierer? Wie veränderten sich Staat und Gesellschaft? Wo gab es demokratische Konsolidierung, wo autoritäre Regression?

Nahezu alle aktuellen Entwicklungen in Europa und darüber hinaus folgen aus den Umbrüchen der 90er Jahre; kaum einer der damaligen Konflikte erscheint bis heute dauerhaft beigelegt, weshalb das Reden über die Dekade in den Gesellschaften der Region bis heute heftige tagespolitische Auseinandersetzungen auslöst. Deshalb fällt eine differenzierte, auf wissenschaftliche Forschung basierende Historisierung der Ereignisse

Seite B 5 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

sehr schwer und stößt zum einen auf die kontroversen Erinnerungen der Augenzeugen und Betroffenen, zum anderen auf den Widerstand derjenigen, die aus aktuellen politischen oder propagandistischen Gründen auf ihrer Version der Geschichte beharren.

Unser 12. Europäisches Geschichtsforum möchte anhand ausgewählter Themen und Beispiele der Frage nachgehen, ob und wie kritische Geschichtswissenschaft und -didaktik ein differenziertes, perspektivenreiches und auf moderner Forschung beruhendes Bild der Umbruchsepoche 90er Jahre vermitteln kann, das sich der aktuellen politischen Polarisierung und Instrumentalisierung entzieht. Inwieweit ist eine historisch-wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dieser ereignisreichen Dekade überhaupt möglich? Wie kann angesichts der gesellschaftlichen Polarisierung und politischen Instrumentalisierung kritisch über diese Zeit geforscht werden? Welche Quellen sind zugänglich? Finden sich Beispiele gelungener überregionaler und multiperspektivischer Betrachtungen von Kriegserfahrung und einschneidendem sozioökonomischem Wandel?

Die von der Heinrich-Böll-Stiftung seit 2011 organisierte Konferenzreihe "Europäisches Geschichtsforum" will vor allem jüngeren Historiker, Museumsmitarbeiter:innen und Aktiven aus Medien und Nichtregierungsorganisationen mit einem Fokus auf Ost- und Südosteuropa eine Möglichkeit zum Austausch bieten. Auf diese Weise soll ein gesamteuropäischer Diskurs über Erinnerungskulturen und Geschichtspolitik gefördert werden. Gleichzeitig richtet sich das Forum an alle, die sich beruflich, ehrenamtlich oder privat kritisch mit der Geschichte des 20. Jahrhunderts und ihrer Vermittlung auseinandersetzen.

Mit u.a.:

Claudia Kraft, Universität Wien

Andrii Portnov, Viadrina Centre of Polish and Ukrainian Studies, Frankfurt/O.

Giorgi Maisuradze, Ilia State University, Tbilisi

Ivan Ejub Kostić, Institute for Philosophy and Social Theory, Belgrade

Nihad Kreševljeković, MESS International Theatre Festival, Sarajewo

Programm

Tuesday, 21 May

10:00, Welcoming speech

Jan Phillip Albrecht, Heinrich-Böll-Foundation (hbs), Berlin

10:15-11:15, Introductory talk: When does contemporary history begin? On the (im)possibility of historicizing the 90s

Claudia Kraft, University of Vienna

Andrii Portnov, Viadrina Centre of Polish and Ukrainian Studies, Frankfurt/O

Chair: Walter Kaufmann, hbs Berlin

11:15-11:45, *Break*

11:45-13:15, Fishbowl 1: What do we know and what do we not know? Research on the dissolution of the Soviet Union and the collapse of Yugoslavia

Giorgi Maisuradze, Ilia State University

Ivan Ejub Kostić, Institute for Philosophy and Social Theory, Belgrade

Corinna Kuhr-Korolev, Center for Contemporary History Potsdam

Moderation: Milan Bogdanović, hbs Belgrade

Seite B 6 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

13:15-14:30, Break

14:30-16:00, Fishbowl 2: Gender aspects of everyday life. How have gender relations transformed in the 90s in social and economic life?

Eli Krasniqi, Independent Scholar, Prishtina

Lenka Krátká, Institute of Contemporary History, Prague

Sona Baldryan, Indep. Researcher, Yerevan

Kateryna Kobchenko, University of Munster

Moderation: Kateryna Kvashnytska, hbs Kyiv

16:00-16:30, Break

16.30-18:00 Presentations: How historical education can be different.

Teaching/Communicating the history of the 90s

1) Narek Manukyan, Paradigma Foundation, Yerevan

2) Belgrade: Museum of the 90s (concept stage), Sanja Radović, historian (pre-recorded video presentation) and additional input by Aleksa Gačić, 3rd year history student and volunteer in the "Labyrinth of the 90s" exhibition.

3) Project Transition Dialogue. Nora Korte, Austausch, Berlin

4) Youth Initiative for Human Rights: Pristina initiative to establish the Children of War Museum - Bjeshka Guri, YIHR Kosovo

18:00-20:00, Break

20:00, Book reading and discussion

Nino Haratischwili: The lack of light (Novel about the 90s in Georgia) moderated by Nino Lejava, hbs Belgrade

German with simultaneous translation to English

Wednesday, May 22

10:00-12:00, Fishbowl 3: The imagination of Europe in the 1990s: Ideas, spaces, politics

Florian Peters, University of Jena, Polish Perspective

Nihad Krelševljeković, MESS International Theatre Festival, Bosnian perspective

Victor Jaeschke, University of Munich, Western European Perspective

Jan Philipp Albrecht, hbs Berlin, Political expertise of a former MEP

Moderation: Clara Frysztacka, hbs Berlin

Kontakt

Nina Happe

Projektbearbeitung

Referat Ost- und Südosteuropa

E-Mail: nina.happe@boell.de

<https://calendar.boell.de/en/event/12th-european-history-forum>

Zitation

12. *Europäisches Geschichtsforum.*, In: H-Soz-Kult, 15.05.2024,

www.hsozkult.de/event/id/event-144130.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

Seite B 7 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

04) 1949–2024–2049: Vergangenheit erinnern, Gegenwart meistern, Zukunft gestalten

Deutsche Gesellschaft e.V.

Veranstaltungsort Rathaus Schöneberg

Gefördert durch Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat; Stiftung Forum Recht
10825 Berlin

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

22.05.2024

Frist

21.05.2024

<https://www.deutsche-gesellschaft-ev.de/veranstaltungen/konferenzen-tagungen/1855-symposium-1949-2024-2049.html>

Von

Deutsche Gesellschaft e. V.

Das Symposium sucht nach Antworten auf die Frage, ob und inwiefern das Grundgesetz weiterentwickelt werden kann oder muss, damit unsere Verfassung(sordnung) für die Erfordernisse von Gegenwart und Zukunft gewappnet ist.

1949–2024–2049: Vergangenheit erinnern, Gegenwart meistern, Zukunft gestalten

75 Jahre nach Inkrafttreten des Grundgesetzes muss sich unsere Verfassung in einer Welt bewähren, die sich fundamental verändert: Digitalisierung, Globalisierung, Klimawandel, Migration oder Demographie stellen die Bundesrepublik vor vielfältige Aufgaben, ebenso der Wandel der Sicherheits- und Außenwirtschaftspolitik – und nicht zuletzt die Tendenz zum Autoritarismus, die national wie global die Demokratie unter Druck setzt.

Angesichts solcher Herausforderungen sucht das Symposium nach Antworten auf die Frage, ob und inwiefern das Grundgesetz weiterentwickelt werden kann oder muss, damit unsere Verfassung(sordnung) für die Erfordernisse von Gegenwart und Zukunft gewappnet ist.

Wir würden uns freuen, Sie im Rathaus Schöneberg begrüßen zu dürfen! Der Eintritt ist frei – um Anmeldung wird bis zum 21. Mai 2024 gebeten, an: grundgesetz@deutsche-gesellschaft-ev.de

Programm

10:00 – 10:15 Uhr Begrüßung

Dr. Lars Lüdicke, Bevollmächtigter des Vorstandes der Deutschen Gesellschaft e. V.

10:15 – 11:15 Uhr

Podiumsdiskussion mit Publikumsbeteiligung

75 Jahre Grundgesetz: Deutschland in bester Verfassung?

Prof. Sabine Böhne-Di Leo, Professorin für Printjournalismus und Politik an der Hochschule Ansbach

Seite B 8 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Prof. Dr. Wolfgang Merkel, em. Professor für Politikwissenschaft und Demokratieforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin und ehem. Direktor der Abteilung „Demokratie und Demokratisierung“ am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)

Linda Teuteberg MdB, Stv. Vorsitzende Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V., Stv. Vorsitzende Deutsche Gesellschaft e. V.

Prof. Dr. Alexander Thiele, Professor für Öffentliches Recht, insbesondere Staats- und Europarecht an der BSP Business & Law School Berlin

11:15 – 11:45 Uhr Pause

11:45 – 12:45 Uhr

Podiumsdiskussion mit Publikumsbeteiligung

Das politische System der Bundesrepublik: Herausforderungen für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat

Prof. Dr. Stephan Bröchler, Professor für Politik- und Verwaltungswissenschaften an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, Landeswahlleiter Berlin

Prof. Dr. Hendrik Hansen, Professor für politischen Extremismus und politische Ideengeschichte an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung

Lorenz Maroldt, Chefredakteur der Tageszeitung Der Tagesspiegel

12:45 – 13:45 Uhr Mittagspause

13:45 – 14:45 Uhr

Podiumsdiskussion mit Publikumsbeteiligung

Deutschland und die Welt: Das Grundgesetz in der Zeitenwende

Elmar Brok, Ehrenpräsident Europa Union Deutschland, Mitglied im Vorstand der Deutschen Gesellschaft e. V.

Nico Lange, Senior Fellow Zeitenwende-Initiative bei der Münchner Sicherheitskonferenz

Prof. Dr. Marcus M. Payk, Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Helmut-Schmidt-Universität / Universität der Bundeswehr Hamburg

14:45 – 15:15 Uhr Pause

15:15 – 16:15 Uhr

Podiumsdiskussion mit Publikumsbeteiligung

Recht auf Zukunft: Nachhaltigkeit als Verfassungsziel

Prof. Dr. Christian Calliess LL.M., Universitätsprofessor für Öffentliches Recht und Europarecht an der Freien Universität Berlin

Prof. Dr. Georg Miribung, Dekan des Fachbereiches für Wald und Umwelt der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE)

Dr. Marc-Oliver Pahl, Leiter der Geschäftsstelle des Rates für Nachhaltige Entwicklung

Seite B 9 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

16:15 – 16:30 Uhr Pause

16:30 – 17:30 Uhr

Podiumsdiskussion mit Publikumsbeteiligung

1949 – 2024 – 2049: Vergangenheit erinnern, Gegenwart meistern, Zukunft gestalten

Prof. Dr. Harald Biermann, Präsident der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland

Markus Meckel, Vorsitzender des Stiftungsrates der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Außenminister a.D.

Eva Quadbeck, Chefredakteurin und Leiterin der Hauptstadredaktion des RND Redaktionsnetzwerks Deutschland

Kathrin Schön, Leiterin Programm und Veranstaltungen der Stiftung Forum Recht

Moderation: Hannah Böhme, Norddeutscher Rundfunk

<https://www.deutsche-gesellschaft-ev.de/veranstaltungen/konferenzen-tagungen/1855-symposium-1949-2024-2049.html>

Zitation

1949–2024–2049: Vergangenheit erinnern, Gegenwart meistern, Zukunft gestalten., In: H-Soz-Kult, 14.05.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-143992.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

05) Polish Affairs - Polnische Kultur zu Gast in der Stabi

Staatsbibliothek zu Berlin, Theodor-Fontane-Saal, Unter den Linden 8
10117 Berlin

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

22.05.2024 -

<https://blog.sbb.berlin/termin/polishaffairsjones/>

Von

Remigiusz Stachowiak, Handschriften und Historische Drucke, Staatsbibliothek zu Berlin

Der polnische Schriftsteller und Reporter Mirosław Wlekły liest aus der Biografie Gareth Jones. Chronist der Hungersnot in der Ukraine 1932–1933. Der walisische Politikberater und Journalist Gareth Jones wurde zum Augenzeugen des Holodomor, der als kollektives Trauma bis heute in der Ukraine nachwirkt. Anders als seine meisten Kollegen unterwarf er sich nicht der Selbstzensur, sondern berichtete mutig über die Gründe und das Ausmaß der Hungersnot, wofür er später einen hohen Preis bezahlte.

Polish Affairs - Polnische Kultur zu Gast in der Stabi

Seite B 10 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Die Veranstaltungsreihe Polish Affairs. Polnische Kultur zu Gast in der Stabi bietet in Gesprächen mit Autor:innen, Wissenschaftler:innen und Übersetzer:innen tiefe Einblicke und intensiven Austausch rund um Polen und polnische Publikationen. Das Programm reicht von historischen Themen über Biografien und Reportagen bis zu polnischer Literatur.

Beginn: 19 Uhr

Um Anmeldung wird gebeten (siehe Link).

In Kooperation mit dem Zentrum für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften und dem Lektor und Übersetzer Benjamin Voelkel.

Kontakt

Remigiusz.Stachowiak@sbb.spk-berlin.de

<https://blog.sbb.berlin/termin/polishaffairsjones/>

Zitation

Polish Affairs - Polnische Kultur zu Gast in der Stabi., In: H-Soz-Kult, 03.05.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-143894.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

06) Wege in die Promotion. Welche Stiftung passt zu mir?

Friedrich Schlegel Graduiertenschule für literaturwissenschaftliche Studien (FSGS) (Freie Universität Berlin)

Ausrichter Freie Universität Berlin
14195 Berlin

Findet statt

Digital

Vom - Bis

04.06.2024 - 02.07.2024

Website

<https://www.geisteswissenschaften.fu-berlin.de/friedrichschlegel/aktivitaeten/worldcafe/2024/index.html>

Von

fsgs fsgs, Friedrich Schlegel Graduiertenschule, Freie Universität Berlin

Die Veranstaltungsreihe „Wege in die Promotion. Welche Stiftung passt zu mir?“ wird von der Friedrich Schlegel Graduiertenschule für literaturwissenschaftliche Studien (FSGS) organisiert.

Ziel dieser Veranstaltungsreihe ist es, einen Überblick über die Förderprogramme deutscher Stiftungen für Promovierende zu geben und einen Dialog zwischen

Seite B 11 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Promotionsinteressierten und Stiftungen zu eröffnen. In den Online-World-Cafés bietet sich die Gelegenheit, Fragen direkt an Stiftungsvertreter zu stellen.

Wege in die Promotion – Welche Stiftung passt zu mir?

Liebe Studierende, liebe Promotionsinteressierte,

anbei möchte ich Sie auf unsere digitale Veranstaltungsreihe „Wege in die Promotion – Welche Stiftung passt zu mir?“ aufmerksam machen. Diese wird alljährlich von der Friedrich Schlegel Graduiertenschule für literaturwissenschaftliche Studien (FSGS) organisiert. Die Informationsveranstaltung richtet sich ausdrücklich an Promotionsinteressierte aller Disziplinen.

Die Netzwerkveranstaltung findet in diesem Jahr an fünf Dienstagen im Juni (04.06., 11.06., 18.06., 25.06.) und Juli (02.07.) jeweils von 12:00–14:00 Uhr als Webinar statt.

Ziel der Veranstaltungsreihe ist es, einen Überblick über die Förderprogramme deutscher Stiftungen für Promovierende zu geben und einen Dialog zwischen Promotionsinteressierten und Stiftungsvertreter zu eröffnen. Die erste Veranstaltung informiert grundsätzlich über die verschiedenen Modelle der Promotion und über Möglichkeiten der Promotionsfinanzierung. In jedem weiteren Webinar findet ein WorldCafé mit Stiftungen und Mittelgeber statt, in dem Fragen etwa zum Bewerbungsprozess und den Fördermodalitäten direkt an deren Vertreter:innen gestellt werden können. Das Programm sowie die notwendigen Zugangsdaten finden Sie auf unserer Website. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme und eine erfolgreiche Veranstaltung!

Kontakt

office@fsgs.fu-berlin.de

<https://www.geisteswissenschaften.fu-berlin.de/friedrichschlegel/aktivitaeten/worldcafe/2024/index.html>

Zitation

Wege in die Promotion. Welche Stiftung passt zu mir?., In: H-Soz-Kult, 22.05.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-144116.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

07) Wissenschaftskommunikation und Wissenstransfer mit Bezug zum östlichen Europa

Veranstalter

Leibniz-WissenschaftsCampus „Eastern Europe-Global Area“ (EEGA) (GWZO Leipzig)

Ausrichter GWZO Leipzig

Reichsstr. 4

Gefördert durch Leipziger Regionalgruppe der Jungen DGO

04109 Leipzig

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

05.06.2024 -

Frist

29.05.2024

<https://www.leibniz-eeega.de/event-calendar/workshop-zu-wissenschaftskommunikation-und-wissenstransfer-mit-bezug-zum-oestlichen-europa/>

Von

Melanie Mienert

Auch in diesem Jahr bietet der Leibniz-WissenschaftsCampus „Eastern Europe – Global Area“ (EEGA) in Kooperation mit der Jungen DGO einen Workshop an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Kommunikation für Nachwuchswissenschaftler an. Ziel des diesjährigen Workshops ist es, jungen Wissenschaftlern das Feld der Wissenschaftskommunikation näherzubringen und ihnen zudem Einblicke in die Bereiche Öffentlichkeitsarbeit und journalistisches Schreiben zu geben.

Wissenschaftskommunikation und Wissenstransfer mit Bezug zum östlichen Europa

Referent:innen: Renate Zöllner (Kulturkorrespondenz Östliches Europa), Pandeli Pani (IDEM / Deutsche Welle)

Der eintägige Workshop gliedert sich in drei Teile: Nach einem kurzen Input durch die Referenten Renate Zöllner und Pandeli Pani folgt der praktische Teil der Veranstaltung. In zwei parallelen Workshops arbeiten die Teilnehmer an spezifischen Texten und diskutieren Prozesse der Kommunikation über Wissenschaft. In einer abschließenden Auswertungs- und Reflexionsrunde möchten wir die Eindrücke des Tages sammeln und besprechen. Der Workshop-Tag endet mit einem informellen Ausklang in Leipzig.

Die Veranstaltung wird von Julia Reinke (MUA CAS) sowie Madeleine Hartmann und Magda Wlostowska (beide Junge DGO) moderiert und in deutscher Sprache durchgeführt.

Ein vollständiges Tagesprogramm finden Sie auf der Homepage des EEGA:

<https://www.leibniz-eeega.de/event-calendar/workshop-zu-wissenschaftskommunikation-und-wissenstransfer-mit-bezug-zum-oestlichen-europa/>

Der Workshop richtet sich vorrangig an Wissenschaftler auf PhD- und Postdoc-Level, die ein Interesse an Osteuropa in seinen globalen Verflechtungen haben, aber auch interessierte Studierende am Ende ihres MA-Studiums sind herzlich willkommen. Wir

Seite B 13 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

bitten um eine Anmeldung mit Short CV, Forschungsinteressen und Angabe, welcher Workshop besucht werden möchte, bis zum 29. Mai 2024 an leibniz-eeга@leibniz-ifl.de.

Die Veranstaltung ist eine Kooperation zwischen der Leipziger Regionalgruppe der Jungen DGO und dem Leibniz-WissenschaftsCampus „Eastern Europe-Global Area“ (EEGA).

Programm

08:30 Registrierung, Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa (GWZO), Specks Hof (Eingang A), Reichsstr. 4-6, 04109 Leipzig

08:45 Begrüßung
Lena Dallywater (EEGA)

Teil I: Einführung

09:00 – 10:00 Einführung: Wissenschaftskommunikation, Journalismus vs. Wissenschaft und Wissenstransfer (in Präsenz und online über ZOOM)

Renate Zöller und Pandeli Pani sprechen über die Herausforderungen einer guten Wissenschaftskommunikation, die Unterschiede zwischen Journalismus und Wissenschaft und ihre Erfahrungen mit Wissenstransfer zum östlichen Europa.
Moderation: Magda Wlostowska und Madeleine Hartmann

10:00 – 10:30 Kaffeepause

Teil II: Workshops

10:30 – 16:30 Workshop I: Wissenschaftskommunikation, Journalistisches und Wissenschaftliches Schreiben
Leitung: Renate Zöller (Kulturkorrespondenz Östliches Europa)

Schwerpunkte:

- Unterschied von wissenschaftlichen und journalistischen Texten
- Verfassen und Bearbeitung von wissenschaftlichen Texten für ein nicht-wissenschaftliches Publikum
- Zielgruppen-Definition und -Orientierung
- Themen finden und anbieten
- Praktische Übungen, Analyse und Diskussion

parallel

10:30 – 16:30 Workshop II: Wissenschaftskommunikation, Öffentlichkeitsarbeit und Journalistisches Arbeiten
Leitung: Pandeli Pani (Deutsche Welle)

Schwerpunkte:

- Unterschiede Journalismus vs. Wissenschaft
- Storytelling in der Wissenschaftskommunikation
- Neue Medien und Pressemitteilungen
- Leitlinien zur guten Wissenschafts-PR
- Praktische Übungen, Analyse und Diskussion

Seite B 14 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Ca. 12:00 – 13:00 Mittagsimbiss

16:30 – 16:45 Kaffeepause

Teil III: Diskussion

16:45 – 17:45 Reflexionsrunde und Zusammenfassung

Feedback und Diskussion mit den Teilnehmer:innen
Ausblick und Abschied
Moderation: Julia Reinke

18:00 Gemeinsames Abendessen

Ha Noi Cuisine (Brühl 54, 04109 Leipzig)
(optional, auf eigene Kosten)

Kontakt

leibniz-eega@leibniz-ifl.de

<https://www.leibniz-eega.de/event-calendar/workshop-zu-wissenschaftskommunikation-und-wissenstransfer-mit-bezug-zum-oestlichen-europa/>

Zitation

Wissenschaftskommunikation und Wissenstransfer mit Bezug zum östlichen Europa., In: H-Soz-Kult, 21.05.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-144184.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

08) Biografieforschung in Deutschland und Ostmitteleuropa: Neue Methoden – Themen – Herausforderungen

Aleksander-Brückner-Zentrum für Polenstudien & Institut für Geschichte der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Wissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft des Leo-Baeck-Instituts in der Bundesrepublik Deutschland
Veranstaltungsort Steintorcampus der MLU Halle
Gefördert durch Herder Forschungsrat; MLU Halle; Wissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft des Leo-Baeck-Instituts in der Bundesrepublik Deutschland
06108 Halle (Saale)

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis
12.06.2024 - 14.06.2024

<https://www.aleksander-brueckner-zentrum.org/veranstaltungen/detail/call-for-papers-biografieforschung-in-deutschland-und-ostmitteleuropa-neue-methoden-themen-herausforderungen>

Von
Iwona Dadej, Aleksander-Brückner-Zentrum für Polenstudien

Internationale Konferenz, Halle 12.-14. Juni 2024

Biografieforschung in Deutschland und Ostmitteleuropa: Neue Methoden – Themen – Herausforderungen

Die Tagung verfolgt das Ziel, die Biografieforschung innerhalb neuer methodologischer Zusammenhänge, Themen und damit verbundenen Herausforderungen anhand von disziplinär heterogen angelegten Projekten zu reflektieren. Der regionale Fokus liegt dabei auf Deutschland und Ostmitteleuropa.

Programm

Mittwoch, 12. Juni 2024

Ort: Hörsaal II, Steintorcampus, Ludwig-Wucherer-Str. 2, 06108 Halle

15:00 Uhr:

Iwona Dadej, Paulina Gulińska-Jurgiel & Jeannette van Laak: Begrüßung und Eröffnung

15:15 Uhr – 17:00 Uhr: PANEL I: NEUE METHODEN IN DER BIOGRAFIEFORSCHUNG
Anna M. Rosner (Warszawa): “Focused Biographies” – the Question on the Subjective Reception of the Past and the Moment of the Creation of the Source at the Example of the Holocaust Materials

Jakub Gałęziowski (Warszawa): When Interviewee Wishes to Be Anonymous – on the Crossroads of Oral History and Biographical Method

Jeannette van Laak (Halle): Lea Grundigs Zeichnungen zum Flüchtlingslager in Palästina

Kommentar: Anna Grochocka (Weimar)

Seite B 16 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

18:00 Uhr:

Filmvorführung Kobieta na dachu / Woman on the Roof, R: Anna Jadowska, PL/FR/SE 2022, OmeU, 96 Min.

Einführung & Moderation: Rebecca Braune (Halle), Diskussion: Renata Makarska (Germersheim) & Rainer Mende (Leipzig)

Ort: Puschkino, Kardinal-Albrecht-Str. 6, 06108 Halle (Saale)

Donnerstag, 13. Juni 2024

Ort: Seminarraum 7, Steintorcampus, Emil-Abderhalden-Str. 26-27, 06108 Halle

10:00 Uhr – 11:45 Uhr: PANEL II: KÜNSTLER-BIOGRAFIEN ODER BIOGRAFIE-KUNST
Alexander Hilpert (Saarbrücken): Der Betrüger und sein Lehrmeister? Die transgressive Biografie Heinrich Schaeffers zwischen Mittel- und Osteuropa im 19. Jahrhundert

Ralf Pasch (Berlin): Die Schaleks – Fakten und Fiktionen. Eine Familienbiografie als Ausstellung, Buch und Film

Jenny Brückner & Toni Hanel (Dresden): Biografien von Kunsthändlern der DDR/SBZ. Neue Wege zur Quellengenerierung

Kommentar: Olaf Peters (Halle)

Mittagspause

13:30 Uhr – 15:15 Uhr: PANEL III: MODERNE ERZÄHLWEISEN IN MODERNEN MEDIEN?

Joanna Hytrek-Hryciuk (Wrocław): Junge weibliche Freiwillige in der Władysław-Anders-Armee 1942-1947. Zur Darstellung von kollektiven Biografien in Ausstellungskonzeption

Robert Luft (München): Gender-Aspekte bei seriellen Biografien in der Geschichtswissenschaft: Zu Perspektiven der Frauenbiografieforschung in Tschechien, Österreich und Deutschland

Paulina Gulińska-Jurgiel (Halle): Tschechische Zeitgeschichte akustisch. Lebensschicksale aus der Podcast-Serie Osudy

Kommentar: Iwona Dadej (Halle)

Kaffeepause

15:45 Uhr – 17:30 Uhr: PANEL IV: DOPPELBIOGRAFIEN

Verena Dohrn (Hannover): Helene und David Koigen im Spiegel der Korrespondenz mit Jonas Fraenkel (1905-1953)

Hans-Martin Behrlich (Leipzig): Die „Paar- bzw. Doppelbiografie“: Methodische Zugänge und Interdisziplinarität bei der Betrachtung des Theologenpaares Walter und Anneliese Feurich

Anna-Dorothea Ludewig (Potsdam): Lebensgefährten. Max Brod und Felix Weltsch in Palästina/Israel

Kommentar: Anne Kluger (Halle)

Seite B 17 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Freitag, 14. Juni 2024

Ort: Seminarraum 7, Steintorcampus, Emil-Abderhalden-Str. 26-27, 06108 Halle

9:00 Uhr – 10:15 Uhr: PANEL V: HERAUSFORDERUNG: NEUE KOLLEKTIVBIOGRAFIE
Karolina Belina (Tübingen): Grundlagenforschung für Karriere-Netzwerke oder
zweifelhafte Jugenderinnerungen? Bildungsbezogene Kollektivbiografie um 1800

Markus Eberharter (Warszawa): Übersetzer:innen und ihre Biographien: Methoden und
Ziele der Erforschung

Pause

10:30 Uhr – 11:45 Uhr:

Laura Loew (Gießen): Biografien von unten – Wettbewerbsmemoiren im sozialistischen
Polen

Marie Sinde (Halle): Sprecher werden, sein und bleiben - Eine Analyse autobiographischer
Texte von Nguyễn Đỗ Thịnh, eines Vertreters der vietnamesischen Community in Rostock
(1987-2023)

Kommentar: Jürgen Heyde (Halle)

Abschlusskommentar: Iwona Dadej, Paulina Gulińska-Jurgiel & Jeannette van Laak

12:00 Uhr: Konferenzende

Kontakt

aleksander-brueckner-zentrum@uni-halle.de

<https://www.aleksander-brueckner-zentrum.org/veranstaltungen/detail/call-for-papers-biografieforschung-in-deutschland-und-ostmitteleuropa-neue-methoden-themen-herausforderungen>

Zitation

Biografieforschung in Deutschland und Ostmitteleuropa: Neue Methoden – Themen – Herausforderungen., In: H-Soz-Kult, 15.05.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-144137.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

09) Ideengeschichte und Ideenpolitik der Säkularisierung in der russischen und sowjetischen Kulturgeschichte

Christian Zehnder, Clemens Günther (Otto-Friedrich-Universität Bamberg)
Ausrichter Otto-Friedrich-Universität Bamberg

Obere Karolinenstraße 8, Raum 02.04
Gefördert durch
Fritz Thyssen Stiftung für Wissenschaftsförderung
96049 Bamberg

Findet statt in Präsenz
Vom - Bis
13.06.2024 - 15.06.2024

Von
Clemens Günther, Osteuropa-Institut, Abt. Kultur, FU Berlin

Vom 13.-15.06.2024 findet an der Universität Bamberg eine interdisziplinäre Tagung zur "Ideengeschichte und Ideenpolitik der Säkularisierung in der russischen und sowjetischen Kulturgeschichte" statt.

Konferenz zu Ideengeschichte und Ideenpolitik der Säkularisierung in der russischen und sowjetischen Kulturgeschichte

Säkularisierung gehört zu den notorisch unscharfen Begriffen der Geistesgeschichte. Obwohl Säkularisierung im engeren juristischen Sinne als staatlicher Entzug kirchlichen Eigentums klar definiert und auch historiographisch für verschiedene Kontexte untersucht werden kann (und auch untersucht worden ist), so fungiert die Deutungskategorie der Säkularisierung in der Geistesgeschichte doch primär als „ideenpolitischer Begriff“ (Hermann Lübke 1965), der „in einer unverbindlichen Vieldeutigkeit und auf Präzision gar nicht angelegten Okkasionalität“ (Hans Blumenberg 1983) verwendet wird. An solchen impliziten Referenzen herrscht auch in Arbeiten zur russischen Kulturgeschichte kein Mangel, wohl aber an expliziten Erklärungen, was wo in welcher Weise säkularisiert wird.

Ist von Säkularisierung die Rede, dann geht es zumeist um normative Fragen der (II-)Legitimität einer geschichtlichen Entwicklung und einer gegenwärtigen Situation oder um geschichtsphilosophische Konstruktionen struktureller Analogien zwischen Vergangenheit und Gegenwart. Säkularisierung als diskursiver Begriff und ideenpolitisches Narrativierungsangebot unterliegt dabei Konjunkturen, die sich in identitären Krisensituationen konzentrieren. In diesen werden grundlegende Fragen nach historischen Trajektorien und moralischen Orientierungsquellen einer Gesellschaft thematisiert. Idealtypisch steht hierfür die deutsche Säkularisierungsdebatte nach der Niederlage im Zweiten Weltkrieg, deren ideengeschichtliche „Aufarbeitung“ anhand der Säkularisierungsthese (Lübke 1965, Blumenberg 1983, Flasch 2017 u.a.) konzeptuell für die Untersuchung der russischen Kultur- und Intellektuellengeschichte herangezogen werden soll.

Eben dieser Nexus von Ideengeschichte und Ideenpolitik der Säkularisierung steht im Zentrum der Tagung zur Ideengeschichte und Ideenpolitik der Säkularisierung in der russischen und sowjetischen Kulturgeschichte. Diese verfolgt ein primäres Interesse an (werk)biographischen, generischen, ästhetischen und epochalen Konstellationen, in denen die Bezugnahme auf die religiös geprägte Vergangenheit von zentraler ideenpolitischer

Seite B 19 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Bedeutung für individuelle und kollektive Identitätsbildungen sowie für ästhetische Um(be)setzungen ist. Besonders interessieren in diesem Zusammenhang die normativen und rhetorischen Gehalte der Reflexion über Prozesse der Verweltlichung sowie die mit diesen verbundenen metaphorologischen und argumentativen Schemata und ihre werkimmanenten und diskursgeschichtlichen Funktionen. Eine untergeordnete Rolle spielen hingegen soziologische Fragen nach dem Stellenwert religiöser Praktiken und Institutionen oder historische Fragen nach der Gültigkeit von Säkularisierungsdiagnosen.

Auf Basis eines breiten Untersuchungsfokus vom 18. Jahrhundert bis in die Gegenwart werden folgende Schwerpunkte fokussiert werden:

- 1) Diskursivierungen von Säkularisierung an ausgewählten „Epochenschwellen“
- 2) (Anti)-Säkularisierungsnarrative der russischen Literatur
- 3) Konzeptuelle Substitutionen religiöser Denkfiguren
- 4) Metaphorologische Schemata

Programm

DONNERSTAG, 13. JUNI 2024

Panel 1: Säkularisierung in Russland: Grundlagen

14.30 Begrüßung (Kai Nonnenmacher, Dekan der Fakultät für Geistes- und Kulturwissenschaften)

Einführung (Clemens Günther, Christian Zehnder)

15.00 Lilia Berezhnaya (Münster)

Säkularisierung in Russland als historiographisches Forschungsthema

15.45 Aage A. Hansen-Löve (München/Wien)

Säkularisierung und Remythisierung – am Beispiel der russischen Literatur vom Realismus zur Postmoderne. Typologische Konstanten und Varianten

Panel 2: Topographien

17.00 Josephine von Zitzewitz (London)

Literatur als Religion und die Russisch-Orthodoxe Kirche: Das Religiös-Philosophische Seminar (Leningrad 1974–1980)

17.45 Eliane Fitzé (Fribourg)

Belovod'e, Bujan, Kitež: Insel-Tropen als Antisäkularisierungsnarrative in der russischen Literatur und im Film von der Sowjetzeit bis heute

FREITAG, 14. JUNI 2024

Panel 3: Säkularisierung und Macht

9.00 Regula M. Zwahlen (Fribourg)

Theokratie im post-konstantinischen Zeitalter

9.45 Rainer Goldt (Mainz)

Die Wiederkehr des verborgenen Herrschers: Die Legende vom Starcen Fedor Kuz'mič als Antisäkularisierungsnarrativ

Seite B 20 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Panel 4: Verweltlichung

11.00 Heinrich Kirschbaum (Freiburg)

„Die große Verweltlichung der Sprache“: Osip Mandel'stams Säkularisierungsbegriff zwischen Kulturkritik und Poetik

11.45 Dirk Uffelman (Gießen)

Verweltlichte Inkarnation. „Sorokin“ in Dachau

Panel 5: Sonderwege? Säkularisierungsnarrative in Russland

14.00 Clemens Günther (Berlin)

Gott und Golem – Kybernetik, Säkularisierung und die Frage nach einem sowjetischen Sonderweg

14.45 Christian Zehnder (Bamberg)

Säkularisierungsnarrative der spätsowjetischen Geisteswissenschaften

15.30 Nikolaj Plotnikov (Bochum)

Kontroversen um das normative Menschenbild in der russischen Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts

SAMSTAG, 15. JUNI 2024

Panel 6: Tolstoj und die (Il-)Legitimität der Moderne

9.00 Lina Steiner (Bonn)

Leo Tolstoy on the Path to Secular Modernity

9.45 Jens Herlth (Fribourg)

Nataša betet: Legitimitätsproblematiken in Vojna i mir

Panel 7: Jenseits des Christentums

11.00 Michał Mrugalski (Tübingen)

Schamanische Depression: Über das Schweben zwischen Säkularisierung und Sakralisierung

11.45 Klaus Buchenau (Regensburg)

Die russische Islamdebatte. Russlands indigener Islam als Argument für und wider die Säkularisierung

Kontakt

clemens.guenther@fu-berlin.de

Zitation

Ideengeschichte und Ideenpolitik der Säkularisierung in der russischen und sowjetischen Kulturgeschichte., In: H-Soz-Kult, 07.05.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-143963.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact [hsk.redaktion@geschichte.hu-](mailto:hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de)

10) Bergbau im böhmisch-sächsischen Grenzgebiet

Historische Kommission für die böhmischen Länder e. V.; Leibniz Zentrum für Archäologie;
Landesamt für Archäologie Sachsen

Veranstaltungsort

Landesamt für Archäologie Sachsen, Zur Wetterwarte 7; Tagungsraum im A.-B.-Meyer-Bau

Gefördert durch Kofinanziert von der Europäischen Union (Interreg)

01109 Dresden

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

14.06.2024 - 14.06.2024

Frist

31.05.2024

<https://lsnq.de/montanarchaeologie2024>

Von

Hildegard Schmoller, Historikerin und Dokumentarfilmerin, Wien

Jahrestagung der Historischen Kommission für die böhmischen Länder / 2. Tag der Montanarchäologie

Der Silberbergbau begründete vom Mittelalter bis in die Frühe Neuzeit den Reichtum der Herrscher Böhmens und Sachsens und prägte zusammen mit dem Abbau von Buntmetallvorkommen Landschaft, Wirtschaft und Kultur des böhmisch-sächsischen Grenzgebietes.

Bergbau im böhmisch-sächsischen Grenzgebiet

Die historische Bedeutung des Bergbaus im böhmisch-sächsischen Grenzgebiet zeitigte in der Vergangenheit zahlreiche Publikationen aus den Federn von Historikerinnen und Historikern aus der Tschechoslowakei bzw. Tschechien und Deutschland. Neuen Schub erhält die Forschung jetzt durch die Montanarchäologie, die im Rahmen der Projekte Archaeo-Montan und ArchaeoTin mit dem Landesamt für Archäologie Sachsen und dem Institut für archäologische Denkmalpflege in Most seit 2012 grenzübergreifend neue Themen in der Erforschung der mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Bergwerke des sächsischen und böhmischen Erzgebirges setzt und so einen Impuls zur Neubewertung der Zeit des sogenannten ersten und zweiten Berggeschreys gibt.

Der 2. Tag der Montanarchäologie findet in Kooperation mit der Historischen Kommission für die Böhmisches Länder statt. Der 1954 damals noch unter dem Namen Historische Kommission der Sudetenländer gegründete gemeinnützige Verein kehrt mit dieser Tagung thematisch in seine Anfangsjahre zurück und entdeckt ein in seiner Bedeutung unterschätztes Thema für die Bohemistik neu.

Die Tagung »Bergbau im böhmisch-sächsischen Grenzgebiet« will die Ergebnisse der aktuellen Forschung präsentieren und in den Diskurs der bohemistischen Forschung hinein geben. Sie rückt ein altes Thema neu in den Fokus des Interesses und zeigt zugleich das Potenzial grenzübergreifender denkmalpflegerischer Forschung.

Seite B 22 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Programm

Das Simultandolmetschen ins Deutsche und Tschechische wird gewährleistet.

ab 09:00 Uhr Öffnung des Tagungsbüros

10:00 – 10:10 Uhr Eröffnung der Tagung
Regina Smolnik, Landesarchäologin Sachsens

10:10 – 10:20 Uhr Begrüßung
Stefan Albrecht, Obmann der Historischen Kommission für die böhmischen Länder

10:20 – 10:50 Uhr
Montanarchäologie im böhmischen Erzgebirge: Forschungsgeschichte, Ergebnisse und museale Präsentationen
Kryštof Derner, Institut für archäologische Denkmalpflege Most

10:50 - 11:20 Uhr
Die Erforschung der Anfänge des Seifenbergbaus auf Zinn im Projekt „ArchaeoTin“
Tomáš Zachar & Matthias Schubert, Landesamt für Archäologie Sachsen

11:20 – 11:50 Uhr
Montanarchäologie im Welterbe - Die hochmittelalterlichen Silberbergwerke von Dippoldiswalde und das Museum für mittelalterlichen Bergbau im Erzgebirge (MiBERZ)
Christiane Hemker, Landesamt für Archäologie Sachsen

11:50 – 12:15 Uhr Kaffeepause

12:15 – 12:45 Uhr
Der Wald um Dippoldiswalde im 12. und 13. Jahrhundert
Grit Neubauer, Technische Universität Dresden - Professur für Waldwachstum und Produktion von Holzbiomasse

12:45 – 13:15 Uhr
Ergebnisse und Methoden der montanarchäologischen Forschung an der Wasserscheide Elbe-Donau (Jihlava, Tschechien)
Petr Hrubý, Karel Malý, Petr Kočár, Libor Petr und Tomáš Kyncl (Masaryk-Universität in Brünn) & Knut Kaiser (Geoforschungszentrum Potsdam)

13:15 – 14:15 Uhr Mittagspause

14:15 – 14:45 Uhr
Der mittelalterliche Edel- und Buntmetallbergbau in Sachsen aus Sicht der Schriftquellen
Yves Hoffmann, Landesamt für Archäologie Sachsen

14:45 – 15:15 Uhr
Das Bergrecht und der Bergbau im Lichte der erhaltenen Schriftquellen
Michaela Hrubá, Jan-Evangelista-Purkyně-Universität Ústí nad Labem

15:15 – 15:45 Uhr
Die Umwandlung der Montanlandschaft des Osterzgebirges in der frühen Neuzeit
Vilém Zábranský, Jan-Evangelista-Purkyně-Universität Ústí nad Labem

Seite B 23 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

15:45 – 16:15 Uhr

Technik zwischen Tradition und Innovation – Wasserhaltung im westerzgebirgischen Bergbau um 1500
Georg Drechsler, Niedersächsisches Landesamt für Denkmalpflege - Arbeitsstelle Montanarchäologie

Kontakt

Um Anmeldung wird gebeten bis einschließlich 31. Mai 2024 unter folgendem Link:
<https://lsnq.de/montanarchaeologie2024>

<https://lsnq.de/montanarchaeologie2024>

Zitation

Bergbau im böhmisch-sächsischen Grenzgebiet., In: H-Soz-Kult, 17.05.2024,
<www.hsozkult.de/event/id/event-144207>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

11) Palast der Erinnerung. Die Macht der Bilder

Stiftung Humboldt Forum im Berliner Schloss
Humboldt Forum, Saal 1
10178 Berlin

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

15.06.2024 - 16.02.2025

<https://www.humboldtforum.org/de>

Von

Sönke Schneidewind, Kommunikation, Stiftung Humboldt Forum im Berliner Schloss

Der Palast der Republik existiert bis heute als Erinnerung und Geschichte in den Köpfen mancher Menschen. Doch Erinnerungen sind unzuverlässig, lückenhaft und bisweilen verklärend. Mit der Zeit verändern sie sich. Neue Bilder und Erzählungen entstehen.

Die CyberRäuber zeigen im Humboldt Forum den „Palast der Erinnerung“ als Mixed-Reality-Erfahrung. Die Installation lädt auf mehreren Ebenen zum Entdecken ein.

Palast der Erinnerung. Die Macht der Bilder

Programm zur Ausstellung "Hin und weg. Der Palast der Republik ist Gegenwart". Der Palast der Republik existiert bis heute als Erinnerung und Geschichte in den Köpfen mancher Menschen. Doch Erinnerungen sind unzuverlässig, lückenhaft und bisweilen verklärend. Mit der Zeit verändern sie sich. Neue Bilder und Erzählungen entstehen. Die CyberRäuber zeigen im Humboldt Forum den „Palast der Erinnerung“ als Mixed-Reality-

Erfahrung. Die Installation lädt auf mehreren Ebenen zum Entdecken ein: Eine raumgreifende Video-Projektion aus Bildwelten auf drei Leinwänden versetzt die Besucher mitten in ein bildgewordenes Palast-Universum. Ein Fototisch gewährt Einblick in die Einzelbilder. Und in einer 20-minütigen Mixed-Reality-Erfahrung für maximal 10 Personen pro Zeitslot treten reale und generierte Palast-Objekte in einen Dialog. In ihrer Installation "Palast der Erinnerung" thematisieren die Künstler CyberRäuber den wandelbaren Charakter von Erinnerungen. Mit Hilfe künstlicher neuronaler Netze, in denen eine große Zahl alternativer Bilder und damit auch Erzählungen liegen, werden in dieser Installation unsere Erinnerungen und Vorstellungen an den Palast der Republik auf die Probe gestellt. Es sind Bilder zu sehen, die von den CyberRäubern aus Erinnerungen und Impulsen der Besucher mit Hilfe von Künstlicher Intelligenz (KI) erzeugt wurden. Dank des unendlichen Erzählpotenzials der Netzwerke werden unsere Vorstellungen an den Palast auf eine Reise geschickt. Diese partizipative Installation stellt Fragen über historischen Wahrheiten, über persönliche und gesellschaftliche Geschichte und über die Macht der Bilder.

Für diesen Raum sammeln die Cyberräuber bei den Besuchern Erinnerungen an den Palast der Republik. Die Besucher hinterlassen Szenen aus dem Gedächtnis, Erinnerungen oder kleine Geschichten über den Palast der Republik auf Zetteln oder sprechen diese in ein Telefon. Diese Hinterlassenschaften sind Impuls für neu geschaffene Bilder, mit denen die Installation "Der Palast der Erinnerung" im Humboldt Forum in regelmäßigen Abständen aktualisiert wird. Die Erinnerungen und Vorstellungen der Besuchern werden so zu neuen Bildern einer möglichen Vergangenheit, Gegenwart oder Zukunft eines Palastes, den es so nie gegeben hat.

BETEILIGTE

Als CyberRäuber arbeiten Marcel Karnapke und Björn Lengers seit 2016 gemeinsam an der Kunst im Digitalen Raum. Mit einer „wohl einzigartigen Mischung aus Technikaffinität, Pioniergeist, Pragmatismus und Liebe zum Theater“ (Theater der Zeit) kreieren sie Inszenierungen, Projekte und mit dem "Palast der Erinnerung" erstmals eine dauerhafte Installation, die von einer großen Neugierde auf die kreativen Möglichkeiten von Technologie getrieben und in Galerien, Stadttheatern, auf internationalen Festivals und Museen gezeigt werden.

Programm

- Ort: Foyer Sonderausstellungsfläche
- Dauer 20 Minuten
- Reality (mit Ticket): 15. Juni 2024 bis 16.02.2025
- täglich: 12.00; 12.30; 13.00; 13.30; 14.00; 15.00; 15.30; 16.00; 16.30
- Sprache: Deutsch
- ab 12 Jahren
- maximale Gruppengröße: 10 Personen
- Preis: 3,00 EUR

<https://www.humboldtforum.org/de>

Zitation

Palast der Erinnerung. Die Macht der Bilder., In: H-Soz-Kult, 15.05.2024, [<www.hsozkult.de/event/id/event-144041>](https://www.hsozkult.de/event/id/event-144041).

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

12) Central and East European History

University of Konstanz, AG Osteuropäische Geschichte
University of Konstanz, Universitätsstraße 10, Room Y 326
78464 Konstanz

Findet statt in Präsenz
Vom - Bis
20.06.2024 - 21.06.2024

<https://www.geschichte.uni-konstanz.de/forschung-geschichte/kolar/>

Von
Jessica Sawatzky, Universität Konstanz

Colloquium in Central and East European History

Colloquium in Central and East European History

The Working Group for Eastern European History at the University Konstanz cordially invites you to the Compact Colloquium in Central and East European History

Organised by Gruia Bădescu, Maria Buko and Pavel Kolář

Programm

Thursday 20 June 2024 (Room Y 326)

14:00

Welcome by Pavel Kolář, Maria Buko and Gruia Bădescu

14:10-15:00

Karolina Koziura (Florence/Konstanz): Between East and West: The Cold War-Era Transnational Contests over the Ukrainian Famine of 1932-1933

15:00-15.50

Christina Späti (Fribourg): The Swiss Ambassador in Bucharest and the Protection of Swiss Jews in Romania, 1940-1944

Chaired by Muriel Janke (Konstanz)

Coffee break

16:10-17:00

Francesca Rolandi (Prague): Humanitarianism, the Yugoslav Way. Domestic Conceptualizations, Regional Solidarities, Global Ties

17:00-17.50

Milica Popović (Paris/Konstanz): The Silence of Saying No: (Un)Remembering Deserters from the Yugoslav Wars

Seite B 26 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

17:50-18.40

Marco Abram (Trento/Koper): Crossing the Watershed: Mountaineering and Cross-border Cooperation in the Alps-Adriatic Area 1960s-1980s

Chaired by Kornelia Kończal (Bielefeld)

Friday 21 June 2024 (Room Y 326)

09:30-10:20

Mischa Gabowitsch (Vienna): Eternal Flames: Towards A Global History of a Symbol of Memory and Industrialization

10:20-11:10

Alexandra Kolesnik (Bielefeld): Soviet Rock Music Past as Urban Heritage in Russia: Cases of Ekaterinburg and Saint-Petersburg.

11:10-12:00

Felix Ackermann (Hagen): A Short History of WWII. Imagining a Future War against the Soviet Union as a Practice of Temporal Mobility

Chaired by Tomáš Glanc (Zürich)

Coffee and Elevenses

12:20-13:10

Jakub Beneš (London): The Peasant Revolution of 1918-1920 and Political Instability in Interwar East Central Europe

13:10-14.00

Jurij Kryuchkov (Konstanz): The Struggle for National Identity: Ukrainian and Russian Emigration in Interwar Czechoslovakia

Chaired by Rudolf Kučera (Prague/Konstanz)

Kontakt

E-Mail: barbara.muellner@uni-konstanz.de

<https://www.geschichte.uni-konstanz.de/forschung-geschichte/kolar/>

Zitation

Central and East European History., In: H-Soz-Kult, 31.05.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-144315.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

13) Neue Forschungen zu Themen der Geschichte der ländlichen Gesellschaft

Gesellschaft für Agrargeschichte (GfA) (Landwirtschaftsverlag Münster (LV))
Ausrichter Landwirtschaftsverlag Münster (LV)

Verlagshaus des Landwirtschaftsverlags, Münster Hiltrup (Hülsebrockstraße
2-8)

Gefördert durch DLG; LV Münster
48165 Münster

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

27.06.2024 - 28.06.2024

Frist

21.06.2024

Von

Friederike Scholten-Buschhoff, Möhnesee/ Gunter Mahlerwein,
Saarbrücken/Gimbsheim // Gesellschaft für Agrargeschichte (GfA),
Frankfurt/Main

Einladung zur Sommertagung der "Gesellschaft für Agrargeschichte" (GfA)
zum Thema "Neue Forschungen zu Themen der ländlichen Geschichte der
ländlichen Gesellschaft" im Landwirtschaftsverlag in Münster am 27. und 28.
Juni 2024

**Neue Forschungen zu Themen der Geschichte der ländlichen
Gesellschaft**

Auf Einladung des Landwirtschaftsverlags Münster findet unsere diesjährige Sommertagung in den Verlagsräumen in Münster statt. Die Tagung dient der Präsentation und Diskussion neuer geschichts- und kulturwissenschaftlicher Forschungsprojekte zu Themen der ländlichen Gesellschaft, des ländlichen Raumes und der Agrarwirtschaft. Dabei wird Bezug auf Themen genommen, deren Relevanz auch in aktuellen Diskussionen um den ländlichen Raum und die Agrarwirtschaft mehr als deutlich ist und die historisches Handeln in Umbruchzeiten hinterfragen. Ein Themenschwerpunkt gilt der historischen Verortung des Mensch-Tier-Verhältnisses in der Landwirtschaft. Fragen des Tierwohls werden ebenso historisch aufgearbeitet wie die sich verändernde Rolle von Tierärzten und Besamungstechnikern in der Rinderhaltung im 20. Jh. Ein anderer Fokus wird auf Formen des Konsums in der ländlichen Gesellschaft liegen. Hier gilt die Aufmerksamkeit der differenzierten Darstellung von Konsumpraktiken in der ländlichen Gesellschaft seit dem späten Mittelalter.

Siedlungsformen und Wanderungsprozesse stellen ein weiteres wichtiges Themenfeld der Agrargeschichte dar, dessen Untersuchung mit neuen Fragestellungen und Methoden vorgestellt wird. Zeitaktuelle Relevanz erhält dieser Themenbereich durch Diskurse über aktuelle Abwanderungsbewegungen aus dem ländlichen Raum einerseits, über die Folgen von Migrationsprozessen für die ländliche Gesellschaft andererseits. Mit der gezielten Einbeziehung jüngerer Forscherinnen und Forscher ist zum einen das Interesse der Gesellschaft für Agrargeschichte an der Auseinandersetzung mit den neuesten Forschungstrends sichtbar, zum anderen auch perspektivisch die Hoffnung auf eine engere Vernetzung der in den genannten Themenfeldern Forschenden verschiedener Generation verbunden.

Anmeldung bis zum 21.6.24 an:
guntermahlerwein@aol.com

Programm

27. Juni 2024

Ab 11:30 Anmeldung und Mittagsimbiss

12.00 Einführung in die Tagung

12:20 Begrüßung durch den Landwirtschaftsverlag

12.30 Dr. Stephan Ebert (Darmstadt), Zur Kulinarik des ausgehenden Mittelalters im Spannungsfeld zwischen Theorie und Praxis

13.15 Leon Zimmermann (Tübingen), Ländliche Lebensstandards in Südwestdeutschland ca. 1680-1805

14.00 Pause

14.15 Henning Bovenkerk (Antwerpen), Soziale Agrosysteme und Konsum: Voraussetzungen des Wandels materieller Kultur in ländlichen Haushalten Nordwestdeutschlands, spätes 16.- frühes 19. Jahrhundert

15.00 Dr. Karsten Igel (Münster), Die Gertrudenberger Register als Quelle zur westfälischen Agrargeschichte

15.45 Pause

16.15 Vivien Specht (Kiel), Haus, Feld und Saatgut!? Aushandlungsprozesse bei der Siedlungsmigration der Heide und Moorflächen der jütischen Halbinsel im 18. Jahrhundert

Seite B 29 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

17.00 Jan Ocker (Kiel), Die vergessenen „Rentengüter“. Zur „inneren Kolonisation“ im Königreich Preußen und speziell in den Provinzen Hannover und Schleswig-Holstein zwischen 1890 und Erstem Weltkrieg

17.45 Johanna Keller (Halle), Erfahrungswissen in Sachsen-Anhalt von 1900 bis heute

18.30 Vorstandssitzung

28. Juni 2024

8.30: Möglichkeit des Besuchs der Bibliothek des Landwirtschaftsverlags

9.00 Julius Virnyi (Münster), „Sitte“ oder „Unsitte“? Hofnamen in Westfalen zwischen Alltag und staatlicher Regulierung, 1901-1919

9.45 Zofia Durda (Goslar) Nebenerwerbsstellen, Stallgebäude und Mehrzweckschuppen. Die Typenbauten der Treuhandstelle für Flüchtlingssiedlung in Niedersachsen (1949-1959)

10.30 Daniel Sobanski (Bochum), Fuhrleute, Erzgräber, Pächter. Die Rolle der Landbevölkerung während der Frühindustrialisierung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts

11.15 Pause

11.30 Dr. Jadon Nisly-Goretzki (Kassel/Witzenhausen), „Auch die Kuh brauche frische Luft und Sonne“ - Tierwohl als bäuerliches Argument in Konflikten um die Privatisierung der Allmende

12.15 Dr. Michael Schulz (Potsdam), Tierschutz und Tierwohl in der Debatte über landwirtschaftliche Nutztiere im Deutschen Reich 1900–1939

13.00 Pause

14.00 Sara Müller (Zürich), Neue Akteure im Stall des Anthropozäns

14.45 Marie Schneider (Berlin), Ländliche Räume, städtische Blicke: Projektion und Praxis von Protest auf dem Land

15.30 Abschlussdiskussion, Ausblick

16.00 Abschluss durch Gisbert Strottdrees (Landwirtschaftsverlag Münster)

16.15: Mitgliederversammlung der Gesellschaft für Agrargeschichte

Kontakt

guntermahlerwein@aol.com

Zitation

Neue Forschungen zu Themen der Geschichte der ländlichen Gesellschaft.,
In: H-Soz-Kult, 31.05.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-144485.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

14) Der Abzug der Alliierten aus Berlin. Bedingungen – Ablauf – Folgen

Eine Kooperation des AlliiertenMuseum mit dem Museum Berlin-Karlshorst, dem Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, der Stiftung Berliner Mauer, der Université de Lorraine CEGIL und dem UMR Sirice

Gedenkstätte Berliner Mauer – Besucherzentrum

Mit Unterstützung der Stiftung Luftbrückendank

13355 Berlin

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

10.07.2024 - 12.07.2024

<https://www.stiftung-berliner-mauer.de/de/abzugderalliierten>

Von

Stiftung Berliner Mauer

Internationale Konferenz

Museum Berlin-Karlshorst & Gedenkstätte Berliner Mauer

Mittwoch, 10. Juli – Freitag, 12. Juli 2024

Der Abzug der Alliierten aus Berlin

2024 jährt sich zum 30. Mal der Abzug der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs aus Berlin und der Bundesrepublik Deutschland. 49 Jahre lang hat ihre Anwesenheit die Geschichte der ehemaligen Reichshauptstadt nachhaltig geprägt. In dieser Zeit war sie in vier Sektoren geteilt, wurde anfänglich noch gemeinsam von den vier Mächten verwaltet und entwickelte sich ab Ende der 1940er-Jahre zum Brennpunkt des Kalten Krieges, in dem die Stadt sowohl geopolitisch als auch rechtlich einen Sonderstatus einnahm. Der Abzug der Alliierten im Jahre 1994 kam dann für die ehemalige „Frontstadt“ einer tiefen Zäsur gleich. Die Konferenz fragt nach der Bilanz der Zeit bis 1994, den Bedingungen des Abzugs und seiner Umsetzung sowie den Folgen, die der Abzug für die Stadt Berlin gehabt hat.

Seite B 31 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Begleitend zur Konferenz werden im Museum Berlin-Karlshorst Aufnahmen von Christian Adam gezeigt: "Hinterlassenschaften. Sowjetische und US-amerikanische Kasernen in Großformatfotographien".

Programm

+++ Mittwoch, 10. Juli 2024 +++

Museum Berlin Karlshorst (Zwieseler Straße 4, 10318 Berlin)

19.00 Uhr

Begrüßung | Jörg Morré (Museum Berlin-Karlshorst)

Berlin: Frontline of the Cold War | Hope M. Harrison (George Washington University)

Hinterlassenschaften. Sowjetische und US-amerikanische Kasernen in

Großformatfotographien – eine Ausstellung | Christian Adam (Zentrum für

Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw), Potsdam)

Empfang

+++ Donnerstag, 11. Juli 2024 +++

Gedenkstätte Berliner Mauer – Besucherzentrum (Bernauer Straße 119, 13355 Berlin)

9 – 9.30 Uhr: Ankunft

9.30 Uhr

Begrüßung | Juliane Haubold-Stolle (Stiftung Berliner Mauer)

Grußwort | Alaric Searle (ZMSBw, Potsdam)

Zäsur für eine „Frontstadt“? Das Ende alliierter Militärpräsenz in Berlin. Einführung | Jörg Echternkamp (ZMSBw, Potsdam)

10.15 Uhr

Sektion I: Die Alliierten in Berlin 1945 bis 1994: ein Rückblick

Moderation: Jörg Morré (Museum Berlin-Karlshorst)

Die Stationierung sowjetischer Truppen in der SBZ/DDR | Matthias Uhl (Deutsches Historisches Institut, Moskau)

Die Westmächte in Berlin. Fakten, Forschung und gegenwärtige Geschichtspolitik | Jürgen Lillteicher (AlliiertenMuseum, Berlin)

Diskussion

11.15 Uhr: Kaffeepause

11.45 Uhr

Sektion II: Der Abzug der alliierten Streitkräfte (1)

Moderation: Juliane Haubold-Stolle (Stiftung Berliner Mauer)

Emerging Post-Cold War Order: der Alliierten-Abzug im Kontext der internationalen Sicherheitspolitik | Tim Geiger (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin)

Die Verabschiedung der ehemals sowjetischen/russischen Streitkräfte in Berlin: russische Vorstellungen und deutsche Überlegungen | Christoph Meißner (Museum Berlin-Karlshorst)

Diskussion

12.45 Uhr: Mittagspause

Seite B 32 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

13.45 Uhr

Sektion III: Der Abzug der alliierten Streitkräfte (2)

Moderation: Jürgen Lillteicher (AlliiertenMuseum, Berlin)

The US Military, German Labor, and Conversion in Berlin 1989-1995 | Adam R. Seipp (Texas A&M University)

Bedeutsamkeit statt Militärpräsenz. Der Abzug der britischen Besatzungsmacht und der Einzug der Bundeswehr am Beispiel der General-Steinhoff-Kaserne und des Flugplatzes Gatow | Doris Müller-Toovey (Militärhistorisches Museum der Bundeswehr Flugplatz Berlin-Gatow)

Was bleibt nach 49 Jahren französischer Truppenstationierung in Berlin? Eine Bestandsaufnahme | Andreas von Studnitz (Berlin)

The memory of the French forces in Berlin at the Musée de l'armée: from collection to exhibition | Carine Lachèvre & Christopher Pommier (Musée de l'armée, Paris)

Diskussion

15.30 Uhr: Kaffeepause

16.00 Uhr

Sektion IV: Nachnutzung: Militärstandorte im Wandel

Moderation: Jörg Echternkamp (ZMSBw, Potsdam)

Gebaut auf der NVA. Die Stationierung der Bundeswehr in Berlin ab Oktober 1990 | Klaus Storkmann (ZMSBw, Potsdam)

Die sowjetische Berlin-Brigade in Berlin-Karlshorst | Jörg Morré (Museum Berlin-Karlshorst)

Field Station Berlin, The Teufelsberg – traces of everyday secrecy | Wayne D. Cocroft (National Specialist Services Department Historic England, Cambridge)

Diskussion

17.30 Uhr: Ende

+++Freitag, 12. Juli 2024+++

Gedenkstätte Berliner Mauer – Besucherzentrum (Bernauer Str. 119, 13355 Berlin)

9.00 – 9.30 Uhr: Ankunft

9.30 Uhr

Sektion V: Spuren in der Stadt: Kultur und Sport

Moderation: Uta Birkemeyer (AlliiertenMuseum, Berlin)

Das Centre français de Berlin: Umbrüche seit 1994 | René Möhrle (Universität Trier) & Florian Fangmann (Centre français de Berlin)

Das Erbe der alliierten Kinos in Berlin und ihre Umwandlung | Antoine Beaudoin (Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg)

„No Smoking, No Running“. Die Schwimmhalle in der Finckensteinallee als vielschichtiger Erinnerungsort | Hanno Hochmuth (Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam)

Diskussion

10.50 Uhr: Kaffeepause

11.20 Uhr

Sektion VI: Spuren in der Stadt: Landschaft und Gesellschaft

Moderation: Ulrich Pfeil (Université de Lorraine, Metz)

Die Mauer als Ressource. Die stadtplanerische und bauliche Nutzung des ehemaligen Grenzstreifens | Günter Schlusche (Stiftung Berliner Mauer)

What “traces” has the French military presence left on the current French population in Berlin? | Cédric Pellen (Universität de Strasbourg)

Der Preis der Freundschaft. Alliierte und die Aushandlungen mit der Zivilbevölkerung in Berlin Ost/West und Brandenburg | Małgorzata Popiołek-Roßkamp (Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung, Erkner)

Imaginierte Freundschaft. Warum Ost-Berlin die Russen liebt und im Westen den Amis nachgetrauert wird | Juliane Haubold-Stolle (Stiftung Berliner Mauer)

Diskussion

13.15 Uhr: Mittagspause

14.15 Uhr

Sektion VII: Erbe und Erinnerung: die Alliierten im kulturellen Gedächtnis Berlins

Moderation: Gerhard Sälter (Stiftung Berliner Mauer)

Kleistpark – Tempelhof – Clayallee: Etappen der Gründungsgeschichte des

AlliiertenMuseums, 1989-1996 | Florian Weiss (AlliiertenMuseum, Berlin)

Das Museum Berlin-Karlshorst – Der Weg zur Gründung | Arkadi Miller (Museum Berlin-Karlshorst)

Mythos Checkpoint Charlie. Vom Werden eines weltbekannten Erinnerungsorts | Susanne Muhle (Stiftung Berliner Mauer)

Diskussion

Bilanz der Tagung | Corine Defrance (CNRS, SIRICE, Paris) & Ulrich Pfeil (Universität de Lorraine, Metz)

16.15 Uhr: Ende der Konferenz

Informationen und Anmeldung unter:

<https://www.stiftung-berliner-mauer.de/de/abzugderalliierten>

Kontakt

presse@stiftung-berliner-mauer.de

<https://www.stiftung-berliner-mauer.de/de/abzugderalliierten>

Zitation

Der Abzug der Alliierten aus Berlin. Bedingungen – Ablauf – Folgen., In: H-Soz-Kult, 31.05.2024, <www.hsozkult.de/event/id/event-144494>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

15) Gesungener Glaube – Mehr als 500 Jahre gedruckte und lebendige Kirchenlieder. Das tschechische Gesangbuch 1501 und seine Nachfolger

Internationale Arbeitsgemeinschaft für Hymnologie (IAH) / International society for hymnological studies (IAH mit lokalem Team der Karls-Universität)

Ausrichter IAH mit lokalem Team der Karls-Universität

Veranstaltungsort Karls-Universität, Faculty of Education Charles University

Gefördert durch EKD, Faculty of Education Charles University, Faculty of Arts Charles University

116 39 Prag

Findet statt In Präsenz

Vom - Bis

29.07.2024 - 02.08.2024

<https://iah-hymnologie.de/de/tagung-2024/>

Von

Elisabeth Fillmann, Forschungsstelle Kirchenlied und Gesangbuch, Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Die Tagung der Internationalen Arbeitsgemeinschaft für Hymnologie vom 29.07.-02.(04.)08.2024 an der Karls-Universität in Prag beschäftigt sich mit dem tschechischen Gesangbuch von 1501, vor den ersten deutschsprachigen Gesangbüchern erschienen, seinem Umfeld, u.a. den Utraquisten, und seinen Wirkungen. Fakultative Exkursionen führen zu Stätten von Jan Hus und der Böhmisches Brüder.

Gesungener Glaube – Mehr als 500 Jahre gedruckte und lebendige Kirchenlieder. Das tschechische Gesangbuch 1501 und seine Nachfolger

Das tschechische Gesangbuch von 1501 liegt vor den ersten gedruckten deutschsprachigen Gesangbüchern.

Sein Umfeld und seine Wirkung sind Thema von zahlreichen Referaten. Zur Wirkung gehören auch Brüdergesangbücher in der Karibik und digitale Gesangbücher und die Veränderung des Gemeindegesangs durch Digitalität und Medialität.

Programm

Tschechien (Teil 1) – Dienstag, 30. Juli

Das Gesangbuch von 1501: Ein noch unbekanntes Zeugnis für die Anfänge des tschechischen Gemeindegesangs (PhDr. Eliška Baťová, dipl. um) – Vortrag auf Englisch
Quellen der hussitischen Liturgie aus dem 15. Jahrhundert (doc. PhDr. Hana Vlhová-Wörner Ph.D.) – Vortrag auf Englisch

Die böhmische Reformation und ihre Musik (doc. PhDr. Martin Horyna, Ph.D.) – Vortrag auf Deutsch

Böhmische und Mährische Literatenbruderschaften und ihre Gesangbücher im 16. Jahrhundert (doc. Mgr. Vladimír Maňas, Ph.D.) – Vortrag auf Englisch

Seite B 35 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Von Böhmen in die Welt – Mittwoch, 31. Juli

Hauptreferat und Interview von und mit Rev. Dr. Mikie A. Roberts (Ökumenischer Rat der Kirchen)

Tschechien (Teil 2) – Donnerstag, 1. August

Die Liturgie der Brüderunität in der Zeit des Lukas von Prag, ca. 1460–1528 (Doc. Tabita Landová, Ph.D.) – Vortrag auf English

Tschechische Gesangbücher der sog. Habrovanischen Unität, ca. 1530–1537 (Mgr. Marie Hanzelková, Ph.D.) – Vortrag auf English

Die böhmische Reformation des 16. Jahrhunderts (Mgr. Jiří Just, Th.D.) – Vortrag auf Deutsch

Die lutherische Kultur in Böhmen des 16. Jahrhunderts und böhmisch-sächsische Beziehungen der Reform (doc. PhDr. Petr Hlaváček, Ph.D.) – Vortrag auf English

Kirchengesang im digitalen Zeitalter – Freitag, 2. August

Die Auflösung eines offiziellen, nationalen Gesangbuchs – Fluch oder Segen? (Morten Skovsted)

Traditionelle Kirchenlieder, Gemeindegesang heute, Medienökologie und Gedenksingstunden (Prof. Dr. Jonathan Dueck)

Sektionsbeiträge, Workshops, Konzert, Bibliotheksbesichtigung Strahov-Bibliothek, Hymn festival, Exkursionen zu Stätten von Jan Hus (Tabor u.a.) und der Böhmisches Brüder (Kralicer Bibel-Gedankstätte u.a.), Gottesdienste

Kontakt

sekretariat@iah-hymnologie.de

<https://iah-hymnologie.de/de/tagung-2024/>

Zitation

Gesungener Glaube – Mehr als 500 Jahre gedruckte und lebendige Kirchenlieder. Das tschechische Gesangbuch 1501 und seine Nachfolger..., In: H-Soz-Kult, 01.05.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-143758.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

16) Studium exemplare - Westpreußen: Geschichte und Menschen

Veranstalter

Copernicusvereinigung. Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens (CV)

Gefördert durch Copernicusvereinigung. Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens (CV)

22087 Hamburg

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

31.08.2024 - 07.09.2024

Frist

31.05.2024

<https://copernicus-online.eu/ueber-uns>

Von

Marie-Luise Heckmann, Mittelalterliche Geschichte, Universität Potsdam

Eine Studienreise der Copernicus Vereinigung e.V. vom 31.08. – 07.09.2024

Abfahrt und Ankunft: Danzig-Zoppot

Kosten: 450 Euro + Zuschuss der CV + An- und Abreise nach / von Danzig

Studium exemplare - Westpreußen: Geschichte und Menschen

Wir legen eine Strecke von über 600 km und werden u.a. den ehemaligen Zisterzienserkathedralkomplex in Danzig-Oliva, die Marienburger Ordensburg und das Schloss in Marienwerder, die Zitadelle in Graudenz, die Altstadt von Elbing und Thorn sowie ausgewählte Museen besuchen. Wir werden mit dem Schiff auf dem Pberländer Kanal "über die Wiesen fahren". Darüber hinaus gibt es aber auch genug Zeit für persönliche Eindrücke an den besuchten Orten. Jeder Ort steht unter der Schirmherrschaft einer historischen Persönlichkeit des 18. oder 19. Jahrhunderts.

Bei Vorliegen entsprechender Voraussetzungen kann nach vorheriger Absprache eine Bestätigung für Studienzwecke ausgestellt werden.

Programm

Am 31.08. - Danzig-Zoppot (Gdańsk-Sopot)

am 01.09. - Marienburg (Malbork)

am 02.09. - Elbing (Elbląg)

am 03.09. - Hohenstein (Olsztynek)

am 04.09. - Graudenz (Grudziądz)

am 05.09. - Thorn (Toruń)

am 06.09. - Marienwerder (Kwidzyn)

am 07.09. - Danzig-Zoppot (Gdańsk-Sopot)

Kontakt

Grażyna Patryn
E-Mail: patryn@copernicus-online.eu

<https://copernicus-online.eu/ueber-uns>

Zitation

Studium exemplare - Westpreußen: Geschichte und Menschen., In: H-Soz-Kult, 17.05.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-143969.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de

17) Deutsch-polnische Erinnerungskulturen

Deutsches Polen-Institut
Veranstaltungsort Residenzschloss 1
Gefördert durch Sanddorf-Stiftung Regensburg und DPWS (angefragt)
64283 Darmstadt

Findet statt in Präsenz
Vom - Bis
03.09.2024 - 08.09.2024
Frist 25.06.2024

<https://www.sommerakademie-polen.de/>

Von
Christof Schimsheimer, Deutsches Polen Institut Darmstadt

Deutsch-polnische Erinnerungskulturen: interdisziplinäre Sommerakademie des Deutschen Polen-Instituts

Darmstadt, 3. bis 8. September 2024

Gefördert durch: Sanddorf-Stiftung Regensburg und DPWS (angefragt)

Das Deutsche Polen-Institut (DPI) lädt ein zur internationalen und interdisziplinären Sommerakademie nach Darmstadt. Die Sommerakademie zum Thema deutsch-polnischer Erinnerungskulturen soll Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern die Möglichkeit bieten, ihre aktuellen Forschungsprojekte (Abschlussarbeiten, Dissertationen, Post-Doc-Forschung) vorzustellen, sie miteinander und mit ausgewiesenen Expertinnen und Experten zu diskutieren.

Deutsch-polnische Erinnerungskulturen: interdisziplinäre Sommerakademie des Deutschen Polen-Instituts

Seite B 38 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Sommerakademie 2024

Deutsch-polnische Erinnerungskulturen: interdisziplinäre Sommerakademie des Deutschen Polen-Instituts
Darmstadt, 3. bis 8. September 2024

Gefördert durch: Sanddorf-Stiftung Regensburg und DPWS (angefragt)

Das Deutsche Polen-Institut (DPI) lädt ein zur internationalen und interdisziplinären Sommerakademie nach Darmstadt. Die Sommerakademie zum Thema deutsch-polnischer Erinnerungskulturen soll Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern die Möglichkeit bieten, ihre aktuellen Forschungsprojekte (Abschlussarbeiten, Dissertationen, Post-Doc-Forschung) vorzustellen, sie miteinander und mit ausgewiesenen Expertinnen und Experten zu diskutieren, sich zu vernetzen und die Bestände der Bibliothek und des Archivs des Instituts zu nutzen.

Der für dieses Jahr ausgewählte Schwerpunkt Erinnerungskulturen besitzt einen hohen Stellenwert in den aktuellen deutsch-polnischen Beziehungen. Die eingeladenen Dozenten werden in Seminaren das Thema aus unterschiedlichen Perspektiven der Geschichts- und Kulturwissenschaften gemeinsam mit den ausgewählten Teilnehmenden diskutieren und die Präsentation der Projekte der Teilnehmenden moderieren. Die Sommerakademie lebt, wie in jedem Jahr, vom Austausch der Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler, die in ihrer Arbeit ganz eigene und unterschiedliche Themen und Ansätze verfolgen. Es sind ausdrücklich alle Bewerbungen mit deutsch-polnischen Forschungsprojekten von hoher Relevanz und Aktualität auch jenseits dieses thematischen Rahmens willkommen.

Erörterungen neuer Forschungsansätze, die Möglichkeit zum intensiven Austausch sowie die unterschiedlichen Blickrichtungen der verschiedenen Wissenschaftstraditionen werden den Teilnehmenden neue Impulse für ihre Projekte geben. Möglichkeiten zur Recherche in den umfangreichen Beständen des DPI sowie zur Beratung mit den Betreuern der Sommerakademie sind Bestandteil des Programms. Beim Rahmenprogramm, das sich thematisch an den Inhalten der Sommerakademie orientiert und das eine Tagesexkursion zu deutsch-polnischen Erinnerungsorten in der Region einschließt, stehen (Erinnerungs-)Kultur und informeller Austausch im Mittelpunkt.

Wir freuen uns auf Ihre Bewerbungen!

Hier geht es zur Bewerbung: <https://www.sommerakademie-polen.de/bewerbung/>

(Bewerbungschluss ist der 25. Juni 2024.)

...und hier zum Programm: <https://www.sommerakademie-polen.de/programm/>
Kontakt

Christof Schimsheimer, schimsheimer@dpi-da.de, +49 6151 4202-25

Programm

Programm (vorläufig)

Dienstag, 3. September

Anreise nach Darmstadt

Seite B 39 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

15.30 Uhr, Begrüßung

Prof. Dr. Peter Oliver Loew, Julia Röttjer, Christof Schimsheimer

16.00 Uhr, Erinnerung im deutsch-polnischen Kontext – Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg oder doch mehr? (Kulturwissenschaftliches Seminar, Teil 1):

Prof. Dr. Stefan Garsztecki (Technische Universität Chemnitz)

18.30 Uhr, Gemeinsames Abendessen

Mittwoch, 4. September

9.00 Uhr, Kulturwissenschaftliches Seminar (Teil 2):

Prof. Dr. Stefan Garsztecki (Technische Universität Chemnitz):

11.30 Projektpräsentationen

19.30 Vorstellung und Diskussion: „Deutsch-Polnisches Haus. Ort des Gedenkens, der historischen Aufklärung und der Begegnung“

Dr. Robert Parzer (Stabsstelle Deutsch-Polnisches Haus, Berlin)

Donnerstag, 5. September

9.00 Karina Garsztecka (angefragt), Die Bestände des Archivs an der Forschungsstelle Osteuropa in Bremen

Gelegenheit zur Bibliotheksarbeit

Rundgang in Darmstadt und Mittagessen

14.30 „Flucht, Vertreibung, Umsiedlung? Perspektiven und Politiken in BRD, DDR und Polen“ (Geschichtswissenschaftliches Seminar): Prof. Dr. Maren Röger (Universität Leipzig)

Freitag, 6. September

9.30 Projektpräsentationen

12.30 Mittagessen

14.00 Projektpräsentationen

Gemeinsame Wanderung und Abendessen

Samstag, 7. September

Exkursion zu Erinnerungsorten in Südhessen und Projektvorstellung: „Lebenszeichen. Polen und der Zweite Weltkrieg – Erinnerungsorte in Deutschland“

Julia Röttjer, Ramona Bechauf, Christof Schimsheimer (DPI)

Abschlusssessen

Sonntag, 8. September

10.00 Uhr, Abschlussbesprechung nach dem Frühstück

11.00 Uhr Abreise

Seite B 40 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Kontakt

Christof Schimsheimer, schimsheimer@dpi-da.de, +49 6151 4202-25

Änderungen des Programms vorbehalten.

Die Sommerakademie wird von der Sanddorf-Stiftung Regensburg und von der Deutsch-Polnische Wissenschaftsstiftung (angefragt) gefördert.

Programm zum Herunterladen: <https://www.sommerakademie-polen.de/assets/Uploads/DPI-Soak-Programm-2024-Stand-24.52024.pdf>

Kontakt

Christof Schimsheimer, schimsheimer@dpi-da.de, +49 6151 4202-25

<https://www.sommerakademie-polen.de/>

Zitation

Deutsch-polnische Erinnerungskulturen., In: H-Soz-Kult, 04.06.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-144456.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

18) 2. Interdisziplinäre deutsch-baltische Nachwuchstagung

Deutsches Kulturforum östliches Europa, Potsdam; Lehrstuhl für Deutsche Philologie, Universität Vilnius in Kooperation mit der Carl-Schirren-Gesellschaft, Lüneburg (Lehrstuhl für Deutsche Philologie, Universität Vilnius)

Ausrichter Lehrstuhl für Deutsche Philologie, Universität Vilnius

01131 Vilnius

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

18.10.2024 - 19.10.2024

Frist

01.07.2024

Von

Martin Pabst, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Deutsches Kulturforum östliches Europa

Das Deutsche Kulturforum östliches Europa, Potsdam und der Lehrstuhl für Deutsche Philologie der Universität Vilnius veranstalten am 18./19. Oktober 2024 die zweite IdbN in Vilnius, Litauen. Diese Tagung bietet allen Nachwuchswissenschaftler ein Podium, die sich mit Themen befassen, die den deutsch(baltisch)en Anteil an Geschichte und Kultur der baltischen Länder berühren.

2. Interdisziplinäre deutsch-baltische Nachwuchstagung (IdbN)

Die deutschbaltische Literatur ist – so begann Gero von Wilpert seine Deutschbaltische Literaturgeschichte – eine „kleine Literatur, eine Literatur der Vergangenheit und eine Literatur ohne Zukunft, eine Literatur, die im Aussterben ist und die es nur noch so lange geben wird, wie Menschen sich ihrer annehmen, sie lesen und vielleicht gar erörtern.“ Möglicherweise würde der 2009 verstorbene Germanist staunen, wie lebhaft an estnischen, lettischen und litauischen Universitäten heute noch eben diese deutschbaltische Literatur – als Teil einer Baltischen Literatur in deutscher Sprache – von jungen Germanisten akademisch erörtert wird. Auch wenn unter den Student:innen der Geschichte an den baltischen Universitäten die Deutschkenntnisse rückläufig sind und die meisten sich primär der jüngeren Geschichte zuwenden, gibt es in auch hier – wie auch in anderen kulturwissenschaftlichen/-geschichtlichen Fächern – weiterhin

Nachwuchswissenschaftler, die sich mit Themen befassen, die den deutsch(baltisch)en Anteil an Geschichte und Kultur der baltischen Länder berühren. Ebenso entscheiden sich auch an deutschen Universitäten Studenten und Doktoranden – immer wieder dafür, „baltische Themen“ zu erforschen.

An all diese Nachwuchswissenschaftler richtet sich die Interdisziplinäre deutsch-baltische Nachwuchstagung (IDBN), die ihnen jährlich einen Ort bieten soll, eigene Forschungsergebnisse zu präsentieren, miteinander zu diskutieren und sich zu vernetzen. Die Reihe „Digitalen Hochschulschriften zum Baltikum“ (HSB) der Carl-Schirren-Gesellschaft bietet die Möglichkeit zur Online-Publikation der Vorträge, darüber hinaus ist die Aufzeichnung der Vorträge und Veröffentlichung auf dem YouTube-Kanal des Deutschen Kulturforums östliches Europa (DKF) angedacht.

Die Tagungssprache ist deutsch, englische Beiträge sind ebenfalls willkommen. Kosten für Fahrt und Übernachtung können durch die Tagung teilweise übernommen werden.

Bitte senden Sie ein Abstract mit maximal 2.000 Zeichen, inkl. Leerzeichen, dazu eine kurze biographische Notiz (maximal eine halbe Seite) bis zum 01. Juli 2024 an: Dr. Martin Pabst (pabst@kulturforum.info)

Kontakt

Dr. Martin Pabst, pabst@kulturforum.info

Zitation

2. *Interdisziplinäre deutsch-baltische Nachwuchstagung.*, In: H-Soz-Kult, 07.05.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-143980.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

19) Poland and Its Neighbours in the 20th and 21st Century, 1918-2022.
Convergences and Divergences

Viadrina Center of Polish and Ukrainian Studies

Gefördert durch Deutsch-Polnische Wissenschaftsstiftung / Polsko-Niemiecka Fundacja na rzecz Nauki

15230 Frankfurt (Oder)

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

18.10.2024 - 18.10.2024

Frist

15.06.2024

Von

Stephan Rindlisbacher, European University Viadrina Frankfurt (Oder) and Tomasz Rawski, University of Warsaw

In this workshop we explore, discuss, and compare converging and diverging transformations in Central and Eastern Europe since 1918. It will take place on 18 October in Frankfurt (Oder) right next to the German-Polish border.

Poland and Its Neighbours in the 20th and 21st Century, 1918-2022.
Convergences and Divergences

Russia's war against Ukraine has brought Central and Eastern Europe into focus. Since February 2022, there has been a wave of solidarity with Ukraine in Poland – especially in the supply, transport or accommodation of Ukrainian refugees. Many Poles and Ukrainians see themselves united in resolutely opposing the Russian invasion. But these ostentatious convergences are also countered by structural divergences in economic development since 1989.

We want to explore such convergencies and divergencies between Poland and its neighbours since 1918. On the one hand, the region is united by shared experiences of fundamental economic, cultural and demographic transformations in the last century. On the other hand, political life in Poland, Ukraine, but also in the Baltic states, the former GDR and the Post-Yugoslav states is determined by divergent narratives. The antagonistic interpretation of Ukrainian nationalists in World War II in Poland and Ukraine is just one example. Can the war and Polish solidarity with Ukraine be a kind of catalyst for dialogue, for coming to terms with these divergences, or are antagonistic attitudes simply suppressed? What does this war mean for cultural studies? Will the eastern part of the continent become more important? Does this mean that national historical narratives are experiencing a rise? Should Europeanization processes be examined more from a Polish, Ukrainian, Lithuanian, Hungarian, Croatian or Serbian perspective?

A workshop with two sections will be organised on this topic. As a whole it offers new approaches beyond the classic topics of nation and empire. The participants explore and discuss converging and diverging economic, legal, social and cultural historical trends in interdisciplinary scope. Selected papers articles will be edited in a joint volume for the series Interdisciplinary Polish Studies in cooperation with the Harrassowitz publishing house. Contributions could deal with the following topics:

Seite B 43 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

- Different experiences with economic transformation after the end of state socialism in Poland, the former GDR, the states of former Yugoslavia, Ukraine, the Baltic States or Belarus;
- Historical-political reasons for opposing support for Ukraine in Poland, Hungary or Slovakia;
- Comparison of economic and demographic trends;
- The image of Russia in Poland, Germany, Ukraine, former Yugoslavia or the Baltic States after 1991 in comparison;
- Between Russia and Germany: (Dis)continuities of Polish, Ukrainian, Belarusian and Baltic foreign policy between 1918 and 2022;
- From Intermarium via Visegrád to the Three Seas Initiative: Warsaw's ambitions from the point of view of its eastern neighbours;
- Military conflicts in Central and Eastern Europe in comparative perspective.

We invite scholars on all career stages interested in this topic to send their proposal of 250 to 300 words and their short academic CV of 100 words as well as their contact information in one PDF file to rindlisbacher@europa-uni.de no later than 15 June 2024. Early-career scholars are particularly encouraged to apply. All applicants will be informed about the decision no later than 30 June 2024.

This workshop is funded by the German-Polish Science Foundation (PNFN/DPWS) and the Viadrina Center of Polish and Ukrainian Studies. This will cover travel expenses up to 200 Euro and accommodation in Frankfurt (Oder) for each participant.

Kontakt

rindlisbacher@europa-uni.de

Zitation

Poland and Its Neighbours in the 20th and 21st Century, 1918-2022. Convergences and Divergences., In: H-Soz-Kult, 05.05.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-143898.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

20) 30 Jahre Abzug der ehemaligen sowjetischen Truppen aus Deutschland – Ursachen, Verlauf und Wirkungen

Universität Greifswald; Syddansk Universitet; Universität Rostock
17489 Greifswald

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

07.11.2024 - 09.11.2024

Frist

15.07.2024

Von

Ronny Grundig, Interdisziplinäres Forschungszentrum Ostseeraum (IFZO), Universität Greifswald

Vor 30 Jahren blickte die Öffentlichkeit nach Mukran auf Rügen, als feierliches militärisches Zeremoniell dort 1994 das Ende des Abzugs der ehemaligen sowjetischen Truppen aus Deutschland markierte.

Mit diesem Festakt und einer Parade in Berlin ging ein historisches Kapitel zu Ende: die militärische Präsenz der Sowjetunion in der SBZ/DDR seit 1945 mit fast 500.000 Soldaten, Angestellten und Familienangehörigen sowie einem gewaltigen Waffenarsenal.

Tagung: „30 Jahre Abzug der ehemaligen sowjetischen Truppen aus Deutschland – Ursachen, Verlauf und Wirkungen“

Über fast keinen Ort an der Ostseeküste wird seit Monaten so viel gesprochen wie über Mukran bei Sassnitz. Begleitet von Protesten aus der Bevölkerung entsteht am dortigen Tiefseehafen ein Flüssiggas-Terminal. Vor 30 Jahren blickte die Öffentlichkeit ebenfalls nach Mukran, als feierliches militärisches Zeremoniell dort 1994 das Ende des Abzugs der ehemaligen sowjetischen Truppen aus Deutschland markierte.

Mit diesem Festakt und einer Parade in Berlin ging ein historisches Kapitel zu Ende: die militärische Präsenz der Sowjetunion in der SBZ/DDR seit 1945 mit fast 500.000 Soldaten, Angestellten und Familienangehörigen sowie einem gewaltigen Waffenarsenal inklusive Atomsprenköpfen. Fast die Hälfte der Ausrüstung der „Westgruppe der Truppen“ (WGT) kehrte über den Fährhafen und den Hafen Klaipeda in Litauen nach Osten zurück. Der Rest wurde per Bahn und Flugzeug in ein Land transportiert, das am 31. Dezember 1991 aufhört hatte zu existieren. Doch nicht nur in der Russischen Föderation entstanden Garnisonen und Wohnungen für die aus der Bundesrepublik abziehenden Soldaten und Offiziere, sondern auch in Belarus und der Ukraine. Was wurde aus diesen Projekten und wie wirkten sie auf die Streitkräfte der neu gebildeten Staaten?

Dass die (ehemalige) sowjetische Militärmaschinerie ab 1991 komplett in Richtung Osten abziehen würde, hatte während des Bestehens des Warschauer Paktes niemand erwartet. Viele Fragen bleiben offen und sollen während der Tagung diskutiert und bewertet werden:

- Welche politischen Entscheidungen hatten dazu geführt?
- Welche technischen Voraussetzungen waren für ein solches Unternehmen notwendig, das als größte Truppenverlegung der Menschheitsgeschichte in Friedenszeiten gilt?
- Welche Rolle spielten die Geheimdienste?

Seite B 45 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

- Warum eignete sich der Fährkomplex Mukran besonders für den Transport in Richtung Osten?
- Wie gelang in revolutionären Zeiten und innenpolitischer Instabilität in den Staaten Osteuropas ein Unternehmen dieser Größenordnung ohne schwerwiegende Zwischenfälle?
- Welche Bedeutung bekam der Abzug für die Neugestaltung der sicherheitspolitischen Architektur in Zentral- und Ostmitteleuropa?
- Und inwieweit wirkt der Abzug – insbesondere hinsichtlich der Bewertung in Russland - bis heute nach?

Mit diesen und weiteren Fragen werden sich Historiker und Zeitzeugen auf der Tagung „30 Jahre Abzug der ehemaligen sowjetischen Truppen aus Deutschland – Ursachen, Verlauf und Wirkungen“ vom 7. bis zum 9. November 2024 an der Universität Greifswald beschäftigen.

Tagungssprachen sind Deutsch und Englisch.

Die Tagung will Akzente für die Regionalgeschichte Mecklenburg-Vorpommerns und die Geschichte des Ostseeraumes setzen, indem sie lokale mit internationalen/transnationalen und geschichtswissenschaftliche mit zeitzeugenschaftlichen Perspektiven verbindet. Die Kosten für Reise, Unterkunft und Verpflegung werden von den veranstaltenden Institutionen übernommen.

Teilnahmegebühren fallen nicht an.

Abstracts bitte bis zum 15. Juli 2024 an Dr. Arne Segelke: segelkea@uni-greifswald.de

Die Tagung wird veranstaltet von der Universität Greifswald, dem Max Weber Netzwerk Osteuropa, dem Zentrum für die Erforschung des Kalten Krieges der Süddänischen Universität und dem Lehrstuhl für Zeitgeschichte der Universität Rostock mit Förderung der Landeszentrale für Politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern.

Kontakt

Dr. Arne Segelke: segelkea@uni-greifswald.de

Zitation

30 Jahre Abzug der ehemaligen sowjetischen Truppen aus Deutschland – Ursachen, Verlauf und Wirkungen., In: H-Soz-Kult, 04.06.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-144588.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

21) Vergnügungskultur im östlichen Europa (1880-1945)

BKGE und Willy Brandt Zentrum der Universität Wrocław/Polen (BKGE)
Oldenburg
26127 Oldenburg

Findet statt in Präsenz
Vom - Bis
24.03.2025 - 25.03.2025
Frist
31.10.2024

https://www.bkge.de/assets/downloads/Vergnuegungskultur/cfp-Vergnuegungskultur-im-oestlichen-Europa_Entwurf_final.pdf#asset:238259@1:url

Von
Maria Luft, Slavistik, Bundesinstitut für Kultur und Geschichte des östlichen Europa

CfP zu einer Tagung des BKGE zur Vergnügungskultur des östlichen Europa

Vergnügungskultur im östlichen Europa (1880-1945)

Ende des 19. Jahrhunderts veränderten sich Lebens- und Arbeitsbedingungen durch Industrialisierung und Urbanisierung – die Menschen hatten andere Tagesabläufe und mehr Freizeit als je zuvor. Der Ausbau des Eisenbahnnetzes brachte Mobilität für weite Kreise der Bevölkerung mit sich, technische Entwicklungen eröffneten in allen Bereichen neue Möglichkeiten (Maschinen, Beleuchtung, Fotografie und Film etc.). Ab etwa 1880 entwickelte sich die Vergnügungskultur rasant und vielfältig – Zirkus, Varieté, Kino, Lunaparks und Vergnügungsangebote im Kontext von Großveranstaltungen wie Gewerbeausstellungen, Messen oder Sportfesten hatten Konjunktur. Die angebotenen Attraktionen folgten international erfolgreichen Mustern. Einzelne Unternehmen wie beispielsweise die Hannoveraner Firma von Hugo Haase agierten deutschlandweit oder sogar grenzübergreifend. Viele Artistinnen und Akrobaten waren internationaler Herkunft und vermittelten dem Publikum ein ‚exotisches‘ Flair. Spaß und Lebensfreude kamen oft ohne Worte aus: Unterhaltung war universal verständlich, brauchte als Tanz, Musik oder Artistik keine gesprochene Sprache. Schaulust verband alle gesellschaftlichen Kreise – vom Arbeiterkind bis zum Kaiser, über nationale, sprachliche, ethnische Grenzen hinweg. Die bisherige Forschung konzentrierte sich stark auf die Großstadt (z.B. Die tausend Freuden der Metropole, hg. v. Tobias Becker u.a., 2014; Die Vergnügungskultur der Großstadt, hg. v. Paul Nolte, 2016). Die geplante Tagung nimmt Vergnügungskultur als kulturelles Phänomen auch kleinerer Städte in den Blick und richtet dabei den regionalen Fokus auf das östliche Europa im Zeitraum zwischen 1880 und 1945 – einer Periode der Modernisierungen, die in diesen Regionen zugleich eine Zeit einschneidender politischer Umbrüche war: der Fall der Imperien, die neu entstandenen Nationalstaaten Ostmitteleuropas der Zwischenkriegszeit, der Zweite Weltkrieg. Welche Rolle spielte Vergnügungskultur in diesen spezifischen Kontexten? Wie stellte sich das Spektrum von Akteur/innen, Aktivitäten und Schauplätzen zwischen Stettin, Breslau und Kattowitz/Katowice, Olmütz/Olomouc und Preßburg/Bratislava bis nach Budapest oder Odessa/Odesa dar? Wodurch zeichnete sich das Rezeptionsverhalten des Publikums aus? Folgende Themenkomplexe stehen zur Diskussion:

Kontexte und Formate

- Wer setzte die administrativen Rahmenbedingungen, erteilte Genehmigungen für Vergnügungsangebote auf staatlicher und/oder kommunaler Ebene?
 - Welche Formate und Angebote – von lokal bis transnational – wurden aufgegriffen? Welche Orte der Vergnügungskultur konnten sich herausbilden?
 - Welche Rolle spielten dabei die Größe der jeweiligen Stadt und die soziale Zusammensetzung ihrer Einwohnerschaft?
 - Wie veränderte sich das Angebot in Zeiten von Wirtschaftskrisen und Weltkriegen?
- Akteur/innen und Netzwerke
- Welche Akteur/innen (lokale oder externe) waren prägend?
 - Welchen Anteil hatten jüdischer Akteur/innen, und wie entwickelten sich ihre Biographien und Unternehmungen?
 - Welche Rolle spielten Frauen in der Vergnügungskultur?
 - Wer etablierte welche Strukturen im Arbeitsfeld „Vergnügungskultur“?
 - Wie wurden überregionale Tourneeplanungen organisiert?
 - Gab es Netzwerke von Unternehmern, Schaustellern, Artisten, die regional und/oder national übergreifend tätig waren? Welche Medien und Praktiken des Austauschs waren relevant?
 - Wie wurden deutschsprachige Kommunikationsplattformen - etwa die Zeitschriften „Der Komet“, „Der Artist“ oder „Das Programm“ – damals genutzt? Gab es vergleichbare Plattformen in anderen Sprachen? Und wie sind sie heute für die Forschung nutzbar?
- Rezeptionen
- Welche Formate der Vergnügungskultur fanden besonderen Anklang?
 - Welche Rolle spielte die Vergnügungskultur in den multiethnisch geprägten Gesellschaften des östlichen Europas? Wo verband sie, wann trennte sie soziale Gruppen (und warum)?
 - Unterschied sich das Rezeptionsverhalten des Publikums im östlichen Europa von demjenigen in Städten vergleichbarer Größe im westlichen Teil des Kontinents? Diesen und weiteren Fragen möchten wir vom 24.-25. März 2025 auf einer interdisziplinären Tagung des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte des östlichen Europas in Oldenburg in Kooperation mit dem Willy Brandt Zentrum der Universität Wrocław nachgehen. Beiträge (20 Minuten) in deutscher oder englischer Sprache, vergleichende Perspektiven ebenso wie Fallstudien, sind willkommen. Eine spätere Publikation ist geplant. Reisekosten können erstattet werden, sofern entsprechende Mittel zur Verfügung stehen. Bitte senden Sie ein kurzes Exposé Ihres unveröffentlichten Beitrags (2.000 Zeichen) und Angaben zu Ihrer Person bis zum 31.10.2024 an Maria Luft (maria.luft@bkge.bund.de) oder Dr. Andrzej Dębski (andrzej.debski@uwr.edu.pl).

Kontakt

Maria Luft (maria.luft@bkge.bund.de)

Dr. Andrzej Dębski (andrzej.debski@uwr.edu.pl)

https://www.bkge.de/assets/downloads/Vergnuegungskultur/cfp-Vergnuegungskultur-im-oestlichen-Europa_Entwurf_final.pdf#asset:238259@1:url

Zitation

Vergnügungskultur im östlichen Europa (1880-1945)., In: H-Soz-Kult, 02.05.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-143845.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

22) Kriegsendverbrechen. Der Rückzug der Wehrmacht und die letzte Phase des Zweiten Weltkriegs

Wiener Wiesenthal Institut für Holocaust-Studien (VWI); Heeresgeschichtlichen Museums HGM, Arsenal, Objekt 1, Ghegastraße
1030 Wien

Findet statt in Präsenz

Vom – Bis

09.04.2025 – 11.04.2025

Frist 15.07.2024

<https://vwi.ac.at>

Von

Sandro Fasching, Wiener Wiesenthal Institut für Holocaust-Studien

Kriegsendverbrechen. Der Rückzug der Wehrmacht und die letzte Phase des Zweiten Weltkriegs

HGM-Konferenz 2025 / Simon Wiesenthal Conference 2025

Internationale Tagung des Heeresgeschichtlichen Museums (HGM) und des Wiener Wiesenthal Instituts für Holocaust-Studien (VWI) in Kooperation mit dem Institut für Geschichte der Universität Klagenfurt und dem Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien.

Call for Papers - Simon Wiesenthal Conference 2025

Der Zweite Weltkrieg war nicht nur durch NS-Massenverbrechen wie den Holocaust gekennzeichnet. Mit dem Rückzug der Deutschen Wehrmacht aus den besetzten Gebieten ab Anfang 1943 entwickelten sich auch neue Konstellationen der Gewalt. Unmittelbar vor dem Zurückweichen der deutschen Truppen vor den alliierten Offensiven erschossen Besatzungskräfte Häftlingsgruppen in Lagern und Gefängnissen, organisierten todbringende Evakuierungen und ermordeten Menschen, die sie als „widerständig“ oder „unproduktiv“ erachteten. Schließlich breitete sich diese Form der Gewalt beim Rückzug auch auf das Gebiet Deutschlands und Österreichs aus. Sie richtete sich nicht nur gegen Häftlinge, sondern in zunehmendem Maße auch gegen Zwangsarbeitskräfte, Kriegsgefangene und schließlich gegen die „Volksgenossen“: Selbst gegenüber der eigenen Bevölkerung fielen zuletzt alle Hemmungen.

Fragestellungen

Auf der Konferenz sollen Rahmenbedingungen und Faktoren dieser Typen finaler NS-Gewalt untersucht werden. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf dem unmittelbaren Zusammenhang zwischen militärischem Rückzug und Verbrechen an der Zivilbevölkerung, und zwar nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch auf anderen Kriegsschauplätzen. Welche Prozesse der Gewalt entwickelten sich dabei, inwieweit waren militärische Akteure involviert, welche Legitimationsstrategien für das Gewalthandeln zirkulierten? Wie gestaltete sich die Dynamik der Verbrechen im Raum mit der zunehmenden Vermengung

Seite B 49 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

verschiedener Opfergruppen, aber auch der Interaktion mit anderen gesellschaftlichen Gruppen, bis hin zu den nicht organisierten Teilen der Bevölkerung? Wie sah die Teilnahme an der Gewalt, aber auch ihre Begrenzung aus?

Themenbereiche

Zu erörternde Themenbereiche sind Massenverbrechen bei der Evakuierung in Osteuropa und Italien seit 1943, in Westeuropa seit Mitte 1944 und im Deutschen Reich 1945– – etwa die „Todesmärsche“ von Häftlingen, die letzten Mordaktionen in den unterschiedlichen Lagertypen oder die Tötung von unbotmäßigen Deutschen, die z.B. in den letzten Kriegsmonaten der Desertion oder des Defätismus verdächtigt wurden. Besonders sollen dabei Themen berücksichtigt werden, die bisher noch wenig erforscht sind, etwa die Gewalt an Kriegsgefangenen, Gefängnisinsassen oder Zwangsarbeitskräften in dieser letzten Phase des Zweiten Weltkriegs. Erwünscht sind Analysen von Interaktionen dieser Formen von Gewalt nicht nur auf der Mikroebene, sondern auch in größeren Zusammenhängen.

Technisches

Die Konferenzsprachen sind Deutsch und Englisch.

Bewerbungen sollten in deutscher oder englischer Sprache verfasst sein und einen Abriss des Themas von höchstens 600 Wörtern sowie einen kurzen Lebenslauf und eine kurze Liste der bisherigen Veröffentlichungen enthalten. Bitte senden Sie Ihre Bewerbung in einer PDF-Datei per E-Mail mit dem Betreff „HGM-VWI-Conference 2025“ bis spätestens 15. Juli 2024 an cfp@vwi.ac.at.

Über die Annahme der Vorschläge entscheidet eine von den Veranstaltern eingesetzte Jury. Sie erhalten umgehend eine Bestätigung über den Eingang Ihres Vorschlags. Sollten Sie keine Bestätigung erhalten, senden Sie bitte eine Erinnerungs-E-Mail.

<https://vwi.ac.at>

Zitation

Kriegsendverbrechen. Der Rückzug der Wehrmacht und die letzte Phase des Zweiten Weltkriegs., In: H-Soz-Kult, 29.05.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-144438.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de

23) Wahrnehmung der Geschichte als Triebfeder des Handelns

Die Universität Hamburg und die Universität Bordeaux-Montaigne/ L'Université de Hambourg et l'Université Bordeaux-Montaigne

Veranstaltungsort Bibliothek des Warburg-Hauses (Heilwigstraße 116, 20249 Hamburg)/
la bibliothèque du Warburg-Haus (Heilwigstraße 116, 20249 Hamburg)
20249 Hamburg

Findet statt in Präsenz

Vom - Bis

19.06.2025 - 21.06.2025

Frist 15.09.2024

Von

Christina Nissen

Wahrnehmung der Geschichte als Triebfeder des Handelns

Die Universität Hamburg und die Universität Bordeaux-Montaigne, die im Jahr 2025 das zehnjährige Jubiläum des von der Deutsch-Französischen Hochschule geförderten deutsch-französischen Geschichtsstudiengangs „HamBord“ feiern, veranstalten vom 19. bis 21. Juni 2025 in der Bibliothek des Warburg-Hauses (Heilwigstraße 116, 20249 Hamburg) eine internationale Tagung für Doktoranden und junge Doktoren zum epochenübergreifenden Thema „Wahrnehmung der Geschichte als Triebfeder des Handelns“ (Alte, Mittlere und Neuere Geschichte).

Wahrnehmung der Geschichte als Triebfeder des Handelns

Ziel dieser Tagung ist es, im Rahmen einer Reflexion über die Geschichte und Zukunft Europas herauszuarbeiten, inwiefern der Blick auf die Vergangenheit zu allen Zeiten das Handeln bestimmt hat. Oft wurden Verweise auf die Vergangenheit genutzt, um Konflikte zu schüren, Kriege zu rechtfertigen oder Antagonismen aufrecht zu halten. Dies ist jedoch nur ein Aspekt der historischen Realität. Der ehemalige Präsident der Französischen Republik Georges Pompidou war der Meinung, dass „glückliche Menschen keine Geschichte haben“: Tatsächlich wurden die Momente, in denen die Vergangenheit genutzt wurde, um gemeinsame Projekte zu schmieden, weniger untersucht. Dieses Treffen möchte daher unter anderem auch dazu beitragen, diese Lücke zu schließen.

Dabei wird es sowohl um die Wahrnehmung der Vergangenheit in den unterschiedlichen Gesellschaftsschichten gehen (vom einfachen Bürger bis zu den politisch Verantwortlichen oder anderen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens), als auch um die Art und Weise, wie man sich zu diesem Thema äußert oder geäußert hat (unabhängig von der Art und Weise der Kommunikation: schriftlich, bildlich und/oder akustisch) und um die historiografische Produktion, die ein bestimmtes Denken und Handeln sowohl initiieren als zu seiner Ablehnung führen kann. Ein besonderes Augenmerk wird auf Deutschland und Frankreich gelegt, dies ist jedoch keineswegs ein exklusiver Ansatz: Das Untersuchungsgebiet erstreckt sich über ganz Europa und Beiträge, die eine Reflexion über die Geschichte anderer Länder integrieren, sind willkommen!

Diese Tagung zur Wahrnehmung der Geschichte als Triebfeder des Handelns widmet sich also sowohl der Benutzung der Vergangenheit (wie oder wodurch auch immer), als auch der Benutzung der Geschichte (als Schilderung der Vergangenheit) und der Historiographie (als Wissenschaft der Vergangenheit), von der Antike bis heute, gleich ob die jeweils handelnden Personen nun kriegerische oder friedliche, pragmatische oder utopische Absichten verfolgen... Es geht darum, die Entstehung Europas in seiner historischen Dimension besser zu verstehen und über seine mögliche Zukunft nachzudenken.

Die Dauer der Vorträge auf Französisch, Deutsch oder Englisch beträgt 30 Minuten; im Rahmen eines speziellen Workshops für Oberstufenschülerinnen und -schüler aus Hamburg und Umgebung sowie für Studierende des Studiengangs „HamBord“ werden die Teilnehmer zudem die Möglichkeit haben, ihr Forschungsthema mit einem jüngeren Publikum zu diskutieren. Die Reisekosten und die Unterbringung der Referenten werden übernommen; zu diesem Zweck werden die Veranstalter einen Förderantrag u.a. bei der Deutsch-Französischen Hochschule einreichen.

Seite B 51 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Alle, die mit einem Vortrag an der Tagung „Wahrnehmung der Geschichte als Triebfeder des Handelns“ teilnehmen möchten, sind eingeladen, bis spätestens 15. September 2024 folgende Unterlagen an philippe.depreux@uni-hamburg.de, karine.sion-jenkis@u-bordeaux-montaigne.fr und nicolas.patin@u-bordeaux-montaigne.fr zu senden:

- Lebenslauf;
- Zusammenfassung der Dissertation (in Vorbereitung oder seit weniger als sechs Jahren abgeschlossen);
- Titel der vorgeschlagenen Kommunikation mit knapper Darstellung ihres Inhalts.

<https://www.geschichte.uni-hamburg.de/internationales/ba-hambord.html>

<https://formations.u-bordeaux-montaigne.fr/fr/catalogue-des-formations/licence-XA/licence-hambord-KX5X64G1.html>

Kontakt

philippe.depreux@uni-hamburg.de
karine.sion-jenkis@u-bordeaux-montaigne.fr
nicolas.patin@u-bordeaux-montaigne.fr

Zitation

Wahrnehmung der Geschichte als Triebfeder des Handelns., In: H-Soz-Kult, 30.05.2024, www.hsozkult.de/event/id/event-144474.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

01) 18. Werkstattgespräch zur DDR Planungsgeschichte

Organisatoren Stefanie Brünenberg, Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung; Harald Engler, Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung; Piotr Kisiel, Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung
Erkner

Fand statt Hybrid

Vom - Bis

11.04.2024 - 12.04.2024

Von

Paul Treffenfeldt, Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung (IRS)

Das 18. Werkstattgespräch zur DDR-Planungsgeschichte am Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung (IRS) wurde nach einer Begrüßung von Kerstin Brückweh, von STEFANIE BRÜNENBERG (Erkner) und HARALD ENGLER (Erkner) eröffnet. Sie betonten, dass das 18. Werkstattgespräch im Zeichen neuer Forschungen zur DDR-Planungsgeschichte stand und diese einer kritischen Betrachtung im Rahmen aktueller Debatten in Forschung und Gesellschaft unterzogen werden sollte. Die spezielle Zusammensetzung der Teilnehmenden aus Zeitzeugen und Forschern, die das Werkstattgespräch auszeichnet, boten hierfür interessante Voraussetzungen.

Die erste Sektion zu Bürgerbeteiligung und Protest in der Stadtplanung der DDR eröffnete MATTHIAS GRÜNZIG (Berlin) mit einem Beitrag zur Einflussnahme organisierter Kleingartenbesitzer auf die Bebauungspläne der DDR in den Siebzigerjahren. Der Wohnungsbau in Ost-Berlin sollte massiv ausgeweitet werden und hierfür sollten insbesondere Kleingartensiedlungen verlegt werden, wogegen sich wiederum schnell Widerstand regte. Insbesondere über das Mittel der Bürgereingaben konnten sich die Protestierenden Gehör verschaffen und waren durchaus erfolgreich mit ihren Interventionen. Mit seiner Fallstudie lieferte Matthias Grünzig einen interessanten Einblick in die Verwaltungsvorgänge und Machtverhältnisse der DDR und die Möglichkeiten und Grenzen der Bürgerbeteiligung. Er attestierte besonders in Bezug auf die Stadtplanung eine rege Protestkultur in den Siebzigerjahren. Aus dem Vortrag entspann sich sogleich eine kontroverse Debatte über das Verhältnis der Protestler zum DDR-Staat und die Möglichkeit zur Durchsetzung von Partikularinteressen. So habe es häufig stark widerstreitende Interessen gegeben, die deutlich – wenn auch häufig nicht öffentlich – konkurrierten.

JANNIK NOESKE (Weimar) gab einen Überblick zum vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Projekt „Stadtwnende“. Er beleuchtete den Zusammenhang zwischen dem Altstadtverfall in verschiedenen Städten Ostdeutschlands und den in diesen Städten aktiven Bürgerbewegungen zum Erhalt dieser Altstädte. Der Zuschnitt des Projekts war hierbei durchaus innovativ: Unter Einbeziehung ehemalig beteiligter Bürgern und anderen Interessierten wurde eine Wanderausstellung konzipiert, die wiederum dazu diente, mit anderen interessierten Personen oder Zeitzeug:innen ins Gespräch zu kommen. Am Beispiel der Proteste für den Erhalt und die Sanierung von Altstädten in der DDR charakterisierte Noeske verschiedene Beteiligungs- und Protestformen. Er argumentierte, dass diese Gruppen am Ende der Achtzigerjahre in einer

Seite B 53 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Zeit agierten, in der sich Diskursräume sukzessiv öffneten. Auch nach der „Wende“ blieb das Thema der Altstadtsanierung wichtig und wurde weiterhin stark politisiert. Zudem traten in den Neunzigerjahren vermehrt westdeutsche Akteure auf, die sich in ambivalenter Rolle und zumeist mit anderen Verwertungszielen an der Sanierung beteiligten.

Die zweite Sektion widmete sich der Rolle von Einfamilienhäusern in der DDR und wurde von ELKE RICHTER (Dessau) eröffnet. Sie stellte ein Bauprogramm von Einfamilienhäusern in der DDR von 1949-1953/61 vor. In einem speziellen Förderprogramm sollte es der „schaffenden Intelligenz“ der DDR ermöglicht werden, Einfamilienhäuser zu beziehen. Dies sollte auch dazu dienen, diese Personengruppe an die DDR zu binden, indem sie auf materieller Basis eine bevorzugte Behandlung erhielten. Dass diese Personen nach Ansicht der Entscheider in der DDR gewissermaßen selbstverständlich in Einfamilienhäusern leben und arbeiten wollte wurde wenig kritisch hinterfragt. Es wurden Vorstellungen darüber, wie die „schaffende Intelligenz“ leben sollte, auf die betreffenden Personen projiziert. Im Kontext des Bauprogramms entstanden mehrere Einfamilienhaussiedlungen in Berlin und anderen Städten. Elke Richter bemerkte, dass das Einfamilienhaus eine vom Kapitalismus geprägte Bauform sei, die nicht ohne weiteres für die sozialistische Organisationsform der DDR adaptiert werden konnte. Insbesondere spezifische Fragen wie die Finanzierungsmodelle, die Konditionen für die Kreditvergabe oder die Eigentumsverhältnisse der Bauten waren strittig oder blieben ungeklärt.

MAREN WEISSIG (Dresden) beleuchtete ein vornehmlich ab den Siebzigerjahren bestehendes Programm zum Eigenheimbau. Unter der aktiven Beteiligung der Wohnraumsuchenden wurden Wohnbauprogramme aufgelegt, welche den selbst durchgeführten Eigenheimbau fördern sollten. Die Programme enthielten etwa günstige Kreditkonditionen und relativ niedrige bürokratische Auflagen für den Eigenheimbau. Obwohl die Bauten auf typisierten Modellen basierten, entwickelte sich durch den Eigenanteil im Bau eine erstaunliche Anzahl von Varianten. Unterschiedliche regionale Bedingungen und Materialunterschiede verschärften diesen Trend. So entfernte sich die Bebauung in den verschiedenen Regionen weit von einer ursprünglich angedachten vereinheitlichten Bebauung.

Die dritte Sektion widmete sich der medialen und architekturtheoretischen Rezeption des DDR-Bauerbes. SIGRUN LEHNERT (Bamberg) präsentierte Überlegungen zur Darstellung von Großbaustellen in Ost und West in der Kino-Wochenschau und arbeitete deutliche Unterschiede in den verschiedenen Wochenschauen heraus. So unterschied sich die Darstellung in der DDR- Wochenschau „Der Augenzeuge“ stark von seinen westdeutschen Pendanten. Während die DDR den Fokus insbesondere auf die Großbaustellen sozialistischer Prestigeobjekte richtete, bemühten sich die Macher der Wochenschau in der BRD zum Beispiel, den Wert des Marshallplans für den Wiederaufbau der deutschen Städte zu betonen. In der Darstellungs- und Erzählweise lassen sich Lehnert folgend Entwicklungstendenzen ablesen, die mit den gesellschaftlichen Trends in den jeweiligen Staaten korrespondierten.

HARALD KEGLER (Dessau) wies in seinem Vortrag auf eine aus seiner Sicht dringend zu bearbeitende Forschungslücke hin: die Geschichte und die Rezeption der Architekturtheorie der DDR zwischen 1980 und 2000. Er charakterisiert dieses seiner Ansicht nach vernachlässigte Forschungsfeld und stellte ein Projekt zur Analyse dieser Forschungslücke vor. Die zentralen Theoretiker, die zu historisieren seien, sind die beiden Architekturtheoretiker Lothar Kühne und Bruno Flierl. Trotz des frühen Stadiums des Projekts konnte Kegler schon einige Anknüpfungspunkte für die Erforschung und einen Ausblick auf den möglichen Quellenkorpus geben. So könnten Universitätslehrpläne und

Seite B 54 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Zeitschriften, die sich mit Architekturtheorie befassten, den Mittelpunkt des Quellenkorpus bilden. Interessant war die Anmerkung Keglens, dass insbesondere nach 1990 die Rezeption der besagten Architekturtheorie deutlich abnahm – weswegen eine Einbettung der Thematik in die Transformationsforschung nach 1990 mit Sicherheit interessant wäre.

Die vierte Sektion des Tages befasste sich mit digitalen Methoden zur DDR-Planungsgeschichte und lieferte so Einblick in interessante innovative Ansatzpunkte für neue Forschung zur Thematik. RITA GUDERMANN und PAUL PERSCHKE (beide Erkner) präsentierten das mit den Wissenschaftlichen Sammlungen des IRS durchgeführte Citizen-Science-Projekt „CitizenArchives“, bei dem Bürgern die Möglichkeit erhielten, bei der Erschließung und Beschreibung von Archivalien selbst tätig zu werden. Das Projekt wurde sehr gut angenommen und evaluiert sowie eine Möglichkeit zum Einsatz des Konzepts in anderen Archiven vorgestellt.

THOMAS BEUTELSCHMIDT (Berlin) stellte im Anschluss das Projekt zur Online-Dokumentation des in jüngster Zeit höchst umstrittenen Denkmalorts „Generalshotel“ auf dem Flughafen Schönefeld vor, die ab Sommer öffentlich zugänglich sein soll. Durch die Dokumentation bleibt der Ort trotz des im Januar 2024 abgeschlossenen Abrisses zu einem gewissen Grad erlebbar und wird zumindest im digitalen Raum konserviert. Beutelschmidt diskutierte anhand seines Vortrags auch im allgemeineren Sinne Chancen und Nutzen einer solchen Art von Online-Dokumentation, um verlorenes bauliches Erbe zugänglich zu erhalten.

Der erste Tagungstag wurde durch eine Podiumsdiskussion unter dem Titel „DDR-Architektur im Rückblick: Von der pauschalen Abwertung über die wachsende Wertschätzung seit den 2000er Jahren – und zurück?“ abgeschlossen. Nach einem kurzen thematischen Einstieg von Stefanie Brünenberg, führten die Teilnehmenden KERSTIN BRÜCKWEH (Erkner), DÖRTE GRIMM (Pritzwalk), WOLFGANG KIL (Berlin), und MARTIN MALESCHKA (Eisenhüttenstadt) eine pointiert geführte Debatte über das bauliche Erbe der DDR und den Umgang damit seit den Neunzigerjahren. Sie schlossen aber auch an größere Diskurslinien um die Transformationszeit und den Umgang mit dem politischen und ökonomischen Erbe der DDR an.

Die fünfte Sektion am darauffolgenden Tag wurde von GEORG BALZER (Berlin) eröffnet. Anlässlich des 50. Jubiläums der Grundsteinlegung des Wohngebiets Fennpfuhl in Berlin-Lichtenberg richtete er einen Blick zurück auf die Geschichte und die Besonderheiten der Siedlung. Im anschließenden Vortrag blickte EDOUARD COMPERE (Berlin) auf die Geschichte des Wohnkomplexes Leipziger Straße in Ost-Berlin, der von 1969–1979 erbaut wurde. Er arbeitete insbesondere die Besonderheiten des Wohnkomplexes in Planung und Realisierung heraus, etwa zur realisierten Baukunst im Projekt. Weiterhin beleuchtete er die nachträgliche Verdichtung des Gebietes in den Neunzigerjahren. Zum Abschluss gab Edouard Compere einen durchaus vielschichtigen Ausblick auf weitere Forschungsmöglichkeiten rund um den Wohnkomplex. Etwa zu den sozialen Beziehungen innerhalb des Komplexes, oder aber das spezielle Verhältnis dieses Zentrums Ost-Berlins zur Peripherie der DDR.

Die Sektion beendete PETER LEONHARDT (Leipzig) mit einer Diskussion des Generalbebauungsplans für Leipzig aus dem Jahr 1970. Er beleuchtete sowohl die Entstehung, die Planung und die Umsetzung beziehungsweise Nichtrealisierung des Plans und stellte ihn in den breiteren Kontext von Bebauungsplänen in der DDR insgesamt. Die Planungen zum sozialistischen Stadtumbau waren für eine ganze Reihe von Städten unter Walter Ulbricht erstellt worden und wurden nach dessen Entmachtung weitgehend verworfen, weswegen der Umbau vielerorts unvollständig blieb – so auch in Leipzig.

In der sechsten Sektion nahmen die Vortragenden die internationale Dimension von Planungsgeschichte in das Blickfeld. Den Anfang machte CHRISTIANE FÜLSCHER (Dortmund) mit einem Vortrag zur Planungsabteilung im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, die in besonderem Maße den staatlichen Repräsentationsbau im Ausland prägte. Sie wies deutlich auf die verschiedenen ökonomischen Startbedingungen der beiden deutschen Staaten hin und argumentierte, dass sich dies auch in Art und Weise des Repräsentationsbaus widerspiegelte. So konnte die DDR nur auf sehr begrenzte Mittel zurückgreifen. Fülcher machte dies am Beispiel des sehr lange nicht realisierbaren Versuchs deutlich, eine Botschaft der DDR in Polen zu errichten. Mit dem Fokus des Vortrags konnte Fülcher den politischen Charakter der Architektur herausstellen. Sie charakterisierte den Botschaftsbau als Instrument und repräsentatives Projekt, um außenpolitische Isolation zu überwinden.

EISKE SCHÄFER (Berlin) untersuchte Leben und Wirken von vier Architektinnen aus der DDR und der VR Polen in der unmittelbaren Nachkriegszeit, mit einem besonderen Fokus auf Kontinuitäten und Brüche im Angesicht eines neuen politischen Systems. Anhand der vier Architektinnen untersuchte sie Ideen und Konzepte in der Architektur und ihr Verhältnis zum Sozialismus. Weiterhin berührte sie wichtige Fragen der Rolle von Frauen in den frühen sozialistischen Gesellschaften. Insbesondere für die Frühphase der DDR attestierte sie einen durchaus nutzbaren Freiraum für individuelles Arbeiten, allerdings war auch weiterhin eine starke Kontinuität alter Rollenbilder zu attestieren. Dazu passte etwa auch, dass zum Beispiel vermehrt Orte, in denen Care-Arbeit verrichtet wurde - wie Kindergärten - von Architektinnen geplant wurden.

Die abschließende siebte Sektion zur Denkmalpflege in der Transformationszeit leitete JAN NISSEN (Neubrandenburg/Berlin) mit einem Vortrag zur baulichen Transformation in den Bezirksstädten Brandenburgs ein und richtete somit ein neues Schlaglicht auf diese kleineren, häufig weniger beachteten Städte. Er zeichnete für diese Bezirksstädte ein durchaus ambivalentes Bild, was Brüche und Kontinuitäten anging. So habe es zwar häufig Abrisse gegeben, aber von einer vollständigen Tilgung der DDR-Architektur könne nicht die Rede sein. Er betonte, dass der Umgang mit Gebäuden in der Transformationszeit auch stark davon abhängig gewesen sei, in welchem Besitzstand die betreffenden Gebäude fielen. So seien umfassende Sanierungsmaßnahmen besonders bei Gebäuden erfolgt, die auch in den Neunzigerjahren in öffentlichem Besitz blieben.

Im letzten Vortrag stellte ULRICH BÜCHOLDT (Dortmund) das Projekt „Realglas“ vor, das sich für Erhalt und Restaurierung der sogenannten „Blankenburger Fassade“ am Beispiel von Bauobjekten in Plauen einsetzt. Diese Aluminium-Glas-Vorhangfassade gelte als Ausdruck einer fortschreitenden Industrialisierung des Bauens in der DDR.

Das 18. Werkstattgespräch zur DDR-Planungsgeschichte gab einen interessanten und vor allem interdisziplinär angelegten Einblick in die aktuellen Forschungsdebatten. Es gelang, die Debatten und Kontroversen produktiv zu nutzen, die zum einen inhaltlicher Natur waren, aber auch aus den verschiedenen Zugängen zur Forschung und zur Vergangenheit der Teilnehmenden entsprangen. Es wurde deutlich, dass es durchaus Dissens zwischen Zeitzeugen und Forschenden auszuräumen gab und auf eine abwägende Kommunikation von Forschungsergebnissen wert gelegt wurde. Auffällig war weiterhin, wie schnell auch kleinteiligere und letztlich recht spezielle Forschung zur DDR, insbesondere dann, wenn es um die Transformationszeit geht, kontroverse Debatten über den Charakter dieses Staates an sich und zum Verhältnis des vereinigten Deutschlands zur DDR-Vergangenheit entwickeln. Um dem Titel des Werkstattgesprächs stärker zu entsprechen, wäre es in Zukunft gegebenenfalls ratsam, offenere Debattenformate zu entwickeln, sodass die

Seite B 56 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

verschiedenen Akteure ins Gespräch kommen können und so noch mehr von der besonderen Zusammensetzung des Teilnehmerfeldes profitieren können.

Konferenzübersicht:

Stefanie Brünenberg (Erkner) / Harald Engler (Erkner): Einführung

Erste Sektion: Bürgerbeteiligung und -proteste in der Stadtplanung

Matthias Grünzig (Berlin): Bürgerproteste und Stadtentwicklung in Ost-Berlin

Jannik Noeske (Weimar): Bürgerengagement und Stadterneuerung in einer langen Geschichte der Wende. Das Forschungsprojekt Stadtwende (2019-2023)

Zweite Sektion: Einfamilienhäuser in der DDR

Elke Richter (Dessau): Homeoffice im Herrenzimmer. Das Einfamilienhausprogramm für die „schaffende Intelligenz“ in der DDR 1949-1953/61

Maren Weissig (Dresden): Eigenheim selbst gebaut. Die Landschaft der Einfamilienhäuser in der DDR

Dritte Sektion: Mediale und architekturtheoretische Rezeption

Sigrun Lehnert (Bamberg): Architektur und Bauen in der Kino-Wochenschau (1950-1965)

Harald Kegler (Dessau): Geschichte und erste Rezeption der Architektur- Theorie der DDR zwischen 1980 und 2000

Vierte Sektion: Digitale Methoden zur DDR-Planungsgeschichte

Rita Gudermann (Erkner) / Paul Perschke (Erkner): Bürger*innen erschließen Architektur und Alltag der DDR – Citizen Science (Ansätze) in den Wissenschaftlichen Sammlungen des IRS

Thomas Beutelschmidt (Berlin): Der Denkmalort „Generalshotel“ – eine Dokumentation Online

Fünfte Sektion: Wohnungsbau und gesellschaftliche Teilhabe

Georg Balzer (Berlin): 50 Jahre Wohngebiet Fennpfuhl

Edouard Compere (Berlin): Stadtrand, Stadtkrone, Stadtzentrum. Der Wohnkomplex Leipziger Straße und seine Beziehungen zum Ost-Berliner Stadtzentrum

Peter Leonhardt (Leipzig): Der Generalbebauungsplan für Leipzig aus dem Jahr 1970 und die Rolle der Generalbebauungsplanung in der DDR

Sechste Sektion: Architektinnen und Institutionen in der internationalen Planung

Christiane Fülcher (Dortmund): Die Planungsabteilung im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten

Seite B 57 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Eiske Schäfer (Berlin): Lost female Future? Architektinnen und Utopien in der DDR und der VR Polen 1945–1955

Siebte Sektion: Transformation und Denkmalpflege des DDR-Bauerbes

Jan Nissen (Neubrandenburg / Berlin): Im Kern: Kontinuität. Zur Entwicklung der Zentren ehemaliger DDR-Bezirksstädte nach der Wende

Ulrich Bücholdt (Dortmund): REALGLAS – Eine Zukunft für die Blankenburger Fassade

Zitation

Paul Treffenfeldt, Tagungsbericht: *18. Werkstattgespräch zur DDR Planungsgeschichte*, In: H-Soz-Kult, 18.05.2024, www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-144168.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

02) Die Reichswehr als „Staat im Staat“

Forschungsstelle Weimarer Republik an der Friedrich-Schiller-Universität Jena;
Dokumentationszentrum Topographie des Terrors; Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (Dokumentationszentrum Topographie des Terrors)

Ausrichter Dokumentationszentrum Topographie des Terrors
10963 Berlin

Fand statt in Präsenz
Vom - Bis
17.04.2024

Von
Markus Pöhlmann, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr,
Potsdam

Die Forschungsstelle „Weimarer Republik“ an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und das Forschungsprojekt „Reichswehr. Die Republik und ihre Streitkräfte, 1919 bis 1935“ des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr richteten am 17. April 2024 einen Workshop zum Quellen- und zum politik- beziehungsweise geschichtswissenschaftlichen Forschungsbegriff „Staat im Staat“ aus. Die Ausgangslage für den Workshop bildete die unabhängig voneinander an beiden Forschungseinrichtungen gemachte Wahrnehmung, dass der Begriff „Staat im Staat“ mit Blick auf die Reichswehr gleichermaßen von erstaunlich geringer Prägnanz sowie bemerkenswerter Langlebigkeit ist.

Die Veranstaltung fand im Dokumentationszentrum „Topographie des Terrors“ in Berlin statt. Sie bildete dort einen Teil des Rahmenprogramms zur Sonderausstellung „Gewalt gegen Weimar. Zerreißproben der frühen Republik 1918–1923“. Die Leitfragen der Veranstaltung lauteten: Wer sprach wann in welchen Diskurszusammenhängen vom „Staat im Staat“? Was war damit gemeint? Und: Wie ist der analytische Wert für die Forschung zu Militär und Staatlichkeit im 20. Jahrhundert einzuschätzen?

Die einführende Sektion beleuchtete die Grundzüge von Staatlichkeit und zivil-militärischen Verhältnissen in Deutschland sowie die Ausgangslage für die Rede vom „Staat in Staat“ in

Seite B 58 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Weimar. ANDREAS BRAUNE (Jena) plädierte in seinem Vortrag dafür, sich bei der Erforschung der zivil-militärischen Verhältnisse auf das Gewaltmonopol als Leitbegriff zu konzentrieren. PIERRE KÖCKERT (Potsdam) arbeitete heraus, dass der Begriff „Staat im Staat“ bereits in der politischen Debatte des Kaiserreiches fest verankert war. Es beinhaltete die klassische Militarismuskritik und deren Hinweis auf die teilweise extrakonstitutionelle Stellung der Streitkräfte. Dazu zählte aber auch der Vorwurf parallelgesellschaftlicher Abschottungsbestrebungen an den Katholizismus und die Vorstellung, Sozialdemokratie und Gewerkschaften bildeten in der Verschränkung von parteipolitischer, arbeitsweltlicher Interessenvertretung und kultureller Milieubildung einen „Staat im Staat“ aus. Ein solcher Vorwurf konnte aber auch im Zusammenhang mit konkreten wirtschaftspolitischen Ordnungsvorstellungen von Kartellen und Monopolen formuliert werden. Zudem ließe sich schon für die Epoche von 1871 bis 1918 eine verschwörungserzählerische Tendenz feststellen.

Die zweite Sektion widmete sich der politischen Debatte in der Weimarer Republik selbst. Für die Publizistik des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“ vermochte SEBASTIAN ELSBACH (Jena) den Kampfbegriff nicht auszumachen. Stattdessen forderte der republikanische Wehrverband von der Reichswehr ihre Demokratisierung und Neutralität. Elsbach wies darauf hin, dass die Autoren aus dem Umfeld des „Reichsbanners“ auch militärimmanent argumentierten, wenn sie etwa darauf verwiesen, dass eine abgekapselte „Bürgerkriegsarmee“ zur Erfüllung ihres eigentlichen militärischen Auftrags wenig taue.

AXEL MÖSSINGER (Jena) präsentierte die wehrpolitischen Positionen der politischen Linken, die sich in der Regel von zwei Sehepunkten aus blickend – dem pazifistischen und dem ideologischen – in einer Fundamentalkritik der Reichswehr trafen. Wie auch sein Vorredner verwies Mössinger auf die starke Emotionalität der Debatte, die in Zukunft für eine Militärgeschichte der Gefühle von Interesse sein könnte.

Mit Generaloberst Hans von Seeckt, dem Chef der Heeresleitung in den Jahren 1920 bis 1926, stellte CHRISTIAN STACHELBECK (Potsdam) den vermeintlichen *Spiritus rector* der Reichswehr als „Staat im Staat“ vor. Dieser habe zwar mit seiner Unterscheidung von „Politik“ und „Parteienpolitik“ einen klassischen Topos der konservativen Demokratiekritik bedient. Stachelbeck empfahl aber, neben den bis heute wirkmächtigen militärpolitischen Schriften Seeckts und der methodisch problematischen Biografie von Friedrich von Rabenau stärker auch normative militärische Quellen aus der Konsolidierungsphase der Reichswehr wie etwa Vorschriften und Handreichungen zur politischen Bildung zu berücksichtigen. Aus diesen ließe sich durchaus eine staatspolitische Annäherung der Reichswehr an die Republik herauslesen.

Einen Überblick über konservative und rechte Positionen bot dann DENNIS WERBERG (Potsdam). Mit Ausnahme der frühen national-revolutionären Schrift von Helmut Franke „Staat im Staate. Aufzeichnungen eines Militaristen“ von 1924 traten Vertreter aus diesem politischen Spektrum in der Regel dem Vorwurf, die Streitkräfte würden sich von der Republik bewusst abkapseln, entgegen. Dies ergab sich schon aus ihrer eigenen politischen Verortung. Konservative und rechte Politiker und Wehrpublizisten standen zwar der Republik kritisch oder ablehnend gegenüber. Gleichzeitig war ihr Bekenntnis zum Staat als solchem aber meist so fundamental, dass ihnen dies die Vorstellung einer Absonderung des Soldaten beziehungsweise des Militärs vom Staat verbat.

Die Wiederkehr des „Staat im Staat“ in der politischen Debatte in der Bundesrepublik untersuchte CHRISTOPH NÜBEL (Potsdam). Hier seien eindeutige Konjunkturen festzustellen, zu denen die Wehrdebatte der Jahre 1952–1957, die Kontroverse um entsprechende Warnungen des damaligen Wehrbeauftragten Hellmuth Heye 1964 und die

Aussetzung der Wehrpflicht 2011 zählen. Nübel arbeitete für die bundesdeutsche Debatte drei Kennzeichen heraus: erstens die alarmistische Intention der frühen Jahre mit der Warnung vor einer möglichen Rückkehr alter Eliten im Militär; zweitens die Einordnung in die größere „Bonn ist nicht Weimar“-Debatte; und drittens die neuartigen internationalen Bezugnahmen, die sich aus der Rezeption der Theorie zivil-militärischer Beziehungen – namentlich Samuel P. Huntington – speisten.

Die erkrankte Dorothee Hochstetter verwies in ihrem schriftlichen Impuls außerdem auf die Forschungen zur Diskurslinguistik. Wenn man den „Staat im Staat“ als Topos verstehe, dann ließe sich dessen Entwicklung zum argumentativen Gewohnheitswissen erklären, das heute weitgehend ohne Bezug auf Weimar oder die Reichswehr auskomme.

Mit Blick auf die frühe Geschichtsschreibung in der Bundesrepublik stellte DENNIS WERBERG (Potsdam) fest, dass die historiografischen Konjunkturen denen der parlamentarischen Debatte weitgehend entsprachen. Zwei nachhaltig die Forschung beeinflussende Publikationen, die Quellenedition „Heer und Republik“ von Otto-Ernst Schüddekopf von 1955 und Francis L. Carstens „Reichswehr und Politik 1918–1933“ von 1964 verwendeten beide prominent und einigermmaßen unreflektiert den Quellenbegriff der Weimarer Jahre.

Die Forschungen von Michael Geyer bedeuteten dann Anfang der 1980er-Jahre für die Reichswehr-Forschung eine bedeutende Zäsur, wie FRANK REICHERZER (Potsdam) in seinem Beitrag feststellte. An die Stelle der Annahme einer starken zivil-militärischen Dichotomie trat nun das Augenmerk auf einen prinzipiellen Wehrkonsens, die Ausrichtung der Streitkräfte auf den Krieg und die Tendenzen der Selbstermächtigung von zivilen Experten im Feld des Militärs. Reichherzer plädierte deshalb dafür, stärker sektorale Autonomien und Prozesse der Kopplungen zu beforschen.

Die Diskussionen im Workshop eröffnete schließlich den Weg zu einer politik- und geschichtswissenschaftlichen Arbeitsdefinition: Der Begriff „Staat im Staat“ bezeichnet demnach im weiteren Sinn das Ergebnis der Bestrebungen von sozialen Gruppen, sich innerhalb einer gegebenen staatlichen Ordnung autonome Regelungsbereiche zu schaffen. Dieser Prozess vollzieht sich hier oftmals klandestin sowie usurpierend und bietet daher Anlass zur politischen Skandalisierung beziehungsweise zur Verschwörungserzählung. In der Regel handelt es sich bei dem Begriff um eine kritische Fremdzuschreibung.

Im engeren militärpolitischen Diskurszusammenhang der Weimarer Republik versteht man unter „Staat im Staat“ das vermeintliche Ergebnis der Bemühungen der Reichswehrrführung, sich der Demokratisierung der Streitkräfte und damit dem Primat der Politik zu entziehen.

Wer im zeitgenössischen politischen, aber auch im wissenschaftlichen Zusammenhang mit „Staat im Staat“ argumentiert, verweist meist auf das Festhalten an paralegalen Strukturen, auf die Praxis der Personalauswahl im Offizierskorps und die Bemühungen um eine personelle sowie materielle Rüstung, die aufgrund ihrer Nichtvereinbarkeit mit den Bestimmungen des Friedensvertrags von Versailles in Teilen nicht der verfassungsmäßigen parlamentarischen Kontrolle unterlag und in der innenpolitischen Debatte daher als „Geheimrüstung“ kritisiert werden konnte.

Die Rede vom „Staat im Staat“ kann daher zunächst einmal als Indiz für die Verdichtung von Staatlichkeit, vor allem aber für Regelungslücken beziehungsweise Krisen in den zivil-militärischen Verhältnissen gewertet werden. Als Topos in der deutschen Debatte zeichnet

sich „Staat im Staat“ durch seine Langlebigkeit und seine wachsende inhaltliche Beliebigkeit aus. Weitgehend Einigkeit bestand darüber, dass er damit als Analysebegriff für die Forschung und die historische Bildung gleichermaßen untauglich ist.

Für die Geschichtswissenschaft mahnte Christoph Nübel eine stärkere Rezeption der sozial- und politikwissenschaftlichen Forschungen zu zivil-militärischen Beziehungen an. Rüdiger Bergien regte an, sich mit Blick auf Weimar stärker mit dem Konzept des „Tiefen Staates“ zu befassen. Der Vorteil liege dabei in der Zentralität von militärisch-administrativen Netzwerken sowie in der Betonung der Gleichzeitigkeit von öffentlicher und geheimer Praxis.

Mit Blick auf die Reichswehr erschien „Staat im Staat“ auch deshalb als Forschungsbegriff untauglich, weil damit die vermeintlichen militärischen Aspirationen bestenfalls für einen sehr begrenzten Zeitabschnitt angesprochen werden können – nämlich nur für die Jahre 1924 bis 1928. Markus Pöhlmann wies darüber hinaus darauf hin, dass der Topos vom „Staat im Staat“ auch nur für eine sehr geringe Zahl von militärischen Handlungsfeldern formuliert werde, nämlich einzelne Sonder- und Nebenrechte sowie die personelle und materielle Rüstung. Die sehr viel weiterreichende Qualifizierung der Reichswehr als „Staat im Staat“ lasse sich so schwerlich begründen. Schließlich wurde in der Diskussion eine stärkere Berücksichtigung der zivil-militärischen Verhältnisse in anderen Staaten angemahnt, wodurch sich mögliche nationale Besonderheiten, aber auch internationale Übereinstimmungen präziser bestimmen ließen. Im Ergebnis diente der Workshop also einer präziseren Begriffsbestimmung des Quellenbegriffs „Staat im Staat“ und resultierte gleichzeitig in einer weitgehenden Infragestellung seines Wertes als Forschungsbegriff.

Konferenzübersicht:

Staatlichkeit und zivil-militärische Verhältnisse unter besonderer Berücksichtigung der Weimarer Republik

Andreas Braune (Jena): Das Gewaltmonopol in Deutschland

Pierre Köckert (Potsdam): Die politische Debatte im Deutschen Kaiserreich

Die politische Debatte in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus

Sebastian Elsbach (Jena): Reichsbanner und republikanische Positionen

Axel Mössinger (Jena): Linke Positionen

Dennis Werberg (Potsdam): Konservative und rechte Positionen

Christian Stachelbeck (Potsdam): Die Position des Chefs der Heeresleitung Hans von Seeckt

Die politische und Forschungsdebatte in der Bundesrepublik

Christoph Nübel (Potsdam): Die wehrpolitische Debatte in der frühen Bundesrepublik

Dennis Werberg (Potsdam): Die frühe bundesdeutsche Geschichtsschreibung nach 1945

Frank Reichherzer (Potsdam): Geschichtsschreibung unter dem Bellizismus-Paradigma

Zitation

Markus Pöhlmann, Tagungsbericht: *Die Reichswehr als „Staat im Staat“*, In: H-Soz-Kult, 23.05.2024, www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-144157.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

03) Nähe und Distanz in der Arbeit mit mündlichen Quellen. Treffen des Netzwerk Oral History

Oral-History-Forschungsstelle der Universität Erfurt; Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg; Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung

Erfurt

Fand statt in Präsenz

Vom - Bis

21.03.2024 - 22.03.2024

Von

Elena Marie Elisabeth Kiesel / Jan Daniel Schubert, Historisches Seminar, Universität Erfurt

Das passende Verhältnis von Nähe und Distanz ist „eine der großen Herausforderungen der Oral History“, konstatierten STEFAN MÜLLER (Bonn) und LINDE APEL (Hamburg) bei ihrer Begrüßungsrede zum 12. Treffen des Netzwerks Oral History. Die Tagung mit ungefähr 70 Teilnehmenden aus insgesamt fünf Ländern gab Gelegenheit, Ambivalenzen in der Beziehung zwischen Interviewpartnern aus verschiedenen Blickwinkeln zu reflektieren. Um gehörlosen Forschern die Teilnahme zu ermöglichen, wurde die gesamte Veranstaltung professionell geschriftdolmetscht. Passend zu den Projekten der diesjährigen Gastgeberin, der Oral-History-Forschungsstelle Erfurt (OHF), lag der thematische Schwerpunkt auf ostdeutschen Erfahrungen. Eingangs betonten AGNÈS ARP (Erfurt) und CHRISTIANE KULLER (Erfurt), dass Oral History einen partizipativen Prozess von Geschichtsschreibung bedeutet, bei dem wissenschaftliche Erkenntnisse, Methoden und Theorien mit den komplexen Erfahrungen, Erinnerungen und Deutungen der Interviewpartner:innen in Beziehung gesetzt werden. Dieser Ansatz ermöglicht, der Komplexität der gesellschaftlichen Entwicklungen nach 1989/90 methodisch und theoretisch gerecht zu werden. Erfahrungen mit politischem, sozialem oder kulturellem Bezug zur DDR und zur Transformationszeit sind stark divers; die idealtypische ostdeutsche Erfahrung gibt es nicht. Die alltagsgeschichtliche Herangehensweise der OHF, die Gewalt und Verbrechen nicht ausblendet, kann einen gewinnbringenden Dialog zwischen Forschung und Gesellschaft anstoßen. Dabei werden einerseits alltägliche Lebenswelten in der Diktatur und historische Graustufen erkennbar sowie andererseits Kontinuitäten und Traditionslinien über gesellschaftspolitische Zäsuren wie 1945 und 1990 hinweg begreifbar. Damit ein solcher Dialog gelingt, müssen bestehende Machtverhältnisse sowie die Bedingungen von Partizipation stets kritisch reflektiert werden.

An die einführenden Worte schloss sich eine angeregte Diskussion zu aktuellen Debatten um eine ostdeutsche Identität an. Das Narrativ von „der:dem Ostdeutschen“ diene zwar oft als Erzählimpuls, übergehe jedoch die tatsächliche Diversität ostdeutscher Erfahrungen und lebensweltlicher Verflechtungen, wie Christiane Kuller berichtete. Als wichtigen Forschungsschwerpunkt betonte Agnès Arp migrantische und marginalisierte ostdeutsche Erfahrungen, welche zu den öffentlichen Debatten zur DDR und Transformationszeit bedeutsame und wenig berücksichtigte Perspektiven beitragen. Ein weiterer Diskussionsschwerpunkt lag auf dem Einfluss der „Wende“ als Scharnierzeit, in der sich ein narrativer Bruch im Hinblick auf die retrospektive Interpretation ostdeutscher Erfahrungen vollzieht. In diesem Zusammenhang regte Alexander von Plato an, Interviewpartnern, mit denen in der DDR lebensgeschichtliche Interviews geführt wurden, in einem neuen Projekt

erneut zu interviewen und dadurch eine einzigartige Vergleichsperspektive zu eröffnen. Daran schlossen Debatten zur globalen Verwobenheit des Forschungsschwerpunktes zur „ostdeutschen Erfahrung“ an: Verschleiert der Begriff „Postsozialismus“ Unterschiede zu anderen postsowjetischen Staaten? Ist es nicht sinnvoller, eine verschränkte „deutsch-deutsche Geschichte“ zu untersuchen, anstatt die partikulare „DDR-Geschichte“ zu betonen? Oder ist es gerade die besondere Singularität ostdeutscher Erfahrungen jenseits des westdeutschen Blicks, der wir unsere Aufmerksamkeit schenken sollten?

Der Übergang von der Bewältigung der Gegenwart zur Geschichtsschreibung ist selten so direkt wie in dem Interviewprojekt, das NATALIA OTRISHCHENKO (Lviv) vorstellte. Vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs in der Ukraine führt sie zusammen mit einem interdisziplinären Team Interviews mit Personen in Kriegsgebieten sowie mit Geflüchteten und Displaced Persons. Das Projekt zielt darauf, diese Erfahrungen langfristig zu archivieren und zugänglich zu machen. Dabei stellen sich besondere forschungsethische und methodologische Fragen: Wie kann ein sensibilisierter Umgang mit Interviewpartnern aussehen? Otrishchenko schlägt einen intensivierten Austausch mit den Interviewten vor, um ihre informierte Zustimmung sicherzustellen. Daher verzichteten die Interviewenden beispielsweise auf Interviews mit Personen im Augenblick ihrer Flucht. Weitere Fragen stellen sich im Hinblick auf die Archivierung, insbesondere aufgrund der weiterhin volatilen Kriegssituation. Kann sichergestellt werden, dass Interviews nicht zum Nachteil der Interviewten verwendet werden, falls sich die Situation für die Ukraine radikal verschlechtert? Zwar seien sie und ihre Kollegen bestrebt, größtmögliche Sicherheit zu gewährleisten, doch sei diese nicht absolut und das müsse transparent gemacht werden, betonte Otrishchenko. Im Weiteren erläuterte sie die vielfältigen Motivationen der Interviewpartnern, ihre Erfahrungen mitzuteilen und archivieren zu lassen: So habe das Gespräch für manche einen therapeutischen Effekt und biete einen wichtigen Raum für Reflexionen. Viele betonten aber auch ein Pflichtgefühl, ihre Erfahrungen weiterzugeben und archivieren zu lassen, auch um die Beweisführung von Kriegsverbrechen zu ermöglichen.

Nach diesem bedrückend aktuellen Einblick in die Zeitgeschichtsschreibung rückte das nachfolgende Panel den Fokus wieder nach Ostdeutschland in die etwas weiter zurückliegende Vergangenheit. ANJA SCHADE (Hildesheim) berichtete aus ihrem 2022 publizierten Dissertationsprojekt zu Perspektiven ehemaliger Exilanten des African National Congress (ANC) auf ihr Zufluchtsland, die DDR. Als politisch Verfolgte im südafrikanischen Apartheidsregime erinnerten viele ihren Aufenthalt in der DDR sehr positiv. Die ostdeutsche Solidarität empfanden sie als ehrlich. Entgegen der dominanten weiß-ostdeutschen Perspektive nahmen sie die Mauer tatsächlich als „Schutzwall“ wahr, der sie vor dem Zugriff des südafrikanischen Geheimdiensts bewahrte. Die Öffnung der Grenze mündete für sie vielfach in eine Bedrohungslage, während ihre Unterstützungsstrukturen in der DDR erodierten. Schade plädierte abschließend für eine Diversifizierung migrantischer Perspektiven auf die DDR und die Wende, da migrantische Erfahrungen über das Narrativ der Diskriminierung hinausgehen.

CORDIA SCHLEGELMILCH (Berlin) kontrastierte diese transnationalen Perspektiven mit einem Bericht über ihre Langzeitforschung in der Kleinstadt Wurzen in den 1990er-Jahren. Sie berichtete sehr plastisch über ihre Begegnungen mit den Wurzenener:innen als westdeutsche Wissenschaftlerin und die langlebigen Beziehungen, die sie im Laufe ihrer Arbeit aufbaute. Bei ihrer Arbeit verband sie ethnographische, soziologische und journalistische Vorgehensweisen und erschuf damit eine umfangreiche Material- und Quellensammlung, die auch Fotografien umfasst. Sie betonte die Vielfalt an Blickwinkeln ihrer Gesprächspartner:innen sowohl auf das Leben in der DDR als auch die Öffnung der Mauer,

welche sie in ihrem Buch „Eine Stadt erzählt die Wende“ publiziert hatte. Heutzutage wollen viele der damaligen Interviewpartnern keine erneuten Interviews geben, was möglicherweise am veränderten politischen Klima liegt, wie Schlegelmilch vermutet.

Zum Abschluss des Panels gab MIRIAM BRÄUER-VIERECK (Freiburg) Einblick in ihr Dissertationsprojekt zum Lebensstil von Studierenden im deutsch-deutschen Vergleich zwischen Jena und Freiburg/Breisgau von 1949 bis 1968. Als besondere Herausforderung stellte sich die Suche nach ostdeutschen Interviewpartnern heraus. Als „Westfrau“, wie sie bezeichnet worden war, begegneten ihr ehemalige Jenaer Studenten zunächst mit Skepsis und unterstellten ihr eine gewisse Voreingenommenheit. Gleichzeitig war es für sie von Vorteil, als vermeintlich ahnungslose „Nachwende-Geborene“ zu gelten. Im Hinblick auf Studienrichtungen erläuterte Bräuer-Viereck, dass sich aus Jena vor allem Naturwissenschaftlern interviewen ließen. Waren Geisteswissenschaftlern weniger gesprächsbereit, da sie auf ideologischer Ebene stärker in den SED-Staat eingebunden waren und eine Konfrontation fürchteten?

Anschließend endete der erste Tagungstag mit zwei Kurzpräsentationen: CORD PAGENSTECHE (Berlin) skizzierte das abgeschlossene Interviewprojekt zu 40 Jahren Kirchenasyl und KATHARINA SCHARF (Graz) umriss ihr Habilitationsprojekt über Natur- und Umweltaktivisten aus frauen- und geschlechterhistorischer Perspektive.

Den zweiten Tag begann CHRISTIANE WEBER (Mainz), die die Tagung mit einem Infostand begleitete, mit einer Kurzpräsentation von NFDI4memory (Nationale Forschungsdateninfrastruktur) als wichtigen Baustein zur weiteren Digitalisierung der Geschichtswissenschaften in Deutschland. Einen weiteren gut besuchten Infostand betreute HERDIS KLEY (Berlin), die den Teilnehmenden einen Einblick in die Möglichkeiten der Interviewplattform Oral-History.digital gewährte. Zwei parallele Panels mit einer Interpretations- und einer Forschungswerkstatt folgten der Kurzpräsentation.

In der Interpretationswerkstatt von AGNES ARP (Erfurt) stellte CHRISTINE BERTRAM (Konstanz) ihr Interviewprojekt „Generation 1975“ zur Diskussion. Unter Berücksichtigung einer größtmöglichen Varianz an Lebenserfahrungen in Ost- und Westdeutschland wählte Bertrams Team aus 70 Bewerbern 24 Interviewpartnern für dieses Projekt aus. Der Fokus lag auf den Deutungen der Interviewten im Hinblick auf die deutsch-deutsche Geschichte. Bertram erläuterte das interpretative Vorgehen hierfür: Orientiert an der Grounded Theory vollzog ihr Team eine Typenbildung; die Interviews wurden zunächst offen und später axial codiert. Die Anwesenden konnten diese Praktik der Codierung gemeinsam erproben, denn Bertram forderte sie auf, eine Auswahl von acht Interviews zunächst im Hinblick auf ihre Ost- bzw. Westsozialisierung und dann anhand der zwei Achsen (1) *emotional nah – fern* und (2) *durchdacht – intuitiv* einzusortieren. Das gemeinsame Interpretieren in Kleingruppen zeigte, wie die von Forschern empfundene Nähe bzw. Distanz zu Interviewpartnern auch einen unmittelbaren Einfluss auf die Interpretationsmöglichkeiten von ost- bzw. westdeutschen Erfahrungen ausüben. In der anschließenden Diskussion über den Nutzen der axialen Codierung kritisierten einige, dass damit bestimmte Widersprüche der Aussagen verloren gingen. Andere bestätigten das zwar, hoben jedoch den Erkenntnisgewinn hervor, zu dem das Herausarbeiten typischer Erzählweisen beitragen würde. Bertram ergänzte, dass sich einige Interviews gar nicht einordnen ließen und ihr Team auch Wechsel zwischen typisierten Erzählweisen innerhalb eines Interviews festgestellt habe.

Gleichzeitig präsentierte ELENA M. E. KIESEL (Erfurt) ihr Dissertationsprojekt über freiwilliges Mitmachen in der DDR in der Forschungswerkstatt bei FELICITAS SOEHNER (Düsseldorf). Dabei ging sie auf das heterogene Quellenkorpus des Projekts und die sowohl

kontrastierende als auch bereichernde Beziehung zwischen schriftlichen und mündlichen Quellen ein. Ihre Auseinandersetzung mit den lebensgeschichtlichen Interviews war von der Frage nach der Funktion von freiwilligem Mitmachen in der biographischen Selbsterzählung und subjektiven Sinnbildung geleitet. Bei der Diskussion über die Generierung narrativer Biographien stand die Beziehung zwischen Interviewerin und Interviewten im Vordergrund; als ostdeutsche Nachwendegeborene empfand sie eine gewisse Nähe zu ihren Gesprächspartnern. Eine ähnliche Beobachtung machten auch MURIEL LORENZ (Freiburg), ELENA MAYERES (Heidelberg) und STEFF KUNZ (Heidelberg) im Kontext ihres gemeinsamen Forschungsvorhabens über frauenliebende* Frauen im deutschen Südwesten zwischen 1945 und 1980. Da sie in den Interviews sehr intime Themen ansprachen, plädierten sie für ein gewisses Maß an Selbstoffenbarung, um ein Vertrauensverhältnis auf Augenhöhe zu ermöglichen. Angesichts des aktuellen politischen Klimas und des Erstarkens rechter Strömungen äußerten viele Gesprächspartnerinnen Skepsis gegenüber der Archivierung der Interviews. Als marginalisierte Personengruppe mit Diskriminierungserfahrung fürchteten sie Anfeindungen und Verfolgung und äußerten ein besonderes Schutzbedürfnis. Die Forscher betonten, dass ein sensibler Umgang mit den individuellen Bedürfnissen der Interviewpartner:innen notwendig gewesen war.

Bei der Präsentation ihres Dissertationsprojektes über Erfahrungen von Schülern in den Gehörlosenschulen Halle/Saale und Leipzig zu DDR-Zeiten thematisierte PAULA MUND (Erfurt) die Herausforderungen lebensgeschichtlicher Interviews mit gehörlosen Menschen als eigene kulturelle Minderheit mit visueller Sprache (Gebärdensprache). Als vermeintlich integrative Maßnahme war es in den Gehörlosenschulen (nicht nur) in der DDR verboten, Gebärdensprache zu verwenden; die Schüler wurden lautsprachlich unterrichtet. Nichtsdestotrotz widersetzten sich die Betroffenen dem Verbot und brachten sich Gebärdensprache in vielfältigen Varietäten gegenseitig bei. Bei Interviews müssen sowohl die kommunikative Grenze zwischen gebärdensprachlichen Gehörlosen und hörenden Menschen überwunden, als auch Vorbehalte der gehörlosen Community gegenüber Hörenden infolge der jahrzehntelangen Diskriminierungserfahrung ernstgenommen werden. Weiterführend thematisierte Mund die finanziellen und technischen Voraussetzungen sowie methodologischen Herausforderungen. Vertrauensaufbau sei sehr wichtig, doch bleibt die Problematik, dass die Ergebnisse historischer Forschung in verschiedenen Formaten meist nicht barrierearm sind. Ihr Forschungsinteresse begründete sie damit, dass es bisher kaum Aufzeichnungen Betroffener über ihre Geschichte und Erfahrungen gäbe und dadurch die historische Rekonstruktion aus ihrer Perspektive sehr eingeschränkt sei. Paula Mund hob hervor, dass sie in ihrer Arbeit auch einen Beitrag zur Geschichte einer Gehörlosenkultur in Deutschland leisten wolle, die methodisch ganz besondere Anforderungen an den Umgang mit Nähe und Distanz stelle.

ALEXANDER WEIDLE (Leipzig) diskutierte Dimensionen des (Un)Sagbaren im Kontext seiner Dissertation über „Buchenlanddeutsche“. Er betonte die Bedeutung von Interviewunterbrechungen, Auslassungen und Störungen, die allesamt Einfluss auf den weiteren Gesprächsverlauf als auch auf die spätere Interpretation des Materials ausübten. So habe ein Interviewpartner darum gebeten, das Aufnahmegerät kurz auszuschalten, um dann rassistische Verschwörungserzählungen anzusprechen. Der Rekorder habe dabei als ein Brennglas des (Un-)Sagbaren fungiert, formulierte Weidle. Die nachfolgende Diskussion problematisierte den Umgang mit derartigen Einstellungen: Jochen Voit (Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße) sprach sich dafür aus, Interviewpartner offen sprechen zu lassen und ihre Authentizität zu wahren. Anschließend läge es in der Verantwortung der Forschenden, Äußerungen kritisch einzuordnen, zu dekonstruieren und zu interpretieren. Im Weiteren stellte Alexander von Plato klar, dass die Herstellung eines Vertrauensverhältnisses zwischen Gesprächspartnern keine Zustimmung bedeute. In einer vierten Interviewphase könnten Interviewende in die Diskussion mit dem Gegenüber gehen

und eine weitere Positionierung forcieren. Im Hinblick auf Interviewunterbrechungen betonte er, dass Protokollaufzeichnungen zur Rekonstruktion der Gesprächsumstände zentral seien und unbedingt archiviert werden sollten, um sie bei der Veröffentlichung der Forschungsergebnisse heranziehen zu können.

Im nachfolgenden Panel präsentierte THEO FLINT (Bielefeld) ein studentisches Interviewprojekt über das Kriegsgefangenenlager Stukenbrok. Er reflektierte seine Interviewerfahrungen mit Aktivisten der Erinnerungsinitiative und problematisierte den Umgang mit Widersprüchen und Inkonsistenzen sowohl innerhalb der Interviews als auch mit dem historischen Kontext.

FABIAN HEINDL (München) stellte das Projekt „Lernen mit digitalen Zeugnissen“ (LediZ) vor, das interaktive Biographien von deutschsprachigen Sinti und Roma zur politischen Bildung erarbeitet. Dafür wurden leitfadengestützte Interviews geführt, die anschließend in einzelne Interviewsequenzen geschnitten wurden. Nutzer können nun KI-gestützt ein Interview mit dem: der Zeitzeug:in führen. Stefan Müller merkte an, dass dies aus zwei Gründen keine Oral History sei: Erstens fehle die Spontaneität der Interviewsituation und zweitens werde das Gesagte entkontextualisiert. Dennoch eigne sich das Format zur politischen Bildung.

Parallel dazu moderierten Agnes Arp und Felicitas Soehner ein Werkstattgespräch mit JOCHEN VOIT (Erfurt) über Zeitzeugenschaft und Geschichtsvermittlung. Grundlage der Diskussion bildete ein Interviewausschnitt mit einem MfS-Mitarbeiter, der darin über das eigene Erleben der Grenzöffnung am 9. November 1989 berichtete. Voit fragte, ob und wie ein derartiger Ausschnitt für die Bildungsarbeit verwendbar sei. Sei es nicht eine Art Heldengeschichte, die der ehemalige Stasimitarbeiter von sich erzählte, indem er den eigenen Beitrag zur Grenzöffnung betonte? Inwieweit kann dies in der Bildungsarbeit mit Jugendlichen aufgrund begrenzter Zeitkapazitäten kritisch reflektiert werden? Sollten wir nicht stattdessen nur die Lebenserfahrungen von Gegnern und Leidtragenden des SED-Staats fokussieren? Auf diese Fragen entspann sich eine Kontroverse, in der Skepsis gegenüber der pädagogischen Verwendung des Interviewausschnitts aber auch vielfältige Gründe dafür vorgetragen wurden. Anja Schade betonte, dass das Material Einblick in Erosionsprozesse von Macht gebe, deren Thematisierung wertvoll sein kann. Trotz einer anfänglichen Skepsis plädierte Christiane Kuller abschließend für eine neue Erinnerungskulturarbeit. Jugendliche lernten heute vor allem, sich mit Betroffenenbiografien zu identifizieren. Diese Perspektiven seien enorm wichtig, doch unterbinde ihre erinnerungskulturelle Alleinstellung auch eine kritische (Selbst-)Reflexion von Täterperspektiven. Diese sei jedoch wichtig, auch wenn sich daraus Herausforderungen für eine neue Erinnerungskultur und Geschichtspädagogik ergeben.

In der Bilanz zeigte sich, dass die Frage von Nähe und Distanz zu den grundlegenden Herausforderungen der Oral History gehört, denen aktuelle Projekte sich methodisch auf ganz unterschiedliche Weise nähern. In vielen Beiträgen stand die Bedeutung der persönlichen Nähe ein:er Interviewer:in zum:r Interviewpartner:in im Fokus, um ein Vertrauensverhältnis herzustellen, insbesondere, wenn es um Interviews mit Menschen aus marginalisierten und/oder vulnerablen gesellschaftlichen Gruppen geht. Besonders herausfordernd ist die Situation, wenn der/die Interviewer:in eine distanzierte Haltung zum: Interviewpartner:in hat, sich womöglich durch Äußerungen herausgefordert sieht, und dennoch eine vertrauensvolle Gesprächssituation herstellen und bewahren muss. Die Diskussionen auf dem 12. Jahrestreffen des Netzwerks Oral History spiegelten damit auch aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen und politische Debatten insbesondere im Hinblick

Seite B 66 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

auf die „ostdeutsche Erfahrung“. Infolge des Generationenwechsels, durch den die „Nachwendegeborenen“ nun zunehmend gesellschaftliche Schnittstellen besetzen, wissenschaftliche Forschung betreiben und beginnen Fragen zu stellen, erodieren vermeintlich festgesetzte Leitnarrative. Dieser Veränderung muss sowohl bei der Konzeption von Projekten als auch bei der Interpretation der Oral-History-Interviews Rechnung getragen werden, lautete das Ergebnis der Schlussdebatte.

Konferenzübersicht:

Christiane Kuller (Erfurt), Agnès Arp (Erfurt), Linde Apel (Hamburg), Stefan Müller (Bonn): Begrüßung, Vorstellung des Programms, Vorstellung der Teilnehmenden

Agnès Arp (Erfurt), Christiane Kuller (Erfurt): Die Oral-History-Forschungsstelle Erfurt stellt sich vor

Natalia Otrishchenko (Lviv): Living inside history. On motivations to give a testimony amid the war

Moderation: Stefan Müller (Bonn) & Linde Apel (Hamburg)

Panel: Ostdeutsche Erfahrungen

Anja Schade (Hildesheim): Der andere Blick auf die Mauer. (Exil-) Migrantische Narrative zum Leben in der DDR

Cordia Schlegelmilch (Berlin): Zwischen Neutralität und Anteilnahme. Erfahrungsbericht zu biographischen Interviews in einer sächsischen Kleinstadt (Wurzen) im Zeitraum 1990–1996

Miriam Bräuer-Viereck (Freiburg): Studierende in Ost und West – Lebensstil, Generation und gesellschaftlicher Wandel am Beispiel von Jena und Freiburg (1949–1968)

Moderation: Christiane Kuller (Erfurt)

Kurzpräsentationen

Cord Pagenstecher (Berlin): 40 Jahre Asyl in der Kirche: Biografische Interviews mit Akteur*innen einer politischen Bewegung

Katharina Scharf (Graz): Aktivist*innen. Natur- und Umweltschutzbewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts aus frauen- und geschlechterhistorischer Perspektive

Moderation: Stefan Müller (Bonn)

Kurzpräsentation

Christiane Weber (Mainz): NFDI4memory

Moderation: Almut Leh (Hagen)

Werkstätten

Seite B 67 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Agnès Arp (Erfurt): Interpretationswerkstatt mit Christiane Bertram (Konstanz): Generation 1975. Ost- und westdeutsche Perspektiven auf die deutsch-deutsche Geschichte

Muriel Lorenz (Freiburg) / Elena Mayeres (Heidelberg) / Steff Kunz (Heidelberg):
Nachwirkungen Des Nationalsozialismus

Felicitas Söhner (Düsseldorf): Forschungswerkstatt mit Elena M. E. Kiesel (Erfurt):
Freiwilligkeit in der DDR. Methodische Fragen zu einem Promotionsprojekt

Panel: zu/hören

Paula Mund (Erfurt): Stumm gemacht. Interviews mit gehörlosen Zeitzeugen

Alexander Weidle (Leipzig): „Mach mal kurz das Gerät aus!“. Dimensionen des
(Un)Sagbaren in Oral History-Interviews mit „Buchenlanddeutschen“

Moderation: Anja Werner (Erfurt)

Panel: Varianten des Gedenkens

Theo Flint (Bielefeld): „Ach, die persönliche Ebene hat da schon eine Rolle gespielt.“
Kontakte zwischen dem Arbeitskreis „Blumen für Stukenbrock“ und überlebenden
Kriegsgefangenen des „Stalag 326 VI K“ seit 1970

Fabian Heindl (München): Interaktive Biografien von deutschsprachigen Sinti und Roma

Moderation: Alexandra Jaeger (Bonn)

Werkstattgespräch

Agnès Arp (Erfurt) / Felicitas Söhner (Düsseldorf): Werkstattgespräch mit Jochen Voit
(Erfurt)

Linde Apel (Hamburg) / Agnès Arp (Erfurt) / Christiane Kuller (Erfurt) / Stefan Müller
(Bonn): Auswertung und Planung für 2025

Zitation

Jan Daniel Schubert / Elena Marie Elisabeth Kiesel, Tagungsbericht: *Nähe und Distanz in
der Arbeit mit mündlichen Quellen. Treffen des Netzwerk Oral History*, In: H-Soz-Kult,
06.06.2024, www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-144340.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights
reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational
purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission
please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de

04) XI. Dr. Fritz Exner-Kolloquium zur Südosteuropaforschung

Organisatoren

Jacqueline Nießer, Universität Regensburg; Südosteuropa-Gesellschaft e.V., München;
Claudia Weber, Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)
Frankfurt (Oder)

Fand statt in Präsenz

Vom - Bis

20.03.2024 - 22.03.2024

Von

Anna Scheuble, Europa-Universität Viadrina

Ende März fand an der Europa-Universität Viadrina das XI. Dr. Fritz Exner-Kolloquium zur Südosteuropaforschung mit einer offenen Themenausschreibung statt, denn so vielfältig wie Südosteuropa selbst sind auch die verschiedenen Zugänge und damit die Möglichkeiten der wissenschaftlichen Beschäftigung. Aus diesem Grund war das XI. Dr. Fritz Exner-Kolloquium von inhaltlicher Offenheit und Interdisziplinarität geprägt. Das Kolloquium war als geschlossener Workshop mit externen Kommentatoren gestaltet und wurde von einem intensiven Austausch zwischen den Teilnehmenden, bei dem spontan zwischen deutsch und englisch gewechselt wurde, sowie von einer offenen und konstruktiven Kritik begleitet.

RUŽA FOTIADIS (Berlin) zeigte mit ihrem **Eröffnungsvortrag** anhand der Beschäftigung mit der Mensch-Tier, genauer gesagt der Mensch-Esel Beziehung, die die vielfältigen Möglichkeiten einer multidisziplinären Perspektive auf Südosteuropa. Ihr Zugang ermöglichte zudem eine Öffnung der (epochenübergreifenden) Forschung. Umwelt-, Technologiegeschichte, aber auch die Genderperspektive spielten eine Rolle.

Im **ersten Panel** beschäftigte sich CHARLOTTE SZALKA (Regensburg) geographisch mit Serbien und befasste sich mit der Frage, wie Identität in der Außenpolitik genutzt wird. Der Schwerpunkt lag auf der EU und Russland, wobei sie die Unterschiedlichkeit der beiden Identitäten und deren Bedeutungen mit Hilfe des Konstruktivismus in den Vordergrund stellte. MÉLODY GUGELMANN (Fribourg) fokussierte sich in ihrem Vortrag auf Georgien und die Zivilgesellschaft als de facto Opposition. In ihrer Forschung wurden Bezüge zur Zivilgesellschaft im postjugoslawischen Raum erkennbar, die damit den Rezeptionsrahmen zum Weiterdenken für Georgien darstellten. Gugelmann warf Fragen auf, ob die EU eine Verbündete sein kann und wie die Zivilgesellschaft diese nutzen kann, um Zugang zu legislativen Entscheidungen zu erhalten. LÁSZLÓ SZERENCSEÉS (Istanbul) nahm in seinem Vortrag die unterschiedlichen Beziehungen der Türkei zu Deutschland und zu Ungarn und die Mechanismen, die hinter diesen stehen, in den Blick. Hierbei ging er auf den Status der Türkei als „middle power“ sowie die Bedeutung der Diaspora und der Freiwilligkeit der Kooperation zwischen Ungarn und der Türkei ein. In ihrem Kommentar betonte KATARINA KUŠIĆ (WIEN), die Gemeinsamkeiten in den drei Projekten, wobei sie die Vielzahl der Akteur*innen und den mehrdimensionalen Blick auf die Ebenen der Politik besonders hervorhob.

Im **zweiten Panel** sprach KATA TÓTH (Wien) über die Gebirgsforschung am Beispiel der Süd- und Ostkarpaten im Spätmittelalter und der frühen Neuzeit – einer wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und umweltlichen Umbruchszeit. Der Fokus lag auf der lokalen Bevölkerung, wobei sie untersuchte, wie das Bewusstsein über das Vorhandensein einer Grenze zunahm und in welchen Situationen der Grenzverlauf besonders wichtig war.

CLARA STEINBRENNER (Jena) diskutierte die Rolle der Mutterschaft in der bürgerlichen Frauenbewegung in Rumänien in der Zwischenkriegszeit. Hierbei unterstrich sie u.a. das Spannungsfeld zwischen einem politischen und gesellschaftlichen Mutterideal und der zunehmenden Frauenerwerbsarbeit. Geographisch und zeitlich identisch stellte MANUEL LAUTENBACHER (MAINZ) sein Projekt zur Geschichte der Sozialdemokratie in Rumänien vor, wobei er Fragen der nationalen Organisation und politisch-ideologischen Debatten in den Vordergrund rückte.

Im **dritten Panel** befasste sich EMA JERKOVIC (Lüneburg) mit der Bedeutung von Familienvideoaufnahmen von (Post)Migranten und ging der Frage nach, ob das Familiengedächtnis zu einem kollektiven Gedächtnis werden kann. Hierbei analysierte sie, wie die Erinnerungen institutionalisiert werden und zur Ermächtigung von (Post)Migranten führen können. Mit der Intersektion von digital nomads, ukrainischen Geflüchteten, Saison- und migrantischen Arbeitenden in Zadar beschäftigte sich ARIS DOUGAS (Graz). Dabei interessierten ihn insbesondere Möglichkeiten und Formen der Interaktion zwischen den unterschiedlichen migrantischen Gruppen. MEVLYDE HYVENI (Berlin) untersuchte, wie Medien durch ihre Beschreibungen und Interpretationen nach der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo im Jahr 2008 als Instrumente der Wirklichkeitskonstruktion eine vorgestellte kollektive Identität erzeugten.

Die Hypothese, dass im rumänischen Banat die Katholiken und Nationalsozialisten zusammenarbeiteten, um ihre Macht zu sichern, unterbreitete im **vierten Panel** DAVID BORCHIN (Tübingen) in seinem Vortrag, in dem er zudem herausstellte, dass Interkulturalität und Katholizismus keine Schutzschilder vor einer extremen Nationalisierung sind. HENDRIK GEILING (Marburg) beschäftigte sich mit der italienischen und deutschen Besatzung während des zweiten Weltkriegs in Albanien. Der Fokus lag hierbei auf einem praxeologischen Analyseverständnis von Dynamiken der Macht, Herrschaft und (Un)sicherheit. (Un)sicherheitsbezogenes Handeln wird dabei als multidimensionales, aufeinander bezogenes Interaktionsnetz verstanden.

Im **letzten, dem fünften Panel** des Kolloquiums sprach VANJA TADIĆ (Graz) gegenwartsbezogen zu Veränderungen der berüchtigten Balkan Route, die nicht zuletzt durch die EU-Integration und den Beitritt Kroatiens zum Schengenraum 2023 hervorgerufen worden sind. THORDIS KOKOT (Bayreuth) befasste sich mit griechischen Arbeitsmigrantinnen in der BRD, wobei sie diese dezidiert als politische Subjekte betrachtete und die migrantische Eigenperspektive in den Vordergrund rückte. Die dabei ausgemachten Handlungsräume sind die Arbeit und die Zivilgesellschaft. EVELYN REUTER (Graz/Essen) fokussierte sich auf die EU-Agenda der Einheit und Vielfalt aus einer Minderheitenperspektive und vom Standpunkt der religiösen Diversität. Sie sprach hierbei u.a. über den Aspekt von „EQUALITY“, der einerseits Aktion fordert, aber auch praktikabel sein muss.

In der Abschlussdiskussion wurde die Vielfältigkeit der Beiträge betont. Die Südosteuropaforschung profitiert von diesen vielversprechenden Qualifikationsprojekten, von deren inhaltlicher Breite und der methodischen Innovationskraft.

Konferenzübersicht:

Claudia Weber (Frankfurt (Oder)) / Jacqueline Nießer (Regensburg): Begrüßung und Einführung

Ruža Fotiadis (Berlin): Fährten folgen. Auf Eselpfaden durch die Geschichte Südosteuropas

Panel 1: Southeastern Europe in Today's International Relations

Moderation: Jacqueline Nießer (Regensburg)

Charlotte Szalka (Regensburg): Serbia at Geopolitical Crossroads: Between Russia and the European Union

Mélody Gugelmann (Fribourg): Civil Society de Facto Opposition in Competitive Authoritarianism: Strategies of Democratizing Forces in Georgia

László Szerencsés (Istanbul): Turkey's Foreign Policy in Germany and Hungary: Transactionalism and Middle Power Status

Kommentare: Katarina Kušić (Wien) (via Zoom)

Vorstellung JSOG

Panel 2: Rumänien von der frühen Neuzeit bis zur Zeitgeschichte

Moderation: Claudia Weber (Frankfurt (Oder))

Kata Tóth (Wien): Ein Berg, eine Grenzmark, oder beides? Die lokale Bevölkerung und die Wahrnehmung der frühneuzeitlichen Süd- und Ostkarpaten

Clara Steinbrenner (Jena): Der Aspekt der Mutterschaft in der rumänischen Frauenbewegung in der Zwischenkriegszeit

Manuel Lautenbacher (Mainz): Die Sozialdemokratie in Rumänien 1918-1939

Kommentare: Valeska Bopp-Filimonov (Jena) (via Zoom)

Panel 3: Erinnerung, Medien und Identitäten in Südosteuropa

Moderation: Željana Tunić (Hamburg)

Ema Jerkovic (Lüneburg): Vom Familiengedächtnis bis zur kollektiven Erinnerung. Analoge Familienvideoaufnahmen (m)einer Familie

Aris Dougas Chavarria (Graz): Running in Parallel, Rarely Converging? Exploring the Intersections of Digital Nomads, Refugees, Migrant Workers, Tourists, and Students in Zadar

Mevlyde Hyseni (Berlin): Konstruktionen politischer Identität in Medieninhalten: Fallbeispiel Kosovo

Kommentare: Nicole Immig (Gießen)

Panel 4: Südosteuropa im Zeitalter der Kriege

Moderation: Jacqueline Nießer (Regensburg)

David Borchin (Tübingen): Nationale Zugehörigkeit, Interkulturalität, Katholizität: Soziokulturelle Auswirkungen des Nationalsozialismus auf die deutsche Minderheit im rumänischen Banat (1933-1944)

Seite B 71 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Hendrik Geiling (Marburg): Dynamiken von Herrschaft, Macht und (Un)Sicherheit. Die italienische und deutsche Besetzung Albaniens während des Zweiten Weltkriegs, 1941-1944/45

Kommentare: Máté Rigó (München) (via Zoom)

Panel 5: Südosteuropa und die europäische Integration

Moderation: Claudia Weber (Frankfurt (Oder))

Vanja Tadić (Graz): Shifts and Changes along the Balkan Route – The impact of EU Integration at the border between Croatia and Bosnia and Herzegovina

Thordis Kokot (Bayreuth): Zwischen Diktatur und Demokratie – „Gastarbeiter*innen“ aus Griechenland als politisch Handelnde in der BRD

Evelyn Reuter (Graz/Essen): Gemeinsam in Vielfalt: Die EU-Perspektive auf die Gleichstellung von religiösen Minderheiten im postsozialistischen Südosteuropa während der Erweiterung

Kommentare: Hannes Grandits (Berlin) (via Zoom)

Jacqueline Nießer (Regensburg) / Claudia Weber (Frankfurt (Oder)), Abschlussdiskussion und Feedback

Zitation

Anna Scheuble, Tagungsbericht: *XI. Dr. Fritz Exner-Kolloquium zur Südosteuropaforschung*, In: H-Soz-Kult, 05.06.2024, www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-144325.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

05) Geschichte als Kritik

Philipp McLean, Universität zu Köln; Jörg van Norden, Universität Bielefeld (Universität Bielefeld)

Ausrichter Universität Bielefeld

Förderer Universität Bielefeld Abteilung Geschichte

33615 Bielefeld

Fand statt in Präsenz

Vom - Bis

18.03.2024 - 19.03.2024

Von

Lisa Ernst, Historisches Institut, Universität zu Köln

„Inwieweit kann Geschichte als Kritik wirken?“ lautete die Leitfrage der Tagung, welche von den Teilnehmern ausgehend von verschiedenen Vorschlägen zur kritischen Verwendung von Geschichte diskutiert wurde. Die definitorische Annäherung an einen (einvernehmlichen) Kritikbegriff wurde dabei in einigen Vorträgen und Plenumsdiskussionen

angestoßen. Der Entstehungskontext der Tagung „Geschichte als Kritik“ scheint recht unüblich, da die Zusammenstellung des gleichnamigen, vor der Drucklegung stehenden Sammelbandes nicht aus der Konferenz resultierte, sondern diese vielmehr initiierte. Entsprechend lagen bereits ausgearbeitete schriftliche Beiträge vor, auf deren Grundlage die Vorträge gehalten wurden. Die Tagung entsprang dem gemeinsamen Anliegen der Autoren nach einer weiterführenden Diskussion der Frage, inwieweit historische Bildung als Kritik angewandt werden könne beziehungsweise zu dieser befähigen sollte.

Den Auftakt bildeten zwei Beiträge, welche das kritische Potential der Digitalisierung thematisierten. RÜDIGER BRANDIS (Göttingen) bekräftigte einen Mehrwert historischer digitaler Spiele als Medium der Gesellschafts- und Geschichtskritik. Verstünde man historische Spiele als Räume des Experimentierens statt lediglich der Repräsentation, eröffneten diese eine mediale Möglichkeit, die Konstruktion historischen Wissens als Beobachtungs- und Reflexionsgegenstand in den Fokus zu rücken. Im Einklang mit ihrem Vorredner plädierten MATHIAS HERRMANN (Dresden) und MARTIN REIMER (Dresden) für den Einsatz analoger und digitaler Spiele in der historischen Schulbildung. Schüler hätten einen interessen geleiteten Zugang zu kommerziellen Spielen, wodurch letztere wiederum das Geschichtsbild der Lernenden maßgeblich prägen würden. Die Referenten regten daher zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der Simplifizierung historischer Ereignisse an, zu welcher Spiele tendieren würden. Eine gewinnbringende Auseinandersetzung mit vereinfachten Darstellungen problembehafteter historischer Dimensionen veranschaulichten Herrmann und Reimer am Beispiel der Kolonialgeschichte. Während die ersten beiden Beiträge vorschlugen, digitale Spiele mit historischem Bezug als Gegenstand kritischer Reflexion zu nutzen, hoben die folgenden Referenten bedenkliche Komponenten der Digitalisierung hervor. TILL NEUHAUS (Bielefeld) wies auf die fehlende kritische Rezeption von Digitalisierung als Optimierungstechnologie in der Schulbildung trotz ihrer nachweisbaren Misserfolge hin. Der Referent vermutete, dass der kritische Diskurs durch technokratisches Gedankengut ausgebremst werde und rehistorisierte diese Denkart mit dem Ziel, Kritik möglich zu machen. JESSICA KREUTZ (Frankfurt am Main) rückte mit der unreflektierten Informationsbeschaffung über Soziale Medien ebenfalls ein problematisches Resultat digitaler Vernetzung in den Blick. Die Referentin plädierte mit einem Bezug auf die historischen Grundwissenschaften für den Mehrwert historischer Bildung zur Befähigung kritischer Quellenrezeption, welche angesichts der zunehmenden Konfrontation mit kursierenden Fake News einen medienkompetenten Umgang mit eben jenen Desinformationen fördere.

Im Rahmen einer Podiumsdiskussion verhandelten THANUSHIYAH KORN (Basel), NINA REUSCH (Berlin) und MICHAEL BRUNNERT (Bielefeld) den gegenwärtigen Stellenwert von Kritik im Geschichtsunterricht. Die Diskutanten teilten die Grundannahme, dass die Befähigung zur Gesellschaftskritik ein notwendiges Desiderat im Geschichtsunterricht sei. Einerseits betonten sie die Grenzen des Geschichtsunterrichts als Raum der Kritik, hoben allerdings andererseits ausdrücklich das Potential von Geschichte als Kritik hervor. Ein weiterer Konsens bestand in dem Vorschlag, dass der Geschichtsunterricht durch einen stärkeren Gegenwartsbezug unmittelbar kritischer agieren könne. Im Zentrum der anschließenden Plenumsdiskussion stand der Versuch einer gemeinsamen Verständigung über das Konzept Kritik und dessen Anwendungsmöglichkeiten im Schulunterricht. Das Plenum erörterte, inwiefern Kritikkompetenz in der Schule gefördert und anschließend in den Alltag übertragen werden könnte. Zudem eröffnete sich ein perspektivreicher Diskurs über die Offenheit beziehungsweise Einschränkung des Geschichtsunterrichts bezüglich der Auswahl an Themen zur kritischen Betrachtung. Die Ausübung von Kritik sei problematisch, so schien Einigkeit zu herrschen, wenn sie nicht offen agieren könne. Trotz des immer wieder betonten Konsenses, dass der Geschichtsunterricht als Raum der Kritik

nur begrenzt geeignet sei, schien die Diskussion zuversichtlich statt pessimistisch. Die Diskutanten teilten das Anliegen, ein kritisches Potential des Geschichtsunterrichts, so gering es auch sein mag, ausschöpfen zu wollen.

Das anschließende Themenfeld der Geschichtswissenschaft zeichnete sich durch die Polyphonie der Beiträge aus. FRANK SOBICH (Frankfurt am Main) vergegenwärtigte die Anfälligkeit der Geschichtswissenschaft für ideologisches Denken und betonte vor diesem Hintergrund die Notwendigkeit einer Neuaufwertung der Ideologiekritik, welche in den letzten Jahrzehnten Vernachlässigung erfahren hätte. Während Sobich eine Stärkung des kritischen Potentials der Geschichtswissenschaft befürwortete, übte MORITZ Y. MEIER (Bielefeld) konkrete immanente Kritik an der „Theorie der Geschichtswissenschaft“, welche Jörn Rösen im Jahre 2013 publiziert hat. In seinem Beitrag problematisierte Meier die Darstellung der Geschichtswissenschaft als autonom forschende Disziplin. Der Referent betonte, dass sich die Wissenschaft aufgrund ihrer materiellen Abhängigkeit von der Verpflichtung zur Wissensproduktion nicht befreien könne. Meier kritisierte Rösens Blindheit für die eigenen Produktionsbedingungen, welche unweigerlich in der Erzeugung unkritischen und unreflektierten Wissens resultieren müssten. JAN GRÄBER (Bielefeld) fokussierte sich erneut auf den kritischen Mehrwert der Geschichtswissenschaft und verortete diesen in der negativen Geschichtsschreibung statt ihrem positivistischen Äquivalent. Letzteres tendiere zu vereinheitlichenden Narrationen, weshalb es konträrer Geschichtsschreibungen bedürfe, die Widersprüche zuließen und somit lineare Darstellungen infrage stellen würden. SONJA DOLINSEK (Magdeburg) widmete sich – ähnlich wie Meier – ihrem Gegenstand aus der geschichtswissenschaftlichen Perspektive. Die Referentin regte eine kritische Betrachtung der Konstruktion des Menschenhandelsbegriffs und entsprechender Menschenhandelspolitik an. Dolinsek kritisierte die mediale Darstellung des Menschenhandels als migrationsgeschichtliches und geschlechterspezifisches Thema, wodurch Machtstrukturen – insbesondere sexistische und rassifizierte Normen – aufrechterhalten würden. SEBASTIAN ERNST (Potsdam) brachte abschließend eine praxisnahe Perspektive in die Diskussion ein, indem er eine Methodik vorstellte, welche Studierende zum kritischen Denken befähigen soll. Die bereits praxiserprobte Methode des „Historiographietheaters“ verfolge das selbstreflexive Ziel, historische Narrationen als Spiegel eigener Sichtweisen heranzuziehen. Durch den Vergleich verschiedener szenischer Darstellungen derselben Quelle könnten Vorannahmen bewusst gemacht werden, welche sich in der jeweiligen Darstellung widerspiegeln würden.

Aus geschichtsphilosophischer Perspektive widmete sich DIETER FRIEDRICHS (Duisburg-Essen) einer kritischen Betrachtung der Verwendung des Kritikbegriffs selbst. Der Referent beleuchtete zunächst die geisteswissenschaftliche Genese einer Kritik im Kantschen Sinne, um davon ausgehend einen zeitgenössischen Inhaltsverlust des Begriffs festzustellen. Friedrichs bedauerte die Loslösung der Kritik von ihrer methodischen Tradition und ihre Degradierung zur Leerformel. Lediglich Reinhart Koselleck habe Kants wissenschaftlichen Geschichtsbegriff kritisch wiederaufgenommen. Einen subjektorientierten Ansatz verfolgten THOMAS HELLMUTH (Wien) und LORENZ PRAGER (Wien), indem sie den Mehrwert des Müßiggangs im Prozess der Mündigwerdung herausstellten. Entgegen der unmittelbaren Funktionalisierung von Geschichte in der Schul- und Universitätsbildung könnten Lernende über eine anspruchslose Auseinandersetzung erst aufrichtiges Interesse an der Beschäftigung mit Geschichte entwickeln.

Die beiden folgenden Beiträge verband das Unbehagen an der Einseitigkeit in der bestehenden Erinnerungskultur. NINA RABUZA (Innsbruck) verdeutlichte ihre Kritik an einer ausschließlich positiv konnotierten Aufarbeitung der Vergangenheit seitens verschiedener KZ-Gedenkstätten. Anhand verschiedener Beispiele veranschaulichte und bemängelte die

Referentin eine Darstellungsweise der Gegenwart als Überwindung der Gewalt der Vergangenheit. Rabuza warf die Frage auf, inwiefern Erinnerungskultur verschiedene Erinnerungsbezüge einbeziehen könne, anstatt rein normativ zu agieren. JAN SIEFERT (Duisburg-Essen) sprach sich für die Öffnung der Erinnerungskultur für Narrationen aus, welche außerhalb der eigenen Erzählgemeinschaft liegen. Der von ihm angedachte kritische Geschichtsunterricht würde von der Einbeziehung solcher Erzählungen profitieren, weil diese einen multiperspektiven Blick auf die Diversität von Narrationen und die „eigene“ Kultur schärfen könnten.

Vier abschließende Beiträge problematisierten den Mangel kritischer Aufarbeitung des Holocausts und Nationalsozialismus. ABRAHAM INGBER (Frankfurt am Main) stellte die These auf, dass die Holocaust-Eduktion in Deutschland gescheitert sei und veranschaulichte diese anhand eines aktuellen verzerrten Darstellungsmusters in der Erinnerungskultur zur NS-Zeit. So würden Geschichten über den Rettungswiderstand – sprich Hilfeleistungen für Juden – verhältnismäßig überhöht, zu Ungunsten einer kontroversen Darstellung der NS-Zeit. Ingber appellierte an die Verantwortung von Historikern, durch Faktenkorrektheit zur kritisch-historischen Bildung beizutragen. KARL SOMMER (Halle-Wittenberg) fokussierte sich insbesondere auf den Geschichtsunterricht und stellte dabei die These auf, dass die Schulbildung an einer kritischen Betrachtung der Thematik Antisemitismus scheitere. Sommer legte seinen Ausführungen dabei das Verständnis des Antisemitismus als rassistische Weltanschauung zugrunde. Der Referent beleuchtete Unzulänglichkeiten bisheriger methodischer Herangehensweisen an ebendiese Thematik und plädierte für eine Annäherung über eine analytische Einsicht in Herrschaftsbildung im Geschichtsunterricht. ARNE MEINICKE (Hamburg) und JOHANNES EDER (Frankfurt am Main) verorteten den Mangel kritischer Auseinandersetzung mit Antisemitismus in dem patriotischen Bedürfnis nach einer positiven Geschichtsschreibung. Die Referenten beleuchteten, wie selbst der Antisemitismus in ein positives Narrativ deutscher Nationalstaatlichkeit eingeordnet werden könne, nämlich durch den Stolz auf Anerkennung und Aufarbeitung statt einer Verdrängung der NS-Zeit.

Insgesamt hinterließ die Tagung den Eindruck, dass sich die Teilnehmer durch ihre diversen Denkansätze gegenseitig befruchteten. Das reziproke Interesse am interdisziplinären Austausch über die Frage nach dem kritischen Potential historischen Denkens spiegelte sich unter anderem in einem wertschätzenden Umgang mit disziplinfremden Ansätzen wider. Zwar begegneten sich die Referenten auch in durchaus kontroverseren Diskussionen, diese fanden jedoch stets auf Augenhöhe statt. Das zahlreiche Erscheinen von jungen Historikern sowie die Abbildung des gesamten Spektrums akademischer Qualifikationsstufen durch die Teilnehmer wurde explizit erwähnt und als wünschenswert wahrgenommen. Die Diskussion über „Geschichte als Kritik“ scheint mit dieser Tagung keinesfalls abgeschlossen zu sein. So blieben die Fragen, was Kritik nun eigentlich auszeichne, welche (historischen) Gegenstände konkret zur Kritik taugen würden, was die Disziplin Geschichte davon abdecke, sowie die Frage nach den Grenzen von Kritik offen. In der Abschlussdiskussion wurde der Wunsch deutlich, über ein angedachtes Netzwerk in Kontakt zu bleiben sowie einen interdisziplinären Austausch aufrechtzuerhalten und möglicherweise auszuweiten.

Konferenzübersicht:

Kritik der Digitalisierung, Digitalisierung als Kritik?

Rüdiger Brandis (Göttingen) / Alexandra Petrus (Los Angeles): Geschichte als Prozess.
Digitale Spiele und die Dekonstruktion von historischem Wissen

Seite B 75 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Mathias Herrmann (Dresden) / Martin Reimer (Dresden): „[...] to question the impact of this history [...]“? Digitale und analoge Spiele mit (post)kolonialem Setting der Medien einer kritischen historischen Bildung

Marlene Pieper (Bielefeld) / Till Neuhaus (Bielefeld): Zur Geschichtsvergessenheit gegenwärtiger Digitalisierungsbemühungen – Eine Rahmung von Digitalisierungsvorhaben als Ausdruck technokratischen Denkens

Jessica Kreutz (Frankfurt am Main): Von der Quellenkritik zur Objektkritik. Über den Beitrag der Historischen Grundwissenschaften zur Medienbildung im digitalen Raum

Podiumsdiskussion: Geschichte als Kritik im (staatlichen) Geschichtsunterricht?

Thanushiyah Korn (Basel)
Nina Reusch (Berlin)
Michael Brunnert (Bielefeld)

Geschichtsforschung

Frank Sobich (Frankfurt am Main): Verkehrte Vergangenheit. Fragen eines lesenden Geschichtsdidaktikers – und ein paar Antwortvorschläge

Moritz Y. Meier (Bielefeld): Überlegungen zu einer kritisch-dialektischen Theorie der Geschichte und ihrer Wissenschaft

Jan Gräber (Bielefeld): Das Zuspätkommen der Geschichte. Eine Kritik an den Veränderungsvorstellungen in der Geschichtsschreibung

Sebastian Engelmann (Karlsruhe) / Katharina Vogel (Göttingen): Die Historie historisieren. Empirische Wissensgeschichte der Pädagogik als Element kritisch-historischer Bildung in der Erziehungswissenschaft (ausgefallen)

Sonja Dolinsek (Magdeburg): Die Geschichte von „Menschenhandel“ und das kritische Potential der Geschlechtergeschichte

Sebastian Ernst (Potsdam) / Ralf Pröve (Potsdam): Vollkornbrot statt Schokolade? Historiographietheater und die Kunst, selber denken zu lernen

Geschichtsdidaktik

Dieter Friedrichs (Duisburg-Essen): Politische Bildung durch die Bildung der Historiographie

Benjamin Reiter (Bamberg): Historische Gerechtigkeit. Werteorientierung in der historischen Bildung als Ressource zur Kritik des geschichtspolitischen Umgangs mit historischem Unrecht (ausgefallen)

Thomas Hellmuth (Wien) / Lorenz Prager (Wien): Neue kritische Geschichtsdidaktik. Lebensweltliche Sinnbildung und Gesellschaftskritik

Seite B 76 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Erinnerungskultur und die „Anderen“

Nina Rabuza (Innsbruck): Verdinglichte Erinnerung. Überlegungen zu einer kritischen Analyse von Denkmälern an KZ-Gedenkstätten

Katrin Antweiler (Bremen): Wider die Gewissheit, es lebe der Zweifel! (ausgefallen)

Jan Siefert (Duisburg-Essen): Unangenehme Narrative in der Erzählung der „Anderen“. Zum Potential von Narrationen aus Perspektive außereuropäischer Kulturräume für einen kritischen Geschichtsunterricht in einer globalisierten Geschichtskultur

Holocaust und Nationalsozialismus

Abraham Ingber (Frankfurt am Main): Jenseits des Bösen. Ein kritischer Blick auf die Grenzen des Rettungswiderstands in der historisch-politischen Bildung

Karl Sommer (Halle-Wittenberg): *sum cuique* Geschichtsunterricht? (K)eine Kritik des Geschichtsunterrichts?

Arne Meinicke (Hamburg) / Johannes Eder (Frankfurt am Main): „Aufarbeitungsstolz“. Der Nationalsozialismus im Lichte deutscher Geschichtspolitik – eine Kritik

Zitation

Lisa Ernst, Tagungsbericht: *Geschichte als Kritik*, In: H-Soz-Kult, 27.05.2024, www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-144205.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

06) Karten-Arbeit / Travailler avec des cartes

Falk Bretschneider, Institut franco-allemand de sciences historiques et sociales, Frankfurt am Main / École des hautes études en sciences sociales, Paris; Johannes Paulmann, Leibniz-Institut für Europäische Geschichte, Mainz; Christophe Duhamelle, École des hautes études en sciences sociales, Paris

Förderer Deutsch-Französische Hochschule, Saarbrücken
Mainz

Fand statt in Präsenz

Vom - Bis

28.02.2024 - 01.03.2024

Von

Nathanaël Valdman, École des hautes études en sciences sociales, Paris

Der von den Historikern mit Begeisterung aufgenommene *spatial turn* hat dazu beigetragen, neue Wege zur Erforschung des Raumes zu eröffnen und diesen im Fokus der Forschungsfragen stärker einzubeziehen. Seine Auswirkungen auf den Stellenwert von

Karten in der französischen und deutschen Historiographie sind jedoch kontrastreich. Während in Frankreich der Einsatz von Karten als heuristisches Handwerkszeug schon lange zur allgemeinen Praxis der Geschichtsschreibung gehört, auch weil die Geographie dort einen wichtigen Platz im Studium einnimmt, hat sich das erneuerte Interesse am Raum in Deutschland vor allem in einer Zunahme von Studien über historische Karten als Quellen niedergeschlagen. Die Nutzung von Karten als Beobachtungs-, Experimentier- und Demonstrationsinstrumente ist hier nach wie vor eher die Ausnahme. Ziel dieses Workshops für Nachwuchswissenschaftler war es deshalb, die Verwendung von Karten als Quellen und experimentelle Mittel in der methodischen Arbeit und in der Argumentation der Historiker zu erforschen und zu fördern.

Nach Begrüßungsworten der Organisatoren Johannes Paulmann (Mainz) und Falk Bretschneider (Paris/Frankfurt) eröffnete CHRISTOPHE DUHAMELLE (Paris) die erste Sektion zur Arbeit mit Karten mit einem Impulsreferat über die unterschiedliche Stellung der Kartographie in der deutschen und französischen Geschichtswissenschaft. Historische Gründe spielen dabei eine wichtige Rolle: Während die Kartenarbeit in Deutschland lange Misstrauen wegen ihres Missbrauchs durch die Kulturraumforschung im Dienst der nationalsozialistischen Territorialansprüche erregte, erlangte sie in Frankreich, insbesondere in der Folge der Annales-Schule, einen hohen Stellenwert als Mittel zur Visualisierung statistischer Daten und zur historischen Argumentation. Solche Gegensätze zwischen beiden nationalen Historiographien seien auch das Ergebnis struktureller Faktoren wie die Ausbildung der Historiker, institutionelle Beziehungen mit den Kartographen und nicht zuletzt die Organisation der Lehrstühle und der Archive. Diese spiegeln sich letztendlich in der Konzeption historischer Karten wider, die in Deutschland eher auf die detaillierte Darstellung räumlicher Daten im Rahmen der Landesgeschichte und in Frankreich eher auf die Beweisführung im Rahmen begrenzter Forschungsobjekte auf nationaler Ebene abzielt.

JONAS BECHTOLD und MARION ROMBERG (Bonn) stellten die Kartensammlung des Lehrstuhls für Rheinische Geschichte in Bonn vor, die im Keller des Instituts etwa 2.000 Dokumente umfasst, darunter Altkarten, aber auch historische Atlanten, die die Bedeutung der Kartographie in der Kulturraumforschung am Institut für geschichtliche Landeskunde zu Beginn des 20. Jahrhunderts belegen. Die Referenten zeigten die Herausforderungen auf, die mit der Aufbereitung dieser Sammlung für eine öffentliche Nutzung verbunden sind, und insbesondere die Notwendigkeit, den ursprünglichen Kontext der oft ungeordneten Dokumente zu rekonstruieren.

BENJAMIN FURST (Mülhausen 7 Mulhouse) kam auf die Herausforderungen des zweisprachigen Atlas zur Geschichte des Oberrheins zurück, der 2019 veröffentlicht wurde und dessen Anliegen es ist, durch die Kartierung eines grenzüberschreitenden Raumes, der sich nicht auf den Rhein beschränkt, neue Fragen zu stellen. Er erläuterte die Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung eines ausgewogenen Teams von französischen und deutschen Spezialisten sowie bei der Verknüpfung und Harmonisierung oft unterschiedlicher Daten auf beiden Seiten des Rheins. Gleichzeitig betonte er den Wert des Projekts, das insbesondere wertvolle Erkenntnisse über die Konstruktion und Repräsentation von Grenzen (Linien? Punkte? Zonen?) hervorgebracht hat.

JESSICA MARTIN (Paris) befasste sich mit dem *Laboratoire de cartographie et de graphique* und seiner Rolle innerhalb der Annales-Schule an der 6. Sektion der *École Pratique des Hautes Études* (später EHESS) in Paris. Mit der Untersuchung der Arbeitspraktiken und der Korrespondenzen im Vorfeld der Kartenproduktion zeigte sie, dass das Verhältnis zwischen historischer Forschung und Kartographie nicht konfliktlos war.

Seite B 78 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Denn von den Historikern wurde die Herstellung von Karten lange als bloße Illustration ihrer Forschungsergebnisse betrachtet, während die Kartographen des Labors sie bereits als heuristisches Werkzeug und als Mittel der Beobachtung ansahen.

Dieses erste Panel bot sehr konkrete Einblicke in die Archäologie der kartographischen Arbeit und die Bedeutung der verschiedenen intellektuellen, institutionellen und sozialen Kontexte, in denen sie stattfindet. Die Kartenarbeit trägt immer wieder dazu bei, Entscheidungen zu treffen, die anregende methodologische Fragen zur Raumwahrnehmung stellen und in die historische Diskussion einbezogen werden können.

Zu Beginn des zweiten Panels untersuchte UTE SCHNEIDER (Duisburg-Essen) die Beziehung zwischen Text und Bildern und die Rolle der Karten in der historischen Erzählung. Ausgehend von der Feststellung, dass Karten als Quellen in der Geschichtswissenschaft immer noch zu wenig genutzt werden, betonte sie die semantische Reichhaltigkeit dieser visuellen Darstellungen, die immer auch von breiteren diskursiven, materiellen und ideologischen Kontexten zeugen und somit Zugang zu zeitgenössischem Wissen bieten. Das alles sind wichtige Gründe, um sie stärker in historische Narrative zu integrieren.

BERHE FESSEHA (Paris / Mekelle) analysierte die Kenntnisse des Geographen August Petermann, der 1869 mehrere Karten auf der Basis der offiziellen Karte der britischen Militärexpedition in Äthiopien erstellt hatte. Mit der detaillierten Beschreibung der Entstehungsgeschichte dieser Karten konnte er zeigen, dass sie das Ergebnis von Korrespondenzen, Berichten und anderen Formen der Wissenszirkulation waren, welche die gelehrten Beziehungen und die kollektive Beteiligung an der Erstellung solcher Dokumente belegen.

MATTI LEPRÊTRE (Paris) behandelte anhand zeitgenössischer Karten und Umfragen die methodologischen Probleme bei der Kartierung der Produktionsstätten von Heilpflanzen in Deutschland zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Die kartographische Arbeit bietet in diesem Fall die Gelegenheit, über die Produktionsbedingungen räumlicher Daten und deren Lücken nachzudenken, wobei Leprêtre betonte, dass diese die Kartenarbeit weniger behinderten als zu neuen Fragen anregten.

ANDREA POJER (Trient / Trento) beschäftigte sich mit Diskursen über den Bergraum der Dolomiten. Grundlage seiner Ausführungen waren Darstellungen des Bergmassivs auf Karten des 16. und 17. Jahrhunderts; die meisten von ihnen wurden anlässlich von Grenzkonflikten erstellt und erlauben deshalb eine Untersuchung der räumlichen Praktiken der lokalen Akteure. Pojer demonstrierte, dass die Morphologie der Berge in dieser Gegend bereits vor dem Ende des 18. Jahrhunderts und vor den Anfängen des Alpinismus im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stand, da sie als Orientierungs- und Bezugspunkt für die Platzierung von Grenzmarkierungen diente.

RAPHAËL TOURTET (Nancy / Metz) widmete sich der Frage, wie man historische Karten nutzen kann, um die Konstruktion protestantischer Beziehungsräume im Elsass im 17. und 18. Jahrhundert zu analysieren. Die Karte als heuristisches Instrument ermöglichte es ihm, die verschiedenen Logiken der Solidarität zwischen Protestanten auszuloten und insbesondere die räumliche Organisation dieser Beziehungen zu beobachten, die sich bei den Lutheranern vor allem auf regionaler Ebene abspielten, bei den Reformierten auch einen überregionalen Raum einbezogen. Dabei zeigte Tourtet jedoch, dass auch andere Formen der Visualisierung, wie z. B. Schemata, wichtige Lösungen für die Analyse historischer Daten bereitstellen können.

Der erste Tag des Workshops endete mit einer Podiumsdiskussion zu anthropologischen Perspektiven auf die Kartographie. HANS-PETER HAHN (Frankfurt am Main) hinterfragte die Vorstellungswelt der Karten, denen in der westlichen Tradition oft eine führende Rolle bei der Enthüllung verborgener Wahrheiten zugewiesen wurde, und vertrat die Auffassung, kartographische Produktionen besäßen eine Tendenz zur Organisation und Hierarchisierung und damit zur Reproduktion von bestehenden Herrschaftsverhältnissen. Ihre emotionale und ästhetische Kraft sollte seiner Meinung nach nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie in Wirklichkeit nur ein Wissen unter vielen sind und immer einen situierten Standpunkt ausdrücken.

Eine andere Perspektive nahm EMMANUEL DÉSVEAUX (Paris) ein, der über die Abkehr von der Kartographie in neueren anthropologischen Studien nachdachte. Anhand mehrerer Arbeiten über die indianische Bevölkerung Nordamerikas und über Siedlungen in den Alpen zeigte er, dass Karten nicht nur als Analyseinstrumente, sondern auch als Inspirationsquelle für die Fragestellungen von Forschern dienen können. Dabei plädierte er dafür, in anthropologischen Arbeiten wieder stärker das Augenmerk auf die räumlichen Dimensionen der untersuchten Phänomene zu richten und die Raumerfahrungen der Akteure ernst zu nehmen.

LUCA SCHOLZ (Manchester) eröffnete am zweiten Tag des Workshops die dritte Sektion über die Herstellung von Karten mit einem Impulsreferat über kartographische Darstellungsweisen in der Geschichtswissenschaft. Anhand zahlreicher Beispiele vor allem aus britischen und amerikanischen Forschungsarbeiten zeigte er unterschiedliche Argumentationsweisen mit Karten auf, etwa die Darstellung der räumlichen Dimensionen emotionaler Erfahrungen oder Möglichkeiten der Analyse von Raumbezügen historischer Akteur:innen durch *topologische* statt *topographischer* Visualisierungen. Solche innovativen *Emic*-Karten machten es möglich, zum Beispiel Erfahrungen wie Gewitter in der Frühen Neuzeit neu zu lesen und durch ihre kartographische Erfassung besser zu verstehen.

In dieselbe Richtung zielte der Vortrag von ÉMILIE ARNAUD (Paris) und HIPPOLYTE SOUVAY (Freiburg) über Kartogramme und sogenannte Anamorphosekarten, die die geographische Gestalt eines Territoriums in Abhängigkeit von bestimmten Objekten (zum Beispiel der Geschwindigkeit, mit der Informationen zirkulieren) verändern. Am Beispiel der Einwanderung nach Straßburg zwischen 1500 und 1509 und der ungleichen Verbreitungsgeschwindigkeit von Gesetzen in Frankreich während des Direktoriums (1795-1798) unterstrichen beide die Wirksamkeit dieser Darstellungsform.

YULIIA KONIVA (Rouen) untersuchte, wie sich die Eingliederung der Sloboda-Ukraine in das Russische Reich ab 1765 auf die Organisation des Straßennetzes auswirkte. Anhand von historischen Karten, die in einem Geographischen Informationssystem (GIS) georeferenziert wurden, stellte sie detailliert die zeitgenössische Vielfalt von Straßen und ihre kommunikative Funktion dar.

MAUDE WILLIAMS (Saarbrücken) stellte ein Projekt vor, mit dessen Hilfe zukünftig Karten in die musealen Präsentationen der Maginot- und Siegfried-Linien integriert werden sollen. Sie zeigte die Herausforderungen auf, die damit verbunden sind, wies aber gleichzeitig auf die zahlreichen Potentiale einer solchen Darstellungsform hin, die es erlaubt, allgemeine Daten mit Ego-Dokumenten zu verknüpfen, Kriegserfahrungen interaktiv darzustellen und sie gleichzeitig in die Umweltgeschichte der jeweiligen Orte einzubinden.

NATHANAËL VALDMAN (Paris) interessierte sich schließlich für die Möglichkeiten, die die kartographische Arbeit mit einem GIS eröffnet, um die Straßenpraxis der Fürsten im frühneuzeitlichen Heiligen Römischen Reich anhand der Reiseroutenrollen des Kurfürsten

Seite B 80 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

August von Sachsen (1553-1586) zu untersuchen. Das Experimentieren mit verschiedenen kartographischen Darstellungen macht in diesem Fall die fließende Verbindung zwischen der Nutzung der Hauptstraßen und der Praxis von sekundären und lokalen Wegen anschaulich und stellt methodische Fragen zum Umgang mit einem besonderen Datenmaterial. Intensiver ging Valdman auch auf die Entstehungsgeschichte dieser außergewöhnlichen Dokumente ein.

Die verschiedenen Beiträge und die anregenden Diskussionen des Workshops haben deutlich werden lassen, wie vielfältig die Einsatzmöglichkeiten von Karten sind und wie hoch ihr heuristischer Wert für die historiographische Arbeit ist. Dabei zeigen Formate wie die *Emic*-Visualisierungen, dass Kartenarbeit nicht nur eine Form der experimentellen Visualisierung von Raumbezügen ist, sondern auch Inspirationsquelle für Historiker sein kann, um neue Blicke auf die Geschichte zu gewinnen. Die Tagung bot deshalb auch eine Gelegenheit, um neu über die Stellung und den Einsatz von historischen Karten, Geschichtskarten und Geographischen Informationssystemen bei der historischen Erzählung nachzudenken. Dazu gehörte auch eine Thematisierung der in Deutschland und Frankreich unterschiedlichen Beziehungen zwischen Historikern und Kartographen sowie des Verhältnisses zu den technischen Voraussetzungen der Kartenarbeit im Forschungsprozess. Schließlich regte der Workshop zu einer Horizonterweiterung an: Er verdeutlichte nicht nur die Fruchtbarkeit des Austauschs zwischen französischer und deutscher Geschichtswissenschaft, sondern machte auch auf die Aktualität und die Dynamik angloamerikanischer Forschungen und Zeitschriften im Bereich der digitalen Geschichtswissenschaft aufmerksam. Auch hier bieten sich Historikern heute neue Möglichkeiten zur Nutzung von GIS und zur Visualisierung historischer Daten.

Konferenzübersicht:

Johannes Paulmann (Mainz) und Falk Bretschneider (Frankfurt am Main/Paris):
Einführung

1. Sektion: Mit Karten arbeiten

Christophe Duhamelle (Paris): Cartes et sciences historiques: une perspective franco-allemande

Jonas Bechtold (Bonn) / Marion Romberg (Bonn): Kartographische Rheinlandforschung in Bonn. Bestand, Tradition, Neu-Erschließung

Benjamin Furst (Mülhausen / Mulhouse): De l'Alsace au Rhin supérieur: les enjeux d'un atlas historique transfrontalier

Jessica Martin (Paris): Un laboratoire de cartographie et de graphique (LG) au service de la recherche historique ou des historiens? Le LG à la VIe section de l'EPHE/EHESS (1954-2000)

2. Sektion: Über Karten arbeiten

Ute Schneider (Duisburg-Essen): Ein Blick reicht niemals aus – oder – jede Karte braucht mehr als 1000 Worte

Berhe Fesseha (Paris / Mekelle): August Petermann's 1869 Reproduced Maps of the Official Map of the British Expedition to Abyssinia

Seite B 81 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Matti Leprêtre (Paris): Connected Workscapes: Mapping the Delocalization of Medicinal Plants Cultivation and Harvesting in the German Empire, 1884-1945

Andrea Pojer (Trient / Trento): Vor der Entdeckung der Dolomiten: kartographische Wahrnehmungsperspektiven auf eine alpine Grenzlandschaft

Raphaël Tourtet (Nancy-Metz): Représenter les espaces relationnels protestants en Alsace (XVIIe-XVIIIe siècles)

Podiumsdiskussion

Emmanuel Désveaux (Paris) / Hans-Peter Hahn (Frankfurt am Main): Anthropologische Blicke auf die Kartographie

3. Sektion: Karten machen

Luca Scholz (Manchester): Kartographisches Argumentieren und digitale Geschichtswissenschaft

Émilien Arnaud (Paris) / Hippolyte Souvay (Freiburg): Shedding light on history through spatial distortion: Creating cartograms to display quantitative historical data

Yuliia Koniva (Rouen): GIS and its role in studying roads in Sloboda Ukraine in the second part of the 18th century

Maude Williams (Saarbrücken): Deutsche-französische Grenzen und Kriegserfahrungen während der „drôle de guerre“ (1939-1940): Ein Plädoyer für den Einsatz von Historical GIS in Digital Public History

Nathanaël Valdman (Paris): Les itinéraires princiers à l'épreuve de l'expérimentation cartographique (Saint-Empire, XVIe-XVIIe siècles)

Zitation

Nathanaël Valdman, Tagungsbericht: *Karten-Arbeit / Travailler avec des cartes*, In: H-Soz-Kult, 01.06.2024, www.hsozkult.de/conferencereport/id/fdkn-144195.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

01) Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 72 (2024), 5

Berlin 2024: [Metropol Verlag](https://metropol-verlag.de)

Erscheint monatlich

<https://metropol-verlag.de/produkt/zeitschrift-fuer-geschichtswissenschaft-72-jg-heft-5-2024/>

96 Seiten

Preis Jahresabonnement (Inland): € 136,00; Einzelheft: € 14,00

ISSN [0044-2828](https://www.issn.org/issn/0044-2828)

Redaktion

Institution

Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG)

Berlin

c/o

Technische Universität Berlin Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin Redaktion Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG) Kaiserin-Augusta-Allee 104-106 10553 Berlin Mitglieder: Friedrich Veitl (verantwortl. Redakteur), veitl@metropol-verlag.de Redaktion: Friedrich Veitl (verantwortlich), Frédéric Bonnesoeur, Kolja Buchmeier, Lara Raabe, Detlev Kraack, Swen Steinberg, zfg@metropol-verlag.de Verlagsadresse: Metropol Verlag, Ansbacher Str. 70, 10777 Berlin

Von

Friedrich Veitl

Inhaltsverzeichnis

ARTIKEL

Karsten Linne: Der Krieg als Chance. Ein deutscher Manager auf „Expedition“ in den Kaukasus S. 397–418

Jens Jäger: Die Einsamkeit des Pazifisten. Ernst Friedrich als Emigrant in Frankreich S. 419–433

Bernd Rother: Willy Brandt und der Anarchismus S. 434–445

Pascale Bos · Insa Eschebach · Regina Mühlhäuser: „Das größte Bordell des Dritten Reiches“. Zur Sexualisierung des Frauen-Konzentrationslagers Ravensbrück S. 446–460

REZENSIONEN

Mittelalter – Frühe Neuzeit

David Nirenberg: Rassendenken und Religion im Mittelalter. Über Ideen zur somatischen Reproduktion von Ähnlichkeit und Differenz. Göttingen 2023 (Christian Geulen) S. 461

Eike Hinrich Thomsen: Ketzer und Heiliger. Das Bild des Johannes Hus zwischen Reformation und Aufklärung. Göttingen 2024 (Thomas Krzenck) S. 462

Neuzeit – Neueste Zeit

Madeleine Lynch Dungy: Order and Rivalry. Rewriting the Rules of International Trade after the First World War. Cambridge/New York/Melbourne 2023 (André Steiner) S. 464

Martin Winterhalder: Gehirn und menschliche Natur. Die neuropsychologischen Forschungen Kurt Goldsteins sowie Cécile und Oskar Vogts, 1895–1936. Bielefeld 2023 (Florian G. Mildenberger) S. 466

Jule Ehms: Revolutionärer Syndikalismus in der Praxis. Die Betriebsarbeit der Freien Arbeiter-Union Deutschlands von 1918 bis 1933. Münster 2023 (Elmar Väth) S. 468

Martin Sabrow (Hrsg.): Gewalt gegen Weimar. Zerreißproben der frühen Republik 1918–1923. Göttingen 2023 (Jens Flemming) S. 469

Olaf Kistenmacher: „Gegen den Geist des Sozialismus“. Anarchistische und kommunistische Kritik der Judenfeindschaft in der KPD zur Zeit der Weimarer Republik. Freiburg/Wien 2023 (Jan Andres Hartmann) S. 471

Martin Finkenberger: Johann von Leers. Propagandist im Dienste von Hitler, Perón und Nasser. Göttingen 2023 (Yves Müller) S. 473

Manfred Görtemaker: Rudolf Hess. Der Stellvertreter. Eine Biographie. München 2023 (Horst Thum) S. 476

Horst Schreiber: „Liebesverbrechen“, Zwangsarbeit und Massenmord. NS-Täter und Opfer in Tirol, Polen und der Sowjetunion. Innsbruck/Wien 2023 (Klaus-Peter Friedrich) S. 477

Raul Hilberg: Die Vernichtung der europäischen Juden. Ergänzte Neuauflage. S. Fischer Verlag. Frankfurt a. M. 2023 (Markus Roth) S. 479

Angelika Laumer: Am Horizont. Kinder von NS-Zwangsarbeiter_innen und das alltägliche Erinnern und Vergessen in der deutschen ländlichen Gesellschaft. Weinheim 2024 (Anna Junge) S. 481

Rainer Eisfeld: Ein neuer Blick auf 1968. Impulse für eine engagierte Politikwissenschaft. Opladen/Berlin/Toronto 2022 (Peter Steinbach) S. 482

Joachim von Puttkamer: „Ich werde mich nie an die Gewalt gewöhnen“. Polizeibrutalität und Gesellschaft in der Volksrepublik Polen. Hamburg 2022 (Tobias Kaiser) S. 485

Wilfried Weinke (Hrsg.): Die Erinnerung wachhalten. Ulrich Bauche und sein Wirken in Hamburg. Hamburg 2023 (Christoph Strupp) S. 486

Seite B 84 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Zitation

Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 72 (2024), 5. , In: *H-Soz-Kult*, 20.05.2024,
<www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-144071>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

02) Blätter für deutsche und internationale Politik 69 (2024) 6

Berlin 2024: [Blätter Verlag](http://www.blaetter.de)

Erscheint monatlich

<https://www.blaetter.de/ausgabe/2024/juni>

128 Seiten

Preis Jahresabo € 93,60; ermäßigt € 74,40; Auslandszuschläge auf Anfrage; Einzelheft € 11,00 (zzgl. Versand)

ISSN [0006-4416](https://www.issn.org/ISSN/0006-4416)

Kontakt

*Blätter für deutsche und internationale Politik
Berlin*

c/o

*Blätter-Redaktion Berlin: Anne Britt Arps, Albrecht von Lucke, Annett Mängel, Steffen Vogel
Online-Redaktion: Tessa Penzel
Torstraße 178 10115 Berlin Tel. 030/3088 3640
Fax 030/3088 3645*

Von

Anne Britt Arps

Liebe Leserinnen und Leser,

Die Juni-Ausgabe der „Blätter für deutsche und internationale Politik“ erscheint am 30. Mai 2024.

In der Juni-Ausgabe würdigt Albrecht von Lucke anlässlich von Jürgen Habermas' 95. Geburtstag dessen universalistisches Projekt der Moderne und fordert, an dessen Vision einer dauerhaften Entfeindung festzuhalten. Seyla Benhabib plädiert für einen Kosmopolitismus, der die postkoloniale Kritik ernstnimmt. Markus Linden analysiert den Aufstieg der Mosaik-Rechten. Paul Schäfer fordert eine neue Friedenspolitik, jenseits von Nationalpazifismus und Militärfixierung. Ulrich Brand und Markus Wissen sehen den an sein Limit geratenden Kapitalismus als Ursache für neue, öko-imperiale Spannungen. Und Marc Thörner wertet Saudi-Arabiens Megaprojekt Neom als Ausdruck eines archaischen Futurismus.

Weitere Themen im Juni: Europawahl: Mit rechts gegen den Klimaschutz, Bezahlkarte: Der autoritäre Sozialstaat, Pazifistische Rhetorik von rechts, Schöffen: Russisch Roulette mit

Seite B 85 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Verfassungsfeinden, Abtreibung, Leihmutterchaft und die Untiefen der Liberalität, Der Nahostkonflikt an deutschen Unis, Spanien: Vor dem Ende der Polarisierung? Senegal: Panafrikanisch und souverän, Eine Utopie für Mexiko u.v.m.

Mit herzlichen Grüßen
Ihre „Blätter“-Redaktion

<https://www.blaetter.de/ausgabe/2024/juni>

Inhaltsverzeichnis

KURZGEFASST

Albrecht von Lucke: »Go west«, trotz alledem. Das unvollendete Projekt des Jürgen Habermas, S. 51-58

Am 18. Juni begeht „Blätter“-Mitherausgeber Jürgen Habermas seinen 95. Geburtstag, doch sein universalistisches, auf Kommunikation und Verständigung ausgerichtetes Projekt ist gefährdeter denn je. „Blätter“-Redakteur Albrecht von Lucke verortet das Habermassche Projekt der Moderne im Kontext der Nachkriegsgeschichte und fordert, an dessen Vision einer dauerhaften Entfeindung festzuhalten, auch wenn der russische Eroberungskrieg in der Ukraine derzeit nur militärisch gestoppt werden kann.

Seyla Benhabib: Für einen interaktiven Universalismus. Kosmopolitismus und die postkoloniale Kritik, S. 59-68

Das Ideal einer normenbasierten internationalen Ordnung und die universellen Menschenrechte stehen unter Beschuss. Die Philosophin und „Blätter“-Mitherausgeberin Seyla Benhabib setzt dagegen auf einen erneuerten Kosmopolitismus. Dieser müsse an die schon erreichten Fortschritte des Völkerrechts anknüpfen und die postkoloniale bzw. dekoloniale Kritik aufnehmen. Gleichzeitig warnt sie vor einer Hermeneutik des Misstrauens, die nicht deutlich macht, welche Zukunftsideale zu verteidigen sind.

Markus Linden: Der Aufstieg der Mosaik-Rechten. Negative Öffentlichkeit und die prekäre Zukunft der Demokratie, S. 69-80

Die Neue Rechte setzt auf eine Mischung aus Provokation und Selbstverharmlosung. Dabei argumentiert sie gleichzeitig mit liberal-demokratischen Werten und brandmarkt liberale Eliten. Ihre Strategie, kulturelle Hegemonie mit Hilfe negativer Gegenöffentlichkeiten zu erlangen, droht aufzugehen, analysiert der Politikwissenschaftler Markus Linden. Nur ein Konzept der positiven Öffentlichkeit könne dem entgegenwirken.

Claudius Voigt: Rechtspopulismus als Mainstream. Die Bezahlkarte für Geflüchtete und der autoritäre Sozialstaat, S. 81-86

Die Bezahlkarte für Geflüchtete kommt. Der Referent für Flüchtlingsberatung Claudius Voigt sieht in ihrer Einführung ein weiteres Beispiel für den fortschreitenden national-autoritären Umbau des Sozialstaats, getragen von einer breiten Koalition. Dabei gehe es letztlich darum, die Menschenwürde unter Nationalvorbehalt zu stellen. Demgegenüber gelte es, den Gleichheitsgrundsatz der Verfassung entschieden zu verteidigen.

Paul Schäfer: Jenseits von Nationalpazifismus und Militarismus. Plädoyer für eine wirksame Friedenspolitik nach der Zeitenwende, S. 87-97

Seite B 86 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Der russische Angriff auf die Ukraine stellt die Friedensbewegung vor große Herausforderungen. Wer in dieser Lage friedenspolitisch etwas bewirken will, betont der Soziologe und Linken-Politiker Paul Schäfer, muss die Anliegen der Opfer des Angriffskriegs ernstnehmen. Es bedürfe der Einsicht, dass Frieden nur mit einer aktiven europäischen Verteidigungspolitik zu erreichen ist, ohne gleichzeitig einer Militärfixierung zu verfallen.

Dokumentiert: Dmitri Medwedew: Russlands historische Mission, S. 99-106

Anlässlich des 80. Jahrestags des Sieges über Nazi-Deutschland veröffentlichte der ehemalige russische Präsident Dmitri Medwedew einen Text, der nicht nur die Geschichtsauffassung seiner Partei „Einiges Russland“ deutlich macht, sondern auch die russischen Kriegsziele. So wie London und Washington einst den Nationalsozialismus gefördert hätten, stützten sie nun die angeblichen Neonazis in der Ukraine. Der Sturz der Regierung in Kiew sei daher nur der erste Schritt für die Neuordnung der Welt.

Ulrich Brand und Markus Wissen: Klima, Krise, Krieg. Wie öko-imperiale Spannungen die internationale Politik prägen, S. 107-116

Den Mächtigen fehlt es nicht an Wissen über die Klimakrise. Vielmehr erklärt sich deren Untätigkeit aus dem unüberbrückbaren Widerspruch zwischen imperialer Lebensweise und planetaren Grenzen, so „Blätter“-Mitherausgeber Ulrich Brand und sein Kollege Markus Wissen. Je näher der Kapitalismus an sein Limit gerate, desto deutlicher äußere sich dies in neuen, öko-imperialen Spannungen. Diese manifestierten sich immer wieder in offenen politischen Konflikten bis hin zum Krieg.

Marc Thörner: Megacity Neom: Saudi-Arabiens archaischer Futurismus, S. 117-124

Mit dem Megaprojekt „Neom“ will sich das Königreich Saudi-Arabien als klimafreundliches und futuristisches Vorzeigeland präsentieren. Doch hinter der fortschrittlichen Fassade verbirgt sich ein rücksichtsloses Regime, konstatiert der Islamwissenschaftler und Journalist Marc Thörner. Er zeigt auf, wie brutal Kronprinz Mohammed Bin Salman Gegner zum Schweigen bringt, während deutsche Unternehmen und die Bundesregierung unvermindert mit dem Land kooperieren.

Inhaltsverzeichnis

KOMMENTARE

Europawahl: Mit rechts gegen den Klimaschutz von Steffen Vogel, S. 9

Pazifistische Rhetorik von rechts von Volker Weiß, S. 13

Schöffen: Russisch Roulette mit Verfassungsfeinden von Matthias Fahrner, S. 17

Abtreibung, Leihmutterchaft und die Untiefen der Liberalität von Ulrike Baureithel, S. 21

Spanien: Vor dem Ende der Polarisierung? von Julia Macher, S. 25

Panafrikanisch und souverän: Ein neues Kapitel für den Senegal von Claudia Ehing, S. 29

Bewaffnete Milizen: Trumps Drohpotential von Arndt Peltner, S. 33

Seite B 87 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Eine Utopie für Mexiko von Emma Schrade, S. 37

ANALYSEN UND ALTERNATIVEN

»Go west«, trotz alledem. Das unvollendete Projekt des Jürgen Habermas von Albrecht von Lucke, S. 51

Für einen interaktiven Universalismus. Kosmopolitismus und die postkoloniale Kritik von Seyla Benhabib, S. 59

Der Aufstieg der Mosaik-Rechten. Negative Öffentlichkeit und die prekäre Zukunft der Demokratie von Markus Linden, S. 69

Rechtspopulismus als Mainstream. Die Bezahlkarte für Geflüchtete und der autoritäre Sozialstaat von Claudius Voigt, S. 81

Jenseits von Nationalpazifismus und Militarismus. Plädoyer für eine wirksame Friedenspolitik nach der Zeitenwende von Paul Schäfer, S. 87

Dokumentiert: Russlands historische Mission von Dmitri Medwedew, S. 99

Klima, Krise, Krieg. Wie öko-imperiale Spannungen die internationale Politik prägen von Ulrich Brand und Markus Wissen, S. 107

Megacity Neom: Saudi-Arabiens archaischer Futurismus von Marc Thörner, S. 117

DEBATTE

Nahostkonflikt an deutschen Unis: Für Dialog statt Polarisierung von Peter Ullrich, S. 41

Für einen Waffenstillstand um Stellvertreterkrieg an den US-Universitäten von Dov Waxman, S. 45

AUFGESPIESST

Vox Populi, Vox Kubicki! Von Jan Kursko, S. 8

BUCH DES MONATS

Der Koffer von Frances Stonor Saunders, S. 125

IN EIGENER SACHE

20 Jahre »Blätter« in Berlin: Die Feier, S. 5

EXTRAS

Kurzgefasst, S. 49

Dokumente, S. 98

Zurückgeblättert, Impressum, Autoren und Autorinnen, S. 128

Seite B 88 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Zitation

Blätter für deutsche und internationale Politik 69 (2024) 6. , In: *H-Soz-Kult*, 31.05.2024, www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-144468.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de

03) Blätter für deutsche und internationale Politik 69 (2024) 5

Berlin 2024: [Blätter Verlag](http://www.blaetter.de)

Erscheint monatlich

<https://www.blaetter.de/ausgabe/2024/mai>

128 Seiten

Preis Jahresabo € 93,60; ermäßigt € 74,40; Auslandszuschläge auf Anfrage; Einzelheft € 11,00 (zzgl. Versand)

ISSN [0006-4416](http://www.issn.org/0006-4416)

Kontakt

Blätter für deutsche und internationale Politik

Berlin

c/o

Blätter-Redaktion Berlin: Anne Britt Arps, Albrecht von Lucke, Annett Mängel, Steffen

Vogel Online-Redaktion: Tessa Penzel Torstraße 178 10115 Berlin Tel. 030/3088 3640

Fax 030/3088 3645

Von

Anne Britt Arps

Liebe Leserinnen und Leser,

In der Mai-Ausgabe analysiert Alexander Gabujew die unheilige Allianz zwischen Wladimir Putin und Xi Jinping. Marion Kraske beleuchtet den neu-alten Ethnonationalismus und pro-russische Destabilisierungsversuche auf dem Balkan. Matthew Levinger beschreibt, wie Israel der Hamas in die Falle ging. Johannes Heesch plädiert für eine Rückbesinnung auf die demokratischen Errungenschaften der jungen Bundesrepublik, während Nathalie Weis den langen Kampf der Pionierinnen im Bundestag für mehr Gleichberechtigung hervorhebt. Und Jens Beckert fordert eine Klimapolitik, die die Zivilgesellschaft stärker mitnimmt.

Weitere Themen im Mai: Demokratie im Ernstfall: 75 Jahre Bundesrepublik, 25 Jahre Berlin, Rechtsextremismus: Wir haben Euch gewarnt, Die Politik des Zorns, Wie endet der Ukrainekrieg?, Naher Osten: Die Angst vor dem Flächenbrand, Eine Türkei ohne Erdoğan?, Volksrepublik China: Mit Nationalismus durch die Wirtschaftskrise, Mileis Argentinien: Der antifeministische Backlash, Haiti: Die Herrschaft der Gangs und das Scheitern des Westens, Big Data in der Landwirtschaft u.v.m.

Mit herzlichen Grüßen
Ihre „Blätter“-Redaktion

<https://www.blaetter.de/ausgabe/2024/mai>

Inhaltsverzeichnis

KURZGEFASST

Jens Beckert: Zwischen Utopie und Resignation. Plädoyer für eine realistische Klimapolitik, S. 43-52

Um die Klimakrise in den Griff zu bekommen, müssten wir uns dringend vom Wachstumsimperativ verabschieden. Das aber ist höchst unrealistisch, argumentiert der Soziologe Jens Beckert. Stattdessen sollten konkrete Maßnahmen ergriffen werden, die gemeinwohlorientiertes Handeln fördern.

Matthew Levinger: Im Teufelskreis des Terrors. Wie Israel der Hamas in die Falle ging, S. 53-58

Auf die Gräueltaten vom 7. Oktober folgte unvorstellbares Leid für die Bevölkerung im Gazastreifen. Die Hamas-Führung provozierte bewusst eine harte Reaktion, um Israel zu delegitimieren, so der Historiker Matthew Levinger. Da die Netanjahu-Regierung über keine Vision für einen Frieden verfüge, müsse sie von außen zu einem Kurswechsel gezwungen werden.

Alexander Gabujew: Pax Sinica: Die unheilige Allianz zwischen Putin und Xi, S. 59-69

Die Annäherung zwischen Russland und China sahen westliche Regierungen lange als vorübergehendes Phänomen. Seit seinem Angriff auf die Ukraine hat Putin jedoch keine andere Wahl mehr, als sich China unterzuordnen, analysiert der Historiker Alexander Gabujew. Nur so könne er die Konfrontation mit dem Westen aufrechterhalten – zur Freude Chinas.

Wolfgang Zellner: Zwischen Sieg und Diktatfrieden: Wie endet der Ukrainekrieg? S. 71-80

Die Debatte über das Ende des Krieges in der Ukraine hat wieder an Fahrt aufgenommen. Jedoch werden Kriege nicht durch Wunschenken beendet, konstatiert der Konfliktforscher Wolfgang Zellner. Angesichts der realen Kräfteverhältnisse könne die Ukraine ein für sie akzeptables Ende nur mit mehr Militärhilfe erreichen; sonst drohe ihr die völlige Unterwerfung.

Marion Kraske: Putins dritte Front. Der neu-alte Ethnonationalismus und die Destabilisierung des Balkans, S. 81-88

Die Nähe zwischen Wladimir Putin und Milorad Dodik, Präsident der bosnischen Republika Srpska, zeigt eines deutlich: den russischen Einfluss in der Region. Neben Kroatien ist es vor allem Moskaus Verbündeter Serbien, der die Region destabilisiert, so die Journalistin Marion Kraske. Doch die EU stemme sich nur viel zu halbherzig gegen diese Gefahr.

Sascha Ruppert-Karakas: Die Politik des Zorns. Wie die Vordenker der Neuen Rechten den Umsturz vorbereiten, S. 89-98

Seite B 90 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Martin Sellner, Frontmann der Identitären Bewegung, und Maximilian Krah, EU-Spitzenkandidat der AfD, gelten als Vordenker der Neuen Rechten. Der Politikwissenschaftler Sascha Ruppert-Karakas analysiert ihre jüngsten Schriften und zeigt auf, wie die beiden Ideologen mittels einer „Metapolitik“ die Bedingungen für den rechten Umsturz schaffen wollen.

Johannes Heesch: Streichposten Adenauer, Brandt, Schmidt? Wie die Bonner Republik aus der deutschen Erinnerungskultur verdrängt wird, S. 99-108

Von Konrad Adenauer bis Helmut Schmidt: Die bedeutendsten Repräsentanten der Bonner Republik werden heute allesamt auf den erinnerungskulturellen Prüfstand gestellt. Hierbei jedoch werden ihre historischen Verdienste vergessen, meint der Politikwissenschaftler Johannes Heesch. Daher gelte es, die demokratischen Errungenschaften der jungen Bundesrepublik wieder ins kollektive Gedächtnis zu rufen.

Natalie Weis: »Der nächste Redner ist eine Dame«. Wie sich Frauen ihren Platz im Bundestag erkämpften, S. 109-116

Im ersten Deutschen Bundestag stellten weibliche Abgeordnete noch die absolute Ausnahme dar. Die Historikerin Natalie Weis beschreibt, wie diese Pionierinnen über politische Gräben hinweg und gegen erhebliche Widerstände für die Verwirklichung eines Versprechens im Grundgesetz kämpften: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ – einen Satz, den erst eine Frau dort hineinverhandeln musste.

Sarah Hackfort: Big Data in der Landwirtschaft. Chance für die sozialökologische Transformation? S. 117-122

Die Digitalisierung macht auch vor der Landwirtschaft nicht halt. Doch die durch sie wachsende Menge an Daten führt nicht automatisch zu einer präziseren Bewirtschaftung der Böden und zu mehr Nachhaltigkeit, warnt die Politikwissenschaftlerin Sarah Hackfort. Vielmehr nutze sie aktuell vor allem dem Geschäft der großen Agrarkonzerne.

Inhaltsverzeichnis

KOMMENTARE

Demokratie im Ernstfall: 75 Jahre Bundesrepublik, 25 Jahre Berlin
von Albrecht von Lucke, S. 5

Rechtsextremismus: Wir haben Euch gewarnt
von Sheila Mysorekar, S. 9

Gefährliche Planspiele: Atombomben für Deutschland?
von Oliver Meier, S. 13

Naher Osten: Die Angst vor dem Flächenbrand
von René Wildangel, S. 17

Machtkampf der Blöcke: Eine Türkei ohne Erdoğan?
von Sabine Küper-Büsch, S. 21

China: Mit Nationalismus durch die Wirtschaftskrise
von Fabian Kretschmer, S. 25

Seite B 91 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Südafrika: Die endgültige Entzauberung des ANC?
von Janine Walter, S. 29

Mileis Argentinien: Der antifeministische Backlash
von Lisa Pausch, S. 33

Haiti: Die Herrschaft der Gangs und das Scheitern des Westens
von Katja Maurer, S. 37

ANALYSEN UND ALTERNATIVEN

Zwischen Utopie und Resignation
Plädoyer für eine realistische Klimapolitik
von Jens Beckert, S. 43

Im Teufelskreis des Terrors
Wie Israel der Hamas in die Falle ging
von Matthew Levinger, S. 53

Pax Sinica: Die unheilige Allianz zwischen Putin und Xi
von Alexander Gabujew, S. 59

Zwischen Sieg und Diktatfrieden: Wie endet der Ukrainekrieg?
von Wolfgang Zellner, S. 71

Putins dritte Front
Der neu-alte Ethnonationalismus und die Destabilisierung des Balkans
von Marion Kraske, S. 81

Die Politik des Zorns
Wie die Vordenker der Neuen Rechten den Umsturz vorbereiten
von Sascha Ruppert-Karakas, S. 89

Streichposten Adenauer, Brandt, Schmidt?
Wie die Bonner Republik aus der deutschen Erinnerungskultur verdrängt wird
von Johannes Heesch, S. 99

»Der nächste Redner ist eine Dame«
Wie sich Frauen ihren Platz im Bundestag erkämpften
von Natalie Weis, S. 109

Big Data in der Landwirtschaft
Chance für die sozial-ökologische Transformation?
von Sarah Hackfort, S. 117

AUFGESPIESST

Höcke oder Alles aus Liebe
von Jan Kursko, S. 70

BUCH DES MONATS

Die Suche nach der Gegenwart von Stefan Hertmans, S. 125

EXTRAS

Kurzgefasst, S. 41

Dokumente, S. 123

Zurückgeblättert, Impressum, Autoren und Autorinnen, S. 128

Zitation

Blätter für deutsche und internationale Politik 69 (2024) 5. , In: *H-Soz-Kult*, 31.05.2024, www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-144464.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

04) Blätter für deutsche und internationale Politik 69 (2024) 4

Berlin 2024: [Blätter Verlag](http://www.blaetter.de)

Erscheint monatlich

<https://www.blaetter.de/ausgabe/2024/april>

128 Seiten

Preis Jahresabo € 93,60; ermäßigt € 74,40; Auslandszuschläge auf Anfrage; Einzelheft € 11,00 (zzgl. Versand)

ISSN [0006-4416](http://www.issn.org/0006-4416)

Kontakt

Blätter für deutsche und internationale Politik
Berlin

c/o

Blätter-Redaktion Berlin: Anne Britt Arps, Albrecht von Lucke, Annett Mängel, Steffen Vogel
Online-Redaktion: Tessa Penzel Torstraße 178 10115 Berlin Tel. 030/3088 3640
Fax 030/3088 3645

Von

Anne Britt Arps

Liebe Leserinnen und Leser,

In der April-Ausgabe beleuchtet Bernd Ladwig den israelbezogenen Antisemitismus an deutschen Universitäten. Jürgen Trittin plädiert für mehr Sachlichkeit in der Debatte über den israelisch-palästinensischen Konflikt. Simone Schindwein erinnert an den Völkermord an den Tutsi in Ruanda vor 30 Jahren und seine erschreckende Aktualität. Ramachandra Guha zeigt auf, wie Narendra Modi Indien in ein Hindu-Reich verwandelt und dabei Demokratie und Pluralismus untergräbt. Frederico Füllgraf warnt vor dem großen Einfluss

Seite B 93 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

rechtsextremer Verschwörer im brasilianischen Militär und dessen Folgen für Lulas dritte Präsidentschaft. Und Tim Engartner und Michael Schedelik, erklären, warum der Boom der Privatschulen keinen Ausweg aus der bildungspolitischen Misere hierzulande bietet.

Weitere Themen im April: Im Nebel des Wahlkampfs: Friedenskanzler Schröder-Scholz?, Generationenkapital: Der Staat als Zocker, KITAS in der Krise, Wirtschaft in Gefahr, Von der Nordsee ins All: Europas neue Weltraumkolonie?, Krieg im Sudan: Der Hunger der Millionen, Jordanien: Die neue Wut auf den Westen, Russland: Sie wollten den Faschismus. Und sie haben ihn bekommen, Justiz ohne Integrität? Von den Widersprüchen der internationalen Gerichtsbarkeit, Für eine finanzpolitische Zeitenwende, Kant im Krieg u.v.m.

Mit herzlichen Grüßen
Ihre „Blätter“-Redaktion

<https://www.blaetter.de/ausgabe/2024/april>

Inhaltsverzeichnis

KURZGEFASST

Bernd Ladwig: Furchtbare Vereinfacher. Zum israelbezogenen Antisemitismus an deutschen Universitäten, S. 43-49

Anfang Februar wurde ein jüdischer Student der FU Berlin von einem offenbar propalästinensischen Kommilitonen zusammengeschlagen. Die Unileitung reagierte nicht angemessen, kritisiert der FU-Politikprofessor Bernd Ladwig. Er sieht im Drang nach moralischer Eindeutigkeit eine wichtige Ursache für den an den Unis verbreiteten israelbezogenen Antisemitismus

Jürgen Trittin: Empörungskultur und Kunstfreiheit. Warum nicht jede scharfe Kritik an Israel antisemitisch ist, S. 50-54

Die einseitigen israelkritischen Aussagen auf der diesjährigen Berlinale haben im Nachhinein für große Entrüstung gesorgt. Doch diese Reaktionen sind wenig hilfreich, argumentiert der Grünen-Politiker Jürgen Trittin. Statt aufgeregter Empörung bedürfe es der sachlichen Debatte.

Simone Schindwein: Die Aktualität des Grauens: 30 Jahre Völkermord in Ruanda, S. 55-62

Im April 1994 begann der Genozid an den Tutsi in Ruanda. Bis heute sind die Spuren der Verbrechen deutlich sichtbar. Doch bei der Aufarbeitung werde das Land von der Welt im Stich gelassen, so die Afrika-Korrespondentin Simone Schindwein. Schlimmer noch: Den Tutsi droht erneut Gefahr.

Gerd Hankel: Justiz ohne Integrität? Von den Widersprüchen der internationalen Gerichtsbarkeit, S. 63-68

Die jüngste Völkermord-Klage Südafrikas gegen Israel zeigt schlaglichtartig, wie umstritten internationale Gerichtsbarkeit ist. Dahinter steht ein größeres Problem, wie der Völkerrechtler Gerd Hankel an weiteren Beispielen zeigt: Der Ausgang der Verfahren hängt oft von nationalen Interessen ab.

Seite B 94 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Oleg Orlow: Sie wollten den Faschismus. Und sie haben ihn bekommen, S. 69-72

Mit dem Ukrainekrieg hat sich das Putinregime auch im Inneren radikalisiert: Es sei nun offen faschistisch, so der inzwischen inhaftierte russische Menschenrechtler Oleg Orlow. Zugleich markiert der Krieg einen kritischen Moment für das Regime: Ein Sieg würde Putins Herrschaft festigen.

Oliver Eberl: Kant im Krieg. Von der Aktualität des großen Friedensphilosophen zu seinem 300. Geburtstag, S. 73-82

Die Friedensphilosophie Immanuel Kants, der im April vor 300 Jahren geboren wurde, scheint aus der Zeit gefallen. Dem widerspricht der Politikwissenschaftler Oliver Eberl. Kant halte wichtige Lehren für die Einhegung der Gewalt zwischen Staaten bereit – auch mit Blick auf den Ukrainekrieg.

Ramachandra Guha: Modis neues Indien: Von der weltgrößten Demokratie zum Hindu-Reich, S. 83-95

Narendra Modi, der bei der Parlamentswahl im Frühjahr seine Wiederwahl als Premierminister anstrebt, verspricht seinen Anhängern ein nach innen wie außen starkes Indien. Jedoch, so der indische Historiker Ramachandra Guha, untergrabe Modi die eigentliche Stärke des Landes: den Pluralismus.

Frederico Füllgraf: Lula und die Putschisten: Der hohe Preis der Versöhnung, S. 97-106

Von Luiz Inácio „Lula“ da Silvas dritter Präsidentschaft erhofften sich viele eine Stärkung der brasilianischen Demokratie. Doch die Hürden dafür sind hoch, so der langjährige Lateinamerika-Korrespondent Frederico Füllgraf. Noch immer ist der Einfluss der Rechtsextremen groß, besonders im Militär.

Rudolf Hickel: Generationengerechtigkeit statt Schuldenbremse. Für eine finanzpolitische Zeitenwende, S. 107-114

Union und FDP pochen auf die Einhaltung der Schuldenbremse. Doch für eine ökologische Transformation der deutschen Wirtschaft sind mehr öffentliche Investitionen nötig, argumentiert „Blätter“-Mitherausgeber Rudolf Hickel. Er plädiert daher für eine Rückkehr zur „Goldenen Regel“.

Tim Engartner und Michael Schedelik: Die Flucht in die Privatschulen. Wie das Versagen der Bildungspolitik zur sozialen Spaltung führt, S. 115-122

Immer mehr Eltern schicken ihre Kinder angesichts verheerender Zustände an öffentlichen Schulen auf private. Jedoch böten diese keine Lösung der bildungspolitischen Misere, so die Sozialwissenschaftler Tim Engartner und Michael Schedelik. Privatschulen befriedigten lediglich den Wunsch nach Statussicherung und verstärkten damit die soziale Ungleichheit.

Seite B 95 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Inhaltsverzeichnis

KOMMENTARE

Im Nebel des Wahlkampfs: Friedenskanzler Schröder-Scholz? von Albrecht von Lucke, S. 5

Generationenkapital: Der Staat als Zocker von Achim Brunngengräber und Albert Denk, S. 9

Kitas in der Krise, Wirtschaft in Gefahr von Uta Meier-Gräwe, S. 13

Von der Nordsee ins All: Europas neue Weltraumkolonie? von Jennifer Stange, S. 17

Krieg im Sudan: Der Hunger der Millionen von Andreas Bohne, S. 21

Jordanien: Die neue Wut auf den Westen von Edmund Ratka, S. 25

Drohnterror gegen Rojava: Erdoğan's Zermürbungstaktik von Anita Starosta, S. 29

Schweiz: EU-Integration nur mit sozialer Sicherheit von Cédric Wermuth, S. 33

ANALYSEN UND ALTERNATIVEN

Furchtbare Vereinfacher: Zum israelbezogenen Antisemitismus an deutschen Universitäten von Bernd Ladwig, S. 43

Empörungskultur und Kunstfreiheit: Warum nicht jede scharfe Kritik an Israel antisemitisch ist von Jürgen Trittin, S. 50

Die Aktualität des Grauens: 30 Jahre Völkermord in Ruanda von Simone Schlindwein, S. 55

Justiz ohne Integrität? Von den Widersprüchen der internationalen Gerichtsbarkeit von Gerd Hankel, S. 63

Sie wollten den Faschismus. Und sie haben ihn bekommen von Oleg Orlow, S. 69

Kant im Krieg. Von der Aktualität des großen Friedensphilosophen zu seinem 300. Geburtstag von Oliver Eberl, S. 73

Modis neues Indien: Von der weltgrößten Demokratie zum Hindu-Reich von Ramachandra Guha, S. 83

Lula und die Putschisten: Der hohe Preis der Versöhnung von Frederico Füllgraf, S. 97

Generationengerechtigkeit statt Schuldenbremse: Für eine finanzpolitische Zeitenwende von Rudolf Hickel, S. 107

Die Flucht in die Privatschulen: Wie das Versagen der Bildungspolitik zur sozialen Spaltung führt von Tim Engartner und Michael Schedelik, S. 115

Seite B 95 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

DEBATTE

Lasst Julian Assange frei! Von Wolfgang Kaleck, S. 37

AUFGESPIESST

Porsche-Klaus und Putin-Pfaden von Jan Kursko, S. 96

BUCH DES MONATS

Putins Krieg gegen die Frauen von Sofi Oskanen, S. 125

EXTRAS

Kurzgefasst, S. 41

Dokumente, S. 123

Zurückgeblättert, Impressum, Autoren und Autorinnen, S. 128

Zitation

Blätter für deutsche und internationale Politik 69 (2024) 4. , In: *H-Soz-Kult*, 31.05.2024, www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-144463.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

05) Religion und Gesellschaft in Ost und West 52 (2024), 5

Zeitschriftentitel

[Religion und Gesellschaft in Ost und West \(RGOW\)](#)

Weiterer Titel

Heilige Berge

Zürich 2024: [Selbstverlag](#)

<https://rgow.eu/zeitschrift/2024/4-5>

32 Seiten

Preis Jahresabonnement (print&digital) CHF 110,00; Abo für Studierende CHF 65,00;
Einzelheft CHF 15,00

ISSN [2253-2465](#)

Kontakt

Religion und Gesellschaft in Ost und West (RGOW)
Abteilung
Institut G2W

8002 Zürich, Bederstr. 76

Von

Regula Zwahlen, Forum RGOW, Religion & Gesellschaft in Ost und West (RGOW)

In vielen Kulturen und Religionen gibt es heilige Berge. Sie sind der Sitz von Gottheiten oder verkörpern höhere Wesen, manche dürfen deshalb nicht betreten werden. Zusammen mit dem Urner Institut Kulturen der Alpen an der Universität Luzern begeben wir uns in dieser Ausgabe auf eine Spurensuche nach heiligen Bergen in Europa.

Historisch spielten im Christentum Berge eine geringere Rolle. Bergklöster suchten in den Bergen in erster Linie Abgeschiedenheit und nicht die Heiligkeit Gottes. Erst das Nation Building des 19. Jahrhunderts hat einen Nationalismus hervorgebracht, welcher der Verehrung von Bergen Auftrieb verlieh. Die Lese-Reise führt vom Gotthard (Schweiz) über den Triglav (Slowenien), den Lovćen (Montenegro), den Tomorr (Albanien), den Athos (Griechenland) bis zum Ararat (Türkei) und zum Elbrus (Russland).

Inhaltsverzeichnis

Jon Mathieu: Gibt es heilige Berge in Europa? Eine einführende Spurensuche
Es gibt etliche Berge in Europa, die als „heilig“ bezeichnet wurden bzw. werden. Konjunktur hatte die Heiligsprechung von Bergen vor allem im Zeitalter des Nationalismus, weil damit auch immer nationalpolitische Markierungen verbunden waren. Ob man die Berge auch im religiösen Sinn als „heilig“ bezeichnen kann, ist allerdings eine andere Frage.

Andreas Bäumlner: Heilige Infrastruktur: Zur Sakralisierung von alpiner Technik in der Literatur

Berge sind nicht nur als Naturphänomene heilig, sondern auch als Orte ihrer technischen Erschließung. Dies zeigt sich beispielhaft bei Schweizer Autoren des frühen 20. Jahrhunderts, die sich mit der alpinen Infrastruktur des Gotthard auseinandersetzen. So erhielten technische Projekte in den Bergen eine sakrale Dimension.

Peter Mikša: Vom Berg zum Symbol: Der Triglav und seine Bedeutung für die Slowenen
Der höchste Gipfel der Julischen Alpen war im 19. Jahrhundert der Schauplatz einer erbitterten Rivalität zwischen dem österreichischen und slowenischen Alpenverein. Im Zuge dieses Wettkampfs um die Berge wurde der Triglav zum nationalen Symbol der Slowenen und fand so nicht nur Eingang in Literatur und Malerei, sondern auch in die Heraldik. Sowohl in der jugoslawischen Teilrepublik Slowenien als auch im heutigen unabhängigen Staat ziert der Triglav das slowenische Wappen und die Flagge.

Emil Hilton Saggau: Im Zentrum der nationalen Identität: Lovćen, der schwarze Berg
Die Bucht von Kotor wird vom Berg Lovćen überragt. Der Berg ist eng mit einer der dominierenden Herrscherfamilie Montenegros verbunden und spielt in der nationalen Dichtung eine wichtige Rolle. Spätestens seit der prägende Herrscher Petar II. Petrović-Njegoš sich eine Kapelle als Grabstätte auf dem Berg erbauen ließ, ist der Lovćen zu einem nationalen Symbol geworden. In den Debatten um die Errichtung der Kapelle und später eines Mausoleums spiegeln sich bis heute die Konflikte um die montenegrinische Identität.

Seite B 98 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Nathalie Clayer: Pilgerreisen zum Tomorr in Albanien: Wandel in Mobilität und sakralen Praktiken

Der Berg Tomorr im Süden Albaniens und ein auf seinem Gipfel liegendes Heiligengrab werden schon seit Jahrhunderten mit einer Pilgerreise verehrt. Bis in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts war diese eine regionale Angelegenheit, seither hat die Bektaschi-Bruderschaft verstärkt die Kontrolle über die Stätte übernommen, und die Pilgerreise ist zu einem nationalen Ereignis geworden. Parallel dazu haben sich die religiösen Praktiken an der Stätte, insbesondere aufgrund der veränderten Mobilität, gewandelt

Andreas Müller: Athos – der Heilige Berg der Orthodoxie

Der Berg Athos ist der Heilige Berg für die Orthodoxie schlechthin. Die Mönche versuchen durch festgelegte Gebetszeiten und Askese der Gottesschau näher zu kommen. Die Mönchsrepublik setzt sich aus 20 Großklöstern und mehreren Skiten zusammen, wobei die Großklöster auch die Regierung des Heiligen Bergs stellen. Der Athos ist kulturgeschichtlich prägend für die monastische Kultur der Orthodoxie geworden. In jüngster Zeit macht vor allem der gestiegene russische Einfluss auf die Mönchsrepublik von sich reden.

Boris Prevešič und Stefan Kube im Gespräch mit Elke Shoghig Hartmann: Symbol für das verlorene paradiesische Land: der Berg Ararat

Der Ararat ist das Nationalsymbol der Armenier, auch wenn er heute auf türkischem Staatsgebiet liegt. Zentral war in vornationaler Zeit jedoch nicht der Berg an sich, sondern die fruchtbare Ararat-Ebene als paradiesisches Land in einer unwirtlichen Umgebung. Im 19. und 20. Jahrhundert wird der Ararat zum Symbol des verlorenen Landes und von Armenien schlechthin. Auch im kurdischen Narrativ spielt der Berg eine Rolle, weil er an die Anfänge einer kurdischen Nationalbewegung erinnert.

Eva Maurer: Der Elbrus – die symbolische Spitze des Imperiums

„Höher als der Montblanc“ wurde der Elbrus nach der russischen Eroberung des Kaukasus zu einem beliebten, auch internationalen Bergsteigerziel, Tourismusmagneten, einem Ort sowjetischer Massenbesteigungen und imperialen Symbol russischer Kultur. Zur Erinnerungskultur gehört auch das Schicksal der balkarischen Lokalbevölkerung, aus deren Mitte ortskundige Bergführer stammten, und die 1944 von Stalin deportiert wurde.

Buchbesprechungen:

Jon Mathieu: Mount Sacred. Eine kurze Globalgeschichte der heiligen Berge seit 1500. Wien: Böhlau 2023

Emil Hilton Saggau: Nationalisation of the Sacred. Orthodox Historiography, Memory, and Politics in Montenegro (= South-East European History, vol.5) New York u.a.: Peter Lang 2024

Zitation

Religion und Gesellschaft in Ost und West 52 (2024), 5. , In: *H-Soz-Kult*, 03.06.2024, www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-144039.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

06) Journal of Medieval History 50 (2024), 2

Titel der Ausgabe
Journal of Medieval History 50 (2024), 2
Zeitschriftentitel
[Journal of Medieval History \(JMH\)](#)

Erschienen Oxford 2024: [Taylor & Francis](#)
<https://www.tandfonline.com/toc/rmed20/50/2>
Personal price: € 194 for European countries
ISSN [0304-4181](#)

Kontakt

Institution
Journal of Medieval History (JMH)
Land
United Kingdom
c/o
C.M. Woolgar, Dept. of History, School of Humanities, University of Southampton,
University Road, Southampton, SO17 1BJ, UK
Von

Jakob Schneider, Humboldt-Universität zu Berlin

Inhaltsverzeichnis

Research Articles

Medieval Liturgy and the Making of Poland: A Study in Early Medieval Political Identification (c. 960s–c. 1030s)
Paweł Figurski
Pages: 141-162
DOI: 10.1080/03044181.2024.2320277

Miracles and Misadventures: Childhood and Public Health in the Late Medieval Low Countries
Janna Coomans & Bente Marschall
Pages: 163-189
DOI: 10.1080/03044181.2024.2321581

‘Our Dearest Lord and Father Received Him From the Baptismal Font’: The Life and Career of Philippe le Convers
Jessica Marin Elliott
Pages: 190-213
DOI: 10.1080/03044181.2024.2324075

The Making and Meaning of the Bayeux Tapestry Revisited
Mark Hagger
Pages: 214-235
DOI: 10.1080/03044181.2024.2324055

Seite B 100 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Carolingian After-Images: Hariulf's History of St Riquier and Its Context
Kathleen Thompson
Pages: 236-246
DOI: 10.1080/03044181.2024.2323064

The Translatio imperii and the Spatial Construction of History in the Twelfth Century
Eric Wolever
Pages: 247-265
DOI: 10.1080/03044181.2024.2327041

Zitation

Journal of Medieval History 50 (2024), 2. , In: *H-Soz-Kult*, 30.04.2024,
<www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-143712>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

07) Aus Politik und Zeitgeschichte 74 (2024) 6-8

Titel der Ausgabe
Aus Politik und Zeitgeschichte 74 (2024) 6-8
Zeitschriftentitel
[Aus Politik und Zeitgeschichte](#)
Weiterer Titel
Krim

Erschienen Bonn 2024:

<https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/krim-2024/>

48 Seiten.
Preis kostenlos
ISSN [0479-611X](#)

Kontakt

Aus Politik und Zeitgeschichte
Land
Deutschland
53113 Bonn
c/o

Redaktion „Aus Politik und Zeitgeschichte“ Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86 53113 Bonn Redaktion: Lorenz Abu Ayyash
<lorenz.abu.ayyash@bpb.de> Anne-Sophie Friedel <anne-sophie.friedel@bpb.de> Jacob
Hirsch (Volontär) <jacob.hirsch@bpb.de> Sascha Kneip <sascha.kneip@bpb.de>
Johannes Piepenbrink <johannes.piepenbrink@bpb.de>

Von
Jacob Hirsch

Seit zehn Jahren ist die Krim – auf Ukrainisch Krym, auf Krimtatarisch Qırım – von Russland annektiert. In Reaktion auf die Euromaidan-Proteste und die Absetzung des damaligen Präsidenten Janukowytsch besetzten russische Spezialeinheiten Ende Februar 2014 die politischen Schaltstellen der Schwarzmeerhalbinsel und installierten moskautreue Statthalter. Kurz darauf verkündete der russische Präsident Putin die „Wiedervereinigung“ mit der Krim.

Inzwischen hat sich gezeigt, dass die Annexion nur der Anfang war: Vor zwei Jahren griff Russland die gesamte Ukraine an. Warum hat die Krim für beide Länder so eine Bedeutung? Wie lebt es sich heute auf der besetzten Halbinsel? Und welche Rolle spielen die Krimtataren?

Inhaltsverzeichnis

Johannes Piepenbrink
Editorial

Alim Aliev
Zwischen Angst und Widerstand. Leben auf der Krim

Gwendolyn Sasse
Rekonstruktion einer Annexion

Nikolai Klimeniouk
Gibt es ein Russland ohne Krim?

Rory Finnin
Die Krim und die Krimtataren

Bert Hoppe
Schatten der Weltkriege. Die Deutschen und die Krim

Kerstin S. Jobst
Kurze Geschichte einer besonderen Halbinsel

Zitation

Aus Politik und Zeitgeschichte 74 (2024) 6-8. , In: H-Soz-Kult, 08.05.2024, <www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-143936>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

08) Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 73 (2024), 1

Zeitschriftentitel

[Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung \(ZFO\) / Journal of East Central European Studies \(JECES\)](#)

Weiterer Titel

Zeiten der Unsicherheiten. Demokratisierung und Nationalisierung in Ostmitteleuropa auf regionaler und lokaler Ebene (1918–1923)

Marburg 2024: [Herder-Institut Verlag](#)

Erscheint vierteljährlich

<https://www.zfo-online.de/portal/zfo/issue/view/308>

ISBN 978-3-87969-488-4

207 Seiten

Preis € 60,- für das Jahr, € 17,- für das Einzelheft

ISSN [0948-8294](#)

Kontakt

Institution

Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung (ZFO) / Journal of East Central European Studies (JECES)

Land

Deutschland

Ort

-

c/o

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Christoph Schutte, Gisonenweg 7 35037 Marburg Tel. 0642 1/184-129 Fax 0642 1/184-139 E-Mail: <christoph.schutte@herder-institut.de>

Von

Christoph Schutte, Wissenschaftsforum, Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung - Institut der Leibniz-Gemeinschaft

Kürzlich ist Heft 1/2024 der Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung / Journal of East Central European Studies erschienen. Es handelt sich um das von Steffen Kailitz, Tim Buchen und Sebastian Ramisch-Paul betreute Themenheft „Zeiten der Unsicherheiten. Demokratisierung und Nationalisierung in Ostmitteleuropa auf regionaler und lokaler Ebene (1918–1923)“.

Aus der Einleitung: „Dieses Themenheft hat zum Ziel, die Vielfalt der von Unsicherheit über die politische und gesellschaftliche Zukunft geprägten historischen Übergangsprozesse in Mittel- und Ostmitteleuropa zwischen 1918 und 1923 auf der regionalen und lokalen Ebene in den Blick zu nehmen und ihre Verflechtung mit nationalen und globalen Prozessen zu erkunden. So brachte dieser Umbruch keineswegs nur einen Aufbruch zu demokratischeren, friedlichen und emanzipativen Ordnungen. Vielmehr wurden auch alte

Konflikte aus den Imperien weitergeführt und neue nationale Konflikte losgetreten oder vertieft. Die Bildung lokaler Regierungen in derart unsicheren Zeiten, die Natur und das Ausmaß lokaler und regionaler Initiativen, personelle Wechsel in lokalen und regionalen Institutionen, die Umgestaltung von Politik, sozialen Rollen und öffentlichen Handlungen stand bislang zu wenig im Fokus der Forschung.“

Bitte beachten sie auch das umfangreiche Volltextangebot der Zeitschrift für Ostforschung 1952–1994 (<https://www.zfo-online.de/index.php/zf/issue/archive>) sowie der Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung seit 1995 (<https://www.zfo-online.de/index.php/zfo/issue/archive>)

Inhaltsverzeichnis

Aufsätze

Steffen Kailitz, Tim Buchen, Sebastian Ramisch-Paul: Zeiten der Unsicherheiten. Demokratisierung und Nationalisierung in Ostmitteleuropa auf regionaler und lokaler Ebene (1918–1923) (1–15), <https://doi.org/10.25627/202473111470>

Steffen Kailitz: Wilsons Moment? Wilsons Deutungen von Demokratie und Nation, ihre nationalen Rezeptionen und die Bedeutung für die Grenzkonflikte in Oberschlesien, dem Teschener Schlesien und der Orava (17–50), <https://doi.org/10.25627/202473111471>

Sebastian Ramisch-Paul, Matthäus Wehowski: Vom „erfolgreichen Durchdringen des nationalen Gedankens“ und dem „Sieg der demokratischen Grundsätze“. Deutungsmuster von Nation und Demokratie in Oberschlesien, dem Teschener Schlesien und der Orava (1918/19) (51–84), <https://doi.org/10.25627/202473111472>

Miloslav Szabó: Die „Plünderungen“ in Oberungarn im Herbst 1918 – bolschewistische Anarchie oder nationale Revolution? (85–100), <https://doi.org/10.25627/202473111473>

Tim Buchen: Landverteilung und lokale Volksherrschaft als Staatsräson. Die Republika Tarnobrzaska 1918–1919 (101–130), <https://doi.org/10.25627/202473111474>

Thomas Rettig: Die Russische Freiwillige Westarmee in Kurland 1919. Regionale Besatzungspraxis im Spannungsfeld zwischen Imperialismus und Selbstbestimmung (131–163), <https://doi.org/10.25627/202473111475>

Besprechungen

Historical Dictionary of Belarus. Rez. Tatsiana Astrouskaya (165–167), <https://doi.org/10.25627/202473111476>

"Sources on Jewish Self-Government in the Polish Lands from Its Inception to the Present". Rez. Jürgen Heyde (167–169), <https://doi.org/10.25627/202473111477>

Patrick Schicht: Kastelle. Rez. Tomasz Torbus (169–171), <https://doi.org/10.25627/202473111478>

Florin Curta: Eastern Europe in the Middle Ages (500–1300). Rez. Christian Lübke (171–174), <https://doi.org/10.25627/202473111479>

Seite B 104 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Sven Jaros: Iterationen im Grenzraum. Rez. Alexander Baranov (443–445),
<https://doi.org/10.25627/202473111480>

Réka Tímea Újlaki-Nagy: Christians or Jews?. Rez. István Monok (176–178),
<https://doi.org/10.25627/202473111481>

Adam Kucharski: Placing Poland at the Heart of Irishness. Rez. John A. Merchant (178–179), <https://doi.org/10.25627/202473111482>

Jolanta Sikorska-Kulesza: Tolerated Evil. Rez. Lena Magnone (180–181),
<https://doi.org/10.25627/202473111484>

Damian K. Markowski: Lwów or L'viv?. Rez. Christoph Mick (181–183),
<https://doi.org/10.25627/202473111485>

Esther Levinger: Constructivism in Central Europe. Rez. Julia Secklehner (183–185),
<https://doi.org/10.25627/202473111486>

"If This Is a Woman. Studies on Women and Gender in the Holocaust. Hrsg. von Denisa Nešťáková, Katja Grosse-Sommer, Borbála Klacsmann und Jakub Drábik." Rez. Anika Walke (185–187), <https://doi.org/10.25627/202473111487>

Irena Protassewicz: A Polish Woman's Experience in World War II. Rez. Nora Mengel (187–189), <https://doi.org/10.25627/202473111489>

Chris Webb, Artur Hojan: The Chelmno Death Camp. Rez. Katrin Stoll (189–191),
<https://doi.org/10.25627/202473111490>

„Man bleibt eben immer der Flüchtling“. Rez. Jan Musekamp (192–193),
<https://doi.org/10.25627/202473111491>

Monika Wienfort: Katholizismus im Kalten Krieg. Rez. Markus Krzoska (193–194),
<https://doi.org/10.25627/202473111492>

Aus den Giftschränken des Kommunismus. Rez. Jürgen Warmbrunn (195–197),
<https://doi.org/10.25627/202473111493>

Pauli A. Heikkilä: Estonia as a Captive Nation. Rez. Kaarel Piirimäe (197–198),
<https://doi.org/10.25627/202473111494>

Thomas Heimann: Freundschaft – Przyjaźń?. Rez. Lars Jockheck (199–200),
<https://doi.org/10.25627/202473111495>

Georgiy Kasianov: Memory Crash. Rez. Laura Eckl (200–202),
<https://doi.org/10.25627/202473111496>

Ineta Balode, Dzintra Lele-Rozentāle: Deutsch im Baltikum. Eine annotierte Forschungsbibliographie. Unter Mitwirkung von Manfred von Boetticher und Reet Bender. Rez. Jürgen Beyer (203), <https://doi.org/10.25627/202473111497>

Zitation

Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 73 (2024), 1. , In: *H-Soz-Kult*, 13.05.2024,
<www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-143931>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

09) Nordost-Archiv 33 (2024)

Stuttgart 2024: [Franz Steiner Verlag](#)

<https://biblioscout.net/book/10.25162/9783515137102>

ISBN 978-3-515-13706-5

134 Seiten

Preis 39,00 €, Abo: 32,00 €

ISSN [0029-1595](#)

Kontakt

Nordost-Archiv. Zeitschrift für Regionalgeschichte (NOA)

Kontaktadresse der Redaktion: Frau Dr. Anja Wilhelmi, <a.wilhelmi@ikgn.de>

Von

Katrin Blumenstock, Verlag

Die Erste Teilung Polens 1772 war in mehrfacher Hinsicht ein einschneidendes und bedeutsames Ereignis. Sie beendete die eigenständige Geschichte eines Teils der polnischen Krone, Königlich oder (danach) Polnisch Preußens, sie erweiterte die Grundlage des preußischen Königtums und führte zu Änderungen in den Regeln des Völkerrechts. Die erste Teilung Polens fand in der zeitgenössischen europäischen Öffentlichkeit große Aufmerksamkeit und wurde vielfach verurteilt. Anders als bei bisherigen Eroberungen oder Abtretungen von Gebieten markierte die Teilung einen Bruch mit dem überkommenen politischen System, als alleiniger Ausdruck einer intensiven Interessenpolitik der beteiligten Mächte.

Die Autorinnen und Autoren beleuchten in ihren Beiträgen verschiedene Aspekte der preußischen und polnischen Geschichte vor und nach der Ersten Teilung Polens sowie die Auswirkungen auf unterschiedliche Bevölkerungsgruppen, wie den polnisch-katholischen Adel. Sie diskutieren ebenso die Handelsbeziehungen Polen-Litauens mit dem Königreich Preußen wie die Entwicklung der polnischen Wissenschaft und die preußische Geschichtspolitik.

Inhaltsverzeichnis

Editorial

Jürgen Sarnowsky

Die Erste Teilung Polens 1772 und die Entstehung Westpreußens

S. 7

Abhandlungen

Martin Steinkühler (Warendorf)

Preußen und Westpreußen. Von der Gründung der Provinz 1772 bis zur Wiederherstellung 1815

S. 10

Hans-Jürgen Bömelburg (Gießen)

Die Erfindung und Einrichtung Westpreußens 1772. Wissensregime, Behördenpraxis und offene Forschungsfragen

S. 23

Christofer Herrmann

Die Huldigung in Marienburg 1772 – preußische Geschichtspolitik oder historischer Zufall?

S. 40

Agnieszka Pufelska (Lüneburg)

Als preußische Untertanen. Die Situation des polnisch-katholischen Adels nach der ersten Teilung Polen-Litauens

S. 50

Jacek Wijaczka (Toruń) / Igor Kąkolewski (Olsztyn)

Die Handelsbeziehungen Polen-Litauens mit dem Königreich Preußen von der Ersten bis zur Zweiten Teilung (1772–1792)

S. 61

Maria Rhode (Göttingen)

Polnische Wissenschaft in Preußen um 1800

S. 73

Filip Emanuel Schuffert (Regensburg)

Die erste Teilung Polen-Litauens in der Wahrnehmung des kursächsischen Hofes

S. 85

Dariusz Makitła (Warszawa)

Rechtliche Vereinheitlichung und Unterordnung. Ein Instrument der Politik Friedrichs II. bei der Annexion Westpreußens 1772

S. 94

Rezensionen

Gintarė Malinauskaitė

Jan Hendrik Issinger: Militärische Organisationskultur im Nationalsozialismus. Das Reserve-Polizeibataillon 61 und der Zweite Weltkrieg in Osteuropa

S. 104

Seite B 107 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Magdalena Saryusz-Wolska

Marketa Spiritova, Katerina Gehl, Klaus Roth (Hrsg.): Eigenbilder – Fremdbilder – Identitäten. Wahrnehmungen im östlichen Europa im Wandel
S. 107

Jannis Panagiotidis

Darja Klingenberg: Materialismus und Melancholie. Vom Wohnen russischsprachiger migrantischer Mittelschichten
S. 110

Sven Ekdahl

Raimo Pullat, Tönis Liibek: Auf der Suche nach der eigenen Alma Mater. Ingenieure und Architekten aus Estland, die vor dem Zweiten Weltkrieg an Technischen Universitäten Europas studiert haben
S. 113

Otto Luchterhandt

Azar Aliyev, Burkhard Breig, Rainer Wedde (Hrsg.): Recht als Brücke zwischen Ost und West. Festschrift für Prof. Dr. Alexander Trunk zum 65. Geburtstag
S. 115

Barbara Dietz

Jannis Panagiotidis: Postsowjetische Migration in Deutschland. Eine Einführung. Mit einem Vorwort von Sergey Lagodinsky
S. 116

Beata Jurkowicz

Stephan Lehnstaedt (Hrsg.): Schuld ohne Sühne? Deutschland und die Verbrechen in Polen im Zweiten Weltkrieg
S. 120

Elisabeth Gallas

Andrew Kornbluth: The August Trials. The Holocaust and Postwar Justice in Poland
S. 123

Manfred Klein

Arthur Hermann: Po Lietuvos ir Vokietijos dangumi. Lietuvos vokiečiai Vokietijos lituanistikoje. Atsiminimai
S. 127

Joachim Tauber

Wolfgang Petz: Zuflucht auf Zeit. Lageralltag in Kempten 1945 bis 1949 aus der Sicht des litauischen Fotografen Kazys Daugėla
S. 132

Zitation

Nordost-Archiv 33 (2024). , In: H-Soz-Kult, 28.05.2024, www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-144409.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

10) Nordost-Archiv 32 (2023)

Titel der Ausgabe: Nordost-Archiv 32 (2023)

Zeitschriftentitel: [Nordost-Archiv. Zeitschrift für Regionalgeschichte \(NOA\)](#)

Stuttgart 2024: [Franz Steiner Verlag](#)

<https://biblioscout.net/book/10.25162/9783515136242>

ISBN 978-3-515-13616-7

160 Seiten

Preis 39,00 €, Abo: 32,00 €

ISSN [0029-1595](#)

Kontakt

Nordost-Archiv. Zeitschrift für Regionalgeschichte (NOA)

Kontaktadresse der Redaktion: Frau Dr. Anja Wilhelmi, <a.wilhelmi@ikgn.de>

Von

Katrin Blumenstock, Verlag

Internationale Verflechtungen beginnen im Kleinen, sie sind immer auch Beziehungen zwischen Menschen, vermittelt und mitgestaltet durch Medien. Im Zeitalter konzentrierter Medialität bestimmen verbale, visuelle und auditive Medien auch die interkulturelle Kommunikation: die Selbst- und Fremdwahrnehmung, die Interaktion mit dem Anderen sowie die Erzählungen über die Vergangenheit. Dies gilt insbesondere für die zahlreichen Verflechtungsgeschichten im Kontext des „deutsch-russischen Jahrhunderts“.

Die Beiträge dieses Bandes – allesamt Darstellungen historischer Forschung im Prozess – veranschaulichen solche Berührungspunkte zwischen Deutschland und Russland bzw. der Sowjetunion anhand einer Reihe von empirischen Beispielen. Sie greifen dafür auf aktuelle methodische Ansätze etwa der Biografie- und Medienforschung zurück und beleuchten unterschiedliche Aspekte der transnationalen Rezeption intellektueller Diskurse, der Produktion und Rezeption von Narrativen in diktatorischen Regimes und der interkulturellen Kontakte in einer Ära globaler Konfrontation.

Inhaltsverzeichnis

Editorial

Oxana Nagornaja / Florian Coppenrath

S. 9

Abhandlungen

Nataliya Kopcha (Moskau)

Die deutsche Rezeption von Fëdor Dostoevskij während des Nationalsozialismus. Die Idee des „Gottesträgervolks“ und ihre Interpretation

S. 13

Seite B 109 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Acelya Bakir (Berlin)

Die sowjetischen Medienkampagnen zur Inszenierung
der Moskauer Schauprozesse 1936 bis 1938
S. 22

Sebastian Franzen (Berlin)

Self-Fulfilling Prophecy? Eine biografische Skizze des russischen Warlords Bronislav V.
Kaminskij
S. 36

Sebastian Kindler

Fotografische Bildquellen der deutschen Propagandakompanien
als Herausforderung für die Geschichtswissenschaft.
Eine Untersuchung der Produktionsbedingungen deutscher PK-Fotografien
am Beispiel von Benno Wundshammer
S. 55

Bernd Christoph Ströhm (Wien)

Zwischen „Tauwetter“ und kulturellem Revisionismus. Osteuropakorrespondenten der
westdeutschen Presse und ihre Beziehungen zur sowjetischen *Intelligencija* (1956–1982)
S. 68

Nina Janz (Amsterdam)

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge als Akteur in der deutschen
Kriegsgräberpflege in Russland in den Grenzen der Sowjetunion
und als Russische Föderation
S. 83

Rezensionen

Sabrina Lausen

Franziska Davies, Katja Makhotina: Offene Wunden Osteuropas. Reisen zu
Erinnerungsorten des Zweiten Weltkriegs
S. 101

Kirsten Bönker

Jörg Ganzenmüller (Hrsg.): Die revolutionären Umbrüche in Europa 1989/91. Deutungen
und Repräsentationen
S. 105

Stefan Laffin

Wolfgang Benz (Hrsg.): Deutsche Herrschaft. Nationalsozialistische Besatzung in Europa
und die Folgen
S. 108

Stephan Lehnstaedt

Bartosz Wójcik: Vernichtungsalltag. Die deutsche Ordnungspolizei in den annektierten
polnischen Gebieten 1939–1945. Fallstudie Łódź / Litzmannstadt
S. 112

Seite B 110 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Olaf Mertelsmann

Meelis Saueauk, Meelis Maripuu (Hrsg.): Propaganda, Immigration, and Monuments. Perspectives on Methods Used to Entrench Soviet Power in Estonia in the 1950s–1980s
S. 114

Kristo Nurmis

Meelis Saueauk, Toomas Hiio (eds.): Sovietisation and Violence: The Case of Estonia, Proceedings of the Estonian Institute of Historical Memory
S. 117

Frank Golczewski

Sabrina Lausen: Hüter ihrer Nationen. Studentische Verbindungen in Deutschland und Polen im 19. und frühen 20. Jahrhundert
S. 121

Wiebke Lisner

Justyna Aniceta Turkowska: Der kranke Rand des Reiches, Sozialhygiene und nationale Räume in der Provinz Posen um 1900
S. 124

Jonathan Voges

Janusz Garlicki: Von der Wahrscheinlichkeit zu überleben. Aus dem Warschauer Aufstand ins KZ-Außenlager bei den Frankfurter Adlerwerken
S. 128

Eva-Maria Auch

Verena Dohrn: Die Kahans aus Baku. Eine Familienbiographie
S. 130

Irak Ben Isaak

Carmen Reichert, Bettina Bannasch, Alfred Wildfeuer (eds.): Zukunft der Sprache – Zukunft der Nation? Verhandlungen des Jiddischen und Jüdischen im Kontext der Czernowitzer Sprachkonferenz
S. 135

Andrew Demshuk

Elisabeth Fendl, Sarah Scholl-Schneider, Tobias Weger (eds.): Heimatliche Enklaven? Bildungs- und Begegnungsstätten von Vertriebenen und Aussiedlern
S. 138

Alina Jašina-Schäfer

Gottfried Rösch: Deutsche aus Russland und die Kirche. Zum Verhältnis von Migration und Religion
S. 141

Andres Andresen

Dirk Schleinert (Hrsg.): Frieden im Ostseeraum, Konfliktbewältigungen vom Mittelalter bis 1945
S. 143

Seite B 111 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Denise von Weymarn-Goldschmidt

Martin Klöker: Caspar und Catharina. Eine Revaler Liebe in Briefen
des 17. Jahrhunderts
S. 146

Anja Wilhelmi

Monika Bednarczuk, Justyna Górny (Hrsg.): Schreiben über Frauenbeziehungen.
Konstellationen, Räume, Texte
S. 148

Jens E. Olesen

Bernd Henningsen: Die Welt des Nordens, Zwischen Ragnarök und Wohlfahrtsutopie:
Eine kulturhistorische Dekonstruktion
S. 151

Jolanta Gelumbeckaitė

Christine Ganslmayer, Helmut Glück, Hans-Joachim Solms (Hrsg.):
Luthers Deutsch in Mittel- und Osteuropa
S. 154

Zitation

Nordost-Archiv 32 (2023). , In: *H-Soz-Kult*, 27.05.2024, <www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-144404>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

11) Historia Aperta 50 (2023)

Titel der Ausgabe

Historia Aperta 50 (2023)

Zeitschriftentitel

[Historia Aperta](#)

Hradec Králové 2023: [University of Hradec Králové](#)

<https://journals.uhk.cz/historia-aperta/issue/view/n50>

103 Seiten

ISSN [2788-0710](#)

Kontakt allgemein

Land

Czech Republic

Hradec Králové

Von

Iva Sturmová, University of Hradec Kralove

Historia Aperta is an open-access academic peer reviewed journal focused on the history of Czech lands and (Central) European region.

It is published twice a year by the University of Hradec Králové in both online and print versions. Prior to 2022, this journal appeared under the title *Východočeské listy historické*. While highly respected in Czech academic circles since its founding in 1996, the editorial board changed the periodical's name to *Historia Aperta* to reflect their commitment to providing an open international forum for the global community of historians. The journal publishes expert and interdisciplinary papers, particularly those related to Digital Humanities, with a mission to present scientific articles, primary sources (material articles), reviews, and news concerning the historical discipline. Besides Czech, the journal accepts articles in English, German, Polish and Slovak. The ethics statement of the journal is based on the Code of Conduct guidelines of the Committee on Publication Ethics (COPE). All journal papers are published under the terms of Creative Common License and transparent rules for the peer review procedure.

Inhaltsverzeichnis

STUDIES

PAVOL MALINIAK

Ján Jiskra a vdovské majetky Alžbety Luxemburskej v Hornom Uhorsku. Banské mestá a ich úloha vo financovaní vojenských aktivít (Ján Jiskra of Brandýs and the widow estates of Elisabeth of Luxembourg in Upper Hungary. Mining towns and their role in financing military activities)

Pages: 9-25

ANNA SYSLOVÁ

Ukázka působení a činnosti pražského arcibiskupství za arcibiskupa Zbyňka Berky z Dubé a Lipé (A sample of the activities of the Prague Archbishopric under Archbishop Zbyněk Berka of Dubá and Lipá)

Pages: 26-41

ZUZANA MACHÁČOVÁ

Fulnecký klášter a nekatolická vrchnost. Dynamika konfesijních vztahů v předbělohorském období (The Fulnek monastery and the non-Catholic hierarchy. The dynamics of confessional relations in the pre-White Mountain period)

Pages: 42-63

JAN LIPINSKY

Lithuanians, Estonians, and Latvians. Setting the pace for glasnost and perestroika in Soviet historiography

Pages: 64-96

JANA VOJTÍŠKOVÁ

Jaroslav Kříž a kol., Turnov, Praha 2022 - Recenze (Jaroslav Kříž et al., Turnov, Prague 2022 - Review)

Pages: 100-103

Zitation

Historia Aperta 50 (2023). , In: *H-Soz-Kult*, 30.05.2024,

www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-144085.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

12) Osteuropa 73 (2023), 3–4

Zeitschriftentitel

[Osteuropa](#)

Weiterer Titel

Russlands verlorene Kriege. Historische Niederlagen eines Imperiums

Berlin 2023: [BWV Berliner Wissenschafts-Verlag](#)

Erscheint monatlich

<https://zeitschrift-osteuropa.de/hefte/2023/3-4/>

ISBN 978-3-8305-5507-0

280 Seiten.

Preis Jahresabo 84 €, Einzelheft 10,00 €, Themenheft je nach Umfang 15,00 € oder 18,00 €, Doppelheft 22,00 € oder 28,00 € zzgl. Porto

ISSN [0030-6428](#)

Kontakt

c/o

Redaktion „Osteuropa“ Dr. Manfred Sapper, Dr. Volker Weichsel, Dr. Andrea Huterer, Olga Radetzkaja, Margrit Breuer Schaperstraße 30 10719 Berlin Tel. 030/30 10 45 - 81 / 82 Fax 030/21 47 84 14 E-mail: osteuropa@dgo-online.org

Von

Volker Weichsel, Redaktion, Redaktion OSTEUROPA

Russland hat in den vergangenen 150 Jahren zahlreiche Kriege verloren.

Der Vergleich der Kriege des Zarenreichs und der Sowjetunion mit dem Angriffskrieg auf die Ukraine offenbart viele Parallelen. Ein imperiales Weltbild, Fehlperzeptionen, paranoide Feindbilder und Überschätzung der eigenen militärischen Fähigkeiten waren zentrale Ursachen für den Krieg des Zarenreichs gegen Japan 1905, den Einmarsch in Afghanistan 1979 und die Invasion in die Ukraine im Februar 2022.

Auch scheinbar siegreiche Waffengänge wie der sowjetische Winterkrieg gegen Finnland 1939–1940 oder die beiden Tschetschenienkriege brachten nicht nur Tod und Verheerung in die angegriffenen Länder. Sie führten auch zu einer Brutalisierung und Degradation der russländischen Gesellschaft.

Inhaltsverzeichnis

Editorial

Verdrängte Niederlagen

3

Jurko Prochasko

Flut der Flucht. Der Krieg und die Verheerung der Seele

5

Historische Niederlagen eines Imperiums

Ulrich Schmid

Ein Gespenst geht um ... Russlands Ukrainekrieg als Afghanistan 2.0

13

Leonid Luks

Fehlkalkulationen. Der Krimkrieg und seine Folgen

27

Andreas Renner

Hybris am Gelben Meer. Russlands Krieg gegen Japan 1904/05

41

Dietrich Beyrau

Lehren aus der Niederlage. Russland und der Erste Weltkrieg

57

Michael Jonas

„Eisige Hölle“. Der sowjetisch-finnische Winterkrieg 1939/40

83

Georg Wurzer

Kleiner Krieg mit großer Wirkung. Der sowjetische Afghanistankrieg 1979–1989

103

Walter Sperling

Der Niederlagensieg. Russlands Kriege gegen Tschetschenien

121

Nikolay Mitrokhin

Russlands Krieg gegen die Ukraine. Wochenberichte aus dem Sommer 2023

143

Dokumentation

Sergej Karaganov
„Eine schwere, aber unerlässliche Entscheidung“
175

OVD-Info

Repressionen gegen Kriegsgegner
Die Lage in Russland im Jahr 2023
183

Der Krieg, die Kirche und die Kultur

Alexa von Winning
Lasst die Schwäne tanzen! Russische Musik für und gegen Krieg, Lügen und Diktatur
189

Hans Günther
Held oder Opfer? Die Demontage des sowjetischen Heldenmythos bei Svetlana Aleksievič
213

Joachim Willems
Ein Diener zweier Herren. Patriarch Kirill und seine Kriegspredigten
221

Predigten des Patriarchen Kirill:
Zum Vergebungssonntag, 6.3.2022 235
Zur Verkündigung der Allerheiligsten Gottesgebälerin [Maria], 7.4.2022 239
Zum Gedenken des Großmartyrers Georgij Pobedonosec, 6.5.2022 243
In der Patriarchatskathedrale, der Hauptkirche der Streitkräfte, 8.5.2022 247
Am Feiertag der Kazaner Ikone der Gottesmutter, 21.7.2022 253
Zur Erhöhung des Kreuzes des Herrn, 27.9.2022 257

Thomas Bremer
Mythos „Russische Welt“. Russlands Regime, die ROK und der Krieg
261

Zitation

Osteuropa 73 (2023), 3–4. , In: *H-Soz-Kult*, 23.05.2024,
www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-144270.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

13) Osteuropa 74 (2024), 1–3

Zeitschriftentitel: [Osteuropa](#)

Weiterer Titel: Bodenprobe. Krieg, Staat und die Völker Russlands

Berlin 2024: [BWV Berliner Wissenschafts-Verlag](#)

Erscheint monatlich

<https://zeitschrift-osteuropa.de/hefte/2024/1-3/>

ISBN 978-3-8305-5602-2

336 Seiten

Preis Jahresabo 84 €, Einzelheft 10,00 €, Themenheft je nach Umfang 15,00 € oder 18,00 €, Doppelheft 22,00 € oder 28,00 € zzgl. Porto

ISSN [0030-6428](#)

Kontakt

Redaktion „Osteuropa“ Dr. Manfred Sapper, Dr. Volker Weichsel, Dr. Andrea Huterer, Olga Radetzkaja, Margrit-Breuer-Schaperstraße 30 10719 Berlin Tel. 030/30 10 45 - 81 / 82 Fax 030/21 47 84 14 E-mail: osteuropa@dgo-online.org

Von

Volker Weichsel, Redaktion, Redaktion OSTEUROPA

Russland versucht mit Waffengewalt sein äußeres Imperium wiederzuerrichten. Dies hat die Frage nach dem inneren Imperium wieder auf die politische Tagesordnung gebracht. Der Band entnimmt 17 Proben aus dem Gewebe der Russländischen Föderation. Es geht um die Geschichte des Vielvölkerreichs, den Sowjetföderalismus, die Deportationen unter Stalin – und vor allem um die Gegenwart. Russland ist auch heute kein Nationalstaat. Es handelt sich um ein Gebilde aus 21 Nationalen Republiken, fünf anderen nationalen Territorien sowie gut 50 nicht national konstituierten Gebieten. Fast 150 Sprachen werden in Russland gesprochen, doch die meisten sind vom Aussterben bedroht. Wirtschaftlich sind die Regionen äußerst disparat, einige nationale Territorien stehen als Rohstoffregionen am oberen Ende der Skala, andere sind Armenhäuser. Zusammengehalten wird das Gebilde mit Zuckerbrot und Peitsche. Regionale Eliten sind in die Machtvertikale integriert, Gegeneliten werden systematisch verfolgt, nationale Aspirationen unterdrückt. Seit dem Überfall auf die Ukraine hat Moskau die Repressionen verschärft. Gleichzeitig befördert der Krieg die Skepsis gegenüber dem Machtzentrum. Doch eine neue Zeitrechnung beginnt erst, wenn der oberste Machtzirkel in Moskau kollabiert.

Inhaltsverzeichnis

Andreas Kappeler

Vielvölkerreich Russland. Historische Voraussetzungen im Zarenreich

5

Egbert Jahn

Nationale Frage und nationale Bewegungen. Die Bedeutung des Sowjetföderalismus

25

Seite B 117 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Pavel Polian
Bestrafte Völker. Deportationen im Stalinismus
51

Ernst Kausen
Die Sprachen und Völker Russlands. Vom Verschwinden eines Reichtums
65

Andreas Heinemann-Grüder
Russlands inneres Imperium. Zentrum gegen Regionen
123

Roland Götz
Unter Durchschnitt. Russlands nationale Territorien
135

Fallstudien

Nikolay Mitrokhin
Ethnisch, rassistisch, imperial. Formen des russischen Nationalismus
155

Uwe Halbach
Extremfall. Tschetschenien im Vielvölkerstaat Russland
181

Lana Estemirova
„Die offene Wunde Tschetschenien“. Ein Gespräch mit Sergej Lebedev
201

Johannes Rohr
Kolonisiert. Die indigenen Völker in Russland
213

N.N.
Nationalismus, Technokratie und Religion. Das Beispiel Tatarstan
235

„Wir sind das Volk“. Protest und Repression in Baškortostan
237

Darja Kostromina
Ausweitung der Repressionszone. Verfolgung von Hizb-ut-Tahrir-Anhängern in Russland
249

Alexey Golubev, Gleb Yarovoy
Kein Fall für die Nation. Karelien – Geschichte, Sprache, Politik
267

Monika Wingender
Am Beispiel Tatarstans. Sprachpolitik in der Russländischen Föderation
285

Seite B 118 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Artem Malych

Das langsame Sterben der Sprachen. Das Beispiel des Udmurtischen
299

Michail Bogdanov

Geburtshelfer Ukrainekrieg. Renaissance der burjatischen Nationalbewegung
309

Olaf Leiße

Regionaler Autoritarismus und zentralistischer Fassadenföderalismus. Politik und
Gesellschaft in Burjatien
319

Zitation

Osteuropa 74 (2024), 1–3. , In: *H-Soz-Kult*, 26.05.2024,
<www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-144259>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

14) Kritika 24 (2024), 2

Titel der Ausgabe

Kritika 24 (2024), 2

Zeitschriftentitel

[Kritika. Explorations in Russian and Eurasian History](#)

Bloomington 2024: [Slavica Publishers](#)

Preis \$ 80.00 Institutionen; \$ 35.00 Privatpersonen; \$ 25.00 Studierende

ISSN [1531-023X](#)

Kontakt

Carolyn Pouncy Derzeitige Position (Kurzform)

Managing editor

*Georgetown University, Kritika. Explorations in Russian and Eurasian History
20057 Washington, DC*

c/o

*<cjp72@georgetown.edu> Editorial Office: School of Foreign Service Intercultural Center
301 Georgetown University Publisher: Slavica Publishers Indiana University 1430 North
Willis Drive Bloomington. IN 47404-2146, USA*

Von

Jakob Schneider, Humboldt-Universität zu Berlin

Inhaltsverzeichnis

FROM THE EDITORS

Interview with Carolyn J. Pouncy . . . 229–42

ARTICLES

Daniel Scarborough

The Embodiment of Orthodox Christianity in Central Asia: Sacred Objects and Orthodox Nationalism in Revolutionary Turkestan . . . 243–71

Iurii A. Demin

The Bolsheviks and the Soviet Socialist Republic of Iran (1920–21): Moscow's Politics and the Ambitions of Regional and Local Political Actors . . . 273–98

Oleg V. Khlevniuk

Power and Ownership under a Dictatorship: Early Forms of Nomenklatura Privatization in Stalin's USSR . . . 299–325

Laurie Manchester

The Legacy of the Cold War: Post-Colonial Identity among Former Russophone Residents of Harbin . . . 327–58

HISTORY AND HISTORIANS

Timothy K. Blauvelt and Jeremy Smith

E. H. Carr and the Soviet Nationalities . . . 359–80

REVIEW ESSAYS

Simon Franklin

Scholarship and Myth in the Shaping of East Slavic Premodernity . . . 381–89

Russell E. Martin

Filling the Empty Container: Microhistory and the Challenges of Narrative . . . 390–405

Alexander M. Martin

Central Asia in the Imperial Russian Mind . . . 406–17

Anatoly Pinsky

The Meaning of Consciousness in the Early Soviet Union: Thoughts, Feelings, Bodies . . . 418–33

Robert Dale

Whose War Was It, Anyway? Writing Histories of the Soviet Union in World War II . . . 434–52

IN MEMORIAM

Alexander M. Martin, Colleen M. Moore, and Willard Sunderland

Ben Eklof (1946–2023) . . . 453–64

Irina Reyfman and Hilde Hoogenboom

Cynthia Hyla Whittaker (1941–2023) . . . 465–71

Contributors to This Issue . . . 472–74

Zitation

Kritika 24 (2024), 2. , In: *H-Soz-Kult*, 04.06.2024, <www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-144615>.

Copyright (c) 2024 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

A. Besprechungen (Seite B 180)

01) Preußenland. Jahrbuch 14 (2023). Hrsg.: Historische Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung, Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens e. V. und Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz.

(Osnabrück) fibre (2023). 344 Seiten. ISBN 978-3-944870-87-8. Euro 35,00.

Es gehört zu den deutschen Eigenheiten, von einem Extrem ins Andere zu geraten. Der Politikwissenschaftler Hans-Peter Schwarz (1934-2017) hat dieses Phänomen in seinem Buch über „Die gezähmten Deutschen“ (1985) als Bewegung „von der Machtbesessenheit zur Machtvergessenheit“ treffend beschrieben. Die Zäsur, die zu dieser deutschen Besonderheit geführt hat, ist das Jahrhundertverbrechen der Deutschen: Zweiter Weltkrieg und Holocaust. Es hat die Deutschen endgültig, bis heute, mehr oder weniger zum Schweigen gebracht. In diesen Sog ist auch Preußen geraten.

Die siegreichen Alliierten machten nach dem Krieg mit Preußen kurzen Prozess und schafften es mit dem Kontrollratsgesetz Nr. 46 am 25. Februar 1947 einfach ab. Die haarsträubende und geschichtsfälschende Begründung war, Preußen sei „seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion“ in Deutschland gewesen. Widerstand gegen derartigen Unsinn erhob sich wissenschaftlich erst 2006, als der australische Historiker Christopher Clark sein großes Werk über „Preußen“ vorlegte. Clark legte den Finger in die Wunde und schrieb: „Die Wahrheit ist, dass Preußen ein europäischer Staat war, lange bevor es ein deutscher wurde. Deutschland – hier nehme ich eine der zentralen Thesen dieses Buches vorweg – war nicht die Erfüllung Preußens, sondern sein Verderben.“

Das war eine schallende Ohrfeige gegen das Kontrollratsgesetz der Alliierten, und zu Recht bekam Clark als erster Nicht-Deutscher für sein Buch den deutschen Historiker-Preis. Jedoch hat nie eine deutsche Regierung, weder in der DDR noch in der BRD bis 1990 und auch danach keine Regierung des vereinten und souveränen Deutschland dieses unsägliche Kontrollratsgesetz annulliert, nicht um Preußen als Staat wiederherzustellen, sondern um Preußen in seinem Geist, seiner Tradition, Kultur und Geschichte zu rehabilitieren, als eine Entität, die eben nicht mit dem Jahrhundertverbrechen der Deutschen ursächlich in Verbindung gebracht werden kann.

Im Mai 2024 trieb diese Geschichtsvergessenheit ausgerechnet in Potsdam neue Blüten: Das Brandenburgisch-Preußische Museum streicht nach einer Entscheidung den Begriff „Preußisch“ und heißt ab Juni 2024 „Brandenburg Museum für Zukunft, Gegenwart und Geschichte“. Die Direktorin des Museums zeigt mit dieser Entscheidung, dass sie von Geschichte nichts versteht, aber in der Lage ist, die Mainstream-Erfordernisse einer geschichtsfeindlichen Gesellschaft eifertig zu bedienen. Ein Kommentator äußerte: „Wenn schon die Zukunft museal wird, bedarf es keiner preußischen Geschichte mehr.“

Vor diesem historischen und aktuellen Hintergrund ist es ein hohes Verdienst, dass es inzwischen mit dem Jahrbuch 14 des „Preußenland“ mehr als ein Dutzend wissenschaftliche Werke gibt, die an die wegweisenden Ereignisse und Persönlichkeiten dieser historischen Region erinnern und diese wachhalten. Verantwortlich dafür sind drei Herausgeber: die

Seite B 121 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Historische Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung, die Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens und das geheime Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz. Hinter diesem Herausgeber-Trio steht eine vierköpfige Schriftleitung, deren „Motor“ Dipl.-Geogr. Reinhard Hanke ist, der Vorsitzende der Landsmannschaft Westpreußen in Berlin.

Das diesmal 344 Seiten starke Jahrbuch ziert ein Kartenausschnitt von Heinrich Zell, Prussiae descriptio, aus: Abraham Ortelius, Theatrum Orbis Terrarum, Antwerpen 1570. Man greift also geschichtsbewusst auf eine über 450 Jahre alte Karte zurück, um die Bedeutung des Preußenlandes in Europa schon auf dem Titelbild zu signalisieren.

Der inhaltliche Aufbau ist dreiteilig und klar. Zu Beginn wird dreier verstorbener Persönlichkeiten gedacht, darunter des bekannten Rechtshistorikers Dietmar Willoweit (1936-2023), dessen herausragendes Lebenswerk von dem Greifswalder Rechtsgeschichtler Steffen Schlinker gewürdigt wird.

Es folgen zehn Aufsätze und vier Miszellen und Berichte. Zunächst geben zwei Abhandlungen der Potsdamer Gelehrten Marie-Luise Heckmann und Dieter Heckmann über die „Falkenüberlieferung des Deutschen Ordens“ und den „Versand preußischer Jagdfalken an europäische Höfe im Jahre 1397“ den Autoren die Gelegenheit, ihrem Freund, dem langjährigen Archivar der Universität Saarbrücken, Dr. Wolfgang Müller, zum 70. Geburtstag zu gratulieren. Die ausführlichen, mit reichem Anhang versehenen Beiträge geben schöne Einblicke in das Falkenwesen im 13. Jahrhundert, das an den europäischen Höfen weit verbreitet war. – Auch der dritte Beitrag der Thorner Autoren Krzysztof Kwiatkowski und Gregory Leighton befasst sich mit dem Deutschen Orden, diesmal mit einem Heeresbericht aus dem 14. Jahrhundert.

Die Beiträge illustrieren die deutsch-polnische Ausrichtung der Deutschordens-Forschung, zu der als vierter Aufsatz auch der des Hamburger Historikers Mats Homann über Heinrich von Plauen gehört. Hier wird detailliert dargelegt, dass der Hochmeister nach der verlorenen Schlacht bei Tannenberg und dem Ersten Thorner Frieden (1411) in seiner finanziellen Notlage vergeblich um Unterstützung durch die deutschen Balleien nachsuchte. Der Beitrag weist nach, dass „ein bewusstes Streben nach Autonomie [...] bei den selbst in einer Position der Schwäche befindlichen deutschmeisterlichen Balleien in den Jahren nach der Tannenberger Niederlage und dem Thorner Frieden nicht zu erkennen“ war. Noch hielt man also zusammen.

Einen schönen und durchaus auch humorvollen Einblick in die adlige Gesellschaft des ausgehenden 18. Jahrhunderts bietet der ausführliche Beitrag des Domstiftsarchiv-Projektbearbeiters in Brandenburg an der Havel, Albrecht Hoppe, über Theodor von Schön (1773-1856), den späteren Oberpräsidenten der Provinz Preußen und Staatsmann. Schön hatte sein Examen mit Auszeichnung bestanden, und sein Vorgesetzter, Minister Freiherr von Schrötter (1743-1815) gewährte ihm eine längere Studienreise, die Schön quer durch Deutschland und Großbritannien führte. Dabei ist für den Aufsatz diese Reise weniger wichtig als das spezielle und durchaus pikante Thema, das sich Hoppe gestellt hat: „Wütende Democratinnen, ceremonieuse Damen, hibsche Mademoiselles und dumme Weibsbilder. Theodor von Schön und das weibliche Geschlecht auf seiner Reise durch Deutschland und Großbritannien (1796-1799) und andere Frauengeschichten.“

Es geht also um das Verhältnis des späteren Politikers zu den Frauen. Das Frauenbild der Männer am Ende des 18. Jahrhunderts, zu einer Zeit also, als Immanuel Kant noch lebte,

Seite B 122 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

dessen Frauenbild anlässlich seines 300. Geburtstages in diesem Jahr 2024 vielseitiger Kritik unterworfen wird, unterscheidet sich deutlich von heutigen Errungenschaften wie Gleichberechtigung, Augenhöhe, Partnerschaft und Selbstbewusstsein.

So gilt der Blick in die Gesellschaftsreise des jungen Adligen und seines Begleiters Büttner zugleich der Ambivalenz der Männerwelt im Verhältnis zu den Frauen und dem geistigen Vermögen zahlreicher Frauen, sich trotz aller Widerstände in ihrem Umfeld zu behaupten. Die Reisebeschreibung, wie sie aus den Tagebüchern Schöns hervorgeht, ist oft humorvoll, zuweilen drastisch, aber immer reich an Erkenntnissen darüber, wie man sich damals, oft ungezwungen, wie es auch heute noch auf Reisen üblich ist, verhalten hat. Das Urteil über verschiedene Frauen, die man gelegentlich in der Reisekutsche mitnahm und die auch „waker betaschelt wurden“, ist recht unterschiedlich.

So ereifert sich Schön in Hamburg über den Kunsthändler Schwalb, mit dem er regelmäßig verkehrte: „Warum kommt doch ein solcher Schafs Kopf als Schwalbe ist, an einem solchen Engel von Weib ...!!!“ Die Frau seines Freundes Johann Gottlieb Fichte (1762-1814) charakterisierte er als „anscheinend kluge aber häßliche Frau und mutmaßlich dominante Person.“ Beim Besuch der Gemäldegalerie in Dresden erreichte Schöns ästhetisches Empfinden für Frauen den Höhepunkt vor einem Bild von Angelika Kauffmann (1741-1807): „Madame la Touche aus London, gemahlt von einer noch lebenden Madame Kauffmann in Rom. Das schönste weibliche Gesicht, das ich je sah.“

Die andere Seite war, dass Schön gelegentliche Bordellbesuche nicht scheute und auch Begegnungen mit Prostituierten in seinen Tagebüchern erwähnte. Im Anschluss an den Besuch einer Komödie am Berliner Gendarmenmarkt waren gleich „einige Huren Häuser“ der Anlaufpunkt für den auch in dieser Hinsicht unternehmungslustigen Staatsbeamten. In England schrieb er sein Tagebuch auf Englisch: „At Bath I bought to day Evelina, price half a Guinea“. In einem Londoner Bad nahe Covent Garden: „We found many pretty and good dressed girls.“ – Noch viele Beispiele ließen sich aus dem Zitaten-Reichtum des Artikels anführen.

Hoppe ergänzt die Tagebuchaufzeichnungen Schöns durch kritische und positive Urteile von Frauen über Schön und die Beurteilung der Ehen, die Schön in seinem Leben führte. Er war zweimal verheiratet. 1802 heiratete er Lydia Eleonora Amalia von Auerswald (1785-1807), die Tochter seines Vorgesetzten Hans Jacob von Auerswald (1757-1833). Es war eine Liebesheirat, der drei Kinder entsprangen. Schön arbeitete am Oktoberedikt 1807, nach dessen Fertigstellung er erst nach Königsberg reisen konnte, „aber ich fand, meine Frau, den Enngel, der mich umschwebte, nicht mehr am Leben.“

Nach diesem kurzen Glück heiratete Schön im Sommer 1808 Auguste Amalie Henriette von Langenau (1785-1851), eine Freundin seiner verstorbenen Lydia, mit der er sieben Kinder hatte. Auch diese Ehe war offenbar glücklich: „Mir war das seltene Glück zu Theil geworden, eine zweite Frau zu finden, welche mein Lebensglück machte.“ Über die Art, wie Schön seine Ehen führte, lesen wir nichts. Sie werden dem gehobenen Bürgertum des 19. Jahrhunderts entsprochen haben.

Ausführlicher widmet sich Hoppe zwei kritischen Stimmen, die von Schöns Schwägerinnen stammen, die pietistischen Kreisen um die Prediger Johann Wilhelm Ebel (1784-1861) und Georg Heinrich Diestel (1785-1845) nahestanden. Die eine Schwägerin meinte, „Schön sei ein Mensch ohne Grundsätze“, die andere warf Schön „Ungenauigkeit“ in einer Prozesssache vor und kritisierte die Darstellung seiner Verdienste in zeitgenössischen Veröffentlichungen.

Seite B 123 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Zwei weitere weibliche Stimmen stellen Schön in ein erheblich vorteilhafteres Licht. Obendrein sind diese Damen von gesellschaftlich höherem Rang: Fürstin Luise Radziwill (1770-1836) bescheinigt Schön: „Er ist ein Mann von hoher Begabung und groß angelegtem Charakter, und es würde mich betrüben, wenn der König ihn verlöre.“ Ebenfalls vorteilhaft wird Schön von der Schriftstellerin Bettina von Arnim (1785-1859) beurteilt: „Schön ist alt genug um ohne Ehrgeiz und Eigensucht zu sein; alt genug, um die Wahrheit keck sagen zu dürfen, aber noch jugendlich genug um die Bedürfnisse der Zeit zu erfassen und sich einer patriotischen Idee warm hinzugeben [...] ich glaube nicht daß noch ein anderer mit dieser Befähigung dieselbe unbefangene Treue und Anhänglichkeit an den König vereint.“

Hoppe kommt aufgrund der kontroversen Urteile zu dem Ergebnis, dass Theodor von Schön „zu den umstrittensten politischen Persönlichkeiten Preußens im 19. Jahrhundert gehörte,“ und dass es noch weiterer Forschungen bedürfe. Dass es sich bei dem Thema des Verhältnisses zu den Frauen um ein sehr aktuelles handelt, zeigt die eingangs erwähnte Diskussion um Immanuel Kant.

Ein anderer, ebenfalls sehr ausführlicher Aufsatz über Carol Graf von Lehndorff (1852-1936) stammt aus der Feder der Berliner Historikerin Gaby Huch. Der Rezensent bekennt, dass ihm im Laufe der 45 Seiten das Lesevergnügen oft abhandengekommen ist. Nun muss eine wissenschaftliche Abhandlung, und das ist die Arbeit über Carol Graf von Lehndorff ohne Zweifel, eine sehr fleißige und faktenreiche dazu, nicht unbedingt das Ziel haben, dem Leser ein Lesevergnügen zu bereiten. Aber Carol war nun einmal ein besonderer Charakter innerhalb des preußischen Adels, und da ist die langwierige und oft verwirrende Darlegung finanzieller Details über 20 Seiten hinweg im Mittelteil der Arbeit doch eher hinderlich, diesem außergewöhnlichen Menschen auf die Spur zu kommen. Zudem werden historische Ereignisse, die mit dem Leben Carols direkt nichts zu tun haben, historische Fakten eben, ausgeführt, die den Mangel an konkreten Lebensdaten Carols nicht auszugleichen in der Lage sind. Bleibt die bekannte Anekdote am Schluss, als Carol bei einem örtlichen Volksfest mit Parteigrößen in Steinort in den 1930er Jahren statt des erwarteten Führergrußes kurzer Hand verkündete: „Na, denn Waidmannsheil!“

Der bekannte Berliner Architektur-Historiker Wulf D. Wagner, dem wir zahlreiche Standardwerke, wie die beiden Bände über das Königsberger Schloss, verdanken, ist ebenfalls in diesem Band vertreten, mit einem Beitrag über „Das Haus des Gewürzhändlers Wulff zu Königsberg/Pr.“. Die Liebe zum Detail, ganz im positiven Sinne, ist es, die Wagner auszeichnet. Zudem kann sich der Leser darauf verlassen, dass „alles stimmt“. Umso ungnädiger kann er werden, wenn er auf Arbeiten stößt, die seinem hohen Ethos von wissenschaftlicher Genauigkeit nicht entsprechen. Das ist in dieser Ausgabe von „Preußenland“ in seiner Rezension über „Die adligen Güter im Kreis Pr. Holland/Ostpreußen“ (Monika Hinz) nachzulesen, ein Buch, das Wagner „betroffen, stirnrunzelnd, verärgert und durchaus traurig zurücklässt.“ Hier bemerkt der Leser, dass es Wagner bei solchen Arbeiten nicht um außer ihm liegende Dinge geht, sondern man hört quasi das „tua res agitur“ des Betroffenen, des in seiner eigenen Sache infrage Gestellten.

In dem kurzen Artikel über das Haus in der Königsberger Schmiedegasse 22 beklagt Wagner zunächst, dass in der deutschen Architekturforschung das barocke Bürgerhaus zu Königsberg nie gründlich zum Thema gemacht worden sei. Als Kenner der Situation in Italien verweist er auf die Fülle der dortigen Bauforschungen, die ihm ein großes Vorbild für seine eigen Arbeit sind. Das Haus des Gewürzhändlers Wulff, südlich vom Südostflügel des Königsberger Schlosses, dem sogenannten Unfriedtbau (nach seinem Baumeister Ludwig Schultheiß von Unfriedt, 1678-1753) gelegen, wird über 45 Jahre, von seinem Kauf durch

Seite B 124 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Joachim Wulff 1732 bis zu seinem Verkauf durch den Nachkommen Johann Daniel Wulff 1778 in seiner Geschichte betrachtet. Eine Besonderheit für Wulff ist es, dass er ein Jahr nach dem Kauf in den Genuss von 15% Baufreiheitsgeldern kommt, die König Friedrich Wilhelm I. durch eine Bestimmung 1733 verfügt und auf Antrag Wulffs diesem 1734 genehmigt hatte. Mit dem Haus stellt Wagner einen der wenigen erhaltenen Pläne eines Mietshauses des 18. Jahrhunderts in Königsberg vor.

Eine besondere Freude für den aus Königsberg stammenden Rezensenten ist der aktuelle Beitrag von Ruth Leiserowitz über „Das jüdische Museum in Kaliningrad“. Erwähnung findet die Gedenktafel am Königsberger Nordbahnhof, die an die Verschleppung von fast 500 jüdischen Bürgern Königsbergs am Johannistag 1942 erinnert, initiiert von der Stiftung Denkmal in Berlin und der Stiftung Königsberg. Die Tafel wurde 2011 in Anwesenheit der Zeitzeugen Nechama Drober (1927-2023) und Michael Wieck (1928-2021) eingeweiht. Die Lebenserinnerungen von Nechama Drober, der Königsbergerin Hella Markowski, wurden von der Stadtgemeinschaft Königsberg mit der Stiftung Denkmal in zwei Auflagen herausgegeben und auch in einer englischen Ausgabe publiziert. Erschütternd war der Besuch mit Nechama Drober in Minsk 2016, wo Verwandte und Freunde nach der Deportation aus Königsberg ermordet wurden. Für die Zeitzeugin war es eine Altersfreude, die Wiedereröffnung der Synagoge noch persönlich erleben zu dürfen. Im August 2023 ist sie nach einem von Schicksalsschlägen geprägten Leben in Kirjat Ata bei Haifa verstorben.

Ruth Leiserowitz schildert die „Anordnung der Narrative“ im neuen Museum der Synagoge: Die jüdische Migration nach Königsberg über mehrere Jahrhunderte hinweg, der Holocaust in der Region, die Verbindung der heutigen jüdischen Gemeinde zu den Nachfahren der früheren jüdischen Bewohner von Stadt und Region, die Synagoge als Ort der Bildung und Ermutigung, als Ort des „Empowerments“.

Es bleibt ein historisches Fanal, dass die Nazis 1938 die Königsberger Synagoge in Flammen aufgehen ließen und sechs Jahre später 1944 die gegenüber, auf der Kneiphof-Insel stehende Dom- und Kathedalkirche im Feuersturm der britischen Bombenangriffe zerstört wurde. Beide Monumente stehen heute wieder. Der Dom seit 2005, die Synagoge seit 2018, dem 80. Jahrestag ihrer Zerstörung. Es ist nicht hoch genug zu bewerten, dass „Preußenland“ diesem Wiedererstehen der Synagoge und damit dem Wiederaufleben der jüdischen Gemeinde in Königsberg wissenschaftlichen Raum gibt.

Dem literarisch orientierten Rezensenten drängt sich bei der Lektüre die Frage auf, warum es keine Verbindung zur Literatur gibt. Zu erwähnen ist hier der ostpreußische Schriftsteller Arno Surminski, der im August 2024 neunzig Jahre alt wird. Er hat den von Ruth Leiserowitz geschilderten Ereignissen in großer Literatur Gestalt gegeben, ohne dass diese erwähnt wird: der Zerstörung des Domes in dem Roman „Sommer vierundvierzig“ (1997) und dem nationalsozialistischen Morden in Palmnicken in „Winter fünfundvierzig oder Die Frauen von Palmnicken“ (2010). Auch in der Rezension, die Ruth Leiserowitz über das Buch des Polen Stefan M. Marcinkiewicz „Prosto przez Prostki“ (2022), also über Prostken schreibt, fragt sie zwar eingangs: „Wo liegt Prostki, das ehemalige Prostken?“, erwähnt aber nicht den von Arno Surminski geschriebenen Roman „Irgendwo ist Prostken“ (2020), in dem Surminski die ganze deutsche Geschichte von 1918 bis 1948 aus der Perspektive eines Lokführers betrachtet. Das ist zumindest merkwürdig.

Von den zwölf Buchbesprechungen sind zwei Drittel Werken über den deutschen Orden gewidmet, von denen zwei den Autor Udo Arnold ausweisen, den Senior der Deutschordensforschung. Hervorzuheben ist seine Beteiligung an der Festschrift zum 70. Geburtstag des deutsch-italienischen Mittelalterhistorikers und langjährigen Präsidenten der

Seite B 125 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Internationalen historischen Kommission zur Erforschung des Deutschen Ordens in Wien, Hubert Houben (2023), dessen Herausgeberschaft des Bandes „Akkon – Venedig – Marienburg“ (2022) von Jürgen Sarnowsky gewürdigt wird.

Naturgemäß soll eine Rezension nicht der Lektüre des besprochenen Buches vorgeifen. So können und sollen nur exemplarisch Hinweise auf die große Vielfalt und Besonderheit der angebotenen Arbeiten gegeben werden. Das Verzeichnis der illustren Autorinnen und Autoren bildet den Abschluss dieses in jeder Hinsicht bereichernden, lehrreichen und lesenswerten Jahrbuches. Der Band „Preußenland 14“ ist ein schönes wissenschaftliches Denkmal, nicht nur für diejenigen, die es verfasst, sondern hoffentlich für viele Interessierte, die es lesen und daraus Wissen und geistige Beflügelung durch das „Preußenland“ gewinnen.

Klaus Weigelt, Lüneburg

- 02) Wulf D. Wagner: Die Königstraße in Königsberg i. Pr. Aus der Geschichte einzelner Grundstücke und ihrer Eigentümer vom späten 17. bis ins frühe 19. Jahrhundert. (46 Abb. und Pläne).**
(Osnabrück) fibre 2023 VIII, 192 Seiten.
= Einzelschriften der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung. 33.
ISBN 978-3-944870-88-1. Geb. EUR 48,00.

Der Autor ist freiberuflicher, in Berlin und Palermo lebender Architekturhistoriker. Seine Forschungsthemen sind der preußische Adel, die Güter der Provinz sowie die Baugeschichte Königsbergs und das Königsberger Schloß. Über dieses hat er ein zweibändiges Monumentalwerk vorgelegt: Eine Baugeschichte. Band I. Von der Gründung bis zur Regierung Friedrich Wilhelms I. (1255-1740). 2008. Band II. Eine Bau- und Kulturgeschichte. Von Friedrich dem Großen bis zur Sprengung (1740-1967/68) Das Schicksal seiner Sammlungen nach 1945 (mit Heinrich Lange). 2011. Beide Bände wurden von der Stadtgemeinschaft Königsberg (Pr) herausgegeben.

Schon vorher hatte Wagner 2005 über die „Güter des Kreises Heiligenbeil in Ostpreußen“ einen Band publiziert, 2008/2009 zwei Bände über „Kultur im ländlichen Ostpreußen. Menschen, Geschichte und Güter im Kreis Gerdauen; danach 2012 „Ostpreußen in 1.000 Bildern“ und 2014 zwei voluminöse Bände über „Das Rittergut Truntlack 1446-1945“. Schließlich schrieb Wagner die Geschichte über „Die Altertumsgesellschaft Prussia. Einblicke in ein Jahrhundert Geschichtsverein, Archäologie und Museumswesen in Ostpreußen (1844-1945). Herausgegeben als Werk 29 der PRUSSIA-Schriftenreihe 2019.

Nach Gütergeschichten über Heiligenbeil und Gerdauen, einer umfangreichen Königsberger Schlossgeschichte, der Geschichte eines ostpreußischen Rittergutes sowie der Geschichte eines Geschichtsvereins, erleben wir Wagner in diesem Band „Preußenland“ als Historiker, der einen Aufsatz über ein Königsberger Haus vorlegt, und widmen uns nun der Betrachtung einer Königsberger Straße. Was für eine Breite und Vielfalt von Forschungsansätzen und -arbeiten! Von der Geschichtsschreibung bis zur architektonischen, kulturhistorischen und rechtlich-vertraglichen Detailanalyse einzelner

Seite B 126 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Bauwerke finden wir wissenschaftliche Arbeiten des Autors. Längst ist Wulf D. Wagner zur unbestrittenen Autorität für ostpreußische Bau- und Kulturgeschichte im allgemeinen und im Einzelfall geworden.

Der vorliegende Band nimmt den Leser nach der Einleitung mit auf einen „Rundgang durch die Königstraße“ über 22 Kapitel, der mit einer „Nachbetrachtung“ endet. Es folgen ein Dokumentenanhang, Quellen- und Literaturverzeichnis, weitere Verzeichnisse und Hinweise auf die verwendeten Abkürzungen. Wagner liebt Italien und macht daraus auch kein Hehl. Sein Vorwort setzt er unter die Aufforderung des römischen Gelehrten Plinius: „Darum lass auch Du diesen Lärm und diese eitle Betriebsamkeit und diese gar unnützen Bemühungen [...] und widme Dich der wissenschaftlichen Arbeit oder der Muße.“ (an Minicius Fundanus, 1. Buch, 9. Brief). Das bezieht Wagner ohne Zweifel auf sich und gründet darauf sein Arbeitsethos.

Jeder Königsberger kennt die Königstraße, jene gerade West-Ost-Achse vom Roßgärter Markt bis zum Königstor, hinter dem die Labiauer Straße in den Nordosten, Richtung Elchniederung, führt. Die Königstraße ist innerhalb des Wallrings der Stadt im Osten die Straße, der im Westen an Bedeutung der Steindamm entspricht, der auf den Hansaplatz führt, oder die Kneiphöfische und später Vorstädtische Langgasse nach Süden, deren Ziel der Hauptbahnhof ist.

Die Arbeiten an dem ursprünglich als Aufsatz geplanten Vorhaben weiteten sich so aus, dass daraus das vorliegende Buch geworden ist. Wagners grundlegende Dokumente für seine Arbeit waren der Müllersche Stadtplan von 1815 und eine „schmale Akte“ im Geheimen Staatsarchiv „Numerations-Liste von den Grundstücken in Königsberg“. Dazu nahm der Autor die „Königsberger Haus- und Ingrossationsbücher unter den Ostpreußischen Folianten, die noch für alle Stadtviertel weitgehend für das späte 17., das 18. und das frühe 19. Jahrhundert vorliegen.“ Anhand der Königstraße 1-101 zeigt Wagner in seinem Buch, „wie mittels des Müllerschen Stadtplanes, der Konkordanz der Akte XX. [...] und der Haus- und Besatzungs- sowie Ingrossationsbücher der Neuen Sorge die Geschichte einer Königsberger Straße und ihrer Bewohner herausgearbeitet werden kann – beispielhaft für ganz Königsberg innerhalb der alten Festungsanlage.“

Die Gespräche mit den Mitarbeitern im Geheimen Staatsarchiv müssen sehr intensiv und erfolgreich gewesen sein. Das wird im Vorwort dokumentiert. Einen besonders herzlichen Dank widmet Wagner Dr. habil. Eberhard Straub (1940-2024), der vor kurzem verstorben ist, ein nicht nur für den Autor bitterer Verlust.

Die Neue Sorge war östlich des Stadtzentrums ein ländliches Gebiet, in dem sich das Bauen, auch auf der Königstraße, noch weitgehend ohne eine Bauordnung vollzog. Das war auf Sizilien, das der Autor gut kennt und als Beispiel anführt, anders. Dort wurden nach dem schweren Erdbeben 1693 die Städte nicht nur nach strengen Bauregeln wieder aufgebaut, sondern zeigten auch klare Hierarchien. Auch in Berlin zeigt eine gründliche Arbeit über Amtsträger unter dem Großen Kurfürsten und ihren Wohnungen, dass die zweite Haupt- und Residenzstadt Brandenburg-Preußens, eben Königsberg, „kaum zur Kenntnis genommen wird.“

Wagner hofft, dass „die vorliegende Studie, in der zahlreiche höhere Amtsträger mit ihren Häusern auftreten, vielleicht dazu beitragen kann, Königsberg endlich einmal mehr Beachtung in der Residenzforschung zu schenken.“ Der Autor beklagt, dass Königsberg als „geistesgeschichtlich bedeutende Stadt“ nicht einmal in der Kunstgeschichtsschreibung

Seite B 127 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Preußens einen Platz gefunden hat und dass sie mit ihren engen europäischen Verbindungen vergleichend durch Grundlagen- und speziellere Forschungen zur Kunst-, Kultur- und Sozialgeschichte einzufügen sei. Deswegen werde auch auf süditalienische Forschungen hingewiesen.

Ohne den ungeheuren Faktenreichtum der Studie beim Rundgang durch die Königstraße im Einzelnen nachzuzeichnen, nimmt der Rezensent die spannende Frage aus seiner Nachbetrachtung auf, welches Ergebnis die Darstellung einer Straße über die rein geschichtliche Erzählung hinaus erreichen sollte. Es kennzeichnet die Bescheidenheit des Autors, dass er in seiner Arbeit, der Erforschung einer Königsberger Straße, „nicht mehr als ein Gerüst“, den Anfang für weitere Forschungen sieht. Es fehle bis heute eine „Stadtbaugeschichte Königsbergs“. Auf deren Grundlage ließe sich „die städtebauliche Entwicklung endlich detaillierter in europäische Entwicklungen einbinden.“

Eine weitere Beobachtung zeigt, dass „die Königsberger Stadthäuser in adligen Familiengeschichten zumeist fehlen, sie treten hinter dem Gutsbesitz ganz zurück, womit die Stadt als auch geistig-kultureller Raum der Familie aus dem Blick fällt.“ Auch wenn die Königstraße nur eine Straße ist, in der zudem viele bedeutende Adelsfamilie gar nicht vertreten waren, so ist doch der Gesichtspunkt des geistig-kulturellen Raumes von übergreifendem Gewicht.

Warum ist schließlich auch das einzelne kleine Haus in der Königstraße von Interesse? „Erst durch die Bearbeitung dieser kleinen Häuschen der Bäcker, Perückenmacher, Tischler, Höker oder Garteniere gewinnen wir ein Verständnis oder eine Ahnung von dem Zusammenleben in der Stadt, auch von Arbeit und Geselligkeit – etwa wenn man vom Haus Königstraße 39/40 auf die Kegelbahn im nachbarlichen Wirtshausgarten schaute.“

Wagner sieht seine Studie als Anregung für weitere Forschungen mit dem Ziel einer Stadtbaugeschichte, als Ansatz, in Königsberg den geistig-kulturellen Raum zu entdecken und schließlich als Aufforderung, Verständnis für das gesellschaftliche Zusammenleben der Menschen zu entwickeln. Er zeigt, „wie lange die Königstraße noch einen fast dörflichen Charakter besaß, wie sie zur städtischen Straße heranwuchs und geprägt wurde von Handwerkern und stolzen Meisterinnen, reichen Bürgerinnen und Bürgern, pfiffigen Bauunternehmern und gescheiterten Industriellen und schließlich einigen, die ostpreußische Landesgeschichte mitprägenden Adelsfamilien, wie den Wallenrodt, Schlieben und Eulenburg.“

Und den Dönhoffs. Sie hatten einen Garten an der Königstraße, von dem ein Teil als Tompionscher Garten öffentlich war und von in Königsberg ansässigen Engländern besucht wurde. Während des Englisch-Nordamerikanischen Krieges wurde Immanuel Kant eines Nachmittags dort Zeuge eines Gesprächs zwischen Amerikanern und Engländern. Er griff ein und „nahm sich der Amerikaner an, verfocht mit Wärme ihre gerechte Sache und ließ sich mit einiger Bitterkeit über das Benehmen der Engländer aus.“ So zitiert Fritz Gause den Kant-Biographen Jachmann. Wütend stellte sich ein Engländer Kant gegenüber und erklärte sich und seine ganze Nation durch Kants Bemerkungen für beleidigt.

Kant ließ sich durch den Zorn des Mannes nicht aus der Fassung bringen, sondern setzte seinen Gedankengang fort, „erklärte seine politischen Grundsätze und den Gesichtspunkt, aus welchem jeder Mensch als Weltbürger, seinem Patriotismus unbeschadet, dergleichen Weltbegebenheiten beurteilen müsse.“ Kants Beredsamkeit war so hinreißend, dass der Engländer – es war Joseph Green (1727-1786) – ihm voll Erstaunen freundschaftlich die Hand reichte und zu Kants Freund wurde.

Seite B 128 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Mit dieser kleinen Begebenheit eines friedlichen Gesprächs in der Königstraße zwischen Kant und Green setzen wir im Kant-Jahr 2024 den Schlusspunkt einer Rezension für ein außergewöhnliches Buch, mit dem noch viele Wissenschaftler weiterforschen können und sollten. Seiner großen Zahl wichtiger Publikationen hat Wulf D. Wagner einen weiteren Meilenstein hinzugesetzt. Es wird nicht der letzte sein.

Klaus Weigelt, Lüneburg

B. Besprechungen in Arbeit (Seite B 181)

- 01)** Wolfram Euler und Konrad Badenheuer:
Sprache und Herkunft der Germanen. Rekonstruktion des Frühgermanischen vor der Ersten Lautverschiebung
(1 mehrfarbige Karte). 2., überarbeitete Auflage.
Berlin / London: Verlag Inspiration UN Limited 2021. 271 Seiten.
ISBN 978-3-945127-278. € 89,00.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin
- 02)** Wolfram Euler: Das Westgermanische. Seine Rekonstruktion von der Herausbildung im 3. bis zur Aufgliederung im 7. Jahrhundert.
(vier Abbildungen). [Zweite Auflage].
London / Berlin: Verlag Inspiration Un Limited 2022. 267 Seiten.
ISBN 978-3-945127-414. € 49,00.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin
- 03)** Ute Engel: Stil und Nation. Barockforschung und deutsche Kulturgeschichte, ca. 1830-1933. (129 +2 Abb.).
(Paderborn) Wilhelm Fink (2018). 798 Seiten.
ISBN 978-3-7705-5492-8. € 128,00 (D).
Rezensent: Dr. Wulf Dietrich Wagner, Berlin
- 04)** Historisch Ostdeutsche Gedenktage 2019. Persönlichkeiten und Historische Ereignisse. (zahlreiche SW-Abbildungen). (Bonn) Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (2021). 248 Seiten.
ISBN 978-3-88557-247-3. € 9,80.
- Historisch Ostdeutsche Gedenktage 2020. Persönlichkeiten und Die Historische Ereignisse. (zahlreiche SW-Abbildungen). (Bonn) Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (2021). 240 Seiten.
ISBN 978-3-88557-248-0. € 9,80.
- Historisch Ostdeutsche Gedenktage 2021. Persönlichkeiten und Historische Ereignisse. (zahlreiche SW-Abbildungen). (Bonn) Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (2021). 256 Seiten.
ISBN 978-3-88557-250-3. € 9,80.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin

C. Zur Besprechung in der Redaktion eingegangen (Seiten B 182 – B 183)

- 01)** Ziko van Dijk: Wikis und die Wikipedia verstehen. Eine Einführung. (13 Abb., 18 Tab.). (Bielefeld) [transcript] (2021). 338 Seiten.
ISBN 978-3-8376-5645-9. € 35,00.
E-Book (EPUB) Open Access PDF-ISBN 978-3-8394-5694-3. € 38,99?
- 02)** Herma Kennel: Als die Comics laufen lernten. Der Trickfilmpionier Wolfgang Kaskeline zwischen Werbekunst und Propaganda. (zahlreich SW-Abb. im Text, 10 Farbfotos auf 8 Farbtafeln im Anhang) (Berlin) be:bra Verlag (2020). 240 Seiten. ISBN 978-3-89809-176-2. Euro 24,00.
- 03)** Steffen Reiche: Tief träumen und hellwach sein. Politiker und Pfarrer mit Leidenschaft. Ein autobiografischer Essay. (22 SW-Fotos im Text). (Bonn) Dietz (2020). 261 Seiten. ISBN 978-3-8012-0461-7. € 24,00.
- 04)** Handbuch qualitative und visuelle Methoden der Raumforschung. (zahlreiche Abbildungen, Tabellen).
Hg. von Anna Juliane Heinrich, Séverine Marguin, Angela Million, Jörg Stollmann.
Bielefeld: Transcript Verlag (2021). 464 Seiten. = utb. Band 5582.
Print-ISBN 978-3-8252-5582-4. € 29,90.
PDF-ISBN 978-3-8385-5582-9.
- 05)** Judith Heß: Europäisierung des Gedenkens? Der Erste Weltkrieg in Deutschen und britischen Ausstellungen. (15 SW-Abbildungen). (Bielefeld) transcript (2021). 356 Seiten.
Print-ISBN 978-3-8376-5619-0. € 60,00.
PDF-ISBN 978-3-8394-5619-4. € 59,99.
- 06)** Nicht nur Bauhaus. Netzwerke der Moderne in Mitteleuropa / Not just Bauhaus. Networks of Modernity in Central Europe. Herausgegeben von Beate Störtekuhl und Rafał Makąła. (mit zahlreichen schwarz-Weißen und mehrfarbigen Abb.). (Berlin / Boston) de Gruyter/Oldenbourg (2020). 400 Seiten.
= Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Band 77. ISBN 978-3-11-065876-7. € 59, 59.
- 07)** Astrid Bartel: Des Lebens ungeteilte Freude. Erzählungen. (Norderstedt: BoD Book on Demand 2022). 396 Seiten.
ISBN 978-3-7557-1708-9. € 14,90.

- 08)** Preußen und sein Osten in der Weimarer Republik. Herausgegeben von Manfred Kittel, Gabriele Schneider, Thomas Simon. (mit Abb. und Tab.). Berlin: Duncker & Humblot (2022). 383 Seiten.
= Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte. Neue Folge, Beiheft 17.
ISBN 978-3-428-18526-9 (Print). € 119,90.
- 09)** Gisela Borchers, Arbeitsgemeinschaft Vertriebene der Oldenburgischen Landschaft: Bund der Vertriebenen (BdV). Seine Geschichte in der Stadt Oldenburg. (zahlreiche SW- und mehrfarbige Abb. auf 7 Seiten Anhang, 1 mehrfarbiger Stadtplan von Oldenburg auf der hinteren Umschlaginnenseite).
Oldenburg: Isensee-Verlag (2022). 79 Seite + 7 Seiten Anhang mit Abb. Herausgegeben von der Oldenburgischen Landschaft.
ISBN 978-3-7308-1963-0. € 15,00.
- 10)** 52. Heimatjahrbuch der Kreisgemeinschaft Allenstein e.V. Weihnachten 2021. Herausgegeben von der Kreisgemeinschaft Allenstein e. V., Kreisvertreter Andreas Galinski. (zahlreiche SW- und mehrfarbige Abb., mehrfarbige Bildkarte auf Umschlag-Rückseite).
(Velbert 2021). 280 Seiten. € ?
- 11)** Angerburger Heimatbrief. Heft Nr. 170, Dezember 2022. Herausgeber: Kreisgemeinschaft Angerburg e.V. (Mitglied in der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.). (Rotenburg / Wümme 2022). 171 Seiten. € ?
- 12)** Monarchie und Diplomatie. Handlungsoptionen und Netzwerke am Hof Sigismunds III. Wasa. (Hg.) Kolja Lichy, Oliver Hegedüs. (Paderborn) Brill / Schönigh (2023). XLI, 333 Seiten.
= Fokus. Neue Studien zur Geschichte Polens und Osteuropas. Band 13. ISSN 2698-5020. ISBN 978-3-506-70588-4 (hardback); ISBN 978-3-657-70588-7 (e-book). € 99,00.
- 13)** Karol Plata-Nalborski: Kraina wędrujących dworów. Z dziejów Bałdowa, Knybawy i Czyżykowa. (viele Abb.). Tczew 2024. 723 Seiten.
ISBN 978-83-971387-0-4. Złoty 69,00.

Teil C
Inhaltsverzeichnis (Seiten C I – C II)

C. a) Mitteilungen	Seiten C 1 - C 4
---------------------------	-------------------------

- 01) Landsmannschaft Schlesien wählt neuen Vorstand
- 02) Invitation to the International Conference on the Conservation of Cultural and Natural Heritage in Former East Prussia, in Allenstein / Olsztyn, 06-07.06.2024
- 03) Ausgewählte Fragen zur Inventarisierung von Heimatsammlungen. Einladung zum Workshop, Köln, Breslauer Sammlung, 21.06.2024

C. b) Mitteilungen und Berichte aus ausgewählten Berliner Bezirken mit ostdeutschen Patenschaften	Seiten C 5– C 17
--	-------------------------

Charlottenburg - Wilmersdorf (Seiten C 5 – C 10)

- 01) Kiezbündnis Klausenerplatz feiert 25-jähriges Jubiläum
- 02) Die sieben Ortsteile von Charlottenburg-Wilmersdorf auf Kiezspaziergängen erkunden
- 03) 256. Kiezspaziergang: Zum Langen Tag der Stadtnatur durch Charlottenburg
- 04) „Schaufenster des Westens“: Filmprogramm des Museums Charlottenburg-Wilmersdorf
- 05) 24. Tag des Ehrenamts und Verleihung des Ehrenamtspreises
- 06) Bezirksamt gedenkt Dr. Magnus Hirschfeld

Steglitz-Zehlendorf (Seiten C 11 - C 14)

- 01) Elfter Kulturspaziergang in Steglitz-Zehlendorf am 15.06.2024
- 02) Lesung "Auszug - Eine Reisebeschreibung" mit Barbe Maria Linke am 13.06.2024 in der Ingeborg-Drewitz-Bibliothek
- 03) Diavortrag: „Berlin gestern und heute - fotografische Bildpaare zur Stadtgeschichte“ am 12.06.2024 im Hans-Söhnker-Haus
- 04) Kursangebot: Smartphone- und Tabletkurs für Anfänger ab dem 03.06.2024 im Bürgertreffpunkt Bahnhof Lichterfelde West
- 05) Kursangebote: Smartphones- und Tabletkurse für Anfänger und Fortgeschrittene ab dem 03.06.2024 im Kommunikationszentrum am Ostpreußendamm
- 06) Bezirksbroschüre 2024 – "Ein Wegweiser durch den Bezirk" ab sofort als Print- und Digitalversion erhältlich
- 07) Regelmäßige Diskussionsrunde: Wirtschaft-Gesellschaft-Politik im Hans-Söhnker-Haus

Seite C II zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

- 08)** Das Heimatmuseum Zehlendorf informiert über ihr neues Heft der Zehlendorfer Chronik

Tempelhof - Schöneberg (Seiten C 15 – C 17)

- 01) Zu Besuch bei innovativen Medienunternehmen in Schöneberg
02) Gemeinschaftsgarten für Geflüchtete in Schöneberg eingeweiht
03) **Erste „Lange Woche der Kiezgeschichte“**
04) Tempelhof-Schöneberg begrüßt mehr als 200 Jugendliche aus den Partnerstädten
05) Natur- und Umweltbildung im Bezirk Tempelhof-Schöneberg
06) Presseeinladung: Eröffnung des Gemeinschaftsgartens für Geflüchtete im Schöneberger Südgelände und Verleihung des Werner Orłowsky-Preises für Schöneberg hilft e.V.

C. c) Berichte

Seiten C 18 – C 59

- 01) Schöneberger Nachbarschaftsfest mit Landsmannschaft Schlesien
02) Der Gewinner des Fotowettbewerbs steht fest: Norbert Zumdiek gewinnt Fotowettbewerb des Westpreußischen Landesmuseums in Warendorf
03) Erinnerung nicht einfach „wegstreichen“. CDU-Chef Friedrich Merz kritisiert Regierung und dankt den Vertriebenen
04) „Aufgabenerweiterung für das BKGE“. Im Gespräch mit dem Direktor des Bundesinstituts, Prof. Dr. Matthias Weber
05) „Keine Notwendigkeit für die erfolgte Namensänderung“. BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius antwortete auf Fragen der Nordwest-Zeitung
06) Georg Dehio-Buchpreis 2024 für Ulrike Draesner und Karolina Kuszyk
07) Kafka-Tagung: „Kafka, Käfer und Kakanien“. Franz Kafka 100. Todestag umfassend gewürdigt
08) Großer Sudetendeutscher Kulturpreis für Dr. Gertrude Krombholz

C. d) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen

Seite C 60

Keine Berichte

C. e) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen: Veränderung der Geschichtslandschaft durch Umbenennung von Straßen

Seiten C 61 - C 74

Keine Berichte

C. f) Ehrungen, Gedenken, Nachrufe

Seiten C 75 – C 89

01) Feierliche Verabschiedung von Gerhard Zeihsel


02) 100. Todestag von Franz Kafka

Teil C

C. a) Mitteilungen

Seiten C 1 – C 15

01) Landsmannschaft Schlesien wählt neuen Vorstand



Presseerklärung

Neuer Landesvorstand der Landsmannschaft Schlesien, Landesgruppe Berlin – Mark Brandenburg e. V. gewählt

Am 18. 5. 2024 wählte die Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Schlesien, Landesgruppe Berlin – Mark Brandenburg im Clubhaus „Am Mühlenberg“ in Berlin-Schöneberg einen neuen Landesvorstand. Nach mehreren Rücktritten bewahrte seit November letzten Jahres ein Notvorstand unter Vorsitz von Wolfgang Liebehenschel die Landsmannschaft vor einem endgültigen Aus. Nun konnte ein neuer Vorstand gebildet werden, der altersmäßig die ganze Bandbreite von Landsleuten der sog. Erlebnissgeneration über Spätaussiedler bis hin zu Nachkommen vertriebener Schlesier umfaßt.

Neuer Landesvorsitzender wurde Lic. Dirk Carolus Metzig, der dem Arbeitskreis Landeshut, der Heimatvertretung der Ostriesengebirgler, vorsteht. Das Amt eines stellvertretenden Vorsitzenden übernahm Armin Brenker. Senior im Vorstand ist der langjährige Kulturreferent Dr. Hans-Joachim Weinert, jüngstes Vorstandsmitglied der Schatzmeister Jan Ludwig. Ihn unterstützt in seiner Arbeit Nadine Haberlandt als stellvertretender Schatzmeister. Das Amt des Schriftführers übernahm Angelika Keller. Um die neuen Medien kümmern sich die beiden Beisitzer Silke Taube und Wolf-Dieter Emmrich.

Als erste Projekte hat sich der neue Vorstand das Erstellen einer Homepage und die Durchführung eines monatlichen Schlesier-Stammtisches vorgenommen. Außerdem werden durch den Kulturreferenten, wie schon in der Vergangenheit, monatliche Vorträge organisiert.

Der Vorstand ist darüber hinaus fest entschlossen, eine Strategie zu entwerfen, die besonders der Hauptstadt Berlin angemessen ist, einer Stadt mit vielen Zeugnissen schlesischer Schaffenskraft (z. B. Brandenburger Tor, Berliner Dom usw.), Wohnort vertriebener Schlesier und ihrer Nachkommen, mittlerweile aber auch vieler polnischer „Neuschlesier“ und nicht zuletzt dem Sitz der Botschaft, zu dessen Staatsgebiet der größte Teil Schlesiens heute gehört.

Der Vorstand der LM Schlesien, Landesgruppe Berlin – Mark Brandenburg e. V.

Berlin, den 24. 5. 2024

Landsmannschaft Schlesien, Landesgruppe Berlin-Mark Brandenburg, Forckenbeckstr. 1, 14199 Berlin

02) Invitation to the International Conference on the Conservation of Cultural and Natural Heritage in Former East Prussia, in Allenstein / Olsztyn, 06-07.06.2024

DEUTSCH | POLSKO
POLNISCHE | NIEMIECKA
WISSENSCHAFTS | FUNDACJA
STIFTUNG | NA RZECZ NAUKI



Subject: Invitation to International Conference on the Conservation of Cultural and Natural Heritage in Former East Prussia

Dear Colleagues,

We hope this message finds you in good health and high spirits. We are delighted to extend a warm invitation to you for our upcoming two-day international conference on the Conservation of Cultural and Natural Heritage in Former East Prussia. The event is scheduled to take place on June 6-7, 2024, at the University of Warmia and Mazury in Olsztyn (<https://uwm.edu.pl/en>). The conference is organized by the Faculty of Law and Administration, along with the Department of Criminology and Forensic Science (<http://uwm.edu.pl/kryminalistyka>).

Conference Details:

- Date: June 6-7, 2024
- Venue: University of Warmia and Mazury in Olsztyn
- Language: Polish, English, German
- Registration deadline: May 30, 2024

How to Participate: To express your interest and secure your spot, please submit your application by May 30, 2024 to address: umo.kryminologia@uwm.edu.pl

Conference Theme: The primary focus of the conference is the preservation of the cultural and natural heritage of Former East Prussia. We welcome articles with a comparative approach, exploring the diverse aspects of this historical region.

Conference Highlights:

- Free Participation: There is no conference registration fee.
- Complimentary accommodation in a three-star hotel for selected participants, subject to availability. Accommodation will be allocated on a first-come, first-served basis.
- Catering services provided during the conference.
- Dedicated student panel – welcoming young scholars to actively participate.
- Publication Opportunity: Accepted papers will be published in a post-conference monograph in German.

Post-Conference Publication: Following the conference, a monograph in German will be published, providing authors with an excellent opportunity to showcase their work. Notably, authors do not incur any publication fees.

Cutting-Edge Discussions: Engage in intellectually stimulating discussions on the latest developments in heritage protection, providing valuable insights into current challenges and future prospects.

Networking Opportunities: Connect with renowned scholars, professionals, and experts in the field, fostering collaborations and partnerships that extend beyond the conference.

Cultural and Academic Exchange: Immerse yourself in a multilingual environment, with conference sessions conducted in both Polish and German. This unique linguistic approach ensures inclusivity and a broader exchange of ideas.

We believe your expertise and insights would contribute significantly to the richness of our discussions. Your presence will be highly valued, and we are enthusiastic about the potential collaboration.

The initiative is implemented thanks to the support of the Polish-German Science Foundation.

Thank you for considering our invitation. We eagerly anticipate your participation in this intellectually stimulating event, and we are excited about the valuable networking opportunities that await you in Olsztyn. We kindly ask you to share this information with anyone who might also be interested in participating.

Best regards,

Organising Committee



*Projekt wspierany przez Polsko-Niemiecką Fundację na rzecz Nauki
Gefördert aus Mitteln der Deutsch-Polnischen Wissenschaftsstiftung*

**03) Ausgewählte Fragen zur Inventarisierung von Heimatsammlungen.
Einladung zum Workshop, Köln, Breslauer Sammlung, 21.06.2024**



Breslauer Sammlung, Panoramaaufnahme der Kulturstiftung anlässlich des Projektes „Virtualisierung von Heimatsammlungen“

Weitere Auskünfte:

Beratungsstelle Heimatsammlungen
Birgit Aldenhoff
Godesberger Allee 72-74, 53175 Bonn
Telefon Bonn: 0228 / 24965041
E-Mail:
birgit.aldenhoff@kulturstiftung.org



gefördert durch:



Abbildungen:
Vordere Seite: BgZomfragen, Archiv Königswinter, Ansgar Klein
Rückseite: Panoramaaufnahme, Kulturstiftung
Innenseite: Wappen, Kulturstiftung

ORGANISATORISCHE HINWEISE

1. Veranstaltungsort

Museum Breslauer Sammlung
Bundesvereinigung der Breslauer e.V.
Markmannsgasse 7, Heumarkt, 50667 Köln
0221-98044840

2. Wegweiser

Das Museum ist vom Kölner Hbf (Süd- bzw. Dornseite) zu Fuß in ca. 10 Minuten gut zu erreichen. Alternativ können die Buslinien Nr. 132, 133 und 978 vom Breslauer Platz (Nordseite) oder die U5 und U14 von Gleis 1 des U-Bahnhofs genommen werden. Ausstieg Haltestelle Heumarkt, Preisstufe K (2,50 Euro). Bei Anfahrt mit dem PKW empfiehlt sich die Tiefgarage Contipark, Markmannsgasse 3, anzufahren. Der Zugang zur Sammlung, die sich im 4. Stock befindet, erfolgt über eine Treppe und ist nicht barrierefrei.

3. Verpflegung

Es werden Getränke und bei Veranstaltungsende ein kleiner Imbiss zur Verfügung gestellt.

4. Fahrtkosten

Die Fahrtkosten werden bis zu einem Höchstbetrag von € 100,- erstattet. Bei Benutzung der Deutschen Bahn AG werden die Kosten für die niedrigste Wagenklasse erstattet. Hierfür ist die Vorlage der Fahrkarte notwendig. Bei Benutzung des Pkw ist die Wegstreckenschädigung für Hin- und Rückfahrt auf einen Betrag von € 0,20 pro Kilometer begrenzt. Taxi- und Parkgebühren können nicht erstattet werden. Für Personen- und Sachschäden bei der An- und Abreise sowie an der Veranstaltungsstätte kann keine Haftung übernommen werden.

5. Anmeldung

Eine Anmeldung ist möglich bis zum 15. Juni 2024 unter der E-Mail Adresse:
birgit.aldenhoff@kulturstiftung.org



Einladung

zum Workshop:

**Ausgewählte Fragen zur
Inventarisierung
von Heimatsammlungen**



Freitag, 21.06.2024 15 Uhr

**Köln
Breslauer Sammlung**

ZUM THEMA

Der Workshop im Breslauer Museum ist aus der Erkenntnis erwachsen, dass eine zukunftsorientierte Inventarisierung häufig noch ein komplexes Unterfangen darstellt – seien es Zwickmühlen bei der Kategorisierung oder Fragen zum Erwerb von Datenbanksystemen.

Um konkrete Problemstellungen zu klären oder offene Entscheidungen zu besprechen, bietet die Beratungsstelle für Heimatsammlungen einen Workshop an, der zunächst mit einem Impulsvortrag startet, um dann in eine Diskussionsrunde mit Fallbeispielen zu münden.

Egal ob Vorwissen vorhanden ist oder Fragen überwiegen: Kommen Sie zu unserem Workshop und nutzen Sie die Chance des Austausches. Wir freuen uns auch auf Themenvorschläge oder Fragen vorab.

Die Referierenden, Dr. Ansgar Klein und Birgit Aldenhoff, sind mit der Betreuung, Erschließung und Qualifizierung von Sammlungen vertraut und bringen auch Erfahrung mit modernen Datenbanksystemen mit.

Der Workshop ist Teil einer Veranstaltungsreihe für Einrichtungen der eigenständigen Kulturarbeit nach § 96 Bundesvertriebenengesetz.

PROGRAMM

Freitag, 21. Juni 2024

ab 14.30 Uhr

Empfang mit Kaffee und Tee

15.00 Uhr

Begrüßung

Heinz Stirken

Vorsitzender der Bundesvereinigung der Breslauer e.V.

15.15 Uhr

Überblick und Einführung

Birgit Aldenhoff

Wiss. Referentin und Leiterin
Beratungsstelle Heimatsammlungen

15.30 Uhr

**Impuls zur Inventarisierung,
Archivierung und Digitalisierung**

Dr. Ansgar Klein

Historiker und Archivar

➤ **Frage- und Diskussionsrunde**

Ausklang mit Imbiss

18.00 Uhr

Ende der Veranstaltung

INHALTE

Vorstellungsrunde und Einführung in die Sammlung des Breslauer Museums

Impuls zur Inventarisierung, Archivierung und Digitalisierung von Dr. Ansgar Klein

Gesprächsrunde
Questions & Answers

Gemeinsamer Rundgang durch das Breslauer Museum



Köln-Breslauer Patenschaftswappen,
Holz, farbig, 1950er Jahre

C. b) Mitteilungen und Berichte aus ausgewählten Berliner Bezirken mit ostdeutschen Patenschaften **Seiten C 5 – C 17**

Charlottenburg - Wilmersdorf (Seiten C 5 – C 10)

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

[Otto-Suhr-Allee 100](#)
[10585 Berlin](#)

presse@charlottenburg-wilmersdorf.de

01) Kiezbündnis Klausenerplatz feiert 25-jähriges Jubiläum



Bild: R. Müller

Pressemitteilung vom 07.06.2024

Das Kiezbündnis Klausenerplatz e.V. feiert 25-jähriges Jubiläum. Bezirksbürgermeisterin Kirstin Bauch ist als Schirmherrin am **Sonnabend, 15. Juni 2024, um 14.30 Uhr** auf dem Kiezfest am Klausenerplatz. Ebenfalls wird Bezirksverordnetenvorsteherin Judith Stückler teilnehmen.

Das Kiezfest zur Jubiläumsfeier findet von 14 Uhr bis 22 Uhr statt und auf zwei Bühnen wird ein Musikprogramm geboten. Für Kinderspaß sorgen der Oberblaubär Bernhard Lassahn sowie zahlreiche Kinderprojekte, Sozialeinrichtungen, kirchliche Einrichtungen und Sportvereine. Viele Stände der Kiezgastonomie zeigen die multikulturelle Vielfalt des Quartiers.

Seite C 5 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Wie in den Vorjahren ist das Kiezfest Klausenerplatz wieder ein Schaufenster der zahlreichen zivilgesellschaftlichen Projekte, Vereine und Initiativen mit einer Vielzahl von Info-Ständen und Mitmachangeboten.

Weitere Informationen sind auf der [Webseite des Kiezbündnisses](#) zu finden.

Im Auftrag
von Kentzinsky

02) Die sieben Ortsteile von Charlottenburg-Wilmersdorf auf Kiezspaziergängen erkunden



Vorstellung der Hefte (v.l. Jana Bußmann Wirtschaftsförderung, Autor Arne Krasting, Bezirksbürgermeisterin Kirstin Bauch, Autorin Marianne Mielke und Michael Bienert).-
Bild: BACW/von Kentzinsky

Pressemitteilung vom 06.06.2024

Das Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf stellt in sieben kleinen Heften im Taschenformat die verschiedenen Ortsteile des Bezirks vor. Diese bieten die Möglichkeit, die Vielfalt des Bezirks auf ausgearbeiteten Touren durch die Ortsteile selbstständig zu entdecken. Es können Gebäude, Plätze, Parkanlagen und Straßen im Bezirk erkundet werden.

Die Spaziergänge haben eine Länge von 90 bis 120 Minuten. Jedes Heft enthält neben einem Vorwort der Bezirksbürgermeisterin Kirstin Bauch auch Angaben zur Barrierefreiheit, An- und Abreise, hat Platz für Notizen und eine Übersichtskarte zu den Wegpunkten.

Bezirksbürgermeisterin Kirstin Bauch:

„Unser Bezirk ist mit seinen vielen schönen Ecken so vielfältig. Die Hefte sind eine hervorragende Möglichkeit, Charlottenburg-Wilmersdorf selbst zu erkunden und Orte zu

Seite C 6 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

entdecken, die man vorher vielleicht nicht wahrnehmen würde. Bei den Autoren möchte ich mich herzlich für deren Engagement bedanken.“

Die Reihe „Stadtspaziergänge durch Charlottenburg-Wilmersdorf“ enthält folgende Bände:

- Charlottenburg – Vom „kleinen Wedding“ an den Lietzensee
- Charlottenburg-Nord – Licht, Luft, Sonne
- Grunewald – Villen, Kiefern, Seen
- Halensee – Der unbekannte Kiez
- Schmargendorf – Wohlfühloase der Superlative
- Westend – Alleen, Villen, Schrebergärten
- Wilmersdorf – Bunter als sein Ruf

Diese sind nach voriger Absprache und Verfügbarkeit sowohl als Set als auch einzeln für Privatpersonen und Unternehmen im Bezirk kostenfrei über die bezirkliche Wirtschaftsförderung erhältlich (wirtschaftsfoerderung@charlottenburg-wilmersdorf.de). Die Hefte können dann persönlich abgeholt werden. Ein Versand ist nicht möglich. Darüber hinaus liegen sie in ausgewählten Bürgerämtern, Geschäften und Kultureinrichtungen im Bezirk aus.

Die Kiezspaziergänge wurden von vier Autoren im Rahmen eines Tourismusprojekts in Zusammenarbeit der bezirklichen Wirtschaftsförderung, der Pressestelle und visitBerlin ausgearbeitet. Das Projekt wird durch City-Tax-Mittel der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe gefördert.

Im Auftrag
von Kentzinsky



Bild: BACW/von Kentzinsky

03) 256. Kiezspaziergang: Zum Langen Tag der Stadtnatur durch Charlottenburg



Bild: BACW

Pressemitteilung vom 31.05.2024

Den 256. Kiezspaziergang führt Bezirksbürgermeisterin Kirstin Bauch am **Sonnabend, dem 8. Juni 2024**. Treffpunkt ist **um 14 Uhr** an der kleinen Grünanlage auf dem Sophie-Charlotte-Platz.

Traditionell findet der Juni-Kiezspaziergang unter dem Motto „Stadtnatur“ statt. Die Route führt über das Nasse Dreieck zum Schustehruspark, durch den Klausenerplatz-Kiez, wo es um das Thema Klimaanpassung im Bezirk geht, bis zum Schlosspark Charlottenburg.

Die Teilnahme ist wie immer kostenfrei. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Informationen über die bisherigen Kiezspaziergänge sind unter www.kiezspaziergaenge.de zu finden.

Im Auftrag
Jüch

**04) „Schaufenster des Westens“: Filmprogramm des Museums
Charlottenburg-Wilmersdorf**



Bild: BACW/Museum

Pressemitteilung vom 24.05.2024

Das Museum Charlottenburg-Wilmersdorf zeigt das Filmprogramm „Schaufenster des Westens“, dessen Themenschwerpunkt auf Architektur und Stadtplanung liegt. Das mehrteilige Filmprogramm startet am **Donnerstag, 30. Mai 2024**, und zeigt Wiederaufführungen neu digitalisierter Filme. Begleitende Gespräche mit Filmschaffenden, Stadtplanern und Denkmalschützern regen zur Diskussion an und gehen darüber hinaus zum Beispiel der Frage nach, welche Auswirkungen auf die gesellschaftliche Entwicklung die aktuellen Projekte der Stadtentwicklung haben.

Eine aus 20.000 Farbdias überlieferte Sammlung des Stadtplanungsamtes Wilmersdorf, welche die städtebauliche Entwicklung von der Nachkriegszeit bis zur Jahrtausendwende dokumentiert, wird nun dank der Förderung des Forschungs- und Kompetenzzentrums Digitalisierung Berlin (digiS) entschlossen, digitalisiert und erstmals öffentlich zugänglich gemacht. Dieser Bestand, der sich durch seine regionalgeschichtliche Bedeutung auszeichnet und dessen historische Aufnahmen eine wertvolle kultur- und architekturgeschichtliche Primärquelle darstellen, zeigt unter anderem den Umbau des Kurfürstendamms.

Das Programm:

Stunden des Boulevards (1970)

Donnerstag, 30. Mai 2024

Beginn: 18 Uhr, Einlass ab 17.30 Uhr

Der Kurfürstendamm ist ein Bauplatz des ständigen Wandels, geprägt von Abriss, Rekonstruktion und Wiederaufbau, welcher die jeweiligen Architekturstile ihrer Zeit

Seite C 9 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

widerspiegeln. In Kooperation mit der Filmsammlung des Landesarchivs Berlin nimmt das Filmprogramm den Kurfürstendamm in den Fokus, beginnend in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg. Anschließend folgt ein Filmgespräch mit Dr. Christoph Rauhut, Direktor des Landesdenkmalamtes Berlin, und der Kuratorin Christine Kisorsy.

Tante Emma Laden am Weltboulevard (1979)

Donnerstag, 5. September 2024

Beginn: 18 Uhr Einlass ab 17.30 Uhr

Unweit vom Kurfürstendamm betreibt Frau Milotzki seit 1949 ihren Laden. Der Film zeigt ihren arbeitsreichen Alltag – vom Einkauf im Großmarkt bis zur abendlichen Abrechnung – und schildert Begegnungen mit Nachbarn, Touristen, Kunden und Lieferanten. Anschließend folgt ein Filmgespräch mit der Regisseurin und Journalistin Angelika Kettelhack und der Kuratorin Christine Kisorsy.

Plädoyer für die Straße – Beispiel Kurfürstendamm (1968)

Donnerstag, 7. November 2024

Beginn: 18 Uhr Einlass ab 17.30 Uhr

Der Kurfürstendamm ist eine Straße mit vielen Funktionen – zum Einkaufen, Wohnen und Flanieren. Ein Film aus der ehemaligen Landesbildstelle, der im Auftrag des Senators für Bau- und Wohnungswesen entstand, geht der Frage nach, welche Bedeutung der Kurfürstendamm im Spiegel der städtebaulichen Entwicklungen in der Vergangenheit hatte und welche er zukünftig haben soll. Anschließend folgt ein Filmgespräch mit der Senatsbaudirektorin Prof. Petra Kahlfeld und der Kuratorin Christine Kisorsy.

Die Filme werden im hauseigenen Kino gezeigt. Die Plätze sind begrenzt, eine Platzreservierung ist telefonisch unter (030) 9029-24106 oder via E-Mail an museum@charlottenburg-wilmersdorf.de möglich.

Adresse:

Museum Charlottenburg-Wilmersdorf
Schloßstraße 55/Otto-Grüneberg-Weg
14059 Berlin

Im Auftrag
Jüch

05) 24. Tag des Ehrenamts und Verleihung des Ehrenamtspreises



Bild: Christian Jung / Fotolia.com

Pressemitteilung vom 16.05.2024

Bezirksstadtrat Arne Herz verleiht am **Donnerstag, 13. Juni 2024, ab 16 Uhr** in der Villa Oppenheim die Ehrenamtspreise 2024 an ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen, Bürger und Organisationen und Sonderpreise für Junges Engagement, die sich in besonderem Maße bürgerschaftlich in unserem Bezirk engagiert haben.

Mit dem Museum Charlottenburg-Wilmersdorf und dem Veranstaltungsort Villa Oppenheim als Kooperationspartner, soll eine Atmosphäre des Austausches entstehen, in denen inspirierende Gespräche ihren Raum finden und Lust auf ein Ehrenamt geweckt werden kann.

Bereits ab 16 Uhr sind Interessierte in der Villa Oppenheim (Schlossstraße 55/Otto-Grüneberg-Weg) willkommen. Bis 17.45 Uhr werden Kurzführungen in den Dauerausstellungen „WESTEN! Sorgenfrei und Sammlerstücke“ sowie dem Archiv möglich sein. Um 18 Uhr wird Bezirksstadtrat Arne Herz zusammen mit Bezirksstadträtin Heike Schmitt-Schmelz und Bezirksverordnetenvorsteherin Judith Stückler die Ehrungen vornehmen.

Mit einem Beitrag der Pianistin Frau Brandenburg klingt die Veranstaltung dann musikalisch aus.

Einige ausgewählte Vereine und Institutionen werden vor Ort sein und Möglichkeiten für ehrenamtliches Engagement aufzeigen. So wird das Junge Engagement mit einer Mitmachaktion Ehrenamt vor Ort erlebbar machen.

Im Auftrag
Jüch

06) Bezirksamt gedenkt Dr. Magnus Hirschfeld



Hirschfeld-Stele gegenüber dem Rathaus Charlottenburg.- Bild: BACW

Pressemitteilung vom 07.05.2024

Seite C 11 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Anlässlich des 156. Geburtstages und zugleich 89. Todestages von Dr. Magnus Hirschfeld erinnert Bezirksstadträtin Heike Schmitt-Schmelz gemeinsam mit BVV-Vorsteherin Judith Stückler und der Gleichstellungsbeauftragten Katrin Lück am **Dienstag, 14. Mai 2024, um 16.30 Uhr** an der Gedenkstele gegenüber dem Rathaus Charlottenburg an den Arzt und Sexualwissenschaftler. Mitveranstalter sind die Magnus-Hirschfeld-Gesellschaft, die Bundesstiftung Magnus Hirschfeld, der LSVD Berlin-Brandenburg sowie Maneo – das schwule Anti-Gewalt-Projekt.

In diesem Jahr steht die Veranstaltung ganz im Zeichen der Pläne zu einer langfristigen Sicherung des Erbes Magnus Hirschfelds. Mit der jährlichen Ehrung will das Bezirksamt auch dazu beitragen, das Vermächtnis Hirschfelds zu bewahren.

Hirschfeld wohnte an der Otto-Suhr-Allee, wo er auch seine Praxis führte. Er prägte die erste deutsche Homosexuellenbewegung und begann im Jahr 1897 mit dem Aufbau des Wissenschaftlich-humanitären Komitees (WhK), das sich für die Rechte von Homosexuellen einsetzt und in diesem Jahr 127-jähriges Jubiläum begeht. Zeitlebens engagierte sich Dr. Magnus Hirschfeld in der Politik und kämpfte für die Abschaffung des Paragraphen 175 des Strafgesetzbuches, der homosexuelle Handlungen unter Männern unter Strafe stellte. Im Jahr 1933 zerstörten nationalsozialistische Studenten das von Hirschfeld geleitete Institut für Sexualwissenschaft. Seine Schriften wurden bei der Bücherverbrennung auf dem Berliner Opernplatz öffentlich geächtet.

Von den Nationalsozialisten verfolgt, starb Dr. Magnus Hirschfeld am 14. Mai 1935 im Exil in Nizza.

Im Auftrag
Brühl

Steglitz-Zehlendorf (Seiten C 11 – C 14)

Presse-, Öffentlichkeitsarbeit & Digitale Kommunikation

Postanschrift:

Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf
Presse-, Öffentlichkeitsarbeit & Digitale Kommunikation
14160 Berlin

presse@ba-sz.berlin.de

01) Elfter Kulturspaziergang in Steglitz-Zehlendorf am 15.06.2024

Pressemitteilung vom 04.06.2024

„Route durch den historischen Ortskern Stolpe in Wannsee“

Wissbegierige Zuhörerinnen und Zuhörer sind einmal im Monat herzlich dazu eingeladen, Frau Richter-Kotowski mit auf eine Reise in die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des Bezirks Steglitz-Zehlendorfs zu begleiten.

Dabei werden die sieben verschiedenen Ortsteile des Bezirks noch einmal unter einem ganz anderen Blickwinkel betrachtet und Ihnen wird auffallen, wie viel Steglitz-Zehlendorf als drittgrößter und grünster Bezirk Berlins zu bieten hat. Als ehemalige Bezirksbürgermeisterin schließt Frau Richter-Kotowski dabei an die von Ihr damals durchgeführten und stark nachgefragten Kiezspaziergängen an und führt diese auf Ihre eigene Art und Weise fort.

Nutzen Sie die Gelegenheit und kommen Sie mit auf einen Spaziergang. **Unter dem Leitgedanken „Historischer Ortskern Stolpe in Wannsee“ wird der elfte Kulturspaziergang am 15.06.2024 von 12-14 Uhr stattfinden und die beachtliche kulturelle Historie des Ortskern Wannsees zu bestaunen.** Neben einem Rundgang im Ortskern des ehemaligen Dorf Stolpe sind auch Führungen durch die Galerie „Mutter Fourage“ und der Kirche am Stölpchensee sowie vergangenheitsträchtige Gebäude und Persönlichkeiten Bestandteil des Stadtteils Wannsees sowie der stattfindenden Tour.

Freuen Sie sich auf eine weitere abwechslungsreiche Kombination bestehend aus: Spannenden Hintergrundinfos, unentdeckten Kulturdenkmälern sowie ausgewählten Highlights aus den Bereichen Bildung, Kultur und Sport.

Haben wir Ihr Interesse geweckt?

Anmeldung:

Der Kulturspaziergang wird am 15.06.2024 zwischen 12-14 Uhr stattfinden.

Wir freuen uns über zahlreiche Anmeldungen via Telefon unter [030 – 90 299 62 03](tel:030-902996203) oder via E-Mail unter deniz.polat@ba-sz.berlin.de bis zum **08.06.2024**.

Die Teilnehmeranzahl ist begrenzt, melden Sie sich schnellstmöglich an, um sich noch einen Platz für unseren Kulturspaziergang zu sichern.

02) Lesung "Auszug - Eine Reisebeschreibung" mit Barbe Maria Linke am 13.06.2024 in der Ingeborg-Drewitz-Bibliothek

Pressemitteilung vom 30.05.2024



Cover des Buches 'Auszug' sowie Porträt der Autorin Barbe Maria Linke.- *Bild: Barbe Maria Linke*

Die Autorin Barbe Maria Linke stellt ihren Roman “Auszug – Eine Reisebeschreibung” vor. Der Roman beschreibt den Lebensweg der Protagonistin Mira Roth, die mit ihrem Mann Carl und ihren Kindern 1983 die DDR als Dissidentin verlassen musste. In Westberlin angekommen, blieb der große Traum, den Exilant*innen aus allen Ländern träumen: Noch einmal in die Heimat zurückzufahren. Kann das gefährliche Ansinnen, die Grenze zu überwinden, gelingen? Mira Roth wagt das Abenteuer, überlistet den Sicherheitsapparat, nimmt die Leser*innen mit zu ihren Freunden. Barbe Maria Linke skizziert Eindrücke des Lebens in der DDR, das auch bunt, vor allem intensiv war. Ein Panorama jener Jahre wird sichtbar. Das Leben in einer Diktatur. Eine Reisebeschreibung äußerer und innerer Landschaften. Ein Roman von bedrückender Aktualität.

Termin: Do., den 13.06.2024 um 18:00 Uhr

Eintritt: frei, um Voranmeldung wird gebeten – telefonisch unter [030 90299 2410](tel:030902992410) oder per E-Mail an veranstaltung@stadtbibliothek-steglitz-zehlendorf.de

Ort: Ingeborg-Drewitz-Bibliothek Steglitz-Zehlendorf, Grunewaldstr. 3, 12165 Berlin

03) Diavortrag: „Berlin gestern und heute - fotografische Bildpaare zur Stadtgeschichte“ am 12.06.2024 im Hans-Söhnker-Haus

Pressemitteilung vom 29.05.2024

Ob am Potsdamer Platz, wo ein ganzes Stadtquartier neu entstanden ist, oder in den Kiezen, deren letzte Baulücken gerade geschlossen werden – das Gesicht der Stadt verändert sich in einem schier atemberaubenden Tempo.

Herausforderung und Passion für den aus Österreich stammenden **Fotografen Gottfried Schenk** (freier Autor und Fotograf, Berlin), den Wandel in Bildpaaren zu dokumentieren, für die er immer wieder dieselben Standorte und Blickwinkel aufsucht.

Nostalgischer Rückblick und optimistische Zukunftsschau zugleich, den der L&H Verlag mit dem Bildband „Berliner Verwandlungen/Changing Berlin“ gewürdigt hat.

Ort: Hans-Söhnker-Haus, Selerweg 18-22, 12169 Berlin, Tel.: [395 014 18](tel:39501418)

Termin: 12.06.2024

Einlass: 14:00 Uhr

Beginn: 15:00 Uhr

Kosten: 2,50 €, zzgl. Kaffeegedeck 3,00 €; Getränke stehen gegen Entgelt für Sie bereit

Telefonische Anmeldung empfohlen.

04) Kursangebot: Smartphone- und Tabletkurs für Anfänger ab dem 03.06.2024 im Bürgertreffpunkt Bahnhof Lichterfelde West

Pressemitteilung vom 21.05.2024

Nutzen Sie die Vorteile von Smartphones und Tablets. Welche Programme haben welche Funktion auf meinem Smartphone bzw. Tablet? Wie installiere und deinstalliere ich Apps? Hilfe zur Selbsthilfe – Wie finde ich selbst eine Lösung? Welche nützlichen Apps gibt es? Welche Einstellungen sind ratsam?

Es werden Grundlagen behandelt sowie weiterführende Themen bearbeitet. Der Kurs richtet sich nach den Bedürfnissen der Teilnehmer/innen und nach deren Anforderungen.

Wir helfen Ihnen: Besser zu verstehen – Besser zu nutzen – Besser sich selbst zu helfen – Besser zu kommunizieren – Besser zu informieren.

Bitte bringen Sie Ihr Smartphone oder ein vorhandenes eigenes Tablet voll aufgeladen mit. Alternativ können Tablets zur Verfügung gestellt werden.

Ort: Bürgertreffpunkt Bahnhof Lichterfelde West, Hans-Sachs-Straße 4 D, 12205 Berlin

Termin: jeden Montag von 15:00 bis 16:30 Uhr

Dauer: 03.06.2024 bis 08.07.2024

Kosten: 36,00 € pro Person für 6 Stunden à 90 Minuten

Anmeldung: Frau Schwerdtner, Tel.: [679 258 79](tel:67925879)

Leitung: Frau Schwerdtner

05) Kursangebote: Smartphones- und Tabletkurse für Anfänger und Fortgeschrittene ab dem 03.06.2024 im Kommunikationszentrum am Ostpreußendamm

Pressemitteilung vom 21.05.2024

Smartphone- & Tabletkurs für Anfänger

Nutzen Sie die Vorteile von Smartphones und Tablets. Welche Programme haben welche Funktion auf meinem Smartphone bzw. Tablet? Wie installiere und deinstalliere ich Apps? Hilfe zur Selbsthilfe – Wie finde ich selbst eine Lösung? Welche nützlichen Apps gibt es? Welche Einstellungen sind ratsam?

Es werden Grundlagen behandelt sowie weiterführende Themen bearbeitet. Der Kurs richtet sich nach den Bedürfnissen der Teilnehmer/innen und nach deren Anforderungen.

Wir helfen Ihnen: Besser zu verstehen – Besser zu nutzen – Besser sich selbst zu helfen – Besser zu kommunizieren – Besser zu informieren.

Bitte bringen Sie Ihr Smartphone oder ein vorhandenes eigenes Tablet voll aufgeladen mit. Alternativ können Tablets zur Verfügung gestellt werden.

Ort: Kommunikationszentrum am Ostpreußendamm 52, 12207 Berlin

Termin: jeden Montag von 10:00 bis 11:00 Uhr

Dauer: 03.06.2024 bis 08.07.2024

Kosten: 24,00 € pro Person für 6 Stunden à 60 Minuten

Anmeldung: Frau Schwerdtner, Tel.: [679 258 79](tel:67925879)

Leitung: Frau Schwerdtner

Smartphone- & Tabletkurs für Fortgeschrittene

In dem Kurs beantworten wir tiefergehende Fragen und es werden weiterführende Themen bearbeitet. Die Inhalte richten sich nach den Bedürfnissen der Teilnehmer/innen und können variieren.

Wir unterstützen Sie dabei: Besser zu verstehen – Besser zu nutzen – Besser sich selbst zu helfen – Besser zu kommunizieren – Besser zu informieren.

Bitte bringen Sie Ihr Smartphone oder Tablet voll aufgeladen mit.

Ort: Kommunikationszentrum am Ostpreußendamm 52, 12207 Berlin

Termin: jeden Montag von 11:15 bis 12:15 Uhr

Dauer: 03.06.2024 bis 08.07.2024

Kosten: 24,00 € pro Person für 6 Stunden à 60 Minuten

Anmeldung: Frau Schwerdtner, Tel.: [679 258 79](tel:67925879)

Leitung: Frau Schwerdtner

06) Bezirksbroschüre 2024 – "Ein Wegweiser durch den Bezirk" ab sofort als Print- und Digitalversion erhältlich



Bild: Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf

Pressemitteilung vom 13.05.2024

Die neue Ausgabe der Bezirksbroschüre für Steglitz-Zehlendorf ist jetzt verfügbar. Unser beliebter „Wegweiser durch den Bezirk“ steht allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern sowohl in einer handlichen Printversion als auch digital als PDF-Datei zur Verfügung. Auf knapp 160 informativen Seiten bietet die Broschüre einen tiefgehenden Einblick in die vielfältigen Facetten des Bezirks und die Tätigkeiten des Bezirksamtes.

Die **Bezirksbürgermeisterin Maren Schellenberg** erläutert in ihrem Vorwort die Besonderheit von Steglitz-Zehlendorf als Ort der Vielfalt und des Kontrasts, von pulsierendem städtischem Leben bis hin zu idyllischen Naherholungsgebieten. „Mit der Bezirksbroschüre 2024 laden wir Sie ein, die Vielfalt unseres Bezirks zu entdecken. Egal, ob Sie sich für die städtebaulichen Projekte, wie die Neugestaltung von Zehlendorf-Mitte oder für die ruhigen Wege entlang unserer Seen und Parks interessieren, diese Broschüre ist Ihr idealer Begleiter durch Steglitz-Zehlendorf.“

Der „Wegweiser durch den Bezirk“ ist **kostenfrei in den Bürgerämtern, allen Rathäusern sowie in den öffentlichen Bibliotheken des Bezirks** verfügbar. Darüber hinaus kann sie über die [Publikationsdatenbank](#) des Bezirks heruntergeladen oder nach Hause bestellt werden.

Eine telefonische Bestellung unter [030/90299-3307](tel:030902993307) ist ebenfalls möglich.

07) Regelmäßige Diskussionsrunde: Wirtschaft-Gesellschaft-Politik im Hans-Söhnker-Haus

Pressemitteilung vom 10.05.2024

Für wen?

- Für alle, die sich gern über Themen wie z. B. Politik in Berlin austauschen möchten.
- Für alle, die über aktuelle Geschehnisse in unserer Gesellschaft diskutieren wollen.
- Für alle, die gern nachdenken und Interesse am Zeitgeschehen haben.

Bisherige Themen waren z. B.:

- Berliner Politik – das 100 Tage Programm
- Aktuelles aus Bezirks- und Landesebene
- Berliner Politik – eine Zufriedenheitsgarantie?

Zum Einstieg werden Informationen bereitgestellt.

Vorkenntnisse sind nicht erforderlich.

Ort: Hans-Söhnker-Haus, Selerweg 18-22, 12169 Berlin, Tel.: [395 014 18](tel:39501418)

Termin: **jeden 2.+4. Freitag von 14:00 bis 15:30 Uhr**

Beginn: ab sofort

Kosten: 5,00 € pro Person á 90 min

Anmeldung: Frau Wieck Tel.: [795 61 31](tel:7956131) (AB) oder Frau Knobloch, Tel.: [395 014 18](tel:39501418)

Dozentin: Frau Wieck

08) Das Heimatmuseum Zehlendorf informiert über ihr neues Heft der Zehlendorfer Chronik

Pressemitteilung vom 07.05.2024

Die Geschichte der Erschließung und Bebauung der letzten größeren Baulandreserve Zehlendorfs, des Gebiets Düppel-Nord, in den 1960er-Jahren ist geprägt von den politischen Bedingungen im damaligen West-Berlin. Der Berliner Senat und die Bezirksverwaltung, die US-amerikanische Schutzmacht und eine Bürgerinitiative – alle versuchten ihre Interessen durchzusetzen. **Das Chronik-Heft über Düppel-Nord stellt die Zusammenhänge und den zeitlichen Ablauf der Planung und des Baugeschehens dar.**

Geschichtsbeladen ist auch die frühe Nachkriegszeit dieser Fläche. Auf dem 266.000 Quadratmeter großen Areal standen seit 1942 fast siebzig Bürobaracken des Oberkommandos des Heeres. Im Januar 1946 richtete die US-amerikanische Militärregierung mit Hilfe der United Nations Relief and Rehabilitation Administration (UNRRA) dort ein Auffanglager für die im Verwaltungsendglossar genannten displaced persons, abgekürzt DP, ein. **Der zeitliche Rückblick in dieser Zehlendorfer Chronik geht bis zur Siedlungsgeschichte der Kolonie Neu-Zehlendorf, auch Hubertshäuser genannt, am Ende des 18. Jahrhunderts.**

Der Autor Klaus-Peter Laschinsky ist ein herausragender Kenner der Zehlendorfer Geschichte. Mit zahlreichen Veröffentlichungen hat er immer wieder seine heimatkundliche

Seite C 18 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Kompetenz gezeigt. Der Heimatverein Zehlendorf dankt ihm für diese lesenswerte Ausarbeitung.

Das neue Chronik-Heft ist gegen eine Schutzgebühr von 3 Euro im Heimatmuseum Zehlendorf, Clayallee 355, erhältlich, immer mittwochs und sonntags von 11 bis 15 Uhr und donnerstags von 15 bis 18 Uhr. Das Heft kann auch über info@heimatmuseum-zehlendorf.de oder Telefon [030-802 24 41](tel:030-8022441) bestellt werden.

Weitere Informationen und Fragen: print@heimatmuseum-zehlendorf.de

Tempelhof - Schöneberg (Seiten C 15 - C 17)

Pressestelle

[John-F.-Kennedy-Platz](#)
[10825 Berlin](#)

Telefon: (030) 90277-6281

pressestelle@ba-ts.berlin.de

01) Zu Besuch bei innovativen Medienunternehmen in Schöneberg

Pressemitteilung Nr. 175 vom 21.05.2024

Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann besuchte am 14. Mai 2024 gemeinsam mit der bezirklichen Wirtschaftsförderung vier herausragende Unternehmen der Medienbranche an der Bülowstraße 66 in Schöneberg. Die Unternehmen Tamschick Media GmbH, Gaumont Germany, Wave Line und Koi Music beeindruckten durch ihre innovativen Projekte und ihre bedeutende Rolle in der kreativen Landschaft Berlins.



Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann zeigte sich beeindruckt von der Kreativität und dem Engagement der Unternehmen:

“Es ist inspirierend zu sehen, wie diese Firmen mit ihrem innovativen Geist die Medienlandschaft bereichern und dabei die kulturelle Vielfalt Berlins widerspiegeln. Die Bülowstraße 66 ist ein leuchtendes Beispiel dafür, wie ein Standort zu einem kreativen Knotenpunkt werden kann, der weit über die Stadtgrenzen hinausstrahlt.”

Tamschick Media GmbH ist bekannt für ihre eindrucksvollen Multimedialösungen und Installationen. Das Unternehmen arbeitet an Projekten, die weltweit Beachtung finden, darunter interaktive Ausstellungen und immersive Erlebnisse in Museen und kulturellen Einrichtungen. Eines ihrer aktuellen Projekte ist eine atemberaubende multimediale Ausstellung in Gizeh, Ägypten. Diese Ausstellung nutzt modernste Technologien, um die Geschichte und Kultur des antiken Ägyptens auf eine universelle Weise zu präsentieren. Besucher werden durch spektakuläre Projektionen und interaktive Erlebnisse in die Zeit der Pharaonen zurückversetzt und können die Pyramiden von Gizeh in einer völlig neuen Dimension erleben.

Gaumont Germany, die deutsche Niederlassung der ältesten Filmproduktionsgesellschaft der Welt, Gaumont, produziert hochwertige Serien und Filme für den internationalen Markt. Aktuell arbeitet das Team an einer neuen Serie, die die Vielfalt Berlins in den Mittelpunkt stellt und voraussichtlich Ende des Jahres Premiere feiern wird.

Wave Line ist ein führendes Postproduktionsstudio, das sich auf innovative Audiotechnologien spezialisiert hat. Das Unternehmen arbeitet mit namhaften Regisseuren und Produzenten zusammen, um erstklassige Sounddesigns und Mixe für Film, Fernsehen und digitale Medien zu schaffen.

Koi Music ist eine aufstrebende Musikproduktionsfirma, die sich auf die Förderung junger Talente und die Produktion von Soundtracks für verschiedene Medienprojekte konzentriert. Ihr neuestes Projekt, ein Soundtrack für eine international anerkannte Dokumentation, wird in den kommenden Monaten veröffentlicht.

Der Besuch unterstreicht die Bedeutung der Medienbranche für die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung des Bezirks und zeigt die Unterstützung des Bezirksamts für Kreativschaffende.

02) Gemeinschaftsgarten für Geflüchtete in Schöneberg eingeweiht



Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann (Erster von rechts) und Bezirksstadträtin Dr. Saskia Ellenbeck (Vierte von links) bei der feierlichen Eröffnung des Gemeinschaftsgartens für Geflüchtete des Schöneberg hilft e.V.

Pressemitteilung Nr. 174 vom 21.05.2024

Bezirksbürgermeister und Bezirksstadträtin danken allen Beteiligten für ihr Engagement

Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann und Bezirksstadträtin Dr. Saskia Ellenbeck haben einen Gemeinschaftsgarten für Geflüchtete des Schöneberg hilft e.V. eröffnet. Der Garten liegt in der Kolonie „Grüne Aue“ im Schöneberger Südgelände und ist knapp 200 Quadratmeter groß. Der Bezirksbürgermeister bedankte sich bei Henry Dinter, dem Vorsitzenden der Kolonie, der für sein herausragendes ehrenamtliches Engagement bereits die Verdienstmedaille von Tempelhof-Schöneberg erhalten hat.

Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann:

“Mein herzlicher Dank gilt neben den hier tätigen Gärtnern natürlich auch dem Verein Schöneberg hilft e.V., der das Garten-Projekt umsetzt, sowie der Grazer-Platz Initiative, die das Garten-Projekt unterstützt. Kleingartenkolonien sind Orte der Stadtökologie und der Begegnung. Ich freue mich, dass wir in der Kolonie Grüne Aue einen Anlaufpunkt für Menschen schaffen können, die in Berlin Frieden und Freiheit finden wollen. Ihnen bietet sich die Möglichkeit, eine friedliche Normalität zu erleben und Resilienz wieder zu erlernen.”

Dr. Saskia Ellenbeck, Bezirksstadträtin für Ordnung, Straßen, Grünflächen, Umwelt und Naturschutz:

“Kleingärten bieten vielen Menschen Erholung vom städtischen Alltag und sind wichtiger Teil unserer Stadtnatur. Über den Gartenzaun hinweg entstehen Freundschaften und das soziale Miteinander wird gefördert. Mit der Verpachtung einer Kleingartenparzelle als

Seite C 22 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Gemeinschaftsgärten an die Initiative „Schöneberg hilft“ gehen wir auch im Kleingartenwesen neue Wege, um mehr Menschen den Zugang zu Kleingärten zu öffnen und die Integration in die umliegenden Kieze zu fördern. Ich danke allen Beteiligten für die wunderbare Kooperation.“

Anne-Marie Braun (Schöneberg-hilft e.V.):

“Zwischen Zucchini, Gurke und co. lässt sich am besten Deutsch lernen und Integration leben. Um geflüchteten Menschen eine Abwechslung im Alltag, Ablenkung von traumatischen Erfahrungen und Raum zum Gärtnern zu geben, haben wir diesen Gemeinschaftsgarten gegründet. Mein besonderer Dank gilt allen Beteiligten, die dies ermöglicht haben und insbesondere der Gruppe UKTAK, die maßgeblich an der Umsetzung beteiligt ist.“

Die Kosten für die Pacht und Gebühren werden von den Preisgeldern des Werner Orłowsky-Preises gezahlt, den Schöneberg-hilft e.V. von der Stiftung Leben in Berlin überreicht bekommen hat.



03) Erste „Lange Woche der Kiezgeschichte“

Pressemitteilung Nr. 169 vom 15.05.2024

Unter dem Motto „Stadt im Wandel“

Vom 25. Mai bis zum 2. Juni 2024 findet erstmalig und in allen zwölf Berliner Bezirken die „Lange Woche der Kiezgeschichte“ statt.

Lange Woche der Kiezgeschichte

25. Mai bis 2. Juni 2024



Bild: studio lindhorst-emme+hinrichs

Das **Programm-Heft** mit den Veranstaltungen in allen 12 Bezirken zur Langen Woche der Kiezgeschichte liegt ab sofort u.a. in den Museen Tempelhof-Schöneberg und in vielen bezirklichen Einrichtungen aus und ist auf der [Webseite der Museen Tempelhof-Schöneberg](#) erhältlich.

Das gemeinsam vom Arbeitskreis der Berliner Regionalmuseen organisierte Projekt bietet berlinweit 30 Stadtrundgänge, Gespräche, Fahrradtouren und Audio-Walks. Unter dem diesjährigen Motto „Stadt im Wandel“ lädt ein abwechslungsreiches Programm dazu ein, die unbekannteren und ungewöhnlichen Seiten der Berliner Geschichte zu entdecken. Alle sind

Seite C 24 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

willkommen, den eigenen Kiez neu zu sehen, etwas über den benachbarten Kiez zu erfahren und vor allem sich über alte und neue Perspektiven auf diese sich ständig verändernde Stadt auszutauschen.

Alle Veranstaltungen der „Langen Woche der Kiezgeschichte“ sind kostenfrei!
Ein Projekt des Arbeitskreises Berliner Regionalmuseen (ABR).
Ein Teil von „Draussenstadt“.

04) Tempelhof-Schöneberg begrüßt mehr als 200 Jugendliche aus den Partnerstädten

Pressemitteilung Nr. 168 vom 15.05.2024

„Freundschaft durch Fußball!“ – Bei einem internationalen Fußballturnier werden neue Freundschaften geschlossen und bestehende vertieft

„Freundschaft durch Fußball!“ – das ist das Motto des internationalen Jugendturniers, zu dem Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann Teams aus den 14 Partnerstädten des Bezirks Tempelhof-Schöneberg eingeladen hat. Der erste Anpfiff ertönt am Samstag um 10:00 Uhr auf dem Dominicus-Sportplatz.

**Sonnabend, 18. Mai 2024 von 10:00 bis ca. 16:45 Uhr Gruppenspiele
und
Sonntag, 19. Mai 2024 von 10:00 bis ca. 13:00 Uhr Finalspiele**

Dominicus-Sportplatz, Priesterweg 3, 10829 Berlin

Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann:

“Zum ersten Mal haben wir Jugendliche aus allen unseren Partnerstädten zu einem großen Turnier eingeladen. Jede Partnerstadt war eingeladen mit jeweils einem Mädchen- und einem Jungenteam anzutreten. Wir wollen die gemeinsamen Tage aber auch nutzen, um miteinander ins Gespräch zu kommen, uns kennenzulernen, neue Freundschaften zu schließen und bestehende zu vertiefen.”

Begrüßt werden über 200 Fußballer unter anderem aus Ahlen, Amstelveen, Bad Kreuznach, Köslin/Koszalin, Paderborn, dem Landkreis Teltow-Fläming und dem Werra-Meißner-Kreis.

Den Abschluss des Turnierwochenendes am Sonntag bildet das zusätzliche Spiel „Tempelhof-Schöneberg gegen Tempelhof-Schöneberg Friends“ zwischen Vertretern aus Politik und Verwaltung Tempelhof-Schönebergs und den offiziellen Gästen aus den Partnerstädten. Für Tempelhof-Schöneberg spielen neben anderen Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann, Tobias Dollase, Bezirksstadtrat für Schule, Sport, Weiterbildung und Kultur, und Stefan Böltes, Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung.

Mit Unterstützung des Bezirkssportbundes, des evangelischen Kirchenkreises Tempelhof-Schöneberg, des FC Internationale, des TSV Mariendorf, der DLRG Tempelhof sowie des Sportamts, des Ehrenamtsbüros und der Wirtschaftsförderung Tempelhof-Schöneberg wird das Pfingstturnier dazu beitragen, die Zusammenarbeit der Städtepartner zu vertiefen und weiterzuentwickeln.

05) Natur- und Umweltbildung im Bezirk Tempelhof-Schöneberg

Pressemitteilung Nr. 153 vom 08.05.2024

Neue Ausstellung in der Volkshochschule am Barbarossaplatz

Die Natur- und Umweltbildung im Bezirk Tempelhof-Schöneberg ist vielfältig und breit aufgestellt. In einer Ausstellung, die ab 14. Mai in der Volkshochschule am Barbarossaplatz gezeigt wird, kann man einen anregenden Überblick über die interessanten und bunten Aktivitäten der verschiedenen Akteure im Bezirk gewinnen. Vom Kinderbauernhof bis hin zum Recycling alter Fahrräder, von Klimazirkus bis zu den Stadtnatur-Rangern reicht die Palette, die für alle Altersklassen Lern- und Betätigungsmöglichkeiten bereithält.

14. Mai bis 28. Juni 2024

**Albert-Einstein-Volkshochschule, 1. Obergeschoss
Barbarossaplatz 5, 10781 Berlin**

**Montag bis Freitag von 8:30 bis 21:30 Uhr
Samstag und Sonntag von 9:30 bis 17:00 Uhr**

Der Eintritt ist frei.

Die Koordinierungsstelle Natur- und Umweltbildung des Bezirks, die diese Ausstellung initiiert und ermöglicht hat, vernetzt die Akteure der Natur- und Umweltbildung, bündelt den Informationsfluss und macht die Breite des Bildungsangebotes im Bezirk sichtbar. In Abstimmung mit dem Amt für Umwelt- und Naturschutz katalysiert sie gemeinsame Aktionen und neue Projekte. Sie fördert die ressortübergreifende Zusammenarbeit der Ämter und ihrer Einrichtungen und ist Schnittstelle für den Austausch über Bezirksgrenzen und für Abstimmungen auf Berliner Ebene. Ermöglicht wird dies durch eine Förderung der Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz.

06) Presseeinladung: Eröffnung des Gemeinschaftsgartens für Geflüchtete im Schöneberger Südgelände und Verleihung des Werner Orlowsky-Preises für Schöneberg hilft e.V.

Pressemitteilung Nr. 151 vom 08.05.2024

Zur Eröffnung des Gemeinschaftsgartens für Geflüchtete von Schöneberg hilft e.V. auf einer Parzelle in der Kolonie Grüne Aue sowie zur Feier der Verleihung des Werner Orlowsky-Preises laden die beteiligten Akteure und das Bezirksamt alle Interessierten herzlich ein.

Erste Arbeiten im Kleingarten sind bereits erledigt. Rote Beete, Zucchini und Kürbis wachsen bereits fleißig. Mit FEIN-Mitteln (Freiwilliges Engagement In Nachbarschaften) des Bezirksamtes wurden Beete angelegt und ein Gemeinschafts-Pavillon gebaut. Alles ist Startklar im Gemeinschaftsgarten für Geflüchtete von Schöneberg hilft e.V.

Seite C 26 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Freitag, 17. Mai 2024 um 12:00 Uhr

**in der Kleingartenkolonie Grüne Aue
Eingang Grazer Platz/Riemenschneiderweg (Bitte der Beschilderung folgen.)**

Während des Termins wird das Projekt durch Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann, Bezirksstadträtin Dr. Saskia Ellenbeck und weitere Akteure vorgestellt.

Der Gemeinschaftsgarten von Schöneberg hilft e.V. befindet sich in der Kleingartenkolonie Grüne Aue, eine Kolonie des Bezirksverbandes Schöneberg-Friedenau e.V., und wird finanziert durch die Gelder vom Werner Orłowsky-Preis. Schöneberg hilft e.V. hat den Werner Orłowsky Preis von der Stiftung Leben in Berlin erhalten, um Begegnungsstätten für Neuberliner_innen und der Aufnahmegesellschaft zu schaffen.

01) Schöneberger Nachbarschaftsfest mit Landsmannschaft Schlesien

Nach vielen Jahren Abwesenheit zeigten sich die Berliner Schlesier am Sonnabend, dem 01. Juni 2024, erfolgreich beim Nachbarschaftstreffen vor dem Rathaus Schöneberg. Der Bezirk Tempelhof-Schöneberg hat die Patenschaft zur Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien, Landesgruppe Berlin-Brandenburg. Alt-Vorsitzender Wolfgang Liebehenschel hatte eine kleine Mannschaft vor Ort: Frau Nadine Diana Haberland, Armin Brenker und Dr. Joachim Weinert. Auch der Landesvorsitzende der Landsmannschaft Westpreußen e. V. war die ganze Zeit dabei, das Rathaus war seine letzte Arbeitsstätte vor dem Ruhestand, zudem riefen ihn seine väterlichen, schlesischen Saganer Wurzeln.

Es gab am Stand viele Begegnungen und Gespräche mit Menschen schlesischer Herkunft. Schlesischer Streuselkuchen, Stonsdorfer und schlesische Fähnchen weckten viel Sympathie. Ein besonderes Interesse fand jedoch die an der Rückwand des Standes aufgehängte Karte von Schlesien! Ein echter Heuler!



Frau Haberland und – vorn - die Herren Hanke und Dr. Weinert.- Aufnahme W. Liebehenschel

02) Der Gewinner des Fotowettbewerbs steht fest: Norbert Zumdiek gewinnt Fotowettbewerb des Westpreußischen Landesmuseums in Warendorf

Der Gewinner des Fotowettbewerbs steht fest

Norbert Zumdiek gewinnt Fotowettbewerb des Westpreußischen Landesmuseums

Erstmals seit seinem Bestehen in Warendorf richtete das Westpreußische Landesmuseum (WLM) zusammen mit dem Kulturreferat für Westpreußen einen Fotowettbewerb aus, der sich an die Bürger des Kreises richtete. In Anlehnung an die aktuelle Sonderausstellung „Die Einwohner der Marienburg aus der Sicht der ersten Fotografen“, waren Hobbyfotografen sowie professionelle Künstler aufgerufen ein eigenes Foto einzureichen. Gesucht wurden Bilder, die getreu dem Motto „Gestern im Heute“ den historischen Kern der Stadt Warendorf in aktuellem, modernem Kontext abbilden. Eine professionelle Jury **Laurenz Sandmann** (Altstadtfreunde), **Manfred Kronenberg** (Kunstverein), **Katharina Kaup** (WLM)) bewertete die Arbeiten nach Kreativität, Idee, Bildkomposition und Bezug zum Thema. Insgesamt 28 fotografischen Arbeiten wurden eingereicht. Diese zeigten nicht nur unterschiedliche Motive in hoher Qualität, sondern auch verschiedene Darstellungsarten, Bildideen und technische Umsetzungen.

Gewinner des Fotowettbewerbs: Norbert Zumdiek mit „Tradition und Vision“

Bei der Preisverleihung am Sonntag den 28.04. im Westpreußischen Landesmuseum wurde schließlich der Gewinner feierlich bekanntgegeben: **Norbert Zumdiek** hat mit seiner vierteiligen Fotoserie „Tradition & Vision den ersten Platz belegt. Zumdiek zeigt in seiner Fotoserie einzigartige Ein- und Anblicke auf sein ganz persönliches Warendorf. Die Bilder zeigen vier unterschiedliche Winkel und Objekte, die nicht nur die Geschichte der Warendorfer Altstadt bezeugen, sondern auch den Wandel, den die Stadt im Laufe ihrer Vergangenheit durchlebt hat. Die Finesse und der Blick fürs Detail haben die Jury ausnahmslos überzeugt.

Auch ein zweiter Platz wurde benannt: Diesen belegte **Maico Westerwald** mit seinen zwei Fotografien „Kirche bei Nacht“ und „Geschichtsträchtige Gasse“. Er beeindruckte die Jury durch seine technisch-künstlerisch versierte Umsetzung der beiden Motive bei Nacht. Den dritten Platz teilten sich dann **Christina Lieschke** mit ihrer Arbeit „Blick nach vorne“, **Wilfried Möller** mit seiner Serie „Gespiegelte Ansichten“ und Jan Krieff mit „Fassadenwerbung“.

Die Preisverleihung und gleichzeitige Eröffnungsfeier war nicht nur Grund für die Teilnehmer des Wettbewerbs ins Museum zu kommen. Auch zahlreiche Besucher ließen sich dieses Event nicht entgehen, sodass der Ausstellungsraum mit einer Gesamtanzahl von 50 Personen vollbesetzt war. Nach diesem Erfolg ist klar: Der diesjährige

Seite C 29 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Fotowettbewerb „Augenblitze: Gestern im Heute“ kann als Auftaktveranstaltung verstanden werden für weitere Wettbewerbe, die das Landesmuseum in Zukunft ausschreiben möchte.

Die Ausstellung aller eingereichten Fotografien wird bis zum 21. Juli 2024 im Westpreußischen Landesmuseum (Klosterstraße 21, 48231 Warendorf) zu sehen sein. Die Fotografien der Gewinner werden darüber hinaus noch ein Jahr im Museum präsentiert.

Westpreußisches Landesmuseum

Klosterstraße 21
48231 Warendorf
+49 2581 92 777 0

westpreussisches-landesmuseum.de

Copyright © 2023 Westpreussisches Landesmuseum, All rights reserved.
Dieser Newsletter wird Ihnen ausschließlich mit Ihrem Einverständnis zugesandt.

03) Erinnerung nicht einfach „wegstreichen“. CDU-Chef Friedrich Merz kritisiert Regierung und dankt den Vertriebenen

DDU 2 | 2024

POLITIK

Erinnerung nicht einfach „wegstreichen“

CDU-Chef Friedrich Merz kritisiert Regierung und dankt den Vertriebenen

Der Jahresempfang 2024 des Bundes der Vertriebenen (BdV) fand am 9. April in Berlin statt. Im Kalender des Bundes der Vertriebenen nimmt diese Veranstaltung bereits seit vielen Jahren einen festen Platz ein. Nicht nur als „kleine Bühne“ des Verbandes, wie Präsident Dr. Bernd Fabritius in Abgrenzung zur „großen Bühne“ des Tages der Heimat schmunzelnd anmerkte, sondern auch als wichtige Gelegenheit des Austausches von Vertretern der Vertriebenen mit Politik, Kultur, Kirchen und Wissenschaft. Dass dem Hauptredner dabei besondere Aufmerksamkeit zukommt, ist seit den Tagen von Angela Merkel eine Selbstverständlichkeit. Sie besuchte die Veranstaltung als Oppositionsführerin und später als Bundeskanzlerin insgesamt 15 Mal. Im vergangenen Jahr folgte Bundeskanzler Olaf Scholz dem Beispiel seiner Vorgängerin, in diesem Jahr war es der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag und Vorsitzende der CDU Deutschlands, Friedrich Merz, der den Vertriebenen seine Aufwartung machte.



Herzliche Begrüßung am Auto: BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius heißt den Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Friedrich Merz willkommen.

Der CDU-Chef nutzte die Gelegenheit, an Leiden und Verluste der Vertriebenen, aber auch an den Mut der Aussiedler und Spätaussiedler zum Neubeginn zu erinnern. Zugleich dankte er für die Aufbauleistung: „Wir blicken in großer Dankbarkeit zurück auf die Aufbauleistungen, die Sie in Deutschland erbracht haben, geprägt von Ihrem festen Willen zur Versöhnung und zum friedlichen Miteinander.“

Kein Thema für die Geschichtsbücher

Merz erinnerte an die Charta der deutschen Heimatvertriebenen und betonte in besonderer Weise ihre Aktualität. Deutlich hob er dabei Auswirkungen des russischen Überfalls auf die Ukraine für die deutsche Minderheit sowohl in der Ukraine wie auch in Russland hervor. Hier sei durch die Vertriebenenverbände und die Minderheitenorganisationen in Polen, in Rumänien, in der Slowakei und in Ungarn in beispielhaft schneller Weise Hilfe organisiert worden. Er erinnerte aber auch an die etwa 100.000 Israelis, die aufgrund der Bedrohung durch Hamas und Hisbollah im Norden des Landes evakuiert worden seien und „innerhalb kürzester Zeit ihr Zuhause, ihre Gemeinschaften und ihre Lebensgrundlage“ verloren hätten. Auch im Gazastreifen machten viele Menschen die Erfahrung von Flucht und Vertreibung, wenn auch aus anderen Gründen. Diese Beispiele aus unserer Zeit erinnerten uns schmerzlich daran: „Flucht und Vertreibung sind – auch in Europa und in der europäischen Nachbarschaft – kein Thema für Geschichtsbücher.“

Ein weiteres Themenfeld widmete der CDU-Vorsitzende dem

Bund der Vertriebenen als Verband. Merz dankte für die Versöhnungsarbeit, denn „ohne Ihr Bemühen um Verständigung und Ausgleich, und ohne Ihren – ja, ich möchte es wirklich so ausdrücken – Großmut anzuerkennen, dass die alte Heimat mittlerweile auch Heimat für andere Menschen geworden ist, ohne diese Arbeit wäre die Versöhnung mit unseren östlichen Nachbarn nicht möglich gewesen.“ Und er fügte ein bewegendes persönliches Erlebnis an: „Als ich 1974 das erste Mal mit meinen Eltern in der alten Heimat meines Vaters war, in der Nähe von Breslau, war ein Schulfreund meines Vaters dabei, der auf einem kleinen Bauernhof in der Nähe von Breslau großgeworden ist. Er hatte mit der Familie, die dort in der Zwischenzeit wohnte, vorher Kontakt aufgenommen. Wir haben diese Familie besucht, mit einem Dolmetscher, weil sie Polnisch sprach. Und in dem Augenblick, wo der alte Schlüssel, den der Freund meines Vaters dabei hatte, noch in das Schloss des Hauses passte, und die Tür sich öffnen ließ mit diesem alten Schlüssel, war das Eis gebrochen mit der polnischen Familie, und es gab einen ausgesprochen angenehmen, auch getränkereichen Abend in diesem alten Haus der Familie.“

Die Tore nach Deutschland müssen offen bleiben

Unter großem Beifall äußerte Friedrich Merz sich zu besonderen Anliegen der Spätaussiedler und forderte von der Bundesregierung, die Gesetzesänderung zur Aufnahmepraxis von Spätaussiedlern aus dem November 2023 endlich in eine Rechtsverordnung umzusetzen. Ausdrücklich betonte er, dass die Tore nach Deutschland für unsere Landsleute offenbleiben



Zahlreiche Ehrengäste aus Politik, Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft nutzen den Jahresempfang regelmäßig, um sich auszutauschen. Die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Dorothee Bär (M. linkes Bild) und Andrea Lindhol (2.v.r. rechtes Bild) sind immer wieder gern gesehene Gäste des Jahresempfangs.

müssen. „Wir haben im November des letzten Jahres einen Kongress der Bundestagsfraktion dazu gemacht, das Motto lautete ‚Bleibt das Tor offen‘ – Fragezeichen. Ich habe gesagt ‚das Tor bleibt offen‘ – Ausrufezeichen! Und das möchte hier noch einmal wiederholen. Wir stehen dafür ein, auch weiterhin Spätaussiedler aufzunehmen.“ Auch die Härtefallregelung im Rentenbereich sprach Merz an und gestand ein, dass eine rentenrechtliche Gleichstellung ausstehe und versprach, das als Ansporn für die Zukunft zu verstehen: „Meine Fraktion und ich werden uns weiterhin dafür einsetzen, die Benachteiligungen der Aussiedler und Spätaussiedler bei den Renten zu beseitigen.“

Erinnerung nicht einfach „wegstreichen“

Er kritisierte, dass unter Staatsministerin Claudia Roth aus dem Namen des Oldenburger „Bundesinstituts für Geschichte und Kultur der Deutschen im östlichen Europa“ das Wort „der Deutschen“ gestrichen wurde. Dies sei ein deutliches Zeichen für die Missachtung der deutschen Geschichte und Kultur, das der Erinnerung und der Würdigung von Kultur und Geschichte der Deutschen im Osten Europas deutlich entgegenstehe. Diese Erinnerung dürfe nicht einfach weggestrichen werden. Positiv bewerte Merz die Veränderungen im Verhältnis zu den östlichen Nachbarn. Mit Donald Tusk hätten die Polen einen Ministerpräsidenten gewählt, der die Bedeutung der deutsch-polnischen Beziehungen erkannt habe. Der deutsch-polnische Freundschaftsvertrag müsse auf beiden Seiten der Grenze mit Leben erfüllt werden. Dazu gehöre auch, dass die Kürzungen beim muttersprachlichen Deutschunterricht für Angehörige der deutschen Minderheit zurückgenommen würden.

Die Jahresempfänge des BdV seien – so hatte Merz seine Ansprache begonnen – „geprägt von Verständigung, Erinnerung, Wertschätzung und der Hoffnung auf eine gemeinsame europäische Zukunft in Freiheit und Frieden“. Er verband dies am Schluss seiner mit großem Beifall aufgenommenen Wor-

te mit einem herzlichen Wort des Dankes für „ein Engagement, das im Zeichen der Völkerverständigung, der Freiheit, des Friedens steht und der Sicherheit, auf dem diesem Teil des Kontinents Europa, in dem wir das unglaubliche Glück haben, heute zu leben.“

Verlässliche Arbeit von Vertriebenen und Spätaussiedlern

In seinen Begrüßungsworten hatte BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius die Gelegenheit genutzt, Friedrich Merz, der im Kreise zahlreicher Abgeordneten des Deutschen Bundestages zum Jahresempfang gekommen war, die Arbeit und das Selbstverständnis des BdV vorzustellen.

Mit dem Statement „Es ist unser Verband!“ leitete Fabritius den Blick auf die verlässliche Arbeit, die Vertriebene und Spätaussiedler seit Jahrzehnten ehrenamtlich erbringen. Er betonte, dass der BdV über diese Arbeit hinaus sinnbildlich für einige Mosaiksteine gesamtdeutscher Geschichte gehöre. „Wir stehen für die deutschen Landsleute, die Flucht und Vertreibung erleiden mussten“, so Fabritius. „Wir tragen ihr Erbe weiter und kämpfen dafür, dass auch Kultur und Geschichte der Heimatvertriebenen den ihr zustehenden Platz im heutigen Deutschland einnehmen dürfen.“ Er mahnte ein „verantwortungsbewusstes Erinnern und Anerkennen von Flucht und Vertreibung als bittere Zeit mit bitteren Folgen“ an. Dies dürfe nicht „stillschweigend dem Zeitgeist selektiver historischer Wahrnehmung geopfert werden“.

Man stehe für die versöhnliche, ausgestreckte Hand in Richtung der damaligen Vertreterstaaten, mit denen man heute in „bester Nachbarschaft unter dem europäischen Dach als Freunde vereint“ sei und mit deren Menschen man seit Jahrzehnten „haltbare Fäden der Freundschaft und der Verständigung“ geknüpft habe. Fabritius verband den Gedanken der Völkerverständigung mit ein paar Überlegungen zum Thema Heimat. Diese sei etwas ganz Besonderes, sie sei nicht ausgrenzend, sie sei schützenswert. Der Appell schloss den Kreis:



© BfV/Rundbrief

„Die Jahresempfänge des BdV sind geprägt von Verständigung, Erinnerung, Wertschätzung und der Hoffnung auf eine gemeinsame europäische Zukunft in Freiheit und Frieden“: So hatte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Vorsitzende der CDU Deutschlands, Friedrich Merz, seine Ansprache vor rund 300 Gästen eröffnet.

„Deswegen rufen wir als BdV dazu auf, Vertreibungen weltweit zu ächten – und möglichst strafbewehrt zu verbieten.“

Verschlechterte kulturpolitische Rahmenbedingungen

Die Beschäftigung mit der Kulturarbeit der Vertriebenenverbände nahm einen breiten Raum ein. Fabritius zeigte sich äußerst besorgt über die derzeitigen kulturpolitischen Rahmenbedingungen, die sowohl die kulturelle Basisarbeit erschwerten und auf ein Minimum reduzierten als auch die bundesweiten, großen Initiativen ausbremsten. „Das kulturelle Erbe der deutschen Vertriebenen und den Heimatverbliebenen, von denen ich spreche, ist Teil des gesamtdeutschen Kulturguts“, stellte er unmissverständlich klar. Es müsse „Schluss sein mit einer Politik der Kulturförderung, die unsensibel, unhistorisch und oft ideologisch agiert“. Er erwarte „eine Zusage nachhaltiger Unterstützung auch der Kulturarbeit auf sämtlichen Ebenen“.

Am Beispiel der Kulturstiftung der Vertriebenen zeigte er auf, wie drastisch sich schlechte Förderpolitik auswirken kann. Eine Einstellung der Förderung zum Ende des laufenden Jahres ordnete Fabritius ein als „Schlag ins Gesicht der kulturellen und wissenschaftlichen Eigeninitiativen, die von uns selbst und im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben geleistet werden“. Es sei eine existenzielle Frage, da die Schließung der Stiftung drohe. Fabritius appellierte an die Unionsfraktion, „sich mit dem ganzen Gewicht Ihrer Fraktion gegen die Einstellung dieser Förderung durch den Bund“ zu stellen.

Ebenfalls deutliche Kritik äußerte er zum Entwurf des neuen „Rahmenkonzeptes Erinnerungskultur“ der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien. Man müsse „dafür kämpfen, dass unsere Geschichte, unsere kollektive Biografie, und unser kollektives Vermächtnis seinen Platz in unserer und in der europäischen Erinnerungskultur behält und nicht in eine neuzeitliche und ideologisch bereinigte, ‚von Mobilität und Migration geprägte Einwanderungsgesellschaft‘ assim-

liert“ werde. Da gehörten Flucht und Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg samt aller Begleitasperte nicht hinein.

Deutschland laufe grundsätzlich Gefahr, „seine Geschichte höchst schlagseitig zu definieren“ und entblättere sich „dabei jeder Glaubwürdigkeit“. Auch in diesem Jahr nahm Fabritius sich die Zeit, aus den Reihen der Gäste zahlreiche Persönlichkeiten namentlich zu begrüßen. „Unser Jahresempfang dient ganz zuerst der Begegnung und dem Austausch“, stellte er gleich zu Beginn fest – sodass die Begrüßung vielen Teilnehmern auch dafür diente, bekannte Namen den zugehörigen Gesichtern zuzuordnen.

Zahlreiche Gäste aus der Politik...

Bei der starken Delegation der CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten, darunter die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Dorothee Bär (CSU) und Andrea Lindholz (CDU) sowie der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten Christoph de Vries, die Fabritius alle namentlich begrüßte, ergänzte er unter Applaus, dass Heimatvertriebene für die Union „schon nach ihrem Grundsatzprogramm ein selbstverständlicher Teil der deutschen Geschichte und Gegenwart und unserer politischen Landschaft“ seien. Ausdrücklich dankte er den Abgeordneten für die beständige Verbundenheit zum BdV und seinen Gliederungen sowie den Heimatverbliebenen in den östlichen Nachbarländern. Fabritius sprach auch von der hohen „Sensibilität in Bezug auf die massiven Probleme unserer russlanddeutschen Landsleute aus allen Staaten der ehemaligen Sowjetunion“, die sich bei der Union immer wieder zeige. „Gleiches gilt für alle unterstützten Maßnahmen zur Bekämpfung der personenspezifischen Altersarmut der Aussiedler und Spätaussiedler, die durch rechtliche Benachteiligungen in der Vergangenheit entstanden sind“, so Fabritius weiter. Der BdV setze sich nach wie vor dafür ein, „diese zutiefst ungerechten Benachteiligungen von Aussiedlern und Spätaussiedlern im Rentenrecht

durch lange überfällige Anpassungen des Fremdrentengesetzes zu beseitigen und damit Altersarmut zu verhindern". Abschließend lud Fabritius Friedrich Merz als Festredner zum Tag der Heimat 2025 ein. Es sei ein besonderer Anlass, da man 75 Jahre Charta der Heimatvertriebenen feiere.

Die Abgeordneten der SPD und der FDP aus Bundestag und Landesparlamenten begrüßte Fabritius ebenfalls namentlich. Er bedauerte, keine Vertreter der Bündnisgrünen unter den Teilnehmern zu sehen. Man suche als Verband „stets den Dialog mit allen demokratischen Parteien“, da man den überparteilichen Auftrag ernst nehme. Fabritius stellte jedoch klar, dass die Parteien des linken und des rechten Randes „zumindest in ihrer jetzigen Ausprägung für uns nicht dialogfähig“ seien, da man keine inhaltlichen Schnittmengen erkennen könne.

Die Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler begrüßte Fabritius mit großer Freude. Der BdV bemüht sich seit vielen Jahren darauf hinzuwirken, dass dieses Amt in allen 16 Bundesländern geschaffen werde. Namentlich erwähnte er die anwesenden Beauftragten Andreas Hofmeister MdL (Hessen), Heiko Hendriks (Nordrhein-Westfalen) sowie Walter Gauks (Berlin).

... des diplomatischen Corps, der Kultur und des Verbandes
Aus den Reihen des Diplomatischen Corps waren Botschafter und Diplomaten ebenfalls in großer Zahl anwesend, so der Apostolische Nuntius in Deutschland, Erzbischof Dr. Nikola Eterović, sowie die Botschafter unserer östlichen „Nachbarn“ Rumänien, Ungarn und der Slowakei. Neben den Vertretern der Kirchen und Glaubensgemeinschaften, der Nichtregierungsorganisationen und Verbände, der Stiftungen und Museen, Gesellschaften und Opferverbänden begrüßte Fabritius die beiden Vorsitzenden der BdV-nahen Stiftungen ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN, Dr. Christean Wagner, sowie der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen für Wissenschaft und Forschung, Dr. Ernst Gierlich.

Umfassend stellte Fabritius vor allem die Vertreter der Mitgliedsverbände – Landsmannschaften und BdV-Landesverbände – in begrüßender Form vor, um anschließend die Vertreter und Vertreterinnen der deutschen Minderheiten und Volksgruppen aus den Heimatgebieten zu würdigen; darunter den Vorsitzenden des Rates der Deutschen in der Ukraine, Wolodymyr Leysle, sowie die Vorsitzende der Deutschen Jugend in der Ukraine, Diana Liebert. Letzteren versicherte er angesichts des weiter tobenden Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine die uneingeschränkte Solidarität des BdV. Wie immer bot der Jahresempfang die willkommene Gelegenheit zum zwanglosen Meinungs-austausch zwischen Politik, Diplomatie, Kirchen, Wissenschaft, Kultur und Verbänden. Und wie schon so häufig bot die Katholische Akademie auch in diesem Jahr den angemessenen Rahmen, um Kontakte zu knüpfen oder zu erneuern.

MP/RZ



Der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen und Vizepräsident des BdV, Stephan Grigat, im Gespräch.



Die Direktorin der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, Dr. Gundula Bavendamm, im Gespräch mit Dr. Bernd Fabritius.



Der nordrhein-westfälische Landesbeauftragte Heiko Hendriks (r.) im Gespräch mit Albina Nazarenus-Vetter.



Philipp Amthor MdB (ganz r.) und Christoph de Vries MdB (2.v.r.) gehören seit Jahren zu den Gästen des Jahresempfangs.

04) „Aufgabenerweiterung für das BKGE“. Im Gespräch mit dem Direktor des Bundesinstituts, Prof. Dr. Matthias Weber

DOD 2 | 2024

POLITIK

„Aufgabenerweiterung für das BKGE“

Im Gespräch mit dem Direktor des Bundesinstituts, Prof. Dr. Matthias Weber

Die Umbenennung des „Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa“, das mit dem Wegfall des Zusatzes „der Deutschen“ eine deutliche Aufgabenerweiterung erfahren haben soll, war das beherrschende Gesprächsthema des Jahresempfangs des BdV. Das lag nicht zuletzt daran, dass die überregionale Presse das Thema just am Tag des Jahresempfangs kritisch aufgegriffen hat und der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz, die Umbenennung kritisch ansprach. Seitdem sind viele Stimmen ablehnend laut geworden. Der DOD hat über die Veränderungen im Bundesinstitut und deren Auswirkungen mit dem Direktor, Prof. Dr. Matthias Weber, gesprochen. Die Fragen stellte Chefredakteur Markus Patzke.

Herr Prof. Weber, das „Bundesinstitut für Kultur und Geschichte des östlichen Europa“, das Institut, dem Sie als Direktor vorstehen, hieß bis September letzten Jahres „Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa“. Die Deutschen sind verschwunden, mit der Umbenennung geht eine Erweiterung des Aufgabenfeldes einher. Wie kam es dazu, hat das etwas mit einem Kurswechsel bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien im Bereich der Erinnerungskultur zu tun?

Bitte lassen Sie mich vorab betonen: Die bisherigen Aufgaben, die aus dem Bundesvertriebenengesetz resultieren, wird das BKGE wie bisher und sogar erweitert fortsetzen. Der Schwerpunkt unserer Arbeit ist und bleibt auch künftig auf der deutschen Kultur und Geschichte. Ja – die Beratungstätigkeit des Instituts gegenüber der Bundesregierung hat sich seit vielen Jahren sukzessive um Themen erweitert, die über die Geschichte und Kultur der Deutschen hinausgehen. Das ist letztlich eine Folge des EU-Beitritts unserer östlichen Nachbarländer und des international immer dichteren geschichtspolitischen und kulturellen Austauschs. Neu sind zum Beispiel die Beratung in Fragen der Gestaltung des gemeinsamen europäischen Erinnerns oder hinsichtlich der unterschiedlichen Perspektiven auf die Folgen der beiden Weltkriege für das östliche Europa, auf die Verbrechen der Nationalsozialisten und der Kommunisten usw. – Das entwickelte sich bereits unter den vorangegangenen Bundesregierungen seit den späten 2000er Jahren. Deshalb war auch die entsprechende Aufgabenerweiterung schon mehrfach im Gespräch. Infolge des Angriffs Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 gab es einen weiteren großen Aufgabenzuwachs bei uns, zum



Der Direktor des „Bundesinstitut für Kultur und Geschichte des östlichen Europa“, Prof. Dr. Matthias Weber.

Beispiel beim Schutz kriegsbedrohten Kulturguts in der Ukraine oder hinsichtlich der aggressiven russischen Geschichtspropaganda sowie jetzt beim Thema „Wiederaufbau Ukraine“. Mit einem erinnerungspolitischen Kurswechsel bei der BKM hat das nicht das Geringste zu tun.

Sie betonen, es gebe keine Abstriche bei der ursprünglichen Aufgabe, nämlich der Beratung und Unterstützung der Bundesregierung in allen die Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa betreffenden Fragen. Ihr Haushaltsansatz 2024 hat, wahrscheinlich über den Personalmehrbedarf hinaus, kaum Zuwachs bekommen. Inwieweit können die neuen Aufgaben dann überhaupt ohne Abstriche in der Schwerpunktsetzung übernommen werden?

Es gibt nicht nur keine Abstriche, sondern sogar eine Erweiterung der ursprünglichen Aufgaben gemäß § 96 BVFG, weil nun die „Unterstützung und Vorbereitung von Leistungen im Rahmen des § 96 BVFG“ ganz neu hinzugekommen ist. Sie haben recht, ohne mehr Personal geht das alles nicht – aber

um die neuen Aufgaben übernehmen zu können, haben wir kürzlich u. a. zwei zusätzliche Wissenschaftlerstellen bekommen, die wir jetzt besetzen konnten. Auch der BKGE Haushaltsansatz ist seit 2018 ganz erheblich gewachsen – und für drängende neue Aufgaben gab und gibt es auch gegenwärtig außerplanmäßige Finanzmittel. Für mich ist das ein Vertrauensbeweis und eine Bestätigung, dass das BKGE gebraucht wird. Es ist ja ein gutes Zeichen für die Arbeit, wenn das Institut von der Regierung in Anspruch genommen wird. Deshalb mussten wir unser Engagement im Bereich der Geschichte der Deutschen nicht einschränken und wir werden uns auch künftig für eine starke öffentliche Förderung dieses Bereichs einsetzen.

Die aktuelle Diskussion haben Sie kürzlich in einem Instagram-Beitrag als „sehr missverständlich“ bezeichnet und auch dort festgehalten, dass die gesetzliche Schwerpunktsetzung des Instituts auch in Zukunft gleichbleibe. Wie treten Sie den Sorgen der Menschen und Organisationen entgegen, für die das Bundesvertriebenengesetz geschaffen wurde und die befürchten, ihr Schicksal und ihre Kultur verschwinden in einem „postmigrantischen Einheitsbrei“?

Das Oldenburger Land hat nach dem Zweiten Weltkrieg 200.000 Vertriebene aufgenommen. Die Stadt Oldenburg, Sitz des BKGE, wird als „Großstadt wider Willen“ bezeichnet, weil nach 1945 über 40.000 Vertriebene und Flüchtlinge hier angekommen sind und die Einwohnerzahl von 80.000 auf 120.000 Menschen angewachsen ist – das prägt die Stadt bis heute. Im Juni wirke ich an der Vorstellung des Buches „Lebensbilder – Biographien deutscher Vertriebener im Oldenburger Land“ mit. Ich kenne die Sorgen, die Sie ansprechen. Deshalb befassen wir uns im BKGE zum Beispiel seit fast 20 Jahren mit der Bewahrung des Kulturguts in den Heimatsammlungen der Vertriebenen und Flüchtlinge und vielen konnten wir eine neue Zukunftsperspektive geben. Das reicht aber nicht aus: Die bedeutendste Aufgabe, die bundesweit gelöst werden muss, ist der „Erinnerungstransfer“ von der Erlebnisgeneration in die Zukunft. Die Museen spielen hier eine wichtige Rolle, aber auch Künstliche Intelligenz und „Virtual Reality“, die die Zeitzeugen gleichsam weiterleben lässt – auch hier wirken wir beratend mit. Ganz wichtig sind neue wissenschaftliche Forschungen, denn die Umstände von Flucht und Vertreibung im Einzelnen sind für viele Orte noch gar nicht erforscht. Es fehlen Lokalstudien und dafür versuchen wir, Nachwuchs zu gewinnen, etwa durch Stipendien, was durchaus erfolgreich ist. Das sind nur Beispiele, wie wir dazu beitragen, das Thema lebendig zu erhalten. Ein Baustein dabei ist auch, das Schicksal der deutschen Vertriebenen als größter Bevölkerungsgruppe, die sich auf dem heutigen Gebiet Deutschlands niederlassen musste, in der internationalen Migrationsforschung präsent zu halten, weil es gerade dadurch in der Diskussion bleibt und gerade nicht verschwinden kann.

In der Presse haben Sie mehrfach betont, Sie seien „überrascht“

über die Vehemenz der aktuellen Diskussion. Umgekehrt hat zum Beispiel BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius erklärt, der BdV sei überrascht über die Umbenennung des BKGE gewesen. Warum wurde nicht schon frühzeitig der Dialog über diese Absicht gesucht?

Weil niemand mit einer Diskussion über den Namen gerechnet hat und schon gar nicht mit der sich daran anschließenden Kritik. Das hat mich tatsächlich sehr überrascht. Auch bei der BKM ging man davon aus, dass die Formulierungen im erweiterten Errichtungserlass als Grundlage unserer Arbeit deutlich zeigen, dass die Zuständigkeit des BKGE für Geschichte und Kultur der Deutschen unverändert fortbesteht. Alle wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen des BKGE sind im Bereich der deutschen Geschichte im östlichen Europa herausragend qualifiziert, unsere Wissenschaftliche Direktorin Dr. Beate Störtkuhl (2022) und ich (2020) haben kürzlich jeweils den renommierten „Kulturpreis Schlesien des Landes Niedersachsen“ erhalten – da finden wir den Vorwurf, wir würden uns von der Geschichte der Deutschen distanzieren, wirklich nicht angebracht. Vor diesem Hintergrund konnten wir uns auch nicht vorstellen, dass es derartige Kritik geben würde.

Auch mit anderen Einrichtungen gab es ja offensichtlich keinen Dialog. Das renommierte Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa hat mit „erheblicher Irritation“ auf die Namensänderung reagiert und „mit allem Nachdruck“ darum gebeten, die Namensänderung rückgängig zu machen und für das Bundesinstitut eine Bezeichnung zu wählen, bei der die spezifischen Traditionen und wissenschaftlichen Profile beider Institutionen entsprechend erkennbar bleiben. Dagegen können Sie ja eigentlich auch nichts haben, oder?

Das Leibniz-Institut (Abkürzung GWZO) sieht sogar eine Verwechslungsgefahr. Das finde ich besonders überraschend, weil es sich zuerst bei seiner Errichtung 1995 durch Übernahme der Begriffe „Geschichte“ und „Kultur“ und erneut 2017 durch Übernahme der Wendung „östliches Europa“ am BKGE-Namen orientiert und daraus seinen gesamten Namen gebildet hat – ohne jede Absprache mit uns! Mir hat das damals auch nicht gefallen, aber verboten ist es ja nicht. Andererseits sind ähnliche oder sogar identische Namen aufgrund des Arbeitsgegenstandes nicht ungewöhnlich und angesichts der Vielzahl von Universitätsinstituten und Einrichtungen, die „Osteuropa“, „Ostmittel-europa“, „östliches Europa“, „Mittel- und Osteuropa“ sowie „Geschichte“ und „Kultur“ im Namen tragen, ist das nicht problematisch. Allein in der Leibniz-Gemeinschaft gibt es z. B. nicht weniger als fünf Institute für Wirtschaftsforschung (drei mit identischen, zwei mit annähernd identischen Bezeichnungen). Das „Bundesinstitut“ (BKGE) und das „Leibniz-Institut“ (GWZO) sind mit ihren unterschiedlichen Abkürzungen, Logos und Domains usw. bestens zu unterscheiden, vor allem haben sie ganz unterschiedliche Aufgaben und Arbeitskonzeptionen. Vor diesem Hintergrund ist die jetzige Empörung unverständlich.

Herr Prof. Weber, vielen Dank für das Gespräch.

05) „Keine Notwendigkeit für die erfolgte Namensänderung“. BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius antwortete auf Fragen der Nordwest-Zeitung

DOD 2 | 2024

POLITIK

„Keine Notwendigkeit für die erfolgte Namensänderung“

BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius antwortete auf Fragen der Nordwest-Zeitung

Die Streichung „der Deutschen“ im Namen des Bundesinstituts schlägt weiter hohe Wellen. Die bayerische Regierung spricht von einer „Herabwürdigung der Heimatvertriebenen“. Mit einer Bundesratsinitiative will der Freistaat die Umbenennung des für Heimatvertriebene zuständigen Bundesinstitutes erneut prüfen lassen. Der Chefreporter der Nordwest-Zeitung aus Oldenburg, Christoph Kiefer, bat BdV-Präsident um eine Stellungnahme und die Erläuterung der Haltung des Bundes der Vertriebenen.

Wie bewertet der BdV die Begründung des Bundesinstituts für die Umbenennung, wonach der neue Name der über die deutsche Geschichte hinausgehenden Tätigkeit Rechnung trägt?

Der BdV ist der festen Überzeugung, dass auch angesichts eines erweiterten Aufgabenbereiches des BKGE der bisherige Name weiterhin treffend war. Das Institut hat bereits unter der bisherigen Bezeichnung neben seinem Schwerpunkt – Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa – andere begleitende oder verwandte Aufgaben erledigen können, ohne dass eine Umbenennung nötig gewesen wäre. Die Wurzeln des Instituts sind untrennbar mit dem gesetzlichen Auftrag des „Kulturparagrafen“ 96 des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) verbunden, also mit der Bewahrung, Erforschung und Weiterentwicklung von Kultur und der Geschichte der Deutschen aus den historischen deutschen Ostgebieten und den Heimat- und Siedlungsgebieten Deutscher in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropas. Es geht um das immaterielle Erbe von Menschen und Volksgruppen, die ihre Heimat verloren haben oder heute als Minderheiten in ihrer Heimat leben – und die gerade deswegen einen besonderen Anspruch darauf haben, dass ihr Schicksal und ihr Brauchtum sichtbar weiterhin Teil unseres gesellschaftlichen Lebens sind. Hier liegt ausreichend Potenzial für künftige Aufgaben. Die Umbenennung macht diese Themen aber unsichtbar. Wenn überdies keine Schwerpunktänderung geplant ist – so jüngst die Institutsleitung –, ist die angebliche Notwendigkeit der erfolgten Umbenennung erst recht fraglich.

Wie bewertet der BdV überhaupt den erweiterten Aufgabenbereich des Bundesinstituts, der zum Beispiel den Schutz von ukrainischen Kulturgütern und Stellungnahmen zu russischen Vorwürfen gegen die Ukraine umfasst?

Es besteht kein Zweifel daran, dass die genannte Aufgabe



BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius

sehr wichtig ist. Aber es ist zu prüfen, ob sie nicht von vorhandenen Instituten, die sich im Rahmen ihres Arbeitsauftrages auch bisher mit diesem Schwerpunkt befasst haben, eher erfüllt werden könnte. Denn zum einen hat sie mit dem ursprünglichen Auftrag des BKGE im Grunde genommen sehr wenig zu tun, und zum anderen sollten Doppelstrukturen und Konkurrenzsituationen vermieden werden.

Aber man kann der Bundesregierung eines zugutehalten: Sie hat erkannt, dass die Beschäftigung mit Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa zu genereller Expertise im Gesamtbereich östliches Europa führt. Die Deutschen dort haben – ob als Mehrheit oder als Minderheit – stets in einem Bedingungsgefüge mit anderen Völkern gestanden. Wer dies erforscht, lernt auch darüber viel.

Angesichts der Lage, in der sich die Ukraine befindet, haben wir daher Empathie für die Aufgabenerweiterung am BKGE, die sich konsequenterweise jedoch auch in der Förderung und Ausstattung des BKGE niederschlagen sollte. Sonst droht statt einer Aufgabenerweiterung eine Umwidmung.

Plädiert der BdV für die Änderung in einen anderen Namen, oder besteht aus Ihrer Sicht keine Notwendigkeit für eine Umbenennung?

Aus unserer Sicht gab und gibt es nach wie vor keine Notwendigkeit für die erfolgte Namensänderung. Das BKGE sollte weiterhin „Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa“ heißen, gerade auch um Missverständnissen vorzubeugen.

© wlv/richtv

06) Georg Dehio-Buchpreis 2024 für Ulrike Draesner und Karolina Kuszyk

Georg Dehio-Buchpreis 2024 für Ulrike Draesner und Karolina Kuszyk

Berlin. (dod) Der Georg Dehio-Buchpreis 2024 geht an die Schriftstellerin und Dichterin Ulrike Draesner für ihr literarisches Gesamtwerk und an die polnische Autorin Karolina Kuszyk mit ihrem Übersetzer Bernhard Hartmann für das Buch „In den Häusern der anderen. Spuren deutscher Vergangenheit in Westpolen.“ Die siebenköpfige Jury sprach den Hauptpreis der Schriftstellerin und Dichterin Ulrike Draesner zu. In der Begründung der Jury heißt es: „In ihrer Romantrilogie, begonnen 2014 mit „Sieben Sprünge vom Rand der Welt“, fortgesetzt im Roman „Schwitters“ (2020) und beendet 2023 mit „Die Verwandelten“ ist es Ulrike Draesner gelungen, das historisch bedeutende und aktuelle Thema „Flucht und Vertreibung“ in einer vielstimmigen und differenzierten Weise zu gestalten, die in der deutschsprachigen Gegenwartsliteratur einzigartig ist. Seit Jahrzehnten schaffen Ulrike Draesners literarische Texte – angefangen von ihrem Lyrikdebüt „gedächtnisschleifen“ bis zum neuesten Roman „Die Verwandelten – über

gattungs- oder thematische Grenzen hinaus Räume der sprachlichen Sensibilisierung sowie der Reflexion, welche Komplexität zumuten und Tabus nicht scheuen.“

Der Förderpreis geht an die polnische Autorin Karolina Kuszyk mit ihrem Übersetzer Bernhard Hartmann für das Buch „In den Häusern der anderen. Spuren deutscher Vergangenheit“ in Westpolen. „Klug und sensibel und bisweilen mit ironischer Leichtigkeit geht die Autorin in ihrem Werk den „Spuren deutscher Vergangenheit in Westpolen“ nach. [...] Das Buch bietet einen differenzierten Zugang zur Geschichte der West- und Nordwestgebiete des heutigen Polen, die früher zum Deutschen Reich gehört hatten, und deren Bevölkerung von mehrfacher Migration betroffen war. Die polnische Originalausgabe, erschienen 2019, löste eine lebhafte Diskussion in Polen aus. Die glänzende deutsche Übersetzung von Bernhard Hartmann verhilft dem wichtigen Buch nun auch im deutschen Sprachraum zu einer weiten Verbreitung“, begründete die Jury ihre Entscheidung.

36

Aus: DOD 2 / 2024

07) Kafka-Tagung: „Kafka, Käfer und Kakanien“. Franz Kafka 100. Todestag umfassend gewürdigt

KULTUR

DOD 2 | 2024

Kafka-Tagung: „Kafka, Käfer und Kakanien“

Franz Kafkas 100. Todestag umfassend gewürdigt

Der Prager Dichter Franz Kafka (1883-1924) erfährt im Moment eine überwältigende Aufmerksamkeit. Sein 100. Todestag am 24. Juni 2024 löst überall ein Interesse aus, das sein 100. Geburtstag 1983 nicht erreichte. Die Entwicklung der Elektronik der letzten 40 Jahre hat daran offenkundigen Anteil.

Im „Haus Schlesien“ in Königswinter wurde Anfang März diesen Jahres ein Seminar angeboten, das unter der Leitung von Prof. Winfrid Halder, des Direktors des Gerhart-Hauptmann-Hauses (GHH) in Düsseldorf stattfand. So kam die Einladung aus Düsseldorf. „Kafka, Käfer und Kakanien“, lautete der Titel des Seminars, der auch „Kafka-Neulinge“ neugierig machte. Ein Käfer war auf der Einladungskarte eingezeichnet, und „Kakanien“ nannte der Schriftsteller Robert Musil (1880-1942) die späte Habsburger Monarchie. In seinem Hauptwerk „Der Mann ohne Eigenschaften“, ein mehrbändiger, aber unvollendet gebliebener Roman, schildert er die österreichisch-ungarische Monarchie des Jahres 1913, die ihrem Untergang entgegengeht.

Kafkas historisches Umfeld

Prof. Dr. Halder stellte in dem ersten Vortrag der Tagung „Kafkas historisches Umfeld“ vor, die „Konfliktpotentiale und Bruchlinien der späten Habsburger Monarchie 1867-1919“. Er begann allerdings mit der Frage: Was hat Kafka mit Schlesien zu tun? Dafür ging er bis zu den Schlesischen Kriegen zurück, da das zeitweilig zur K.u.K.-Monarchie gehörende Schlesien ebenfalls von Österreich geprägt war. Es habe in dem Vielvölkerstaat seit 1867 ständig Konflikte gegeben. Dieses Konfliktpotenzial machte Halder zunächst an dem Wiener Schriftsteller Karl Kraus (1874-1936) fest. Der Satiriker und Herausgeber der Zeitschrift „Die Fackel“, der sich nach dem Ersten Weltkrieg zum Pazifismus bekannte, hinterließ sein dramatisches Hauptwerk „Die letzten Tage der Menschheit“ – der Erste Weltkrieg als Apokalypse“.

Die Autoren Karl Kraus und Robert Musil „beschwören“ den Untergang einer Welt. Ebenso wurde Franz Kafka in eine bereits veränderte Welt hineingeboren, erklärte Halder. In Böhmens Hauptstadt Prag wurde das jüdische Ghetto soeben abgerissen, es gab seit 1879 keine Judendiskriminierung mehr. Aber Kafka spricht in seinen Tagebüchern oft davon, dass das alte Ghetto in ihren Seelen weiterleben würde – sinngemäß. Die jüdische Gemeinde in Prag war groß und lebendig. Die

Familie Kafka gehörte dazu, bemühte sich jedoch um Anpassung an die nichtjüdische Umgebung. Das Judentum blieb eines der konstanten Lebensprobleme Kafkas. Die Familie Kafka gehörte zu der deutschsprachigen Minderheit Prags. Kafka selbst sprach selbstverständlich auch Tschechisch. Halder hob hervor, dass sein Bildungsweg – Gymnasium, Jurastudium an der Karlsuniversität – ausgeprägt deutsch war. Dasselbe galt für die politische Position. Man sah sich ohne Frage der Habsburger Monarchie verbunden. Kafka wollte 1914 zum Militär, wurde aber zurückgestellt, da er als Beamter der Unfallversicherung für die Beratung der Kriegsversehrten gebraucht wurde. Die „alte Welt“ zerfiel 1918, und als Kafka 1924 starb, sah Europa wieder völlig anders aus, was Halder gleich zu Beginn seines Vortrages betonte. Er stellte Kafka als den Bewohner zerbrechender Welten dar und schuf damit einen grundlegenden Zugang zu seinem Werk.

Hinführung zu Kafkas Erzählungen

Diesen Zugang eröffnete Michael Serrer, langjähriger Leiter des Düsseldorfer Literaturbüros, mit seiner „Hinführung zu Kafkas Erzählungen“. Der Referent hatte sich sorgfältig vorbereitet und verteilte zu seinem Titel „Von Käfern, Hunden und Hungerkünstlern“ sieben kurze Texte Kafkas, die er dem Publikum auch jeweils erläuterte. Aber sofort war eine lebhaftige Diskussion im Gange. Kafkas Parabeln „Auf der Galerie“, „Vor dem Gesetz“, „Eine kaiserliche Botschaft“ lösten bei den Gästen einen breiten Austausch über die vielfachen Aspekte aus. Das Judentum wurde angesprochen, Hoffnung, Einsamkeit, Verirrung und Angst. Die skurrilen Phänomene faszinierten wie z.B. „Der neue Advokat“, der „eigentlich das Schlachtröss Alexander des Großen war“.

Michael Serrer hatte seinem Publikum zu Beginn den entscheidenden Zugang zu Kafkas Werk eröffnet. An seiner Interpretation der Erzählung „Das Urteil“ (1912) erkannten alle die existenzielle Bedeutung des Schreibens für Kafka. Wie eine Geburt sei die Geschichte aus ihm herausgekommen. „Nur so kann geschrieben werden, mit vollständiger Öffnung des Leibes und der Seele“. Die Folge dieser „Eröffnung“: die Gespräche gingen während der beiden Tage weiter.

Franz Kafkas labyrinthische Welten

Mit dem öffentlichen Abendvortrag von PD Dr. Jürgen Nelles „Franz Kafkas labyrinthische Welten – zwischen Faszination und Irritation“ wurden Kafkas Herkunft und Lebensumwelt noch einmal lebendig. Der Abriss und die Sanierung des

Judenghettos erfolgte erst endgültig, als Kafka zwölf Jahre alt war, also hat er die Gassen und Winkel noch selbst erleben können. Sein Vater besaß ein „Galanteriewarengeschäft“ und ein Mietshaus am Altstädter Ring und bemühte sich um die Integration in die deutschsprachige Gesellschaft und in die Habsburger Monarchie. So erhält der älteste Sohn den Namen des Kaisers, „Franz“. Bis Mitte des 19. Jahrhunderts lebten in Prag mehr Deutsche, durch die Industrialisierung kamen mehr Tschechen vom Land in die Stadt.

Der Referent zeigte dem Publikum weniger bekannte Züge an Kafkas Persönlichkeit. Er war sehr sportlich, liebte durchaus die Geselligkeit, besuchte mit seinen Freunden Kaffeehäuser, Weinstuben und Bordelle. Die Politik und das gesellschaftliche Leben interessierten ihn. Die Vorstellung von dem kränklichen Eigenbrötler ließ sich nicht halten. Doch die Spannungen innerhalb der Familie, besonders zum Vater, bilden das Hauptmotiv seines Werkes. Nelles machte diesen Komplex an den Erzählungen „Das Urteil“ und „Die Verwandlung“ und an dem Roman „Der Prozess“ fest. Die Verurteilung des Sohnes „zum Tode des Ertrinkens“ durch den Vater erfolgt in dem Moment, als der Vater krank und gebrechlich zu sein scheint, als der Sohn eine Braut hat und zum „Konkurrenten“ des Vaters werden könnte. In der „Verwandlung“ erwacht der Handlungsreisende Gregor Samsa eines Morgens und sieht sich in ein „ungeheures Ungeziefer“ verwandelt. Seine bisher unterdrückte Persönlichkeitsentwicklung bricht in dieser Gestalt hervor. Nelles sprach von der „Rückentwicklung zum Tier“. Ebenso sieht sich Josef K. im „Prozess“ eines Morgens beim Aufwachen „verhaftet“ von einem unbekanntem, absurden Gericht. Fortan bewegt er sich in den Labyrinthen dieses Gerichtes, das der Referent als eine „Darstellung der Bewusstwerdung eines alter Ego“ interpretierte. Genauso gilt die gesellschaftskritische Deutung: der Einzelne wird Opfer einer sich verselbstständigenden Bürokratie und eines totalitären Regimes. Die Protagonisten Kafkas versuchen, so lautete schließlich eine Art Zusammenfassung, einen Sinn des Daseins zu finden – was aber nicht möglich sei. Heißt das, das menschliche Dasein ist sinnlos und absurd? Kafkas Helden merken nicht – und das ist ihre Tragik –, dass der Sinn in den Mitmenschen liegt, zu denen sie nicht in Kontakt treten können.

Kafka und die Kunst

Am zweiten Tag des Seminars sollten die „labyrinthischen Welten“ und die seltsamen Dinge darin noch eine weitere Dimension der Anschaulichkeit bekommen. Helena Perena (München) stellte eine Ausstellung in München unter dem Titel „Kafka und die Kunst“ vor. Leider erschwerte die Technik dieses Mal die Verständigung. Die Referentin war zugeschaltet, der Bahnstreik hatte ihre Anreise verhindert, und sowohl Optik wie Akustik verlangten große Konzentration des Publikums. So sollen auch hier nur einige Aspekte angesprochen werden. Die Ausstellung zeigt u. a. die Nachbildung von Gregor Samsas Zimmer, exakt nach der Beschreibung im Text. Die Tötungsmaschine in der „Strafkolonie“ ist aufgebaut, seltsame Gegenstände wie „Odradek“ soll es geben. Einerseits ist das



Franz Kafka im Jahr 1923 auf dem letzten von ihm bekannten Foto.

ein Beweis für die Faszination der „ungeheuren Welt, die ich im Kopfe habe“, wie Kafka selbst sagt. Es reizt die Menschen offenbar, diese Phantasmen realistisch sehen zu wollen. Andererseits wird dadurch die „innere Bühne“ des Lesers der Texte beeinträchtigt, und vor allem die Bildlichkeit, die Metaphorik könnte verloren gehen. Roman Polanski versuchte einst in seiner Verfilmung von „Macbeth“ die Details des Textes „realistisch“ in Bilder umzusetzen. Den Zuschauern wurde eine Schlächtereie präsentiert.

Aber die Wirkung Kafkas auf junge Künstlergenerationen wurde an dem Vortrag von Helena Perena beeindruckend deutlich. Nicht nur vielfältige Textinterpretationen tun sich hier auf, die die inzwischen alten Kafka-Forscher einst bewegten, sondern dieses Werk berührt alle Sinne und erweckt breite Kreativität.

„Ist Kafka kafkaesk?“

Mit Prof. Dr. Michael Braun kam endlich das Adjektiv „kafkaesk“ zur Sprache. Das Wort, so der Referent, sei in den 1950er Jahren in Mode gekommen und habe sogar Eingang in das Deutsche Wörterbuch gefunden. Es bezeichnet die Wirkung Kafkas auf den Leser, auf Kafka selbst lasse es sich nicht anwenden. Die Überschrift seines Vortrags „Ist Kafka kafkaesk?“ findet nicht leicht eine Antwort.

Das Medium Film stand im Mittelpunkt des Vortrags. Die Verfilmung des „Prozess“ von Orson Welles von 1960, in der übrigens Romy Schneider die Leni, das Hausmädchen eines Richters spielt, bot reichlich Stoff. Der Beginn des Films – ein Polizist steht am Morgen im Schlafzimmer – wurde mehrmals

gezeigt und sorgfältig analysiert. Kamera- und Dialogführung führten auch hier wieder zu mehrfachen Ergebnissen. Der neue Spielfilm „Die Herrlichkeit des Lebens“, der Kafkas letztes Lebensjahr mit Dora Diamant schildert, wird erwartet. Prof. Dr. Braun zeigte jedoch auch „kafkaeske“ Züge an Kafka auf. So hatte er einen eigenwilligen Humor, lachte bei Szenen, über die sich die Zuhörer erschreckten. Die Tragik im Lächerlichen – oder umgekehrt – trat bei ihm hervor. Zudem sei er begeistert von technischen Innovationen gewesen, vielleicht eine Erklärung für die präzise Beschreibung der Tötungsmaschine in der „Strafkolonie“.

Es blieb bei den Gästen ein beklemmendes Gefühl zurück, da gerade das Medium Film die prophetische Vorahnung Kafkas bewusst machte. Die Diktaturen des 20. Jahrhunderts werden bereits demaskiert. „Jemand musste Josef K. verleumdet haben...“ Aber wer? Eine Methode der Inquisition wird nun von korrekten Beamten in die Praxis umgesetzt. Wer verhaftet ihn? Gestapo? Wird es zu einem stalinistischen Schauprozess kommen? Werden schließlich die Tötungsmaschinen Tag und Nacht „arbeiten“? Das grausame Jahrhundert hatte soeben erst begonnen.

Haus Schlesien und seine kulturellen Angebote

Die Tagung fand im „Haus Schlesien“ statt, und die Gäste nahmen die kulturellen Angebote des Hauses gerne wahr. Die Mitarbeiterin und Tagungsleiterin Nicola Remig bot den Gästen auch Informationen über das Haus und sein Konzept. Besonders beeindruckend: Begegnungen und Seminare mit polnischen und tschechischen Studenten und Germanisten unter dem Titel „Schlesische Begegnungen“. Das Haus sieht sich im Dienst Europas und hat auf diese Weise bereits mehr als 200 Gruppen und 6.000 Studierende zusammenführen können.



Familiengrab auf dem Neuen jüdischen Friedhof in Prag-Zizkov

Die Gäste des Kafka-Seminars genossen die Ausstellungen, wurden dabei aber auch mit dem Vertreibungsschicksal konfrontiert. Damit schloss sich der Kreis zu Kafka. Der kleine Text „Heimkehr“ (1920/22) beschreibt haargenau die Situation der deutschen Vertriebenen, die nach Jahrzehnten die alte Heimat besuchen und vielleicht sogar das Elternhaus wiederfinden. „Es ist meines Vaters alter Hof.“ Aber: „Ist dir heimlich, fühlst du dich zu Hause? Ich weiß es nicht. Ich bin sehr unsicher.“ Jeder Satz dieser kleinen Parabel trifft die Empfindungen der „Zurückgekehrten“.

Natürlich gibt es viele andere Interpretationsmöglichkeiten, erst recht für den Kafka-Kenner. Es ist eine Parabel, große Literatur, aber Kafka sah offenbar auch das Schicksal der Vertriebenen voraus. „Und ich wage nicht, an die Küchentür zu klopfen, nur von der Ferne horche ich...“

Bärbel Beutner

Aus: DOD 2 / 2024

08) Großer Sudetendeutscher Kulturpreis für Dr. Gertrude Krombholz



Verleihung der Sudetendeutschen Kulturpreise am 17.5. im Goldenen Saal (Augsburg, Rathaus)

Dr. Gertrude Krombholz wurde heuer am 74. Sudetendeutschen Tag in Augsburg für Ihr Lebenswerk ausgezeichnet. Die 1933 im nordböhmischen **Tetschen** / Dčín geborene Landsfrau verlebte eine glückliche Kindheit in Leitmeritz in der Aussiger Region, bis zur Vertreibung. Nach dem Neuanfang in Bayern machte sie am Städtischen Mädchenrealgymnasium in Regensburg das Abitur und studierte anschließend Sport, Chemie und Geographie für das Lehramt an Gymnasien. Außerdem absolvierte sie eine breite tänzerische Ausbildung und legte die Prüfung als Tanzlehrerin des Allgemeinen Deutschen Tanzlehrerverbandes (ADTV) ab. Nach ihrer Tätigkeit am Staatlichen Landschulheim Marquartstein war sie Dozentin, dann Leiterin der Sportphilologinenausbildung an der Bayerischen Sportakademie und war schließlich bis zu ihrer Pensionierung Leitende Akademische Direktorin der Sportlehrausbildung. Zu ihren herausragendsten Leistungen zählen die Begründung und internationale Verbreitung des **Rollstuhltanzes** und die „Wiederentdeckung“ des **mittelalterlichen Moriskentanzes**.

**Laudatio von Prof. Dr. Ulf Broßmann auf Dr. Gertrude Krombholz
anlässlich der Verleihung des Großen Sudetendeutschen Kulturpreises
der Sudetendeutschen Landsmannschaft
17. Mai 2024, Augsburg, Goldener Saal
– Es gilt das gesprochene Wort –**

Liebe Frau Dr. Krombholz, sehr geehrte Damen und Herren,

was haben die Schwedische Königin Silvia, Rollstühle und die Moriskentänzer gemeinsam?

Diese Fragestellung verblüfft zunächst, aber die drei Begriffe kennzeichnen und prägen einen großen Teil des beispielhaften Berufslebens von Dr. Gertrude Krombholz bis heute.

Doch lassen Sie mich ganz von vorne beginnen. Frau Krombholz wurde 1933 im nordböhmischen Teschen geboren, und sie verlebte eine glückliche Kindheit in Leitmeritz in der Aussiger Region bis zur Vertreibung.

Da sie sehr sportlich und sportbegeistert ist, ganz nach ihrer Mutter, war es nicht überraschend, dass Frau Krombholz in ihrer neuen Heimat Sport an der Bayerischen Sportakademie sowie Chemie und Geographie an der Ludwig-Maximilians-Universität und der damaligen Technischen Hochschule für das Lehramt an Gymnasien studierte.

Nach kurzer Tätigkeit als Gymnasiallehrerin wurde sie als Dozentin, schon als 30-Jährige, an die Sportakademie berufen. Bereits ein Jahr später leitete Frau Krombholz mit immensem Elan die Sportphilologinnen-Ausbildung für die Fachgebiete Gymnastik, Tanz, Musik und Bewegung sowie danach als engagierte leitende Akademische Direktorin, bis zur Pensionierung, die Sportlehrerausbildung an der Technischen Universität München. Mit größter Begeisterung unterrichtete sie die unterschiedlichsten Disziplinen, sei es Leichtathletik, Schwimmen, Skifahren oder Tanz. Durch eine breite tänzerische Ausbildung im In- und Ausland gelang es Frau Krombholz, Kurse in Jazz Dance und Rock'n'Roll einzuführen und das Studium der Zeit anzupassen, es waren ja die 60er Jahre der Beatles. „Ich war ein Magnet“, sagte sie einmal, denn bald nahmen mehr als 300 Studierende an den Schulungen teil.

Frau Krombholz gab zudem ausschlaggebende Impulse in der Sportphilologinnen-Ausbildung und prägte den Stil von Gymnastik und Tanz nicht nur national, sondern auch international. Diese exzellente Expertise befähigte sie, als Cheffhostess und Mitchoreographin die Eröffnungs- und Schlussfeiern der Olympischen Spiele von 1972, 1976 und 1980 zu gestalten. 1972 arbeitete Frau Krombholz mit Sylvia Sommerlath im Referat „Besucherbetreuung und Hostessenwesen“ zusammen. Bei der Olympiade 1976 in Montreal war Sylvia bereits Königin von Schweden und damit sind wir beim ersten eingangs erwähnten Begriff.

Dreizehn Jahre arbeitete Frau Krombholz auch für das „International Paralympic Committee“. Da die Tanzbegeisterte niemanden von tänzerischen Bewegungen ausschließen wollte, gründete sie 1975 den integrativen Rollstuhl-Tanz und etablierte ihn in internationalen Behindertenverbänden unter dem Namen „Para Dance“. Heute gehört Frau Krombholz zur „Paralympic Family“ und war bei den Paralympics in viele Siegerehrungen eingebunden. Sie erinnern sich an den zweiten erwähnten Begriff „Rollstühle“. Der Tanz mit ihnen wurde auch in Schweden aufgeführt, wobei sich Königin Sylvia und König Karl Gustav aktiv daran beteiligten.

Seite C 43 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Frau Dr. Krombholz hat sich um die olympischen und paraolympischen Spiele verdient gemacht, einer Bewegung und Sinnbild des Friedens, in deren Mittelpunkt der Mensch steht, ganz gleich welcher Nation und ganz gleich, ob körperlich gesund oder behindert.

Mit ihrem Organisationstalent und überlieferten Quellen und Texten aus dem Münchner Stadtarchiv rekonstruierte Frau Krombholz den mittelalterlichen Moriskentanz. Sie gründete 1976 die Gruppe „Münchner Moriskentänzer“, die der Technischen Universität angeschlossen ist. Dabei wird der ursprünglich maurische Tanz in historischen Gewändern mit kunstvollen Kapriolen und Luftsprüngen dargeboten. Mehr als 500 Tanzauftritte im In- und Ausland sind es nun schon geworden, auch Schloss Drottningholm, die Königsresidenz in Schweden war dabei.

Um ihre Fachkompetenz zu erweitern studierte Frau Krombholz Neuere Geschichte an der Technischen Universität München. 1982 wurde ihre Dissertation „Die Entwicklung des Schulsports und der Sportlehrerausbildung in Bayern von den Anfängen bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges“ mit „summa cum laude“ bewertet und mit dem Preis der besten Doktorarbeiten ausgezeichnet. Als sie 1998 in den Ruhestand trat, stiftete sie einen nach ihr benannten Preis der Technischen Universität München für die besten wissenschaftlichen Arbeiten in den Angewandten Sportwissenschaften. Sie hat dessen Vergabe mit einer eigens dafür gegründeten Stiftung für die Zukunft sichergestellt.

Für ihr außergewöhnliches Lebenswerk wurde Dr. Gertrude Krombholz vielfach ausgezeichnet, u.a. mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande, dem Bayerischen Verdienstorden, der Medaille „Pro Meritis“, dem Goldenen Ehrenring der Stadt München usw.

Heute lebt Dr. Krombholz in der Seniorenresidenz Augustinum in Dießen am Ammersee. Aber auch hier kann bei ihr nicht von Ruhestand die Rede sein. Denn wo es einen Rollstuhl-Tanz gibt, da gibt es auch einen Rollator-Tanz. Und in ihrem unerschöpflichen Enthusiasmus und Einsatz für den Sport führte sie 2012 den integrativen Rollator-Tanz zur Freude aller Seniorinnen und Senioren im Augustinum ein.

Bewegung ist das Lebenselixier von Dr. Krombholz. Dies sollte auch für uns alle täglich Anregung, Aufforderung und Beispiel sein, denn ohne Bewegung ist Gesundheit gar nicht denkbar. Sie sagt von sich selbst: „Ich bin ein Bewegungsmensch, ich hatte ein wunderschönes Berufsleben und bin dem Herrgott dankbar, dass ich das alles erleben durfte.“

Liebe Frau Dr. Krombholz, als Ausdruck des Dankes sowie der Anerkennung und Wertschätzung erhalten Sie als sudetendeutsche Sportwissenschaftlerin für Ihr unentwegtes Wirken um den Tanz, für Ihr jahrzehntelanges Engagement um Behinderte, für Ihre großartigen Verdienste um die Angewandten Sportwissenschaften sowie für Ihr herausragendes Lebenswerk, auch im olympischen Gedanken, den Großen Sudetendeutschen Kulturpreis 2024.

Herzlichen Glückwunsch

Die weiteren Preisträger:

- **Kulturpreis für Darstellende Kunst und Musik:** [Eva Herrmann](#)
- **Kulturpreis für Literatur und Publizistik:** [Wolftraud de Concini](#)
- **Kulturpreis für Heimat- und Volkstumspflege:** [Roland Hammerschmied](#)

**Laudatio von Wolfram Hader auf Eva Herrmann
anlässlich der Verleihung des Sudetendeutschen Kulturpreises
für Darstellende Kunst und Musik 2024**

17. Mai 2024, Augsburg, Goldener Saal

– Es gilt das gesprochene Wort –

Mit dem Sudetendeutschen Kulturpreis für darstellende Kunst und Musik 2024 wird eine Musikerin ausgezeichnet, die sowohl familiäre Wurzeln in den böhmischen Ländern hat als sich auch in ihrem musikalischen Wirken in höchstem Maße um die sudetendeutsche Musikkultur verdient gemacht hat. Die Regensburger Pianistin Eva Herrmann widmet sich seit über 30 Jahren mit großem Engagement dem Repertoire sudetendeutscher Komponisten der Gegenwart und Vergangenheit und tritt regelmäßig bei Veranstaltungen sudetendeutscher Institutionen in Erscheinung.

Eva Herrmann, geboren in München, hat böhmische Wurzeln: Ihre Mutter wurde in Abertham (Aber-tamy) im Kreis Neudek (Nejdek) geboren; ein Vorfahr von ihr wirkte zu Beginn des 19. Jahrhunderts als Klarinettist. Sie studierte in München und Mainz Kirchenmusik, Klavierpädagogik und danach im Aufbaustudium Vokal-Korrepetition. Seit 1995 ist sie Lehrbeauftragte an der Universität Regensburg und unterrichtet an der Städtischen Sing- und Musikschule sowie am Musischen Zweig des Von-Müller-Gymnasiums in Regensburg. Eine Frucht dieser musikpädagogischen Tätigkeit ist Eva Herrmanns im Druck erschienenes *Singspiel-Heft mit Klavier*, das von der tschechischen Künstlerin Ivana Koubek illustriert wurde.

Beim internationalen Hans-Gabor-Belvedere-Wettbewerb Wien war Eva Herrmann mehrfach offizielle Wettbewerbskorrepetitorin und langjährig in Opernstudios in München, Berlin und Palermo tätig. Als Korrepetitorin arbeitet sie regelmäßig mit Sängerinnen und Sängern des Theaters Regensburg zusammen. Mit der Pianistin Inna Schur gab Eva Herrmann als Klavierduo Schur & Herrmann zahlreiche Konzerte im In- und Ausland. 1996 erhielt Eva Herrmann den Kulturförderpreis der Stadt Regensburg.

Eine weitere große Leidenschaft von Eva Herrmann sind Theater und Kabarett. Mit Peter Nüesch, einem langjährigen künstlerischen Weggefährten hat sie als Musikalische Leiterin im Gründungs-Ensemble seit den Anfängen des Turmtheaters Regensburg im Jahr 1990 diverse Programme entwickelt. Am Theater a.d. Rott in Eggenfelden durfte sie fünf Jahre lang unter Intendant Peter Nüesch eine eigene Kammerkonzertreihe konzipieren und durchführen. Nach wie vor konzipiert sie gerne Motto-Konzerte, die sich mit dem Theaterspielplan verbinden.

Eva Herrmann hat sich seit den späten 1980er Jahren vielfältig und phantasievoll in die Musikkulturpflege der Sudetendeutschen eingebracht. Eine enge Kooperation verbindet sie mit dem Sudetendeutschen Musikinstitut, sowohl mit dem Gründungsdirektor Widmar Hader als mit seinem Nachfolger Andreas Wehrmeyer. Auch mit der Künstlergilde Esslingen e.V. und dem Adalbert-Stifter-Ver-ein gab und gibt es eine fruchtbare Zusammenarbeit.

Im Auftrag des Sudetendeutschen Musikinstituts übernahm sie die Programmplanung und Musikerrecherche für die Konzertreihe „Junge Musiker begrüßen das Neue Jahr“ von 2010 bis 2023. Sie gestaltete für das SMI zahlreiche Konzertprogramme; beispielhaft seien hier genannt *„Heut hätt' i Zeit“*, *Ein Benatzky-Abend zum 125.Geburtstag* und *„Zeitgenossen, haufenweise“*, ein Chanson-Abend mit Werken u.a. von Edmund Nick und Fred Schnaubelt. Die Vorstellung eines Literarischen Reiseführers durch das Böhmisches Bäderdreieck umrahmte sie mit Markus Koppe (Violine) mit Kurmusik der Karlsbader Komponisten Josef und August Labitzky.

In zahllosen Konzerten interpretierte sie Werke sudetendeutscher Komponisten der Vergangenheit und Gegenwart, u.a. von Wenzel Johann Tomaschek, Viktor Ullmann, Oskar Sigmund und Widmar Hader.

Diese beispielhaften Ausführungen zeigen: Eva Herrmann ist eine feste Größe im Regensburger Kulturleben und in der sudetendeutschen Kultur- und Musikszene. Durch ihr lang andauerndes und leidenschaftliches Engagement für die Sudetendeutsche Kultur ist Eva Herrmann eine würdige Preisträgerin für den Sudetendeutschen Kulturpreis für darstellende Kunst und Musik. Wir gratulieren auf's Herzlichste!

**Laudatio von Peter Becher auf Wolftraud de Concini
anlässlich der Verleihung des Sudetendeutschen Kulturpreises
für Literatur und Publizistik**

17. Mai 2024, Augsburg, Goldener Saal

– Es gilt das gesprochene Wort –

Meine Heimat, trotz allem.

Im Jahr 1940, als Wolftraud de Concini in Trautenau am Fuß des Riesengebirges geboren wurde, lebte in der Stadt der sudetendeutsche Schriftsteller Josef Mühlberger, der zu den herausragenden Autoren der Ersten Tschechoslowakischen Republik zählte, aber nun in höchster Bedrängnis war. Angefeindet als Freund von Tschechen und Juden, obendrein denunziert als Homosexueller wurde er im Oktober dieses Jahres verhaftet und wenige Monate später eingezogen. Der Weltkrieg war in vollem Gang. Im Juni 1941 begann der Überfall der Wehrmacht auf die Sowjetunion.

Ein Familienfoto von 1942 zeigt die zweijährige Waltraud im Kreis ihrer nächsten Verwandten, halb abgedreht im Vordergrund vor ihrer Mutter stehend, ein leeres Bierglas in der Hand, rechts neben ihr eine ältere Schwester und der 20jährige Bruder in Uniform, der bald fallen sollte, auf der anderen Seite der Vater und ein weiterer Bruder. In ihrem Erinnerungsbuch „Böhmen hin und zurück“, in dem dieses Foto abgebildet ist, räsoniert Concini darüber, dass 1942 das Jahr war, in dem nach dem Attentat auf Reinhard Heydrich das Massaker von Lidice stattfand. So bekommen die privaten Bilder und Erinnerungen einen politischen Rahmen, und was das kleine Mädchen nicht wissen und nicht einmal ahnen konnte, wird für die erwachsenen Frau Jahrzehnte später zur Ausstattung ihres Nachdenkens und – ganz wörtlich zu verstehen – ihres Nach-Gehens.

Unmittelbarer Anlass zu dem Buch war ein Fotoauftrag, der sie im Jahr 2011 in ihre Geburtsheimat führte, und als sie dabei den alten zweisprachigen Ausweisungsbescheid ihrer Familie vom 8. Juni 1945 fand, fasste sie den Entschluss, den Weg, den die Familie dabei zurückgelegt hat, noch einmal zu gehen. Anders als Christiane Hoffmann (geboren 1967), die den Fluchtweg ihres Vaters nachwanderte, wiederholte Concini den Weg ihrer eigenen Geschichte und stattete den dünnen Gedächtnisfaden mit auftauchenden Erinnerungen, mit Dokumenten und Fotoaufnahmen aus, angefangen von dem zweisprachigen Aussiedlungsbescheid und einem jungen tschechischen Soldaten, der ihr mit Tränen in den Augen half, die Strümpfe anzuziehen, bis zu dem letzten resümierenden Satz: „Für mich ist diese Reise in die Vergangenheit, dieses Berühren von Straßen und Wegen, auf denen ich als ‚unerwünscht‘ fortgeschickt worden bin, eine Rückkehr in ein Böhmen, das meine Heimat ist. Trotz allem.“

Das war die Grundlage für ihr Buch, in dem so viel angesprochen wird, Kindheitserinnern und Familienglück, Ausgestoßensein und Fremdheit, Heimatsuche und Weltläufigkeit. Eine sensible Mischung aus Sprache und Bild, Schwarzweißfotografien und klaren, schnörkellosen Sätzen.

Vertrieben zunächst in das Nachkriegspolen, führte Concini's weiterer Lebensweg nach Niedersachsen, später zum Studium nach München, zu einer Zeitung nach Nürnberg und schließlich nach Italien, wo sie seit 1964 als Publizistin und Fotografin lebt. Im Lauf der Jahre entstand ein umfangreiches Werk, Monografien über italienische und französische Regionen. Und sie, die als Flüchtlingskind selbst zu den „anderen“ zählte, entwickelte eine besondere Sensibilität für Minderheiten, unter anderem für die „Nachbarn ... im italienischen Alpenbogen“ und für die Geschichte der Sinti und Roma in der Ausstellung „U baro drom – Der lange Weg“, die in Bozen zu sehen war.

Als Concini 2015 Stadtschreiberin von Pilsen wurde, eingeladen vom Deutschen Kulturforum östliches Europa, erkundete sie wenige Monate nach der fulminanten Eröffnung des Kulturhauptstadtjahres die überaus lebendige Stadt. Dort erfuhr sie vom Schicksal der jungen Claire Beck (1904-1942), die aus einer Pilsner Industriellenfamilie stammte, zur dritten und letzten Frau des Wiener Architekten Adolf Loos wurde, in Theresienstadt interniert und schließlich 1942 in der Nähe von Riga umgebracht wurde.

Wieder das Jahr 1942, das Jahr, in dem das Familienfoto mit der kleinen Waltraud im Vordergrund entstand, war auch das Jahr, in dem fast alle Juden von Pilsen ihren Leidensweg nach Theresienstadt antreten mussten, und es war das Jahr, in dem die Glocken der St.-Bartholomäus-Kathedrale bis auf die kleinste konfisziert und eingeschmolzen wurden, für Kriegszwecke. Erst zur Eröffnung des Kulturhauptstadtjahres, am 17. Januar 2015 waren zum ersten Mal wieder alle Glocken zu hören.

Während ihres Aufenthalts schrieb und fotografierte Concini für einen eigenen Blog. „Heimat“, so schrieb sie am 21. April, „ist der Ort, wo sie einen hereinlassen müssen, wenn man wiederkommt“ – , und „wenn der Hörerkreis kleiner und intimer ist, bekenne ich meine Vorstellung von ‚Heimat‘: dass es für mich der Ort ist, wo ich alle Leute umarmen möchte, wo ich auch im Dunkeln keine Angst habe, wo ich mich einfach wohl fühle.“

Hier, liebe Frau de Concini, an diesem Tag und in dieser Stunde, sind Menschen versammelt, voll Freude über ihre Worte und Bilder, über ihr sensibles Nachdenken und über ihr warmherziges Bekenntnis zu ihrer, zu unserer Herkunftsheimat.

Hier können Sie viele Menschen umarmen.

„Böhmen hin und zurück“ (2013)

„Klaras Schuhe. Die Geschichte einer böhmischen Jüdin“ (2018)

**Laudatio von Christina Meinus auf Roland Hammerschmied
anlässlich der Verleihung des Sudetendeutschen Kulturpreises
für Heimat- und Volkstumpfleger**

17. Mai 2024, Augsburg, Goldener Saal

– Es gilt das gesprochene Wort –

Roland Hammerschmied zu beschreiben ist für mich tatsächlich in drei Worten möglich – aber ich vermute, er als Preisträger und Sie, verehrtes Publikum, erwarten vielleicht doch ein wenig mehr von mir am heutigen Abend. Dennoch möchte ich Ihnen die drei Worte nicht vorenthalten, die mir zu „meinem“ heutigen Preisträger einfallen, und liefere sicherheitshalber noch die Definitionen dazu:

Rampensau

Gebrauch: salopp (wofür ich mich an dieser Stelle entschuldigen möchte. Saloppe Wortwahl ist einer Laudatio an einem festlichen Abend eigentlich nicht angemessen)

Definition:

- a) leidenschaftlicher Bühnenkünstler
- b) jemand, der in der Lage ist, durch seine Leidenschaftlichkeit mitzureißen

Tausendsassa

Gebrauch: emotional

Definition: vielseitig begabter Mensch, dem man Bewunderung zollt

Hansdampf (in allen Gassen)

Gebrauch: umgangssprachlich

Definition: jemand, der sich überall auskennt, über alles Mögliche Bescheid weiß, sich geschäftig um viele Dinge kümmert

Diese drei Begriffe fallen mir ein, wenn ich an Roland Hammerschmied denke. Seine Begeisterungsfähigkeit sucht in meinen Augen seinesgleichen. Nicht nur sein jeweiliger Chor oder sein jeweiliges Orchester können sich ihr nicht entziehen. Auch sein Publikum kann sich nicht gegen die überschwappende Begeisterung wehren. Da wird nicht nur unter Einsatz des gesamten Körpers, sondern auch mit Mimik dirigiert. Allein durch seine Präsenz und seine Ausstrahlung holt er das Beste aus jedem Musiker und jeder Musikerin unter seiner Leitung heraus.

Seine eigene musikalische Karriere begann er bereits in jungen Jahren. Seit seinem elften Lebensjahr singt er in verschiedenen Chören, 1986 legte er erfolgreich die Prüfung zum Laienchorleiter im Rahmen der Bad Feilnbacher Chorwoche des Bayerischen Sängerbundes ab. Im Jahr 2001 schließt er seine Gesangsausbildung ab und tritt seitdem nicht nur als Chorsänger, Chorleiter und Dirigent, sondern auch als Solist ins Rampenlicht.

Wenn das nicht der Inbegriff eines leidenschaftlichen Bühnenkünstlers – eben einer **Rampensau** im selbstverständlich allerbesten Wortsinn ist!

Der Vielseitigkeit dieses **Tausendsassas** zolle nicht nur ich Bewunderung. Neben den vielen Instrumenten, die er nicht nur spielt, sondern auch beherrscht, ist seine Wandlungsfähigkeit fast schon legendär. Ob als Leiter der Gartenberger Bunkerblasmusik im Bereich Volksmusik oder als Leiter des Chors „Mixed Voices“, welcher Jazz- oder Popsongs, modern Classics, Gospels und Spirituals bis hin zu klassischer geistlicher sowie zeitgenössischer Chormusik präsentiert. Von 1997 bis 2015 war er zudem Sänger und Solist im Münchner Rock und Jazz-Chor „VoicesInTime“, unter der Leitung von Stefan Kalmer. Mit diesem Chor gewann er den 1. Preis beim Deutschen Chorwettbewerb 2006 in Kiel in der Kategorie Jazz. Aber auch auf gefühlt meterhohen Plateausohlen in Schlaghosen und mit „Vokuhila- Perücke“ als eine Hälfte des „Enno-Strauß-Duos“ macht er eine gute Figur und brachte heuer die Faschingsreise durch das Sudetenland der Heimatpflege in Kooperation mit den Münchner Böhmerwäldlern zum Beben.

Als zweiter Vorsitzender der Egerländer Gmoi Geretsried hat Roland „**Hansdampf**“ Hammerschmied außerdem die Leitung mehrerer Sing- und Tanzgruppen, deren Trachtenvereins inne und begeistert hier vor allem die Jugend für Egerländer Volkskultur. Und meines Wissens ist er nebenbei auch noch berufstätig.

So viel Engagement bleibt nicht unbemerkt. So ist Roland Hammerschmied nicht nur vielseitig begabt, sondern auch vielfach dekoriert. Ich zähle auf:

2003: Förderpreis Volkstumspflege der sudetendeutschen Landsmannschaft

2011: Kulturpreis der Stadt Geretsried in Anerkennung für sein kulturelles Engagement

2016: Egerländer Kulturpreis „Johannes-von-Tepf“ 2018: Bronzene Bezirksmedaille des Bezirks Oberbayern für sein ehrenamtliches kulturelles Engagement

2018: Isar-Loisach-Medaille für ehrenamtliche Volkstumspflege

Und dies ist tatsächlich nur eine Auswahl der Ehrungen, die Roland Hammerschmied bisher zuteil wurden. Die Krönung aller bisherigen Auszeichnungen folgt nun in diesem Jahr und am heutigen Abend – der Sudetendeutsche Kulturpreis für Volkstumspflege!

Für all dieses Engagement, das kaum Platz findet in einer einzigen Laudatio, seinen unermüdlichen Einsatz für den Erhalt Sudetendeutscher Kultur, seine herausragende Jugendarbeit und dafür, dass immer, wenn man denkt, man habe nun endlich alle seine Facetten gesehen, er noch eine weitere zeigt – für all das erhält Roland Hammerschmied am heutigen Abend den Kulturpreis für Volkstumspflege der Sudetendeutschen Landsmannschaft.

Und niemandem würde ich lieber dazu gratulieren als Dir, lieber Roland.

Herzlichen Glückwunsch!

Oh, und wer glaubt, ich habe übertrieben, kann sich unter anderem am morgigen HEIMAT!abend persönlich von seinem Talent überzeugen.

Keine Berichte

**C. e) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen: Veränderung der
Geschichtslandschaft durch Umbenennung von Straßen usw.**

Seiten C 61 - C 74

Keine Berichte

01) Feierliche Verabschiedung von Gerhard Zeihsel



Am vergangenen Freitag nahmen wir in der großen Halle des Wiener Zentralfriedhofs von SLÖ-Ehrenobmann und VLÖ-Vizepräsident, **LABg. u. GR a.D. Gerhard Zeihsel**, der am 12.4. im 85. Lebensjahr plötzlich und unerwartet verstorben war, feierlich Abschied.

Nach der Eröffnung der Verabschiedung durch hinführende Worte von unserem Landsmann, em. Domdekan zu St. Stephan, **Prälat Karl Rühringer** und Fürbitten für den Verstorbenen durch den VLÖ-Vorstand sprachen VLÖ-Präsident **Ing. Norbert Kapeller**, SLÖ-Bundesobmann **DDr. Rüdiger Stix**, **Steffen Hörtler** (Landes- und stellv. Bundesvorsitzender der SL, BdV-Vizepräsident), **Dr. Reinfried Vogler** (Vorsitzender der SL-Bundesversammlung a.D.), **HR Hubert Rogelböck** (SdJÖ), **Josef Eichmair** (VdSt Sudetia), **Anneliese Kitzmüller**, 3. NR-Präsidentin a.D., **Veronika Matiasek**, 2. Wiener Landtagspräsidentin a.D. und Abg. z. NR **Mag. Dr. Gudrun Kugler** jeweils in sehr persönlichen, berührenden Worten über den lieben Verstorbenen.

Unser Mitgefühl gilt vor allem seiner Familie, zuvorderst der trauernden **Witwe Reinhilde**, die ihn in jeder Lebenslage aktiv unterstützte

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 30, 2024

Wien, am 06. Mai 2024

02) 100. Todestag von Franz Kafka

Heute vor einhundert Jahren verstarb mit [Franz Kafka](#) einer unserer berühmtesten Landsleute in Kierling bei Klosterneuburg (der Patenstadt der Sudetendeutschen).

Am **6. Juni** 1924 trat Kafkas Körper seine allerletzte Reise nach Prag an. Genau auf dem Tag 100 Jahre später beginnen die KAFKA TAGE in **Gmünd** und Gmünd-Bahnhof / České Velenice. In jeweils einem Abteil der Züge aus Wien (Abfahrt 15:00) und Prag (Abfahrt 14:21) startet das Programm bereits auf der Fahrt mit **Lesungen** von Kafkatexten. Im **Zug aus Wien** komend liest der Schauspieler **Peter Appiano**, begleitet von **Otto Lechner**. Bei der Bahnfahrt **aus Prag** wird der junge Schauspieler **Simon Puzej** und die Kafkaexpertin **Gabi Kalinová** die Mitreisenden an das Gedenkjahr erinnern. Bei der Ankunft der beiden Züge am ehemaligen Gmünder **Bahnhof (heute České Velenice)** werden die ankommenden Gäste mit Musik aus den 1920er Jahren begrüßt. **Anne Bennent** liest den **Nachruf** auf Franz Kafka, der ebenfalls auf den Tag genau vor 100 Jahren in einer Prager Zeitung erschienen ist, verfasst von **Milena Jesenská**, die als „Kafkas Freundin“ in die Weltliteratur eingegangen ist.

[Hier erfahren Sie mehr zu dieser einmaligen Gedenkveranstaltung des Vereins „Übergänge / Přebody“.](#)

<https://archive.newsletter2go.com/?n2g=dfjqd0mb-x3yq1t7n-16xc>

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 37, 2024

Wien, am 06. Juni 2024

Teil D

Inhaltsverzeichnis (Seite D I)

**D. Beiträge zur geschichtlichen und geographischen Landeskunde
Seiten D 1 – D 3**

B ö h m e n und M ä h r e n (Seite D 1)

01) Minderheitensprache(n) fördern

S i e b e n b ü r g e n (Seiten D 2– D 3)

01) Andreanum

B ö h m e n und M ä h r e n (Seite D 1)

01) Minderheitensprache(n) fördern

Das **Bildungs- und Medienangebot** in **deutscher Sprache** soll in den grenznahen Regionen Tschechiens ausgebaut werden, berichtet der *Deutschlandfunk* über Pläne der tschechischen Behörden. Die Bemühungen sind Teil des Aktionsplans zur **Förderung der Minderheitensprachen** im Land. Neben dem Deutschen gehören Mährisch-Kroatisch, Polnisch, Romani und Slowakisch zu den Minderheitensprachen. In den Schulen werde neben der Landessprache (*Anm.: seit der Vertreibung*) nur Polnisch als Unterrichtssprache zugelassen. Deutsch gebe es nur als Fremdsprachenunterricht. ([deutschlandfunkkultur.de](https://www.deutschlandfunkkultur.de))

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 36, 2024

Wien, am 29. Mai 2024

Siebenbürgen (Seiten D 2– D 3)

01) Andreanum

800 Jahre Recht und Verfassung der Siebenbürger Sachsen. Die neue Wanderausstellung des Deutschen Kulturforums wird auf dem Heimattag der Siebenbürger Sachsen 2024 in Dinkelsbühl erstmals gezeigt



Eine Tafel der Wanderausstellung *Andreanum. 800 Jahre Recht und Verfassung der Siebenbürger Sachsen.* (Ausschnitt)





© Deutsches Kulturforum östliches Europa


Als König Andreas II. von Ungarn 1224 die Rechte der deutschen Siedler des südlichen Siebenbürgen in einer später »Andreanum« genannten Urkunde bestätigte, war die darin definierte weitreichende Autonomie für jene Zeit nichts Einzigartiges. Sie wurde es erst durch ihre konsequente Wahrung und ihren Ausbau im Laufe der Jahrhunderte. Auf der Basis dieses bis ins 17. Jahrhundert vielfach bestätigten Dokuments wurden die Deutschen Siebenbürgens schließlich zum staatstragenden Landstand und konnten ihre besondere Rechtsstellung bis 1876 halten – die jahrhundertelange Erfahrung befähigte sie anschließend zu modernen Organisationsformen bis in die Gegenwart hinein. Diese langanhaltende Wirkung eines Stück Pergaments von vor 800 Jahren ist Inhalt einer dreisprachigen – deutsch, englisch, rumänisch – Wanderausstellung, die am Pfingstamstag erstmals der Öffentlichkeit präsentiert wird.

Programm

Zur Eröffnung sprechen:

- Dr. Harald Roth, Deutsches Kulturforum östliches Europa
- Thomas Șindilariu, Unterstaatssekretär beim Department für interethnische Beziehungen der Regierung Rumäniens

Eine Wanderausstellung des  Deutschen Kulturforums östliches Europa in Zusammenarbeit mit dem  [Departement für interethnische Beziehungen beim Generalsekretariat der Regierung Rumäniens](#), dem  [Demokratischen Forum der Deutschen in Siebenbürgen](#) und dem  [Verband der Siebenbürger Sachsen in Deutschland](#) sowie weiteren Partnern

In Dinkelsbühl gezeigt im Rahmen des  [74. Heimattages der Siebenbürger Sachsen 2024 »75 Jahre Gemeinschaft – Mach mit!«](#)

Das Kulturforum wird gefördert von der  [Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien](#).

<https://www.kulturforum.info/de/termine/veranstaltungen/1024414-andreanum>

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 31, 2024

Wien, am 08. Mai 2024

Teil E

Inhaltsverzeichnis (Seiten E I – E VIII)

Großgliederung Europas

Seite E 0

E. a) Themen global, die uns auch bewegen **Seiten E 01– E 12**

- 01)** Mit Koffern voller Angebote. Die sich wandelnde Weltordnung drängt China zum Handeln. Auch in Europa buhlt das Land um strategische Partner – etwa in Paris. Von Nickolay Kapitonenko
- 02)** Aus Hetze wird Gewalt. Gewalt gegen Journalisten nimmt zu. Das unterhöhlt auch die Demokratie, die ohne eine unabhängige Berichterstattung nicht funktionieren kann. Von Jodie Ginsberg
- 03)** Am Kipppunkt. Krisen über Krisen setzen Demokratien weltweit zu. Dabei ist das Gesellschaftssystem sehr erfolgreich, muss aber seine Stärken ausspielen. Von Jan Zielonka

E. b) Verteidigungsbündnisse: NATO u.a. **Seite E 13**

Keine Berichte

E. c) Europa, Europa und die Welt **Seite E 14**

Keine Berichte

E. d) Europäische Union (EU) **Seiten E 15 – E 31**

- 01)** Europa vor der Wahl. Was ist das Selbstverständnis der EU und wie könnte ihre zukünftige Rolle in der Weltpolitik aussehen? Ein Blick in Ivan Krastevs Werk könnte helfen. Von Leander Scholz
- 02)** Bauernopfer. Ursula von der Leyens Deal mit dem Libanon schadet nicht nur Flüchtlingen dort. Er untergräbt auch die Glaubwürdigkeit der EU. Von Sabrina Kaschowitz & Hussam Baravi
- 03)** Gespenster der Vergangenheit. Bei den Europawahlen droht nicht nur ein Zugewinn der Rechtspopulisten, sondern auch ein Rückfall in die leidige Sparpolitik. Von Robert Misik
- 04)** Von wegen Europafeinde. Rechtspopulisten gerieren sich vermehrt als die wahren Verteidiger Europas. Die Wirkkraft dieser Erzählung sollte nicht unterschätzt werden. Von Ernst Hillebrand

- 05)** Frieden mit wem? Vom russischen Angriff auf die Ukraine aufgeschreckt, soll die EU in den Kriegsmodus wechseln. Doch ein Friedensprojekt war der Staatenbund noch nie. Von Hans Kundnani

E. e) Mitteleuropa

Seite E 32

Keine Berichte

E. f) BR Deutschland und nahe Staaten

Seiten E 33 – E 106

Niederlande (Seiten E 33 – E 36)

- 01)** Das neue holländische Regierungsprogramm

BR Deutschland (ohne Berlin und Land Brandenburg)

(Seiten E 37 – E 75)

- 01)** Keine Berührungängste. Rechtspopulisten mobilisieren die Massen auf TikTok. Ein Verbot der App würde das eigentliche Problem jedoch nicht lösen. Von Joscha Wendland
- 02)** Spargelzeit im Nil. Von Ed Koch
- 03)** Erwartungsgemäß. Von Ed Koch
- 04)** Blankes Entsetzen. Von Ed Koch
- 05)** Terror lohnt sich. Von Ed Koch
- 06)** Demokratie in Gefahr? Deutschlands Debatte um die Gefahr von rechts dreht sich um sich selbst. Dabei würde der Blick zu den europäischen Nachbarn helfen. Von Nils Meyer-Ohlendorf
- 07)** Düsseldorf. Von Ed Koch
- 08)** EUREF begrüßt Europa. Von Ed Koch
- 09)** KW 21 (20. bis 26.05.2024) Im Rahmen unserer Möglichkeiten. Von Ed Koch
- 10)** „Keine Sonderstellung für Amtsträger“. Ex-Justizministerin Herta Däubler-Gmelin über den Haftbefehl-Antrag gegen Netanjahu, Doppelstandards und eine mögliche Verhaftung in Deutschland. Interview. Die Fragen stellten Joscha Wendland und Nikolaos Gavalakis
- 11)** Die große Illusion. Von Ed Koch
- 12)** Das Leipzig Ritual. Von Ed Koch
- 13)** KW 20 (13. bis 19.05.2024) – De-Risking. Von Ed Koch
- 14)** Hauptsache, der Hintern ist sauber. Von Ed Koch
- 15)** Willy. Von Ed Koch
- 16)** Blitzableiter. Die Klimabewegung schießt sich auf Elon Musk und Tesla ein. Bei der deutschen Autoindustrie, die weiter auf Verbrenner setzt, knallen die Sektkorken. Von Timo Daum & Andreas Knie

- 17) Befreiung aus der Schockstarre. Millionen Menschen gehen nach der Correctiv-Veröffentlichung „Geheimplan gegen Deutschland“ auf die Straße. Es ist Zeit, andere Fragen zu stellen. Von Justus von Daniels

Berlin und Land Brandenburg (Seiten E 76 – E 106)

- 01) KW 45 2008 – KW 22 2024 Die Vollendung. Von Ed Koch
02) Der SPD ist nichts peinlich. Von Ed Koch
03) Doppelspitze, ja aber
04) Strömungen. Von Ed Koch
05) Größter Vorsitzender aller Zeiten. Von Ed Koch
06) Jetzt geht's los!!! Von Ed Koch
07) Holz, Ziegel, Lehm
08) Besuch aus Israel. Von Ed Koch
09) Moralspektakel. Von Ed Koch
10) Versteckte Helden. Von Ed Koch
11) Die Stunden Null. Von Ed Koch
12) Als der Strom nach Berlin kam. Von Ed Koch
13) KW 18 (19.04. bis 05.05.2024) – Verkehrsrückwende. Von Ed Koch
14) Wohnen statt parken. Von Ed Koch
15) Wärmer geht's nicht. Von Ed Koch
16) Grüner geht's nicht. Von Ed Koch

E. g) Ostmitteleuropa

Seiten E 107 – E 111

Tschechien (Seite E 107)

- 01) Minderheitensprache(n) fördern

Ungarn (Seiten E 108 – E 111)

- 01) Exportschlager „illiberale Demokratie“. Viktor Orbáns Ungarn bietet der radikalen Rechten weltweit nicht nur eine Blaupause für den Staatsumbau. Es treibt auch ihre Vernetzung voran. Von Thomas Greven

E. h) Osteuropa

Seiten E 112– E 140

Ukraine (Seiten E 112 – E 122)

- 01) Das Lego-Prinzip. Vom Krieg hart getroffen, braucht die Ukraine Zukunftsperspektiven. Beim Wiederaufbau sollten vier Aspekte besonders im Fokus stehen. Von Svenja Schulze
02) Gebot der Realpolitik. Wer derzeit für Frieden plädiert, wird oft attackiert. Doch die Suche nach Wegen, den Krieg in der Ukraine zu beenden, erfordert eine breite Debatte. Von Frank Hoffer

- 03)** Eine Frage der Existenz. Die ukrainische Armee braucht neue Soldaten. Doch die Maßnahmen der Regierung sind wenig erfolgversprechend und drohen, die Gesellschaft zu spalten. Von Anastasia Magazowa

R u s s l a n d (Seiten E 123 – E 140)

- 01)** Atmosphäre der Angst. Jeder denunziert jeden: In Russland nehmen „Bürgerbeschwerden“ stark zu. Die Gesellschaft nimmt den Rückfall in den Stalinismus stoisch hin. Von Daria Boll-Palievskaya
- 02)** Russische Zwickmühle. Mit der Eröffnung einer neuen Front setzt Moskau die Ukraine unter Druck. Eine Besserung der Lage ist erst 2025 zu erwarten. Von Michael Kofman & Rob Lee
- 03)** Experiment ohne Erfolgsgarantie. Putin kann mit seiner Kabinettsumbildung zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Ein Außenseiter wird überraschend neuer Verteidigungsminister. Von Tatiana Stanovaya
- 04)** Im Kreuzfeuer. Russland rekrutiert junge Nepalesen für den Krieg in der Ukraine. Angehörige fordern ein Einschreiten von ihrer Regierung. Von Kamal Dev Bhattarai
- 05)** Im Osten nichts Neues. Sowjetnostalgie und antiwestliche Stimmungsmache: Putin setzt unbeirrbar auf alte Grundpfeiler russischer Politik. Europa muss sich warm anziehen. Von Cord Jakobeit & Dmytro Mykhailychenko

E. i) Mittelasien / Kaukasusgebiet / Türkei

Seiten E 141 – E 144

G e o r g i e n (Seiten E 141 bis E 144)

- 01)** Schwieriger Balanceakt. Das Gesetz gegen ausländische Einflussnahme in Georgien bietet Anlass zur Sorge. Allerdings sollte sich der Westen aus den Protesten heraushalten. Von Artin DerSimonian & Anatol Lieven

E. j) Südosteuropa

Seite E 145

Keine Berichte

E. k) Süd- und Westeuropa

Seiten E 146 – E 149

Frankreich (Seiten E 146 bis E 149)

01) Glücksmann. In Frankreich führt der Spitzenkandidat die Sozialisten zu neuen Höhenflügen. Doch die Europawahl könnte auch Le Pen einen gewaltigen Schub geben. Von Adrienne Woltersdorf

E. l) Nordwest- und Nordeuropa

Seiten E 150 - E 152

Großbritannien (Seiten E 150 bis E 152)

01) Abgründe der Energiewende. Während Minenbetreiber in Schweden gute Geschäfte machen, bleibt für die Gemeinden wenig übrig – außer zerstörter Natur. Von Lisa Pelling



P. Jordan: „Großgliederung Europas nach kulturellräumlichen Kriterien“, Europa Regional 13 (2005), Heft 4, Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig. Karte Europa Grünes Band.png

https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Grossgliederung_Europas.png

Eine eindeutige Definition der geografischen Regionen West- und Ostmitteleuropa ist kaum sinnvoll, weil die historische Entwicklung und der Entwicklungsstand[1] der dort liegenden Staaten zu berücksichtigen wäre.

Im Sprachgebrauch West- und Mitteleuropas spiegelt sich annähernd folgende Zuordnung der Staaten wider:

- Westmitteleuropa: Deutschland, Österreich, die Schweiz und Liechtenstein
- Ostmitteleuropa: zumindest Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn. Manchmal werden auch Rumänien, Slowenien und Kroatien dazugezählt.

Landschaftlich gehört Ostösterreich zu Ostmitteleuropa, die Zuordnung Österreichs zu Westmitteleuropa wurzelt politisch-geographisch in der Zeit des mittleren zwanzigsten Jahrhunderts. Physisch ist hier die Grenze im Raum zwischen Alpen und Böhmischer Masse zu sehen. Diese Grenze entspricht etwa den klimatischen Grenzen des atlantischen Einflussbereichs zum Pannonischen Klima.

West- und Ostmitteleuropa in diesem weiteren Sinne zusammen entsprechen etwa auch dem Begriff Mitteleuropa oder Zentraleuropa, englisch Central Europe (CE). Abzugrenzen ist diese kulturgeographische Region vom wirtschaftspolitischen Begriff MOEL Mittel- und osteuropäische Länder / CEE Central and Eastern Europe, einem Konzept, das etwas umfassender dem hier erwähnten Ostmitteleuropa entspricht oder umfassend östlicher zu sehen ist.

Quelle: WIKIPEDIA „Ostmitteleuropa“, aufgerufen am 28.11.19, 12:50 Uhr:

<https://de.wikipedia.org/wiki/Ostmitteleuropa>

s.a. Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg: Begr. „Ostmitteleuropa“ im

Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa

<https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/ostmitteleuropa>

Teil E

E. a) Themen global, die uns auch bewegen

Seiten E 01– E 12

01) Mit Koffern voller Angebote. Die sich wandelnde Weltordnung drängt China zum Handeln. Auch in Europa buhlt das Land um strategische Partner – etwa in Paris

Von Nickolay Kapitonenko



Nickolay Kapitonenko, Kiew

Dr. Nickolay Kapitonenko ist außerordentlicher Professor am Institut für Internationale Beziehungen an der Nationalen Taras-Schewtschenko-Universität Kiew und Direktor des Zentrums für Studien der Internationalen Beziehungen.

14.05.2024



picture alliance / Associated Press | Aurelien Morissard

Durch den andauernden russischen Krieg in der Ukraine verändert sich Schritt für Schritt die internationale politische Landschaft. Auch Staaten, die vom realen Kriegsgeschehen weit entfernt sind, verfolgen die Veränderungen aufmerksam. Der Krieg setzt im internationalen Interaktionsgefüge komplexe Mechanismen in Gang, stellt bestehende Bündnisse auf eine Bewährungsprobe und verschiebt die Kräfteverhältnisse. Dabei geht es nicht nur um die unklare Zukunft der internationalen Ordnung, sondern auch um wichtige konkrete und aktuelle außenpolitische Fragen – zumindest für diejenigen Staaten, die sich das leisten können.

Peking beobachtet den Lauf der Dinge schon seit Langem und ist zu dem Schluss gekommen, dass es jetzt an der Zeit ist, zu handeln. Die Europatournee des chinesischen Staats- und Parteichefs Xi Jinping ist Teil einer langfristig angelegten Strategie Chinas, mit Initiativen zur globalen Sicherheit, globalen Entwicklung und globalen Zivilisation seine Vision einer neuen internationalen Ordnung zu verwirklichen, wobei Peking unter anderem die Veränderungen im globalen Kräfteverhältnis im Blick behält. China ist gewillt und gerüstet, weltpolitisch eine bedeutendere Rolle zu übernehmen, und kann sich dabei auf sein massiv gewachsenes Wirtschaftspotenzial stützen: In Kaufkraftparitäten gerechnet, ist das Land mittlerweile die größte Volkswirtschaft der Welt, auch wenn es noch nicht an die historischen Rekordzeiten unter Kaiser Qianlong anknüpfen kann, als Chinas Anteil an der globalen Wirtschaftskraft bei 30 Prozent lag.

Großen Anteil an Chinas wirtschaftlichem Erfolg hat das weltweite Freihandelssystem, dem sich das Land 2001 anschloss. Aufgrund dieses Systems ist die gigantische exportorientierte Volkswirtschaft auf eine zuverlässige Energieversorgung und auf den Zugang zu den größten Märkten in Südostasien, Europa und Nordamerika angewiesen und eingebunden in ein komplexes Beziehungsgeflecht mit den USA, der EU, Russland und einer Reihe von Regionalmächten in der ganzen Welt, das von wechselseitigen Abhängigkeiten, erbitterter Konkurrenz und zeitweise auch von Handelskriegen geprägt ist. Stellt man dazu noch die offenkundige Krise der Weltordnung und den Russland-Ukraine-Krieg in Rechnung, wird deutlich, welche Herkulesaufgabe Xi Jinping zu bewältigen hat.

Die zentralen Herausforderungen sind dabei die Rivalität mit den USA, der schwierige Dialog mit Europa und die Beziehungen zu Russland. Die sich wandelnde Vierpunkt-Geometrie der multipolaren Weltordnung drängt China zum Handeln. Während eine Konfrontation mit den USA unausweichlich und das Verhältnis zu Moskau ziemlich stabil scheint, richtet sich der für China entscheidende Fokus auf Europa.

Inzwischen geht es um den Ausbau einer alternativen Sicherheitsordnung in Eurasien, die sich auf eine Partnerschaft zwischen Europa und China gründet.

Im April reiste Bundeskanzler Olaf Scholz nach China. Gesprächsthemen waren der Handel, der Wettbewerb und der Unmut in der EU über die staatlichen Subventionen für chinesische Unternehmen. Für seine Europatournee im Mai suchte Xi Jinping sich Frankreich, Serbien und Ungarn aus. Auf der Themenliste standen auch dort Handel, Subventionen und Wettbewerb, aber darüber hinaus auch politische Fragen, die mit dem Russland-Ukraine-Krieg und übergeordneten geopolitischen Plänen zusammenhängen.

Besonders stark war das bei Xi Jinpings Besuch in Paris der Fall, bei dem nicht zuletzt Frankreichs spezieller Umgang mit den transatlantischen Beziehungen zum Tragen kam. Die Aussage des chinesischen Staats- und Parteichefs, China und Frankreich sollten gemeinsam auf den Aufbau einer gleichberechtigten und multipolaren Welt hinarbeiten, mussten dort auf besonders offene Ohren stoßen. Im Kern bot Xi Jinping Frankreich eine maximal breite Zusammenarbeit in allen Bereichen an, die sich auf die Kerngedanken seiner globalen Initiativen stützt: die Vermeidung einer Blockkonfrontation und der beiderseitige Nutzen. Der Handelsdialog mit Deutschland wurde in Paris mit geopolitischen Ideen angereichert: Inzwischen geht es nicht nur um 15 Prozent der chinesischen Exporte in die EU, sondern auch um den Versuch, eine alternative Sicherheitsordnung in Eurasien aufzubauen, die sich auf eine Partnerschaft zwischen Europa und China gründet. Wenn die Diskussionen über einen Neo-Isolationismus in den USA nach der dortigen Wahl lauter werden, ist nicht auszuschließen, dass solche Gedanken auch in Europa an Popularität gewinnen.

Seite E 3 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Interessant ist auch, dass bei Xi Jinpings Reiseplanung die Wahl auf Serbien und Ungarn fiel. Ausschlaggebend war natürlich nicht, dass Xi Jinping in jungen Jahren ein Fan des jugoslawischen Films „Auftrag für Tiger“ (Originaltitel: „Die Brücke“) war und gern die jugoslawische Version des Liedes „Bella Ciao“ hörte. Der Besuch fand genau 25 Jahre nach dem Tag statt, an dem im Zuge der NATO-Operation die chinesische Botschaft in Belgrad durch eine amerikanische Fliegerbombe zerstört wurde und an den man sich in Serbien sehr gut erinnert – ein guter Ansatzpunkt, um einmal mehr mögliche Bruchlinien im Verhältnis zwischen Europa und den USA aufzuspüren und zumindest einigen europäischen Ländern eine Alternative anzubieten. Auch hier traf der Gast auf ein dankbares Publikum: Xi Jinping und Aleksandar Vučić unterzeichneten rund 30 Abkommen – darunter eine Erklärung mit dem bedeutungsschweren Titel „Zum Aufbau einer chinesisch-serbischen Schicksalsgemeinschaft“, mit der die strategische Partnerschaft der beiden Staaten ausgeweitet werden soll. Sie beinhaltet Investitionen, finanzielle Zusammenarbeit und – wie bei China üblich – Hochtechnologien. Serbien ist ein wichtiger Baustein der für China essenziellen Initiative „Neue Seidenstraße“, und umgekehrt ist China der wichtigste Investor für die serbische Wirtschaft. Im Juli tritt ein Freihandelsabkommen zwischen den beiden Ländern in Kraft, das Chinas Position auf dem Balkan weiter stärken wird.

Während in der gemeinsamen Erklärung mit Serbien von einer „Schicksalsgemeinschaft“ die Rede ist, sprach Xi Jinping in Budapest von einer umfassenden strategischen „Allwetter-Partnerschaft“ in einer neuen Epoche. Auch das EU-Mitglied Ungarn spielt eine wichtige Rolle in den Plänen für die „Neue Seidenstraße“ – und bekam ebenfalls eine Zusammenarbeit in den Bereichen Infrastrukturentwicklung, grüne Energieversorgung und Künstliche Intelligenz angeboten. Auch über die multipolare Weltordnung, eine inklusive Globalisierung und Gerechtigkeit wurde in Budapest gesprochen.

Serbien und Ungarn hat China schon seit Langem besonders im Blick.

Sowohl Serbien als auch Ungarn hat China seit Langem besonders im Blick. Schon seit den Zeiten, als sie in Form des Titoismus und des Kádárismus („Gulaschkommunismus“) eigenständige nationale Modelle von Sozialismus einführten, studiert China die Erfahrungen der beiden Länder sehr aufmerksam. Später verfolgte das Land mit Interesse die postsozialistischen Wandlungsprozesse in beiden Ländern, zog seine Lehren daraus und nahm dabei auch ihre Rolle in der Region in den Blick. Heute haben sie eine wichtige Funktion für Peking's Pläne, die offenbar darauf abzielen, die Länder Europas individuell vom Nutzen einer alle Bereiche umfassenden Partnerschaft mit China zu überzeugen.

Bei seiner Europatournee ging es Xi Jinping jedoch um weit mehr als darum, die Probleme mit dem Import chinesischer Elektroautos nach Europa oder mit dem von den Europäern beklagten unlauteren Wettbewerb zu lösen. Die Reise wirkt wie ein Versuch, das Heft des Handelns in die Hand zu nehmen zu einem Zeitpunkt, da die internationale Ordnung sich im Krisenmodus befindet. Bei einem solchen Versuch geht es allerdings unweigerlich auch um den Russland-Ukraine-Krieg und Chinas Haltung dazu.

Dass diese Haltung den Europäern Sorgen bereitet, ist nachvollziehbar. Ebenso wenig ist von der Hand zu weisen, dass eine Niederlage Russlands für China nicht hinnehmbar ist. Das erschwert die Suche nach für beide Seiten vorteilhaften Lösungen der Wirtschafts- und Handelsprobleme. Das europäische Kalkül, China werde in welcher Form auch immer Druck auf Russland ausüben, wirkt nicht überzeugend. Peking hat sich erfolgreich auf die Realitäten des Krieges eingestellt, die mit diesem Krieg verbundenen Risiken eingegrenzt

Seite E 4 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

und Russlands Schwäche und Verwundbarkeit zum größtmöglichen eigenen Vorteil ausgenutzt und gleichzeitig die Bereitschaft signalisiert, eine Vermittlerrolle zu übernehmen und aktiv an der Gestaltung einer Nachkriegsordnung mitzuwirken – sobald die Voraussetzungen dafür gegeben sind.

Zugleich kommt Europa in Chinas übergeordneter Gesamtstrategie eine Schlüsselrolle zu: Wenn es gelänge, Europas Bindung an die USA zu schwächen und die durch Russlands Angriff auf die Ukraine zum Teil zerstörten Bande zwischen den beiden entgegengesetzten Polen Eurasiens wiederherzustellen, wäre Chinas Position in der multipolaren Weltordnung erheblich gestärkt. Aber lohnt es sich für Peking, für eine Annäherung an die EU eine Kehrtwende in seinem Verhältnis zu Russland in Kauf zu nehmen?

Bei Putins bevorstehendem China-Besuch, aber auch beim Friedensgipfel in der Schweiz wird sich zeigen, wie unverrückbar Pekings Position ist.

Das ist und bleibt eine offene Frage. Russland ist für China zu wichtig – zum einen als Energielieferant und zum anderen als Partner bei der Umgestaltung der Weltordnung. Auch Europa ist wichtig, aber vorerst nur als Handelspartner. Für eine echte strategische Partnerschaft zwischen China und Europa (und nicht nur zwischen einzelnen Ländern) gibt es bislang noch zu viele Hindernisse. Bei Putins bevorstehendem China-Besuch, aber auch beim Friedensgipfel in der Schweiz wird sich zeigen, wie unverrückbar Pekings Position ist.

Der Russland-Ukraine-Krieg entfaltet Schritt für Schritt globale Wirkungen. Die Dynamik und der Charakter dieses Krieges sind in den Augen vieler Beobachter in aller Welt ein Zeichen für die Schwäche des Westens. Die globale Kräfteverschiebung schreitet voran und zeigt die Grenzen der Großmächte auf. Viele Regierungen, die Pekings Einschätzung teilen, dass die monopolare Welt am Ende ist, erinnern an die Strategie des Ausgleichs. Sie kann die Möglichkeit eröffnen, die Risiken auf ein Minimum zu reduzieren und größere Spielräume zu schaffen. Für eine solche Politik – auch *Hedging* genannt – könnten sich nicht nur Chinas regionale Nachbarn, sondern auch geografisch weiter entfernte Partner wie eben Serbien und Ungarn erwärmen. Wenn das *Hedging* mehr in Mode käme, könnte Peking schon bald auf seine Angebote an Europa zurückkommen – und dann wäre es schwerer, sie auszuschlagen.

Aus dem Russischen von Andreas Bredenfeld

https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/xi-in-europa-7502/?utm_campaign=de_40_20240514&utm_medium=email&utm_source=newsletter

02) Aus Hetze wird Gewalt. Gewalt gegen Journalisten nimmt zu. Das unterhöhlt auch die Demokratie, die ohne eine unabhängige Berichterstattung nicht funktionieren kann

Von Jodie Ginsberg



Jodie Ginsberg, New York

Jodie Ginsberg ist CEO des *Committee to Protect Journalists*, einer gemeinnützigen Organisation, die sich weltweit dafür einsetzt, dass Medienschaffende frei und sicher berichten können.

08.05.2024



Pressefreiheit in Gefahr: Ein Polizist behindert die Arbeit eines Journalisten.- *picture alliance / ZB | Arno Burgi*

Allein in der ersten Woche dieses Jahres wurden mindestens 18 Journalisten und Journalistinnen [angegriffen](#) oder drangsaliert, während sie über mutmaßliche Wahlunregelmäßigkeiten und Gewalt in Bangladesch berichteten. Anfang Februar wurden Medienschaffende in Pakistan durch eine Welle der Gewalt, großflächige Internet-Blackouts und die Sperrung von Mobilfunknetzen an der Berichterstattung über die Wahlen [gehindert](#). Im März wurden Journalisten in der Türkei [beschossen](#) und daran gehindert, Kommunalwahlen zu beobachten, obwohl das Gesetz eigentlich auf ihrer Seite steht.

Es war ein beunruhigender, aber nicht besonders überraschender Start in dieses „Superwahljahr“. Wenn die [Hälfte der Weltbevölkerung ihre Stimme abgibt](#), ist eine unabhängige Berichterstattung über die Kandidaten und die Themen unerlässlich. Doch die Angriffe auf die Medien nehmen zu, selbst in reiferen Demokratien. In den Vereinigten Staaten hat die Rückkehr von Donald Trump als Kandidat Erinnerungen an den 6. Januar

Seite E 6 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

2021 geweckt, als seine Anhänger das Kapitol stürmten, sich auf Journalisten stürzten, ihre Kameras zerstörten und „[Murder the media](#)“ an die Türen kritzelten.

Die Angriffe auf die Medien nehmen zu, selbst in reiferen Demokratien.

Solche Beispiele stehen stellvertretend für eine umfassendere Problematik. Von den USA bis Indien werden hart erkämpfte Freiheiten und Rechte ausgehöhlt. Im Jahr 2023 veröffentlichte das *V-Dem*-Institut, das Demokratie weltweit überwacht, einen [Bericht](#), in dem es davor warnt, dass die seit 1989 erzielten Fortschritte bei der Demokratisierung rückgängig gemacht werden. Die Autorinnen und Autoren sehen die zunehmenden Angriffe auf Journalisten als wichtigen Indikator für Autokratisierung: „Aspekte der Meinungs- und Pressefreiheit sind diejenigen, die ‚Möchtegern-Diktatoren‘ am meisten und oft zuerst angreifen.“

Es besteht kein Zweifel daran, dass die Bedrohungen für Journalisten zunehmen, und zwar nicht nur in Ländern, in denen unabhängige Medien immer ein Ziel sind. In den vergangenen drei Jahren hat das Komitee zum Schutz von Journalisten eine [beinahe rekordverdächtige](#) Zahl von inhaftierten Journalistinnen und Journalisten (und sogar Top-Medienmanagern) dokumentiert, auch in vermeintlichen Demokratien wie Guatemala und in Ländern, die einst ein relativ hohes Maß an persönlicher und politischer Freiheit genossen, wie etwa Hongkong.

Die Zahl der Morde an Medienschaffenden ist auf dem [höchsten Stand](#) seit fast einem Jahrzehnt. Im Jahr 2022 wurde der amerikanische Enthüllungsjournalist Jeff German vor seinem Haus in Las Vegas [erstochen](#), und ein Politiker, über den German berichtet hatte, wartet nun auf ein Verfahren wegen des Mordes. Von Washington und Westminster bis Buenos Aires und Budapest erhalten Medienschaffende, die über Politik berichten, täglich Morddrohungen und laufen zunehmend Gefahr, bei politischen Kundgebungen und Protesten zur Zielscheibe zu werden.

Einem UNESCO-[Bericht](#) aus dem Jahr 2021 zufolge haben drei Viertel der befragten Journalistinnen im Internet Hass, Belästigung oder Gewaltandrohungen erlebt. Einer der wahrscheinlichsten Auslöser für solche Übergriffe war die Berichterstattung über „Politik und Wahlen“. Frauen und Angehörige marginalisierter Bevölkerungsgruppen sind die Hauptleidtragenden dieses medienfeindlichen Mobbings im Internet – und die Hetze schlägt häufig in reale Gewalt um.

Die Hetze schlägt häufig in reale Gewalt um.

Die Folgen dieses beunruhigenden Trends sind aber nicht nur auf die Medien beschränkt. Angriffe auf Medienschaffende schaden allen. Journalisten, die über Kandidatinnen und Kandidaten berichten, indem sie ihre berufliche Laufbahn, den Wahrheitsgehalt ihrer Behauptungen und die Glaubwürdigkeit ihrer Versprechen unter die Lupe nehmen, lassen publizistische Sorgfaltspflicht im Interesse der Öffentlichkeit walten. Indem sie über politische Errungenschaften und Misserfolge berichten, tragen sie dazu bei, die offizielle Darstellung eines Kandidaten zu bestätigen – oder zu widerlegen –, und sie entlarven Lügen und Hetzkampagnen als das, was sie sind. Sie liefern auch praktische Informationen über Wahlverfahren und überwachen Wahlunregelmäßigkeiten und Verstöße gegen die Wahlkampffinanzierung. Ohne solche Informationen kann es keine Demokratie geben, sondern eher das, was *V-Dem* als „Wahlautokratie“ bezeichnet, bei der Wahlen leere Rituale sind.

Seite E 7 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Unabhängige Berichterstattung ist zudem entscheidend, um amtierende Machthaber zur Rechenschaft zu ziehen. Es war altmodische, auf Recherche beruhende Berichterstattung, die die gefälschte Biografie des republikanischen New Yorker Kongressabgeordneten George Santos aufdeckte und schließlich zu seinem Rauswurf aus dem Kongress führte (von der [Strafanzeige](#) ganz abgesehen). Es waren Nachrichtenmedien, die [Aufnahmen](#) des Chefs der peruanischen Geheimpolizei, Vladimiro Montesinos Torres, von der Bestechung von Richtern und Politikern veröffentlichten – Enthüllungen, die zum Sturz von Präsident Alberto Fujimori führen sollten. Und es war unabhängige Berichterstattung über „[Partygate](#)“, die Boris Johnson schließlich zum Rücktritt als Premierminister des Vereinigten Königreichs zwang.

Unabhängige Berichterstattung ist zudem entscheidend, um amtierende Machthaber zur Rechenschaft zu ziehen.

Unabhängiger, professioneller Journalismus – sowohl auf lokaler als auch auf nationaler Ebene – ist sogar noch wichtiger geworden, da die Öffentlichkeit heute mit Desinformationen überflutet wird. In einem aktuellen [Bericht](#) der Nachrichtenagentur *Associated Press* heißt es, dass künstliche Intelligenz die Verbreitung von Wahlkampflügen durch Deepfake-Bilder und -Audios, die von echten Aufnahmen nicht zu unterscheiden sind, zusätzlich verschärft. Auch eine im März veröffentlichte [Studie](#) des *Africa Center for Strategic Studies* stellt fest, dass sich Desinformation im Vorfeld der jüngsten Wahlen auf dem gesamten Kontinent vervierfacht hat (im Vergleich zu 2022).

Unabhängige Nachrichtenmedien sind unerlässlich, um diesem technologiegetriebenen Trend entgegenzuwirken. Ein Beispiel sind die diesjährigen [Wahlen in Taiwan](#). Obwohl die Online-Kanäle während des gesamten Wahlkampfs mit Lügen überschwemmt wurden, [deuten Studien darauf hin](#), dass ein Großteil der Desinformation durch die gemeinsamen Bemühungen der lokalen Medien, der Wahlbehörden und der Faktenprüfer entschärft wurde, die sich alle bewusst darauf konzentrierten, Vertrauen aufzubauen und Wählerinnen und Wähler mit den Informationen zu versorgen, die sie brauchen, um eine fundierte, sinnvolle Wahl zu treffen.

Diese Lehren müssen beherzigt und sorgfältig auf Warnsignale geachtet werden. Wenn dieses Jahr ein Lackmustest für die Demokratie auf der ganzen Welt ist, wird ein Vorindikator sein, wie die Medien behandelt werden. Wir müssen weiterhin wachsam sein, wenn es darum geht, eine freie und unabhängige Presse zu verteidigen – und lebendige lokale Medien zu fördern. Wenn wir das nicht tun, können Sie sicher sein, dass die Erosion der Freiheiten auch vor unserer Tür nicht Halt machen wird.

Dieser Artikel erschien ursprünglich auf [Project Syndicate](#).

Aus dem Englischen von Sandra Pontow

https://www.ipg-journal.de/rubriken/demokratie-und-gesellschaft/artikel/aus-hetze-wird-gewalt-7495/?utm_campaign=de_40_20240508&utm_medium=email&utm_source=newsletter

03) Am Kipppunkt. Krisen über Krisen setzen Demokratien weltweit zu. Dabei ist das Gesellschaftssystem sehr erfolgreich, muss aber seine Stärken ausspielen

Von Jan Zielonka



Jan Zielonka, Venedig

Jan Zielonka ist Professor für Politik und Internationale Beziehungen an der Universität Venedig sowie am *St. Antony's College* der Universität Oxford. Er ist der Autor von *Konterrevolution. Der Rückzug des Liberalen Europas* (2019).

07.05.2024 |



Gary Waters.- *picture alliance / Westend61*

Ami Ayalon, früherer Leiter des israelischen Inlandsgeheimdienstes, gestand kürzlich in einem [Interview mit dem New Statesman](#) mit entwaffnender Offenheit: „Wir müssen davon ausgehen, dass wir einen Krieg mit der Hisbollah führen werden, nicht weil wir oder sie es wollen, sondern weil wir die Kontrolle verlieren.“ Dieses Gefühl der Ohnmacht beschränkt sich nicht auf den Libanon oder den Israel-Palästina-Konflikt.

Wir wollten keinen Krieg mit Russland, aber wir haben jeden Einfluss auf das übergriffige Verhalten von Präsident Wladimir Putin verloren. Wir wissen, dass unkontrollierte Märkte erneut abstürzen und massive soziale Schäden verursachen können, aber wir verfügen nicht über die nötigen Werkzeuge, um die globalen Märkte in Einklang zu bringen. Wir verstehen die schrecklichen Folgen des Klimawandels, aber wir brechen immer wieder unsere eigenen Umweltversprechen unter dem Druck von Unternehmen, Landwirten oder Dieselfans. [Wir beklagen](#) den raschen oder gar wilden Fortschritt der Künstlichen Intelligenz,

Seite E 9 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

aber wir wollen trotzdem erst einmal abwarten. Wir rechnen mit einer neuen Gesundheitsgefahr durch unbekanntes Viren oder multiresistente Keime, aber der Abbau der öffentlichen Gesundheitssysteme schreitet ungehindert voran.

Wir wissen, dass unkontrollierte Märkte erneut abstürzen und massive soziale Schäden verursachen können, aber wir verfügen nicht über die nötigen Werkzeuge, um die globalen Märkte in Einklang zu bringen.

Gegen dieses Gefühl der Ohnmacht braucht es vielmehr eine sozialpsychologische als eine politische Therapie. Apokalyptiker werden nie an eine bessere Zukunft glauben, ganz gleich, was geschieht. Allerdings waren sogar berühmte Pessimisten wie Thomas Hobbes überzeugt, eine Regierung könne und solle etwas bewirken: Nur in einem „Naturzustand“ ohne Leviathan sei das Leben „einsam, armselig, ekelhaft, tierisch und kurz“ gewesen, ein Kampf „aller gegen alle“. Leider glauben heute [nur noch wenige Menschen](#), Regierungen könnten unsere Zukunft sichern.

In den 1980er Jahren galt ich als naiver Optimist, wenn ich erklärte, dass Arbeiterstreiks in Polen oder Lichterketten im Baltikum die Sowjetunion und die Berliner Mauer zum Einsturz bringen könnten. Ich bin immer noch überzeugt, dass reiche und gebildete Europäerinnen und Europäer die „Polykrise“ unserer Zeit überwinden können. Wir konnten Russland daran hindern, die gesamte Ukraine zu besetzen, die europäische Schuldenkrise von 2009/10 wurde eingehegt, ständig werden neue Medikamente entdeckt, und die gerade beschlossene KI-Verordnung der EU bietet den Bürgerinnen und Bürgern zumindest einen gewissen Schutz vor neuen Überwachungstechnologien.

Dennoch wird der Europäische *Green Deal* gerade vor unseren Augen [rückgängig gemacht](#) wird – mit verheerenden, vor allem mittel- bis langfristigen Folgen. Das Wettrüsten beschleunigt sich und vertrauensbildende Maßnahmen nehmen ab, was das Risiko eines mutwilligen oder fahrlässigen Kriegsausbruchs erhöht. Die Finanz- und Migrationskrisen werden zwar eingehegt, aber die zugrunde liegenden Probleme nicht befriedigend gelöst, sodass sie in verschärfter Form zurückkehren könnten.

All diese einzelnen Herausforderungen verstärken sich zudem gegenseitig. Wir können über die Bedeutung dieser oder jener Bedrohung diskutieren und entsprechende Untergangsprophetien hinterfragen. Dennoch muss man feststellen, dass sich zahlreiche grundsätzliche Probleme anhäufen, die ohne angemessene Lösungen nicht einfach verschwinden werden. Wie sind wir in dieses Durcheinander geraten?

Diese emotionale Polarisierung macht es schwer, politische Maßnahmen zu treffen, die auf breite öffentliche Zustimmung stoßen.

Gewöhnlich werden inkompetente oder böswillige Politiker für den beklagenswerten Zustand unserer Regierungsführung verantwortlich gemacht. Das Problem daran ist, dass wir je nach ideologischer Haltung unterschiedliche Politikerinnen und Politiker beschuldigen. Wer Liberale aus den Mitte-rechts- oder Mitte-links-Parteien wählt, kritisiert Populisten für Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit, „alternative Fakten“, wenn nicht gar offene Lügen, und autoritäre Tendenzen, die die Demokratie untergraben. Wer Populistinnen und Populisten wählt, beschuldigt die Liberalen, die gewöhnlichen Leute zu vernachlässigen und immer mehr Macht auf die Märkte und nicht gewählte Institutionen wie die Europäische Kommission, Zentralbanken oder Verfassungsgerichte zu übertragen. Liberale werden zudem bezichtigt, die Grenzen für „illegale“ Migrantinnen und Migranten, „subventionierte“ chinesische Produkte und „fremde“ Kulturen zu öffnen.

Seite E 10 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Diese emotionale Polarisierung macht es schwer, politische Maßnahmen zu treffen, die auf breite öffentliche Zustimmung stoßen. Diese Unterstützung braucht man aber, um all die komplexen Herausforderungen auf entschiedene, kohärente, langfristige und parteiübergreifende Weise anzugehen. Allerdings bleiben die Probleme auch dann bestehen, wenn sich Populisten und Liberale einigen, was darauf hindeutet, dass Polarisierung nur einer von vielen Faktoren ist, die unseren Mangel an Kontrolle in dieser chaotischen Gemengelage erklären.

Beispielsweise brachte die russische Invasion in der Ukraine so gegensätzliche politische Akteure zusammen wie den sozialdemokratischen deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz und die italienische Rechtsaußen-Premierministerin Giorgia Meloni, die zur europäischen Opposition zählt. Doch selbst mit vereinten Kräften gelang es ihnen nicht, die russische Aggression zu stoppen – mit verheerenden Folgen nicht nur für die Ukraine, sondern auch für die gesamte EU.

Wirtschaftssanktionen bieten zwar eine überzeugende Alternative zu direktem militärischem Eingreifen, aber damit allein lässt sich kein Aggressor aufhalten.

Ich will damit nicht sagen, wir hätten europäische Truppen in die Ukraine entsenden oder im Gegenteil die Ukraine aufgeben sollen. Es geht darum, dass auch wohlmeinende Politik auf manch irreführenden Annahmen beruht. So glaubten wir etwa, die Ukraine könne sich selbst verteidigen, ohne das russische Kernland anzugreifen. Die Lieferung offensiver statt rein defensiver Waffen an die Ukraine wurde korrekt als Eskalation bewertet, doch dem lag die Annahme zugrunde, die Kosten der Kriegsführung wären für Russland bald nicht mehr tragbar. Diese Kosten fielen niedriger aus, weil auch unsere Sanktionen nur bescheidene Wirkung zeigten. Wirtschaftssanktionen bieten zwar eine überzeugende Alternative zu direktem militärischem Eingreifen, aber damit allein lässt sich kein Aggressor aufhalten.

Es war auch eine Illusion zu glauben, die europäischen Gesellschaften könnten ohne bedeutende Unterstützung der öffentlichen Hand die Kosten des Krieges bewältigen. Die [Anzahl der Geflüchteten](#) oder der Import von Getreide aus der Ukraine beeinträchtigte viele gesellschaftliche Gruppen, die von den Staaten vernachlässigt wurden. Die Investitionen in der Ukraine stammen ebenfalls aus den Taschen anderer und es wurden kaum Anstrengungen unternommen, diese Kosten gleichmäßig zu verteilen. Wütende Bürgerinnen und Bürger gingen auf die Straße und das setzte Regierungen und deren Maßnahmen unter Druck.

Ohne eine europäische Armee lässt sich Putin nur schwer beeindrucken.

Unsere Hoffnung, die Welt würde Europa helfen, das Problem an der Ostgrenze zu lösen, war ebenfalls fehlgeleitet. In Afrika, Lateinamerika, Asien und im Mittleren Osten gab es wenig Sympathien für das reiche und selbstsüchtige Europa. Trotz der verspäteten Unterstützung des US-Kongresses, der Ende April erst die Ukraine-Hilfen freigab, besteht selbst in Nordamerika die weit verbreitete Überzeugung, die Ukraine sei im Wesentlichen ein europäisches Problem. Und ohne eine europäische Armee lässt sich Putin nur schwer beeindrucken.

Angesichts unserer Unfähigkeit, die Ostgrenze Europas zu sichern, wird deutlich, dass man die Kontrolle über schwerwiegende Probleme nicht einfach mit einer geeinten, auf edle Ziele verpflichteten Führung zurückerlangt. Vielleicht ist die Demokratie nicht länger in der Lage, die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger in den „hybriden“ Problemlagen von heute zu erfüllen. Vielleicht müssen wir akzeptieren, dass nicht Europa, sondern China das 21. Jahrhundert bestimmen wird.

Seite E 11 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Obwohl Autokratien wie China und Russland viel Schaden anrichten können, weiß ich aus meiner Lebenserfahrung auf der „falschen Seite“ des Eisernen Vorhangs, dass sie längst nicht so mächtig sind, wie sie scheinen. Die wichtigste Quelle der Macht ist Wissen, das auf der Freiheit des Denkens und des Meinungsaustauschs beruht. Wie Napoleons Außenminister Talleyrand in einem [berühmten Bonmot](#) sagte: „Sie können mit Bajonetten allerlei ausrichten, aber Sie können nicht darauf sitzen.“ Die Geschichte zeigt, dass alle Völker früher oder später Freiheit fordern – und wenn sie das tun, erzittern die Autokratien.

Macht ist jedoch ein relativer, kein absoluter Begriff. Autokratien können erstarken, wenn Demokratien schwächeln. Die Mängel der Demokratie beunruhigen mich am meisten, weil sie unseren wichtigsten Vorteil gegenüber den Autokratien untergraben. Was können wir tun, um demokratische Regierungsführung zu stärken?

Zunächst müssen wir die Polarisierung überwinden, die jeden wichtigen Kompromiss verhindert, der zu einem neuen Gesellschaftsvertrag führen könnte. Eine Regierung, die sich nicht auf einen Gesellschaftsvertrag stützen kann, agiert schwach und willkürlich. Demokratie kann nicht nur *für* die jeweilige Bevölkerung ausgeübt werden, sie muss *von* ihr gestaltet werden. Wahlen können zu Regierungswechseln führen, aber die Bürgerinnen und Bürger haben nicht das Gefühl, dass ihre Stimme zählt.

Deshalb sind die meisten Bürgerinnen und Bürger in Europa mit der demokratischen Funktionsweise ihrer Länder [nicht zufrieden](#). Wenn wir glauben, ein integriertes Europa könne uns helfen, in dieser unruhigen Lage ein Stück weit die Kontrolle zurückzugewinnen, dann brauchen wir auch auf europäischer Ebene einen echten Gesellschaftsvertrag. Das aktuelle Wiedererstarken von Nationalismus und Souveränitätsdenken deutet allerdings nicht in diese Richtung.

Zweitens müssen wir den räumlichen und zeitlichen Horizont der Demokratie erweitern. Demokratische Regierungsführung findet weiterhin nur innerhalb der Grenzen von Nationalstaaten statt und verteidigt die kurzfristigen Interessen der heutigen Wählenden. Kein Wunder, dass die Demokratie in einer zunehmend vernetzten Hochgeschwindigkeitswelt ins Stolpern gerät.

Wer für Demokratie werben will, muss selbst mit gutem Beispiel vorangehen.

Wie kann eine nationale Regierung Weltkonzerne effektiv regulieren? Erfolgreiche Migrationspolitik erfordert das langfristige Engagement zahlreicher Akteure an weit entfernten Schauplätzen, die die Ursachen der Migration wie Krieg oder Armut bekämpfen. Der Klimawandel wird vor allem künftige Generationen betreffen, die bei heutigen Wahlen keine Stimme haben und daher vom politischen Radar verschwinden. Das Internet hat unseren Begriff von Zeit und Raum verändert, doch die Demokratie hat das kaum zur Kenntnis genommen – das sollten wir verändern.

Drittens müssen wir unsere Anstrengungen, im Ausland für Demokratie zu werben, intensivieren und nicht aufgeben. In der „flachen Welt“ von heute brauchen wir nämlich echte Partner, um Frieden, soziale Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung zu fördern. Nach den gescheiterten Versuchen einer Demokratisierung in Afghanistan und Irak fordern manche die Rückkehr zu einer Geopolitik alter Schule, die auf strategische Bündnisse mit Autokraten setzte, während andere sich lieber auf den eigenen Hinterhof konzentrieren wollen. Eine EU, die um den eigenen Nabel kreist und nur mit ihren Problemen beschäftigt

Seite E 12 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

ist, wird jedoch kaum Unterstützung gewinnen – und wer Autokraten umgarnt, ist nicht nur unmoralisch, sondern dumm: Haben wir die tragischen Geschichten unserer „strategischen Bündnisse“ mit Reza Pahlavi im Iran, Zine El Abidine Ben Ali in Tunesien oder Muammar Gaddafi in Libyen schon vergessen?

Wer für Demokratie werben will, muss selbst mit gutem Beispiel vorangehen. Wenn wir zeigen können, dass unsere Demokratien in der Lage sind, Gesellschaftsverträge zu vereinbaren, die zu Frieden und Wohlstand führen, werden Menschen in anderen Teilen der Welt Lust bekommen, diesem Beispiel zu folgen. Europa wird seine Attraktivität nicht durch herablassende Reden und die Gewährung rein paternalistischer Unterstützung wiedergewinnen.

Dieser Artikel ist eine gemeinsame Publikation von [Social Europe](#) und dem [IPG-Journal](#).

Aus dem Englischen von Sabine Jainski

[https://www.ipg-journal.de/rubriken/demokratie-und-gesellschaft/artikel/am-
kipppunkt-
7490/?utm_campaign=de_40_20240507&utm_medium=email&utm_source=newslett
er](https://www.ipg-journal.de/rubriken/demokratie-und-gesellschaft/artikel/am-kipppunkt-7490/?utm_campaign=de_40_20240507&utm_medium=email&utm_source=newsletter)

Keine Berichte

Keine Berichte

01) Europa vor der Wahl. Was ist das Selbstverständnis der EU und wie könnte ihre zukünftige Rolle in der Weltpolitik aussehen? Ein Blick in Ivan Krastevs Werk könnte helfen

Von Leander Scholz



Leander Scholz

Berlin

Dr. Leander Scholz ist Philosoph und Schriftsteller. Zuletzt erschienen von ihm *Die Menge der Menschen. Eine Figur der politischen Ökologie* (Kadmos 2019) und *Die Regierung der Natur. Ökologie und politische Ordnung* (2022).

Aus meinem Bücherschrank 06.06.2024 |



Die Wahl zum EU-Parlament: Richtungsentscheidung für den Kontinent nach dem Ende des globalen Liberalismus.-*picture alliance / Westend61 | Gary Waters*



Ivan Krastev, Stephen Holmes (2019): „Das Licht, das erlosch. Eine Abrechnung“, Ullstein

Seite E 16 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

In diesen Tagen findet die zehnte Direktwahl zum Europäischen Parlament statt. Im Unterschied zur letzten Wahl vor fünf Jahren hat sich mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und den zunehmenden Drohungen seitens Chinas gegen Taiwan nicht nur die weltpolitische Lage erheblich verändert. Sollten die Prognosen zu dieser Wahl zutreffend sein, könnten auch erstmalig in der Geschichte der Europäischen Union rechtsgerichtete Parteien einen wesentlichen Einfluss auf die Staatengemeinschaft haben. Entschieden wird daher nicht nur über eine neue Zusammensetzung des Parlaments, mit der die traditionelle Mehrheit von Konservativen und Sozialdemokraten beendet werden könnte, sondern auch über das politische Selbstverständnis des Kontinents und über seine zukünftige Rolle in der Weltpolitik. Denn die Wahl fällt zusammen mit dem Ende der historischen Epoche eines globalen Liberalismus, die vor über 30 Jahren mit dem Fall der Berliner Mauer ihren Anfang nahm und deren Hoffnungen heute kaum noch jemand teilt. Das Ende der Geschichte ist tatsächlich eingetroffen, nur anders als erwartet.

Zu den politischen Analysten, die sich intensiv mit der Frage beschäftigt haben, was sich in diesen drei Jahrzehnten seit dem Untergang der Sowjetunion derart grundsätzlich am Gefüge der Weltordnung verändert hat, gehört der [bulgarische Politikwissenschaftler Ivan Krastev](#). Vor allem in seinen beiden Büchern *Europadämmerung* (2017) und *Das Licht, das erlosch. Eine Abrechnung* (2019), das letztere geschrieben zusammen mit dem amerikanischen Rechtswissenschaftler Stephen Holmes, versucht er, für die Zeit zwischen 1989 und unserer Gegenwart eine welthistorische Konstellation herauszuarbeiten, in der die politische Mimesis zwischen den verbliebenen Mächten nach dem Ende des Kalten Kriegs eine entscheidende Rolle spielt. Schon häufig haben Politiken der Nachahmung das Schicksal ganzer Epochen bestimmt, vor allem in der europäischen Geschichte, aber auch unter kolonialen Bedingungen. Beispielhaft dafür ist die deutsch-französische Rivalität über mehrere Jahrhunderte, an deren Beginn das deutsche Begehren stand, so sein zu wollen wie der bewunderte Andere.

Sollten die Prognosen zu dieser Wahl zutreffend sein, könnten auch erstmalig in der Geschichte der Europäischen Union rechtsgerichtete Parteien einen wesentlichen Einfluss auf die Staatengemeinschaft haben.

Ausgangspunkt der Überlegungen von Krastev bildet die These, dass sich die aktuelle Konfliktlage der Weltpolitik nicht allein anhand der Differenz von Demokratien und Autokratien begreifen lässt, die für manche Beobachter an die Stelle der politischen Unterscheidung zwischen Kapitalismus und Kommunismus aus der Blockkonfrontation des 20. Jahrhunderts getreten ist. Denn im Unterschied zum Kalten Krieg ist die gegenwärtige Rivalität der Weltmächte kein symmetrisch angeordneter Streit um philosophische Prinzipien. Der ehemalige Eisernen Vorhang war nicht nur eine territoriale Markierung, sondern auch eine ideologische und sogar geschichtsphilosophische. Beide politischen Systeme waren der gleichen Idee des Fortschritts verpflichtet und bezogen sich auf die gleiche philosophische Tradition. Daher konnten sie sich ineinander spiegeln und miteinander wetteifern. Das machte ihre besondere Feindschaft aus. Beide Systeme sahen sich auf dem einzigen richtigen Weg, der die wahre Geschichte der Menschheit sein sollte. Einer der beiden Wege musste somit zwangsläufig falsch sein und in einer Sackgasse enden.

Als Francis Fukuyama nach den weltpolitischen Umbrüchen von 1989 in diesem Sinne seine berühmte These vom Ende der Geschichte formulierte, sah er sich selbst in der geschichtsphilosophischen Tradition von Hegel und des russisch-französischen Philosophen Alexandre Kojève, der bereits in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts in seinen berühmten Hegel-Vorlesungen in Paris die Möglichkeit eines „Stillstands der Geschichte“ diskutiert hatte. In dieser Tradition stellt die Geschichte nicht bloß eine

Aneinanderreihung historischer Ereignisse dar, sondern sie verkörpert philosophische Prinzipien, deren Wahrheiten sich nur geschichtlich offenbaren können. Allein vor diesem Hintergrund konnte der Untergang der Sowjetunion für Fukuyama den historischen Beweis dafür liefern, dass der „liberalen Demokratie und dem mit ihr verbundenen Wirtschaftsliberalismus“ keine Alternative mehr entgegenstehe. Das Ende der Geschichte zu diagnostizieren, bedeutete daher nicht, dass nun nichts mehr geschehe, sondern dass es keinen Grund mehr gebe für die gewaltvolle Auseinandersetzung um die richtige politische Überzeugung.

Diese geschichtsphilosophische Rahmung fehlt der gegenwärtigen Konfliktlage. Ihre historischen Bedingungen sieht Krastev im Sieg des Westens und im Aufstieg der einzig verbliebenen Supermacht zum Weltpolizisten gegeben. Mit der neuen unipolaren Weltordnung gerieten demnach alle anderen Mächte unter einen verschärften Druck der Nachahmung, der nur unzureichend als Globalisierung mit ihren weltpolitischen Hoffnungen erfasst werden kann. Denn Nachahmung kann sowohl in Form einer Mimesis vollzogen werden, mit dem Ziel, letztlich genau so zu werden wie das dominante Vorbild, als auch in Form einer Mimikry, mit dem Ziel, sich dieser Dominanz durch eine partielle Anpassung zu entziehen. Spätestens mit Chinas forcierter Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen und dem Beitritt zur WTO stand zwar der Kapitalismus international nicht mehr zur Disposition, aber das bedeutete nicht, dass die politischen Unterschiede in einer Weltgesellschaft aufgehen würden. Im Gegenteil, an die Stelle des geschichtsphilosophischen Feldes der Unterschiede ist seitdem ein identitätspolitisches Feld getreten.

Für die Westeuropäer bedeute die Erweiterung der Europäischen Union dagegen die Aussicht auf eine postnationale Globalisierung.

Am Beispiel der Flüchtlingskrise von 2015, bei der sich von Anfang an ein tiefer Abgrund der Positionen zwischen westeuropäischen und osteuropäischen Ländern auftat, hat Krastev die Effekte dieses neuen identitätspolitischen Feldes in *Europadämmerung* als „Graben zwischen denen“ beschrieben, „die den Zusammenbruch des Kommunismus und den Zerfall des einstmaligen mächtigen kommunistischen Blocks am eigenen Leib erfahren haben, und jenen, die von solchen traumatischen Ereignissen verschont blieben“. Während die Osteuropäer mit ihrem Beitritt zur Europäischen Union die Hoffnung verbanden, endlich souveräne Nationalstaaten nach westeuropäischem Vorbild zu werden, empfanden sie die Forderungen nach Solidarität als eine kosmopolitische Zumutung, die ihre gerade erworbene Identität bedrohe. Für die Westeuropäer bedeutete die Erweiterung der Europäischen Union dagegen die Aussicht auf eine postnationale Globalisierung, in der kein Platz mehr war für ausgeprägte Nationalgefühle. Vor diesem Hintergrund lässt sich das Projekt einer illiberalen Demokratie auch aus den historisch unterschiedlichen Positionen innerhalb des identitätspolitischen Feldes in der Epoche der Nachahmung begreifen.

Mit der erfolgreichen Globalisierung nach 1989 ist erstmals in der Geschichte ein gemeinsamer symbolischer Rahmen für identitätspolitische Rivalitäten im internationalen Maßstab entstanden. Denn im Unterschied zur Blockkonfrontation gibt es heute weltweit sehr viel größere Gemeinsamkeiten, vor deren Hintergrund erst die politischen Unterschiede eine neue Bedeutung gewinnen. Gerade weil es keinen geschichtsphilosophischen Fluchtpunkt mehr gibt, sondern nur noch die dauerhafte Präsenz des Anderen, sind diese Unterschiede deutlich affektgeladener als die geschichtsphilosophischen Differenzen. Es ist ein Irrtum zu glauben, dass es sich dabei um eine Konfrontation einander fremder Kulturen handelt, sondern erst der globale Nachahmungsdruck hat die Frage nach der eigenen Identität überall auf der Welt in den Vordergrund gerückt. Anhand der russischen Rivalität zum Westen hat Krastev in *Das Licht*,

das erlosch in diesem Sinne zu rekonstruieren versucht, wie aus der anfänglichen Nachahmung des Westens in den 1990er Jahren und dem zunehmenden Eingeständnis einer traumatischen Niederlage eine „Kriegserklärung an den Westen“ wurde.

Die Gefahr einer „mimetischen Krise“ ist aber nicht allein auf den Nachahmer beschränkt. Sie kann auch das Vorbild selbst betreffen, das den Folgen seines eigenen Sieges nicht gewachsen ist. Mit dem Status der USA als monopolistischer Anbieter von politischen Werten nach 1989 ging nicht nur eine unkalkulierbare Ausdehnung der liberalen Mission einher, sondern auch das zunehmende Gefühl einer Selbstüberforderung und sogar eine Ablehnung der internationalen Vorbildrolle in den USA selbst. „America First“, der politische Slogan der amerikanischen Populisten, macht den grundsätzlichen Unterschied zur langen geschichtsphilosophischen Tradition des amerikanischen Exzeptionalismus sehr deutlich: „Er [Donald Trump] ist der wohl erste amerikanische Präsident, der niemals, unter keinen Umständen, die berühmten Worte Woodrow Wilsons wiederholen könnte: ‚Ihr seid Amerikaner, es ist euch bestimmt, Freiheit und Gerechtigkeit und die Prinzipien der Menschlichkeit zu bringen, wohin ihr auch geht‘“ (*Das Licht, das erlosch*). Damit haben auch die USA das geschichtsphilosophische Feld verlassen und sind im identitätspolitischen Feld angekommen. Darauf wird sich Europa in naher Zukunft einstellen müssen, was nur möglich ist, wenn es mehr darüber lernt, wie sich die internationalen Beziehungen im identitätspolitischen Feld gestalten lassen.

https://www.ipg-journal.de/aus-meinem-buecherschrank/artikel/europa-vor-der-wahl-7555/?utm_campaign=de_40_20240606&utm_medium=email&utm_source=newsletter

02) Bauernopfer. Ursula von der Leyens Deal mit dem Libanon schadet nicht nur Flüchtlingen dort. Er untergräbt auch die Glaubwürdigkeit der EU

Von Sabrina Kaschowitz & Hussam Baravi



Sabrina Kaschowitz, Wien

Sabrina Kaschowitz ist als *Senior Researcher* am Regionalbüro für Kooperation und Frieden in Europa der Friedrich-Ebert-Stiftung in Wien tätig. Zuvor war sie für die FES im Libanon



Hussam Baravi, Beirut

Hussam Baravi ist *Senior Program Manager* im Syrien-Projekt der Friedrich-Ebert-Stiftung mit Sitz in Beirut, Libanon. Zuvor leitete er das Projekt „Kriegs- und Nachkriegszeit in Syrien“ für das *Center for Operational Analysis and Research (COAR)*

06.06.2024



Syrischer Junge in einem Flüchtlingscamp: Gemessen an der Einwohnerzahl nimmt kein Land der Welt mehr Flüchtlinge auf als der Libanon.-*picture alliance / Hans Lucas | Florient Zwein*

Die Annahme ist naheliegend, dass es sich um ein Wahlkampfmanöver handelt: EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat dem Libanon – kurz vor den Europawahlen – eine Milliarde Euro zur Bewältigung der dortigen Flüchtlingskrise zugesagt.

Seite E 20 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Anlass für die jüngste Vereinbarung waren Geflüchtete, die mit Booten nach Zypern gelangten, dem Libanon geografisch am nächsten gelegenen EU-Gebiet. Von der einen Milliarde sind 264 Millionen Euro für die Bereitstellung von Ausrüstung, Ausbildung und Grenzschutzinfrastruktur zur Unterstützung der libanesischen Sicherheitsdienste vorgesehen. Die Ankündigung selbst führte zu zahlreichen Vorwürfen gegen die EU, sie wolle die Migrationskontrolle auslagern und nehme dabei kaum Rücksicht auf die Einhaltung von Menschenrechten.

Von der Leyens Wiederwahl hängt davon ab, dass sie die absolute Mehrheit der 720 Abgeordneten im zukünftigen Europäischen Parlaments erhält. Im Moment scheint sie dafür auf die Unterstützung frustrierter Konservativer sowie rechtspopulistischer Parteien zu setzen, deren Beliebtheit in den jüngsten Umfragen auf einem Höhepunkt angekommen ist. Von der Leyen hat diesbezüglich bereits vorgelegt: Bei der Maastricht-Debatte im April signalisierte sie ausdrücklich ihre Bereitschaft, nach den Wahlen mit der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer verhandeln zu wollen. Die jüngste Libanon-Ankündigung deutet dementsprechend auf ein kalkuliertes politisches Manöver von der Leyens hin, um ihre derzeitige Position zu stärken und ihre politische Zukunft zu sichern – koste es, was es wolle.

Abgesehen vom fragwürdigen Zeitpunkt bleibt unklar, inwiefern die Details des neuen Abkommens überhaupt eine Neuerung darstellen. Nach offiziellen Angaben der Europäischen Kommission [hat die EU den Libanon seit 2011 finanziell unterstützt](#), wobei sich das Gesamtvolumen dieser Hilfe auf über drei Milliarden Euro beläuft. Die aktuelle Unterstützung wird hauptsächlich über das [Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit](#) finanziert und über diverse Kanäle im Zeitraum 2021 bis 2027 verteilt. Die Kommission gibt an, dass von dieser Hilfe 670 Millionen Euro für den Libanon in Form von bilateraler Hilfe und 61 Millionen Euro unter dem sogenannten [Stabilitäts- und Friedensinstrument der EU](#) bereitgestellt werden. Im Zeitraum 2018 bis 2020 wurde mindestens ein [Paket zur Unterstützung des libanesischen Sicherheitssektors](#) über dieses Instrument angenommen.

Das wirft die Frage auf, ob es sich beim jüngsten Schritt tatsächlich um zusätzliche Mittel oder vielmehr um eine Umwidmung von bereits zuvor mit dem Libanon vereinbarten Finanzierungspaketen handelt. Wadih Al Asmar, Leiter von EuroMed Rights und des Libanesischen Zentrums für Menschenrechte, ist der Meinung, Letzteres sei der Fall. Er vermutet, das neue Abkommen sei nicht mehr als eine Garantie für ein fortgesetztes finanzielles Engagement der EU. Dieses hätte aber auch über die EU-Delegation im Libanon festgelegt werden können – auf deutlich diskretere Weise. Stattdessen wurde das neue Abkommen von der EU-Exekutive als ein außergewöhnliches Ereignis präsentiert.

Es hat den Anschein, dass von der Leyen die Migrationsdebatte für ihren Wahlkampf nutzen und ihr Profil schärfen will.

Es hat also den Anschein, dass von der Leyen die Migrationsdebatte für ihren Wahlkampf nutzen und ihr Profil schärfen will. Dabei bietet sie allerdings keine „Lösung für die Migrationsfrage“ im Einklang mit den europäischen Werten. Vielmehr ist das Gegenteil der Fall. Ihre Ankündigung hat im Libanon Aufsehen erregt: Sie wurde als Versuch empfunden, die libanesischen Regierung zu bestechen, um unerwünschte syrische Flüchtlinge im Land und somit fern von der EU zu halten. Im Libanon selbst hat dies zu einer erneuten Anti-Flüchtlings-Stimmung geführt. Sie verschärft die ohnehin schon angespannte Atmosphäre zwischen syrischen Geflüchteten und der libanesischen Bevölkerung.

Die finanzielle Unterstützung der EU für die libanesischen Sicherheitsbehörden und die erneute Fokussierung auf die Migrationsdebatte stärken derweil die Fähigkeiten der libanesischen Sicherheitskräfte, internationales Recht zu brechen. Dies geschieht vor dem Hintergrund eines dysfunktionalen Staates ohne Präsidenten und einer lediglich geschäftsführenden Regierung, die aus einer korrupten politischen Elite besteht. In diesem politischen Kontext gibt es keine Rechenschaftspflicht; Risikobewertungen oder eine unabhängige Überwachung sind unmöglich. In dieser derzeitigen Situation im Libanon werden die ohnehin schon marginalisierten Syrerinnen und Syrer noch vulnerabler. Das bedeutet auch: Noch mehr syrische Menschen werden keine andere Möglichkeit sehen, als aus dem Libanon zu fliehen, egal unter welchen Bedingungen.

Es ist wohl kaum ein Zufall, dass nur eine Woche nach von der Leyens Besuch die [libanesischen Sicherheitsbehörde eine Reihe neuer Maßnahmen](#) ankündigte, die die Möglichkeiten syrischer Geflüchteter weiter einschränken, eine Aufenthaltsgenehmigung zu erhalten oder zu verlängern. Diese Maßnahmen stellen eine zusätzliche Belastung für die am meisten gefährdeten syrischen Personen dar. Mindestens [83 Prozent der syrischen Flüchtlinge im Libanon](#) sind ohnehin schon ohne offizielle Papiere vor Ort.

Gemessen an der Einwohnerzahl ist der Libanon der Staat, der weltweit die meisten Geflüchteten aufnimmt.

Gemessen an der Einwohnerzahl ist der Libanon der Staat, der weltweit die meisten Geflüchteten aufnimmt. Die politische Elite im Land hat syrische Menschen zum Sündenbock gemacht, um die Tatsache zu verschleiern, dass sie selbst die [Krisen im Land](#) durch jahrzehntelange hohe Verschuldung, eine fehlgeleitete neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie weit verbreitete Korruption verursacht hat. Ihr Narrativ wird von den lokalen Medien und der dafür offenen Bevölkerung erfolgreich verbreitet. In den vergangenen Monaten waren Syrerinnen und Syrer Opfer exzessiver Gewalt, diskriminierender Ausgangssperren, Schikanen, Zwangsräumungen, Einschränkungen ihres legalen Aufenthalts sowie des Zugangs zu Bildung und Beschäftigung – [und sogar Morden](#). Human Rights Watch berichtet über zahlreiche Fälle von willkürlichen Verhaftungen, Folter und [gewaltsamer Abschiebung nach Syrien](#) durch die libanesischen Behörden. Unter den Opfern waren auch Oppositionelle gegen das syrische Regime sowie Deserteure der syrischen Armee.

Die sich verschlechternden Lebensbedingungen im Libanon und die [Angst vor Abschiebung](#) lassen den Syrerinnen und Syrern nur wenige Möglichkeiten. Für diese Geflüchteten ist es schlichtweg nicht sicher, in ihren Heimatstaat zurückzukehren. Das Regime des Landes hat ein „gutes Gedächtnis“ und sich darauf spezialisiert, Druck auf Dissidenten auszuüben. Was von libanesischer Seite als „freiwillige und sichere Rückkehr“ propagiert wird, ist für die meisten Menschen wahrscheinlich eine Einbahnstraße in Richtung Gewalt, Verletzung der Menschenrechte und manchmal sogar Tod. [Menschenrechtsorganisationen haben diverse Fälle dokumentiert](#), in denen Rückkehrer, darunter Frauen und Kinder, willkürlich inhaftiert, gefoltert, sexuell missbraucht wurden oder einfach verschwunden sind.

Dass die Europäische Union eine solche vermeintlich „freiwillige Rückkehr“ (wie es von der Leyen auch bei ihrem Besuch im Libanon formulierte) unterstützt, bietet Spielraum für andere Kräfte, die schon lange versuchen, syrische Flüchtlinge für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. In einer Rede nach von der Leyens Besuch hat beispielsweise der Hisbollah-Führer Hassan Nasrallah, ein enger Verbündeter von Baschar al-Assad, vorgeschlagen, der [Libanon solle die Ausreise von Syrern nach Europa erleichtern](#). Das kann sicherlich so interpretiert werden, dass Druck auf Europa aufgebaut werden soll –

Seite E 22 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

wodurch Brüssel sich dann gezwungen fühlen dürfte, sich in der Rückführungsfrage alternativ mit dem syrischen Regime zu arrangieren. Für die Führung von Assad wäre dies ein erster Schritt in Richtung der von ihm seit Langem angestrebten Normalisierung der Beziehungen zu Europa.

Mit ihrem eigennützligen Schritt lässt von der Leyen die Europäische Union einen hohen Preis mit Blick auf ihr internationales Ansehen zahlen.

Mit ihrem eigennützligen Schritt lässt von der Leyen die Europäische Union einen hohen Preis mit Blick auf ihr internationales Ansehen zahlen. Vorläufige Ergebnisse [einer Studie des Swiss Network for International Studies](#) deuten darauf hin, dass in der Wechselbeziehung zwischen europäischen und regionalen Fluchtdynamiken der Einfluss europäischer Akteure und Geldgeber bei der Achtung der internationalen Menschenrechte im Libanon schwindet. Ein wichtiger Faktor ist dabei auch die eigene Praxis der EU, das Thema per Pushbacks und Externalisierung abzuhandeln. Damit setzt sie selbst ein schlechtes Beispiel für den Umgang mit geflüchteten Menschen. Hinzu kommt die weit verbreitete Kritik an der [Doppelmoral der EU in Bezug auf die Lage in Gaza](#). Diese jüngere Entwicklung trägt dazu bei, dass die Europäische Union an Glaubwürdigkeit verliert und immer weniger als moralische Autorität auf der Weltbühne wahrgenommen wird.

Das erwartete Erstarren der radikalen Rechten in der EU wird wahrscheinlich dazu führen, dass Praktiken wie die Auslagerung der Migrationskontrolle in Länder mit einer langen Geschichte von Menschenrechtsverletzungen intensiviert werden. Wenn sich dieser Trend fortsetzt, wird das Image der EU in der Welt und damit ihre Fähigkeit, eigene wichtige außenpolitische Interessen zu verfolgen, weiter leiden.

In Bezug auf den Libanon muss die EU sicherstellen, dass ihre Unterstützung darauf ausgerichtet ist, die Stabilität im Interesse *aller* Menschen vor Ort zu fördern. Mehr Mittel sollten an lokale und internationale humanitäre Organisationen fließen, anstatt sie über die korrupte Regierung zu leiten. Damit würde auch die Anfälligkeit für Bestechung und Korruption verringert. Darüber hinaus sollte die EU den aktuellen Trend von Abschiebungen in Richtung vermeintlich „sicherer Gebiete“ in Syrien nicht unterstützen. Stattdessen muss sie betonen, dass das Land weiterhin unsicher ist.

Bei ihren legitimen Bemühungen zur Unterstützung von Ländern wie dem Libanon (aber auch Tunesien und Marokko), die viele Geflüchtete aufnehmen, muss die EU sicherstellen, dass sie sich durch diese Unterstützung nicht zur Mittäterin bei Menschenrechtsverletzungen macht. Insbesondere muss in allen Abkommen mit diesen Ländern das unerschütterliche Einstehen Europas für internationale Menschenrechte betont werden.

Aus dem Englischen von Tim Steins

https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/bauernopfer-7556/?utm_campaign=de_40_20240606&utm_medium=email&utm_source=newsletter

03) Gespenster der Vergangenheit. Bei den Europawahlen droht nicht nur ein Zugewinn der Rechtspopulisten, sondern auch ein Rückfall in die leidige Sparpolitik

Von Robert Misik



Robert Misik

Wien

Robert Misik lebt und arbeitet in Wien als Journalist und Autor. Zuletzt erschien von ihm: *Putin. Ein Verhängnis: Wie Wladimir Putin Russland in eine Despotie verwandelte und jetzt Europa bedroht.*

Europäische Integration 31.05.2024 |



picture alliance / dpa | Dennis M. Sabangan

Am kommenden Wochenende finden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt und es wird allgemein angenommen, dass diese nicht gut ausgehen. Rechte, ultrarechte und rechtsextreme Parteien werden in vielen Mitgliedsländern an Boden gewinnen. Damit wird sich auch die Machtbalance im Parlament sowie in den anderen EU-Institutionen verändern. Im Grunde läuft schon der Wahlkampf „nicht gut“: Alles starrt derzeit auf die Rechtsparteien. Eine Woge des Rechtspopulismus hat den Kontinent erfasst und dies hat Auswirkungen auf die Ordnung der Diskurse. Die Zuspitzung lautet zumeist: antieuropäische Parteien versus proeuropäische Parteien. Unter „proeuropäisch“ wird alles subsumiert, was nicht antieuropäisch ist, also alles von den Sozialdemokraten über die Christdemokraten, die Liberalen, die Grünen bis hin zu den meisten akzentuierteren Linksparteien. Dies nivelliert faktisch alle anderen Differenzen und macht die Debatte nicht gerade klüger.

Klar, schon in der Vergangenheit waren Europawahlen nicht immer geprägt vom Streit um die verschiedenen Politikkonzepte sowie um die Richtung, in die sich die EU entwickeln soll. Ohnehin wird die Wahlentscheidung der Bürgerinnen und Bürger eher durch die Kontroversen auf der nationalen Ebene – wie die Frustration über die Regierungsparteien – motiviert und eher selten durch deren europapolitische Grundausrichtung. Häufig verbleibt die Debatte jedoch mittlerweile auf der Ebene von Slogans und der Jargonhaftigkeit. Man sei etwa gegen das „Europa der Konzerne“ oder gegen den „Neoliberalismus in Europa“. Nur wenige haben dabei mitbekommen, dass in der Europäischen Union in den letzten Jahren ordentlich etwas vorangegangen ist. Vieles hat sich zum Besseren verändert, wenn auch langsam und mühselig.

Der Unterschied ist frappierend, vergleicht man den heutigen „Zeitgeist“ und die Politik der letzten Jahre etwa mit dem Beginn der 2010er Jahre. Schon bald nach Beginn der Finanzmarktkrise schaltete die Europäische Union auf eine brutale Austeritätspolitik um. Besonders betroffene Länder wurden gemaßregelt und ihnen wurde ein Sparkurs verordnet, der diese Länder um Jahre zurückwarf. In der Eurozone führte dies zu beinahe zehn Jahren Stagnation. Das Gegeneinander der Nationen zerriss die Union beinahe. Üble nationalkulturelle Zungenschläge vergifteten die Europäische Union, oft war von „faulen Südländern“ auf der einen Seite sowie „fleißigen“ und „sparsamen Nordländern“ auf der anderen die Rede.

Das Gegeneinander der Nationen zerriss die Union beinahe.

Doch dieses Paradigma hat sich seit 2015 allmählich verändert. Auf die Covid-19-Krise wurde schließlich ganz anders reagiert. Der Europäische „Wiederaufbaufonds“ war ein Programm wie aus dem keynesianischen Lehrbuch: Erstmals nahm die EU als Gemeinschaft Kredite auf den Finanzmärkten auf, um die Wirtschaft und die Konjunktur zu stützen, vor allem die der besonders betroffenen Staaten, wie etwa Italien. Immerhin 700 Milliarden Euro. Die strengen Austeritätsregeln wurden aufgeweicht und auch auf anderen Politikfeldern wurde vom strikten Wirtschaftsliberalismus abgewichen. Eine Mindestlohnrichtlinie verpflichtete die meisten Mitgliedstaaten, die Löhne in den unteren Segmenten anzuheben. Gewerkschaften wurden gestärkt, indem in einer Richtlinie festgeschrieben wurde, dass die Tarifbindung markant angehoben werden soll.

All das sind bemerkenswerte Schritte weg vom radikalen Wirtschaftsliberalismus und weg von den Maximen der Austeritätspolitik gewesen. Doch nun droht eine Austerität 2.0, da in der Fiskalpolitik wieder „Disziplin“ angesagt ist und das Paradigma der Wettbewerbsfähigkeit erneut benutzt wird, um die Lohnentwicklung zu bremsen und Kosten für die Unternehmen zu senken. Ein politischer Rechtsruck könnte also zu einer neuerlichen Kehrtwende führen. Wenn die Linke geschwächt würde und sich die Konservativen auf die „gemäßigten“ Teile der Rechtspopulisten stützen würden, bedeutete dies eine Verschiebung des Kräftegleichgewichts, die auch in der Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht ohne Folgen bleiben würde – ganz zu schweigen von der sozial-ökologischen Transformation und der Klimapolitik.

Dasselbe gilt natürlich auch für nationale Wahlen: Werden eher linke Regierungen in den Mitgliedstaaten von rechten Regierungen abgelöst, blockieren diese sofort progressive Politik in den EU-Institutionen. Das konnte man bereits in den vergangenen Monaten gut beobachten, nachdem etwa in Finnland und in Schweden Rechtsregierungen an die Macht gekommen sind. In Finnland will die Mitte-rechts-Regierung von Petteri Orpo das [Streikrecht massiv einschränken](#). Verbündete für eine Wirtschaftspolitik, die die Wohlfahrt der normalen Bürger stärkt und die Löhne anhebt, sind diese Regierungen sicherlich nicht. Dass in der

Berliner Ampelregierung ausgerechnet der halsstarrige Neoliberale Christian Lindner das Finanzministerium besetzt, ist hier auch nicht gerade eine Hilfe. Dieser versucht derzeit auf allen Ebenen alle sozialen und wirtschaftspolitischen Fortschritte zu torpedieren. Der relativ fortschrittliche Geist der vergangenen Jahre kann so schnell wieder Vergangenheit sein.

Dieser Artikel ist eine gemeinsame Publikation von Social Europe und dem IPG-Journal.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/europaeische-integration/artikel/gespenster-der-vergangenheit-7539/?utm_campaign=de_40_20240531&utm_medium=email&utm_source=newsletter

04) Von wegen Europafeinde. Rechtspopulisten gerieren sich vermehrt als die wahren Verteidiger Europas. Die Wirkkraft dieser Erzählung sollte nicht unterschätzt werden

Von Ernst Hillebrand



Ernst Hillebrand, Budapest

Dr. Ernst Hillebrand ist Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Budapest. Zuvor war er Referatsleiter der Internationalen Politikanalyse, des Referats für Mittel- und Osteuropa sowie Leiter der Büros in Warschau, Paris, London und Rom.

16.05.2024



Rubens' Allegorie „Triumph des Glaubens“: Die christlichen Wurzeln Europas werden von Rechtspopulisten gerne in den Vordergrund gestellt.- *picture alliance / Selva/opale.photo*

Seite E 26 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

In wenigen Wochen finden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Umfragen sagen rechtspopulistischen und EU-skeptischen Parteien deutliche Gewinne voraus. Möglicherweise öffnet sich in Straßburg und Brüssel sogar ein Fenster für eine Teilhabe an [neuen politischen Mehrheitskonstellationen](#). Damit stellt sich nicht zuletzt die Frage, wie und auf welche Art diese Parteien tatsächlich „europafeindlich“ sind. Denn sie selbst präsentieren sich mittlerweile [durchaus anders](#): Nicht als Gegner, sondern als Verteidiger Europas. Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán twittert gerne mal unter dem Hashtag MEGA – Make Europe Great Again.

Diese Entwicklung hat zwei Hauptursachen. Eine ist banal und wahltaktisch begründet: Rechtspopulisten und Nationalkonservative in ganz Europa haben verstanden, dass sich überzogene EU-Kritik und Dauerkonflikte mit den Brüsseler Institutionen an der Wahlurne nicht auszahlen. Weder hat Marine Le Pen mit ihrer Ansage, aus dem Euro aussteigen zu wollen, die französischen Präsidentschaftswahlen gewonnen, noch Jarosław Kaczyński mit seiner obsessiven EU-Kritik die polnischen Parlamentswahlen. Das neue Leitbild ist daher Giorgia Meloni, die die EU nicht verlassen, sondern politisch kapern und von innen heraus verändern möchte: If you can't beat them, join them.

Zum anderen hat sich die Ideologie des Rechtspopulismus verändert. Der amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama wies in seinem Buch *Identity* schon 2018 darauf hin, dass die identitätspolitische Orientierung der Linken – mit ihrer Betonung der Rechte von Minderheiten – ein Vertretungs- und Anerkennungsdefizit bei der Mehrheitsbevölkerung zu schaffen droht. Der Rechtspopulismus ist mit Wucht in diese Lücke gestoßen. Er bedient sich der Konzepte linker Identitätspolitik, verändert aber deren Argumentationsrichtung: Anstatt die Rechte von Minderheiten zu betonen, bekräftigt er das Recht der Mehrheiten auf Anerkennung, Respekt und Bewahrung ihrer kulturellen Identität. Konsequenterweise bedeutet dies, dass er sich damit nicht nur als Verteidiger traditioneller nationaler Identitäten stilisiert, sondern auch als Verteidiger des historischen Westens und seiner Institutionen.

Dieser idealisierte Westen – dessen historischer Kern Europa ist – ruht, so die Argumentation des Rechtspopulismus, auf drei institutionellen Säulen: der Nation, der „natürlichen Familie“ als Kern der Gesellschaft und auf dem Christentum. Europa ist historisch zu dem geworden, was es lange war – ein zivilisatorisches Vorbild und technisch-wissenschaftliches Kraftzentrum der Welt –, weil es mit den Nationen handlungsfähige politische Gemeinschaften herausgebildet hat, die die kulturellen Identitäten der Völker gebündelt und repräsentiert hätten. „Die Nation“ so Viktor Orbán, „ist die große Erfindung des Westens. Sie ist das Herz der freien Welt.“

Der Rechtspopulismus ist mit Wucht in diese Lücke gestoßen.

Die zweite Säule ist die „natürliche Familie“ aus Frau, Mann und Kind(ern). In dieser Grundeinheit der Gesellschaft finden die wesentlichen kulturellen und emotionalen Prägungen der Menschen statt (was sie, so das Argument, für den auf ideologische Umprogrammierung ausgerichteten Liberalismus zum besonderen Ärgernis macht). Die Aufgabe des Staates sei es, die Familie zu erhalten und zu schützen und es den Menschen zu ermöglichen, Kinder zu haben und zu erziehen.

Drittens: Mit der Hinwendung zu einem identitätsorientierten Diskurs ist auch der Bezug auf das Christentum stärker geworden. Dieser Bezug hat natürlich einen Subtext: den Vorwurf, dass der moderne Liberalismus, aber auch die islamische Einwanderung dieses Fundament der westlichen Welt bedroht. Die Wurzeln im Christentum (aber auch im Hellenismus) unterscheiden den Westen, so Giorgia Meloni in einem Interview, vom Rest der Welt: „Wir im Westen glauben, dass diese Prinzipien – Freiheit, Gleichheit, Demokratie, Recht, die

Seite E 27 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Begegnung von Vernunft und Transzendenz – universell sind, aber wenn wir uns umsehen, müssen wir zugeben, dass dies nicht so ist, dass diese Werte für die Kultur eines bestimmten Teils der Welt charakteristisch sind. Es ist unsere Identität als Europäer und Westler, als Kinder der klassischen und jüdisch-christlichen Kultur.“

Und natürlich reklamiert der Populismus auch die Demokratie für sich. Denn ein ganz wesentlicher Aspekt dieses christlichen Westens, so die Argumentation weiter, ist sein demokratischer Charakter: Die Demokratie ist im Westen entstanden und nirgendwo sonst. Sie konnte entstehen, weil das Christentum die grundsätzliche Gleichheit der Menschen vor Gott stipuliert. „Die liberale Demokratie hätte ohne ihr christliches kulturelles Fundament niemals entstehen können“, so beispielsweise Viktor Orbán.

Dieser idealisierte Westen, dieses auf Christentum, Nationen und Familien aufbauende zivilisatorische Projekt Europas ist, so der Rechtspopulismus, aktuell gefährdet. Er wird angegriffen von einem angeblich exzessiven und zunehmend autoritären Liberalismus und dem Brüsseler Zentralisierungsprojekt. Der Liberalismus, so die Argumentation, hasst alle Traditionen und traditionellen Institutionen; der Brüsseler Bürokratismus die Nationen und die nationalstaatliche Demokratie. Mit einem auf Brüssel zentrierten System wurde eine Ordnung geschaffen, die die demokratische Teilhabe der Bürger entwertet, die Nationalstaaten als Handlungs- und Gestaltungsräume schwächt und die Spielräume von Macht- und Besitzeliten erheblich erweitert.

Dennoch sollte man die Kraft der europäischen Identitätserzählung des Rechtspopulismus nicht unterschätzen.

In einer Rede an der Universität Heidelberg im März 2023 warnte der damalige polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki vor der Gefahr der Entstehung eines europäischen Super-Staates, der von einer „kleinen Elite“ regiert wird. „In der Politik“ so Morawiecki, „geht es immer um Wahlmöglichkeiten. Aber diese Wahl muss an der Wahlurne getroffen werden, nicht im stillen Kämmerlein der Bürokraten. Wollen wir wirklich eine gesamteuropäische kosmopolitische Elite mit immenser Macht, aber ohne Mandat der Wähler?“ Das Ergebnis wäre nicht ein stärkeres, sondern ein schwächeres Europa, das sich selbst seiner Kraftquellen berauben und entsprechend unter seinen Möglichkeiten bleiben würde: „Europa könnte viel erfolgreicher sein, viel größer, viel entwickelter und viel mächtiger als seine heutige Leistungsbilanz“, so Viktor Orbán in einer Rede 2019.

Jede Ideologie ist ein intellektuelles Konstrukt. Der Rechtspopulismus präsentiert sich in seiner aktuellen Spielart als eine Art positiver „Okzidentalismus“. Er projiziert kulturelle, soziale und politische Eigenschaften auf einen idealisierten „Westen“ und ein idealisiertes „wahres“ Europa. Er definiert damit ein kulturelles Eigenes, das es zu bewahren und gegen ein zivilisatorisches Anderes – den modernen Ultra-Liberalismus, die Immigration, den Islam – zu beschützen gilt. Oder wie Meloni es formuliert: „Ich will mich überhaupt nicht von Europa distanzieren, sondern ich will, dass sich Europa nicht von sich selbst distanziert.“

Die Widersprüche dieses Konstrukts springen ins Auge. Dieser wunderbare „Westen“, dieses idealisierte Europa, bevölkert von friedlichen Nationen und glücklichen Familien, hat nie existiert. Auch die demokratischen Impulse der christlichen Kirchen halten sich seit 2 000 Jahren in eher überschaubaren Grenzen – nach innen wie nach außen. Dennoch sollte man die Kraft der europäischen Identitätserzählung des Rechtspopulismus nicht unterschätzen. In einer Welt, in der sich wirtschaftliche, geopolitische und kulturell-religiöse Gegensätze zunehmend schärfer artikulieren, in der weltweite Migration zunimmt und das

Seite E 28 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Ende der westlichen Hegemonie immer greifbarer wird, dürfte die Attraktivität einer das „Eigene“, die europäische Zivilisation und ihre Werte für sich reklamierenden Identitätspolitik nicht unbedingt geringer werden.

Der Diskurs des Rechtspopulismus knüpft in seinen Kernmotiven – Verteidigung der westlichen Werte, Stärkung Europas – ja durchaus auch an Themen der etablierten Politik an. Auch diese sieht den „European way of live“ als gefährdet an – allerdings aus völlig anderen Gründen als der Rechtspopulismus. Es ist die Aufgabe der Mehrheitspolitik, besser als in der Vergangenheit zu erklären, warum ihre Politikentwürfe die geeigneteren sind, Europas Werte und Interessen zu verteidigen. Vor dem Hintergrund der Wahlergebnisse in vielen Staaten Europas in den letzten Jahren kann der Verdacht geäußert werden, dass die bisherigen Anstrengungen nicht vollständig erfolgreich waren. Mit einer einfachen Etikettierung der Rechtspopulisten als „Europafeinde“ wird es vermutlich immer weniger getan sein.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/demokratie-und-gesellschaft/artikel/von-wegen-europafeinde-7504/?utm_campaign=de_40_20240517&utm_medium=email&utm_source=newsletter

05) Frieden mit wem? Vom russischen Angriff auf die Ukraine aufgeschreckt, soll die EU in den Kriegsmodus wechseln. Doch ein Friedensprojekt war der Staatenbund noch nie

Von Hans Kundnani



Hans Kundnani, London

Hans Kundnani ist *Senior Research Fellow* bei *Chatham House* in London. Zuvor war er *Senior Transatlantic Fellow* im Europa-Programm des *German Marshall Fund* in Berlin. Davor arbeitete der Oxford-Absolvent fünf Jahre als Forschungsdirektor im *European Council on Foreign Relations* (ECFR).

14.05.2024



Friedensengel Europäische Union? - *picture alliance / Pacific Press | Simone Kuhlmei*

Im März schrieb EU-Ratspräsident Charles Michel [einen Meinungsbeitrag](#), der in diversen europäischen Zeitungen abgedruckt wurde: Die Europäische Union müsse sich „auf Krieg vorbereiten“. Diese Sichtweise ist typisch für die weit verbreitete Auffassung der „Pro-Europäer“, dass sich die EU entweder bereits verändere oder aber sich verändern müsse. Bei dieser Frage, wie sich die EU als Reaktion auf die russische Aggression bereits verändere oder eben verändern müsse, idealisieren diese Menschen allerdings die Geschichte der EU als „Friedensprojekt“. Es zeigt sich, wie „Pro-Europäer“ dazu neigen, die EU zu idealisieren – selbst wenn sie deren aktuellen Zustand kritisieren.

Es scheint derzeit Konsens darüber zu bestehen, dass die EU „in den Modus der Kriegswirtschaft übergehen muss“, wie es Binnenmarktkommissar [Thierry Breton ausdrückte](#). Der Chef des *European Council on Foreign Relations*, Mark Leonard, [schrieb sogar](#), die Union müsse von einem Friedens- zu einem „Kriegsprojekt“ werden. Natürlich heißt das für Leute wie Breton und Leonard nicht, dass die EU damit nicht länger behaupten

Seite E 30 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

könnte, für Frieden zu stehen, wenn die Union zu einem solchen Kriegsprojekt würde. Die (etwas Orwell'sche) Logik ist vielmehr, dass im Namen des Friedens gegebenenfalls Krieg geführt werden muss.

In Wirklichkeit haben die Europäer nach dem Zweiten Weltkrieg nie den Krieg im Allgemeinen abgelehnt, sondern nur Krieg untereinander.

Das Problem mit dieser Vorstellung eines Wandels vom Friedens- zum Kriegsprojekt (wobei die EU weiterhin von sich selbst glaubt, für Frieden zu stehen) ist, dass sie die Geschichte der EU als vermeintliches Friedensprojekt idealisiert. In Wirklichkeit haben die Europäer nach dem Zweiten Weltkrieg nie den Krieg im Allgemeinen abgelehnt, sondern nur Krieg untereinander. In der „pro-europäischen“ Vorstellungswelt hat sich die spezifische Ablehnung militärischer Gewalt gegen andere EU-Mitgliedstaaten zu der Annahme gewandelt, die Europäer seien insgesamt und geradezu einzigartig friedlich.

Als der damalige französische Außenminister Robert Schuman 1950 seine [berühmte Erklärung](#) vorlegte – der Startschuss für die Idee einer Europäischen Gemeinschaft als Friedensprojekt –, führte Frankreich gerade einen brutalen Kolonialkrieg in Indochina. Auch als die Römischen Verträge 1957 unterzeichnet wurden, führte Frankreich einen Kolonialkrieg, diesmal in Algerien (und einen weiteren in Kamerun, wie [Thomas Deltombe](#) und andere dokumentiert haben). Selbst in der Zeit nach dem Kalten Krieg waren die EU-Staaten durchaus bereit, militärische Gewalt einzusetzen. Dies haben sie auch getan, und zwar häufiger als beispielsweise China. Dennoch bildeten sich die Europäerinnen und Europäer weiterhin ein, sie seien einzigartig friedlich.

Das europäische Projekt hatte schon immer externe Feinde, gegen die man sich abgrenzte.

Wenn die EU für Frieden steht, dann sollten wir diesen Frieden – in Anlehnung an Tyler Stovalls Konzept einer „weißen Freiheit“ – als „weißen Frieden“ betrachten. Das bedeutet: Frieden im Inneren und untereinander, aber nicht zwingend nach außen, mit dem Rest der Welt. In diesem Sinne ist die Mobilisierung für einen Krieg gegen Russland gar nicht so ein Bruch mit der Geschichte der EU, wie die „Pro-Europäer“ Michel und Leonard behaupten. Schließlich hatte das europäische Projekt immer externe Feinde, gegen die man sich abgrenzte. In den 1950er Jahren stellte man sich die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft beispielsweise als ein christlich-zivilisatorisches Bollwerk gegen eine „asiatisch-östliche“ Sowjetunion vor.

Es stimmt, dass sich vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine nun die Rolle der EU in militärischen Konflikten verändert – zum Beispiel durch die Schaffung der sogenannten Europäischen Friedensfazilität (EFF). Sie wurde 2021 gegründet, aber erst nach der russischen Invasion zum ersten Mal für die Lieferung von Waffen an ein Drittland genutzt. Die EFF ist jedoch eine eher verfahrenstechnische Änderung der Art und Weise, wie die EU-Staaten kollektiv Waffen liefern. Mit Blick auf militärische Stärke verändert das Programm zwar die Rolle der EU-Institutionen, aber nicht die EU als Ganzes (sprich: ihre Entscheidungen als Kollektiv aus 27 Mitgliedstaaten).

Die europäische Sicherheit wird nach wie vor größtenteils durch die NATO gewährleistet und nicht durch die EU.

Wie dem auch sei, die europäische Sicherheit wird nach wie vor größtenteils durch die NATO gewährleistet – deren Rolle durch den Krieg in der Ukraine eher noch gestärkt wurde – und nicht durch die EU. Trotz des Hypes um ein „geopolitisches Europa“ bleibt die Rolle

Seite E 31 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

der EU in Sachen Verteidigung hauptsächlich eine wirtschaftliche, sei es durch die Koordinierung von Sanktionen oder durch die Förderung der Rüstungsindustrie in den EU-Mitgliedstaaten. So erscheinen die aktuellen Veränderungen weniger bedeutsam.

Bis Februar 2022 gab es innerhalb der EU kaum Einigkeit darüber, ob Russland und/oder die Ukraine zur EU passen. [So sagte Frankreichs Präsident Emmanuel Macron](#) auf dem G7-Gipfel in Biarritz 2019, dass „Russland voll und ganz in ein Werte-Europa gehört“. Umgekehrt hatten viele Zweifel, ob die Ukraine Teil der EU werden sollte. In den vergangenen zwei Jahren hat sich jedoch ein eindeutiger Konsens herausgebildet: Die Ukraine gehört dazu, Russland nicht.

Die EU verändert sich und entwickelt sich weiter, so, wie sie es immer getan hat: Die europäische Integration ist nun einmal ein Prozess. Da „Pro-Europäer“ aber die Geschichte der EU als die eines Friedensprojekts idealisieren, stellen sie den aktuellen Wandel falsch dar. Was sich ändert, ist nämlich nicht so sehr, dass die EU zu einem „Kriegsprojekt“ wird, sondern vielmehr, dass sie [deutlicher definiert](#), wer dazugehört oder dazugehören kann – und wer nicht.

Aus dem Englischen von Tim Steins

https://www.ipg-journal.de/rubriken/europaeische-integration/artikel/frieden-mit-wem-7501/?utm_campaign=de_40_20240514&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Keine Berichte

Niederlande (Seiten E 33 – E 36)

01) Das neue holländische Regierungsprogramm

R. Kunert Do., 30. Mai 2024

Hoffnung, Mut und Stolz – Eckpunktepapier von PVV, VVD, NSC und BBB 2024-2028.

Die Niederlande sind ein wunderschönes Land.

Ein Land, auf das man stolz sein kann.

Wir müssen hart arbeiten, um das Vertrauen der Niederländer zu gewinnen.

Wir gehen einen neuen Weg.

Deshalb unternehmen PVV, VVD, NSC und BBB in dieser Vereinbarung folgende konkrete Schritte:

- Steuererleichterungen ab 2025 für fleißige Niederländer, jung und alt, wie etwa die Mittelschicht und die Unternehmer, aber auch für die Menschen, die in finanziellen Nöten sind.
- Das strengste Zulassungsregime für Asylsuchende und das umfassendste Paket zur Kontrolle der Migration, das es jemals gab.
- Ein deutlicher Schub für Wohnungsbau, Infrastruktur, Barrierefreiheit und Energiewende.
- Mehr als die Halbierung des Eigenanteils im Gesundheitswesen auf das Niveau von 165 Euro im Jahr 2027 und Investitionen in die Altenpflege.
- Chef im eigenen Haus sein zu können in der Landwirtschaft und Fischerei; ein Impuls für eine Zukunft dieser Sektoren und für die Ernährungssicherheit für uns alle.
- Mehr Mitspracherecht der Bürger durch ein anderes Wahlsystem und Stärkung der Grundrechte durch ein Verfassungsgericht.
- Gewährleistung der Sicherheit der Niederländer durch ein entschlossenes Vorgehen gegen Kriminalität und Terror.

Auf Grundlage dieser Grundsatzvereinbarung wird das neue Kabinett an einem Regierungsprogramm mit den folgenden 10 Hauptpunkten arbeiten:

1. Existenzsicherheit und Kaufkraft
2. Kontrolle über Asyl und Migration
3. Wohnungen und Sozialwohnungen, Infrastruktur, öffentlicher Verkehr und Luftfahrt;
4. Eine gute Zukunft für Landwirtschaft und Fischerei, für Ernährungssicherheit, für die Natur
5. Energie, Versorgungssicherheit und Klimaveränderung
6. Zugängliche öffentliche Einrichtungen; Pflege und Bildung
7. Gute Regierungsführung und ein starker Rechtsstaat
8. Nationale Sicherheit
9. Internationale Sicherheit
10. Solide öffentliche Finanzen, Wirtschaft und Geschäftsklima

Die Punkte im Einzelnen sind:

(...)

2. Kontrolle über Asyl und Migration

Es werden konkrete Schritte hin zu einer möglichst strengen Zulassungsregelung unternommen, das gesamte Asyl- und Migrationssystem wird reformiert, der Zustrom gezielt und so weit wie möglich reduziert durch die folgenden Maßnahmen:

- Menschen ohne gültigen Aufenthaltstitel werden so weit wie möglich abgeschoben, auch zwangsweise.
- Verbot der Bevorzugung von Asylanten bei der Zuweisung von Sozialwohnungen
- Verstärkung der Grenzkontrollen und -überwachung, einschließlich mobiler Überwachung.
- Zusammenarbeit mit Nachbarstaaten und gleichgesinnten Ländern im Falle eines Massenzustroms (wie 2015).
- Schnellstmöglich soll eine Ausstiegsklausel für die europäische Asyl- und Migrationspolitik eingeführt und der Europäische Kommission vorgelegt werden.
- Strengeres Zulassungsverfahren (Anpassung der Beweislast, keine Belohnung für bewusster Verzicht auf den Identitätsnachweis, Anpassung und Durchsetzung von Kriterien für ein sicheres Land und Durchsetzung der Dublin-Verordnung, Auslesen von Mobiltelefonen, Einschränkungen der Rechtshilfe).
- Bei Grenzkontrollen entdeckte irreguläre Migranten müssen unverzüglich nach Deutschland und Belgien zurückgeschickt werden, auch ohne gültigen Personalausweis.
- Die Landespolitik wird deutlich angepasst, sodass die Niederlande für Asylsuchende nicht mehr attraktiv sind, wie es zur Zeit der Fall ist. Der Prozentsatz anerkannter Asylanten muss im europäischen Vergleich nicht zu den höchsten, sondern zu den niedrigsten gehören. Eine Rolle spielt dabei auch die Beweislastumkehr: die Asylanten müssen beweisen, warum sie Anspruch auf Asyl haben, statt dass die niederländischen Behörden beweisen müssen, warum jemand keinen Anspruch auf Asylrecht hat (was die heutige Regelung ist).
- Einführung eines Systems, welches zwischen Kriegsflüchtlingen und Verfolgten unterscheidet. Kriegsflüchtlinge bekommen weniger Rechte und werden nur befristet geduldet. Für letztere gibt es auch keine automatische Familienzusammenführung und diese wird nur auf die Kernfamilie und Kinder unter 18 beschränkt und auch nur nach einer längeren Wartezeit.
- Asylanträge werden ohne das Recht auf Berufung bei einem Gericht eingereicht.
- Die unbefristete Asylgenehmigung wird abgeschafft der vorübergehende Aufenthalt eingeschränkt.
- Unterbringung von Asylbewerbern mit geringer Aussicht auf Asyl an getrennten Orten mit möglichst strengen Auflagen, teilweise in geschlossenen Anstalten.
- der staatliche Beitrag zur Unterstützung abgelehnter Asylbewerber wird beendet.
- Die rechtliche Unterstützung bei Asylanträgen wird so weit wie möglich und bei wiederholten Fällen eingeschränkt, um Asylanträge so weit wie möglich zu reduzieren.
- Asylverfahren werden verkürzt und vereinfacht, beispielsweise durch die Verkürzung der Einspruchsfrist und Beschränkung der Möglichkeit wiederholter Anträge.
- Härteres Vorgehen gegen diejenigen, die sich nicht benehmen.

- Bekämpfung der Kriminalität unter und von Asylbewerbern, unter anderem durch: unverzügliche Entfernung aus der Aufnahmeeinrichtung, Einstellung des Asylverfahrens, Erlöschens der Aufenthaltserlaubnis und durch eine weitere Verschärfung der Abschieberegeln, damit kriminelle Ausländer schneller abgeschoben werden können.
- Bei den Registrierungs- und Aufnahmestellen wird strikt gegen Gewalt und Belästigung durch Asylbewerber vorgegangen, insbesondere wenn diese gegen weibliche Asylbewerber, LGBTIQ+ und/oder christlichen Asylbewerber gerichtet ist.
- Unterlassene Mitwirkung bei der Abschiebung nach rechtskräftiger Ablehnung oder Verlust der Aufenthaltserlaubnis wird strafbar.
- Der Fokus wird auf Rückkehr gelegt durch die Abschiebung von Asylbewerbern, die bereits in einem anderen EU-Mitgliedstaat abgelehnt wurden, Verlängerung der Ausländerhaft sowie Einschränkung der kommunalen Aufnahme auf Grundbedürfnisse
- Die Liste sicherer Drittstaaten wird ausgeweitet auf der Grundlage offizieller Nachrichten; offizielle Mitteilungen werden grundsätzlich nicht veröffentlicht.
- Der EU-Migrationspakt mit verschärften Asylregeln und Aufnahmeverfahren muss schnellstmöglich umgesetzt werden. Niederlande entscheidet sich gegen Umverteilung aus anderen Ländern und für die Zahlung von Geldern, um Aufnahme zu verweigern.
- Gleichzeitig setzen sich die Niederlande für eine weitere Verschärfung der EU-Vorschriften ein, unter anderem durch die Überprüfung von Asylbewerbern mit geringen Chancen, strengere Kontrollen an den Außengrenzen und die Bearbeitung in einem Drittstaat (Albanien-Modell).
- Menschenhandel, Menschenschmuggel und alle illegalen Einwanderungswege werden bekämpft, national und europäisch.
- Der persönliche Beitrag zur Unterbringung von Vertriebenen aus der Ukraine wird erhöht.
- Fokus auf die Aufnahme in der Region und auf Migrationsabkommen zu diesem Zweck.
- Eine Modernisierung der UN-Flüchtlingskonvention wird befürwortet und die Niederlande wollen sich mit gleichgesinnten Staaten dafür einsetzen. Auch die EU-Verträge und Regelungen sollen den geänderten Umständen angepasst werden.

Weiterhin werden Maßnahmen getroffen, um Arbeitsmigration zu beherrschen. Die Bedürfnisse der Wirtschaft müssen dabei klar festgestellt werden und nur wirklich benötigte Arbeitsmigranten eingelassen werden. Niedriglohnarbeiter und schlechte Arbeitsumstände sollen durch Maßnahmen beschränkt werden wie:

- Die Zeitarbeitsbranche und Personalvermittlungsagenturen werden durch ein Zulassungssystem reguliert.
- Arbeitgeber von Wanderarbeiter ohne Verbleibrecht übernehmen die Verantwortung für Schäden und Kosten von diesen.
- Bei Langzeitaufhalten liegt auch die Pflicht beim Arbeitgeber, diesen Mitarbeitern die Niederländische Sprache beizubringen.
- Im Hinblick auf die Arbeitsmigration sind die Niederlande bestrebt, die Freizügigkeit von Personen innerhalb der EU einzuschränken, wenn und soweit eine Erweiterung der EU diskutiert wird.

Wissens- und Studienmigration ist für die niederländische Wirtschaft wichtig, ihr Ausmaß muss jedoch reduziert werden im Verhältnis zu dem, was Kommunen, Bildung, Gesundheitsfürsorge und Wohnraum tragen können. Daher werden:

Seite E 36 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

- Die Qualifikationsanforderungen der Wissensmigration verschärft und erhöht.
- Einschränkung der Studienmigration im Hochschulbereich in der Bachelorphase mit Ausnahmen von Studien bei Arbeitsmarktengpässen unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten (Je größer die Probleme, desto mehr Einschränkungen).
- Die Studienmigration wird eingeschränkt dadurch, dass es zahlreiche Kurse auf Niederländisch und eine Höchstzahl für ausländische Studierende gibt, durch Beschränkung auf den Bezug eines Grundstipendiums und durch Erhöhung der Studiengebühren für Nicht-EU-Studierende.
- Die Niederlande sollten gegenüber staatlichen Akteuren, die Menschen hierher schicken zur Spionage, wachsam sein. Es werden Maßnahmen zum Schutz unseres Wissens ergriffen.

Ein zusätzliches und verbindliches Bekenntnis zur Einbürgerung und Integration. Der Ausgangspunkt ist, dass sie (Migranten) Teil von uns sind, wenn sie sich einbringen und die niederländischen Werte unterstützen.

- Integration umfasst Wissen über den Holocaust und seine Opfer.
- Die Regelfrist für die Einbürgerung wird auf 10 Jahre verlängert, ungeachtet ob man befristetes oder unbefristetes Aufenthaltsrecht hat.
- Ausländer, die unsere Staatsangehörigkeit annehmen wollen, sollen nach Möglichkeit ihre vorige Nationalität aufgeben.
- Die Sprachanforderungen für die Einbürgerung werden grundsätzlich für alle auf B1 erhöht.
- Bekämpfung unerwünschter ausländischer Einflüsse, z. B. durch Wochenendschulen.
- Es wird eine Regelung für Gebetsrufe (Muezzinrufe) geben.
- Schädliche Praktiken wie Zwangsheirat und weibliche Genitalverstümmelung werden bekämpft.

(...)

Quelle:

https://www.achgut.com/artikel/frische_politik_aus_holland_haetten_wirt_auch_gerne

B R D e u t s c h l a n d (ohne Berlin und Land Brandenburg)

(Seiten E 37 – E 75)

01) Keine Berührungängste. Rechtspopulisten mobilisieren die Massen auf TikTok. Ein Verbot der App würde das eigentliche Problem jedoch nicht lösen

Von Joscha Wendland



Joscha Wendland

Berlin

Joscha Wendland ist im Referat Globale und Europäische Politik der Friedrich-Ebert-Stiftung tätig. Er hat Politikwissenschaften und Ethnologie an der Universität Heidelberg studiert.

06.06.2024



An Screentime mangelt es der Regierung nicht. Vielleicht könnte man einen Teil der Zeit in die Erstellung besseren Contents investieren.- *picture alliance / Flashpic | Jens Krick*

Donald Trump ist jetzt auf TikTok – auf einer Plattform, die er zuvor eigentlich verbieten wollte. Noch im März bezeichnete der ehemalige US-Präsident [TikTok als eine Gefahr](#) für die Sicherheit des Landes. Nun sammelte er innerhalb von einer Woche bereits knapp sechs Millionen Follower ein, während der Kampagnen-Account von Präsident Joe Biden lediglich auf gut 360 000 kommt. Die beiden Präsidentschaftskandidaten verfolgen damit das Ziel,

Seite E 38 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

einen direkteren Draht zur US-amerikanischen Bevölkerung aufzubauen. Und wie es scheint, gelingt dies eher Trump – wie auch weltweit eher populistische Akteure damit Erfolge erzielen.

Dabei soll TikTok eigentlich verkauft oder verboten werden – darin waren sich beide Kandidaten mal einig, und das war auch die eindeutige Nachricht des Kongresses an das chinesische Unternehmen ByteDance, den Mutterkonzern von TikTok. Seit Bidens Unterschrift Ende April läuft nun eine neunmonatige Frist, in denen ByteDance die letzten Anteile in chinesischer Kontrolle an westliche Investoren verkaufen muss, um ein Verbot in den USA zu umgehen. 60 Prozent von ByteDance Ltd. sind zwar bereits im Besitz westlicher Investoren, doch kann der Gründer, trotz eines Anteils von lediglich 20 Prozent, aufgrund höherer Stimmrechte weiterhin Kontrolle ausüben. Es ist jedoch nicht sicher, ob es überhaupt zu einem Verbot kommen würde: Eine [Klage gegen die US-Regierung](#) mit Verweis auf unrechtmäßige Einschränkung der freien Meinungsäußerung wurde bereits angekündigt. Doch worum geht es bei dem Gesetz wirklich? Und was bedeutet das für Europa und die Demokratie?

In den USA nutzen rund 170 Millionen Menschen die Kurzvideo-App regelmäßig und es wird geschätzt, dass [300 000 Arbeitsplätze an TikTok gebunden](#) sind – überwiegend sogenannte *Content Creators*. Und doch sind sich erstaunlicherweise alle in den Vereinigten Staaten darin einig, was zu tun ist: Mit einem Verbot drohen, um den Verkauf zu erzwingen. Auch Donald Trump hatte sich seinerzeit für einen solchen Deal ausgesprochen – und nun auch den Nutzen der Reichweite der Plattform erkannt.

Ursache für diesen ungewöhnlichen parteiübergreifenden Zusammenhalt ist die Angst vor Spionage und unautorisiertem Zugang zu den Daten der US-amerikanischen Nutzerinnen und Nutzer durch China. ByteDance hatte der US-Regierung daraufhin angeboten, diese Daten in den USA zu speichern, doch das reichte scheinbar nicht aus. Auch die Berücksichtigung der Interessen der jungen, digitalaffinen Wählerschaft war mit Blick auf die Präsidentschaftswahl im November nicht ausschlaggebend. Dass ein im Raum stehendes TikTok-Verbot in großen Teilen der GenZ nicht wohlwollend aufgenommen würde, liegt auf der Hand. Vordergründig wurde dieses Argument mit den Sorgen um Desinformationskampagnen gekontert, doch eigentlich ist es merkwürdig, dass Wählerinteressen derart unberücksichtigt bleiben. Schließlich gedeihen chinesische und russische Bots und Datenskandale auch auf X oder Meta, wo erst 2021 die [Daten von über 500 Millionen Facebook-Nutzern durch einen Hackerangriff gestohlen](#) wurden – aber das sind ja amerikanische Unternehmen. Könnte es bei dem verabschiedeten Gesetz demnach um etwas ganz anderes gehen?

Elon Musk beweist immer häufiger, dass er auch eine politische Agenda verfolgt – und dazu auch X einspannt.

Dass Daten und die damit verbundenen Möglichkeiten von Online-Werbung ein Milliardengeschäft sind, sollte mittlerweile den meisten Schulkindern klar sein und bildet inzwischen die Grundlage vieler Geschäftsmodelle. *User Profiling findet* in einem derart hohen Grad statt, dass maßgeschneiderte Werbung an den jeweiligen Nutzer ausgespielt wird. Aber das kennt man bereits von Meta und den dazugehörigen Diensten Facebook oder Instagram. Und Elon Musk beweist immer häufiger, dass er auch eine politische Agenda verfolgt – und dazu auch X einspannt.

Der entscheidende Unterschied ist, dass TikTok die einzige große Social-Media-Plattform ist, die nicht in den USA entwickelt wurde und deren Code eine rein chinesische Angelegenheit bleibt. Ist das drohende TikTok-Verbot dann vielleicht keine Frage von

Datenschutz, sondern schlicht ein Fall von purem Neid? Wollen die US-amerikanischen Firmen nicht einfach selbst ihr Unwesen mit den ganzen Daten treiben? Würde ein Verkauf sich überhaupt spürbar positiv auf die Nutzererfahrung auswirken – oder noch besser: die westlichen Demokratien wieder entscheidend stärken?

Innerhalb der Europäischen Union trifft die Stimmungsmache gegen TikTok jedenfalls auf Zuspruch.

Innerhalb der Europäischen Union trifft die Stimmungsmache gegen TikTok jedenfalls auf Zuspruch. In Estland und Frankreich wurde TikTok inzwischen auf Diensthandys von Angestellten im öffentlichen Dienst verboten und seit Mitte März dürfen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der [EU-Kommission die App auch nicht mehr benutzen](#). Im Fokus steht das Thema Cybersicherheit, sodass europäischen Beamten sogar von der privaten Nutzung von TikTok abgeraten wird. Wie das letztlich durchgesetzt und überprüft werden soll, bleibt unklar.

Parteiübergreifend wird in Deutschland unterdessen ein ähnliches Vorgehen gefordert. Einigkeit herrscht bei den Bedenken wegen einer nicht DSGVO-konformen Handhabung von Nutzerdaten sowie bei der Angst vor Spionage und vor der [Verbreitung von Desinformationen](#) – insbesondere im Zuge der bevorstehenden Europawahlen. Roderich Kiesewetter, Vizevorsitzender des Geheimdienst-Kontrollgremiums des Bundestags, [bezeichnete TikTok](#) sogar als „eine Gefahr für die Demokratie“ und als Instrument der „hybriden Kriegsführung“ Chinas und Russlands. Gegen Facebook oder Instagram fand eine solche Wortwahl in Europa bislang wenig Verwendung und auch ein Verbot stand von Seiten der Politik nie ernsthaft im Raum. Bei den US-amerikanischen Diensten werden stets die Reichweite und der Impact erfolgreicher Online-Kampagnen in den Vordergrund gestellt. Das enorme und weiterhin [steigende Reichweitenpotenzial von TikTok](#), insbesondere bei unter 25-Jährigen, wird hingegen gern vergessen. Die Gründe dafür sind: Zu viel Kulanz gegenüber westlichen Tech-Konzernen und ein zu starres Politikfeld, in dem weder die Institutionen noch die Politikerinnen und Politiker mit den technischen Entwicklungen Schritt halten.

Aus Sicht der Europäerinnen und Europäer kann US-Tech-Unternehmen mit schillerndem Führungspersonal genauso wenig vertraut werden wie den chinesischen Pendants.

Die Gefahren von Desinformation und Missbrauch von Nutzerdaten sind natürlich real – und sollten ernst genommen werden. Vor einigen Jahren zeigte eine MIT-Studie bereits, dass sich Fake-News und Lügen bis zu sechsmal schneller auf X verbreiten, damals noch Twitter. Und wie reagiert die Politik? Einerseits mit profitmotivierten Verbotsforderungen in Bezug auf TikTok; dahinter steckt offensichtlich nicht vorrangig der Schutz der Demokratie, da sich sonst auch der Umgang mit dem von Desinformationskampagnen geplagten Facebook ändern müsste. Es reicht eben nicht, Mark Zuckerberg in einem Ausschuss zu befragen. Und andererseits mit lächerlichen Geldstrafen für westliche Tech-Konzerne, die keineswegs zu grundsätzlichen Veränderungen am Geschäftsmodell mit Nutzerdaten einladen. Meta bekam 2023 von der EU eine Rekordstrafe in Höhe von 1,2 Milliarden Euro aufgebremmt – gerade einmal drei Prozent des im selben Jahr erwirtschafteten Profits. Beides sind demnach leider völlig unzureichende Strategien. Warum sollte es schließlich aus Sicht eines europäischen Nutzers einen Unterschied machen, ob er von einem Unternehmen mit Sitz im Silicon Valley desinformiert wird oder ob ein Pekinger Unternehmen seine Daten missbraucht? Aus Sicht der Europäerinnen und Europäer kann US-Tech-Unternehmen mit schillerndem Führungspersonal genauso wenig vertraut werden wie ihren chinesischen Pendants.

Seite E 40 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Hinzu kommt, dass die Schwerfälligkeit politischer Institutionen mit der Wandelbarkeit und kontinuierlichen Entwicklung technischer Möglichkeiten und Anwendungen schlicht nicht mithalten kann. Dies wird leider dadurch verschärft, dass die meisten demokratisch-gesinnten Politikerinnen und Politiker sich den Sozialen Medien meist entweder gänzlich verweigern oder halbherzig und unbeholfen Nähe mit einem jüngeren Publikum herstellen wollen. Bestes Beispiel ist [Olaf Scholz' kürzlich veröffentlichtes erstes TikTok-Video](#).

Man kann eben nicht immer verbieten, was man nicht zu beherrschen lernen will.

Ganz anders sieht es hingegen bei der rechtsextremen, digitalkundigen AfD aus. Diese hat sich die [Sozialen Medien zu eigen gemacht](#) und zählt doppelt so viele Facebook-Fans wie die restlichen Parteien zusammen und kommt durchschnittlich auf etwa zehnmal mehr Impressionen pro TikTok-Video. Die demokratischen Parteien hingegen überschatten diese Möglichkeiten der Reichweite mit ihren Bedenken und bieten den kommenden Generationen daher auch keine Alternative zu den Inhalten der AfD. Das Gleiche passiert in Frankreich, wo der junge Spitzenkandidat des rechtsradikalen *Rassemblement National* auf TikTok 1,3 Millionen Follower hat und gerade auch bei jungen Menschen viel Anklang findet. Marine Le Pens Partei liegt in Umfragen zur Europawahl unangefochten auf Nummer 1. Vor diesem Hintergrund über ein Verbot von TikTok zu reden, wirkt sehr verkürzt. Man kann eben nicht immer verbieten, was man nicht zu beherrschen lernen will.

Im Kleinen wehren sich bereits eine aus Fridays for Future hervorgegangene Gegenbewegung mit dem Hashtag [#ReclaimTikTok](#) oder auch Politiker wie [Karl Lauterbach](#), der aber den Algorithmus der Plattform nicht ausreichend füttert. Ganz übergeordnet braucht es eine agilere deutsche und europäische Politik, die technische Entwicklungen – sei es in Bezug auf Facebook, X, TikTok oder auch bezüglich Künstlicher Intelligenz – institutionell sowie legislativ zeitgemäß begleitet und auch auf praktischer Anwendungsebene den Anschluss an die Bevölkerung nicht verliert. Auch ein *Digital Services Act* macht die demokratischen Parteien nicht auf einen Schlag wieder attraktiv. Unsere Politikerinnen und Politiker sollten, statt ein Verbot zu diskutieren, sich vielmehr mit einem gekonnten TikTok-Auftritt für unsere Demokratie einsetzen.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/demokratie-und-gesellschaft/artikel/keine-beruehrungsaengste-7557/?utm_campaign=de_40_20240606&utm_medium=email&utm_source=newsletter

02) Spargelzeit im Nil. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 625-35

31. Mai 2024

49. Jahrgang

Spargelzeit im Nil

Am letzten Tag im Mai möchten wir uns nicht mit Politik, sondern mit Spargel beschäftigen. In dieser Woche war ich mal wieder bei Geschäftsfreunden in Hamburg und hatte, wie immer, ein Zimmer im IntercityHotel Altona gebucht, das sich direkt am Bahnhof befindet, mit Blick vom Frühstücksraum auf Gleis 11, von wo aus die Züge nach Berlin fahren.



Auf der Suche nach einem Restaurant, das Spargel anbietet, fand ich bei Google den folgenden Link: <https://www.hamburg.de/spargel-restaurant/> Das nächstliegende Restaurant von Altona aus befindet sich zwischen St. Pauli Kiez und Schanzenviertel am Neuen Pferdemarkt und trägt den wunderbaren Namen **Nil**.



Von außen betrachtet, nicht besonders, von innen jedoch sehr spektakulär. Schon bei dem Versuch, einen Tisch zu reservieren, bemerkt man die große Nachfrage. Ab 19:00 Uhr geht nichts mehr. 18:00 bis 20:00 Uhr wäre noch möglich. Gebucht! Da man meist etwas früher eintrifft, aber Öffnung um



18:00 Uhr eben Öffnung um 18:00 Uhr bedeutet, kann man es sich entweder auf den Außenplätzen gemütlich machen oder die Vitrinen anschauen, die viel über die Qualität des Restaurants aussagen. Zahlreiche Trophäen sind zu bewundern, und nicht, wie bei anderen Lokalen, aus früheren Jahren, sondern ganz aktuell: Restaurant des Jahres 2024!

In der Selbstbeschreibung heißt es: „Im schlicht-eleganten Restaurant am Pferdemarkt können Sie auf drei Ebenen Platz nehmen: im Erdgeschoss, Souterrain oder auf der Galerie. Die



Produkte stammen von Bio-Höfen aus der Hamburger Umgebung. Die Speisekarte klingt wie eine Liebeserklärung an die gute Esskultur.“

Wir wurden in die erste Etage geleitet mit einem guten Blick über das gesamte

Restaurant. Eine freundliche Dame steht uns hilfreich und kompetent bei der Wahl der Speisen und Getränke zur Seite. Spargel! Das ist der Grund, weshalb wir hier sind. Ein Pfund Spargel mit Lindakartoffeln und brauner Butter oder Sauce Hollandaise 25.50 (auf Wunsch vegane Hollandaise) oder mit hausgemachtem, luftgetrocknetem Schinken vom Bunten Bentheimer Schwein 30.50. Einer nimmt Spargel, so wie ihn die Küche freigibt, der Autor dieses Beitrages wünscht sich den Spargel schön weich und natürlich den Schinken dazu. Fazit: Ein Traum, aus dem man nicht erwachen möchte. Dazu ein Fläschchen Grauburgunder. Mal wieder meldet Kleinhirn an Großhirn, wie gut es uns doch geht, in diesem, unserem Lande.

Die Gegend, in dem sich das Nil befindet, mag so gar nicht zu dem Ambiente des Restaurants passen. Wir wandern ein Stück durch das Schanzenviertel und Karolinenviertel, unweit des Millerntorstadions, wo vermutlich immer noch der Aufstieg von St. Pauli gefeiert wird, bis zur Reeperbahn, von wo aus wir uns für die letzten Meter bis zum Bahnhof Altona dann doch für die S-Bahn entscheiden. Bunt bemalte Häuser mit den üblichen Parolen, viele kleine Geschäfte und Kneipen, vor denen es sich die Kiez-Community gemächlich gemacht hat, und über das Establishment meckert. Unübersehbar aber auch sehr viel Leerstand.

Fotos: Ed Koch - Foto Innen: Nil

Wenn Sie demnächst mal wieder in Hamburg sind, wissen Sie, wohin Sie der Weg führen muss: Zum bzw. ins **Nil**.

Ed Koch

1

03) Erwartungsgemäß. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 625-36

31. Mai 2024

49. Jahrgang

Erwartungsgemäß

Es wäre so schön gewesen, wenn wir den Monat Mai mit dem Bericht über ein Spargelessen in Hamburg hätten beschließen können. Zwei Ereignisse von gestern Abend und heute Vormittag sollen jedoch nicht unkommentiert bleiben.

Während **Dieter Nuhr** seine Satiresendung, die um 19:30 Uhr aufgezeichnet und um 22:50 Uhr gesendet wurde, präsentierte, wurden die Zuschauer durch ein Laufband am unteren Bildrand darüber in Dauerschleife informiert, dass **Donald Trump** in 34 von 34 Anklagepunkten schuldig gesprochen wurde. Leider betrifft das nur den dubiosen Fall um einen Pornostar, nicht aber das viel größere Verbrechen, seine Anhänger aufgehetzt zu haben, den Kongress zu stürmen, weil er einfach nicht akzeptieren will, die Wahl 2020 mit 56,9 zu 43,1 Prozent der Wahlleutestimmen verloren zu haben.

Selbst wenn Trump, wozu auch immer, verurteilt wird, und damit als vorbestraft gilt, hindert ihn das nicht daran, als Präsidentschaftskandidat weiterzumachen und im Falle eines Sieges tatsächlich Präsident zu werden und sich selbst begnadigen zu können. Was ist das für eine Demokratie in den USA? Man muss sich ernsthafte Sorgen um dieses Land machen.

Noch größere Sorgen muss man sich um die Entwicklung in der Ukraine machen, die erwartungsgemäß eingetroffen ist. Erlauben Sie bitte, dass ich mich selbst zitiere aus dem Newsletter vom 29. Mai 2024 „Terror lohnt sich!": *„Ein ganz schwieriges Feld ist die Frage, ob, mit welchen Waffen auch immer, die Ukraine Stellungen in Russland, von denen Putins Terrorraketen abgefeuert werden, angreifen und gegebenenfalls vernichten darf. Die Ukraine endlich in die Lage zu versetzen, alle russischen Raketen abschießen zu können, ist dringender denn je. Den ‚Krieg‘ auf russisches Territorium auszudehnen, halte ich für keine gute Idee.“*

Um kurz vor 11:00 Uhr meldete das **ZDF**: *„Die Bundesregierung erlaubt der Ukraine den Einsatz deutscher Waffen über die Grenze hinweg in das an die Region Charkiw angrenzende russische Gebiet. Die Ukraine sei in den vergangenen Wochen ‚insbesondere im Raum Charkiw von Stellungen aus dem unmittelbar angrenzenden russischen Grenzgebiet‘ angegriffen worden, teilte Regierungssprecher **Steffen Hebestreit** am Freitag mit. Gemeinsam sind wir der Überzeugung, dass die Ukraine das völkerrechtlich*

verbrieftes Recht hat, sich gegen diese Angriffe zu wehren.“ „Bereits zuvor hatten die USA der Ukraine erlaubt, mit US-Waffen Ziele auf dem Gebiet Russlands anzugreifen zu dürfen.“ Russische Ziele auf der Krim oder in den besetzten Gebieten im Osten anzugreifen, ist legitim, denn es handelt sich um das Staatsgebiet der Ukraine, auf dem sich widerrechtlich fremde Soldaten befinden, die man vertreiben darf.

Russisches Territorium anzugreifen, hat eine andere Qualität. Was aber tun, wenn es für die Ukraine keinen Schutzschirm gibt, so wie ihn Israel hat? Die Stellungen in Russland beschießen? Welche andere Wahl hat die Ukraine? Sollte es gelingen, die grenznahen Abschussrampen zu vernichten, verfügt Putin über weitere Möglichkeiten, nämlich Langstreckenraketen. Die Spirale dreht sich weiter.

Die Annahme, dass Putin zur Einsicht gelangt, diesen Krieg nicht gewinnen zu können und ihn deshalb zu beenden, ist unrealistisch, weil er sich m.E. inzwischen in einem Geisteszustand befindet, wo ihm so ziemlich alles egal ist. Einem unberechenbaren Menschen wie ihm, der allein herrscht und sich das Parlament lediglich als Staffage hält, ist alles zuzutrauen bis hin zum Suizid, den er beim Einsatz von Nuklearwaffen in Kauf nehmen müsste.

Am 30. Mai fand nicht, wie in einem Lied des Gologowski-Quartetts besungen, der Weltuntergang statt. Er ist man wieder verschoben worden. Wissenschaftler haben berechnet, dass in rund fünf Milliarden Jahren die Welt ohnehin untergehen würde. Darauf muss niemand warten, weil das viel früher geschehen wird. Auch wenn es zynisch klingt, genießen Sie Ihr Leben, solange es noch geht, und gehen Sie nochmal richtig gut Spargel essen.

Ed Koch

04) Blankes Entsetzen. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 625-34

30. Mai 2024

49. Jahrgang

Blankes Entsetzen

Wir wissen, wie belastend es ist, immer wieder über den Vernichtungskrieg Russlands gegen die Ukraine lesen zu sollen. Glauben Sie uns, auch darüber zu berichten, ist eine große Qual. Wir müssen uns diese jedoch antun, um zu begreifen, welche Art von Krieg Putin in Europa gegenwärtig führt und vermutlich auch künftig zu führen versuchen wird.

Gestern haben wir einen Beitrag im Tagesspiegel über das Schicksal der Kinder in der Ukraine gelesen, der uns zutiefst berührt und erschüttert hat. „*Schon seit Beginn des Krieges wird Russland vorgeworfen, Zehntausende Kinder aus den besetzten ukrainischen Gebieten entführt und in vielen Fällen in Umerziehungslager gesteckt zu haben.*“, heißt es einleitend. Und weiter: „*Aus diesem Grund hatte der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag 2023 Haftbefehl gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin und die russische Kinderbeauftragte Maria Lvova-Beleva erlassen. Nun gibt es offenbar eine neue Welle solcher Umerziehungen – unter dem Deckmantel von Sommerlagern.*“

„*Der Chef der selbsternannten Volksrepublik Luhansk, Leonid Pasechnik, gab vor zwei Tagen bekannt, dass im Laufe dieses Jahres mehr als 12.000 Kinder in Regionen der russischen Föderation ‚aufgenommen‘ werden sollen und dass 40.000 Kinder aus den besetzten ukrainischen Gebieten zu ‚Sommerlagern‘ und ‚Bildungsaktivitäten‘ im Rahmen des Programms ‚Nützliche Ferien‘ nach Russland ‚eingeladen‘ würden. Das berichtet das Institut für Kriegsstudien (ISW) in seinem aktuellen Bericht.*“

https://understandingwar.org/backgrounder/russian-offensive-campaign-assessment-may-28-2024?bezuggrd=NWL&utm_source=sondermailing
Lesen Sie bitte diesen Text.

„*Die Besatzer in der Region Cherson kündigten zudem an, Kinder zu einem Sommerlager auf die Krim oder in die Region Adygea im Nordkaukasus im Süden Russlands zu schicken. Jugendliche aus Luhansk sollen außerdem an einem ‚militärisch-patriotischen Sportlager‘ in der Region Wolgograd teilnehmen, wo sie unter anderem in Militärtechnik, Taktik, Schießen und im Drohneneinsatz geschult werden sollen.*“

„*Dass solche Lager als Erholungs- und Bildungsmaßnahmen dargestellt werden, ist ein typisches Mittel der russischen Propaganda. Dahinter stecken aber Russifizierungsprogramme, um die Kinder von der*

ukrainischen Sprache, Kultur und Geschichte zu entfremden. Die Experten vom ISW gehen davon aus, dass diese Maßnahmen den ganzen Sommer verstärkt unter dem Deckmantel von Sommerlagern verstärkt werden sollen.“

Sich an Kinder zu vergreifen, ist das Übelste, was Menschen anstellen können. Welche Folgen es hat, wenn frühzeitig begonnen wird, Kindern eine bestimmte Ideologie anzuerziehen, sehen wir exemplarisch in Nordkorea oder in der so genannten Volksrepublik China. Als wenn den Menschen in den annektierten Gebieten der Ukraine nicht schon genug Schlimmes angetan wurde, so nimmt Russland ihnen auch noch die Kinder weg, um linientreue Putin-Faschisten zu erziehen, die eines Tages so verblendet sein werden, dass sie ohne schlechtes Gewissen zu haben, bei ihren eigenen ukrainischen Landsleute das Erlernte Kriegshandwerk einsetzen werden.

„*Militärisch-patriotisches Sportlager*“, dazu fallen einem auch die Bilder aus dem so genannten Dritten Reich ein. Hundertfaches gleichförmiges Bewegen und jonglieren mit Waffen. Putin zieht sich die nächste Generation Fleischwolf heran. „*Nützliche Ferien*“? Für wen? Auf keinen Fall für die Kinder. Und welche Bildung den Kindern vermittelt wird, kann man sich vorstellen. Putin hat, was die Ukraine betrifft, seine eigene Geschichtsschreibung entwickelt, die nichts mit der Wahrheit zu tun hat. Das wiederum erinnert an den Begriff „*Alternative Fakten*.“

Wutschraubend und völlig hilflos liest man diese Berichte und hört den Diskussionen in den Talk-Shows zu, wo sich selbsternannte Militärexperten darüber streiten, mit welchen Mitteln man die Ukraine vor dem Untergang retten kann.

Wir müssen nicht bis nach Nordkorea schauen, wenn wir Beispiele dafür suchen, welche Folgen es hat, wenn Kinder zu Hass erzogen werden. „*Laut Statistischem Bundesamt waren zum Stichtag 31.12.2022 in Berlin 645 Palästinenser gemeldet. Schätzungen für Berlin gehen allerdings von 35.000 bis 45.000 Palästinenserinnen und Palästinensern aus - viele davon kamen in den 1970er Jahren aus dem Libanon nach Deutschland.*“ Hass auf alles Jüdische zu predigen, gehört in vielen palästinensischen Familien zum Alltag. Nicht anders lässt es sich erklären, wie undifferenziert propalästinensische Demonstrationen verlaufen, in denen die Hamas nicht als Terror-, sondern als Befreiungsorganisation gefeiert wird. Unser Bildungssystem hat dem offenbar nichts entgegenzusetzen.

Ed Koch

1

05) Terror lohnt sich. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 625-33

29. Mai 2024

49. Jahrgang

Terror lohnt sich

Es gibt keinen souveränen palästinensischen Staat. Chancen für eine Zweistaatenlösung gab es einige, zum Erfolg führte bislang keine. Dass von den 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen seit gestern 145 Palästina (aktuell einschließlich Norwegen, Spanien und Irland), als unabhängigen Staat anerkannt haben, ist Symbolpolitik, ändert aber nichts daran, dass es gegenwärtig nicht mehr und nicht weniger als Autonomiegebiete gibt. Auch, dass am 10. Mai 2024 die UN-Generalversammlung in einer nicht bindenden Entscheidung für eine Vollmitgliedschaft Palästinas stimmte, ändert nicht am Status.

Die vielen zivilen Opfer im Gazastreifen können nicht einfach als Kollateralschaden auf die berechtigte Reaktion Israels auf den Terrorakt vom 7. Oktober 2023 hingeworfen werden. Dass in der jetzigen Situation die Hamas immer noch in der Lage ist, Raketen auf Israel abzufeuern, zeigt, dass Israel sein Ziel, die Hamas zu vernichten, längst nicht erreicht hat und auch nicht erreichen wird. Der Raketenangriff der Hamas auf Israel, der erneut Gegenschläge auslöst, macht deutlich, wie egal der Terrororganisation die eigenen Menschen sind.

Die Überlebenschancen der noch etwa 130 versteckten Geiseln schwinden von Tag zu Tag. Natürlich müssen die Palästinenser eines Tages in einem souveränen Staat leben können. Wie das allein geographisch zwischen Gaza und dem Westjordanland gelingen soll, ist kaum vorstellbar. Der spanische Ministerpräsident **Pedro Sánchez** sprach gestern von einem Korridor zwischen Gaza und Westjordanland. Ein Blick auf die Landkarte lässt Zweifel an der Umsetzbarkeit aufkommen. Auch wenn es eines Tages zwei Staaten auf diesem engen Raum gäbe, würde das nicht dazu führen, dass die Terrororganisationen ihre Aktivitäten einstellen.

In der jetzigen Situation Palästina als Staat anzuerkennen, wie es gestern Norwegen, Spanien und Irland getan haben, vermittelt den Eindruck, dass sich Terror lohne. Diese diplomatische Geste führt zu nichts. Keine Geisel kommt frei, Israel stoppt nicht seine Bodenoffensive und die Hamas feuert weiterhin Raketen auf Israel ab.

Dass sich Terror lohnt, sieht man auch in der Ukraine. Russland führt keinen Krieg gegen die Ukraine, sondern tägliche Terrorakte gegen die Zivilbevölkerung durch, die sich nicht mal mehr in einem Baumarkt sicher fühlen kann. Was soll man davon

halten, wenn **Wladimir Putin** darüber schwadroniert, den „Krieg“ sofort beenden zu wollen, wenn die durch seine Terrorangriffe eroberten Gebiete als neues russische Territorium anerkannt würden? Hat sich sein Ziel, die Ukraine vom Faschismus zu befreien damit erledigt? Reicht es ihm aus, die Krim und die Ostukraine nazifrei gebombt zu haben? Immer wenn ich sage Putin sei geisteskrank, entgegnet mir einige Leute, dass dies nicht stimme, er sei raffiniert und wisse genau, was er tue. Natürlich kann ich den medizinischen Beweis einer Geisteskrankheit Putins nicht vorlegen, deshalb mache ich es mir ganz einfach: **Wer seine eigenen Soldaten im Fleischwolfverfahren zu Zehntausenden opfert, um unschuldige Menschen in einem Nachbarland zu ermorden, kann im Kopf nicht gesund sein.**

Die Ukraine kann den „Krieg“ nicht gewinnen. Putin aber offenbar auch nicht. Irgendwann wird es zu einem Waffenstillstand kommen an dessen Ende die Ukraine Landverluste akzeptieren muss, weil sich Terror lohnt. Es ist nicht davon auszugehen, dass, wie im Falle Afghanistans, Russland nach zehn Jahren einfach das Land verlässt. Die „eroberten“ Gebiete in der Ukraine wird Putin nicht wieder hergeben. Eine Illusion ist es auch anzunehmen, dass Israel wieder eine Autonomie der Palästinenser im Gazastreifen zulassen würde. Der Gazastreifen wird dauerhaft unter israelische Kontrolle gestellt. Dazu müsste Israel aber erst einmal den Gazastreifen unter seine Kontrolle bringen, wonach es gegenwärtig nicht aussieht.

Ein ganz schwieriges Feld ist die Frage, ob, mit welchen Waffen auch immer, die Ukraine Stellungen in Russland, von denen Putins Terrorraketen abgefeuert werden, angreifen und gegeben falls vernichten darf. Die Ukraine endlich in die Lage zu versetzen, alle russischen Raketen abschießen zu können, ist dringender denn je. Den „Krieg“ auf russisches Territorium auszudehnen, halte ich für keine gute Idee.

Der Einsatz von Kampffjets in der Ukraine ist ebenso dringlich. In Brüssel wurde gestern dem ukrainischen Präsidenten **Wolodymyr Selenskyj** zugesagt, noch in diesem Jahr F-16-Kampffjets geliefert zu bekommen. „Man werde sie ‚so schnell wie möglich‘ schicken, sagte der belgische Ministerpräsident **Alexander De Croo**. Bis 2028 sollen insgesamt 30 Flugzeuge geliefert werden.“ *Quelle: Handelsblatt*

2028? Was für eine schreckliche Perspektive.

Ed Koch

06) Demokratie in Gefahr? Deutschlands Debatte um die Gefahr von rechts dreht sich um sich selbst. Dabei würde der Blick zu den europäischen Nachbarn helfen

Von Nils Meyer-Ohlendorf



Nils Meyer-Ohlendorf, Berlin

Dr. Nils Meyer-Ohlendorf ist Leiter des *International and European Governance Program* des *Ecologic Institute* in Berlin. Er ist Mitgründer und Gesellschafter von *Democracy Reporting International*. Schwerpunkte seiner Arbeit sind Klimaschutz, EU und Demokratie in Europa

28.05.2024



Kundgebung gegen rechts in Essen.-*picture alliance/dpa | Christoph Reichwein*

Ist die Demokratie in Deutschland bedroht? [Viele Menschen sind derzeit dieser Meinung](#). In Ostdeutschland könnte die Alternative für Deutschland (AfD) die nächsten Landtagswahlen gewinnen – eine Partei, die vom Bundesverfassungsschutz als [rechtsextremistischer Verdachtsfall geführt werden darf](#). [Ganze Landesverbände](#) der Partei sowie deren [Jugendorganisation](#) gelten als „[erwiesen extremistische Bestrebungen](#)“. Es ist nicht ausgeschlossen, dass Björn Höcke, Deutschlands bekanntester Rechtsextremist, Ministerpräsident Thüringens wird. Nach dem Überfall auf den SPD-Politiker Matthias Ecke fühlte sich die FAZ sogar an [Weimar](#) erinnert. Minister sehen sich veranlasst, vor Umsturzphantasien zu warnen. Im Europawahlkampf gehe es darum, die Demokratie zu verteidigen und Nazis abzuwehren.

Doch treffen diese Einschätzungen zu? Ein Blick über den Tellerrand hilft, die realen Gefahren für die Demokratie zu ermitteln. Bei den europäischen Nachbarn waren oder sind rechtsextreme Parteien an der Regierung – teilweise seit vielen Jahren. In Italien stellen die

„Brüder Italiens“ die Regierungschefin. In der Schweiz kommen zwei von sieben Bundesräten von der Schweizerischen Volkspartei. Die Partei Die Finnen stellt als zweitgrößter Koalitionspartner neun Ministerinnen und Minister in der neuen finnischen Regierung. In Schweden tolerieren die Schwedendemokraten eine Minderheitsregierung. Mit gut 20 Prozent der Sitze sind sie die größte Partei in dieser Formation. In den Niederlanden duldet die *Partij voor de Vrijheid* von Geert Wilders die erste Rutte-Regierung und wird nun wohl der größte Koalitionspartner der neuen Rechts-Regierung. Auch die österreichische FPÖ war zuletzt 2019 Regierungspartei.

Obwohl diese Parteien teilweise deutliche Unterschiede aufweisen, gibt es auch viele Gemeinsamkeiten – etwa ausländerfeindliche und nationalistische Rhetorik und Politik. Eine weitere Gemeinsamkeit ist, dass Regierungsbeteiligungen dieser Parteien nicht zu einem grundlegenden Demokratieabbau geführt haben. Der Kern der Demokratie – etwa freie Wahlen, eine unabhängige Justiz, freie Medien, Gewaltenteilung oder eine freie Zivilgesellschaft – ist weitgehend intakt geblieben. Einen Umsturz oder *state capture* wie in Ungarn hat es nicht gegeben. Rechtsextreme Parteien sind zwar durch Wahlen in Regierungsverantwortung gekommen, sie sind aber auch wieder abgewählt worden.

Auf dem Weg zur Macht und in Regierungen sind diese Parteien zudem oft [moderater geworden](#). Große Wählergruppen lehnen extremistische Positionen tendenziell ab. Außerdem wirken der Zwang zum Kompromiss in Koalitionen, die Grenzen von Verfassungen oder die EU-Mitgliedschaft Extremismus entgegen. Befürchtungen, die Regierung Meloni werde zu Demokratieabbau in [Italien](#) führen, haben sich nicht bewahrheitet. Das gleiche gilt für die Niederlande, die Schweiz, Finnland, Dänemark und [Schweden](#). Ebenso für Österreich, wo es in Kärnten und im Burgenland Koalitionen zwischen FPÖ und SPÖ gab.

Deutschland ist über die Jahrzehnte toleranter, emanzipierter, bunter und damit demokratischer geworden.

Die Erfahrungen der Nachbarn bedeuten jedoch nicht automatisch, dass eine starke AfD kein Demokratieproblem ist. Diese Gleichung stimmt schon deshalb nicht, weil Erfahrungen eines Landes nicht ohne Weiteres auf die eines anderen übertragen werden können. Zudem ist die AfD extremistischer als ihre europäischen Pendanten. In ihrem eigenen Umfeld gefangen, ausgegrenzt und ohne echte Machtperspektive, hat die AfD sich seit ihrer Gründung radikalisiert. Andere rechtsextreme Parteien in Europa haben sich [eher in die andere Richtung entwickelt](#). Sie halten die AfD für zu extremistisch und haben sie aus der Fraktion Identität und Demokratie (ID) im Europaparlament [ausgeschlossen](#), da sie durch den Extremismus der AfD ihre Wahlchancen gefährdet sehen. Sollte dieser Rausschmiss vor allem aus Überzeugung erfolgt sein, wäre er eine sehr gute Nachricht für die Demokratie in Europa. Eine fraktionslose und damit fast bedeutungslose AfD wäre eine weitere.

Obwohl ein Vergleich zwischen Ländern immer schwierig ist, legen die Erfahrungen der Nachbarn einen Schluss nahe: Wie gefährlich rechtsextreme Parteien für Demokratien sind, hängt vor allem von der Stärke der Demokratie selbst ab. Dieser Aspekt fehlt größtenteils in der deutschen Debatte. So sind eine starke Zivilgesellschaft, die föderale Struktur Deutschlands und die Mitgliedschaft in der EU Stärken der deutschen Demokratie. Große Mehrheiten unterstützen diese, auch wenn es viele Vorbehalte gibt, wie Demokratie im Alltag funktioniert. Deutschland ist über die Jahrzehnte toleranter, emanzipierter, bunter und damit demokratischer geworden. Trotz stärkeren Zuspruchs für die extremen Ränder ist die politische Mitte weiterhin das Kraftzentrum der deutschen Politik.

Diese Stärken dürfen jedoch nicht über die Schwächen hinwegtäuschen – etwa eine strukturelle Schwächung des professionellen Journalismus, eine stärker polarisierte Debatte, ein Mangel an Gelassenheit sowie ein weit verbreitetes Gefühl der Verunsicherung. Die unbeliebte und oft zerstrittene Bundesregierung hilft in dieser Lage nicht. Unter dem Strich bedeutet dies: Deutschland im Jahr 2024 ist eher mit Österreich, der Schweiz, Italien, den Niederlanden, Dänemark, Schweden oder Finnland zu vergleichen. Es gibt offensichtlich viel mehr Parallelen zu diesen Ländern als zu Deutschland 1933. Fast nichts spricht dafür, dass die AfD Deutschlands Demokratie umkrepeln wird.

Nichtsdestotrotz leistet sich Deutschland eine introvertierte und alarmistische Debatte. Die Erfahrungen der Nachbarn spielen in der deutschen Diskussion praktisch keine Rolle. Fast niemand will hören, wie es dort mit Rechtsextremen gehalten wird und was von den Nachbarn gelernt werden könnte. Der Rauschmiss der AfD aus der ID-Fraktion hätte eine Diskussion über die Entwicklung rechtsextremer Parteien in Europa zur Folge haben können, aber die Nachrichten an den Tagen nach dem Rauschmiss wurden vom „[Nazi-Eklat](#)“ auf Sylt dominiert. Selbst der [Bundeskanzler](#) sah sich veranlasst, das Gegröle zu kommentieren.

Fast nichts spricht dafür, dass die AfD Deutschlands Demokratie umkrepeln wird.

Die deutsche Debatte dreht sich zudem viel um die eigene Geschichte und damit um sich selbst. Es werden Vergleiche mit Weimar gezogen, egal wie haltlos sie sind. Treffen zwischen Identitären, AfD- und CDU-Politikern zu Remigration sind abscheulich, aber [offensichtlich keine „Wannseekonferenz 2.0“](#). Solche absurden Vergleiche kosten wertvolle Glaubwürdigkeit. [Sie polarisieren und schwächen die Demokratie](#).

„Wehret den Anfängen“ ist eine zentrale Einsicht aus der deutschen Geschichte, aber sie bedeutet nicht, strategielos der eigenen Empörung freien Lauf zu lassen und auf Mobilisierung im eigenen Lager zu setzen. Sie bedeutet vor allem, Moderate von Extremisten zu trennen, zu überzeugen und *neue* Mehrheiten zu gewinnen. Das ist immer schwierig. Zur Zeit fällt dies aber besonders der politischen Linken schwer.

Anstatt der Kraft der offenen Debatte und der eigenen Überzeugungskraft zu vertrauen, gibt es von links viele Rufe nach Verboten, [Polizei, Staatsanwaltschaft und Verfassungsschutz](#). Es gibt austauschbare Reden mit den üblichen *Soundbites* wie „Demokraten müssen sich unterhaken“ oder „man muss klare Kante gegen rechts zeigen“. Die Überzeugung, Rechtsextremen keine Plattform geben zu dürfen, ist vor allem im linken Meinungsspektrum weit verbreitet, obwohl die AfD damit ihre Lieblingsbühne bekommt, nämlich keine Bühne zu haben, ausgegrenzt zu werden und Opfer zu sein. Im Ergebnis wirkt Links in weiten Teilen abgekapselt, inhaltsleer und sprachlos. Für die AfD ist dies ein Geschenk.

Im selbsterzeugten Kunstnebel von Weimar fällt es zudem schwer, verständlich zu machen, wofür die AfD *konkret* steht: für antipluralistische Überzeugungen, die ihre politischen Gegner als „Alt- oder gar Systemparteien“ diffamiert, für die Diskreditierung Deutschlands als „Unrechtsstaat“, für ausländerfeindliche Politik, für verantwortungslose Klimapolitik, für Sympathien mit Putin oder für eine Politik, die Europa vom Spieler zum Spielball der Weltpolitik macht. In der aufgeheizten Debatte werden zudem Kritik an Sachpolitiken und Verteidigung von Demokratie oft vermengt. Damit wird die inhaltliche Auseinandersetzung mit der AfD schwierig, obwohl diese es ist, die [sich große Mehrheiten wünschen](#).

Seite E 48 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Kurzum: Demokratie lässt sich besser mit Selbstbewusstsein und einer offenen Debatte verteidigen. Deutschland hat viele Gründe, in die Stärke der eigenen Demokratie zu vertrauen. In der Wagenburg „gegen rechts“ wird diese aber häufig nicht wahrgenommen.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/demokratie-und-gesellschaft/artikel/demokratie-in-gefahr-7526/?utm_campaign=de_40_20240528&utm_medium=email&utm_source=newsletter

07) Düsseldorf. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 625-32

28. Mai 2024

49. Jahrgang

Düsseldorf

Auch wenn es gestern Abend im Fußball mit der Erstklassigkeit nicht geklappt hat, so ist doch Düsseldorf eine erste Adresse, wenn es um Innovationen geht. Das weiß EUREF-Gründer **Reinhard Müller** schon seit Kindertagen, liegt doch sein Geburtsort Krefeld nur knapp 20 Kilometer von der Landeshauptstadt Nordrhein Westfalens entfernt.

Während in Berlin die allerletzte Phase der Vollen- dung des **EUREF-Campus** begonnen hat, geht es auch beim kleineren Verwandten in Düsseldorf stetig voran.



NRW-Ministerpräsident **Hendrik Wüst** besichtigte die Baustelle und nahm eine Folge der Reihe „Zu- kunftsorte“ auf, ein gemeinsamer Podcast von **Rhei- nischer Post** und **EUREF**, der am 21. Mai erschien und überall dort zu hören ist, wo es Podcasts gibt.



Im Interview mit **Helene Pawlitzki**, Projektleiterin Audio & Podcasts der Rheinischen Post, berichtete er

von der Transformation des bevölkerungsreichsten Bundeslandes zur klimaneutralen Industrieregion. Vor rund 100 Zuhörern sprach der CDU-Politiker auch über seine persönliche Zuversicht trotz vieler Krisen. Auf einer Skala von 1 bis 10 bewerte er sei- nen Optimismus so: „11! Es gibt allen Grund, opti- mistisch zu sein und nicht miesepetrig in die Welt zu schauen“. Auch deswegen seien die „Zukunftsorte“, in denen es um neue Ideen und Lösungen gehe, ein tolles Format.



Angesprochen auf die klimaneutrale thermische Ver- sorgung des EUREF-Campus über den angrenzenden Baggersee und warum das nicht an noch mehr Bagger- seen in NRW passiere, meinte Wüst: „Ich habe nichts dagegen, dass das so kommt.“ Im Bereich der erneuerbaren Energien sei NRW sehr gut aufgestellt, etwa durch 359 genehmigte Windkraftanlagen im letzten Jahr. Bayern zum Vergleiche habe „gerade 17“ genehmigt. Nicht mit Kritik sparte der Regie- rungschef allerdings an zu vielen Staatshilfen: „Ich finde, es muss auch der Anspruch sein, dass wir noch Ansiedlungen hinkriegen ohne Subventionen. Wo soll das alles herkommen?“

Nach der Podcast-Aufnahme unterzeichneten zwei weitere Unternehmen langfristige Mietverträge. **Im- plenia** und die **MOD21 GmbH** werden ab 2025 aus dem Campus ihr Geschäft vorantreiben. Partner der Community wird **Implenia**, der Generalunternehmer für den Bau des EUREF-Campus. **Dr. Matthias Jacob**, Country President von Implenia: „Implenia konnte im Großraum Düsseldorf in den letzten Jah- ren mehrere Projekte realisieren. Wir planen, unsere Projektaktivitäten in der Region ab 2025 langfristig am neuen Campus zu bündeln und für die Teams hier

1



eine moderne, attraktive Arbeitswelt zu schaffen. Das inspirierende Umfeld aus etablierten Unternehmen, Start-Ups, Wissenschaft und Forschung und die damit einhergehenden Kooperationsmöglichkeiten werden wir nutzen, um noch stärker zu innovieren und uns mit unseren Kunden und Partnern intensiver auszutauschen."



Als führender Schweizer Bau- und Immobiliendienstleister entwickelt, realisiert und bewirtschaftet Implenia Lebensräume, Arbeitswelten und Infrastruktur für künftige Generationen in der Schweiz und in Deutschland.

MOD21 entwickelt und baut Gebäude für Generationen – in nachhaltiger Holzmodulbauweise entstehen Wohnungen, Kindergärten, Schulen, Hotels oder Unterkünfte bis zu 70 Prozent schneller und wesentlich emissionsärmer verglichen mit konventionellen Bauweisen.

MOD21-Geschäftsführer **Theodor Kaczmarczyk**: *„Wir haben auf dem EUREF-Campus das perfekte Umfeld für unsere innovativen Ideen gefunden und freuen uns sehr auf den Umzug von MOD21 auf den innovativen Campus in Düsseldorf. Das grüne Konzept und die moderne Infrastruktur sind für uns ideal, um unsere Vision vom nachhaltigen Bauen weiter voranzutreiben. Durch das Netzwerk im Gebäude können wir von wertvollen Kontakten und Synergien profitieren.“*

Auch im Monat Mai hat sich wieder einiges auf der Baustelle am EUREF-Campus Düsseldorf getan. Der Fortschritt ist unübersehbar und kommt dem Ziel, ein modernes und nachhaltiges Zentrum für Innovation und Zukunftstechnologien zu schaffen, jeden Tag näher.

Der Anstrich der Außenfassade wurde begonnen und wird bald vollendet sein, sodass das Gebäude in Kürze im grünen Glanz erstrahlen wird.



Parallel dazu haben die Gerüstbauer begonnen, das umlaufende Gerüst im Innenhof rund um die EUREF-Kuppel zu demontieren.



Dies stellt einen riesigen Fortschritt und eine sichtbare Veränderung für das Atrium dar. Mit dem Abbau des Gerüsts zeigt sich erstmals die Innenfassade in vollem Umfang. Im Mittelpunkt steht die beeindruckende Kuppel, die einen Vorgeschmack auf die künftigen Events gibt, die dort stattfinden können. Auch der Einzug der ersten Mieter rückt immer näher.

Der EUREF-Campus Düsseldorf liegt direkt am Bahnhof Flughafen. Von der Halle aus hat man einen guten Blick auf das Areal. Nach Fertigstellung wird man von dort direkt in die Gebäude des Campus gelangen.

Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch
Quelle: EUREF AG – Fotos: RP Andreas Bretz / EUREF AG

08) EUREF begrüßt Europa. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976

Nr. 625-31

27. Mai 2024

49. Jahrgang



EUREF begrüßt Europa

Das Europäische Energie-Forum, besser bekannt unter dem Kürzel EUREF, hatte gestern Abend Europa in Person der Kommissionspräsidentin **Ursula von der Leyen** zu Gast. Während Berlins Regierender Bürgermeister **Kai Wegner** mit Frankreichs Staatspräsidenten **Emmanuel Macron** durchs Brandenburger Tor schritt, warteten rund 150 Gäste auf dem EUREF Campus auf Frau von der Leyen und wurden derweil, offenbar unter Anspielung auf die Kommunalwahlen, mit Thüringer Bratwürsten und Kaltgetränken versorgt.



Engeladen wurden die Teilnehmenden von der Berliner CDU zu einer Dialogveranstaltung mit der Berliner Spitzenkandidatin zur Wahl des Europäischen Parlaments, **Hildegard Bentele**, die **Ursula von der Leyen** mit offenen Armen begrüßte. Die herzliche Begrüßung dankte von der Leyen Bentele, indem sie die Berlinerin als eine ihrer wichtigsten Stützen im EU-Parlament bezeichnete.



Die Vorstandssprecherin der EUREF AG, **Karin Teichmann**, begrüßte die Präsidentin, die schon sehr viel Gutes über den Campus gehört hat und sich freute, ihn endlich kennenzulernen.



Im Audimax des Campus diskutierte von der Leyen mit den Gästen die aktuellen europa- und weltpolitischen Fragen, vom Green Deal, über Migration bis zum Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Dabei sprach sie sich erneut für einen Beitritt des Landes in die EU aus, ohne aber ein Datum in Aussicht zu stellen. *Fotos: Ed Koch / EUREF*

Von der Leyen ist Spitzenkandidatin der Europäischen Volkspartei (EVP). 2022 kürte sie das Forbes-Magazin zur mächtigsten Frau der Welt. Die Wahlen zum Europäischen Parlament finden am Sonntag, dem 9. Juni 2024 statt.

Was die Kommunalwahl in Thüringen betrifft, so ist der AfD im ersten Wahlgang kein Durchmarsch gelungen, nicht bei den Landräten und auch nicht bei den Bürgermeistern. Das ist noch nicht beruhigend, denn im zweiten Wahlgang, der am 9. Juni, dem Europa-Wahltag, stattfindet, kann sich das Bild noch verändern. Bleibt zu hoffen, dass jetzt alle demokratischen Wähler den demokratischen Kandidaten ihre Stimme geben und die Städte und Gemeinden Thüringens nazifrei bleiben.

Die Umfragen für die Landtagswahl am 26. September sehen nach wie vor die AfD mit 30 Prozent auf dem ersten Platz, gefolgt von der CDU mit 20, der Linken und dem Wagenknecht-Bündnis mit je 16 Prozent; die SPD käme auf sieben, die Grünen auf fünf und die FDP auf zwei Prozent.

Ed Koch

1

09) KW 21 (20. bis 26.05.2024) Im Rahmen unserer Möglichkeiten.
Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 625-30

26. Mai 2024

49. Jahrgang

KW 21

Im Rahmen unserer Möglichkeiten

An diesem Wochenende wurde und wird noch unser Grundgesetz gefeiert, im Rahmen unserer Möglichkeiten.



Foto: Bundesregierung/Kugler

Den Staatsakt des Bundespräsidenten fand ich allein wegen des Musikprogramms gelungen, die **Berliner Philharmoniker** spielten den ersten Satz aus Beethovens Fünfter, **Katharina Thalbach**, **Andreja Schneider** und **Christoph Israel** nahmen uns mit auf eine musikalische Zeitreise durch die Jahrzehnte der Bundesrepublik und **Max Raabe** sang, begleitet von den **Berliner Philharmonikern** „Guten Tag liebes Glück.“

Militärparaden wie beispielsweise in Frankreich oder Italien, wo Kampfjets die Nationalfarben in den Himmel malen, brauchen wir nicht.



Screenshot ZDF heute-show

Drei Fallschirmspringer, die neben einer Reihe Dixieklos landen, sind aber auch nicht gerade der Hit.

Was ich Ihnen empfehlen kann, ist die **heute-show** vom Freitag, in der sich **Gernot Hassknecht** (*Hans-Joachim Heist*), im Januar auch 75 Jahre alt geworden, zum Grundgesetz äußert und meint, dass zu viel gemeckert würde. Mit Blick auf die Angstwahl in Thüringen fragt er sich, warum nicht über die 70 Prozent

der Wähler ausführlicher berichtet wird, die die AfD ablehnen.



Screenshot ZDF heute-show

Ist Ihnen eigentlich der „Verfassungskonvent von Herrenchiemsee“ bekannt? Im Alten Schloss auf der Herreninsel im Chiemsee wurde Geschichte geschrieben. Nach nur 13 Tagen, am 23. August 1948, beendete der Konvent seine Arbeit und legte einen Entwurf des Grundgesetzes mit 149 Artikeln vor. Functus am Rande: Die 33 Fachleute aus Politik, Justiz und Rechtswissenschaft erhielten für ihre Arbeit pro Tag ein Liter Bier, einen halben Liter Wein, zwölf Zigaretten oder drei Zigarren. Dafür ist das GG sehr ordentlich geworden. Quelle: Bundestag / ARD Rechtsredaktion

67 Prozent der Deutschen halten laut Statista das GG für die größte Errungenschaft Deutschlands. 15 Prozent sehen das nicht so und 19 Prozent machen keine Angaben, weil sie vermutlich noch nie etwas vom GG gehört haben. Immerhin meinen 48 Prozent, dass es überarbeitet werden müsse. Richtig. Vor allem muss die Rolle des Bundesverfassungsgerichts gestärkt werden, damit wir hier nicht Eingriffe in die Verfassung wie in Polen erleben. Und endlich gehören auch die Kinderrechte ins Grundgesetz.

Stattdessen wird der Artikel 146 des Grundgesetzes angemahnt. „Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“

In einem Gastbeitrag für die **Berliner Morgenpost** äußert sich Bundestagsvizepräsidentin **Katrin Göring-Eckardt**, 1966 im thüringischen Friedrichroda geboren, „über die verpasste Chance, im Jahr 1990 eine deutsch-deutsche Verfassung zu beschließen.“ Göring-Eckardt: „Mir ging es damals ein bisschen zu schnell.“ Vollkommen richtig. Mit den 1.000 Seiten in



45 Artikeln des Einigungsvertrages war man bereits am 31. August 1990 fertig.

Nachdem der Verfassungskonvent nur 13 Tage für den Entwurf des GG benötigte, nahm sich der Parlamentarische Rat vom 1. September 1948 bis zum 8. Mai 1949 Zeit, um das Gesetz auszuarbeiten. Das waren gerade mal acht Monate. Das hätte man auch 1989/90 mit einer neuen Verfassung hinbekommen können, die ja nicht gänzlich neu zu schreiben gewesen wäre.

Mit unserer Demokratie sind laut **Statista** acht Prozent sehr zufrieden, 54 Prozent ziemlich zufrieden, 28 Prozent nicht sehr zufrieden und acht Prozent überhaupt nicht zufrieden. Zwei Prozent können keine Angaben machen, warum auch immer, vielleicht, weil sie mit anderen Reichsbürgern in Untersuchungshaft sitzen. Ich zähle mich zu den acht Prozent sehr zufriedener Bürger und kann die anderen acht Prozent, die überhaupt nicht zufrieden sind, nicht verstehen.

In Umfragen bemängeln Ostdeutsche immer wieder, dass sie vom Westen übernommen wurden. Ein, wie man heute sagt, Narrativ, das sich hält, aber dennoch nicht der Wahrheit entspricht. Die DDR ist der BRD beigetreten, somit auch dem Grundgesetz. In den letzten 35 Jahren wäre aber viel Zeit gewesen, sich des Artikels 146 anzunähern. Von Rufen wie: „Kommt die DM bleiben wir, kommt sie nicht, gehn wir zu ihr!“ hätte man sich nicht beeindrucken lassen müssen. Zeit für eine neue Verfassung einschließlich Volksabstimmung wäre vorhanden gewesen. Ich halte diese Frage für einen Geburtsfehler des wiedervereinigten Deutschlands.

So sehr mich das Gemecker vieler Ostdeutscher nervt, so sehr habe ich Verständnis dafür, dass sie von einem Tag zum anderen in einem ganz anderen Land leben mussten/konnten/durften. Die Sprache war die gleiche, alles andere war neu. Dass sich die Bürger der DDR bei der weiteren Entwicklung des Zusammenwachsens oft untergebuttert fühlten, ist nachzuvollziehen. Die Unzufriedenheit vieler Ostdeutscher ist ein Westdeutsch gemachtes Problem. Die Dampftramme „Treuhandanstalt“ hat mehr unter sich begraben als nötig gewesen wäre. Halloren-Kugeln, Sand- und Ampelmännchen sind zu wenig, um eine in 40 Jahren gewachsene Identität zu bewahren. Dennoch: Das Grundgesetz ist ein stabiles Fundament. Gegen Steinläuse, die daran knabbern, hilft ein Willy-Brandt-Zitat: „Mehr Demokratie wagen!“

Ed Koch



Foto: Bundesregierung/Sonntag

Das Fest zum Grundgesetz findet auch heute noch rund um den Reichstag statt. Ehrengäste sind der französische Präsident **Emmanuel Macron** und seine Frau **Brigitte**, die auch vom Regierenden Bürgermeister **Kai Wegner** begrüßt werden. Das Präsidentenpaar wird sich auf dem Pariser Platz in das Goldene Buch von Berlin eintragen.

Kai Wegner: „Berlin ohne die vielfältigen französischen Einflüsse in der Kultur, Bildung oder Sprache wäre nicht Berlin. Deutschland und Frankreich haben eine lange Geschichte der Zusammenarbeit und Freundschaft. Das starke Band, das Berlin und Frankreich, insbesondere auch Berlin und seine Partnerstadt Paris verbindet, wollen wir weiter knüpfen – beim Jugend- und Studentenaustausch, in der Wirtschaft, Kultur und auch im Sport. Die Berlinerinnen und Berliner und alle Deutschen freuen sich ebenso wie die französische Nation auf die Olympischen Spiele in Paris und auf die bevorstehende Fußball-Europameisterschaft in Deutschland. Ich heiße Präsident Macron und seine Frau Brigitte in Berlin herzlich willkommen und freue mich sehr, sie auf dem Pariser Platz vor dem Brandenburger Tor zu empfangen.“

Zu Gast in Berlin ist heute auch die Präsidentin der Europäischen Kommission **Ursula von der Leyen**, die sich unter anderen mit Parteifreunden trifft und die Spitzenkandidatin der Berliner CDU, **Hildegard Bentele**, unterstützt.

10) „Keine Sonderstellung für Amtsträger“. Ex-Justizministerin Herta Däubler-Gmelin über den Haftbefehl-Antrag gegen Netanjahu, Doppelstandards und eine mögliche Verhaftung in Deutschland

Interview

Die Fragen stellten Joscha Wendland und [Nikolaos Gavalakis](#).



Herta Däubler-Gmelin, Berlin

Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin war von 1998 bis 2002 Bundesministerin der Justiz und saß von 1972 bis 2009 für die SPD im Deutschen Bundestag.

23.05.2024



Ausgehungert und als menschliche Schutzschilde missbraucht: In Gaza leidet vor allem die Zivilbevölkerung.- *picture alliance / Anadolu | Abed Rahim Khatib*

Die Fragen stellten Joscha Wendland und [Nikolaos Gavalakis](#).

Der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs, Karim Khan, hat Haftbefehle gegen drei Hamas-Führer sowie gegen den israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu

Seite E 55 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

und seinen Verteidigungsminister Joaw Galant beantragt. Sie werden unterschiedlicher Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit beschuldigt. Was bedeutet dies und wie geht es nun weiter?

Das ist ein sehr bedeutsamer erster Schritt, um auch Verantwortliche aus Politik und Militär wegen schwerster Menschheitsverbrechen vor Gericht stellen zu können. Die Behörde des Chefanklägers des Internationalen Strafgerichtshofs ermittelt seit längerer Zeit auch in Israel und Gaza mit Unterstützung hochqualifizierter externer Völkerrechts-Experten. Beim Chefankläger selbst leitet Brenda J. Hollis, eine hervorragende US-Anwältin mit langer Militärerfahrung, die Ermittlungen. Sie macht das hier genauso qualifiziert wie im Ermittlungsverfahren gegen Präsident Putin, das ja zu einem Haftbefehl des Gerichts geführt hat.

Der Chefankläger hat seine Ermittlungsergebnisse der zuständigen richterlichen Vorprüfungskammer des Internationalen Strafgerichtshofs zugeleitet. Die ist mit Richterpersönlichkeiten besetzt, die alle vorgelegten Beweise sorgfältig prüfen und sie dann in voller Unabhängigkeit gemäß den geltenden Strafvorschriften bewerten, bevor sie über den Erlass eines Haftbefehls entscheiden. Das Verfahren entspricht also dem, das auch beim Haftbefehl gegen den russischen Präsidenten angewandt wurde.

Warum bedarf es des Internationalen Strafgerichtshofs? Ist für ein mögliches Verfahren nicht die israelische Justiz zuständig?

Natürlich muss die Zuständigkeit des Internationalen Strafgerichtshofs geklärt sein. Dazu gehört in diesem Fall, ob – bei Bestätigung der schrecklichen Verbrechensvorwürfe – auch der israelische Premierminister und sein Verteidigungsminister gegebenenfalls vor israelischen Gerichten angeklagt und von ihnen verurteilt würden. Ganz ausgeschlossen ist das nicht, trotz Netanjahus Versuchen zur Stärkung seiner politischen Macht durch die Schwächung der Justiz.

Wir alle haben die riesigen Protestdemonstrationen der mutigen israelischen Bürgerinnen und Bürger gegen diese Vorhaben noch vor Augen. Bis heute ist die „Schlacht um die Rechtsstaatlichkeit und die Gewaltenteilung“ in Israel [noch nicht zu Ende](#). Das alles werden die Richter der zuständigen Vorprüfungskammer würdigen und bewerten müssen.

Der Antrag des Chefanklägers betrifft die Führung der Hamas sowie die Führungsriege Israels. Kommt es dadurch nicht zu einer ungehörigen Gleichsetzung zwischen Mitgliedern einer durch die EU terrorgelisteten Organisation und gewählten Vertretern einer demokratischen Regierung?

Die Behauptung der Gleichsetzung ist ein unzutreffender, ein politischer Vorwurf – und um Politik geht es beim Internationalen Strafgerichtshof nicht. Dort geht es nachprüfbar um Internationales Recht. Das sollten alle – auch Regierungsstatements – berücksichtigen, es sei denn, sie wollten den Internationalen Strafgerichtshof schwächen.

Die Behauptung der Gleichsetzung ist ein unzutreffender, ein politischer Vorwurf.

Der Chefankläger hat selbstverständlich inhaltlich verschiedene Anträge mit unterschiedlichen Begründungen vorgelegt, die sich auf unterschiedliche Sachverhalte und Verbrechensvorwürfe beziehen. Bei diesen ist eine rechtliche Gleichsetzung zwischen den Führern der Hamas, also einer hochorganisierten nichtstaatlichen Terror-Gruppe, und den gewählten Amtspersonlichkeiten Israels nicht erkennbar. Manche Kommentatoren vertreten

offensichtlich die Auffassung, nur Terroristen könnten schwerste Menschheitsverbrechen begehen, nicht aber demokratisch gewählte Amtsträger. Leider zeigen zahlreiche Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit, dass das nicht zutrifft.

Da Deutschland den Internationalen Strafgerichtshof anerkennt, müssten Netanjahu und Galant im Falle einer Anklage bei der Einreise theoretisch direkt verhaftet werden. Wie realistisch schätzen Sie dies ein?

Jeder vom Internationalen Strafgerichtshof per Haftbefehl Gesuchte, muss im Fall der Einreise in einen Mitgliedstaat verhaftet werden, weil das Römische Statut klar vorschreibt, dass Haftbefehle von den Mitgliedstaaten zu vollziehen sind. Natürlich gefällt das nicht jeder Regierung, die ihre eigene politische Agenda verfolgt. Bekanntlich hat die Öffentlichkeit bei uns mit Befremden zur Kenntnis genommen, dass die chinesische Regierung den Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs gegen Putin kritisiert und seine Immunität gefordert hat, weil dieser ein Amtsträger ist. Es kann aber keine Sonderstellung für Amtsträger geben. Das Römische Statut schließt das aus und wir in Deutschland sollten – ebenso wie rund zwei Drittel der UN-Mitgliedstaaten – den unabhängigen Internationalen Strafgerichtshof aus gutem Grund anerkennen und unterstützen.

Als rechtsstaatliche Demokratie sollten wir uns vor Doppelstandards hüten.

Als rechtsstaatliche Demokratie sollten wir uns außerdem vor Doppelstandards hüten. Wir sollten vielmehr dazu beitragen, den aus politischen Interessen geschürten Argwohn gegen die Qualifikation, die Integrität und die Unabhängigkeit des Internationalen Strafgerichtshofs, den Chefankläger und die Richterinnen und Richter auszuräumen. Der Internationale Strafgerichtshof hat seine hohe Qualifikation und seine Notwendigkeit häufig bewiesen. Es ist ärgerlich, dass unter anderem die USA, Russland, aber auch China und Indien den Gerichtshof als „Gericht für andere, nicht aber für sich selbst“ anerkennen. Das schwächt das Völkerrecht, auf das wir Deutschen ja in besonderem Maße setzen. Bekanntlich hat der Internationale Strafgerichtshof nach mehrfachen Beschlüssen und Empfehlungen der UN-Generalversammlung schon 2021 seine Zuständigkeit für die Verfolgung von Menschheitsverbrechen in Palästina und Gaza anerkannt.

Der Internationale Strafgerichtshof beruht auf dem Römischen Statut von 1998. Dieses wurde damals während Ihrer Zeit als Justizministerin und gegen immensen Druck der US-Amerikaner verabschiedet. Welche Auswirkungen hätte eine Missachtung des Verfahrens von Seiten Deutschlands und anderer Unterzeichnerstaaten auf das internationale Rechtssystem?

In der Tat ist es eine große Enttäuschung, ja ein Ärgernis, dass Staaten wie die USA sich der Mitgliedschaft entziehen und den Internationalen Strafgerichtshof geradezu bekämpfen. Zumal auch sehr gute US-Juristen gerade in der Behörde des Chefanklägers arbeiten. Ich wiederhole es gern: Die Stärkung des Internationalen Rechts und die Unterstützung des Internationalen Strafgerichtshofs gehören zusammen. Wir haben in Deutschland nicht nur das Römische Statut ratifiziert, sondern auch das Deutsche Völkerstrafgesetzbuch geschaffen, das heute im Einklang mit dem Römischen Statut den Internationalen Strafgerichtshof in geeigneten Verfahren entlastet. Wir setzen auf Internationales Recht und sollten das auch weiterhin tun. Und diese Unterstützung muss sich immer wieder bewähren.

Der Kampf gegen schwerste Menschheitsverbrechen ist heute wichtiger denn je. Es ist auch höchste Zeit, das Verbot des Angriffskriegs vollständig und auch dann der Jurisdiktion des Internationalen Strafgerichtshofs zuzuordnen, wenn „nur“ der überfallene Staat, nicht aber der Aggressor selbst zu den Mitgliedstaaten des Internationalen Strafgerichtshofs gehört.

https://www.ipg-journal.de/interviews/artikel/keine-sonderstellung-fuer-amtstraeger-7519/?utm_campaign=de_40_20240524&utm_medium=email&utm_source=newsletter

11) Die große Illusion. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 625-25

22. Mai 2024

49. Jahrgang

Die große Illusion



Ob Gerechtigkeit nur mit Links geht, darf bezweifelt werden. „In Frieden investieren“ ist richtig. Dazu gehört auch die Entwicklungshilfe, mit der wir versuchen, arme und deshalb für einfache Ideologien anfällige Länder für uns zu gewinnen, damit sie nicht den Chinesen auf den Leim gehen. Das ist in der Vergangenheit nicht besonders gut gelungen, weil China dabei ist, sich die ganze Welt zu kaufen und alles, was sich nicht bei Drei versteckt hat, am Wegesrand der Seidenstraße 2.0 aufkauft.

Die Abbildung auf dem Plakat zur Europawahl der Linken nimmt Bezug auf die Skulptur des schwedische Künstlers **Carl Fredrik Reuterswärd** und trägt den Namen „Non Violence“ (Keine Gewalt). „Seit 1988 steht sie vor dem Hauptquartier der Vereinten Nationen in New York. Kopien davon sind in 30 Städten der Welt zu finden, darunter in Los Angeles, Peking, Lausanne, Malmö und vor dem Bundeskanzleramt in Berlin.“ [Wikipedia](#)

Dass nach dem Zweiten Weltkrieg niemand auf der Welt irgendeinen Deutschen mit einer Waffe in der Hand sehen wollte, ist verständlich. Der Westen investierte in das zerstörte Land und die fleißigen Deutschen schufen das Wirtschaftswunder. Es war absehbar, dass sich eine wirtschaftlich mächtige Nation im Herzen Europas entwickeln würde. Sorgen um seine Sicherheit musste sich hierzulande niemand machen, denn die Alliierten waren unser Schutzschirm. Es war das unvermeidliche Interesse des Westens, dass Deutschland der NATO beitrete und in diesem Bündnis auch wieder mit Panzern durch die Gegend fahren soll.

Am 9. Mai 1955 unterzeichnete Bundeskanzler **Konrad Adenauer** in Paris die Beitrittsurkunde zur NATO, einen Tag nach der zehnjährigen Wiederkehr der „Kapitulation“. Seit dem 8. Mai 1985 wird dieses Datum, Dank des Bundespräsidenten **Richard von Weizsäcker**, „Tag der Befreiung“ genannt. Die NATO wurde am 4. April 1949 in Washington, D.C. gegründet. Der 12. November 1955 gilt als Tag der Gründung der Bundeswehr. Am 1. März 1956 trat in der DDR die Nationale Volksarmee ihren Dienst an. Die DDR gehörte am 14. Mai 1955 zu den Gründungsmitgliedern des Warschauer Paktes. Vom

zeitlichen Ablauf her könnten unbedarfte Zeitgenossen auf den Gedanken kommen, dass NVA und Warschauer Pakt logische Reaktionen des Ostens auf NATO und Bundeswehr waren. Wie auch immer, die Blockfrage war geklärt, die folgende Zeit hieß „Kalter Krieg“, in dem wir es uns wohliger machen konnten, denn trotz Blockade, Chruschtschow-Ultimatum, Kuba-Krise und Mauerbau, fühlten wir uns Dank der Westalliierten sicher auf unserer Insel West-Berlin im Kommunistischen Meer.

In West-Berlin gab es keine Bundeswehr. Wer keine Lust hatte, dem Einberufungsbefehl in Zeiten der Wehrpflicht zu folgen, kam zu uns. Die Sowjetunion machte sich aus dem besonderen Status Berlins, der eigentlich Militär in der Stadt verbot, herzlich wenig, sondern setzte seine Soldaten 1961 sogar zum Bau des „Antifaschistischen Schutzwalls“ ein, der vor allem Gefängnismauer für die eigene Bevölkerung war.

„Die Gründung der Bundeswehr und die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik 1955 führten zu erheblichen innenpolitischen Auseinandersetzungen. Hauptsächlich zwischen SPD und CDU wurde die Frage diskutiert, ob es moralisch zu verantworten sei, dass Deutschland nach der Hitler-Diktatur und einem strukturell ausgeprägten inneren deutschen Militarismus jemals wieder über Streitkräfte verfügen sollte.“ [Wikipedia](#)

Anders als in anderen Demokratien, in denen sich die jeweiligen Streitkräfte einer breiten Zustimmung der Bevölkerung sicher sein können, haben sich viele Deutsche nie so richtig mit ihrer Armee angefreundet. In die Bundeswehr flossen von Anfang an Milliarden. Und dennoch deckte der **SPIEGEL** 1962 auf, dass sie nur „bedingt abwehrbereit“ sei. Daran hat sich, trotz weiterer Milliarden und Sondervermögen, bis heute nicht viel geändert.

Die große Illusion, der sich viele in diesem Land hingaben, war, dass wir gar keine Armee bräuchten. Wer sollte uns angreifen? Im Kalten Krieg beschützten uns die Alliierten, und seitdem dieser vorbei ist, vertrauen wir auf die NATO. Jahrelang haben wir uns um die Zwei-Prozent-Regel herumgedrückt, bis uns – ausgerechnet – **Donald Trump** den Mittelfinger zeigte. Nun aber geht's los.

Wenn der Verteidigungsminister hustet, bekommen Bundeskanzler und Finanzminister eine Erkältung. Wenn die Familienministerin ein paar Millionen für ihre Klientel haben möchte, wird sofort geschrien, dass endlich mal Schluss sein müsse mit den sozialen Wohltaten. Wenn das Verteidigungsministerium ein paar Milliarden mehr braucht, wird das durchgewunken.

1



Die sonnigen Zeiten sind vorbei, exakt seit dem 24. Februar 2022 mit dem Überfall Russlands auf die Ukraine. An diesem Tag endete auch die Nachkriegszeit, die Zeit des Friedens, nachdem sich doch alle vernünftigen Menschen sehnen. Leider gibt es nicht nur Gutmenschen wie uns, sondern Leute wie Putin und Konsorten. Dass die heutige Jugend Angst vor der Zukunft hat, ist verständlich, wenn uns ein Kriegstreiber aus Moskau vorrechnet, wie lange es dauert, ehe eine mit Atomwaffen bestückte Rakete von Russland nach Deutschland braucht, ohne Vorwarnzeit nicht einmal fünf Minuten.

Es gibt nur eine Möglichkeit, uns vor Angriffen zu schützen, nämlich dem Feind klarzumachen, dass ein Gegenschlag auch ihn vernichten würde. Dazu braucht es entsprechendes Drohpotenzial. Es führt also kein Weg daran vorbei, in Waffen zu investieren, denn, so widersinnig es klingen mag, nur eine starke Abwehr bewahrt den Frieden. Es wird Zeit, dass wir die Bundeswehr nicht als Fremdkörper oder notwendiges Übel ansehen, sondern als wichtigen Bestandteil unserer Friedenssicherung. Die Bundeswehr verdient Wertschätzung. Gelöbnisse von Rekruten gehören zum Ritual einer Armee, so wie alle anderen Staatsdiener auf das Grundgesetz, das morgen 75 Jahre alt wird, vereidigt werden.

Die Demonstrationen, die immer wieder bei Gelöbnissen stattfinden, widern mich an. Man kann und muss für Frieden demonstrieren, aber nicht gegen die eigene Sicherheit, die die Bundeswehr garantiert. Nicht das geringste Verständnis habe ich für nackte Menschen, die beim Gelöbnis über den Appellplatz rennen. Was für eine dümmliche Botschaft.

Am Vorabend des Grundgesetztages fand erstmals vor dem Berliner Abgeordnetenhaus ein öffentliches Gelöbnis statt. Parlamentspräsidentin **Cornelia Seibeld** hatte mit ihrer Initiative die Fraktionen im Hohen Hause überrascht, was vielleicht ganz sinnvoll war. Wäre diese Einladung erst ausführlich diskutiert worden, hätte die Zeremonie und die Bundeswehr vermutlich Schaden genommen.

Als der Termin bekannt wurde, sammelten der **Tagesspiegel** und der **rbb** Stimmen im Abgeordnetenhaus ein. „Zum öffentlichen Gelöbnis der Bundeswehr vor dem Abgeordnetenhaus am 22. Mai kommt die Politik nicht im Gleichschritt – wohl auch deshalb, weil die CDU ihren Koalitionspartner SPD offenbar nicht vorab informiert hat. Hier einige Reaktionen auf die Ankündigung von Parlamentspräsidentin **Cornelia Seibeld**.“

Torsten Schneider, parlamentarischer Geschäftsführer der SPD: „Das ist eher überraschend für uns. Der Fraktionsvorstand wird da jemanden hinschicken, und im Übrigen werden wir das den Abgeordneten überlassen.“ Gesehen wurde die stellvertretende Fraktionsvorsitzende **Melanie Kühnemann-Grunow**. SPD-Fraktionschef **Raed Saleh** sagt, es sei noch nicht klar, ob er dabei ist – er habe bereits andere Termine. CDU-Fraktionschef **Dirk Stettner** nimmt teil, weil „den jungen Menschen, die unserem Land dienen, die Ehre der Aufmerksamkeit“ gebühre: „Wir müssen unsere Verteidigungsarmee so weit wie möglich in die Gesellschaft integrieren.“ Grünen-Fraktionschefin **Bettina Jarasch** findet das Gelöbnis richtig und geht hin, ihr Vize **Werner Graf** hat wie Saleh bereits andere Termine. Linken-Fraktionschef **Carsten Schatz** bleibt der Zeremonie fern – er kritisiert die „Zurschaustellung militärischer Stärke“ als Beitrag zur „Remilitarisierung der Gesellschaft“. Es sei ein falsches Signal, dass sich das Abgeordnetenhaus am „immer lauter werdenden Säbelrasseln beteiligt“. **Alexander King** vom Bündnis Sahra Wagenknecht lehnt das Gelöbnis, die „Instrumentalisierung der Soldaten“ ab und verzichtet. AfD-Chefin **Kristin Brinker** geht hin zur Zeremonie, weil es wichtig sei, den Soldaten zu zeigen, dass die Gesellschaft hinter ihnen stehe.“ (Quelle: Tagesspiegel, rbb).

Ungern schreibe ich diese Worte, aber Herr Schatz und Herr King haben nichts begriffen. Es ist eine Illusion zu glauben, dass alles so bleiben kann, wie es ist. Die rosa Wolke der Friedensbewegung hat sich mit dem Blut der Toten aus Putins Krieg tiefrot gefärbt. Putin hat die Friedenstaube abgeschossen.



Anlässlich des 75. Jubiläums des Grundgesetzes fand heute das erste öffentliche Gelöbnis vor dem Abgeordnetenhaus von Berlin statt. Rund 30 Rekrutinnen und Rekruten des Wachbataillons beim Bundesministerium der Verteidigung legten ihren Diensteid und das Treuebekenntnis zur Rechts- und Werteordnung



der Bundesrepublik Deutschland ab und wurden damit Teil der Parlamentsarmee. Zu den circa 140 Gästen gehörten Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Glaubensgemeinschaften und Gesellschaft sowie Angehörige der Rekruten.



Sientje Möller, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesministerium der Verteidigung, **Kai Wegner**, Reglierender Bürgermeister, und **Cornelia Seibeld**, Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin, hielten kurze Reden.



„Mit Inkrafttreten des Grundgesetzes vor 75 Jahren wurde der Grundstein für ein gelungenes deutsches Gemeinwesen gelegt. Menschenwürde, Frieden, Freiheit, Sicherheit und Demokratie sind Kernelemente des Grundgesetzes. Es ist Aufgabe der Bundeswehr, das Recht und die Freiheit der deutschen Bevölkerung vor äußeren Bedrohungen zu schützen. Unsere Soldatinnen und Soldaten sind täglich bereit, für diesen Staat und seine freiheitlich demokratische Grundordnung einzustehen. Mit dem Gelöbnis vor dem Berliner Parlament wollen wir unsere Anerkennung ausdrücken und gleichzeitig Danke für Jahrzehnte des Friedens und der Freiheit sagen. Ich wünsche viel Erfolg im Dienste der Parlamentsarmee“, sagte **Cornelia Seibeld**.

Kai Wegner: „Die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr gehören zu Berlin. Sie sind Töchter und Söhne unserer Familien, und sie setzen sich mit Leib und Leben für unsere Freiheit, für Demokratie und Rechtsstaat, für unsere Lebensweise ein. Mit der Zeitenwende und der militärischen Aggression der Russischen Föderation wird uns bewusst, dass Verteidigung eine Lebensfrage für unser Land und für unsere westlichen Demokratien geworden ist. Deshalb ist

die Volksvertretung des Landes Berlin der richtige Ort für das Gelöbnis junger Menschen, die sich für den Dienst in unseren Streitkräften entschieden haben. Ich wünsche den Kameradinnen und Kameraden alles Gute für ihre Zeit in der Bundeswehr.“



„Für mich ist das Gelöbnis Ausdruck unserer Demokratie, so wie sie im Grundgesetz angelegt ist: lebendig und wehrhaft. Heute, in der Öffentlichkeit, zeigen die Bürgerinnen und Bürger Berlins durch ihre Teilnahme an dem Gelöbnis Wertschätzung für den Dienst der Soldatinnen und Soldaten. Weiter treten die Rekrutinnen und Rekruten bewusst in die Öffentlichkeit und leisten ihren Eid als Verpflichtung gegenüber dem Grundgesetz und in Anwesenheit der Bürgerinnen und Bürger zu deren Schutz sie sich verpflichten. Und nicht zuletzt sind wir alle gemeinsam verbunden in dem Wissen um die Notwendigkeit unserer Streitkräfte. Das Grundgesetz, dass wir diese Woche feiern, schützt unsere Demokratie, so wie die Soldatinnen und Soldaten unsere Freiheit verteidigen. Dies ist in der aktuellen Sicherheitslage wichtiger denn je in den letzten 75 Jahren“, sagte **Sientje Möller**.

Höhepunkt der Veranstaltung war das Gelöbnis der Rekruten. Einer aus ihren Reihen hielt eine kurze Rede und sprach von den vielfältigen Aufgaben, die zu erfüllen sind, wozu auch mal das Putzen der Stube gehört. Dennoch, sie hätten auch viel Spaß und lachten gern über sich und auch mal ihre Vorgesetzten.

Militär ohne Musik geht gar nicht. Hauptmann **Lisa-Marie Holzschuh** dirigierte das Stabsmusikkorps der Bundeswehr. Die „Berliner Luft“ wurde ebenso zum Besten gegeben wie der „Jäger aus Kurpfalz“, und natürlich die Nationalhymne. Auf jedem Platz lag ein kleines Büchlein mit dem Grundgesetz und der Verfassung von Berlin, geeignet, um es immer bei sich tragen zu können. Zum Schluss lud **Cornelia Seibeld** Gäste und Soldaten zu einem Empfang ins Abgeordnetenhaus ein, mit Häppchen und Currywurst.

Ed Koch

12) Das Leipzig Ritual. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 625-22

20. Mai 2024

49. Jahrgang

Das Leipzig Ritual

Pflegen auch Sie Rituale? Fahren Sie beispielsweise immer wieder an denselben Urlaubsort? Unser erster Bundeskanzler **Konrad Adenauer** reiste zweimal im Jahr ins italienische Cadenabla am Comer See. Einer seiner Nachfolger, **Helmut Kohl**, verbrachte über 30 Jahre lang seinen Sommerurlaub am Wolfgangsee. Tja, und ich bin einmal im Jahr für 24 Stunden in Leipzig, mit Übernachtung, versteht sich.

Zu diesem Ritual gehört ein festes Programm. Anreise natürlich mit der Bahn, 1:06.



Unterkunft im Motel One, direkt an der Nikolaikirche, wo 1989 alles begann, was zur Wiedervereinigung führte.



Quelle: Leipzig Live

Ursprünglich stand auf dem Grundstück des Hotels ein neoklassizistisches Gebäude, das im Zweiten Weltkrieg total zerstört wurde. Während der DDR-Zeit wurde hier das „Interpelz-Gebäude“ (rechts im Bild) errichtet, das 2008 durch das Motel ONE ersetzt

wurde. Im Hotel wird die Erinnerung an die friedliche Revolution von 1989 wachgehalten, mit zahlreichen Bildern und mit einem Zeitstrahl am Laufband, der die Geschichte von den ersten Demonstrationen bis zum Fall der Mauer zeigt. Ein eindrucksvoller Blick in die Geschichte.



Das Hotel wirbt mit dem Übernachtungspreis ab 79 Euro. Nun, der gilt natürlich nur zu bestimmten Zeiten und ist auf den Pro-Person-Preis im Doppelzimmer ausgerichtet. Einzelreisende zahlen deutlich mehr, 2023 waren es, einschließlich Frühstück, 124,90 Euro, in diesem Jahr (zur gleichen Zeit Mitte Mai) 185,50 Euro. 33

Prozent Preissteigerung von einem Jahr zum nächsten, ist schon happig. Aber, die Lage des Hotels ist das Geld wert, Mitten in der Stadt, alle Sehenswürdigkeiten sind fußläufig zu erreichen.

Zimmer einschließlich Bad sind OK, vor allem der große ganztägig geöffnete Barbereich mit seinen Designersitzmöbeln ist äußerst ansprechend. Das Frühstück ist vielfältig und ausreichend, allerdings sollte man möglichst nicht um 8:00 Uhr den Raum betreten, weil sich dort alle Gäste gleichzeitig verabreden haben. Schlafen Sie aus und gehen Sie erst um 9:00 Uhr frühstücken, oder in der Umgebung des Hotels, wo es gemütlicher zugeht, Sie aber für 16,50 Euro kaum ein Frühstück bekommen.

Also, nach dem Koffer abgeben im Hotel, einchecken ist erst ab 15:00 Uhr möglich, geht's durch die Innenstadt zum Panorama- bzw. MDR-Tower.



v.l.n.r.: Neues Gewandhaus, Panorama-Tower, Universität

142,5 Meter ist das Gebäude hoch, ganz oben befindet sich eine Aussichtsplattform, darunter ein Restaurant mit einem unvergleichlichen Blick über die Stadt. Für unter 20 Euro bekommt man hier zur Mittagszeit ein 3-Gänge-Menü, einschließlich der in Leipzig üblichen freundlichen Bedienung.

1

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kral – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12062 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form.
Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.



Der Blick über die Stadt ist grandios.



Nach dem Mittagessen ist stets eine Neuerkundung eingeplant. Angeregt durch einen Beitrag im ZDF, führte uns der Weg zum Café Corso in der Brüderstraße 6. Berichtet wurde über eine Spezialität, die Leipziger Lerchen.



Es ist mehr als nur eine süße Backware. Die Vorgeschichte berichtet von einem merkwürdigen Gourmetverhalten der Leipziger. „Im Stadtgeschichtlichen Museum ist Folgendes überliefert: Im 18. Jahrhundert gehörten Feldlerchen zu den kulinarischen

Spezialitäten der Stadt. Diese Vögelchen wurden in den Auen gefangen und mit Kräutern und Eiern gebacken. Unvorstellbar, wie viele Tierchen dabei ihr Leben lassen mussten! Aus dem Jahr 1720 ist bekannt, dass allein im Monat Oktober 404.340 Lerchen gefangen wurden. Die wohlhabenden Leipziger, die dieses Festtagsgericht von den ‚Lerchenfrauen‘ im Salzgäßchen erwarben, konnten davon kaum genug bekommen. Zu Hunderten wurden sie sofort nach dem Fang gerupft, einzeln in Papier verpackt und in Spezialkisten traten sie oft eine lange Reise an. Doch bald empörten sich immer mehr Vogelfreunde über diese Gaumenfreude. Schließlich verbot der sächsische König 1876 die Lerchenjagd.

Einige schlaue Bäcker entschädigten die betrübten Gourmets darauf mit einem Leckerbissen der anderen Art. Sie kreierte eine süße Leckerei und nannten diese Lerche. Aus ofenfrischem Mürbteig, Mandeln, Nüssen und Erdbeerkonfitüre bereiteten sie ein Gebäck, dessen Duft allein alles überbot. Sie ahmten auch die Form der Vögelchen nach, selbst die Kreuzbänder zum Zubinden der gefüllten Tiere wurden aus Teig gefertigt. Die Leipziger Lerche war geboren.“ In dem Gebäck befindet sich Persipan, eine dem Marzipan ähnliche Süßware, die aus Pfirsich- oder Aprikosenkernen hergestellt wird und leicht herb-bitter schmeckt. Quelle: Café Corso

Nach Mittagessen und Dessert, empfiehlt sich natürlich ein Spaziergang. Wer zu faul ist, ruft ein Taxi, wird aber vom wahren Leben bestraft. So lange habe ich noch nie in einer Warteschleife festgehangen. Taxis scheinen Mangelware in Leipzig zu sein, auch an den Halteplätzen. Letztlich machten wir uns zu Fuß auf den Weg. Eine halbe Stunde nach dem Anruf in der Taxizentrale und kurz vor Erreichen des Hotels klingelt das Handy und ein freundlicher Fahrer teilt mit, dass er jetzt da sei. Tja, wir auch, aber am Zielort.



Höhepunkt jeden Leipzig-Aufenthalts ist der abendliche Besuch in Auerbachs Keller, wo **Johann Wolfgang von Goethe** Teile seines „Faust“ geschrieben haben soll, in dem das Lokal erwähnt wird. Während seines Studiums in Leipzig von 1765 bis 1768 weilte Goethe oft in Auerbachs Keller. Fragt man die Kellner, wo denn Goethe immer gegessen hat, lautet die Antwort, „Mal hier, mal da, überall mal.“



Die Gaststätte wurde umgebaut und erweitert, so dass Goethes Stammplatz verschwunden ist. Verschwunden ist aber nicht unser Lieblingsgericht, das seit Jahren angeboten wird und immer wieder ausgezeichnet schmeckt: Wildschweinbraten mit Champignonrahm, hausgemachtem Rotkohl und Kartoffelklößen.



Und wenn man Glück hat, erscheint einem Mephisto persönlich, dessen Trinkgelagen mit Studenten legendär sind. Bei einem dieser Gelage „gibt Mephisto seine Zauberkunst zum Besten und vollbringt das Weinwunder. Er bohrt vier Löcher in den Tisch und verstopft sie mit Wachs. Beim Herausziehen der Pfropfen spritzt für jeden Studenten sein Lieblingswein heraus.“ Nun, darauf hat diesmal Mephisto verzichtet, auch ist er nicht auf einem Fass aus dem Keller geritten.

Weder ich noch mein sowohl ältester als auch gleichaltriger Kumpel **Eckhard Hohn**, mit dem ich 1965 gemeinsam eine Handelsschule besuchte, ritten auf einem Fass aus dem Keller. Eckhard Hohn war in den damals Schlagzeuger der Band „The Selected Four“, die ich die Ehre hatte, managen zu dürfen. Das Leipzig-Ritual pflegen wir seit vielen Jahren.



Nicht fehlen darf auch ein Besuch am Schwanenteich, hinter der Oper gelegen. Nur wenige Meter

vom Hauptbahnhof entfernt, böte der Platz Ruhe und Entspannung, wenn es die Fahrradfahrer nicht gäbe, die mit dem berühmten Affenzahn den Park durchqueren. Weniger nervig hingegen ein Ehepaar mit Kinderwagen, das immer wieder um den Teich läuft, in dem sich viele Enten, aber keine Schwäne befinden. Nach jedem Rundgang schaut die Frau auf ihr Handy. Irgendwann scheinen die 10.000 Schritte absolviert worden zu sein und sie verlassen den Park.

So oder so. Leipzig lohnt immer. Und da ich zum Geburtstag eine großzügige Reisespende von meinen Freunden erhalten habe, ist das Hotel für das nächste Jahr schon gebucht.



Die Chancen, dass ich die nächste Reise nach Leipzig noch erlebe, sind durch dieses Plakat für die Europawahl der „Partei für schulmedizinische Verjüngungsforschung“ gestiegen. Hoffentlich kommt das für mich nicht zu spät, denn es ist von „typisch 60-jährigen“ die Rede, die 20 Jahre länger leben können. Da bleiben ja noch

fünf Reisen nach Leipzig offen.



Und welche Erkenntnis nehmen wir mit nach Hause? Den Spruch vom Krochhochhaus am Augustusplatz: „omnia vincit labor“, „Arbeit besiegt alles.“ Vor allem Langeweile. In diesem Sinne: Fröhliche Restpfingsten. Fotos: Ed Koch

Ed Koch

13) KW 20 (13. bis 19.05.2024) – De-Risking. Von Ed Koch



KW 20 – De-Risking

Beim De-Risking geht es um die Verringerung von Abhängigkeiten in kritischen Bereichen wie Gesundheit, Energie oder technologischer Innovationen. So wie sich die einst führenden Politiker unseres Landes um die Abhängigkeit von Russland begeben haben, so bestehen vielfältige Abhängigkeiten gegenüber China nach wie vor und werden sich nur schwer verringern lassen.



In einem Beitrag für die **Berliner Zeitung** vom 17. Mai, erklärte uns der Botschafter der so genannten „Volksrepublik“ China, **Wu Ken**, die Welt.

China ist hinter den USA die größte Volkswirtschaft. Laut eines Berichts des **deutschlandfunks** vom 15.02.2024 hat Deutschland Japan überholt und liegt wieder auf dem dritten Platz, was dem widerspricht, was über unsere Wirtschaftskraft derzeit kommuniziert wird.

to: china-embassy.gov.com

Es ist vorstellbar, dass nur Länder mit einer demokratischen Struktur untereinander Handel treiben? Meine Antwort: Nein. Zu attraktiv ist der chinesische Absatzmarkt. Ob alle technologischen Errungenschaften Chinas das Gütesiegel „erfunden in China“ tragen dürfen, kann bezweifelt werden. China übertrifft uns mit seinen hoch subventionierten Elektroautos, während Tesla auf seinen Beständen sitzen bleibt und Arbeiter entlassen muss. Nur eine Erleichterung auf höhere Einfuhrzölle sorgt bei den Chinesen schon für schlechte Laune und sie drohen ungenutzte, unsere Exporte ebenfalls höher zu bepreisen.

Die Förderung für Elektroautos ist in Deutschland ausgelaufen, was die Bereitschaft, sich ein umweltfreundliches Auto zu kaufen, sinken ließ. Bemerkenswert ist übrigens, dass es als sicher scheint, „dass viele gewiefte Käufer den Umweltbonus kassiert und das geförderte Fahrzeug schnell weiterverkauft haben – in Märkte, wo die Preise höher waren, auch aufgrund geringerer oder gar keiner Förderung.“ Die Zulassungszahlen in Deutschland sind höher als der Bestand. „Besonders heftig zeigt sich das ‚Spiel‘ bei Tesla: Mehr als 18.000 Elektroautos der US-Marke verschwanden vom deutschen Markt.“ Quelle: Auto BILD

Der chinesische Botschafter schreibt: „Vor gut zwei Jahren habe ich an dieser Stelle schon einmal einen Beitrag verfasst. Damals warnte ich vor einer

unsichtbaren Berliner Mauer in den internationalen Beziehungen, mahnte, dass die globalisierte Welt mehr Brücken statt Mauerbauer braucht.“ „Die Stimmen der Vernunft in Europa, die sich gegen ideologische Konfrontation und Entkopplung und für eine Zusammenarbeit Deutschlands und Europas mit China aussprechen, werden derzeit immer lauter.“, meint **Wu Ken**.

„Unsere Welt ist gerade in eine neue Phase der Turbulenzen und des Wandels eingetreten. Vor diesem Hintergrund sollten China und die EU an ihrer Positionierung als Partner sowie an Dialog und Zusammenarbeit festhalten, sollten einander fördern und gemeinsame Entwicklung suchen.“, rät uns der chinesische Chefdiplomat.

Glücklicherweise bin ich kein Diplomat, deshalb darf mir richtig schlecht werden, wenn ich diese Aussagen lese. Turbulenzen? In Europa findet ein Krieg statt, Herr Botschafter, angezettelt von ihrem Kumpel Putin, den ihr Chef tatkräftig unterstützt. Und Sie „müssen“ in ihrem Artikel „leider zugeben“, dass sich „seit gut zwei Jahren die internationale Lage immer unübersichtlicher und vertrackter gestaltet.“ In welcher Dunstwolke leben diese Diplomaten eigentlich? Ursache und Wirkung werden mal wieder verwechselt. Es gab keinen Grund für Putin die Ukraine anzugreifen, außer dem krankhaften Wahn, die Sowjetunion wieder entstehen zu lassen. Putin will die Ukraine vom Faschismus befreien und übersieht großzügig, dass sein Land und das Land seines Kumpeles Xi per Definition faschistische Diktaturen sind: „nach dem Führerprinzip organisiert, nationalistisch und antidemokratisch.“

„Einige Vertreter politischer Eliten in bestimmten westlichen Ländern klammern sich in diesen Zeiten an ideologische Konfrontation und das Denken des Kalten Krieges.“, schreibt uns jammern der Botschafter ins Poesie-Album. Frei nach **Max Liebermann**: „Man kann nicht so viel lesen, wie man kotzen möchte.“ Im weiteren Verlauf des Artikels beschreibt der Botschafter die Wichtigkeit der wirtschaftlichen Beziehungen. „Meines Erachtens verbinden China, Deutschland und Europa letztlich das gemeinsame Interesse und die gemeinsame Verantwortung, eine gleichberechtigte und geordnete multipolare Welt und eine integrative Globalisierung zu schaffen.“, ja, sicher, aber auf Grundlage der UN-Menschenrechtskonvention.

Die Ausführungen des Botschafters werden immer unerträglicher: „Die Ukrainekrise hat dem europäischen Sicherheitsverständnis einen schweren Schlag



versetzt. Diese Tragödie sollte Europa und die Welt wachrütteln, weitere geopolitische Konflikte zu entschärfen und zu vermeiden, statt bei geopolitischen Spannungen künstlich Öl ins Feuer zu gießen." Na klar, die Militärhilfen für die Ukraine einstellen und dafür Sorge zu tragen, dass aus diesem Land das wird, was Putin ihm heute vorwirft.

Natürlich äußert sich **Wu Ken** auch zu Taiwan und wiederholt die sattsam Bekannten Thesen. „Einige politische Akteure mit Hintergedanken befeuern ... das Narrativ ‚Heute die Ukraine, morgen Taiwan‘ und führen dabei nichts Gutes im Schilde. Vorgeblich geht es ihnen darum, die Stabilität in der Taiwanstraße zu wahren und eine Änderung des Status quo zu verhindern. Doch der tatsächliche Status quo in der Taiwanfrage ist, dass beide Seiten der Meerenge zu ein und demselben China gehören. Taiwan war nie ein unabhängiges Land. Mit der Beibehaltung des Status quo meinen solche Leute am Ende nichts anderes als die Aufrechterhaltung der Teilung Chinas. Die Souveränität und territoriale Integrität Chinas waren nie geteilt, auch wenn Chinas vollständige Wiedervereinigung noch ausstehen mag.“

Wenn man sich die Entwicklung der Republik China (Taiwan) seit Gründung am 1. Januar 1912 anschaut, kann man die Anspruchshaltung der so genannten „Volksrepublik China“ nicht vollständig nachvollziehen. „In dem technisch hochentwickelten Industriestaat, aus dem deutlich mehr als die Hälfte aller weltweit hergestellten Halbleiter-Bauteile kommen, hat eine Bevölkerung von rund 23,5 Millionen Menschen.“ Und diese leben in einer funktionierenden Demokratie. Morgen, am 20. Mai, tritt der neue Staatspräsident von Taiwan, **Dr. Lai Ching-te** sein Amt an.

„Der Ausgang der Wahlen in Taiwan hat nichts an der Tatsache geändert, dass Taiwan ein Teil Chinas ist und es nur ein einziges China auf der Welt gibt. Es ändert auch nichts am Ein-China-Prinzip als allgemeinem internationalen Konsens, und erst recht nichts am historischen Entwicklungstrend, der auf eine Wiedervereinigung Chinas hinausläuft.“, schreibt der chinesische Botschafter in der **Berliner Zeitung**. Nur China sieht diesen Trend.

Ja, auch in Deutschland gilt das so genannte „Ein-China-Prinzip“. Dennoch gibt zwei Chinas, eine Diktatur und eine Demokratie. Und es ist die Aufgabe der freien Welt, diese Demokratie zu schützen. Beim Lesen des Artikels des Botschafters ist mir mehrfach übel geworden, gerade bei Sätzen wie diesen, wenn er eine „friedliche Wiedervereinigung des Vaterlan-

des anstrebt“. „Um die Unabhängigkeitsbestrebungen Taiwans und Einmischungen von außen zu unterbinden, werden wir auch nie versprechen, auf Gewalt als letztes Mittel für den Schutz unserer territorialen Integrität und Souveränität zu verzichten, so dass die friedliche Wiedervereinigung zu einer realen Möglichkeit wird.“

China ist vom Konstrukt her kein friedliches Land, es verfolgt und tötet Angehörige von Minderheiten, unterdrückt jede Form von demokratischen Bestrebungen und hat einen Überwachungsstaat mit einem „Sozialkredit-System“ installiert, das Punkte für gutes Verhalten vergibt und Zuwiderhandlungen bestraft. Die volle Härte der faschistischen Ideologie Chinas würde Taiwan treffen und 23,5 Millionen Menschen unterdrücken. Man muss sich nur in Erinnerung rufen, wie China mit Hong Kong umgegangen ist. Das würde auch Taiwan blühen.

Der Botschafter mahnt und droht, dass Deutschland und Europa an der Ein-China-Politik festhalten müssen. „In diesem Zusammenhang möchte ich auch einzelnen deutschen Politikern raten, nicht so naiv zu sein zu glauben, dass Chinas Wiedervereinigungsprozess sich durch die Entsendung einiger Kriegsschiffe durch die Meerenge ausbremsen ließe.“



Foto: Ed Koch

Echte Lebensfreude ist hingegen nur in einer Demokratie möglich. **Prof. Dr. Shieh Jhy-Wey**, der sich nur Repräsentant, aber nicht Botschafter von Taiwan nennen darf, obwohl ihn jeder als Herr Botschafter anspricht, lud Freitag Abend in das Konzerthaus am Gendarmenmarkt zu einem Konzert unter dem Titel „Schulterschluss der Demokratien“ ein, an dem auch zahlreiche Bundestagsabgeordnete teilnahmen.

Das international besetzte Amadeus Kammerorchester unter Leitung von **Chih-Ying Huang-Niemand** und das Blasorchester des Musikvereins Dietmanns aus Schwaben präsentierten eine bunte Mischung traditioneller klassischer und moderner Musik. Botschafter Shieh ist bekannt für seine analytische Betrachtung der deutschen Sprache. „Schade, dass Xi und Putin keine Musiker sind“, sagte er, „sie könnten sonst flöten gehen.“

Ed Koch

14) Hauptsache, der Hintern ist sauber. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 625-10

10. Mai 2024

49. Jahrgang

Hauptsache, der Hintern ist sauber

Wer sich gestern auch nur auszugsweise die Rede des (*de jure mutmaßlichen*) russischen Kriegsverbrechers **Wladimir Putin** zum 79sten Jahrestages des Sieges über Nazi-Deutschland angehört hat, erlebte erneut, wie sich auch ohne KI die Geschichte anpassen lässt. Russland kann keineswegs diesen Sieg allein für sich in Anspruch nehmen. Auf dem Weg nach Moskau, der am 22. Juni 1941 begann, verwüstete Hitlers Kriegsmaschine zuerst das Baltikum, Weißrussland und die Ukraine.

In der Roten Armee waren natürlich auch Soldaten aus diesen Ländern im Einsatz. Sie können sich ebenso auf das Siegertreppchen stellen, das Putin nun für sich allein in Anspruch nimmt. Anmerkung zur Vollständigkeit: ohne die massive militärische Unterstützung, vor allem aus den USA, hätte Stalin den Krieg nicht gewinnen können. Die Westalliierten wurden von Putin gestern nicht erwähnt.

Der Begriff Narrativ, der heute so gern verwendet wird, leitet sich von „erzählen“ ab. Bei Putin hat man eher den Eindruck, dass der „Narr“ Pate stand. „Anstatt Nächstenliebe zu üben, frönt er ganz und gar der Eigenliebe, ja leugnet gar die Existenz Gottes (Psalm 53,1: „Der Narr spricht in seinem Herzen: Es ist kein Gott!“). Auch wenn sich Putin ständig von seinem korrupten Chefgeistlichen und ehemaligen KGB-Kumpel **Kyryll** heiligsprechen lässt, ändert es nichts an der Gottlosigkeit des Kreml-Diktators.

Seit Jahren gibt es immer wieder Gerüchte um einen **Mega-Palast am Schwarzen Meer**, dessen Besitzverhältnisse nicht ganz klar zu sein scheinen, aber auf Putin als Hausherrn hinweisen. Ein Palast, der an Größenwahn den Anwesen von **Nicolae Ceaușescu** und **Adolf Hitler** in nichts nachsteht.

In der **Berliner Morgenpost** war gestern ein Bericht zu lesen, der sich mit dem Objekt beschäftigt. „Heimlich gemachte Aufnahmen zeigen das Luxus-Anwesen in all seiner überbordenden Pracht. Dem Kremlikritiker **Alexei Nawalny** ist im Tode noch ein letzter Husarenstreich gelungen: Nawalyns Team veröffentlichte sieben Wochen nach dessen Tod ein Video, das die Inneneinrichtung des Mega-Palastes zeigen soll. In den heimlich gemachten Aufnahmen wird den Zuschauern das Luxus-Leben des Diktators in allen Einzelheiten vorgeführt – von unzähligen Schlafzimmern über Luxus-Saunas, einem eigenen

Theater bis hin zu Putins Privat-Kapelle.“ Wer jeden Tag für den Tod von so vielen Menschen verantwortlich ist, braucht natürlich eine eigene Kapelle.

„Russische Offizielle und Putin selbst bestritten bisher, dass es sich dabei um den Privatbesitz des russischen Präsidenten handelt. Doch in dem insgesamt 41-minütigen YouTube-Video will Nawalyns Team das Gegenteil beweisen: Hier hat sich Putin sein 17.691 Quadratmeter großes Traumhaus gebaut. Trotz des Krieges in der Ukraine, trotz der unzähligen Sanktionen gegen Russland.“

Die Ausstattung des Palastes lässt keine Wünsche offen, so auch eine Swimmingpool-Disco samt Spa-Bereich. Spa-Bereich? Nie gehört. „Spa-Bereiche bezeichnen Wellness- und Gesundheitseinrichtungen wie Pools, Saunen und Fitnessbereiche sowie die Räumlichkeiten für Massagen und Beauty-Anwendungen.“ Die Beauty-Anwendungen haben bislang nichts gebracht, wenn man sich Putins aufgedunsenes Gesicht anschaut.

Auch das Wort Jacuzzi war für mich neu. Es handelt sich um eine spezielle Dusche für Liegen, ab 8.980 Euro im Whirlpool-Center erhältlich. Das Herzstück in Putins Wellnessbereich ist eine Po-Dusche. Wer so viel Scheiße produziert, muss natürlich auf einen sauberen Hintern achten. Eine gründliche Kopfwäsche mit Gehirnspülung wäre sinnvoller. Mein Favorit ist jedoch die Cryosauna, in der sich Putin „auf minus 100 Grad runterkühlen lassen kann, eine Technik, die das Leben verlängern soll.“ Wozu? Wenn sich schon nicht der Krieg gegen die Ukraine einfrieren lässt, könnte man doch bei Putin anfangen. Funfact: „Das luxuriöse Dusch-Equipment stammt dabei häufig aus den USA. Auf den Bildern sind noch die amerikanischen Logos auf den Gerätschaften zu erkennen.“ Was würde man nur ohne den Klassenfeind machen.

Was noch? Ein Privat-Theater mit Logen, ein Fitnessstudio und ein vollausgestattetes Eishockey-Stadion mit VIP-Lounge, an die auch eine Sauna und ein Haar-Salon angeschlossen sind. Für welche Haare? Das gesamte Anwesen soll eine Milliarde Euro gekostet haben, Peanuts im Gegensatz zu dem, was Verteidigungsminister **Boris Pistorius** beim Kriegsgeräte-Einkaufsbummel in den USA in seiner Brieftasche hat. Es ist mal wieder sehr hilfreich für den russischen Geheimdienst, die Einkaufsliste zu veröffentlichen. Lieferung mit DHL (*dauert halt länger*) oder wird beim Nachbarn abgegeben.

Ed Koch

1

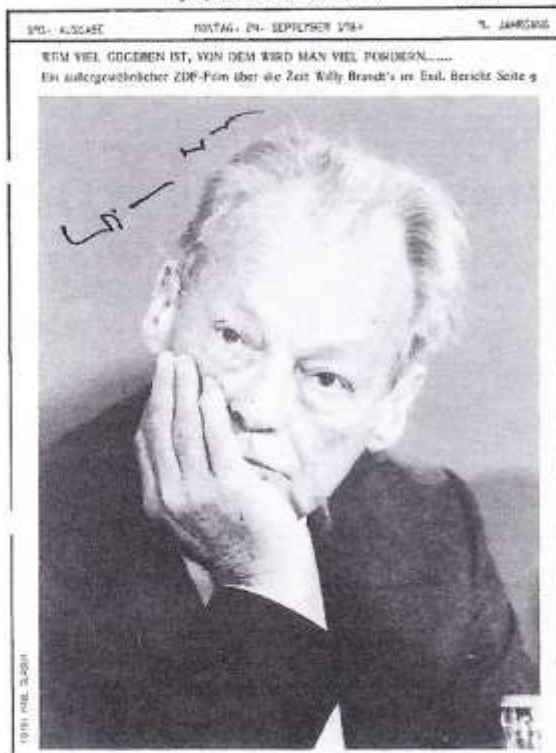
15) Willy. Von Ed Koch



Willy

PAPER PRESS

Jugendpolitischer Pressedienst Berlin • 7.A.1976



Es gibt viele Filme, die sich mit dem Leben und Wirken von **Willy Brandt** beschäftigen, Dokumentationen und Spielfilme. „*Kampfname Willy Brandt*“ hieß eine beeindruckende Dokumentation von **Heinrich Breloer**, die 1984 im ZDF ausgestrahlt wurde. Sie veranlasste uns zu der Titelgeschichte „*Wem viel gegeben ist, von dem wird man viel fordern*“, angelehnt an den Bibelvers Lukas 12,48.

„*Im Schatten der Macht*“ ist ein 2003 von der ARD produzierter Spielfilm, „*der die letzten 14 Tage vor dem Rücktritt des Bundeskanzlers Willy Brandt in teilweise fiktionaler Aufbereitung darstellt.*“ Bemerkenswert ist nicht nur die Darstellung **Willy Brandts** durch **Michael Mendl**, sondern, dass **Matthias Brandt**, jüngster Sohn von **Willy** und **Rut Brandt** **Günter Guillaume** spielte, jener Spion, den das

Ministerium für Staatssicherheit der DDR in das Wohnzimmer des Bundeskanzlers platzieren konnte. „*Verrat am Kanzler*“ ist der Titel einer Dokumentation, die in dieser Woche in der ARD zu sehen war und in der Mediathek verfügbar ist. Für Geschichtsinteressierte ein Muss. Die Geschichte der größten Spionageaffäre wird aus der Sicht von Frauen erzählt.

Es ist bis heute nicht zu glauben, was sich Anfang der 1970 Jahre in Bonn abspielte. Hinweise auf die Spionagetätigkeit **Guillaumes** gab es sehr früh, ohne Konsequenzen. Bundesnachrichtendienst und Innenminister **Hans-Dietrich Genscher** ließen den Spion an Brandts Seite, selbst bei einer Urlaubsreise nach Norwegen, wo Guillaume jeden Tag die vertraulichen Fernschreiben bearbeitete. Alles, was für den Kanzler bestimmt war, trug die Aufschrift: „*Für den Bundeskanzler über Günter Guillaume.*“

Es ist auch nicht zu verstehen, dass einerseits die Staatssicherheit der DDR 1972 durch den Kauf von zwei Stimmen aus der CDU/CSU-Fraktion, für jeweils 50.000 DM, das Misstrauensvotum gegen Brandt scheitern ließ, ihn aber zwei Jahre später durch die Festnahme **Guillaumes** zum Rücktritt zwang. **Guillaume** bezeichnete sich selbst in der Dokumentation als „*Knüppel, der Brandt aus dem Amt warf.*“

Die viel zu späte öffentliche Enttarnung des Spions löste erwartungsgemäß eine Medienkampagne aus. In dieser ging es aber zunehmend kaum um den Spion, sondern vielmehr um Brandts Privatleben und sein Verhältnis zu Frauen. Darin konnten sich die Medien natürlich besser suhlen als in einer langweiligen Agentengeschichte. In der Dokumentation, in der die Vertraute Brandts und Journalistin **Heli Ihlefeld**, die DDR-Spionin **Lilli Pöttrich**, die Autorin **Yasmine M'Barek**, die Journalistin **Eva-Maria Lemke**, **Katja Ebstein** und **Christel Guillaume**, die Frau des Spions, zu Wort kommen, geht es um den Verrat am Kanzler. Wer sich den Film aufmerksam anschaut, gelangt schnell zu der Erkenntnis, dass nicht allein **Guillaume** den Kanzler verraten hat. **Hans-Dietrich Genscher** spielte eine nicht unwesentliche Rolle in dem Drama. Er, als Chef der Geheimdienste, hätte frühzeitig den Spion neutralisieren müssen. Für mich ist auch **Genscher** ein Verräter. Zehn Jahre nach dem gescheiterten Misstrauensvotum gegen Brandt, wechselte **Genschers** FDP 1982 die Seite zur Union, und verriet Bundeskanzler **Helmut Schmidt** mit einem, diesmal erfolgreichen Misstrauensvotum. Das war der Beginn von 16 Jahren **Helmut Kohl**. Die Rolle des SPD-Fraktionsvorsitzenden **Herbert Wehner** in der Affäre grenzt auch an Verrat.

16) Blitzableiter. Die Klimabewegung schießt sich auf Elon Musk und Tesla ein. Bei der deutschen Autoindustrie, die weiter auf Verbrenner setzt, knallen die Sektkorken

Von Timo Daum & Andreas Knie



Timo Daum

Timo Daum ist Sachbuchautor und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsgruppe „Digitale Mobilität und gesellschaftliche Differenzierung“ am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

08.05.2024



Polarisieren ist sein Hobby: Elon Musk bei der Eröffnung der Gigafactory.- *picture alliance / Reuters | Pool New*

Stellen wir uns vor, die Klimabewegung, die bis vor Kurzem noch massenhaft gegen die fossile Industrie mobilisierte und vehement für einen schnellen Ausstieg aus der Kohleverstromung eingetreten ist, würde nun stattdessen gegen den Bau von Windkraftanlagen, Solarkollektoren und Stromtrassen demonstrieren. Unvorstellbar? Tatsächlich passiert gerade etwas Vergleichbares. Nicht mehr die fossile Autoindustrie mit ihren Diesel- und Benzin-verfeuernden SUVs, sondern ausgerechnet E-Auto-Pionier Tesla und sein Chef Elon Musk sind zum Ziel von Protesten und Kampagnen geworden. Wie kam es dazu?

Vor ein paar Jahren wandte sich die Klimabewegung zu Recht dem Verkehrssektor zu, wo in den letzten Jahren praktisch kein CO₂ eingespart wurde – in erster Linie wegen des Benzin- und Dieserverbrauchs von Pkw und Lkw. Verkehrswende-Initiativen schlossen sich zusammen und entwickelten einen Plan für eine ökologische Alternative: Ein möglichst schneller Ausstieg aus dem fossilen Verbrenner, weniger Autos und weniger Autoverkehr,

Seite E 69 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

dafür mehr Sharing, mehr Busse und Bahnen, mehr Rad- und Fußverkehr waren die Eckpfeiler. Ein erster Erfolg des neuen Bündnisses stellte sich 2019 ein, als es gelang, die Internationale Automobilausstellung aus Frankfurt zu vertreiben und die Autoindustrie insgesamt in die Defensive zu drängen.

Das Elektroauto und insbesondere Tesla werden zum Ziel von Kritik und Mobilisierung.

Das hat sich anscheinend geändert. Das Elektroauto und insbesondere Tesla werden zum Ziel von Kritik und Mobilisierung. Beim [Demaufwurf von Ende Gelände](#), einer Initiative, die durch Aktionen zivilen Ungehorsams und Tagebau-Besetzungen vor ein paar Jahren sehr öffentlichkeitswirksam gegen die Kohleindustrie vorging, heißt es nun: „Das Elektroauto soll sich als ‚grüne‘ Alternative zum Verbrennungsmotor etablieren.“ Es sei jedoch vielmehr „die Fortsetzung des Individualverkehrswahns mit anderen Mitteln, aber weder nachhaltig noch sozial verträglich. Und deswegen alle ... gegen TESLA und die Werkserweiterung der Gigafactory in Grünheide.“ Auch die für den Brandanschlag auf die Stromversorgung in der Gemeinde Grünheide [verantwortlich zeichnende Gruppe argumentiert](#), Tesla sei „ein Symbol für grünen Kapitalismus“, deren Autoproduktion das „Grundwasser verseucht“. Und: „Jeder Tesla, der brennt, sabotiert die imperiale Lebensweise“; Tesla-Chef Elon Musk sei ein „Technofaschist“; und die „komplette Zerstörung der Gigafactory“ sei das Ziel. Auf einer Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung wird ein drohender „[Teslismus](#)“ heraufbeschworen. Es drohe nicht nur eine „Endstufe des Kapitalismus“, sondern auch gleich ein Ende der Demokratie. Bald könne es vorbei sein mit „lokaler und betrieblicher Demokratie“. Hintergrund war die Abstimmung in der Gemeinde Grünheide, die sich mehrheitlich gegen eine Erweiterung des Werksgeländes ausgesprochen hatte.

Im Prinzip ist es natürlich richtig, gegen den automobilen Konsens vorzugehen, der – zunächst unabhängig vom Antrieb – die massenhafte Individualmotorisierung als Grundrecht des Globalen Nordens betrachtet. Und dass E-Autos keine Lösung für die Probleme der autozentrierten Gesellschaft sind, ist auch unzweifelhaft. Aber warum dann Tesla angehen und nicht Volkswagen, Daimler und BMW? Sollte nicht das Verursacherprinzip gelten? In der Vergangenheit hatte sich die Klimabewegung unter anderem RWE als Gegner ausgesucht, den Kohle-Giganten, und nicht zum Beispiel einen Windradhersteller. Und das Pendant zu RWE im Verkehr ist Volkswagen. Allein zwei Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen gingen im Jahr 2019 auf das Konto des Wolfsburger Konzerns.

Die Klimaziele werden ohne ein Hochlaufen der E-Fahrzeuge nicht erreicht.

Auch sind nicht E-Autos verantwortlich für die Klimaerwärmung, sondern das akkumulierte Kohlendioxid, das aus dem jahrhundertlang andauernden Verbrennen von fossilen Brennstoffen vor allem in den Industrieländern stammt. Das größte Wirtschafts- und Umweltverbrechen der Nachkriegszeit, der Skandal um manipulierte Abgaswerte, geht auf das Konto von VW, BMW und Daimler. Bis heute arbeiten diese Hersteller mit unlauteren Methoden. Immer noch verbrauchen Neuwagen im Realbetrieb deutlich mehr Diesel und Benzin, als von den Herstellern angegeben, [berichtet Der Spiegel](#). Im Gegensatz dazu steht Tesla für ein Start-up aus dem Silicon Valley, das die etablierte fossile Auto- und Ölindustrie zu einer ungeliebten Elektrifizierung treibt, die wiederum dringend notwendig ist, um die Klimakatastrophe abzuwenden. Die Klimaziele werden jedenfalls ohne ein Hochlaufen der E-Fahrzeuge nicht erreicht.

Auch beim Thema Wasser ist eine seltsame Schiefelage in der Argumentation erkennbar. Tesla hat eine Genehmigung für 1,8 Millionen Kubikmeter jährlich erhalten und steht dafür massiv in der Kritik, für die *taz* ist Elon Musk gar ein „Ökoterrorist“. Allerdings verbraucht

Seite E 70 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Tesla derzeit nur 0,5 Millionen Kubikmeter. Doch nicht Tesla ist der größte Wasserverbraucher in Brandenburg, sondern das Braunkohleunternehmen LEAG mit sage und schreibe 100 Millionen Kubikmetern. Das fossile Unternehmen verantwortet tatsächlich Umweltverbrechen: 2020 ließ das Unternehmen im mittlerweile geschlossenen Tagebau Jänschwalde laut einem Urteil des Verwaltungsgerichts Cottbus rund 114 Millionen Kubikmeter Grundwasser fördern, obwohl nur 42 Millionen gestattet waren.

Der Rest der Klimaschutz-bewegten Welt und auch die Mobilitätsforschung sind sich dahingehend einig, dass Elektroautos nötig sind, um die Klimaziele zu erreichen. Die „Antriebswende“ wird als notwendiger, wenn auch bei weitem nicht hinreichender Bestandteil der Verkehrswende angesehen. In Holland macht die Klimabewegung gegen die fossile Industrie und fossile Subventionen mobil, Greta Thunberg war dabei und wurde Anfang April gleich zweimal in Gewahrsam genommen. Ähnlich in Frankreich: In Arcachon stemmt sich die Bewegung gegen eine geplante Ölbohrung, die Organisatoren von der Gruppe *Stop Petrole Bassin d’Arcachon* erklären, der Ausstieg aus fossilen Brennstoffen müsse jetzt mit der Ablehnung dieses Projekts beginnen. Auch in Spanien geht die Bewegung unter der Parole „¡Descarbonización ya!“ („Dekarbonisierung sofort!“) auf die Straße und fordert schnelle Dekarbonisierung und Klimagerechtigkeit. Die Aktionen richten sich „gegen die Industrie für fossile Brennstoffe, die auf Kosten der Weltbevölkerung, der Artenvielfalt und eines sicheren und lebenswerten Klimas unzünftige Gewinne gemacht hat“. [Sie fordern](#) ein Ende des Ausbaus fossiler Brennstoffe und Subventionen.

Anfang des Jahrtausends sah es ja tatsächlich so aus, als würden bei uns die Weichen in Richtung ökologischer Modernisierung, Energiewende und E-Mobilität gestellt.

Anfang des Jahrtausends sah es ja tatsächlich so aus, als würden bei uns die Weichen in Richtung ökologischer Modernisierung, Energiewende und E-Mobilität gestellt. Die Europäische Union rief den *Green New Deal* aus. Der damalige CSU-Generalsekretär Markus Söder forderte ein [Verbot von Autos mit Verbrennungsmotoren](#) ab 2020. Ein ökologisches Update kapitalistischer Wachstumsdynamiken schien zum hegemonialen Projekt zu werden, mit der Elektromobilität als zentralem Bestandteil einer „Ökologisierung der Automobilität“ – so drückten es damals die Autoren Ulrich Brand und Markus Wissen in ihrem viel diskutierten Buch [Imperiale Lebensweise](#) aus.

Was ist daraus geworden? Noch immer sind circa 90 Prozent aller in Deutschland hergestellten Autos mit einem klimaschädlichen Verbrenner ausgestattet – bei Volkswagen waren es 2022 sogar 93 Prozent. Ohne den Druck durch die neue Konkurrenz von Tesla hätten die deutschen Autobauer nicht einmal die bisherigen E-Fahrzeuge gebaut. Der für 2035 geplante Ausstieg aus dem Verbrenner in der EU wackelt. Beim Kohleausstieg ist Deutschland mit 2038 Schlusslicht in Europa. Der Wirtschaftsgeograf Christoph Zeller schreibt daher, „die Hypothese eines ‚grünen Akkumulationsregimes‘ verliere jede Grundlage“. Alles deute demgegenüber darauf hin, dass der fossile Kapitalismus „auch in den kommenden Jahrzehnten zwingend auf fossilen Energieträgern beruhen wird“. Auch der Wiener Politikwissenschaftler Ulrich Brand hält den „grünen Kapitalismus“ mittlerweile für gescheitert, er sei als hegemoniales Projekt in der Defensive: Das „fossile Kapital bleibt am Drücker“.

Auch die politische Stimmung ist gekippt, anstelle eines alternativlos erscheinenden ökologischen Umbaus sind in den letzten Jahren verstärkt [fossil-bewahrende Hegemonieprojekte](#) entstanden, wie Henrik Sander aufzeigt. Nicht nur die AfD, die von einer drohenden „Öko-Diktatur“ fantasiert, stemmt sich gegen jedwede sozial-ökologische Transformation. FDP und CDU machen Stimmung für eine Verzögerung des ökologischen

Umbaus und die Ampel-Koalition hat bereits für E-Fuels eine Ausnahme durchsetzen können. Nach der Union und der FDP spricht sich auch das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) gegen den Verbrennerausstieg in der EU im Jahre 2035 aus und schließt hier argumentativ genau an die AfD an. Das für 2035 geplante Verbrenner-Aus sei „ein schwerer wirtschaftspolitischer Fehler, der eine Schlüsselindustrie und viel Wohlstand in Deutschland vernichten wird“, so Parteigründerin Sahra Wagenknecht. Denn die deutsche Autoindustrie sei beim Verbrenner Weltklasse.

Deutet sich hier eine – von der Klimabewegung sicher nicht gewollte – Querfront zur Verhinderung der Elektromobilität an? Wenn sie sich auf das kleinere Übel Elektroautos einschießt und sich das Unternehmen als Hauptfeind aussucht, das die deutsche Verbrennerliebe aufgeknackt hat – Tesla –, dann gerät sie in eine ungewollte Rolle: Die Klimabewegung könnte zur links-alternativen Flanke werden, die den Rückzug der deutschen Autoindustrie aus der Elektromobilität deckt. Als in Grünheide der Wald besetzt wurde, dürften in Wolfsburg, Stuttgart und München die Sektkorken geknallt haben.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/wirtschaft-und-oekologie/artikel/blitzableiter-7496/?utm_campaign=de_40_20240508&utm_medium=email&utm_source=newsletter

17) Befreiung aus der Schockstarre. Millionen Menschen gehen nach der Correctiv-Veröffentlichung „Geheimplan gegen Deutschland“ auf die Straße. Es ist Zeit, andere Fragen zu stellen

Von Justus von Daniels



Justus von Daniels, Berlin

Justus von Daniels ist seit 2019 Chefredakteur von CORRECTIV

07.05.2024



Eine Investigativ-Recherche deckt einen Versuch auf, die Gesellschaft zu spalten. Wie gehen wir damit um? - *picture alliance / Zumapress*

Seite E 72 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.

Schon kurz nach Veröffentlichung der Recherche „Geheimplan gegen Deutschland“ gab es allerlei Mutmaßungen darüber, warum dieser Text so eine enorme Wirkung hat. Es war auch für *Correctiv* eine überwältigende Situation, dass über Wochen so viele Menschen auf die Straßen gingen. Erst Zehntausende, dann Hunderttausende, jedes Wochenende, in hunderten kleinen und großen Städten. Es gab etliche Reaktionen aus der Politik; Unternehmen und Wirtschaftsverbände nahmen öffentlich Stellung gegen Rechtsextremismus. Eine bizarre Reaktion kam aus Paris: Marine Le Pen zog die Zusammenarbeit mit der AfD in Zweifel, die ihr offenbar zu radikal zu werden drohte. Nach zwei Monaten hatten aufmerksame Demo-Protokollierende über drei Millionen Menschen gezählt. Was war da los?

Krude Erklärungsversuche kamen zunächst von weit rechts: Eine geplante Kampagne des Verfassungsschutzes sei das, sagten die einen. Andere meinten, die Recherche sei von oberster Stelle geplant gewesen, um die Bauernproteste aus den Medien verschwinden zu lassen, die zu derselben Zeit stattfanden. Sie sei von der Regierung bewusst gesteuert gewesen, also eine Art *deep state*-Aktion, die dann auch Millionen Menschen motiviert habe, auf die Straße zu gehen. Diese Erklärungen finden sich auf Blogs oder in den sogenannten Sozialen Netzwerken, sie waren einfach nur wirr und hilflos.

Natürlich hat die große gesellschaftliche Bewegung auch die *Correctiv*-Redaktion überwältigt. Als Journalistin oder Journalist ist man zwar darauf gefasst, dass eine eigene investigative Recherche auch eine unmittelbare Wirkung haben kann, etwa eine politische Untersuchung, die Änderung eines Gesetzes oder persönliche Konsequenzen bei einem Fehlverhalten. Aber so eine gesamtgesellschaftliche Bewegung, quer durch die Republik, in dieser Klarheit? Das hatte es in der Geschichte der Bundesrepublik aufgrund einer Recherche noch nicht gegeben.

Selbst die französische Spitzenpolitikerin Marine Le Pen hat klargestellt, dass in ihrer europäischen Parteienfamilie der rechten Parteien ein Konzept der „Remigration“ keinen Platz habe.

Eine der unmittelbaren Wirkungen war die Entlassung von Roland Hartwig, dem ehemaligen Bundestagsabgeordneten und engen Mitarbeiter der AfD-Parteichefin Alice Weidel, einige Tage nach der Veröffentlichung. Er war einer der Teilnehmer des Treffens in Potsdam und hatte sich dort aktiv an den Diskussionen beteiligt. Es gab zudem etliche Distanzierungen von Vereinen oder Verbänden, in denen einige Teilnehmer Mitglied waren. Selbst die französische Spitzenpolitikerin Marine Le Pen hat klargestellt, dass in ihrer europäischen Parteienfamilie der rechten Parteien ein Konzept der „Remigration“ keinen Platz habe. AfD-Chefin Weidel schrieb einen Brief und fuhr nach Paris, um Le Pen bei einem Mittagessen zu erklären, dass das Treffen nichts mit AfD-Politik zu tun habe. Die offene Kritik der prominenten Führungsfigur der französischen Rechtspopulisten war ein höchst ungewöhnlicher Schritt, der einen Riss innerhalb der europäischen rechtsradikalen Parteien zum Ausdruck bringt, der auch in der aktuellen Berichterstattung über den AfD-Spitzenkandidaten Maximilian Krah weiter Nahrung erhält.

Es folgten in der öffentlichen Debatte Versuche, dem Phänomen der „Geheimplan“-Recherche nahezukommen. Denn es gibt fast keine Beispiele einer Recherche in Deutschland, die so viele Demonstrationen in ganz Deutschland ausgelöst hat. Demonstrationen, bei denen immer wieder Menschen zitiert wurden, die noch nie vorher auf einer Demo gewesen waren, es aber jetzt zum ersten Mal für notwendig hielten. Eine These stach dabei heraus. Im *IPG-Journal* schrieb die Autorin Maria-Sibylla Lotter in ihrem Beitrag „[Verteidigung der Demokratie](#)“, sie verstehe den Bericht von *Correctiv* als Versuch, eine von den beteiligten Journalistinnen und Journalisten vermutlich als durchaus real eingeschätzte

Seite E 73 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.

Gefahr von rechts „mit einem [Nazi-Illusionstheater](#) zu bekämpfen, weil man die Bevölkerung nicht für schlau oder mündig genug hält, diese Gefahr selbst zu erkennen“. Die Recherche wird in dem Text ganz explizit in die Nähe eines „staatsdienlichen Märchens“ nach dem Vorbild Platons gesetzt, das „Revolten im Staat“ vorbeugen soll. Und Lotter schreibt explizit, solche Märchen seien „Lüge oder irreführende Rede“.

Das Treffen von Potsdam als „Illusionstheater“ zu bezeichnen, ist nichts anderes, als eine investigative Recherche zu diskreditieren, um eine These zu füttern, die erklären will, warum die Veröffentlichung Auslöser für eine gesellschaftliche Bewegung war. Bemerkenswert ist es deshalb, weil einem Rechercheteam die innere Motivation unterstellt wird, bewusst Illusionen verbreiten zu wollen. Ihr Erklärungsversuch, weshalb so viele Menschen plötzlich auf die Straße gingen, bedient sich dabei ähnlichen Mustern, die auch von rechts gesponnen wurden, unsere Recherche basiere nur auf Werturteilen.

Bei *Correctiv* geht es um investigativen Journalismus. Das Medienhaus deckt Missstände auf: ob der milliardenschwere Steuerraub CumEx, die russische Einflussnahme auf die deutsche Gasabhängigkeit oder die Vertuschung des sexuellen Missbrauchs in der katholischen Kirche. *Correctiv* recherchiert zu strukturellen Problemen wie dem Kitanotstand, zum intransparenten Immobilienmarkt oder zu häuslicher Gewalt. Wir gehen ungewöhnliche Wege, mal verdeckt, mal gemeinsam mit tausenden Bürgerinnen und Bürgern. Das Ergebnis jeder Recherche wird dabei präzise und an den Erkenntnissen entlang formuliert. Das gebietet die journalistische Sorgfalt.

Bei dem Treffen in Potsdam haben wir die brisanten Passagen aus den Gesprächen zitiert, die so auch nicht infrage gestellt wurden. Im Gegenteil: Kurz nach der Recherche hatten uns AfD-Politiker „Stasi-Methoden“ vorgeworfen, offenbar weil den Beteiligten klar war, dass die zitierten Sätze so gefallen waren. Nun haben vor allem einige Teilnehmer eingewendet, dass es sich ja um ein privates Treffen gehandelt habe, es kein AfD-Treffen gewesen sei und es demnach auch nicht sonderlich relevant für die Öffentlichkeit sei. Ein von einem rechtsradikalen Zahnarzt in Potsdam organisiertes Treffen, an dem 20 bis 25 Personen teilnahmen und bei dem Martin Sellner von der österreichischen Identitären Bewegung über das Thema „Remigration“ referierte, könne „nüchtern betrachtet“ wohl keine allzu große Relevanz für das politische Geschehen in Deutschland haben, heißt es bei Lotter. Alles nichts Neues?

Wir haben die Situation deutlich anders beobachtet: Das Treffen und gerade die Zusammensetzung der Teilnehmer waren zu diesem Zeitpunkt höchst brisant. Ein notorischer Rassist, Gernot Mörig, lud den österreichischen Rassisten Martin Sellner ein, auf Grundlage seines rassistischen Buches einen Masterplan zur Rettung Deutschlands vorzustellen. „Masterplan“ ist nicht unser Begriff, sondern der des Einladenden Gernot Mörig. Sellner spricht von millionenfacher Remigration, auch von „nicht-assimilierten Staatsbürgern“ und einem „Jahrzehnteprojekt“. Er will dies durch „Anpassungsdruck“ und „maßgeschneiderte Gesetze“ erreichen. Bis zu zwei Millionen Menschen könne man an einen Ort in Nordafrika „bewegen“. Eine Expertenkommission solle das nach den Worten Mörigs nach „rechtlichen, moralischen und logistischen Gesichtspunkten“ vorbereiten, damit etwas in der Schublade liege. In den Vorträgen ging es auch darum, wie das politische Vorfeld für diese Vertreibungspläne werben könnte: mit Influencern in sozialen Netzwerken; und es ging darum, wie die Gesellschaft für eine solche Politik vorbereitet werden könnte: durch Delegitimierung der Wahlen und des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Aus einer kruden rechtsextremen Idee soll hier eine politisch umzusetzende Planung werden.

Seite E 74 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.

Aus einer kruden rechtsextremen Idee soll hier eine politisch umzusetzende Planung werden. Roland Hartwig war im November 2023 noch ein enger Mitarbeiter der AfD-Parteichefin Alice Weidel. Auf dem Treffen erweckte er mit einem eigenen Vortrag den Eindruck, er könne Ideen aus der Veranstaltung in den Bundesvorstand der Partei hineintragen. Anwesend bei dem Treffen war auch ein Fraktionsvorsitzender der AfD, Ulrich Siegmund, und zwar aus dem als gesichert rechtsextrem eingestuften Landesverband Sachsen-Anhalt. Er äußerte sich in seinem Vortrag explizit dazu, wie in seinem Bundesland eine Atmosphäre geschaffen werden könne, um Menschen aus dem Land zu drängen. Dabei war auch eine AfD-Bundestagsabgeordnete. Sie diskutierten mit Martin Sellner; sie alle kamen auf Einladung eines bekannten Rechtsextremen, der seit Jahrzehnten in der westdeutschen rechtsradikalen Szene verankert ist. Auf dem Treffen waren zudem auch mögliche Geldgeber, die das nötige Kapital aufbringen sollen, um den Plänen zur Geltung zu verhelfen.

Zudem war der Zeitpunkt brisant: Die AfD steht in Umfragen so gut da, dass die Chance besteht, in Thüringen oder Sachsen stärkste politische Kraft zu werden. Es besteht damit eine unmittelbare Machtperspektive. In Potsdam wurde plötzlich greifbar, was viele latent wussten, aber nur in Einzelteilen beobachtet hatten. In diesem vertraulichen Kreis wurde offen darüber gesprochen, wie man Menschen in Deutschland loswerden will. Nicht im Rahmen eines abstrakten Symposiums, sondern mit der klaren Zielsetzung, Ideengeber, Spender und politische Akteure zu verzahnen. Es ging nicht um Änderungen von Asylgesetzen, es ging um ein völkisch geprägtes Verständnis, das im Volk eine ethnische Identität sieht. Sellner selbst sprach über „ethnische Wahl“, ein Begriff aus der rechtsvölkischen Szene, der darauf baut, dass Menschen mit Migrationshintergrund vor allem „migrationsfreundliche“ Parteien wählen.

Der Vorwurf des „Illusionstheaters“ wird vor allem an einem Absatz der Recherche festgemacht, in dem die Wannsee-Konferenz erwähnt wird. Das Treffen war in der Nähe von Potsdam in einem Hotel mit Blick auf den Lehnitzsee, nicht weit von dem Ort, an dem die Wannsee-Konferenz stattfand. Wir haben die örtliche Nähe ein einziges Mal erwähnt. Nicht weil die Ereignisse vergleichbar wären, aber die Idee eines ethnisch geprägten Volksbegriffs führte auf dem Treffen zu den Plänen, wie man Millionen Menschen, die man als ethnisch nicht-zugehörig einstuft, loswerden kann. Der Organisator Gernot Mörig spricht von einem Expertengremium, das die Pläne ausarbeiten solle. Und zwar unter „ethischen, juristischen und logistischen Gesichtspunkten“. Es geht ihm und der Runde offensichtlich darum, etwas in der Schublade zu haben, wenn eine rechte Partei an die Macht kommen sollte. Lotter schreibt dazu, dass aus unserer Erwähnung die Behauptung „abgeleitet worden sei“, dass dies „nicht zufällig in räumlicher Nähe zur historischen Wannseekonferenz geplant worden sei“. Sie erläutert dabei nicht, wer diese Behauptung aufgestellt hat. In unserem Text steht das jedenfalls nicht. Es hilft nicht weiter, einer Recherche die innere Motivation einer Märchenerzählung zu unterstellen, wenn es doch darum geht, die äußere Wirkung der Recherche auf Millionen Menschen zu ergründen.

So greifbar wie hier war es bisher nicht.

Die Redaktion von *Correctiv* hat noch keine abschließende Antwort darauf, was so viele Menschen so unmittelbar dazu gebracht haben könnte, sich auf Demonstrationen und in Aufrufen gegen dieses Weltbild zu stemmen. Selbst im Ausland wurden die Versammlungen in vielen Medien überrascht aufgenommen und dann als starkes Zeichen für die Offenheit dieses Landes gesehen. Für uns zeigte das Treffen so klar wie nie zuvor, dass im Jahr 2023 tatsächlich ein einflussreicher Kreis bis in die Spitze der AfD hinein konkrete Pläne bespricht, wie man Menschen aus Deutschland treiben kann, und dass er dafür Geldgeber sucht.

Seite E 75 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.

Was wir erfahren und recherchiert haben, haben wir aufgeschrieben. *Correctiv* hatte die Möglichkeit, sehr nah dran zu sein, weil die Redaktion rechtzeitig Hinweise auf das Treffen hatte. Und in dem Treffen kam tatsächlich vieles zusammen, was zuvor in Einzelteilen schon berichtet worden war. Aber so greifbar wie hier war es bisher nicht gewesen. Vielleicht haben es die Menschen genauso verstanden, die Dringlichkeit gesehen und sich entschieden, dagegen ein klares Zeichen zu setzen.

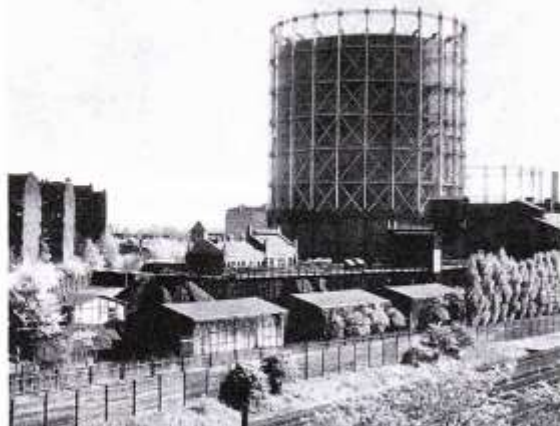
https://www.ipg-journal.de/rubriken/demokratie-und-gesellschaft/artikel/befreiung-aus-der-schockstarre-7493/?utm_campaign=de_40_20240507&utm_medium=email&utm_source=newsletter



KW 45 2008 – KW 22 2024

Die Vollendung

Fünfzehn Jahre sind eine lange Zeit. Schaut man sich allerdings an, was in diesen vielen Kalenderwochen rund um den Schöneberger Gasometer entstanden ist, dann relativiert es sich ein wenig. Dennoch hätte die Vollendung des EUREF-Campus früher gefeiert werden können, wenn er nicht in Berlin entstanden wäre. Hier dauert eben alles ein wenig länger. Wer mit der Berliner Verwaltung zu tun haben muss, braucht Ausdauer und gute Nerven. Die ganze Geschichte ist bei paperpress.org nachzulesen. Wir haben seit der KW 45 2008 das Projekt durchgängig begleitet.



Quelle: Werner Lindner, „Die Ingenieurbauten in ihrer guten Gestaltung“, Berlin 1923, Wasmuth Verlag.

Am 1. Juni war es nun endlich so weit, denn mit der Eröffnung des Gebäudes im Gasometer ist der EUREF-Campus Berlin vollendet. Rund 400 Gäste versammelten sich im neuen Innenleben des Gasometers. Darunter viele, die dem Vorhaben sehr skeptisch gegenüberstanden, andere, die nie geglaubt haben, dass daraus etwas werden könnte, aber auch einige Optimisten, für die nie in Frage stand, dass an dieser Stelle, Mitten in Schöneberg, Mitten in Berlin, ein weltweit beachtetes und geschätztes Reallabor der Energiewende entstehen würde, mit rund 150 Unternehmen und über 7.000 Beschäftigten.

Den Autor dieses und aller anderen 485 Newsletter, die seit der KW 45 2008 erschienen sind, erfüllt es mit einer gewissen Genugtuung, dass er zu denen

gehörte, die an das Projekt von Anfang an geglaubt haben, allen Widerständen, zum Trotz.



Der Gasometer am 1. Juni 2024



Bei der Eröffnung am 1. Juni 2024: **Reinhard Müller** und sein langjähriger Freund und Unterstützer **Eckart John von Freyend**, Ehrenaufsichtsratsvorsitzender der EUREF-AG, der 1942 in Schöneberg zur Welt kam und länger als alle anderen den Gasometer kennt.

Als ich **Reinhard Müller** am 5. November 2008 das erste Mal bei der Präsentation seines Projektes im Rathaus Schöneberg erlebt habe, war ich überzeugt davon, dass hier kein Fantast oder Scharlatan am Werke ist, sondern ein Mann, der nicht wegen seiner Visionen zum Arzt gehen muss, sondern in der Lage ist, eine Vision aus der rosa Wolke heraus auf den Boden zu stellen.

Dass **Frank-Walter Steinmeier** und **Sigmar Gabriel** zu den Gästen der Veranstaltung gehörten, hat mich weniger beeindruckt als das, was Müller plante. Nicht jedes Detail konnte 1:1 umgesetzt werden, was keinem Bauvorhaben jemals gelungen ist. Was aber entstanden ist, deckt sich mit der Vision. Ich hatte zuvor von **Reinhard Müller** noch nie etwas gehört. Wikipedia teilte mit, dass er Architekt sei und 1999 die Stiftung Denkmalschutz gegründet habe,



die sich um die Sanierung des Brandenburger Tors und des Strandbades Wannsee gekümmert hat. Der EUREF-Campus ist allerdings ein paar Nummern größer.

Ich habe Müller in den letzten 15 Jahren aus nächster Nähe erlebt. Direkt in seinem Umfeld zu arbeiten, verlangt den Betroffenen vieles ab. Ständig hat er neue Ideen und schickt seine Leute in die Spur. Er fördert, aber fordert viel von denen, die „unter ihm“ tätig sind. Ich habe etliche kommen und gehen, aber viele auch bleiben gesehen.



Natürlich ist der Gasometer ein Müller-Denkmal für die Ewigkeit. Er vergisst aber nie, darauf hinzuweisen, dass die Realisierung des Campus vor allem eine Teamleistung war. Es ist sicherlich ungerecht den anderen gegenüber, aus dem großen Team einzelne Namen hervorzuheben, zwei müssen aber genannt werden, Chefarchitekt **Johannes Tücks** (links), der mit seinem Team die Gebäude kreierte, und Oberbauleiter **Heribert Günther**, der mit seinen Leuten die Gebäude errichtete. Mit beiden arbeitet Müller seit Jahrzehnten zusammen, ihr Anteil am Gelingen ist immens.

In der nächsten Woche sind wir mit **Reinhard Müller** zum finalen Interview über den EUREF-Campus Berlin verabredet. Mal hören, wie er die letzten 15 Jahre betrachtet.

Die Eröffnungsfeier fand im neuen Forum des Gasometers statt, dort, wo einst die WM-Kuppel aus dem Jahre 2006 stand, die nun im EUREF-Campus Düsseldorf zu neuem Leben erweckt wird. **Jörg Thadeusz** führte durchs Programm, der Regierende Bürgermeister **Kai Wegner** hielt in Anwesenheit seiner Vorgänger **Michael Müller**, **Klaus Wowereit** und **Franziska Giffey** ein Grußwort, dann talkten der Aufsichtsratsvorsitzende der EUREF-AG **Rüdiger Grube**, **Klaus Wowereit**, **Joschka Fischer** und die

Vorstandssprecherin der EUREF AG, **Karin Teichmann**, zum Thema „Vom Gas-Tank zum Think-Tank“, klimaneutral, versteht sich.



Der Künstler **Stephan Hann** präsentierte anschließend on the top des Gasometers eine Live-Performance unter dem Titel „Recycling Couture“. Kleider aus recycelten Materialien. EUREF-Vorständin **Sarah-Maria Ameler** stellte sich als Model zur Verfügung und präsentierte eine Jacke, gefertigt aus Fotonegativstreifen.



Herzstück des Gebäudes ist der große Saal, der durch seine Wandlungsfähigkeit besticht, Terrassenförmige Sitzreihen oder ebenerdiger Bankettsaal.



Nach Talk und Kultur bekamen die Gäste auch etwas zu essen, natürlich präsentiert vom Chef-Gastronom des Campus, **Thomas Kammeier & Friends**.

Der Regierende Bürgermeister **Kai Wegner** lobte, wie alle anderen Redner auch, **Reinhard Müller** für sein Werk. Müller ließ es über sich ergehen, wenn gleich er nicht gern großes Aufheben um sich macht. Als ich



Reinhard Müller einmal meine Bewunderung darüber zum Ausdruck brachte, wie es ihm gelingt, die vielen Fäden des Großprojektes zusammenzuhalten, entgegnete er trocken: „Das ist nichts anderes, als wenn Sie den **ROCKTREFF** organisieren.“



Müller überlässt das Reden und den ersten Platz in der Reihe immer häufiger der Vorstandssprecherin der EUREF AG, **Karin Teichmann**, auf dem Foto mit Wirtschaftssenatorin **Franziska Giffey**.

Reinhard Müller ist ein großer Kunstliebhaber, weiße Wände sind für ihn ein Gräuel. In den Gebäuden hängen große Gemälde berühmter Künstler und auf dem Areal stehen beeindruckende Skulpturen. Nicht nur wegen der gelungenen Architektur, sondern auch wegen der Kunstwerke lohnt sich ein Besuch auf dem EUREF-Campus, der dazu mit seinen zahlreichen Restaurants zum Verweilen einlädt, aber nur werktags zwischen 11:00 und 16:00 Uhr.



Im Eingangsbereich hängen drei große Werke mit Szenen aus Schöneberg des Künstlers **Jonas Hödicke**, Sohn des berühmten Malers **Karl Horst Hödicke**, der Anfang Februar verstorben ist.



Im wahrsten Sinne des Wortes ist das Highlight des Gasometers die Sky-Lounge, auf deren Terrasse man den einmaligen 360-Grad-Blick über Berlin genießen kann. Trotz schlechter Wetterprognose fand die Eröffnung bei strahlendem Sonnenschein statt.



Ein bisschen Aberglauben gehört dazu, die letzte Niete in einer Stahlkonstruktion ist aus Gold und normalerweise nicht sichtbar. Anders beim Gasometer.

Berührt man sie, ist man sich des künftigen Glücks sicher. Ein weiterer Grund für einen Besuch auf dem Campus. Mit der Eröffnung endet die Geschichtsschreibung nicht, hunderte neuer Gäste haben sich angesagt und ebenso viele Veranstaltungen sind geplant. Es geht also weiter.

Ed Koch

02) Der SPD ist nichts peinlich. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 625-29

25. Mai 2024

49. Jahrgang

Der SPD ist nichts peinlich



Nun sind **Nicola Böcker-Giannini** und **Martin Hikel** auch offiziell die neuen Landesvorsitzenden der SPD. Böcker-Giannini erhielt 67,56 Prozent der Parteitage delegierten Stimmen, Hikel 65,5 Prozent. Das ist immerhin ein Hauch besser als **Michael Müller** bei seiner Wiederwahl 2018 erhielt, nämlich 64,9 Prozent, es ist aber genauso peinlich, nicht so sehr für die Kandidaten als vielmehr für die Partei, die nichts begriffen hat und nichts begreift. Das soll ein Neuanfang sein, der Geschlossenheit demonstriert?

Besonders schlau war es, dass die neuen Parteichefs kurz vor ihrer Wahl der **B.Z.** ein paar Wahrheiten aus ihrer Sicht erzählten. *„Die Partei braucht einen vernünftigen Aufbau, weil wir inhaltlich ziemlich tot sind. Uns geht es darum, sie wiederzubeleben. Wir müssen unbequeme Diskussionen führen, die wir bisher gemieden haben.“* Hikel ergänzt: *„Jetzt müssen die Senatsmitglieder der SPD liefern, sonst steht wieder das Thema Transferliste an.“* Bei aller angebrachten und notwendigen Kritik an der Berliner SPD, kann ich mich der Einschätzung der beiden nicht anschließen, dass die Partei *„inhaltslich ziemlich tot“* sei. Ich hätte nach dieser Aussage die beiden auch nicht gewählt. Hikel und Böcker-Giannini sind innerparteilich schon erledigt, bevor sie richtig angefangen haben.

In **rbb24** wird der neue Parteichef wie folgt zitiert: *„Hikel sieht ‚Übermaß an Selbstgefälligkeit‘. Er sagte, es müsse Schluss sein mit ‚innerparteilichen Beschimpfungen, Lästereien und einem Übermaß an Selbstgefälligkeit‘. Die SPD müsse sich wieder auf das Wesentliche konzentrieren. ‚Denn es geht bei all dem, was wir hier machen, nicht nur um unsere SPD, es geht um diese Stadt, um unser Land, um die Menschen, für die wir Verantwortung tragen.‘ ‚Lasst uns in den kommenden Jahren solidarisch sein und*

zusammenhalten. Schaffen wir das nicht, droht die Berliner SPD für lange Zeit ins Abseits zu geraten“, sagte die früher Sport-Staatssekretärin Böcker-Giannini am Samstag auf einem Parteitag. Fehlte nur noch die Ergänzung, „und lasst uns auferstehen von den Toten!“



Für die scheidenden Landesvorsitzenden **Raed Saleh** und **Franziska Giffey** gab es kleine Abschiedsgeschenke, ein Brandenburger Tor als Briefbeschwerer fürs Büro.



Den Altvorderen der Partei sieht man die Begeisterung an; v.l.n.r.: Bausenator **Christian Gaebler**, Ex-Parlamentspräsident **Ralf Wieland**, der frühere Regierende Bürgermeister und Parlamentspräsident **Walter Momper** und der ehemalige Parteichef und Bausenator **Peter Strieder**. *Fotos: Andreas Dorfmann*

Böcker-Giannini: *„Wir beide haben richtig Lust, gemeinsam mit euch die SPD in die Zukunft zu führen.“* Hikel gab das Ziel für die nächsten Wahlen vor: *„2026 soll das Rote Rathaus auch innen wieder rot werden“,* sagte der Neuköllner Bürgermeister, *„dafür kämpfen wir“.* *Quelle: Berliner Morgenpost*

Wie sagte schon der Philosoph **Frank Lüdecke?**
„Träumt weiter!“
Ed Koch

1



Wahlergebnis im Einzelnen:

Nicola Böcker-Giannini: 177 Stimmen (67,56 %)

Abgegebene Stimme: 262

Davon gültige Stimmen: 262

Martin Hikel: 171 Stimmen (65,52 %)

Abgegebene Stimme: 262

Davon gültige Stimmen: 261

Neben den beiden Landesvorsitzenden Nicola Böcker-Giannini und Martin Hikel gehören dem geschäftsführenden Landesvorstand der Berliner SPD vier stellvertretende Landesvorsitzende sowie der Landeskassierer an. Auf dem heutigen Landespartei-tag wurden gewählt:

Stellvertretende Landesvorsitzende:

Cansel Kızıltepe

Mathias Schulz

Sinem Taşan-Funke

Rona Tietje

Landeskassierer:

Fabian Fischer

03) Doppelspitze, ja aber



paperpress

seit 1976



Nr. 625-24

21. Mai 2024

49. Jahrgang

Doppelspitze, ja aber

„Showdown mit Saleh“ titelte heute Morgen der **Tagesspiegel** Newsletter **Checkpoint**. „Für die Berliner SPD hat eine schicksalsschwere Woche begonnen.“, heißt es weiter. Heute fand die Wahl des Fraktionsvorstands statt und am Samstag sollen die beiden neuen Landesvorsitzenden beim Parteitag offiziell bestätigt werden.

Im ersten Teil des Dramas wurde **Raed Saleh** heute Nachmittag mit 25 Stimmen wiedergewählt, sein Gegenkandidat **Matthias Kollatz** erhielt acht Stimmen. Der Parlamentarische Geschäftsführer **Torsten Schneider** hatte zwar eine Satzungsänderung mit Doppelspitze empfohlen, der auch mehrheitlich angenommen wurde, aber erst bei der nächsten Wahl in zwei Jahren gelten soll. Nur zehn Abgeordnete stimmten für eine Doppelspitze ab heute. *Quelle: rbb24*

In der Fraktion hat sich **Raed Saleh** als Allein-Chef durchgesetzt, mal wieder, wie seit 2011. Am Pfingstsonntag schrieb noch die **Berliner Zeitung**, „Jetzt wird's richtig eng für Raed Saleh“, in der Fraktion drohe ein Aufstand. Das Ergebnis ist alles andere als eng und einen Aufstand gab es auch nicht.

Dass Saleh seine Wahl nicht nur vorgezogen, sondern sich auch durchgesetzt hat, stößt auf Kritik. „Das ist genau der Stil, den viele Mitglieder dieser Partei nicht mehr wollen“, sagte der im Rennen um den Landesvorsitz unterlegene **Kian Niroomand** im Gespräch mit der **Berliner Zeitung** und schob nach: „Es ist natürlich Sache der Fraktion. Aber ich appelliere auch in Richtung der Fraktion: Das klare Votum aus der Partei für einen Neustart sollte auch dort nicht ignoriert werden.“ Der Appel verhallte, Saleh zeigte sich als beratungsresistent. Da half auch nicht der Hinweis des designierten Parteichefs **Martin Hikel**, „Ich würde eine Strukturveränderung in der Fraktion gut finden.“

Anstatt gleich eine Doppelspitze in der Fraktion zu installieren, wird jetzt erst einmal „eine Arbeitsgruppe zur verbesserten Erreichung der Geschlechterparität eingerichtet.“ In einem Jahr „könnten dann Vorschläge vorgelegt werden.“ Für Hikel ist das nicht mehr als eine Hinhaltenaktik. Der Tempelhof-Schöneberger Abgeordnete **Lars Rauchfuß** drückt das gegenüber der **Berliner Zeitung** schärfer aus: „Die Arbeitsgruppe hält er für eine Mischung aus ‚Publikumsverachtung und intellektueller Beleidigung‘“. Dem **Tagesspiegel** gegenüber sagte **Martin Hikel** auf die Frage, „Würde es Ihre Position als Landesvor-

sitzende und die SPD in der Koalition nicht schwächen, falls keiner von Ihnen in der Regierung sitzt?“ Hikel: „Die Partei gibt so oder so den Rahmen vor, in dem die Senatsmitglieder und Abgeordneten arbeiten.“ Wie heißt nochmal das neue Kabarettprogramm von **Frank Lüdecke**? „Träumt weiter!“

Zweifelsohne ist **Raed Saleh** ein kluger Kopf und großer Stratege. Sein Nachteil ist jedoch, nicht akzeptieren zu wollen, dass er weder in der Partei noch in der Bevölkerung mehrheitsfähig ist, um eines Tages Regierender Bürgermeister zu werden, was sein Traumziel bleibt. Er hat sich bei der Abstimmung gegen **Michael Müller** eine blutige Nase geholt und jetzt erneut bei einer Mitgliederbefragung. Der **Tagesspiegel** verspottet ihn als „Mister 15 Prozent!“

Seit 1951 hatte die SPD-Fraktion 14 Vorsitzende. Durchschnittliche Verweildauer in diesem Amt sind 5,4 Jahre, **Klaus Riebschläger** und **Alexander Longolius** waren es nur wenige Monate. Spitzenreiter sind der erste Vorsitzende **Franz Neumann** mit neun Jahren, **Alexander Voelker** mit 15 Jahren, **Michael Müller** mit zehn Jahren und **Raed Saleh** seit 13 Jahren. Politische Ämter sind „Macht“ auf Zeit. Irgendetwas muss daran so toll sein, dass man sie nicht abgeben kann. Das Schicksal der SPD wird letztlich aber nicht von ihren Vorsitzenden abhängen.

Die Partei-Doppelspitze **Nicola Böcker-Giannini** und **Martin Hikel**, die dem so genannten „rechten Lager“ zugerechnet werden, brauchen am Samstag ein deutliches Ergebnis als Zeichen, dass es die gesamte Partei mit dem Neuanfang ernst meint, auch der mehrheitlich „links gestrickte“ Parteitag. Schon bei anderen Mitgliederbefragungen hat sich gezeigt, dass sich Basis und Delegierte nicht auf derselben Wellenlänge befinden. So wäre ohne Mitgliedervotum **Michael Müller** niemals Regierender Bürgermeister geworden, die Delegierten hätten sich vermutlich für **Jan Stöß** ausgesprochen, aber nicht für **Raed Saleh**. Fraktion und Parteitag sind nicht kompatibel, und beide nicht mit der Basis. Das ist wahrlich eine schwierige Ausgangslage.

Elmar Schütze geht in der **Berliner Zeitung** der Frage nach, „...was bedeutet in der Berliner SPD ‚zusammen‘?“ Nach dem Erfolg bei der Mitgliederbefragung feierten Hikel und Böcker-Giannini im „Vereinsheim eines Fußballclubs in Gesundbrunnen“, berichtet die **Berliner Zeitung**. Eingeladen waren auch alle 34 Mitglieder der Abgeordnetenhausfraktion. „Gekommen sind etwa ein halbes Dutzend.“, berichtet die **Berliner Zeitung**. Das ist kein gutes Zeichen.

1

04) Strömungen. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 625-26

23. Mai 2024

49. Jahrgang

Strömungen

Eigentlich könnten wir diesen Artikel auch „Die Große Illusion 2. Teil“ nennen. Diesmal geht es nicht um die Illusion, dass wir ohne verteidigungsfähige Armee im Ernstfall nicht überleben könnten, sondern um die irri-ge Illusion, dass die Berliner SPD zu einer Gemein-samkeit findet. Schon vor der Wiederwahl von **Raed Saleh** wurde angekündigt, dass sich eine Strömung in der Fraktion gründen werde. Nachdem die Doppel-spitze auf 2026 verschoben wurde, haben jene acht Abgeordneten, die nicht für Saleh, sondern für **Matthias Kollatz** stimmten, eine Fraktion in der Fraktion gegründet.

In einem Schreiben an die „Lieben Genossinnen und Genossen“ der Fraktion, das zeitgleich auch die Me-dien erhielten, heißt es:

„Als Ergebnis der gestrigen Sitzung und der zurück-liegenden Wochen möchten wir einen grundlegenden Blick auf die Zukunft unserer Fraktionsarbeit werfen und über die anstehende Gründung einer Strömung informieren.“

*Unser Name ‚links und frei‘ ist inspiriert von der Au-tobiografie **Willy Brandts**, aber auch ein program-matischer Hinweis. Die Strömung versteht sich als links, frei und sozial-ökologisch. Wir möchten über weitere Schritte gemeinsam beraten. Herzlich einge-laden sind Mitglieder der Fraktion, die mit uns ge-meinsam die Regierungs- und Fraktionsarbeit kri-tisch konstruktiv begleiten möchten, Meinungsviel-falt als einen Mehrwert für politische Diskurse ver-standen und den Anspruch teilen, dass die Glaubhaf-tigkeit unseres Handelns von der Partei, ihren Statu-ten und Beschlüssen getragen wird.“*

Ander als der **Tagesspiegel Checkpoint** berichtet, endet das Schreiben nicht mit „Liebe Grüße von...“, sondern mit „solidarischen Grüßen“, **Matthias Kol-latz, Maja Lasić, Tamara Lüdke, Martin Matz, Wiebke Neumann, Lars Rauchfuß, Mathias Schulz, Linda Vierecke**.

Die Strömung trifft sich heute Abend zu ihrer ersten Sitzung im Abgeordnetenhaus. Ob mehr als die acht Unterzeichner teilnehmen werden, wird sich zeigen.

Erinnern Sie sich noch an den „Offenen Brief“ vom 8. November 2017, in dem **Rad Saleh** heftig kritisiert wurde. Wir haben Ihnen diesen als Anhang beige-fügt. Damals unterzeichneten ihn 14 Abgeordnete. Wenn wir uns nicht vertan haben, sind zehn der Un-terzeichner heute nicht mehr Mitglieder des Abge-

ordnetenhauses, aus unterschiedlichen Gründen, teils gingen sie freiwillig, teils wurde ein wenig, auf zulässigem demokratischen Wege, nachgeholfen. Noch dabei sind **Maja Lasić**, die auch den neuen Brief unterschrieben hat und als Kandidatin für den Vorsitz in einer Doppelspitze gilt, **Ina Czyborra**, heute Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege, **Tino Schopf**, war von 2021 bis 2023 Staats-sekretär in der Berliner Senatsverwaltung für Wirt-schaft, Energie und Betriebe, und **Melanie Kühne-mann-Grunow**, heute stellvertretende Fraktions-vorsitzende.

Es gibt offenbar zwei Möglichkeiten, wenn man **Raed Saleh** kritisiert, entweder geht die politische Karri-ere bald zu Ende, oder es steht eine Beförderung ins Haus.

Heute sollten wir aber den Geburtstag unseres Grundgesetzes feiern. Wenn Sie Zeit haben, schauen Sie ab 11:45 Uhr auf Phoenix dem Staatsakt zu. Vom 24. bis zum 26. Mai 2024 wird in Berlin das Grund-gesetz und damit die Gründung der Bundesrepublik Deutschland gefeiert.

Auch interessant, ab 15:00 Uhr bei Phoenix eine Dis-kussionsrunde der Spitzenkandidaten für die Wahl zum Europäischen Parlament am 9. Juni.

Ed Koch

05) Größter Vorsitzender aller Zeiten. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 625-20

18. Mai 2024

49. Jahrgang

Größter Vorsitzender aller Zeiten

Neukölln ist etwas ganz Besonderes, zum Glück aber nicht, wie einst von Bürgermeister **Heinz Buschkowsky** behauptet, überall. Aus der Bezirksbürgermeisterin **Franziska Giffey** wurde die Bundesjugendministerin, Regierende Bürgermeisterin und aktuell Wirtschaftssenatorin. Ihr Nachfolger **Martin Hikel** wird nun SPD-Vorsitzender in Berlin, und wer weiß, wie es auf der Karriereleiter weiter geht.



Foto: Johannes Jost



Apropos Leiter. Es war eine schlaue Idee von Fotograf **Johannes Jost**, die künftige Co-Vorsitzende **Nicola Böcker-Giannini** auf eine Leiter zu stellen, um den Höhenunterschied zum 189 Zentimeter großen **Martin Hikel** zu kaschieren. Der Abstand zu den beiden Konkurrenten **Jana Bertels** und **Kian Niroomand** beträgt 1.564 Stimmen bzw. 16,9

Prozent. Das ist ein deutliches Ergebnis.

Am 25. Mai findet ein Landesparteitag statt, auf dem die neuen Vorsitzenden formell gewählt werden müssen. Interessant dürfte das Ergebnis sein, denn, soweit wir wissen, können nicht beide, wie bei der Mitgliederbefragung, im Paket gewählt werden, sondern jede/r einzeln. Das Ergebnis dürfte Aufschluss darüber geben, wie geschlossen der mehrheitlich links gestrickte Landesparteitag hinter den neuen Chef steht.

Der Parteitag beginnt mit der Begrüßung durch die Berliner EU-Spitzenkandidatin **Gaby Bischoff** und einem Grußwortes des Spitzenkandidaten der

Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) für die Europawahl, **Nicolas Schmit**. Der Luxemburger Schmit, seit 2019 Mitglied der EU-Kommission, tritt gegen seine Präsidentin **Ursula von der Leyen** an, Spitzenkandidatin der Europäischen Volkspartei (EVP), zu der auch CDU und CSU gehören und dessen Fraktionsvorsitzender der Niederbayer **Manfred Weber** ist. 2019 war Weber Spitzenkandidat, gewann zwar die Wahl, aber der französische Präsident **Emmanuel Macron** zog die Blondine aus Niedersachsen dem Mann aus Bayern vor, und setzte sich damit durch. Das Parlament schäumte, ließ es aber mit sich geschehen.



Auch ein netter Versuch, die beiden neuen Parteichefs auf Augenhöhe zu bringen. Fotos: Andreas Dorfmann

Nach den Grußworten sprechen die scheidenden Vorsitzenden **Raed Saleh** und **Franziska Giffey**. Bisher sind die Ex-Vorsitzenden mit lustigen Geschenken bedacht worden. Als **Jan Stöß** 2016 den Vorsitz an seinen Vorgänger **Michael Müller** abgeben musste, gegen den er 2013 gewann, bekam er einen Lastenanhänger für sein Fahrrad geschenkt. Welche Botschaft mag da dringesteckt haben.

Wenn alle Reden gehalten sind, haben die Parteitage delegierten am 25. Mai viel zu wählen. Die beiden Vorsitzenden, vier Stellvertreter, einen Landeskassierer und zwischen acht und zwölf Beisitzer. Die Zusammensetzung des Vorstands wird die eigentlich spannende Frage sein, wieviel rechts, wie viel links und wie viele dazwischen.

„Wir streben einen ‚inhaltlichen, kulturellen und personellen‘ Neustart der SPD an, sagte **Nicola Böcker-Giannini** heute für das Gewinnerteam. Inhaltlich gehe es nun darum, die Realitäten der Stadt



abzubilden. Die SPD müsse ihre Standpunkte an die breite Mitte der Gesellschaft adressieren. Dann habe man eine reale Chance, die SPD aus dem historischen Umfragetief zu führen." *Berliner Morgenpost*

„Es sei ein ‚starkes Mitgliedervotum‘, sagte Martin Hikel. ‚Dieses Ergebnis muss sich bei allen künftigen Entscheidungen widerspiegeln, sowohl bei personellen als auch inhaltlichen.‘ Das Ergebnis müsse nun in praktische Politik münden. Es brauche ein gemeinsames Angebot, das von allen in der Partei getragen werde – auch von jenen, die sich bei der Abstimmung anders entschieden haben, sagte Hikel.“ *Tagesspiegel*

„Im Anschluss an die Verkündung der Abstimmungsergebnisse waren sich die Politiker einig, man müsse nun zusammenarbeiten. Niroomand und Giffey sagten, das Zeichen der Erneuerung sollte sich auch bei der Abstimmung am Dienstag bemerkbar machen. Dann wählt die SPD einen neuen Fraktionsvorsitz. Niroomand fügte hinzu: ‚Das klare Votum in der Partei für einen Neustart darf nicht ignoriert werden.‘ Bisher war Saleh stets alleiniger Fraktionschef. Bei der Sitzung am Dienstag wollen sich Kritiker jedoch dafür starkmachen, dass die Satzung Richtung Doppelspitze bestehend aus einem Mann und einer Frau geändert wird.“ *Berliner Zeitung*

„Hikel und Böcker-Giannini werden innerhalb der SPD dem konservativ-pragmatischen Parteiflügel zugerechnet, während Niroomand und Bertels als Parteilinke gelten. Inwieweit mit der Entscheidung über die neuen Vorsitzenden auch eine inhaltliche Neuausrichtung verbunden ist, wird sich frühestens auf dem Parteitag in einer Woche entscheiden. Neben der Doppelspitze werden auch die anderen Ämter im Landesvorstand neu besetzt.“ *rbb24*

Martin Hikel (*30. April 1986 in Friedrichshain). Er ist seit dem 21. März 2018 Bezirksbürgermeister von Neukölln. Zuvor war er von 2016 bis 2018 SPD-Fraktionsvorsitzender in der Bezirksverordnetenversammlung von Neukölln. 2005 Abitur an der Albert-Einstein-Oberschule in Britz (Bezirk Neukölln), anschließend Zivildienst in einem Wohnheim für geistig behinderte Menschen. 2006 begann Hikel an der Freien Universität Berlin ein Studium der Politikwissenschaften und der Mathematik auf Lehramt, das er 2013 mit dem akademischen Grad Master of Education abschloss.

Nach einer Tätigkeit als pädagogischer Mitarbeiter im Anton-Schmaus-Haus, einer Kinder- und Jugendeinrichtung der SJD – Die Falken in Britz, absolvierte Hikel von 2014 bis 2016 ein Lehramtsreferendariat an einer Berliner Schule. Anschließend war er bis zu seiner Wahl zum Bezirksbürgermeister im März 2018 Politik- und Mathematiklehrer an der John-F.-Kennedy-Schule in Berlin-Zehlendorf.

Hikel trat 2005 in die SPD ein und ist seit 2008 Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der SPD-Abteilung Rudow. Zwischen 2009 und 2013 war er Vorsitzender des Jungsozialisten-Kreisverbands Neukölln. Bei den Berliner Wahlen 2011 wurde Hikel in die Bezirksverordnetenversammlung von Berlin-Neukölln gewählt, wo er Mitglied in den Ausschüssen Verkehr und Tiefbau, Verwaltung und Gleichstellung sowie Jugendhilfe wurde.

2016 wählte ihn die SPD-Fraktion der Bezirksverordnetenversammlung zum neuen Fraktionsvorsitzenden. Bei den Berliner Wahlen 2016 kandidierte Hikel im Wahlkreis Neukölln 7 auch für das Abgeordnetenhaus von Berlin, verpasste jedoch den Einzug. Nachdem die bisherige Bezirksbürgermeisterin **Franziska Giffey** als neue Bundesfamilienministerin in die Bundesregierung gewechselt war, schlug die SPD-Fraktion Hikel am 16. März 2018 offiziell als Nachfolger vor.

Am 21. März 2018 wählte ihn die Bezirksverordnetenversammlung von Berlin-Neukölln mit den Stimmen der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen mit breiter Mehrheit zum neuen Bezirksbürgermeister. Er war bei seinem Amtsantritt der jüngste Bürgermeister in Berlin. *Quelle: Wikipedia*

Nicola Böcker-Giannini (*1975 in Ratingen) studierte Sportwissenschaften und promovierte an der Universität zu Köln im Fach Heilpädagogik und Rehabilitationswissenschaften. Sie arbeitet als selbstständige Bildungsberaterin.

1998 trat Böcker-Giannini der SPD bei. Im Folgejahr wurde sie Vorsitzende der Jusos in Hürth. Nach ihrem Umzug nach Berlin war sie von 2011 bis 2016 Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung von Neukölln. Bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin 2016 kandidierte sie zunächst erfolglos für das Direktmandat im Wahlkreis Neukölln 1. Sie erreichte 22,2 % der Stimmen und unterlag **Anja Kofbinger** von Bündnis 90/Die Grünen.

Nach dem Mandatsverzicht von **Karin Korte** infolge ihrer Wahl in das Neuköllner Bezirksamt rückte Böcker-Giannini am 6. März 2018 über die Bezirksliste ins Parlament nach. Bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin 2021 bewarb sich Böcker-Giannini vergeblich um das Direktmandat im Wahlkreis Reinickendorf 3. Auch über die Bezirksliste der SPD Reinickendorf verfehlte sie den Wiedereinzug und schied am 4. November 2021 aus dem Abgeordnetenhaus aus.

Im Dezember 2021 wurde sie zur Staatssekretärin für Sport in der Berliner Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport ernannt. Am 17. Oktober 2023 wurde sie in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Ihr folgte **Franziska Becker** nach. *Quelle: Wikipedia*

Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch

06) Jetzt geht's los!!! Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 625-19

18. Mai 2024

49. Jahrgang

Jetzt geht's los!!!

Am 18. April gaben wir eine Prognose über die Mitgliederbefragung der SPD ab: „1. Wahlgang: Bestplatzierte **Jana Bertels** und **Kian Niroomand**, **Nicola Böcker-Giannini** und **Martin Hikel**. **Luise Lehmann** und **Raed Saleh** scheiden aus. Stichwahl: Sieger: **Nicola Böcker-Giannini** und **Martin Hikel**." Genauso ist es gekommen. Das Ergebnis: Bertels/Niroomand: 3.844 Stimmen (41,55%) - Böcker-Giannini/Hikel: 5.408 Stimmen (58,45%). Wahlbeteiligung: 52,46%. Knapp der Hälfte der SPD-Mitglieder ist es also egal, wer den Vorsitz hat.

Für diejenigen, die einigermaßen die Berliner SPD kennen, bedurfte unsere Prognose keiner besonderen hellseherischen Fähigkeit. Jetzt geht's also wieder mal los in der SPD. Wir erinnern uns an diesen berühmten Satz von **Rudolf Scharping**: „Am 13. Juni 1993 lässt die SPD, als erste Partei in Deutschland, ihren Vorsitzenden durch eine Mitgliederbefragung wählen. Neuer SPD-Chef wird **Rudolf Scharping**. Er bekommt mehr Stimmen als seine Konkurrenten **Gerhard Schröder** und **Heidemarie Wieczorek-Zeul**." Wie die Sache weiter- und letztlich ausging, wissen wir.

Ausgerechnet das SPD-Urgestein **Hans-Georg Lorenz** hat sich an der Abstimmung im zweiten Wahlgang nicht beteiligt. Kurz vor der Auszählung der Stimmen begründete er den Genossinnen und Genossen seine Verweigerung.

„85 Prozent derjenigen von Euch, die an der ersten Wahl für ein Führungsduo der Berliner SPD teilnahmen, haben deutlich gemacht, dass das Duo Saleh/Lehmann die Berliner SPD nicht führen soll. Damit ist dasjenige Duo aus dem Wettbewerb ausgeschieden, das eine eigenständige sozialdemokratische Position vertreten hat und eine gewisse Garantie bot, diese auch zu verwirklichen. **Raed Saleh** hat bewiesen, dass er sozialdemokratische Politik betreibt und Fehler der SPD aus früheren Zeiten korrigieren kann, Lehmann hat deutlich gezeigt, dass ihr die Emanzipation Benachteiligter eine tief empfundene Aufgabe ist. Hinter solchen Menschen also stehen 15 Prozent der SPD-Mitglieder!

Die restlichen 85 Prozent Genossinnen und Genossen wollen entweder eine an den Zielen der Grünen orientierte Politik oder wünschen sich eine ‚sozialere und vor allem bessere‘ CDU-Politik. (War das nicht der Slogan der CDU in den letzten Wahlen: Alles gleich, nur besser?) Beide Positionen laufen auf eine

Politik der ‚Mitte‘ hinaus, sind also im Kern bürgerlich. Die Grünen bekennen ihre bürgerliche Position täglich und deutlich. Die Berliner CDU gibt sich in Berlin – durch Teile ihrer Mitgliedschaft gezwungen – proletarisch-volksnah, hat aber – natürlich – keinen Sinn für emanzipatorische Politik und entgleitet leicht in populistische Positionen. Ja, auch ich hatte Zweifel, dass Saleh/Lehmann ihr sozialdemokratisches Profil offensiver darstellen würden als bisher. Sozialdemokratische Positionen durchzusetzen, wenn sie von der ‚Mitte der Gesellschaft‘ nicht akzeptiert werden, ist schwer. Aber die Chance emanzipatorische Politik bekennend zu vertreten, bestand nur bei diesem Duo.

Mir ist angesichts dieser Situation gleichgültig, welches der beiden Duos das Rennen macht. Wenn Bertels/Niroomand gewinnen, wird es mit der SPD schneller bergab gehen als mit Hikel/Böcker-Giannini. Sozialdemokratische Politik können beide Duos nicht, weder theoretisch noch rhetorisch noch praktisch.

Was Hikel in Neukölln macht, ist solides politisches Handwerk. Und auch seine Partnerin beherrscht dieses Metier. Aber, das kann jeder gute CDU-Politiker auch – wobei die Berliner SPD das Glück und die Stadt das Pech hat, dass es die in der Berliner CDU nicht mehr gibt. Bertels/Niroomand sind ohnehin politische Dilettanten.

Angesichts der in der Abstimmung deutlich gewordenen Mehrheiten macht es keinen Sinn, sich einzubilden, eine - zugegeben traditionelle - sozialdemokratische Emanzipationspolitik erfolgreich vertreten zu können. Der Kampf der SPD spielt sich im bürgerlichen Milieu ab – und ist deshalb auch keine Auseinandersetzung zwischen ‚links‘ und ‚rechts‘. Es geht eben nicht um Positionen in der Gesellschaftspolitik, sondern um die digitale Zukunft und den Klimawandel – und die Interessen derjenigen, die nicht der Schicht des Geld- und Bildungsbürgertums angehören, spielen dabei eine Nebenrolle.

Die SPD hat Vorsorge getroffen, dass sich daran auch bei ihr nichts ändert: Ich war mehr als 50 Jahre ununterbrochen Landesparteitagsdelegierter. Ich habe erlebt, wie Parteitage durch die Diskussion ‚gedreht‘ wurden. Das wird unter dem Zeichen der ‚Demokratisierung‘ nicht mehr zugelassen: Gedanken und Positionen, die nicht in zwei Minuten erschöpfend dargestellt werden können, werden ausgespart – eine tiefe Verbeugung an die detailverliebten Geisteszwerg mit ihren meist persönlich geprägten Problemchen. Und natürlich ist die Unmöglichkeit,

1



grundsätzliche gesellschaftliche Probleme zu erörtern, bezwecktes Hauptprodukt.

Das schadet der Heftigkeit der Auseinandersetzungen nicht: „Erst wenn es um unbedeutenden Kleinkram geht, werden Auseinandersetzungen wirklich bitter.“ (Kissinger). Ich lasse mir auch angesichts dieser Hoffnungslosigkeit dennoch nicht nehmen, wengleich unbedeutende Versuche zu unternehmen, der Partei sozialdemokratische Positionen zu offerieren, damit sie zu ihrer Stärke zurückfindet.“

Einleitend stand in der Mail von H.-G. Lorenz an mich: „Lieber Ed, ein Artikel, der Dir vielleicht nicht gefällt!“ Doch, er gefällt mir. Das, was ich über die Kandidaten im zweiten Wahlgang wusste, und über das Siegerpaar weiß, löst bei mir keine Begeisterung aus. Das neue Vorsitzendenpaar wird es bei den überwiegend links gestrickten Parteitagsdelegierten allerdings sehr schwer haben, ihre Projekte durchzusetzen.

Ob **Raed Saleh** der richtige Vorsitzende ist und wäre, glaube ich nicht. Inhaltlich trifft alles zu, was Lorenz über Saleh schreibt. Das ist aber nur die eine Seite der Medaille. Sehr lange, und das ist die andere Seite, habe ich seine innerparteilichen Trickereien beobachtet und mich immer wieder darüber aufregen müssen, wie er mit Parteifreunden umgeht, die nicht auf seiner Linie sind. Außerdem ist Saleh, das muss auch Lorenz nach mehreren Niederlagen zur Kenntnis nehmen, nicht mehrheitsfähig, nicht in der Partei und erst recht nicht bei den Wählerinnen und Wählern. Den prozentualen Absturz der SPD in Berlin seit 2011 hat auch Saleh in vorderster Linie zu verantworten. Wowerait, Müller und Giffey haben ihre Konsequenzen gezogen. Saleh ist dazu nicht, noch nicht bereit, ganz im Gegenteil.

Die **Berliner Morgenpost** berichtete, dass sich Saleh bereits am kommenden Dienstag, dem 21. Mai, im Amt des Fraktionsvorsitzenden bestätigen lassen will. Ursprünglich war das im Juni geplant, also nach dem Landesparteitag am 25. Mai, auf dem das neue Vorsitzenden-Duo offiziell gewählt werden soll. „Nicola Böcker-Giannini und Martin Hikel kritisieren das Vorgehen offen.“, berichtet der **Tagesspiegel**. „Es stelle sich die Frage, ob der Zeitpunkt für die Wahl so klug ist“, erklärten beide.

„Darüber hinaus machten Böcker-Giannini und Hikel deutlich, dass eine Wiederwahl zum Fraktionschef nur dann erfolgen sollte, wenn Saleh künftig eine Partnerin zur Seite gestellt wird. Es ist kein Geheimnis, dass wir – nicht zuletzt aus

gleichstellungspolitischen Gründen – eine Doppelspitze auch für die Fraktion richtig finden. Ob die Fraktion das auch so sieht, müssen die Fraktionsmitglieder entscheiden.“

„Nach Tagesspiegel-Informationen ist die Einführung einer Doppelspitze zumindest zunächst nicht geplant.“ Unabhängig davon, wer die Fraktion demnächst anführen wird, vertritt der Autor dieses Beitrages seine mehrfach an dieser Stelle geäußerte „Highlander-Formel“: „Es kann nur eine(n) geben!“ Oft bin ich es leid, bei Pressemitteilungen der Parteien, die über eine Doppelspitze verfügen, immer die Ansichten beider Vorsitzender lesen zu müssen. Das fand ich schon bei Saleh/Giffey anstrengend. Warum Saleh die Wahl des Fraktionsvorsitzenden vorziehen will, bleibt wohl sein Geheimnis. Klug ist es wirklich nicht, weil selbst bei „vielen Mitgliedern des linken Parteiflügels ... Saleh mittlerweile jeden Rückhalt verloren“ hat, weiß der **Tagesspiegel** zu berichten.

Die **Berliner Morgenpost** meldet heute: „In der Sitzung des erweiterten Fraktionsvorstandes am Dienstag wurde von der Lichtenberger Kreisvorsitzenden **Tamara Lüdke** ein Antrag eingereicht, der mit sofortiger Wirkung eine Satzungsänderung in Richtung Doppelspitze bedeutet hätte. Doch einzig die Antragstellerin selbst stimmte demnach für ihren Antrag.“

Das beste Mittel, um ein unliebsames Thema abzuräumen, ist die alte Formel, „wenn niemand mehr weiterweiß, gründen wir einen Arbeitskreis.“ Und so hat der Fraktionsvorstand „einstimmig entschieden, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die sich um das Thema Parität kümmern soll. Bis Sommer 2025 sollen Vorschläge erarbeitet werden, wie mehr Geschlechtergleichheit innerhalb der Fraktion hergestellt werden kann.“ So etwas nennt man in Fachkreisen eine Beisetzung erster Klasse.

Saleh hat die Mehrheit der Fraktion hinter sich und wird mit ziemlicher Sicherheit wieder zum alleinigen Chef gewählt. Bei der grundsätzlichen Frage, wer der richtige Parteichef oder die richtige Parteichefin oder der oder die richtige Fraktionsvorsitzende sein sollte, fielen mir schon ein paar Namen ein. Diejenigen, die ich meine, kennen ihr Potenzial. Was noch fehlt, ist das nötige Selbstvertrauen, oder, um es in meinen Worten zu sagen, den entsprechend großen Arsch in der Hose.

Ed Koch

07) Holz, Ziegel, Lehm



paperpress

seit 1976

Nr. 625-18

18. Mai 2024

49. Jahrgang



Holz, Ziegel, Lehm

Am 15. Mai 2024 erhielt das kommunale Wohnungsbaunternehmen **STADT UND LAND** den Klimaschutzpartner-Preis „Projekte öffentlicher Einrichtungen“ für ihr nachhaltiges „Holz Ziegel Lehm-Pilotprojekt Nachhaltiger Geschosswohnungsbau Berlin“.



v.l.n.r.: Frank Hadamczik (STADT UND LAND, Leiter Unternehmenskommunikation), Jan Schreiber (ZRS), Alexander Stolzenberg (STADT UND LAND, Bereichsleiter Technik) und Britta Behrendt, Staatssekretärin für Klimaschutz und Umwelt in der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt. Foto: Ines Hasenau-IRK

Die Preisverleihung fand im Rahmen der Berliner Energietage statt und wurde von den Klimaschutzpartnern Berlin, einem Bündnis aus neun Kammern und Verbänden, verliehen.

Das Projekt „Holz, Ziegel, Lehm“, das die STADT UND LAND Wohnbauten-Gesellschaft mbH seit 2022 in Alt-Britz realisiert, zählt zu den innovativsten Bauvorhaben des städtischen Wohnungsbaunternehmens. Gemeinsam mit dem Generalplanungsteam von ZRS-Architekten und Bruno Fioretti Marquez errichtet die STADT UND LAND zwei Gebäude, deren Ausrichtungen, Grundrisse, Gestalt und Geschossigkeit gleich sind – einmal in Ziegel-Holzbaweise und einmal als Holz-Lehm-Bau. Fotos Projektbilder: Arge ZRS Architekten GvA mbH und Bruno Fioretti Marquez GmbH



Die verschiedenen Bauweisen Holz-Lehm- und monolithische Ziegel-Bauweise sollen unter Reallabor-Bedingungen verglichen werden. Ziel ist es, die CO₂-

Emissionen, um mindestens 50 Prozent durch den Einsatz nachwachsender Rohstoffe in der Gebäudehülle zu reduzieren und die ökologische Bilanz der beiden Bauweisen untereinander, aber auch mit der herkömmlichen Standardbauweise in der Nachbarschaft vergleichen zu können.



Staatssekretärin **Britta Behrendt**: „Das Preisträgerprojekt unterstützt in vorbildhafter Weise den von Berlin beschrittenen Weg zur Klimaneutralität, Ressourcenschonung und Kreislaufwirtschaft. Es zeigt, dass sich die Berliner Landeswohnbaugesellschaften nicht nur ihrer sozialen Verantwortung bewusst, sondern auch gewillt sind, ihren Beitrag zum Klimaschutz und Umweltschutz zu leisten. So gehen sie als Vorreiter im klimagerechten und nachhaltigen Bauen voran. Und ganz nebenbei unterstützen sie die zukunftsfähige Ausbildung künftiger Architekten an den Hochschulen.“

Ingo Malter, Geschäftsführer der STADT UND LAND: „Angesichts immer knapper werdender Ressourcen wollen wir mit dem Vorhaben Antworten finden: Welche materiellen Ressourcen führen zu einer weiteren signifikanten CO₂-Einsparung? Wieviel CO₂ kann durch die Verwendung von ökologischen Baustoffen wie Holz, Zellulose und Recycling-Material im Vergleich zu konventionellen Materialien eingespart werden? Kann ein ökologisch vorteilhafter Geschosswohnungsbau auch wirtschaftlich konkurrenzfähig sein? Lohnen sich höhere Baukosten langfristig gesehen ökologisch wie wirtschaftlich? Wir freuen uns deshalb sehr, dass die Anstrengungen und Aktivitäten der STADT UND LAND erneut mit dem Klimaschutzpreis ausgezeichnet wurden.“

Die beiden Gebäude fügen sich städtebaulich in die Umgebung ein. Sie verfügen über 36 Mietwohnun-



gen, 18 davon sind barrierefrei und sechs werden für die Vermietung an Inhaber eines Wohnberechtigungsscheins gefördert. Baustart war im September 2023, mit dem Hochbau wurde Anfang des Jahres 2024 begonnen. Das hintere Haus auf dem Grundstück wird klassisch gemauert, während das vordere Haus als Holzbau errichtet und in großen Teilen in der Werkstatt vorgefertigt wird. Anschließend werden die Holzelemente auf die Baustelle geliefert und vor Ort zusammengesetzt. Derzeit geht das kommunale Wohnungsbaunehmen von einer Fertigstellung des Bauvorhabens voraussichtlich im Verlauf des 2. Quartals 2025 aus.

Unterstützt wird das Projekt durch die Berliner Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz und durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt. **Prof. Elisabeth Endres** vom Institut für Bauklimatik und Energie der Architektur an der TU Braunschweig, **Prof. Eike Roswag-Klinge** vom Natural Building Lab der TU Berlin und **Prof. Piero Bruno** vom Institut Wohnen und Entwerfen der Universität Stuttgart begleiten das Forschungsprojekt wissenschaftlich. Sie beobachten, messen, bewerten und vergleichen die Gebäude bei ihrer Errichtung und ihrem anschließenden Betrieb.

Quelle: Unikat PR GmbH



Renderings: baillinger fehling architekten

Am südlichen Stadtrand Berlins, im Bezirk Neukölln, entsteht auf den ehemaligen Buckower Feldern ein attraktives, lebendiges Stadtquartier mit rund 900 Wohnungen, einem Ärztehaus, einer Kita und Jugendfreizeiteinrichtung sowie einer Mobilitätsstation. Die ersten 270 Wohnungen werden voraussichtlich vom 01.07.2024 bis zum 01.10.2024 bezugsfertig. STADT UND LAND bewirbt diese Wohnungen mit einer Anzeige im **Tagesspiegel**.

https://stadtundland.de/buckowerfelder?mtm_campaign=tagesspiegelbuckowerfelder



08) Besuch aus Israel. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 625-17

17. Mai 2024

49. Jahrgang

Besuch aus Israel

Die nordisraelische Stadt Nahariya, nach der eine Straße und eine Grundschule in Lichtenrade benannt sind, gehört zu den Partnergemeinden des Bezirks Tempelhof-Schöneberg. Sie liegt unweit der libanesischen Grenze und ist zum Glück bislang vom Krieg verschont geblieben. Im Gegensatz zu anderen nordisraelischen Städten wurde Nahariya nicht evakuiert.

Derzeit sind mehr als 200 Jugendliche aus den Partnerkommunen zu Gast im Bezirk. Was alle bei diesem Besuch verbindet, ist der Fußball. „Freundschaft durch Fußball!“ – ist deshalb das Motto des internationalen Jugendturniers, zu dem Bezirksbürgermeister **Jörn Oltmann** Teams aus den 14 Partnerstädten des Bezirks Tempelhof-Schöneberg eingeladen hat. Der erste Anpfiff ertönt am Samstag um 10:00 Uhr auf dem Dominicus-Sportplatz am Priesterweg. Bis 16:45 Uhr finden am Samstag die Gruppen- und am Pfingstsonntag die Finalsplele statt.

Bezirksbürgermeister **Jörn Oltmann**: „Zum ersten Mal haben wir Jugendliche aus allen unseren Partnerstädten zu einem großen Turnier eingeladen. Jede Partnerstadt war eingeladen, mit jeweils einem Mädchen- und einem Jungenteam anzutreten. Wir wollen die gemeinsamen Tage aber auch nutzen, um miteinander ins Gespräch zu kommen, uns kennenzulernen, neue Freundschaften zu schließen und bestehende zu vertiefen.“

Aus zwölf der 14 Partnergemeinden kommen die Jugendlichen, Ahlen (NRW), Amstelveen (Niederlande), Bad Kreuznach, Barnet (London), Koszalin (Polen), Levallois-Perret (Frankreich), Nahariya (Israel), Landkreis Paderborn (NRW), Penzberg (Bayern), Landkreis Teltow-Fläming (Brandenburg), Werra-Meißner-Kreis (Hessen), Wuppertal (NRW), Mezitli-Mersin (Türkei) und Charenton-le-Pont (Paris) konnten keine Fußballer nach Berlin schicken.

Den Abschluss des Turnierwochenendes am Sonntag bildet das zusätzliche Spiel „Tempelhof-Schöneberg gegen Tempelhof-Schöneberg Friends“ zwischen Vertretern aus Politik und Verwaltung Tempelhof-Schönebergs und den offiziellen Gästen aus den Partnerstädten. Für Tempelhof-Schöneberg spielen neben anderen Bezirksbürgermeister **Jörn Oltmann**, **Tobias Dollase**, Bezirksstadtrat für Schule, Sport, Weiterbildung und Kultur, und **Stefan Böltes**, Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung.

Mit Unterstützung des Bezirkssportbundes, des evangelischen Kirchenkreises Tempelhof-Schöne-

berg, des FC Internationale, des TSV Mariendorf, der DLRG Tempelhof sowie des Sportamts, des Ehrenamtsbüros und der Wirtschaftsförderung Tempelhof-Schöneberg wird das Pfingstturnier dazu beitragen, die Zusammenarbeit der Städtepartner zu vertiefen und weiterzuentwickeln.



Ely Oknin, Mirka Schuster, Karin Teichmann, Ronen Marely, Yanif Kriaf, Tal Amogg, v.l.n.r.

Im Rahmen des Besuchs sind auch der Bürgermeister von Nahariya **Ronen Marely**, **Tal Amogg** und **Yanif Kriaf** sowie **Ely Oknin**, der lange Zeit in Berlin lebte, viel für den Jugendaustausch beider Kommunen getan hat und in Schöneberg ein Reisebüro betrieb, zu Gast. Begleitet wurde die Gruppe von **Mirka Schuster**, die im Bezirk für die Partnergemeinden zuständig ist.

Gestern besuchte die Delegation aus Nahariya den **EUREF-Campus** und wurde von der Vorstandssprecherin der EUREF-AG, **Karin Teichmann**, in Empfang genommen.



Die Gäste aus Israel informierten sich bei **ubitricity** über die Landeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge in



Berlin und bei **garamantis** über interaktive Projektionen und immersive Räume. Durch eine Brille schauend, ist man plötzlich in einer anderen Welt beziehungsweise auf einer anderen Ebene. Man steht zwar sicher auf dem Boden, hat aber das Gefühl, auf dem Gasometer zu sein, wo es links und rechts ziemlich weit runtergeht. Eine Herausforderung, die Bürgermeister Marelly nicht ganz geheuer war.



Der reale Blick vom Gasometer war dann schon angenehmer.



Am Ende des Rundgangs begrüßte EUREF-Gründer **Reinhard Müller** Bürgermeister **Ronen Marelly** und die Mitglieder seiner Delegation. Müller wünschte den Gästen aus Israel alles Gute und vor allem, dass der Krieg bald vorüber sein möge und die Geiseln befreit werden können. *Fotos: Ed Koch*

Anmerkungen:

Obwohl es 52 Jahre her ist, dass ich Nahariya besuchte und eine Rundreise durch Israel bis zum ägyptischen Scharm El-Scheich, an der Südspitze Sinais gelegen, das nach dem Sechstagekrieg von 1967 bis 1982 von Israel besetzt war, unternahm, erinnere ich mich gut an dieses blühende Land, eine

Oase in der arabischen Wüste. Was für unglaublich beeindruckende Städte, Jerusalem und Tel Aviv, und dieses Urlaubsparadies Nahariya, wo sich viele deutsche Juden angesiedelt haben.

Nahariya hat viel Freunde in der Welt, in Liberec, Tschechien; Issy-les-Moulineaux, Frankreich; Miami Beach, USA; Delray Beach, Florida, USA; Kecskemét, Bács-Kiskun, Ungarn; und fünf in Deutschland, Alzey, Rheinland-Pfalz; Darmstadt, Hessen; Paderborn und Bielefeld, NRW; und Tempelhof-Schöneberg.

Seit der Gründung des Staates Israel 1948 durch die Vereinten Nationen, gegen den Willen der Palästinenser, gab und gibt es dort immer wieder Kriege. Es ist der Weltgemeinschaft nicht gelungen, das Gebiet zu befrieden. Ob dies gelungen wäre, wenn man auch einen souveränen Staat Palästina gegründet hätte, weiß ich nicht. Die Zwei-Staaten-Lösung ist gegenwärtig weit weg, auch wenn das Projekt immer wieder diskutiert wird.

Wie Israel den Krieg in Gaza führt, womit auch ein Großteil der Bevölkerung nicht einverstanden ist, muss kritisch betrachtet werden können, ohne sich gleich des Antisemitismus-Vorwurfs ausgesetzt zu sehen. Die Zivilbevölkerung wird nicht in dem Maße verschont, wie es erforderlich wäre. Zur Kenntnis nehmen muss man aber auch, dass die Terrororganisation Hamas einen Krieg nicht nur gegen Israel, sondern auch gegen die eigenen Menschen führt. Die Hamas ist keine Befreiungs-, sondern eine Terrororganisation. Das sollten diejenigen, die mit Palästinenserflaggen brüllend durch die Straßen laufen, endlich akzeptieren.

Auch wenn es schon zimal geschrieben und gesagt wurde, der Krieg würde sofort sein Ende finden, wenn die Hamas die Geiseln freiläße. Israels Ziel, die Hamas zu vernichten, wird ebenso wenig gelingen, wie ein Krebsgeschwür zu beseitigen. Dass Israel nach diesem Krieg den Gaza-Streifen nicht wieder der Hamas als Herd immer weiterer Terrorangriffe überlassen kann, sollte jedem klar sein, der sich die Bilder vom 7. Oktober 2023 ins Gedächtnis zurückeruft. Welche Zukunft haben die rund zwei Millionen Palästinenser im Gaza-Streifen? Welche Zukunft die 2,5 Millionen Palästinenser im Westjordanland, wo sie nicht konfliktfrei mit knapp 430.000 jüdischen Siedlern leben.

Wer für dieses Problem eine Lösung findet, dem steht der nächste Friedensnobelpreis zu.

Ed Koch

09) Moralspektakel. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 625-16

16. Mai 2024

49. Jahrgang

Moralspektakel

Meine Kindheit war unbeschwert von moralischen Konflikten, wie sie heute ausgetragen werden. In den Kindertagesstätten wurden wir von „Tanten“ betreut, in den Schulen gab es Lehrer und Schüler, wenn mir meine Eltern eine Freunde bereiten wollten, schenkten sie mir ein paar Negerküsse und am Sonntag blieb auch mal die heimische Küche kalt und wir gingen in ein Restaurant und bestellten Zigeunerschnitzel. Beim Fasching in der Kita verkleideten mich meine Eltern als Cowboy, ein Indianerkostüm wollte niemand tragen, weil man schon frühzeitig wusste, dass diese immer das Nachsehen gegenüber den besser bewaffneten Rinderhirten hatten.

Heute arbeiten in den Kitas Erzieher*innen, in den Schulen sind Schüler*innen und Lehrer*innen tätig, die Kits verspelen Schokoküsse und im Restaurant bestellen wir uns ein Puszta Schnitzel. Übrigens: unbeeindruckt bietet **Ültsje** nach wie vor Studentenfutter an, was heute eigentlich Studierendenfutter heißen müsste. Welche Kostüme Kinder jetzt beim Fasching tragen, weiß ich nicht.

Im Wahlkampf 2021 hatte die damalige Spitzenkandidatin der Grünen, **Bettina Jarasch**, erklärt, dass sie als Kind gern Indianerhäuptling werden wollte. Das löste in ihrer Partei ein „**Moralspektakel**“ aus und empörte viele ihrer Parteindianer, pardon: Parteifreund*innen“. Anstatt Haltung zu zeigen, entschuldigte sie sich für ihre „unreflektierten Kindheits-erinnerungen“. Den Zeit-Redakteur **Ijoma Mangold** stößt dieses „*BuBritual*“ ab und er vergleicht es mit der Selbstkritik „*In sozialistischen Staaten, wo man einräumt, mit seinem Bewusstsein nicht auf der Höhe der Zeit zu sein, aber die Bereitschaft bekunde, an sich zu arbeiten. Von unreflektierten Kindheits-erinnerungen zu sprechen, hält er außerdem für eine ‚merkwürdige Selbstdistanzierung‘*“.

Für den Kabarettisten **Frank Lüdecke** war Jarasch damit als Kandidatin für das Amt der Regierenden Bürgermeisterin untragbar geworden, sagte er gestern Abend in der neuesten Ausgabe der Reihe „*Achtung! Wortwechsel*“ bei den **Stachelschweinen**. Zu Gast war diesmal der Bestsellerautor und Philosoph **Philipp Hübl**. Sein neuestes Buch heißt „*Moralspektakel, wie die richtige Haltung zum Statussymbol wurde und warum das die Welt nicht besser macht.*“ Einen breiten Raum in der rund 90-minütigen Diskussion unter Einbeziehung des Publikums nahm das Thema Gendern ein. Die Welt ist eine andere, aber

nicht bessere geworden, wenn wir ein Puszta Schnitzel essen oder Bürger_innen sagen, eine andere schon.



Frank Lüdecke und Philipp Hübl. Foto: Ed Koch

„*Moral als Show: Wenn es wichtiger ist die richtige Haltung zu zeigen, als sie zu haben - und warum das ein Problem ist. Wir wollen gute Menschen sein, aber das allen anderen auch zeigen. Denn unser moralischer Charakter verschafft uns Anerkennung und Attraktivität. Doch durch den Einfluss der digitalen Medien wird Moral immer mehr zum Statussymbol und die öffentliche Diskussion zu einem Moralspektakel. Mit negativen Folgen, denn die inszenierte Moral führt zu Populismus, Symbolpolitik, verzerrter Forschung und wirkungslosen Maßnahmen gegen Diskriminierung. Statt uns in Schaukämpfen zu profilieren, zeigt uns **Philipp Hübl**, wie wir einer universellen Ethik folgen können, um reale Missstände zu beseitigen – einer Ethik, in der weder autoritäres Denken noch Opfergruppen im Mittelpunkt stehen, sondern der selbstbestimmte Mensch.*“ Quelle: Siedler Verlag

Was hat das Gendern der Mehrheitsgesellschaft, den Frauen (50,7 Prozent weiblich und 49,3 Prozent männlich) gebracht? Außer erwähnt zu werden, wenig. Ersparen wir uns die Liste mit den Ungerechtigkeiten allein im Berufsleben gegenüber Frauen. Über gleichen Lohn für gleiche Arbeit würden sich die Frauen mehr freuen, als mit einem Sternchen bedacht zu werden. (Laut dem Statistischen Bundesamt haben Frauen im Jahr 2023 in Deutschland pro Stunde durchschnittlich 18 Prozent weniger Lohn erhalten als Männer).

Eine Diskussion über Moral, wie sie gestern bei den Stachelschweinen stattfand, kann offen nur in einem demokratischen Staat ausgetragen werden. Wir können darüber streiten, während in Diktaturen von oben herab bestimmt wird, welcher moralischen Staatsdoktrin sich die Bürger unterzuordnen haben. Aber auch bei uns sind viele Mitmenschen unterwegs, die ihre Moral für das Maß aller Dinge halten. Natürlich gibt es moralische Leitplanken. Ob man gläubig ist oder nicht, geben uns die zehn Gebote

1



vor, was wir zu lassen haben, um in einer humanen Welt leben zu können. Höchst problematisch ist es jedoch, wenn Religionen für sich in Anspruch nehmen, die einzig wahre Moral zu vertreten und alle andersdenken Menschen als Ungläubige diffamieren, die es zu bekämpfen gilt, notfalls bis zum Tod.

Immer wieder ist zu hören, dass man bei uns nicht mehr alles sagen kann. Diese Diskussion führe ich mit einem Freund seit Jahren. Den Hinweis, dass das Strafgesetzbuch die Grenze des Sagbaren beschreibt, lässt er nicht gelten. Wenn ein Geschichtslehrer eine verbotene Naziparole verwendet, muss er sich nicht wundern, wenn er vor Gericht zu erscheinen hat. Darüber, was man in diesem Land allerdings sagen und über die asozialen Medien verbreiten kann, könnte **Renate Künast**, die den unglaublichsten Verleumdungen ausgesetzt war und vermutlich ist, lange Vorträge halten. Durch die Meinungsfreiheit sind auch Formulierungen gedeckt, die auszusprechen einem Übelkeit bereitet.

Tatsache ist aber, dass wir in einem der demokratischsten Länder der Welt leben, auch wenn wir im Ranking der Pressefreiheit 2022 nur auf Platz 16 (2021: Platz 13), knapp vor Osttimor und Namibia stehen. Die ersten drei Plätze belegen die skandinavischen Länder Norwegen, Dänemark und Schweden. Die großen Demokratien USA und Großbritannien erreichen nur die Plätze 42 und 24. Wohin es führen kann, wenn systematisch der öffentlich-rechtliche Rundfunk drangsaliert wird, sehen wir in Ungarn (85) und Polen (66). Noch liegen die Niederlande auf Platz 28. Die neue Rechtskoalition hat jedoch schon angekündigt, dem ÖRR Millionenbeträge streichen zu wollen. *Quelle: Reporter ohne Grenzen*



In die Signatur schrieb mir **Philipp Hübl** „als kleiner Ratgeber für entspannte Gespräche“. Ratgeber Ja, ob die Gespräche über Moral immer entspannt verlaufen können, ist eine andere Frage.

Das Buch kostet 26 Euro. Man kann sich schon mal unter dem angegebenen Link in das Buch reinlesen. „Dieses Buch hat zwei Teile. Im ersten geht es um die Frage,

wie das Moralspektakel entstehen konnte, wie es unser Handeln und die Gesellschaft verändert, wie das moralische Statusspiel gespielt wird und warum man moralisches Prestige als Kapital ansehen kann, das man vermehren, investieren, aber auch inflationär

verwenden und fälschen kann. Dieser Teil analysiert die aktuelle Situation und ist daher ein Projekt in deskriptiver Ethik, das anhand der empirischen Forschung beschreibt und erklärt, wie Menschen tatsächlich moralisch handeln.

Der zweite, kritische Teil gehört zum Bereich der normativen Ethik, ist also wertend und nicht nur beschreibend. Darin geht es um die negativen Seiten des Moralspektakels, die Frage, was passiert, wenn man im hohen Ton über Moral redet, statt soziale Konflikte zu lösen und reale Missstände zu bekämpfen. Und zum Schluss folgen acht Vorschläge, was man gegen das Moralspektakel tun kann, um sich für eine universelle Ethik und für echte Gerechtigkeit einzusetzen.“, heißt es in der Beschreibung im Klappentext des Buches.

<https://www.google.de/books/edition/Moralspektakel/0i7hEAAAQBAJ?hl=de&gbpv=1&pg=PT5&printsec=frontcover>

Philipp Hübl ist Philosoph und hat Theoretische Philosophie an der RWTH Aachen, der Humboldt-Universität Berlin und als Juniorprofessor an der Universität Stuttgart gelehrt. Danach war er Gastprofessor für Philosophie und Kulturwissenschaft an der Universität der Künste Berlin. Er ist Autor des Bestsellers »Folge dem weißen Kaninchen« (2012), der Bücher »Der Untergrund des Denkens« (2015), »Bullshit-Resistenz« (2018) und »Die aufgeregte Gesellschaft« (2019) sowie von Beiträgen unter anderem in der Zeit, FAZ, taz, NZZ, Welt, FR, im Standard, Deutschlandradio und Philosophie Magazin. Hübl hat Philosophie und Sprachwissenschaft in Berlin, Berkeley, New York und Oxford studiert.

Die acht Vorschläge, was man gegen das Moralspektakel tun kann, sind wertvolle Ratgeber, deren Überschriften schon verraten, wohin man sich orientieren sollte:

1. Gemeinsamkeiten statt Unterschiede
2. Universalismus statt Relativismus
3. Fakten statt Ideologie
4. Taten statt Symbole
5. Gerechtigkeit statt Identität
6. Diskussionskultur statt Einschüchterungskultur
7. Vernunftmoral statt Moralinstinkt
8. Demokratie statt Spektakel

Im gegenwärtigen, fast unerträglichen Haushaltsstreit der Ampel, wäre es wünschenswert, wenn sich die Protagonisten die Zeit nähmen, das Buch zu lesen; mehr Vernunft, weniger Spektakel.

Ed Koch

10) Versteckte Helden. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 625-12

12. Mai 2024

49. Jahrgang

Versteckte Helden

Natürlich ist es ungerecht, wenn sich historische Ereignisse häufig auf nur eine Person konzentrieren. Den Fall der Mauer haben Millionen Menschen herbeigeführt, wenn aber an den denkwürdigen Tag, den 9. November 1989, erinnert wird, fällt zuerst der Name **Günter Schabowski**. Er war nicht mehr als der Sekretär für Informationswesen des SED-Politbüros und verkündete etwas ungenau die neuen Reisefreiheiten für DDR-Bürger, die „sofort und unverzüglich“ in Kraft träten. Die Mauer war gefallen.

Wenn wir über die Berlin-Blockade reden, deren Ende heute feierlich am Platz der Luftbrücke und im ehemaligen Flughafengebäude Tempelhof begangen wurde, fällt zuerst der Name **Gail Halvorsen**. Er war einer von Hunderten, die die Luftbrücke organisierten und elf Monate lang die gut zwei Millionen West-Berliner am Leben hielt.

Die Luftbrücke war zweifelsohne spektakulär, sorgte aber weltweit für kein anhaltendes Medieninteresse. Was dem Projekt fehlte, war das, was man „*human touch*“ nennt. Nicht kalkuliert und erst recht nicht auf Schlagzeilen schielend, sorgte der US-Pilot **Gail Halvorsen** einen knappen Monat nach Beginn der Luftbrücke, für jene Beigabe, die das Ereignis in der Welt berühmt machte. Die ausgemergelten Berliner Gören standen am Rande des Tempelhofer Feldes und schauten den landenden Flugzeugen zu. Eine persönliche Begegnung zwischen Halvorsen und den Kindern, bei der er ein paar Kaugummis verteilte, brachte ihn auf die Idee, worüber sich die Kids am meisten freuen würden. Süßigkeiten! Und so bastelte er kleine Fallschirme, an denen er Schokolade befestigte und im Landeanflug abwarf. Das war der Beginn der „*Operation Little Vittles*“.

Von da an war **Gail Halvorsen** der „*Candy Pilot*“, den immer mehr Menschen unterstützten. Viele bastelten nun die kleinen Fallschirme, und Schokolade wurde von allen möglichen Seiten gespendet. Halvorsens Verdienst ist es, aus der Luftbrücke mehr als ein Versorgungshuttleprojekt gemacht zu haben. Noch vor **Ernst Reuters** historischer Rede vor dem Reichstag schaute die Welt auf diese Stadt und auf die Kinder, die sich auf Schokolade freuten, die vom Himmel auf sie herabregnete.

Mehr als die meisten anderen Piloten blieb Halvorsen Berlin nach dem Ende der Blockade treu. Von 1970 bis 1974 war er sogar Kommandant des Flughafens Tempelhof. **Mercedes Wild** war ein kleines in

Friedenau lebendes Mädchen, die keine Chance gegen die Jungs hatte, etwas abzubekommen. So schrieb sie an Halvorsen und schilderte ihm ihr Problem. Sie hat nicht damit gerechnet, ein Päckchen mit Süßigkeiten zu bekommen. Aber es kam tatsächlich mit einem freundlichen Anschreiben von Halvorsen. Als sie ihn viele Jahre später persönlich begegnete, zeigte sie ihm seinen Brief.



Foto: Lothar Duclos

Und, wie im Märchen, daraus erwuchs eine jahrzehntelange Freundschaft, die auch nach Halvorsens Tod am 16. Februar 2022 nicht endete.

Heute nun wurde am Ehrenhof im Eingangsbereich des Besucherzentrums eine Gedenktafel enthüllt, die an die geniale Idee von **Gail Halvorsen** erinnert. In den Reden wurden auch alle anderen Piloten würdigend mit einbezogen, vor allem diejenigen, die trotz ihres hohen Alters den weiten Weg nach Berlin auf sich genommen haben, um heute dabei zu sein. Der Regierende Bürgermeister **Kai Wegner** nannte sie Helden, die in Berlin jederzeit willkommen sind.

Die Idee, **Gail Halvorsen** eine besondere Ehre zuteilwerden zu lassen, entstand sofort nach seinem Tod. Ein Gerdanke war, eine Statue an der Einflugschneise zum Flughafen am Tempelhofer Damm aufzustellen. Große Begeisterung löste das bei den zuständigen Stellen im Senat nicht aus. Aber, hier zwei Zitate aus **paperpress** Nr. 600 vom 5. April 2022, die wir der **B.Z.** entnommen hatten: „*Unterstützung gibt es von CDU-Chef Kai Wegner, der sagte: ‚Dieser große Freund Berlins hat eine dauerhafte Ehrung im Stadtbild verdient. Eine lebensgroße Statue am Platz der Luftbrücke wäre ein starkes Zeichen der Dankbarkeit!‘ Und der SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzende Raed Saleh sagte: ‚Damit das Andenken an diesen großen Freund Berlins und seiner Menschen auch für kommende Generationen wachgehalten*

1



wird, halte ich die Errichtung eines Gedenkortes am ehemaligen Flughafen Tempelhof für eine gute und unterstützenswerte Initiative.“



Nun, geworden ist daraus eine „Berliner Gedenktafel“, immerhin, die **Kai Wegner** und **Gail Halvorsens Tochter Denise Williams** heute enthüllten.



Töchter, Söhne und Enkel sind nach Berlin gekommen, um an der Enthüllung der Gedenktafel dabei zu sein, Bildmitte: Mercedes Wild.

Der Autor dieses Beitrages will seine Unzufriedenheit über den Standort der Tafel nicht verhehlen. Wer läuft an dieser Gedenktafel denn schon vorbei? Ein sichtbarer Platz wäre angebracht gewesen, warum nicht am Zugang zum Tempelhofer Feld, der Einflugschneise, wo tausende von Menschen vorbeikommen?

Als jemand, der seit Jahrzehnten über die Berlin-Blockade und die Luftbrücke schreibt, muss ich zu meiner Schande gestehen, nie zuvor etwas von **Rex Waite** gehört zu haben. Wir haben gestern ausführlich über ihn berichtet. Im ehemaligen Rathaus Wilmersdorf wurde gestern eine Gedenktafel für den Mann angebracht, den man zurecht als Architekten der Luftbrücke bezeichnen kann, aber jahrelang vergessen hatte, nun aber zum Glück wiederentdeckte. Die Gedenktafel für **Rex Waite** befindet ein paar

Meter links von der Pförtnerloge, auch nicht gerade ein Platz mit hoher Publikumsdichte. Berlin versteckt seine Helden, das ist schade und, ehrlich gesagt, auch unwürdig. Die vielen guten und richtigen Worte, die gestern und heute gesagt wurden, stehen in einem gewissen Widerspruch zur sichtbaren Würdigung.

Zum Schluss noch ein Blick auf die heute Gedenkstunde am Luftbrückendenkmal.



Die Feierstunde folgt einem seit Jahren gleichem Ablauf. Nach dem Abzug der Alliierten aus Berlin sorgt das Stabmusikkorps der Bundeswehr für den musikalischen Teil und beginnt mit „Nun danket alle Gott“, gefolgt vom Gebet des Evangelischen Militärbischofs. Der jeweilige Regierende Bürgermeister hält dann eine Rede. Zum Jubiläum gab es heute eine zweite Ansprache, und zwar von Bundesverteidigungsminister **Boris Pistorius**.

Schülerinnen und Schüler der Gail S. Halvorsen-Schule lockern die Veranstaltung mit einer Tanzperformance auf. Anschließend: Kranzniederlegung, Gedenkminute, instrumental das Lied „Der gute Kamerad“ und das Abspielen der Nationalhymnen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands. Ende der Veranstaltung. Heute, zum 75sten Jahrestag, lud **Kai Wegner** die Gäste in die alte Abfertigungshalle des Flughafens Tempelhof zu einem Empfang mit Spargel, Zanderfilet und Roastbeef ein.

Boris Pistorius zog in seiner Rede Parallelen zum heutigen Umgang mit der Ukraine. „Die Luftbrücke hat gezeigt, wie wichtig es ist, das Richtige zu tun. Wenn unsere Partner nur mit den Schultern gezuckt hätten oder sich darauf berufen hätten, dass die Kosten zu hoch, die Risiken zu hoch seien, wäre Berlin sehr wahrscheinlich am Ende gewesen“, sagte Pistorius. „So selbstverständlich sich unsere Verbündeten damals für uns stark gemacht haben, so klar müssen auch wir heute für unsere internationale Ordnung,



für Frieden und Freiheit eintreten", sagte er weiter. „Wir können nicht zusehen, wenn das Völkerrecht, unsere Ordnung und unsere Werte mit Füßen getreten werden.“ Das gelte weltweit - in Afrika, im Nahen Osten und im Indopazifik und vor allem in der Ukraine. Zudem erinnerte Pistorius an den Wert der internationalen Zusammenarbeit. *Quelle: rbb24*

Ein Hinweis sei noch gestattet. Die Berlin-Blockade endete heute vor 75 Jahren, nicht aber die Luftbrücke. „Diese wurde bis zum 30. September 1949 fortgeführt, um die Lagerbestände weiter aufzufüllen. Der letzte ‚Rosinenbomber‘ hatte zehn Tonnen Kohle an Bord und landete in Tempelhof.“ *rbb*



Die Gedenkfeier zum Ende der Berlin-Blockade ist nie ausgefallen. Auch nicht während der Corona-Pandemie. Am 12. Mai 2021 war der damalige Regierende Bürgermeister **Michael Müller** recht allein auf dem großen Platz. Nahmen heute mehrere Hundert Gäste an der Feier teil, waren es damals etwa 20, die meisten davon Journalisten.

Beim heutigen Empfang glänzte **Michael Müller** mit einer Wissensfrage. Was machte den Flughafen Tempelhof weltweit einzigartig? Man konnte mit dem Taxi vorfahren und musste nur geradeaus durch die Halle bis zum Flugzeug laufen. Das waren noch Zeiten.

Zusammenstellung, Kommentierung und Fotos: Ed Koch

11) Die Stunden Null. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 625-11

11. Mai 2024

49. Jahrgang

Die Stunden Null

„Der Begriff Stunde Null wurde auf den 8. Mai 1945 und den frühesten Abschnitt der unmittelbaren Nachkriegszeit in Deutschland angewandt. Er bezieht sich auf die bedingungslose Kapitulation der Wehrmacht und den vollständigen Zusammenbruch des NS-Staates und impliziert die Chance zu einem voraussetzungslosen Neuanfang.“ Wikipedia

So weit, so richtig. Was Berlin betrifft, so gab es mehrere Stunden Null. Vor allem der freie Westteil der Stadt sah sich ständiger Bedrohungen durch die Sowjetunion ausgesetzt, die stets erfolgreich von den Westalliierten USA, Großbritannien und Frankreich abgewehrt wurden. Natürlich ist der Fall der Mauer und die Wiedervereinigung Berlins die erfreulichste Stunde Null der Stadt. Bis dahin wäre es aber erst gar nicht gekommen, wenn Stalins Berlin-Blockade vom 24. Juni 1948 bis 12. Mai 1949 Erfolg gehabt hätte. Dann nämlich wäre eine Wiedervereinigung der beiden Stadthälften überflüssig geworden, weil es nur noch ein kommunistisches Berlin gegeben hätte. Was absurd klingt, war damals tatsächlich in Überlegung, nämlich Berlin neu in der Lüneburger Heide entstehen zu lassen.

„CDU-Minister **Gerhard Schröder** (1953 bis 1961 Bundesminister des Innern, 1961 bis 1966 des Auswärtigen und 1966 bis 1969 der Verteidigung) hegte den Plan ebenso wie Jahre später der junge Bonner Ministeriale **Thilo Sarrazin**: West-Berlin sollte in die Lüneburger Heide umziehen. Lange Zeit galt die geteilte Stadt als politischer Brennpunkt, an dem sich ein dritter Weltkrieg entzünden könnte. Die gescheiterte Berlin-Blockade 1948/49 und Chruschtschows Berlin-Ultimatum rund zehn Jahre später, mit dem er Amerikaner, Engländer und Franzosen zum Abzug aus dem Westteil der Stadt zwingen wollte, führten damals zu verschiedensten Krisenszenarien.

Wie aus einem Artikel des **Spiegel** von 1960 hervorgeht, befasste sich um die Jahreswende 1958/59 eine deutsch-alliierte Arbeitsgruppe mit der Frage, ob die Berliner im Falle einer neuerlichen sowjetischen Blockade der Stadt wenigstens teilweise evakuiert werden sollten. Die Idee: Ausgeflogene Berliner könnten zweckmäßigerweise in vorhandenen Truppenunterkünften untergebracht werden. Als Auffanggebiet hatten die Strategen dabei das Gebiet der Lüneburger Heide im Blick.

Berlins damaliger Regierender Bürgermeister **Willy Brandt** (SPD) entgegnete frei nach **Hermann Löns**: „Es ist eine herrliche Sache, dass die Lüneburger Heide Naturschutzgebiet ist. Dabei sollte es auch bleiben.“ Quelle: Volksstimme

Und dabei blieb es auch. Bemerkenswert: **Thilo Sarrazin** fiel schon damals unangenehm auf.

Am 12. Mai 1949 beendete Stalin die Berlin-Blockade, in der die Stadt von den Westalliierten aus der Luft versorgt wurde. Morgen jährt sich diese Stunde Null zum 75sten Male. Der bekannteste Luftbrückenpilot war **Gail Halvorsen**, weil er beim Anflug auf Berlin Süßigkeiten an kleinen Fallschirmen für die am Rande des Tempelhofer Flughafens wartenden Kinder abwarf.

Natürlich war Halvorsen, der von 1970 bis 1974 Kommandant des Flughafens Tempelhof war, nicht allein in Aktion. Deshalb ist es gut, auch an die vielen anderen zu erinnern, die unter Einsatz ihres Lebens die Stadt versorgten.

Auf dem Höhepunkt der Luftbrücke erreichte alle dreißig Sekunden ein Flugzeug Westberlin. Insgesamt wurden bei den Lufttransportoperationen 101 Todesopfer registriert, darunter 40 Briten und 31 Amerikaner. Während des Einsatzes stürzten 17 amerikanische und acht britische Flugzeuge ab und forderten die meisten Todesopfer. Wikipedia



Foto: Ed Koch

Im ehemaligen Rathaus Wilmersdorf am Fehrbelliner Platz 4 wurde heute eine Gedenktafel für **Reginald Newnham Waite**, in Anwesenheit seiner Tochter **Romilly Waite**, durch den Regierenden Bürgermeister **Kai Wegner** enthüllt.

Das Gebäude Fehrbelliner Platz 4 wurde bis zum Kriegsende durch eine Wehrmacht-Verwaltungsstelle des Oberkommandos des Heeres genutzt. Von 1945 bis 1953 war es als Lancaster House das Hauptquartier der britischen Besatzungsmacht. Am 1. April 1954 wurde das Gebäude dem Bezirk Wilmersdorf als Rathaus übereignet. Wegen der hohen Immobilienkosten hat das Bezirksamt im Januar 2012 beschlossen, das Rathaus Wilmersdorf als Verwaltungsgelände des Bezirks aufzugeben. Derzeit befindet sich die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung in dem Gebäude. Wikipedia

Reginald Newnham Waite, genannt **Rex Waite** (1901-1975) war ein britischer Offizier und Air Com-



modore der Royal Air Force. Von 1947 bis 1949 war er Chef der britischen Luftwaffenverbände in Berlin. Er gilt als einer der Väter der beiden Berliner Luftbrücken, deren Durchführung er logistisch vorbereitete.

Am 16. Juni 1945, kurz nach Ende des Zweiten Weltkriegs, wurde Reginald Waite nach Berlin versetzt, wo er die Stelle des Oberbefehlshabers der kombinierten Streitkräfte der Control Commission Germany übernahm. 1947 wurde er schließlich zum Chef der Verbände der Royal Air Force im durch die USA, die UdSSR, Großbritannien und Frankreich besetzten Berlin ernannt, womit er seinen Sitz am Militärflughafen Gatow einnahm.

Am 3. April 1948 riegelte die Sowjetunion die Transit- und Versorgungslandwege der USA und Großbritanniens von und nach West-Berlin ab. Aus dieser Situation heraus, erarbeitete Waite für die West-Alliierten erstmals logistische Pläne, wonach die Versorgung der Militärangehörigen aus der Luft gewährleistet wurde.

Hierbei machte sich Waite die am 30. November 1945 den westlichen Stadtkommandanten zugesicherten drei Luftkorridore zu eigen, die jeweils eine 32-Kilometer-Breite zwischen den in West-Deutschland befindlichen Besatzungszonen und West-Berlin aufwiesen.



Die von Waite ausgearbeiteten Pläne stellten sich als ein logistisches Meisterwerk dar. Die Versorgung der amerikanischen und britischen Truppenteile über die westlichen Luftkorridore stand innerhalb kürzester Zeit und verlief nahezu reibungslos, woraufhin

die Sowjetunion ihre Blockade nach nur zwei Tagen wieder einstellte. Foto: Julia & Keld

Auch nach dem Ende der ersten Luftbrücke führte Waite seine logistische Ausarbeitung weiter fort, da er fest davon überzeugt war, dass sich die Spannungen zwischen der Sowjetunion und den West-Alliierten wiederholen würden. In seine weiteren Überlegungen plante er nunmehr auch die Luftversorgung der gesamten Bevölkerung West-Berlins mit ein, was zunächst ein theoretischer Plan blieb und lediglich für kurze Zeit umsetzbar schien.

Gegen den Protest der Sowjetunion wurde im Juni 1948 die Währungsreform in den Westsektoren umgesetzt, woraufhin die Sowjets sämtliche Verkehrswege von und nach West-Berlin blockierten. Sie gestaltete sich somit umfassender und gravierender als die erste Sperrung im April, da nunmehr die gesamte West-Berliner Bevölkerung, die etwa 2,2 Millionen Menschen zählte, von sämtlicher Versorgung abgeschottet wurden.

Angetan von den Plänen Waites, beauftragte ihn der US-amerikanische Militärgouverneur **Lucius D. Clay** mit der Durchführung einer Machbarkeitsstudie hinsichtlich einer Versorgung der west-alliierten Truppenteile und der gesamten Bevölkerung West-Berlins über die Luftkorridore. Prominente Politiker, allen voran US-Präsident **Harry S. Truman** und der Berliner Oberbürgermeister **Ernst Reuter**, begrüßten die neue Berliner Luftbrücke zwar, zweifelten jedoch daran, dass eine langfristig ausgerichtete Versorgung von mehr als 2 Millionen Menschen aus der Luft, tatsächlich möglich wäre.

Schließlich startete die zweite Luftbrücke am 24. Juni 1948. **Rex Waite** befehligte während der Luftbrücke die Verbände der Royal Air Force, die auch durch Einheiten Australiens, Kanadas und Neuseelands unterstützt wurden. Als ehemaliger Flugboot-Pilot war es auch Waites Verdienst, dass die Briten in Berlin Flugboote des Typs Sunderland einsetzten, die schwierige Wasserungen auf dem Großen Wannsee und der Havel sowie im Raum Hamburg zu absolvieren hatten.

Am 12. Mai 1949 gaben die Sowjets schließlich die Blockade wieder auf. Insgesamt leisteten die West-Alliierten 280.000 Flüge. **Rex Waite**, der bereits am 1. Januar 1949 zum Air Commodore befördert wurde, blieb zunächst auch nach dem Ende der Luftbrücke als Chef der Royal Air Force in Berlin. Am 6. August 1950 verließ Waite Berlin wieder und wurde Chef der Versorgungsabteilung im Hauptquartier der Royal Air Force. Wikipedia

Nicht nur Historiker bewerten Waite klar als einen der „Väter der Berliner Luftbrücke“. Am 15. August 2000 wurde in Berlin-Kladow, unweit des früheren Militärflughafens Gatow, die Rex-Waite-Straße eingeweiht. Teilbereiche einer Dauerausstellung des Alliierten Museums in Berlin sind bis heute **Rex Waite** gewidmet.

Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch

12) Als der Strom nach Berlin kam. Von Ed Koch



Als der Strom nach Berlin kam

Es gibt Tage in den Chroniken, an denen sich die historischen Ereignisse häufen. So ein Tag ist der 8. Mai. Der 8. Mai 1945 markiert das Ende des Zweiten Weltkriegs mit der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands.



In Berlin endete im Haus Schulenburg-Ring 2 in Tempelhof der Krieg bereits am 2. Mai 1945. Hier unterzeichnete General **Helmuth Weidling** den Kapitulationsbefehl für die in Berliner

noch kämpfenden Truppen. Die Erinnerung daran halten das im Haus lebende Ehepaar **Brigitte** und **Joachim Dillinger** wach. In diesem Jahr nahm an der Feierstunde die Ehrenbürgerin Berlins, **Margot Friedländer** teil. Foto: Marlies Königsberg

1984, in seiner Rede zum 40sten Jahrestag, nannte Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** den 8. Mai 1945 erstmals den „Tag der Befreiung“. „Viele Völker gedenken heute des Tages, an dem der Zweite Weltkrieg in Europa zu Ende ging. Seinem Schicksal gemäß hat jedes Volk dabei seine eigenen Gefühle. Sieg oder Niederlage, Befreiung von Unrecht und Fremdherrschaft oder Übergang zu neuer Abhängigkeit, Teilung, neue Bündnisse, gewaltige Machtverschiebungen - der 8. Mai 1945 ist ein Datum von entscheidender historischer Bedeutung in Europa. Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.“, so **Richard von Weizsäcker**.

Nur vier Jahre später, am 8. Mai 1949, wurde „nach zum Teil heftigen Debatten über die Lehren, die aus dem Scheitern der Weimarer Republik, dem Dritten Reich und dem Zweiten Weltkrieg zu ziehen seien, der Entwurf des Grundgesetzes für die neue Bundesrepublik Deutschland vom Parlamentarischen Rat, der seit September 1948 in Bonn tagte, mit 53 gegen 12 Stimmen angenommen.“ Am 23. Mai 1949 trat das Grundgesetz in Kraft.

Aber auch schon 1884 verschaffte sich der 8. Mai einen Platz in den Geschichtsbüchern Berlins mit einem erfreulichen Ereignis, ohne das wir heute nicht

lebensfähig wären und ohne das dieser Beitrag nicht hätte geschrieben und versandt werden können. Geradezu poetisch beginnt eine gemeinsame Pressemitteilung der **Stromnetz Berlin GmbH** und der **Berliner Energie und Wärme AG**. Die Energieversorgung lag in städtischer Hand, verbrachte dann viele Jahre beim schwedischen Staatskonzern **Vattenfall** und befinden sich nun wieder im Eigentum Berlins.

„Es ist ein schöner Frühlingsdonnerstag in Berlin, der 8. Mai 1884. An diesem Tag beginnt mit der Gründung der ersten Elektrizitätsgesellschaft die Strom-Erfolgsgeschichte der Hauptstadt, die nun schon 140 Jahre andauert.“



Erst vor wenigen Tagen, am 3. Mai, fand ein Festakt zur Rekommunalisierung des Fernwärmenetzes statt. In gleicher Besetzung mit dem Regierenden Bürgermeister **Kai Wegner**, Bürgermeisterin und Wirtschaftssenatorin **Franziska Giffey** und Bürgermeister und Finanzsenator **Stefan Evers**, findet heute ein weiterer Festakt anlässlich des 140jährigen Energiejubiläums statt.

Ob **Franziska Giffey**, die gestern bei einer Attacke am Kopf verletzt wurde, teilnehmen wird, stand bis Redaktionsschluss noch nicht fest. Auf jeden Fall wird dieser schändliche Vorgang die Feierlaune heute trüben. Der Angriff auf Giffey reiht sich ein in viele weitere körperliche und verbale Attacken auf Politiker, die am 3. Mai in Dresden auf den Europa-Abgeordneten **Matthias Ecke**, bei dem er brutal zusammengeschlagen wurde, einen neuen Höhepunkt erreicht haben.

Lassen Sie uns trotz der schlimmen Vorgänge noch einmal auf die Energieversorgung unserer Stadt zurückkommen. **Christian Feuerherd**, Vorstandsvorsitzender der BEW Berliner Energie und Wärme AG, äußert sich in einer Pressemitteilung wie folgt: „Die



heutige Feier zum 140. Jahrestag der Berliner Energieversorgung steht unter einem ganz besonderen Zeichen: Seit einer Woche ist die BEW Berliner Energie und Wärme ein kommunales Unternehmen, wie auch die Stromnetz Berlin bereits seit 2021.

1894 als Städtische Elektrizitätswerke gegründet, führen die Biografien beider Unternehmen quer durch die Berliner Stadtgeschichte und vereinen sich heute wieder unter einem Dach, in der Familie der landeseigenen Unternehmen. Die Berliner Energie- und Wärmewende ist eine große Gemeinschaftsaufgabe.



Aus einer Hand lassen sich die komplexen Infrastrukturvorhaben zur Erreichung von Berlins Klimazielen besser planen und umsetzen. Im Energiebereich heißt das konkret, dass die Transformation des Fernwärmesystems eng mit dem Ausbau des Stromnetzes zusammenhängt."



Dr. Erik Landeck, Geschäftsführer der Stromnetz Berlin GmbH: „Es ist enorm, wie sich die Stromversorgung in den vergangenen 140 Jahren entwickelt hat. Von einem einzelnen Kunden hin zu Strom in allen Haushalten und einem mehr als 35.700 Kilometer langen Stromnetz – fast einmal um den Äquator.

Und die Wachstumsgeschichte geht weiter. Wir sehen in den kommenden zehn Jahren eine Verdoppelung der benötigten Netzkapazität von 2,2 auf mindestens 4,1 Gigawatt – unter anderem zur Dekarbonisierung der Wärmeversorgung in der Stadt. Strom wird bei der Wärmeversorgung eine immer größere Rolle spielen. Und darauf sind wir besonders stolz: Nicht nur die Leistungsfähigkeit unseres Stromnetzes steigt, sondern auch die Anzahl der Mitarbei-

tenden, die rund um die Uhr für eine sichere Stromversorgung der Hauptstadt als Experten im Einsatz sind. In diesem Jahr werden wir erstmals die Zahl von 2.000 Mitarbeitenden überschreiten."



Die Stromnetz Berlin GmbH und die BEW Berliner Energie und Wärme AG stehen in der Tradition der **Bewag**, dem einstigen städtischen Berliner Energieversorgungsunternehmen, das Ende der 1990er-Jahre privatisiert und 2005 vom schwedischen Vattenfall-Konzern übernommen wurde. Seit 2021 gehört Stromnetz Berlin wieder dem Land Berlin, seit Anfang Mai 2024 ist auch die BEW ein Landesunternehmen.

Apropos Tradition. Der Autor dieses Beitrages hat die Beschriftung des Ordners mit den Stromabrechnungen in seinem Aktenschrank in den vergangenen Jahrzehnten nie geändert. Bewag bleibt Bewag. Jetzt, wo alles wieder unter einem Dach ist, hätte man doch zur alten Bezeichnung zurückkehren können. Zum Schluss noch ein Ausflug in die Geschichte. Die **Berliner Städtische Elektrizitätswerke AG** versorgte ab 1884, zunächst als privates Unternehmen, die Stadt mit Strom. 1915 übernahm Berlin das Unternehmen, das bis 1931 in ihrem alleinigen Eigentum blieb. Auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise verkaufte die Stadt Berlin im Mai 1931 in einer akuten Haushaltsnotlage das hochprofitable Energieversorgungsunternehmen an ein Konsortium privater und öffentlicher Investoren. (Woran erinnert das?)

Mit der Spaltung Berlins wurde 1948 auch die Bewag geteilt. Die Bewag im Westteil Berlins blieb eine Aktiengesellschaft, an der die Stadt eine knappe Mehrheit der Anteile hielt. Nach dem Ende der DDR übernahm die Bewag zum 1. Januar 1993 das Energiekombinat Berlin im Ostteil der Stadt. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts wurde das Unternehmen in mehreren Schritten an den Vattenfall-Konzern verkauft. Unter dem Namen Vattenfall Europe Berlin führte die Vattenfall Europe AG zwischen 2006 und 2009 das operative Geschäft der früheren Bewag fort, bevor das Unternehmen aufgeteilt und dann aus dem Handelsregister gelöscht wurde.

Zusammenstellung, Kommentierung und Fotos: Ed Koch
Quellen: Wikipedia, Stromnetz Berlin GmbH, BEW AG

13) KW 18 (19.04. bis 05.05.2024) – Verkehrsrückwende. Von Ed Koch



KW 18 – Verkehrsrückwende

Wer in Berlin unterwegs ist, kann sich jeden Tag an den Errungenschaften grüner Verkehrspolitik erfreuen. Die Stadt ist zugepflastert mit rot-weißen Pollern. In Kreuzberg gibt es Exemplare in grün. Und damit alles ordentlich aussieht, haben die Poller unterschiedliche Größen und Formen, mal rund, mal flach. Unbestreitbar führen die Grünen einen Kampf gegen die Autofahrer und trennen weite Streifen der Fahrbahnen für die Radler ab.

Die drangsalierten Autofahrer lassen sich von der grünen Verkehrspolitik, die, das gehört zur Wahrheit dazu, immer von der SPD mitgetragen wurde, nicht beeindrucken. „Rekordwert beim Bestand von Personenkraftwagen in Berlin – in der Hauptstadt waren zum Stichtag am 1. Januar 2024 insgesamt rund 1,24 Millionen Pkw zugelassen. Die Anzahl der registrierten Pkw ist im Bundesland Berlin im Verlauf der vergangenen zehn Jahre kontinuierlich angestiegen.“ Quelle: Statista

„Laut Daten automatischer Zählstellen: In Berlin wurde 2023 weniger Fahrrad gefahren. Fast 30 Jahre lang nahm der Radverkehr in der Stadt stark zu. Nach vorläufigen Daten gilt das fürs vergangene Jahr nicht.“ Quelle: Tagesspiegel

Wie viele Fahrräder es genau in Berlin gibt, weiß kein Mensch, weil sie leider nicht registriert werden müssen. Fahrradfahren kann jeder ohne Qualifikation und ohne wissen zu müssen, was rechts vor links bedeutet, und dass man bei rot anzuhalten habe. Immerhin befinden sich sieben deutsche Städte im Ranking der 20 fahrradfreundlichsten Städte der Welt. Das niederländische Utrecht liegt auf Platz 1, gefolgt von Münster auf dem zweiten Platz. Bremen (9), Hannover (10), Hamburg (13), Leipzig (14), Nürnberg (17) liegen vor Berlin (19).

Die Politik sollte sich mit den Tatsachen abfinden und handeln. Das Autofahren haben die Grünen den Berlinern nicht abgewöhnen können. Autos und Fahrräder müssen ihren Platz im Straßenverkehr haben. Schädlich ist es jedoch, wenn diese Frage ideologisch und nicht technisch machbar beantwortet wird.

Seit 1951 gab es zehn Verkehrsressortsenatoren der SPD, drei der FDP und fünf der CDU. Zwei grüne Verkehrsressortsenatorinnen, von 2016 bis 2021, haben ausgeübt, um Berlin so aussehen zu lassen, wie die Stadt heute aussieht. Größter Fehler sozialdemokratischer Verkehrspolitik war das Abschaffen der Straßenbahn. Am 2. Oktober 1967 fuhr die letzte Bahn durch Berlin und wich einem Bus. Was für ein

Schwachsinn. Verantwortlich war damals Verkehrsressortsenator **Rolf Schwedler**, der den Spitznamen „Blaulichtsenator“ trug, weil er sich offenbar angetrunken in einen Funkwagen gesetzt haben soll. Weder in der Hauptstadt der DDR, noch in Leipzig, Wien oder Prag wäre jemand auf die Idee gekommen, die Straßenbahnen abzuschaffen und dafür Busse fahren zu lassen.

2023 übernahm nach 27 Jahren wieder die CDU das Verkehrsressort. Die Verkehrsrückwende hätte beginnen können. **Manja Schreiner** hat sich sehr darum bemüht, musste aber schnell erkennen, dass sie gegen acht Verkehrsstadträte in den Bezirken nicht viel ausrichten kann. In Tempelhof-Schöneberg haben die Grünen erst gar keinen Hehl daraus gemacht, was sie politisch wollen. „Sie hat keine Verwaltungserfahrung, sondern ist von der Radfahrerlobby ADFC direkt ins Bezirksamt gewechselt. Sie will sich dafür einsetzen, dass graue Straßen begrünt werden. Sie hat den Auftrag (von wem?), in Parkzonen die Zahl der Autostellplätze um zehn Prozent zu verringern, und sie hält höhere Anwohnerparkgebühren für SUV für sinnvoll.“ **Saskia Ellenbeck** steht für einen neuen Typ verkehrspolitischer Akteure in Berlin. Verkehrsstadträtin zu sein: „Das bedeutet, dicke Bretter zu bohren.“ Quelle: Berliner Zeitung

Nicht dicke Bretter bohren, sondern Straßen aufzureißen und Fahrradbahnen anzulegen, ist das Geschäft der Stadträtin. Als Referenzstrecke empfehlen wir eine Fahrt über den Tempelhofer und Mariendorfer Damm von Alt-Tempelhof bis Alt-Mariendorf. Ab Alt-Mariendorf kann man sehen, wie es auch geht.



Manja Schreiner, Kai Wegner, Andreas Schwager (DHL) und Bürgermeister Frank Bewig am Spandauer Hafen.

Manja Schreiner ist, wie schon so viele andere Politikerinnen und Politiker über ihre Doktorarbeit gestrauchelt. In beachtlichen drei Tagen, vom Rücktritt Schreiners am Dienstag, bis zur Verkündung der Nachfolgerin am Freitag vergingen gerade mal 70 Stunden. Funfact am Rande: Am Freitag war die



Landespolitikpresse am Kraftwerk Mitte beim Festakt zur Übernahme des Fernwärmenetzes von Vattenfall an Berlin versammelt. Erst kurz nachdem alle die Heimreise in ihre Redaktionen angetreten hatten, meldete das Senatspresseamt, das VBB-Chefin **Ute Bonde** neue Verkehrssenatorin werden soll. Bonde war im Wahlkampf Wegners erste Wahl als Verkehrssenatorin. Als es dann allerdings so weit war, dass er sie hätte berufen können, hatte sie schon den Job beim VBB angetreten. Die Plagiatsvorwürfe gegen Schreiner wurden erst öffentlich, als sie schon Senatorin war.

Dass sich CDU und SPD positiv über die Personalie Bonde äußern, ist verständlich, das Statement des Grünen Fraktionsvorsitzenden **Werner Graf** ist zumindest beachtlich: „*Es ist gut, dass die Stelle der Verkehrssenatorin schnell nachbesetzt wurde. Als Geschäftsführerin des Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg ist Frau Bondes Expertise für die Stelle ist unbestreitbar und auch ihre Erfahrungen Mobilität über die Grenzen Berlins hinaus zu denken ist ein großer Vorteil. Sie muss jetzt zeigen, dass sie die vielen Baustellen ihrer Vorgängerin anpackt und den Verkehrswendestopp beendet, die Probleme der BVG angeht und die riesigen Einsparungen im Haus mit minimalen Schaden umsetzt. Statt Haushaltsmittel in Luftschlösser wie Flugdrohnen und Magnetschwebbahnen zu versenken, muss sie nun endlich in Verkehrssicherheit investieren und für ein Ende der BVG-Krise sorgen.*“

Schauen wir mal. Wenn es ihr gelänge, den Berliner ÖPNV auf Vorderfrau zu bringen, wäre schon viel gewonnen. Wer als Autofahrer dann doch mal Bus oder Bahn fahren muss, freut sich darauf, endlich wieder hinter seinem Lenkrad sitzen zu können. Vielleicht gelingt es der neuen Senatorin für einen Gleichklang aller Verkehrsteilnehmer zu sorgen.

Die Stolperfälle

Es ist einfach nicht zu begreifen, warum so viele nur einen Sinn in ihrem Leben sehen, wenn vor dem Namen das Dr.-Kürzel steht. Ist es wirklich so, dass man als Promovierter bessere Berufschancen hat? Eher einen Führungsposten in Industrie und Wirtschaft bekommt? Eher in einer Partei nominiert wird? Bei medizinischen Berufen oder in Forschung und Wissenschaft mag allein das Verfassen einer Dissertation ein besonderer Qualitätsfaktor sein. Ich habe einen wunderbaren Zahnarzt ohne Dokortitel und hatte eine großartige Hausärztin ohne Dr. am Türschild, und lebe immer noch.

Ein Journalist sprach den früheren Bundeskanzler mit „*Herr Kohl*“ an, der harsch mit „*Dr. Kohl, bitte.*“, reagierte. Ich habe mehrere Politiker kennengelernt, die nicht während ihres Studiums als krönenden Abschluss eine Doktorarbeit verfassten, sondern erst im gesetzten Alter. Warum? Wozu?

In den letzten Jahren hat sich eine neue Berufsgruppe gebildet. Leute, die nichts Besseres zu tun haben, als Dissertationen auf mögliche Plagiate oder fehlende Quellenangaben zu untersuchen. Immer wieder sind sie fündig geworden. Vor allem haben sie Politiker im Fokus. Die Untersuchungsergebnisse werden an die Medien durchgestochen und die Reaktionen der Politiker sind immer die gleichen, wie aus einer Anleitung abgelesen, „*nach bestem Wissen und Gewissen gearbeitet*“, „*keiner Schuld bewusst*“ und „*nicht vorsätzlich betrogen zu haben.*“

Der Club der Ex-Doktoranten liest sich wie ein Who-is-Who der Politik: **Bijan Djir-Sarai**, Generalsekretär der FDP, **Franziska Giffey** (SPD), als Bundesjugendministerin zurückgetreten, später Regierende Bürgermeisterin, heute Wirtschaftsministerin, **Florian Graf** (CDU), heute Chef der Senatskanzlei Berlin, **Karl-Theodor zu Guttenberg**, zurückgetreten als Verteidigungsminister, hat 2018 als einer der wenigen eine neue, unbeanstandete Doktorarbeit verfasst, **Silvana Koch-Mehrin** (FDP), zurückgetreten als Vize-Präsidentin des EU-Parlaments, **Annette Schavan** (CDU), zurückgetreten als Bundesbildungsministerin, später Botschafterin beim „*Heiligen Stuhl*“, und **Frank Steffel** (CDU), heute Präsident des Sportvereins Fuchse Berlin Reinickendorf.

„*Der Fakultätsrat der Juristischen Fakultät hat nach intensiver Prüfung der Dissertation von Frau Manja Schreiner den Beschluss gefasst, den im Jahre 2007 verliehenen Dokortitel wieder zu entziehen.*“

Quelle: Universität Rostock

Werden Dissertationen denn nicht „*intensiv*“ geprüft, bevor der Dokortitel verliehen wird? Bedarf es Enttüllungsplattformen, um Plagiate zu entdecken? Welchen Job schwänzen die Universitäten eigentlich? Zitate und Bezugnahmen sind in Dissertationen ausdrücklich erlaubt. Warum kennzeichnet man diese nicht entsprechend?

Der Eindruck lässt sich nicht vom Tisch wischen, dass hier schludrig gearbeitet wird, von den Doktoranten, den so genannten Doktorvätern und vor allem den Universitäten.

Ed Koch

14) Wohnen statt parken. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 626-05

5. Juni 2024

49. Jahrgang

Wohnen statt parken

Bauen in Berlin ist kein Zuckerschlecken für Investoren. An den für Baugenehmigungen zuständigen Büros in den Rathäusern hängen keine Schilder mit „Herzlich Willkommen.“ Dennoch werden in Berlin immer wieder Bauvorhaben realisiert, vor allem durch die städtischen Unternehmen. In unregelmäßigen Abständen berichten wir am Beispiel von STADT UND LAND, dass es hier und da gelingt, dringende benötigte Wohnungen zu bauen.



Visualisierung Rabensteiner Straße, © Kondor Wes-sels Bouw Berlin GmbH

Heute wurde in Marzahn-Hellersdorf Richtfest für 137 bezahlbare Mietwohnungen gefeiert. Die rund 4.240 Quadratmeter Betonfläche an der Rabensteiner Straße, die früher als Parkplatz diente, erwacht zu neuem Leben. Hier entsteht direkt gegenüber der Grünanlage „Eichepark“ ein elfgeschossiges Mehrfamilienhaus mit Ein- bis Fünf-Zimmer-Mietwohnungen und einem Staffelgeschoss.

Jede Wohnung verfügt über einen Balkon oder eine Terrasse. Im Außenbereich laden zwei getrennte Spielplätze, von denen sich einer an kleinere und der zweite an ältere Kinder richtet, zum Verweilen ein. Den Mieterinnen und Mietern stehen insgesamt 48 PKW-Stellplätze, zum Teil mit E-Ladestation ausgestattet, sowie ausreichend Abstellmöglichkeiten für Fahrräder zur Verfügung. Umgesetzt wird das Neubauvorhaben in Zusammenarbeit mit Kondor Wes-sels Bouw Berlin. Die Gesamtfertigstellung inklusive der Außenanlagen ist für das dritte Quartal 2025 geplant.

Christian Gaebler (SPD), Senator für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, sagte beim Richtfest: „Berlin benötigt dringend bezahlbaren Wohnraum. Auch hier in Marzahn-Hellersdorf setzen wir das konsequent um. Von den 137 Wohnungen, die entstehen, sind 122 gefördert, das ist ein Förderanteil von

fast 90%. Mit Blick auf unser Ziel der Netto-Null-Versiegelung ist dies ein vorbildhaftes Projekt. Auf einem ehemals ungenutzten, bereits versiegelten Parkplatz entsteht neuer Wohnraum im großen Stil. Indem wir entsprechend hoch bauen, minimieren wir den Flächenverbrauch.“



Christian Gaebler (l.), Nadja Zivkovic (2.v.r.), Bezirksbürgermeisterin von Marzahn-Hellersdorf, und die Geschäftsführer von STADT UND LAND, Natascha Klimek und Ingo Malter. Foto: Christian Kruppa

Bezirksbürgermeisterin **Nadja Zivkovic** (CDU): „Marzahn-Hellersdorf wächst kontinuierlich. Neben der guten Infrastruktur mit direkter Anbindung an die Innenstadt und den vielfältigen Angeboten und Aktivitäten in den verschiedenen Ortszentren trägt vor allem bezahlbarer Wohnraum zur Attraktivität des Bezirks bei.“

Natascha Klimek: „Bei dem Neubauprojekt nutzt die STADT UND LAND erstmalig die neue Förderung nach den Wohnungsbauförderungsbestimmungen 2023. Damit werden neben den bewährten Förderungen erstmalig auch Wohnungen gefördert, die von Haushalten mit mittlerem Einkommen bezogen werden können. Hierdurch können 122 der insgesamt 137 Wohnungen zu Anfangsmieten zwischen 7,00 EUR und 11,50 EUR an Inhaber eines entsprechenden Wohnberechtigungsscheins vergeben werden.“

Ingo Malter: „Im Jahr 2014 startete der Konzern - mit einem Wohnungsbestand von 39.370 Einheiten - seine Wachstumsstrategie. Aktuell verfügen wir über 52.500 Wohnungen, was einer Steigerung von etwa 33 Prozent entspricht. Bis 2033 soll dieser Bestand durch Ankauf und Neubau auf 56.254 Wohnungen erweitert werden. Von 2024 bis 2033 ist der Baubeginn für weitere 3.854 Wohnungen vorgesehen sowie ein Investitionsvolumen von rund einer Milliarde Euro für den Ankauf und den Neubau bezahlbaren Wohnraums.“

Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch
Quelle: STADT UND LAND

15) Wärmer geht's nicht. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 625-04

3. Mai 2024

49. Jahrgang

Wärmer geht's nicht

Am Ende hatte Vattenfall einfach genug von dem ständigen links-grünen Rekommunalisierungs-Gedöns. Ziemlich entnervt hat es 2021 das Stromnetz an Berlin für gut zwei Milliarden Euro verkauft. **Königin Silvia von Schweden** hat sich über das gute Geschäft sicherlich gefreut. Und nun kommen noch einmal 1,39 Milliarden Euro, wie Finanzsenator **Stefan Evers** heute vorrechnete, in die schwedische Staatskasse nach dem Verkauf des Fernwärmenetzes. Was kauft Berlin als Nächstes? Die Vattenfall-Anteile an der GASAG. Wenn man 62,591 Milliarden Schulden hat, kommt es auf ein paar Milliarden mehr auch nicht mehr an.

Das Motto des heutigen „Festaktes“ zur Rekommunalisierung des Fernwärmenetzes stand unter dem Motto „Wir holen die Wärme nach Hause!“ Bei mir zu Hause war es in den letzten Jahren Dank oder trotz Vattenfall immer ausreichend warm. So zu tun, als werde nun alles besser, weil das Land Berlin alles wieder in seiner Hand hat, ist etwas vermessen.

Um nicht missverstanden zu werden. Ich war immer strikt gegen das Verscherbeln landeseigener Unternehmen. Ein Vorgang, bei dem sich vor allem die SPD große „Verdienste“ erworben hat. Als 1999 die Wasserwerke teilprivatisiert wurden, gab es lediglich zwei SPD-Abgeordnete, die nicht zustimmten, **Gerlinde Schermer** und **Michael Müller**.



Franziska Giffey, die heute trotz ihres Geburtstages am Festakt teilnahm, erinnerte in ihrer Rede an die Zwänge der damals Verantwortlichen. Berlin ging es finanziell schlecht, das Tafelsilber wurde veräußert. Es mag damals richtig gewesen sein, sagte

die Wirtschaftsministerin, am Ende aber siegte die Einsicht, dass die Unternehmen der Daseinsvorsorge in das Eigentum der Stadt gehören. Das habe ich nie anders gesehen. Die Frage ist nur, ob es ein Gewinn ist, alles zurückzukaufen. Die Gebühren für den Endkunden werden kaum sinken. Man kann zufrieden sein, wenn sie nicht höher steigen, als es bei einem privaten Versorger der Fall wäre. Wie viele Generationen braucht es, bis sich die Investitionen amortisiert haben? Man kann über Vattenfall sagen, was

man will, die Strom- und Wärmeversorgung hat hervorragend funktioniert. Der schwedische Staatskonzern Vattenfall ist wahrlich keine Heuschrecke.

Aber gut, lassen wir das. Alles gehört jetzt wieder allen. Hoffen wir, dass es nie wieder eine Situation gibt, in der über erneute Verkäufe nachgedacht werden wird oder muss.

Stefan Evers, Berlins Finanzsenator, brach in seiner Rede eine Lanze für die Staatsbetriebe. „Es muss nicht schlecht sein, wenn der Staat Unternehmer ist.“ Die Zeit, wo Posten in diesen Betrieben nach Parteibuch vergeben wurden, sei vorbei. Anmerkung, heute ist es eher hinderlich, ein Parteibuch zu besitzen, wenn man Chef eines städtischen Betriebes werden will.



Als der Regierende Bürgermeister **Kai Wegner** heute um 09:00 Uhr den Festakt eröffnete, hielten sich er, Giffey und Evers und auch Senatssprecherin **Christine Richter** bedeckt bei der Frage bezüglich der Nachfolge von **Manja Schreiner**. Um

11:01 Uhr, als alle schon das Gelände des Kraftwerks Mitte, wo der Festakt stattfand, verlassen hatten, meldete das Senatspresseamt, dass nun doch **Ute Bonde**, Chefin des VBB, neue Senatorin für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt werden soll. Das Rätselraten hat ein Ende.

Zurück zum Festakt. Alter und neuer Chef der Berliner Fernwärme ist **Christian Feuerherd**. Sein Name sei Programm, stellte **Franziska Giffey** fest. Für die Quelle, die heute das Festzelt erwärmte, war jedoch nicht das neue Landesunternehmen **Berliner Energie und Wärme AG BEW** verantwortlich, sondern eine von der Erde 149.597.870 Kilometer entfernte Quelle, die Sonne. Feuerherd erinnerte daran, dass am 8. Mai 1884 die Berliner Energieversorgung ihren Gründungstag hatte. Das 140ste Jubiläum wird in einem weiteren Festakt gefeiert.



1



Blick zurück: Im Jahr 1997 verkaufte das Land Berlin in einer wirtschaftlich schwierigen Lage seine Anteile an der damaligen BEWAG (kurz für: Berliner Städtische Elektrizitätswerke Akt.-Ges.) an private Investoren. Später wurde die BEWAG an den Vattenfall-Konzern weiterveräußert. Über zwanzig Jahre lang hat sich Vattenfall mit Engagement für die Energie- und Wärmeversorgung in Berlin eingesetzt und bis zuletzt ambitionierte Transformationsprozesse verfolgt. Im Mai 2022 kündigte Vattenfall die strategische Überprüfung und Neubewertung ihres Wärmegeschäftes an. Es folgten ein internationales Bieterverfahren und Verhandlungen mit dem Land Berlin. Mit dem Vollzug der Transaktion geht dieser Prozess nun erfolgreich zu Ende. Der heutige Tag ist das Ergebnis einer engagierten zweijährigen Zusammenarbeit über Ressortgrenzen hinaus. Der Ankauf wird auch im Abgeordnetenhaus über die Fraktionsgrenzen hinweg getragen.

Wissenswert: Das Berliner Fernwärmenetz ist mit rund 2.023 Kilometern Länge das größte Westeuropas. Als Berlins größtes Fernwärme-System versorgt es etwa ein Drittel der Berliner Haushalte mit Wärme.

Christian Feuerherd ließ in seiner Rede nicht unerwähnt, dass die Heizperiode noch nie so früh endete wie in diesem Jahr, nämlich Ende März. „Der Senat“, sagte Feuerherd lobend über seinen neuen Arbeitgeber, „beweist mit der Rekommunalisierung Handlungsfähigkeit, Weitsicht und Mut.“

Auch **Kai Wegner** freute sich „wahnsinnig“. „Was für ein schöner Tag für Berlin.“ Wegner begrüßte die rund 2.000 Beschäftigten von Vattenfall bei ihrem neuen Arbeitgeber. „Der heutige Tag ist ein wichtiger, ja ein historischer Tag für Berlin.“, sagte Wegner. Mehr Euphorie geht nicht.

Franziska Giffey erinnert daran, dass während der Verhandlungen mit Vattenfall ein „kleiner Regierungswechsel“ stattgefunden habe. Dieser hätte zu einer Rückwende bei der Rekommunalisierung führen können. Die CDU war nie ein großer Freund der Rekommunalisierung. Weder mit der SPD und erst recht nicht mit den Grünen wäre die Rückwende möglich gewesen. „Mit dem Rückkauf der Fernwärme in Landeshand ist uns die größte energiepolitische Weichenstellung dieses Jahrzehnts gelungen.“, sagte Giffey.

Stefan Evers, der Wert darauf legt, dass der Kaufpreis 1,39 und nicht 1,4 Milliarden Euro beträgt, sagte ergänzend: „Der Rückkauf wurde aus Darlehen der IBB und aus Haushaltsmitteln des Landes finanziert. Besonders wichtig sind uns auch die Beschäftigten der BEW. Wir freuen uns, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine gute und sichere Perspektive bieten zu können.“



Jedes ordentliche Unternehmen braucht ein Log. Es ist ein stilisierter Wassertropfen in den Farben der Wärme und Kälte. Der weiße Blitz gehört nicht dazu, er ist lediglich ein Sonnenstrahl.



Ein Politiker darf nicht unerwähnt bleiben, wenn es um Rekommunalisierung geht. Verbissen, zielstrebig und unbeirrbar kämpft **Jörg Stroedter** seit vielen Jahren dafür, dass alle privatisierten Unternehmen der Daseinsvorsorge wieder „nach Hause“ geholt werden. „Ich freue mich, dass es uns gelungen ist, das Fernwärmenetz der Hauptstadt vom schwedischen Energieversorger Vattenfall zu-

rückzukaufen und endlich den Privatisierungsfehler der Vergangenheit zu heilen. Dass es uns auch gelungen ist, neben dem Rückkauf der Kraftwerke, Netze und Tochtergesellschaften auch den Beschäftigten eine gute Perspektive im öffentlichen Dienst anzubieten, ist ein zusätzlicher Grund sich mit den Belegschaften zu freuen.“, erklärte Stroedter in einer Pressemitteilung.

„Heute ist tatsächlich ein historischer Tag für Berlin! Endlich erhalten wir die Spielräume, die wir dringend für die Steuerung der notwendigen Wärmewende benötigen. Wir wollen nun das Wärmenetz nutzen, um schnell den Ausstieg aus dem fossilen Zeitalter zu gestalten und notwendige Klimaschutzmaßnahmen direkt und wirkungsvoll einzuleiten. Wir wollen das Berliner Fernwärmenetz schnell klimaneutral umbauen. Dass Berlin bereits 2017 aus der Braunkohle-energieversorgung ausgestiegen ist, war schneller als erwartet. Wir wollen auch beim Ausstieg aus der Steinkohle schneller sein als gesetzlich vorgeschrieben.“

Ed Koch
(auch Fotos)

16) Grüner geht's nicht. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 625-03

3. Mai 2024

49. Jahrgang

Grüner geht's nicht

Die Vorstandssprecherin der **EUREF-AG**, **Karin Teichmann**, begrüßte gestern Politiker von Bündnis 90 / Die Grünen auf dem Campus. Bezirksbürgermeister **Jörn Oltmann** hat schon viele Male den EUREF-Campus besucht, aber nie Zeit gehabt, sich einzelne Projekte genauer anzuschauen. In Begleitung des Bundestagsabgeordneter **Andreas Audretsch**, der Vorsitzenden und der Kreisgeschäftsführerin der Bezirksgrünen von Tempelhof-Schöneberg, **Katharina Hild** und **Malin Muser**, sowie der stellvertretenden Vorsteherin der Bezirksverordnetenversammlung **Martina Zander-Rade** und den Bezirksverordneten **Elias Joswich** und **Inge Hofer** ließen sich die Grünen Mandatsträger über die Umsetzung der Energiewende im Reallabor des EUREF-Campus informieren.



Zu Beginn des knapp dreistündigen Rundgangs stärkten sich die Politiker erst einmal mit Köstlichkeiten aus **Thomas Kammeiers** Küche. Linsen Moussaka,

rote und schwarze Linsen, Aubergine, Tomate, Frühlingsalat, ebenso lecker wie gesund, und zur Abrundung noch ein paar Kalorien, Schokoladenkuchen mit frischen Erdbeeren und Vanillesauce.

Anschließend führte **GASAG**-Chef **Georg Friedrichs** die Gäste durch die Energiewerkstatt, ein Projekt der **GASAG Solution Plus**, wo zusammen mit innovativen und renommierten Traditionsunternehmen mit neuen Ideen, neuen Konzepten und neuen Technologien die konkrete Um-



setzung der Energiewende vorangetrieben wird. In der EUREF-Energiewerkstatt werden schon jetzt die Klimaschutzziele von 2045 erreicht – zu den Kosten einer konventionellen Versorgung.



Stefan Grund von **Schneider Electric** begrüßte die Gruppe an der **zeemobase**, dem Ort, an dem Mobilität und Energie zusammenlaufen und sowohl physisch als auch digital vernetzt werden. Strom wird hier aus erneuerbaren Energiequellen gewonnen, lokal gespeichert und in Mobilität umgesetzt. Die zeemobase geht aus einer langen Geschichte diverser Forschungsprojekte und Investoren hervor. Sie dient aktuell als Showroom für **Schneider Electric** und die **DB E.C.O. Group** – beides Gesellschafter des Joint Venture **inno2grid**.



Ein Stopp an der berühmtesten Laterne Berlins darf bei keinem Rundgang auf dem Campus fehlen. **ubi-**

1



tricity sorgt mit seinen Ladelösungen für immer mehr Laternen im Stadtraum, an denen Elektrofahrzeuge aufgeladen werden können. **Philipp Sindberg** berichtete über die rasante Entwicklung seines Unternehmens. Der Name ubitricity leitet sich von „ubiquitous electricity“ (allgegenwärtige Elektrizität) ab, was genau das das Ziel beschreibt, überall erreichbare Lademöglichkeiten anzubieten.



So sehr sich die Besucher des EUREF-Campus für die Errungenschaften der Energiewende interessieren, so sehr freuen sie sich auch auf den letzten und in jeder Hinsicht Höhepunkt der Tour, dem 360-Grad-Ausblick über Berlin vom Gasometer. Noch wird überall gewerkelt, aber schon in einem Monat wird das Gebäude in der historischen Hülle des Gasspeichers vollendet sein und Berlin ein neues Wahrzeichen haben.

Die Politiker der Grünen, die in den letzten 15 Jahren dem EUREF-Campus immer wieder auch mal kritisch gegenüberstanden, zeigten sich beeindruckt von dem, was im Herzen Schönebergs entstanden ist.

Ed Koch
(auch Fotos)

T s c h e c h i e n (Seite E 107)

01) Minderheitensprache(n) fördern

Das **Bildungs- und Medienangebot** in **deutscher Sprache** soll in den grenznahen Regionen Tschechiens ausgebaut werden, berichtet der *Deutschlandfunk* über Pläne der tschechischen Behörden. Die Bemühungen sind Teil des Aktionsplans zur **Förderung der Minderheitensprachen** im Land. Neben dem Deutschen gehören Mährisch-Kroatisch, Polnisch, Romani und Slowakisch zu den Minderheitensprachen. In den Schulen werde neben der Landessprache (*Anm.: seit der Vertreibung*) nur Polnisch als Unterrichtssprache zugelassen. Deutsch gebe es nur als Fremdsprachenunterricht. (deutschlandfunkkultur.de)

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 36, 2024

Wien, am 29. Mai 2024

Ungarn (Seiten E 108 – E 111)

01) Exportschlager „illiberale Demokratie“. Viktor Orbáns Ungarn bietet der radikalen Rechten weltweit nicht nur eine Blaupause für den Staatsumbau. Es treibt auch ihre Vernetzung voran

Von Thomas Greven



Thomas Greven, Berlin

Dr. Thomas Greven ist Privatdozent für Politikwissenschaft am Kennedy-Institut der FU Berlin und selbstständiger Autor und Politikberater.

03.05.2024



Vorbild der Rechten weltweit: Ungarns Premierminister Viktor Orbán.- *picture alliance / Associated Press/ Virginia Mayo*

Für die weltweite radikale Rechte bietet Viktor Orbáns Ungarn nicht nur einen Exportschlager: die „illiberale Demokratie“. Der ungarische Premierminister spielt auch eine Rolle bei der transnationalen Vernetzung rechter Akteure. Ersteres konnte gut bei der diesjährigen *Conservative Political Action Conference* (CPAC) nahe Washington, D.C. beobachtet werden. Zwar war Orbán selbst nicht anwesend. Doch das Interesse an seinem Staatsmodell war mit Händen zu greifen: Die *Heritage Foundation* hatte einen eigenen Stand, an dem ihr 920-Seiten-Programm für eine zweite Trump-Präsidentschaft beworben wurde. Über 100 Stiftungen, Thinktanks und Institute der amerikanischen Rechten sind an dem *Project 2025* beteiligt, dessen Umsetzung eine regelrechte „Orbánisierung“ der USA bedeuten würde. Und ein ums andere Mal wurde in den Reden der ultrakonservativen

Republikaner und anderer Rechtsaußen auf Orbáns erfolgreich umgesetzte hegemoniale Strategie Bezug genommen. Wer die im hohen Maße um sich selbst kreisenden US-Amerikaner kennt, weiß, wie bemerkenswert das ist – eigentlich will man ja immer selbst leuchtendes Vorbild und Modell für andere sein.

Zweiteres wurde bereits auf der CPAC in Washington beworben: das *Center for Fundamental Rights* – angesichts seiner illiberalen Agenda eine kreative Namensgebung – annoncierte die dritte Auflage der CPAC Ungarn. Die Konferenz vom 25. bis 26. April in Budapest wartete, wie ihr amerikanisches Pendant, mit illustrier internationaler Beteiligung auf: Geert Wilders aus den Niederlanden, Mateusz Morawiecki aus Polen, José Antonio Kast aus Chile und auch Hans-Georg Maaßen von der Werteunion waren unter den Rednern. Es gibt also neben dem gezielten Import von Konzepten, Strategien und Taktiken der radikalen Rechten wie beim *Project 2025* auch deren Export.

Die grenzüberschreitenden Vernetzungen von Rechtspopulisten und „radikalisierten Konservativen“ sind mehr als nur Fototerminen narzisstischer Egomane wie Donald Trump, Javier Milei oder eben Orbán.

Wie weit reicht diese transnationale Vernetzung? Einerseits darf man das Narrativ der Akteure, dass sie nämlich eine weltweite, geschlossene Bewegung des „richtigen Volkes“ gegen die „Eliten“ des „Globalismus“ und „Wokeismus“ darstellen, nicht einfach für bare Münze nehmen. Doch andererseits sind die grenzüberschreitenden Vernetzungen von Rechtspopulisten und „radikalisierten Konservativen“ mehr als nur Fototerminen narzisstischer Egomane wie Donald Trump, Javier Milei oder eben Orbán. Wieviel mehr genau konnte man allerdings nicht bei der CPAC in Budapest herausfinden – das ging nur mit exklusiver Einladung. Sich unerkannt unter die Teilnehmer zu mischen, mag in den liberalen USA noch gehen, in Orbáns Ungarn aber nicht. Er selbst, so hört man, tritt ohnehin stets nur vor loyalen Fußvolk auf. Journalisten, die sich um Einlass bemühten, wurde vom CPAC-Veranstalter höhnisch die Akkreditierung verweigert: „CPAC is a NO WOKE ZONE.“ Ob sich dennoch investigative Journalisten einschleichen konnten? Oder ob sich Insider unter den rechten Revolutionären irgendwann zum Reden entschließen? Und zwar zum Reden jenseits des Nachbetens vorgestanzter Propaganda oder hochfliegender Pläne ohne Realitätsbezug à la Steve Bannon? Abwarten. Im letzten Jahr jedenfalls wurde eine Journalistin des *Guardian* recht rabiät von Sicherheitskräften nach draußen befördert.

Das ungarische Exportprodukt vertreiben neben dem CPAC-Veranstalter auch das *Mathias Corvinus Collegium* (MCC) und das *Danube Institute*. Beide werden finanziell großzügig vom Staat gefördert, um dem hegemonialen Projekt einen intellektuellen Anstrich zu verschaffen, beispielsweise mit Stipendiaten aus den USA und im Fall des MCC mit Büros in Belgien, Rumänien und der Slowakei. Auch die ungarischen Botschaften mischen weltweit, aber vor allem in Zentral- und Osteuropa mit. Dass das ungarische Modell bei Rechtsaußen so beliebt ist, lässt sich leicht erklären – es hat sich schließlich im Heimatland bereits bewährt. Auch wenn Orbán und seine regierende *Fidesz* wegen Korruptionsvorwürfen erheblich unter Druck geraten sind, ist die Opposition doch weiterhin fragmentiert. Die Machtposition der auf allen Ebenen mit dem Staat, den Medien und der Wirtschaft verschmolzenen *Fidesz* scheint unangefochten. Orbáns Wahlkampfstrategen erklären alle Gegner zu Vasallen Ursula von der Leyens und machen Brüssel und seine Institutionen zum Buhmann, vor dem Ungarns Souveränität geschützt werden müsse: an der Grenze gegen Migranten und kulturell gegen eine angebliche LGBTQI-Agenda.

Vor der Wahl zum Europaparlament Anfang Juni sehen Prognosen die radikale Rechte nahezu überall im Aufwind.

Vor der Wahl zum Europaparlament Anfang Juni sehen Prognosen die radikale Rechte nahezu überall im Aufwind – kein Wunder, wenn in Deutschland nicht einmal mutmaßlicher Vaterlandsverrat die AfD mehr als ein, zwei Prozentpunkte kostet. Doch es ist nicht alles Gold, was glänzt. Die Ähnlichkeiten der anti-globalistischen und kulturkämpferischen Narrative der radikalen Rechten sind zwar nicht zufällig, sondern Ergebnis grenzüberschreitender Austausch, gar des Voneinander-Lernens – für gegenseitige Inspiration reichen vielleicht schon die Auftritte von internationalen Stars der radikalen Rechten bei der CPAC oder bei der kürzlich vorübergehend von der Polizei unterbrochenen „National Conservatism“-Konferenz in Brüssel. Sie vermitteln den Zuhörern das Gefühl, Teil eines größeren Ganzen zu sein, nämlich einer Bewegung überwiegend weißer Christen gegen alles, was aus ihrer Sicht für apokalyptische Albträume sorgt. Auch Techniken der Propaganda, der Desinformation und der Auftritte in den sozialen Medien werden grenzüberschreitend scharf gemacht: Man schaut ganz genau, was funktioniert, und versucht dann, es im eigenen Kontext anzuwenden. Aber es funktioniert eben bei Weitem nicht alles. Finanzielle Hilfen aus Ungarn werden vor Wahlen immer gerne angenommen, aber die polnische PiS gibt inzwischen den ungarischen Wahlkampfhelfern die Schuld für ihre [Niederlage gegen Donald Tusks Bündnis](#).

„All politics is local“, sagte Tip O’Neill, legendärer Speaker des US-Repräsentantenhauses: Man muss die lokalen Gegebenheiten sehr gut kennen, um zu gewinnen, und das ist eine hohe Hürde. Und so wird man sehen, ob es zu effektiver operativer Kooperation kommt. Ob beispielsweise Steve Bannon, der vergleichsweise ausgefeilte Vorstellungen einer globalen Bewegung zur Überwindung der angeblichen linksliberalen Hegemonie hat, tatsächlich einmal erfolgreiche Operationen in Europa durchführen kann – wie sein Projekt eines deutschsprachigen *War Room*, seiner Talkshow.

Große Hürden für eine organisierte Kooperation gibt es bekanntlich auch im Europäischen Parlament, wo es gleich zwei Rechtsaußen-Fraktionen gibt, Europäische Konservative und Reformer (EKR) und Identität und Demokratie (ID), die immerhin stabiler sind als noch vor wenigen Jahren. Orbáns *Fidesz* gehört bisher keiner dieser Fraktionen an. Die Partei hat im März 2021 die christdemokratische Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) verlassen, nur ganz kurz bevor man sie herausgeschmissen hätte. Nun wartet man wohl auf das Ergebnis der Wahl im Juni. *Fidesz* ist weder bei ID noch bei EKR unumstritten, und auch umgekehrt gibt es Bedenken. Dabei geht es einerseits um den völkischen Nationalismus, der sich beim ID-Mitglied AfD durchzusetzen scheint und der nicht nur Marine Le Pen und ihr *Rassemblement National* verstört, sondern dem auch Orbán sich nicht ohne Weiteres annähern kann. Zu abhängig ist Ungarn immer noch von guten wirtschaftlichen – und damit auch politischen – Beziehungen zu Deutschland. Zum anderen geht es um das Verhältnis zu Russland und die Positionierung zum Krieg in der Ukraine.

Orbán steckt gewissermaßen in einer autokratischen Falle.

Vor allem Italiens Ministerpräsidentin Georgia Meloni (*Fratelli d’Italia*), die sich – an dieser Stelle vielleicht cleverer als Orbán – mit einem dezidiert pro-ukrainischen Kurs den Rücken in der EU freihält für ihren radikalen Umbau Italiens, stellt Bedingungen für die Mitgliedschaft von *Fidesz* in der Fraktion EKR: Zumindest müssten die Freundlichkeiten Richtung Putin deutlich abgeschwächt werden. Aber Orbán steckt gewissermaßen in einer autokratischen Falle. Da er die Abhängigkeit Ungarns von Russland nicht rechtzeitig reduziert hat und die ökonomischen Beziehungen zu China sogar ausgebaut hat, um sich vom Westen Europas (und insbesondere von Deutschland) freizuschwimmen, fiele ein Rückzug nun umso schwerer.

Doch auch wenn die Kooperation bei der „rechten Internationalen“ nicht überall so effektiv funktioniert wie ihre Protagonisten behaupten: Es geht in der heutigen Hyperpolitik vorrangig um Emotionen, lokal wie national wie europäisch wie global. Und dabei hat die radikale Rechte die Nase vorn. Dies gilt sowohl bei der Mobilisierung einer zunehmend demokratie- und bürokratiemüden und von der Polykrise überforderten Wählerschaft durch Angst und Wut als – auch bei der Organisation des vorpolitischen Raums nach dem Motto „wir gegen sie“, national wie international. Dabei ist die angebotene Politikalternative mehr als tückisch: Denn wenn alle auf „mein Land *first*“ setzen, kommt eben kein harmonisches Konzert wieder glücklich souveräner Nationen dabei heraus, sondern schärfste Interessenkonflikte, die nicht länger über langweilig-technokratische Institutionen globaler und europäischer Governance abgefedert und vermittelt werden. Immerhin: In der nächsten Runde wird dann vielleicht auch das langweilig gewordene europäische Friedensprojekt wieder interessant. Auferstanden aus Ruinen?

https://www.ipg-journal.de/rubriken/demokratie-und-gesellschaft/artikel/exportschlager-illiberale-demokratie-7485/?utm_campaign=de_40_20240503&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Ukraine (Seiten E 112 – E 122)

01) Das Lego-Prinzip. Vom Krieg hart getroffen, braucht die Ukraine Zukunftsperspektiven. Beim Wiederaufbau sollten vier Aspekte besonders im Fokus stehen

Von Svenja Schulze



Svenja Schulze

Berlin

Svenja Schulze ist seit Dezember 2021 Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Zuvor war sie Bundesministerin für Umwelt

06.06.2024



Ein Mann reinigt nach russischem Beschuss eine zerstörte Wohnung in Nikopol.- *picture alliance / AP | Kostiantyn Liberov*

Bei Lego-Steinen ist das Prinzip, dass einzelne Bausteine nahtlos ineinandergreifen und aufeinander aufbauen. Und so lässt sich auch Entwicklungszusammenarbeit beschreiben. Mit diesem Bausteinprinzip wird Deutschland zusammen mit der Ukraine und weiteren Geberländern am 11. und 12. Juni die *Ukraine Recovery-Konferenz* (URC) in Berlin angehen. Um den Wiederaufbau im Land voranzutreiben, setzen wir gemeinsam auf vier Bausteine: Kommunen, kleine und mittelständische Unternehmen (KMU), Fachkräfte sowie Frauen.

Unser Ziel: Zukunftsperspektiven für die Ukrainerinnen und Ukrainer. Und zwar nicht erst nach dem Ende des brutalen russischen Angriffskrieges, sondern bereits jetzt. Damit diese

Seite E 113 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Zukunftsperspektiven nachhaltig und widerstandsfähig sind, bauen sie inhaltlich aufeinander auf. Die Basis des „Bauplans“ bilden die Kommunen. Sie kennen die Bedarfe ihrer Bürgerinnen und Bürger am besten und sind dafür verantwortlich, dass bei ihnen wieder Strom und Wasser fließen. Dass Wohnhäuser, Straßen und Schulen repariert werden. Und dass das, was zerstört wurde, besser und nachhaltiger wiederaufgebaut wird.

Dafür brauchen Kommunen drei Dinge. Erstens mehr Entscheidungsspielraum – Stichwort kommunale Selbstverwaltung. Zweitens mehr Kooperationen – also Partnerschaften, beispielsweise mit der Zivilgesellschaft, den internationalen Partnerkommunen und privaten Unternehmen. Dass solche Partnerschaften eine Win-Win-Lösung sind, zeigt das Beispiel von Lwiw und Freiburg.

Lwiw liegt nur rund 80 Kilometer von der EU-Grenze entfernt. Bürgermeister Andrij Sadovyy hat mir dort kürzlich das Rehaszentrum *Unbroken* gezeigt. In dem Zentrum arbeiten Psychologen, Ärztinnen, Orthopäden und Physiotherapeutinnen Hand in Hand. Sie statten Menschen mit Prothesen aus und richten sie wieder auf. Sie richten damit auch ein Stück Ukraine wieder auf und spenden Hoffnung in schwierigsten Zeiten. Freiburg hat sich gemeinsam mit seiner Partnergemeinde Lwiw für den Aufbau des Rehaszentrums eingesetzt, direkt mit finanzieller Unterstützung und über die vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) geförderte kommunale Zusammenarbeit.

Seit Anfang 2022 konnten mit deutscher Unterstützung rund 40 000 Unternehmen auf dem Markt bestehen und Arbeitsplätze sichern.

Um solche Projekte umzusetzen, brauchen Kommunen – drittens – mehr Geld. Deshalb soll die URC ukrainischen Kommunen den Zugang zu internationalen Finanzmitteln erleichtern. Apropos Unternehmen und Geld. Der zweite Baustein der Wiederaufbau-Strategie sind kleine und mittelständische Unternehmen. So wie auch hier in Deutschland sind diese das wirtschaftliche Rückgrat der ukrainischen Gesellschaft. Deshalb wird Deutschland mit der Ukraine eine Allianz für KMU aufsetzen, um diese besser und nachhaltiger zu finanzieren. Das passende Instrument dafür ist der *Business Development Fund* (BDF), den wir mit der Ukraine nach dem Vorbild der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) umbauen wollen. Der BDF soll in der Zukunft zu einer starken Förderinstitution nach den besten internationalen Standards ausgebaut werden.

Dabei holt der BDF die Mittel zur KMU-Finanzierung nicht nur vom Staat und von Gebern, sondern auch auf dem lokalen Kapitalmarkt. Den Unternehmen bietet er dadurch passgenaue Finanzierungen: Kredite, Garantien und Zinsverbilligungen. Dass Deutschland und die Ukraine damit gemeinsam richtig etwas bewegen können, zeigen die Zahlen: Seit Anfang 2022 konnten mit deutscher Unterstützung rund 40 000 Unternehmen auf dem Markt bestehen und Arbeitsplätze sichern. Dank schneller und zinsgünstiger Kredite können beispielsweise landwirtschaftliche Betriebe wieder Ackerbau betreiben und das verarbeitende Gewerbe Maschinen beschaffen, die sie zur Produktion benötigen. Es ist wichtig, dass Wiederaufbau auch in dieser wirtschaftlichen Dimension gedacht wird.

Das findet auch Svitlana. Sie hatte vor dem Angriff auf Mykolajiw dort das Trinkwasserunternehmen *Chista Voda* geleitet. Nachdem sie neun Monate als Binnenvertriebene gelebt hatte, konnte sie wieder in ihre Heimatstadt zurückkehren. Dabei hatte sie ein Ziel: die Wasserversorgung für alle schnell wiederherstellen. Aber das war schwierig, denn die Hälfte ihrer 50 Angestellten kämpfte an der Front und es fehlte an Geld, um Treibstoff für den Wassertransport zu kaufen. Außerdem waren die Trinkwasserleitungen durch den Angriff auf die Stadt weitgehend zerstört worden.

Der Wiederaufbau braucht fähige und motivierte Menschen.

Svitlana hat sich daraufhin auf das *EU4Business*-Programm beworben und finanzielle Unterstützung erhalten. Davon konnte sie neue Wassertanks und Benzin kaufen. Sie begann wieder mit der Trinkwassergewinnung und versorgte die Menschen in den Gemeinden Cherson und Mykolajiw so lange kostenlos mit Wasser, wie das öffentliche System zusammengebrochen war. Seitdem hat Svitlana Verträge mit zwei Hilfsorganisationen abgeschlossen, die das Trinkwasser kaufen und verteilen. Durch die Einnahmen steht Svitlanas Unternehmen wieder auf sicheren Füßen und sie konnte die Zahl ihrer Mitarbeitenden auf 30 erhöhen. Außerdem wurde in Mykolajiw mit deutscher Unterstützung eine solarbetriebene Trinkwasserentsalzungsanlage gebaut, die die Bevölkerung mit frischem Trinkwasser versorgen wird. Svitlanas Geschichte zeigt ganz klar: Der Wiederaufbau braucht fähige und motivierte Menschen.

Der dritte Baustein ist die *WoMen-Power* in Form von Fachkräften. Denn auch mit Strom produzieren Fabriken nichts ohne Menschen, die die Maschinen bedienen. Auch Straßen und Häuser bauen sich nicht von alleine wieder auf. Und je neuer die Technik, die die Ukraine installiert, desto mehr Expertinnen und Experten werden dafür gebraucht. Auch im Privatsektor ist die Nachfrage nach Fachkräften in den Bereichen Bau, Logistik, Agrarwirtschaft größer als das Angebot. Deswegen gibt es im Rahmen der URC eine Ausbildungsoffensive. Diese richtet sich insbesondere an ukrainische Jugendliche und Binnenvertriebene. Denn eine (neue) berufliche Zukunft ist ganz wesentlich, um Hoffnung zu schöpfen. Außerdem muss es für Ukrainerinnen und Ukrainer leichter werden, ihre Abschlüsse in der EU anerkannt zu bekommen, um dort in gleichwertigen Jobs arbeiten zu können. Aber bei dem Thema Arbeitskräfte geht es nicht nur um viele helfende Hände. Es geht vor allem auch um deren Köpfe. Um neue Ideen, wie besser wiederaufgebaut werden kann. Um Problemlösung und Kreativität, um den anhaltenden Angriffen zu trotzen. All das bringen viele Menschen in der Ukraine bereits mit.

Gleichwertigkeit ist auch das große Motto für Baustein Nummer vier: Frauen. Frauen wie Tetyana, deren Mann an der Front kämpfte und die nicht nur aus ihrer Heimat fliehen, sondern ihre Kinder plötzlich alleine versorgen musste. Sie bildete sich in einer vom BMZ finanzierten Berufsschule weiter und arbeitet inzwischen als Buchhalterin für einen kleinen Supermarkt. Das ist nicht nur gut für sie, weil sie nun wirtschaftlich unabhängig ist, sondern auch gut für die Gemeinde, der Fachkräfte fehlen.

Frauen wie Tetyana sind diejenigen, die die Gesellschaft am Laufen halten. Die schwere Aufgaben übernehmen und neue Berufe erlernen müssen. Das ist eine große Herausforderung und Chance zugleich. Denn auch bei den Frauen bleibt das neue Wissen, die neuen Fähigkeiten und das neue Selbstbewusstsein nach dem Krieg bestehen. Und hilft ihnen dabei, sich für gleiche Rechte, Ressourcen und politische Teilhabe starkzumachen. Menschen wie Svitlana und Tetyana zeigen, dass die deutsche Unterstützung in der Ukraine wirkt. Dass sie den Wiederaufbau spürbar voranbringt. Deshalb setzt die deutsche Bundesregierung mit ihren ukrainischen Partnerinnen und Partnern auf das bewährte Lego-Prinzip – bis alle Bausteine sicher aufeinander stehen.

https://www.ipg-journal.de/regionen/global/artikel/das-lego-prinzip-7553/?utm_campaign=de_40_20240606&utm_medium=email&utm_source=newsletter

02) Gebot der Realpolitik. Wer derzeit für Frieden plädiert, wird oft attackiert. Doch die Suche nach Wegen, den Krieg in der Ukraine zu beenden, erfordert eine breite Debatte

Von Frank Hoffer



Frank Hoffer

Dr. Frank Hoffer ist ehemaliger Mitarbeiter der Internationalen Arbeitsorganisation ILO und *Associate Fellow* an der *Global Labour University Online Academy*. Zuvor war er als Sozialreferent in der Deutschen Botschaft in Moskau und Minsk sowie als Geschäftsführer der Initiative ACT tätig, die sich für existenzsichernde Löhne in der Textilindustrie einsetzt.

22.05.2024



Graffiti in Butcha: Wie kann Frieden gelingen?- *picture alliance / AA / Oleksii Chumachenko*

Die Ukraine braucht dringend Waffen und Unterstützung, um den russischen Angriff zum Stehen zu bringen. Russland darf nicht gewinnen. Jedoch wurde General Skibizki, der stellvertretende Chef des ukrainischen Militärgeheimdienstes vor ein paar Tagen in einem Interview im *Economist* zitiert, er sehe keine Möglichkeit für die Ukraine, den Krieg allein auf dem Schlachtfeld zu gewinnen. Selbst wenn es der Ukraine gelänge – eine Aussicht, die in immer weitere Ferne rücke –, die russischen Streitkräfte an die Grenzen zurückzudrängen, würde das den Krieg nicht beenden: „Solche Kriege können nur durch Verträge beendet werden“ und „gegenwärtig ringen beide Seiten um die ‚günstigste Position‘ im Vorfeld möglicher Gespräche“.

Seite E 116 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

„Es wäre naiv zu glauben, dass die Ukraine in absehbarer Zeit vollständig die Kontrolle über ihr Territorium zurückgewinnen könnte“, sagte der tschechische Präsident und entschiedene Ukraineunterstützer Pjotr Pavel dem Sender *Sky News*. Russland werde die besetzten Gebiete nicht aufgeben: „Was wir tun müssen, ist, den Krieg zu stoppen.“

Angesichts des unendlichen Leids und der vielen Toten nach Wegen zu suchen, wie der Krieg gestoppt werden kann, statt wider die Faktenlage an der Hoffnung eines militärischen Sieges als der einzig annehmbaren Option festzuhalten, ist ein Gebot moralischer Realpolitik. Als Rolf Mützenich im März im Parlament die Frage stellte, ob nicht parallel zur entschlossenen Waffenhilfe an die Ukraine auch über Wege zum [Einfrieren des Krieges](#) diskutiert werden sollte, brach ein Sturm der Entrüstung los.

„Naive Appeasementpolitik gegenüber Russland“, verlautbarten unisono Ricarda Lang und Marie-Agnes Strack-Zimmermann. Überlegungen über das Einfrieren eines Konflikts bei gleichzeitiger entschlossener militärischer, politischer und humanitärer Unterstützung mit München 1938 gleichzusetzen, zeugt von geschichtlicher Unkenntnis oder Unehrllichkeit. Damals entschieden europäische Großmächte über den Kopf der Tschechen hinweg, einen Teil ihres Landes kampflos Hitlerdeutschland auszuliefern. Mit wahrheitswidrigen Gleichsetzungen wird versucht, eine ungelegene Frage von vornherein zu desavouieren.

Es braucht eine offene Debatte darüber, dass ukrainische und deutsche Interessen zwar in wichtigen Fragen in die gleiche Richtung gehen, aber nicht deckungsgleich sind.

Dabei müssen Fragen der Lastenverteilung für die Aufnahme und Integration von 1,2 Millionen Ukrainerinnen und Ukrainern ebenso wie die Steigerung der Verteidigungsausgaben diskutiert werden. Insbesondere da der Wortwechsel von der „Verteidigungsfähigkeit“ hin [zur „Kriegstüchtigkeit“](#) in diesem Zusammenhang keine semantische Petitesse ist, sondern der Zeitenwende einen bewusst bellizistischen Akzent verleiht. Es braucht eine offene Debatte darüber, dass ukrainische und deutsche Interessen zwar in wichtigen Fragen in die gleiche Richtung gehen, aber nicht deckungsgleich sind. Je intensiver die NATO sich mit Material und Menschen an dem Krieg beteiligt, desto sicherer dürfte sich die Ukraine fühlen. Gleichzeitig lehnen in Deutschland laut einer [Meinungsumfrage](#) 72 Prozent die Entsendung von Soldaten, 58 Prozent die Bereitstellung der Marschflugkörper Taurus und 31 Prozent überhaupt Waffenlieferungen an die Ukraine ab.

Eine Verengung der Debatte auf einen militärischen Sieg der Ukraine als einzig akzeptable Option wirft in der Konsequenz die Frage auf, was getan werden soll, wenn sich dieser Erfolg nicht einstellt. Soll Russland auf dem Schlachtfeld besiegt und aus den besetzten Gebieten vertrieben werden, wird dies ohne massive weitere Eskalation – einschließlich des zumindest indirekten Einsatzes von Soldaten aus NATO-Ländern – nicht gelingen. Sie wäre mit langandauernden Kämpfen, hohen ukrainischen Verlusten und – bei erfolgreichen Geländegewinnen – mit dem Risiko einer russischen Waffenescalation verbunden.

Das tausendfache Sterben gebietet mehr als alles andere die Suche nach Wegen, den Krieg zu beenden, ohne dass die Ukraine verliert und ohne dass Russland gewinnt. Mützenichs Aufforderung, neben dem kleinteiligen Streit über einzelne zu liefernde Waffen auch darüber nachzudenken, ob außer einem kriegsentscheidenden militärischen Erfolg der Ukraine auch andere Wege zur Beendigung des Krieges führen könnten, ist kein Verrat an der ukrainischen Sache. Solche Überlegungen sind Teil einer unbedingt erforderlichen demokratischen Debatte, um auch weiterhin eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung für die Unterstützung der Ukraine zu gewinnen.

Seite E 117 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Die Gesellschaft darf die Friedensdiskussion nicht der AfD oder Sahra Wagenknecht überlassen.

Menschen verlieren das Vertrauen in Politik, die Opfer für unrealistische Ziele verlangt. Wenn ein vollständiger Sieg über Russland unerreichbar ist, dann ist ein bitterer Kompromiss, bei dem die Ukraine – unterstützt und abgesichert durch westliche Militär- und Wirtschaftshilfen – ihre Freiheit behält, aber Territorium verliert, möglicherweise eher ein Ziel, für das die langfristige Zustimmung der Bevölkerung gewonnen werden kann. Der russische Völkerrechtsbruch bleibt dabei fortbestehendes Unrecht. Wer die Debatte um solche imperfekten, aber dafür eventuell möglichen Lösungen aus dem Parlament und dem Meinungsmainstream empört verbannen möchte, wird erleben, wie sie sich umso mehr in sich selbst verstärkenden Blasen entfalten, wo dann auch die abwegigsten Ideen noch angeklickt, geliked und geteilt werden.

Alle Überlegungen zu Verhandlungslösungen bleiben allerdings abstrakt-hypothetisch, solange Russland nicht ernsthaft zu Verhandlungen bereit ist. Putin wird nicht freiwillig von seinen erklärten Zielen ablassen, die sich grob wie folgt zusammenfassen lassen: erstens Grenzverschiebung und Annektierung der Krim und der Ostukraine, zweitens ein Regimewechsel in Kiew und drittens die Errichtung eines demilitarisierten Vasallenstaates à la Belarus in der Restukraine. Russische Verhandlungsbereitschaft wird sich ergeben, wenn sich in Russland der Eindruck verstärkt, dass die Zeit militärisch, wirtschaftlich sowie innen- und außenpolitisch gegen Russland arbeite und die Punkte 2 und 3 unerreichbar seien.

Ergänzend zu den Waffenlieferungen an die Ukraine und den Sanktionen gegen Russland bedarf es zusätzlicher Bemühungen, um zu Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen zu kommen.

Ergänzend zu den Waffenlieferungen an die Ukraine und den Sanktionen gegen Russland bedarf es zusätzlicher Bemühungen, um zu Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen zu kommen. Die [von der Schweiz organisierte Friedenskonferenz](#) Mitte Juni, auf der erst einmal „nur“ über nukleare Sicherheit, humanitäre Aspekte wie die Rückführung von verschleppten Kindern und die Sicherheit von Nahrungsmitteltransporten unter Beteiligung möglichst vieler Länder gesprochen werden soll, ist hier ein wichtiges Bemühen, das unbedingt unterstützt werden sollte. Die interne Opposition gegen Putin – so schwach sie im Moment auch erscheint – gilt es zu ermutigen. Dazu gehören die Hilfe für Exilmedien und Exilorganisationen, das Angebot politischen Asyls für russische Kriegsdienstverweigerer und Deserteure, aber auch die Botschaft, dass es für ein Russland, das sich von Putin befreit, einen Weg zurück nach Europa gibt.

Außenpolitisch müssen Länder außerhalb der NATO-Strukturen gewonnen werden, sich für eine Lösung des Konflikts zu engagieren. Dass diese Länder sich bisher wenig bis gar nicht engagieren, liegt daran, dass ihre [nationalen Interessen und Prioritäten](#) andere sind als die westlichen. Ein [flammender Appell](#) der Bundesaußenministerin Annalena Baerbock wird hier zu keinem Umdenken führen. Insbesondere wenn sich deutsche Außenpolitik in anderen Fällen von überwältigenden Mehrheitsentscheidungen der Völkergemeinschaft unbeeindruckt zeigt.

Um Länder des Globalen Südens für eine Unterstützung der Ukraine zu gewinnen, muss es eine westliche Bereitschaft geben, deren Interessen zu verstehen.

Um Länder des Globalen Südens für eine Unterstützung der Ukraine zu gewinnen, muss es eine westliche Bereitschaft geben, deren Interessen zu verstehen. Ohne den Willen der

reichen Länder, die in vielfacher Weise in die regelgebundene internationale Ordnung eingewobenen strukturellen Ungerechtigkeiten zu überwinden, wird es nicht gelingen, den Globalen Süden im Namen der regelgebundenen internationalen Weltordnung von der Solidarität mit der Ukraine zu überzeugen.

Ob Deutschland und die EU China bewegen können, im Sinne des Friedens auf Russland einzuwirken, erscheint zweifelhaft; die Volksrepublik ist bisher sowohl wirtschaftlich als auch geopolitisch der große Gewinner dieses Konflikts. Dass es hier dennoch Möglichkeiten gibt, zeigt die Erklärung von Xi Jinping gegen den [Einsatz von Nuklearwaffen](#) im Krieg in der Ukraine während des Besuchs von Bundeskanzler Olaf Scholz in Peking im Herbst 2022. Auch wenn es bisher trotz intensiver Bemühungen nicht gelungen ist, China davon abzubringen, de facto an der Seite Russlands zu stehen, bleibt es wichtig, China glaubhaft zu verdeutlichen, dass sich ein chinesischer Beitrag zur Lösung der Krise positiv auf die chinesisch-europäischen Beziehungen auswirken würde.

Als zweitwichtigster Waffenlieferant der Ukraine kann Deutschland in vertraulichen Gesprächen mit Kiew und den Verbündeten Initiativen jenseits eines langanhaltenden Abnutzungskrieges ausloten. Wäre möglicherweise ein ukrainischer Vorschlag vorstellbar, der in keiner Weise die russischen Annektierungen anerkennt, aber einen Verzicht auf die militärische Rückeroberung der besetzten Gebiete anbietet, wenn Russland gleichzeitig eine NATO-Mitgliedschaft oder äquivalente westliche Sicherheitsgarantien für die freie Ukraine hinnimmt und einer Volksabstimmung unter UN-Kontrolle in den besetzten Gebieten über die Zugehörigkeit zu Russland oder zur Ukraine zustimmt? Solche oder ähnliche Überlegungen könnten Russland diplomatisch unter Zugzwang setzen und der Weltöffentlichkeit zeigen, dass die Ukraine – trotz der völkerrechtlich eindeutigen Lage – bereit ist, mit dem Aggressor über Wege zum Frieden zu verhandeln. Diplomatisch muss es um Initiativen und Lösungsvorschläge gehen, die Russland mehr als bisher international isolieren und den weltweiten Druck auf Russland erhöhen, die Kriegshandlungen einzustellen.

Die reale Macht, wirklich abschreckend zu eskalieren, haben militärisch sowieso nur die USA.

Westliche militärische [Eskalationsbereitschaft](#) ist eine andere Option, um den Verhandlungsdruck auf Russland zu erhöhen. Allerdings ist Eskalation immer ein Spiel mit dem Feuer. Die reale Macht, wirklich abschreckend zu eskalieren, haben militärisch nur die USA. Dass die USA bisher nur zurückhaltend eskalieren, dürfte daran liegen, dass sie die Ukraine zwar aus geopolitischen Gründen und aus westlichem Werteverständnis schützen wollen, aber gleichzeitig die Gefahr einer Ausweitung des Krieges und eine mögliche Nukleareskalation verhindern wollen. Diese vorsichtige Entschlossenheit, die auch von der Bundesregierung verfolgt wird, als ängstliches Zaudern zu kritisieren, wird dem Ernst der Lage nicht gerecht.

Die Freigabe des 60-Milliarden-US-Dollar-Pakets durch den US-Kongress und die massive europäische und insbesondere deutsche Unterstützung werden, so ist zu hoffen, die Front stabilisieren, Russland die Hoffnung auf eine „günstigere Position“ nehmen und dort die Bereitschaft erhöhen, nach Lösungen auf der Grundlage eines militärischen Patts zu suchen.

Wie man möglicherweise als ersten Schritt auf dem Weg zum Frieden den Konflikt einfrieren kann, ist eine legitime und notwendige Frage. Wenn diese nicht abstrakt-hypothetisch bleiben soll, muss der Frage eine Antwort folgen, durch welche Kombination von politischem Druck, militärischer Unterstützung, diplomatischen Allianzen, Verhandlungsrahmen und

Kompromissvorschlägen der Weg zum Einfrieren und Beenden des Krieges begonnen werden könnte. Dies erfordert vertrauliche Diplomatie – und öffentliche Debatte.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/gebote-der-realpolitik-7506/?utm_campaign=de_40_20240522&utm_medium=email&utm_source=newsletter

03) Eine Frage der Existenz. Die ukrainische Armee braucht neue Soldaten. Doch die Maßnahmen der Regierung sind wenig erfolgversprechend und drohen, die Gesellschaft zu spalten

Von Anastasia Magazowa



Anastasia Magazowa, Berlin

Anastasia Magazowa ist eine ukrainische Journalistin und Politikwissenschaftlerin, die seit 2013 als Korrespondentin für verschiedene deutsche Medien über die Ukraine schreibt, darunter die *Deutsche Welle* und die *tageszeitung*.

07.05.2024



Rekrutierung von Freiwilligen in der Ukraine: Wer will noch an die Front? *picture alliance / Sipa USA Sopa Images.*

Die militärische und politische Führung der Ukraine klagt schon seit Langem über akuten Soldatenmangel. Offizielle Verlautbarungen zu ihren Verlusten an der Front gibt es von ukrainischer Seite nicht, aber nach verschiedenen Schätzungen geht die Zahl der Getöteten und Verletzten in die Zehntausende. Diese Verluste müssen aufgefangen werden. Zudem brauchen die Kämpfenden nach über zwei Jahren Fronteinsatz Entlastung durch Rotation.

Die ukrainische Regierung sucht nach möglichen Lösungen für das Problem. Eine davon besteht darin, die Männer zurückzuholen, die sich außer Landes aufhalten.

Mitte April [erklärte](#) Außenminister Dmytro Kuleba, sein Ministerium arbeite an einer Strategie für den Umgang mit Ukrainern, die im Ausland leben. Der Außenamtschef ist überzeugt: Wenn die Ukraine mit diesen Staatsbürgern nicht anders verfährt als bisher, werden sie sich in ihren Aufenthaltsländern sehr schnell assimilieren – wobei er offen zugab, dass er Zweifel hat, ob die ausgereisten Ukrainer dem Wunsch ihres Landes nachkommen und wirklich in ihre Heimat zurückkehren werden. Die neue Strategie, so betont das Außenministerium, solle bewirken, dass diese Menschen – zumindest mental – Ukrainer bleiben und in ihren neuen Ländern zu Anwälten der Ukraine werden können.

Die jüngsten Schritte des Außenministeriums widersprechen allerdings nicht nur den Absichtserklärungen der Regierung, sondern stießen bei den Ukrainerinnen und Ukrainern, die sich vorübergehend oder dauerhaft außerhalb der Ukraine aufhalten, auf heftige Kritik.

Am 23. April wurden auf einmal die Konsulardienste für ukrainische Männer im wehrfähigen Alter eingestellt, wobei es keine Rolle spielt, seit wann und mit welchem Status sie sich im Ausland aufhalten. Vor allem geht es um die Ausstellung oder Verlängerung von Personalausweisen und Reisepässen. Später teilte das Außenministerium mit, diese Dokumente würden nicht mehr ins Ausland übersendet und dort ausgehändigt, sondern nur noch auf ukrainischem Staatsgebiet ausgestellt und ausgegeben. Das Außenamt spricht von einer vorübergehenden Maßnahme; angeblich werden die Abläufe für das Erbringen von Konsulardiensten vorerst nicht mit dem neuen Mobilmachungsgesetz in Einklang gebracht, das am 18. Mai 2024 in Kraft treten soll. Mit diesem Gesetz werden nicht nur die wesentlichen Aspekte der Mobilmachung für die ukrainische Armee geregelt, sondern auch Beschränkungen für Wehrpflichtige eingeführt, die sich im Ausland aufhalten und ihre Daten nicht fristgerecht an die Wehrbehörden gemeldet haben. Nach dem [neuen Gesetz](#) dürfen Konsulardienste für Männer zwischen 18 und 60 Jahren nur noch erbracht werden, wenn sie ihre personenbezogenen Daten auf den aktuellen Stand gebracht haben.

Bürgerrechtler und Juristen kritisierten diesen Beschluss der Regierung als diskriminierend und verfassungswidrig.

Diese Aktualisierung muss innerhalb von 60 Tagen nach Inkrafttreten des Gesetzes erfolgen – also bis Mitte Juli. Doch die konsularischen Dienstleistungen für Männer im wehrfähigen Alter wurden schon vor Inkrafttreten des Gesetzes eingestellt. Die offizielle Begründung: Das Außenministerium schaffe es nicht, die eingegangenen Anträge zu bearbeiten, bevor das Gesetz in Kraft tritt.

Bürgerrechtler und Juristen kritisierten diesen Beschluss der Regierung als diskriminierend und verfassungswidrig. Doch das Außenministerium hält unbeirrt an seiner Position fest: „Ein Mann, der im wehrfähigen Alter ins Ausland gegangen ist, hat seinem Land damit signalisiert, dass es ihm egal ist, ob dieses Land überlebt. Und dann kommt er und will von diesem Staat Leistungen erhalten. So geht das nicht. Unser Land befindet sich im Krieg“, kommentierte Minister Kuleba seine Entscheidung. Es gehe um die Wiederherstellung der Gerechtigkeit zwischen den Wehrpflichtigen in der Ukraine und den Wehrpflichtigen im Ausland, denn ein Auslandsaufenthalt entbinde die Staatsbürger nicht von ihren Pflichten gegenüber ihrem Heimatland.

Einige europäische Länder haben sich bereiterklärt, der Ukraine bei der Rückholung ukrainischer Männer in die Ukraine behilflich zu sein. Ohne ins Detail zu gehen, erklärte

Seite E 121 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Polens Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz, sein Land sei bereit, der Ukraine in jeder Weise in diesem Prozess zu helfen, und habe dies zuvor schon von sich aus angeboten. Auch sein litauischer Amtskollege Laurynas Kasčiūnas meint, man müsse darüber nachdenken, wie man der Ukraine bei der Rückholung der Männer im wehrfähigen Alter helfen könne.

Bislang ist allerdings nicht klar, wen die europäischen Verteidigungsminister mit „Männer im wehrfähigen Alter“ genau meinen: Geflüchtete? Oder jene, die widerrechtlich ausgereist sind, um ihrer Einberufung zu entgehen? Oder alle Männer, die einen ukrainischen Pass haben und sich – egal seit wann – außer Landes aufhalten?

Es scheint allerdings wenig wahrscheinlich, dass die europäischen Regierungen in Aktion treten und diese Männer zur Ausreise zwingen werden.

Da die Beschränkungen ohne Ausnahme für alle ukrainischen Männer gelten, geht es der ukrainischen Regierung offenbar darum, sich ein vollständiges Bild von ihren potenziellen Mobilmachungsressourcen zu machen. Eurostat schätzt die Zahl der ukrainischen Staatsbürger, die sich im Januar 2024 in den Ländern der EU aufhielten, auf 4,3 Millionen, davon 860 000 Männer. Es scheint allerdings wenig wahrscheinlich, dass die europäischen Regierungen in Aktion treten und diese Männer zur Ausreise zwingen werden.

In Berlin heißt es gar, die Entscheidung des ukrainischen Außenministeriums, die Konsulardienste einzustellen, habe keinen Einfluss auf den Flüchtlingsstatus ukrainischer Männer. Das Berliner Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten kann in besonderen Fällen sogar einen Passersatz in Form eines Reiseausweises ausstellen, wenn das ukrainische Konsulat einem Mann keinen Pass ausstellt, weil er sich weigert, Militärdienst zu leisten.

Der dringende Ruf nach Gerechtigkeit wird in der ausgelaugten ukrainischen Bevölkerung immer lauter.

Der Erlass des ukrainischen Außenministeriums sorgte nicht nur für Kritik und Unmut bei den unmittelbar Betroffenen, sondern auch für erbitterte Diskussionen in der Ukraine selbst. Der dringende Ruf nach Gerechtigkeit wird in der ausgelaugten ukrainischen Bevölkerung immer lauter. Die Ehefrauen, Mütter und Töchter derer, die an der Front kämpfen, schauen verständnislos zu, wie ukrainische Männer im wehrfähigen Alter unbehelligt durch Europas Städte spazieren. Sie fragen sich, was diese Leute dort machen – und immer mehr Frontkämpfer fragen sich angesichts solcher Bilder, warum die einen im Ausland sind und die anderen im Schützengraben, wo russische Fliegerbomben einschlagen.

Andererseits wird der Beschluss der ukrainischen Regierung dem dringenden Wunsch nach Gerechtigkeit wohl kaum gerecht werden können. Er wird in erster Linie dazu führen, dass die Auslandsukrainer sich noch stärker von ihrem Staat entfremden, und die Polarisierung zwischen Ausgereisten und Daheimgebliebenen verstärken. Abgesehen vom moralischen Aspekt des Problems und von der komplett desaströsen Kommunikation der ukrainischen Regierung mit ihren Landsleuten im Ausland, wird die Ukraine wohl auch kaum in der Lage sein, einen effektiven Mechanismus für die Rückholung der Männer ins Land zu entwickeln und dafür zu sorgen, dass mehr Ukrainer sich den Streitkräften anschließen. Auch werden die illegal aus der Ukraine Ausgereisten vermutlich kaum zurückkommen, um sich Ausweise ausstellen zu lassen oder ihre personenbezogenen Daten zu aktualisieren. Die meisten, die aus patriotischen Motiven zurückkehren und ihr Heimatland verteidigen wollen, haben das bereits getan – und für diejenigen, die seit Langem im Ausland leben und ihren ukrainischen Pass behalten haben, ist die neue Regelung ein Anstoß, schneller die Staatsbürgerschaft in ihrem Aufenthaltsstaat zu erlangen.

Seite E 122 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Die ukrainische Regierung sollte ihre Energie nicht darauf verwenden, gegenüber den Auslandsukrainern diskriminierende Regelungen zu beschließen.

Dass man nicht an der Front kämpfen will, ist ebenso nachvollziehbar und offensichtlich wie die Tatsache, dass die Ukraine einen existenzbedrohenden Krieg gegen einen um ein Vielfaches stärkeren Feind führt. Die Ukraine braucht schlicht und einfach Menschen, die die Technik bedienen können, um deren Lieferung das Land seine Partner seit Langem inständig bittet. Doch der Überlebenskampf, der schon genug schwere moralische Zielkonflikte mit sich bringt, darf nicht mit schlecht durchdachten und kurzsichtigen Entscheidungen belastet werden, die am Ende das Gegenteil dessen bewirken, was erreicht werden soll.

Die ukrainische Regierung sollte ihre Energie nicht darauf verwenden, gegenüber den Auslandsukrainern diskriminierende Regelungen zu beschließen, sondern die Voraussetzungen für ein nachvollziehbares und transparentes Mobilmachungsverfahren schaffen. Als Erstes könnte sie den Bürgerinnen und Bürgern die unpopulären Entscheidungen, die die Kriegssituation gebietet, besser vermitteln und erklären. Zwei Jahre nach Beginn der russischen Großinvasion ist die Motivation der Ukrainer, sich freiwillig für die militärische Verteidigung des Landes mobilisieren zu lassen, erheblich gesunken. Daran wird sich erst etwas ändern, wenn die Arbeitsweise der Wehrämter sich nicht nur auf dem Papier, sondern tatsächlich qualitativ verbessert, genauso wie auch die Informationsarbeit gegenüber der Bevölkerung. Dadurch würde das Bewusstsein dafür, dass der ukrainische Staat in seiner Existenz bedroht ist, wieder geschärft und die Motivation der Menschen, ihn zu verteidigen, erhöht.

Aus dem Russischen von Andreas Bredenfeld

https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/eine-frage-der-existenz-7494/?utm_campaign=de_40_20240507&utm_medium=email&utm_source=newsletter

R u s s l a n d (Seiten E 123 – E 140)

01) Atmosphäre der Angst. Jeder denunziert jeden: In Russland nehmen „Bürgerbeschwerden“ stark zu. Die Gesellschaft nimmt den Rückfall in den Stalinismus stoisch hin

Von Daria Boll-Palievskaya



Daria Boll-Palievskaya

Düsseldorf

Daria Boll-Palievskaya ist freie Journalistin und Autorin. Sie ist Redakteurin der unabhängigen Online-Zeitung *rusland.NEWS* und schreibt u.a. für *Zeit Online* und den MDR.

27.05.2024



Der russische Künstler Vasily Slonov posiert 2013 mit einem Ausstellungsstück seines Projektes „Die Geschichte Russlands im 20. Jahrhundert: Von Lenin zu Putin“. - *picture alliance / Reuters / Ilya Naymushin*

Die rhetorische Frage des Exilschriftstellers Sergej Dowlatow (1941–1990) über die stalinistischen Repressionen klingt im heutigen Russland beängstigend aktuell: „Ich frage mich: Wer hat vier Millionen Denunziationen geschrieben?“ Anschwärmungen hat es schon immer in allen Gesellschaften gegeben. Mit dem Beginn der sogenannten militärischen Spezialoperation hat sich in Russland jedoch ein regelrechter Boom des gegenseitigen Meldens entwickelt, den der russische Journalist Alexander Pluschew als „Meisterschaft des Denunzierens“ bezeichnete. Jeder denunziert jeden: Abgeordnete der Staatsduma die Journalisten, Lehrer ihre Schüler, Eltern die Lehrer, Gläubige ihre Priester, Studenten ihre Professoren, Patienten ihre Ärzte, Zuschauer die Schauspieler und alles umgekehrt: „Wachsame Bürger“ denunzieren ihre Mitbürger.

Fast täglich berichten russische Exilmedien über neue Fälle von Denunziationen, die von absurd bis schrecklich reichen. Eine junge Frau wurde angezeigt, weil ihre Ohrringe die Farben der ukrainischen Flagge hatten, und eine weitere, weil sie sich in einer gelben Jacke vor einem blauen Himmel fotografieren ließ. Diese Fälle wären fast amüsant, hätten sie nicht teils schwerwiegende strafrechtliche Folgen für die Betroffenen. So wurde beispielsweise ein Strafverfahren gegen die Kinderärztin Nadeschda Bujanowa wegen des Verbreitens von Fake News über die russische Armee eingeleitet. Die Ärztin soll unangemessene Bemerkungen über den in der Ukraine gefallenen Mann einer Patientin gemacht haben, die sie sofort anzeigte. Die Polizei durchsuchte daraufhin die Wohnung der 67-jährigen Ärztin, beschädigte ihre Möbel und entfernte sogar Tapeten.

Ein gewisser Juri Samojlow wurde außerdem von einem Moskauer Gericht für 14 Tage wegen der Verbreitung „extremistischer Materialien“ festgehalten: Ein Passagier in der U-Bahn hatte ihn gemeldet, weil er auf seinem Smartphone etwas gesehen haben will, was die russische Armee „diskreditiert“ haben soll. Nur wenige Stationen später wurde Samojlow von der Polizei festgenommen.

Im Russischen werden Denunzianten verächtlich „Stukači“ („Klopfer“) genannt, ein Begriff aus dem Gefängnisjargon. In Putins Russland gibt es eine ganze Reihe professioneller „Klopfer“, die mit Freude ihrer Tätigkeit nachgehen. Eine Denunziantin wurde bekannt, weil sie sich auf einen Schriftwechsel mit der Anthropologin [Alexandra Archipowa](#) einließ. Sie nennt sich Anna Korobkowa und hat im Laufe des Krieges 1 300 Meldungen bei den Behörden gemacht, acht davon gegen Archipowa. Korobkowa versteht sich als „professionelle, unbezahlte Denunziantin“ und berichtet stolz, dass sie den Behörden neben „ausländischen Agenten“ auch Anti-Kriegs-Graffiti an öffentlichen Plätzen meldet. Ihre Motivation erklärt sie damit, im Falle einer Niederlage Russlands mit ihren Steuern keine Reparationszahlungen an die Ukraine leisten zu wollen.

Seit Beginn des Krieges in der Ukraine wurden Dutzende russische Künstler, Blogger und TikToker zu „ausländischen Agenten“ erklärt.

Während Anna Korobkowa sich hinter ihrer Anonymität versteckt (es gibt Spekulationen, dass sie ein Troll sein könnte), betreiben viele andere das Denunzieren völlig offen. So wie Jekaterina Mizulina, Chefin der sogenannten *Safe Internet League*, die sich für Zensur im Internet einsetzt. Durch ihr Wirken wurden seit Beginn des Krieges in der Ukraine Dutzende russische Künstler, Blogger und TikToker zu „ausländischen Agenten“ erklärt. Im April 2022 forderte Mizulina, deren Mutter Senatorin ist, die Generalstaatsanwaltschaft dazu auf, Wikipedia auf den Straftatbestand der Verbreitung falscher Informationen über den Einmarsch Russlands in der Ukraine hin zu überprüfen. Aufgrund der „Cyber-Klopferin“, wie sie gerne von Journalisten genannt wird, werden Konzerte abgesagt, Strafverfahren eröffnet und Leben ruiniert. Die selbstproklamierte Patriotin mit dem Aussehen einer Barbiepuppe ist ein Internetstar, besonders beliebt bei den jungen Russen. *Reels* mit ihr auf TikTok werden millionenfach aufgerufen. „Eine Streamerin aus Krasnodar, die die Armee in ihren Livestreams diskreditierte, wurde festgenommen. Sie entschuldigt sich für ihre Handlungen“ – mit solchen Meldungen betreibt Mizulina ihren Telegram-Kanal, der rund 700 000 Follower hat. Seit Jahresbeginn tourt sie durch Russland und tritt an Universitäten auf. In den russischen sozialen Netzwerken verbreitete sich ein Video, auf dem sie bei einem Auftritt in Jekaterinburg einem Studenten mit einem Strafverfahren wegen „Diskreditierung der Armee“ droht, weil dieser die Notwendigkeit des Militärdienstes infrage gestellt hatte.

Das alarmierende Problem ist jedoch nicht Mizulina selbst, sondern die Tatsache, dass solche Informanten reale Macht ausüben und sich als Entscheider über menschliche

Seite E 125 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Schicksale aufführen. Sie brauchen nur jemanden zu tadeln – schon entschuldigt sich die Person demütig. Sie schreiben an die Generalstaatsanwaltschaft – sofort wird diese tätig.

In stalinistischen Zeiten wurde Denunziation regelrecht gefördert. So [erklärte Stalin](#) im Jahr 1937: „Jedes Parteimitglied, jeder ehrliche Parteilose, jeder Bürger der UdSSR hat nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, über Missstände, die er bemerkt, zu berichten.“ Dabei wird die Zahl aus dem berühmten Dowlatow-Zitat nicht bestätigt – es gibt keine Studien darüber, wie viele Denunziationen tatsächlich erfolgt sind. Aber selbst wenn der Schriftsteller Recht hatte, wäre die Zahl von vier Millionen in einem Land mit einer Bevölkerung von 162 Millionen nicht besonders hoch. Dabei war das Denunzieren während des Großen Terrors eine Art „Informationshintergrund“, da in sowjetischen Zeitungen ständig Enthüllungsartikel über „Volksfeinde“ veröffentlicht wurden.

In stalinistischen Zeiten wurde Denunziation regelrecht gefördert.

Wie sehr die Anzahl der Meldungen seit dem 24. Februar 2022 zugenommen hat, ist ebenfalls nicht bekannt. Die [letzten Daten](#) der russischen Medienaufsichtsbehörde *Roskomnadzor* stammen vom ersten Halbjahr 2022, als 144 835 „Bürgerbeschwerden“ registriert wurden – 25,5 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Jahres 2021. Laut *Roskomnadzor* ging es bei den meisten dieser „Bürgeranfragen“ um die „Verbreitung von Fake News“ über Handlungen der russischen Armee oder um „pro-ukrainische Propaganda“. Doch kann man die zunehmend vergiftete Atmosphäre überhaupt anhand solcher Zahlen darstellen? Der Strom von Anzeigen an die Strafverfolgungsbehörden ist jedenfalls inzwischen so groß, dass die Duma-Abgeordneten der Partei „Neue Leute“ [einen Gesetzentwurf](#) zur Bestrafung von Serien-Denunziationen eingebracht haben. Der Vorsitzende der Partei, Wladislaw Dawankow, schlug vor, das Gesetz „Mizulina-Gesetz“ zu nennen. Sie habe bewiesen, dass es Zeit sei, den Anzeigenwellen ein Ende zu setzen, schrieb er in seinem Telegram-Kanal. Der Gesetzestext wurde bereits im Februar der Regierung vorgelegt. Seitdem hat man jedoch nichts mehr davon gehört.

Laut einer im April dieses Jahres von der [Nowaja Gaseta](#) durchgeführten Umfrage stehen 38 Prozent der Russen dem Denunziantentum sehr negativ gegenüber, 17 Prozent sind gleichgültig und nur fünf Prozent befürworten es. Die Zahlen scheinen eher zu beruhigen als zu alarmieren. Jedoch machen die Autoren der Studie darauf aufmerksam, dass unter den Studenten nur 24 Prozent eine stark ablehnende Haltung gegenüber Denunziationen haben und 41 Prozent ihnen gleichgültig gegenüberstehen. Hierfür gibt es mehrere Erklärungen. Zum Beispiel, dass die junge Generation, die es gewohnt ist, ständig Online-Bewertungen über verschiedene Produkte und Dienstleistungen zu verfassen, eher nicht darüber nachdenkt, welche Konsequenzen das Anschwärzen hat.

Die *Nowaja Gaseta* hebt jedoch noch einen anderen Aspekt hervor: „Fast alle Befragten neigen dazu, die Anpassung an die Erfordernisse der Zeit für eine durchaus akzeptable Verhaltensnorm zu halten.“ In der russischen Gesellschaft, die bereits vor dem Krieg stark zersplittert war, entsteht zunehmend eine Atmosphäre von Argwohn und Angst. Wie zu Sowjetzeiten überlegen die Menschen genau, wem sie wo was sagen können. Viele wählen den Weg der Anpassung.

Eins steht fest: Der Staat trägt maßgeblich zu der neuen Ära der Denunziation bei. Durch die Verabschiedung immer neuer Gesetze, die die Meinungsfreiheit einschränken und die Strafverfolgung von vermeintlichen Fake News über die Armee ermöglichen, entsteht ein Klima der Angst und des Misstrauens in der Gesellschaft. Wie vor fast 90 Jahren ist die Suche nach „inneren Feinden“ eröffnet, und die Machthaber erheben das Denunziantentum

zu einer gesellschaftlichen Norm. Und genau wie damals ist das Anschwärzen ein Werkzeug der politischen Repression. Dowlatow beantwortete seine Frage nach den Urhebern der Millionen von Denunziationen selbst: „Sie wurden von einfachen sowjetischen Menschen geschrieben. Bedeutet das, dass die Russen eine Nation von Denunzianten und Spitzeln sind? Ganz und gar nicht. Es waren bloß Tendenzen des historischen Moments.“ Sein trauriges Fazit scheint sich heute wieder zu bestätigen.

https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/atmosphaere-der-angst-1-7525/?utm_campaign=de_40_20240528&utm_medium=email&utm_source=newsletter

02) Russische Zwickmühle. Mit der Eröffnung einer neuen Front setzt Moskau die Ukraine unter Druck. Eine Besserung der Lage ist erst 2025 zu erwarten

Von Michael Kofman & Rob Lee



Michael Kofman, Washington

Michael Kofman ist seit 2023 *Senior Fellow* des Programms zu Russland und Eurasien am *Carnegie Endowment for International Peace* mit Fokus auf Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Zuvor war er unter anderem Leiter des Programms zu Studien über Russland am *Center for Naval Analyses*. Dort forschte er zu den Fähigkeiten und Strategien des russischen Militärs



Rob Lee

Rob Lee ist *Senior Fellow* des Programms zu Eurasien am *Foreign Policy Research Institute*. Zuvor war er unter anderem *Visiting Fellow* am *Centre for Analysis of Strategies and Technologies*, einer russischen Denkfabrik mit Fokus auf Verteidigungspolitik

24.05.2024



Die Ukraine ist in der Defensive. Eine Besserung der Lage ist erst ab dem kommenden Jahr zu erwarten.

Die russischen Streitkräfte haben bei ihrem Angriff auf die Ukraine eine [neue Front](#) eröffnet. Bei ihrer Offensive in der Region Charkiw rückten die russischen Streitkräfte seit Mitte Mai rasch um mehrere Kilometer vor. Sie konnten einige Dörfer zurückerobern, die während der erfolgreichen ukrainischen Gegenoffensive im September 2022 bereits befreit worden waren. Die Hauptverteidigungslinie im Osten der Stadt haben sie allerdings noch nicht erreicht, die von besser ausgerüsteten und erfahreneren Brigaden gehalten wird. Aber die Lage ist ernst.

Mit der Bedrohung der zweitgrößten Stadt der Ukraine hofft Russland, die ukrainischen Streitkräfte im Osten zu binden und die Front an anderer Stelle zu entblößen. Für die Ukraine gilt es nun, schnellstmöglich die Front zu stabilisieren und einen größeren Durchbruch zu verhindern, zu dem die russischen Truppen möglicherweise in der Lage wären. Doch das angegriffene Land sieht sich gleichzeitig mit einer ganzen Reihe von Herausforderungen konfrontiert, die sich seit dem letzten Jahr aufgestaut haben und nicht leicht zu lösen sind. Obwohl mit der Verabschiedung des [Hilfsprogramms](#) im US-Kongress kürzlich Milliarden zur Unterstützung für Kiew freigegeben wurden, wird sich die Lage zunächst verschlechtern. Eine Besserung ist erst langfristig möglich.

Russlands Ziel ist nicht die Eroberung von Charkiw, sondern die Bedrohung der Stadt durch den Vormarsch seiner Truppen und deren Artilleriebeschuss. Da die russische Armee gar nicht über genügend Soldaten verfügt, um die Stadt selbst anzugreifen, zielt die Operation darauf, die Ukraine in eine Zwickmühle zu bringen. Die ukrainischen Verteidigungslinien sind jetzt schon relativ dünn besetzt. Wenn die russische Attacke kampferprobte ukrainische Truppen und Reserven zur Verteidigung nach Charkiw lenkt, schwächt sie damit andere Teile der Front. Russland fokussiert sich nämlich weiterhin darauf, den Rest des Donbass im Osten der Ukraine zu erobern und dort strategische Knotenpunkte und größere Städte einzunehmen.

Die russische Offensive erwischt die Ukraine in einer Zeit der Schwäche.

In den vergangenen Tagen wurden bereits einige ukrainische Einheiten vom Donbass nach Charkiw verlegt, und offenbar setzt die Militärführung auch einzelne Bataillone ein, um andere Teile der Front zu verstärken. Damit geht sie das Risiko ein, dass ihre Truppen im Donbass noch verletzlicher dastehen, sollte Russland seine Reserven in diese Richtung lenken. Die russischen Streitkräfte üben zudem Druck auf Kupiansk im Osten von Charkiw

Seite E 128 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

aus, ebenso wie auf die Region Saporischschja im Süden. Möglicherweise stehen auch Vorstöße entlang der Grenze im Norden in die Regionen Sumy und Tschernihiw bevor.

Die russische Offensive erwischt die Ukraine in einer Zeit der Schwäche. Seit dem letzten Herbst sieht sich das Land vor drei eng miteinander verknüpfte Probleme gestellt: Es fehlt an Munition, Soldaten und Befestigungsanlagen. Bei der Befestigung der Verteidigungslinien hat das Militär im Frühjahr Fortschritte gemacht, und das Hilfspaket aus den USA sollte dem Munitionsmangel abhelfen. Doch die Zahl der Soldaten sinkt weiterhin, vor allem an entscheidender Stelle: in der Infanterie.

Die Gegenoffensive der Ukraine im vergangenen Sommer endete vor allem aufgrund der Abnutzung der Infanterie, und seitdem ist es nicht gelungen, diese Verluste zu ersetzen. Das bedeutet in der Praxis, dass die Schützengräben oft zu knapp besetzt sind und es nicht genügend Infanteristen gibt, um für regelmäßige Ablösung zu sorgen, so dass Erschöpfung vorprogrammiert ist. Das hat auch die gefährliche Folge, dass sich die ukrainischen Männer nicht mehr freiwillig melden. Viele Brigaden sind unterbesetzt und zahlreiche Soldaten bereits über 40 Jahre alt.

Die aktuelle Situation ist die Folge politischer Entscheidungen, eines löchrigen Mobilisierungssystems und vieler Monate politischen Stillstands.

Natürlich fehlt es der Ukraine nicht an Männern. Die aktuelle Situation ist die Folge politischer Entscheidungen, eines löchrigen Mobilisierungssystems und vieler Monate politischen Stillstands. Erst vor Kurzem wurde [eine Reihe von Mobilisierungsgesetzen](#) erlassen, um das Rekrutierungspotenzial zu erhöhen. [Das Wehralter](#) wurde gesenkt, [Strafen für Kriegsdienstflüchtige](#) eingeführt; [manchen Straftätern](#) wurde der Dienst an der Waffe gestattet und weitere Anreize für Freiwillige wurden geschaffen. Diese Maßnahmen haben durchaus das Potenzial, die Personalprobleme der ukrainischen Armee zu lösen, doch es kommt auf ihre tatsächliche Durchsetzung an. In jedem Fall wird es Monate dauern, bis sich die Lage verbessert.

Da das ukrainische Militär nicht über genügend Soldaten und Munition verfügt, reagiert es auf die russischen Durchbrüche, indem es die besten Brigaden und Eliteeinheiten an die jeweils betroffenen Frontabschnitte verlegt. Dieser Feuerwehr-Ansatz, der bereits in den Schlachten um Bachmut und Awdijiwka erprobt wurde, bedeutet aber auch, dass die besten Einheiten nicht genug Zeit bekommen, sich auszuruhen und zu regenerieren. Die Militärführung greift auch zu dem Mittel, einzelne Bataillone unsystematisch ohne den Rest ihrer Brigade zu verlegen, um bestimmte Frontabschnitte zu verstärken. Das sind kurzfristige Lösungen mit langfristigen Folgen, da sich diese Einheiten im Lauf der Zeit stark abnutzen.

Auf der anderen Seite ist es Russland gelungen, seine Personalprobleme vom letzten Jahr zu beheben. Derzeit werden pro Monat etwa [30 000 Mann](#) rekrutiert. Viele dieser Rekruten sind nicht unbedingt ideale Soldaten und ebenfalls um die 40 Jahre alt. Doch seine zahlenmäßige Überlegenheit, verbunden mit verstärktem Artillerie- und Drohnenbeschuss sowie Gleitbomben, hat Russland einen quantitativen Vorteil beschert.

Die derzeitige russische Überlegenheit ist nicht unbedingt kriegsentscheidend.

Trotzdem ist die derzeitige russische Überlegenheit nicht unbedingt kriegsentscheidend. Die mangelnde Qualität seiner Truppen und der Verlust vieler Führungskräfte haben die Fähigkeit des russischen Militärs eingeschränkt, groß angelegte Operationen durchzuführen. Deshalb fällt es den russischen Streitkräften derzeit auch schwer, ihre

Vorstöße zu Durchbrüchen auszuweiten, und bis jetzt konnten sie keine bedeutenderen Fortschritte verzeichnen. Zudem verheizt Russland derzeit Ausrüstung, die vor allem aus Lagerbeständen stammt, und wird 2025 mit Materialmangel rechnen müssen.

Trotz der Verabschiedung des US-Hilfspakets steht der Ukraine ein schwieriges Jahr bevor. Die amerikanische Unterstützung hat der Ukraine zeitlichen Spielraum verschafft und deutlich gemacht, welche Mittel zur Verfügung stehen. Diese Gelder könnten ausreichen, damit die Ukraine standhalten und im besten Fall das Angriffspotenzial ihrer Streitkräfte wiederherstellen kann. Das ist eine Chance. Doch die Zukunft hängt davon ab, wie der Westen – der bei Training, Aufklärung und weiterer Unterstützung eine zentrale Rolle spielt – und die Ukraine diese Chance nutzen können.

Wenn es der Ukraine in diesem Jahr gelingt, die russischen Vorstöße auf bescheidene Gebietsgewinne zu beschränken, dann wird sich das Gelegenheitsfenster für Moskau voraussichtlich schließen und Russlands relative Überlegenheit ab 2025 abnehmen. Doch es geht nicht allein darum, dass das ukrainische Militär Munition und Waffen aus dem Westen bekommt, sondern es muss auch seine Truppen effizient verwalten und die Dauerprobleme des Personalmangels und der Befestigung der Verteidigungsanlagen angehen. Während die Ukraine sich weiterhin selbst verteidigt, muss sie zur selben Zeit daran arbeiten, ihre Streitkräfte neu aufzubauen. In den kommenden Monaten steht viel auf dem Spiel.

Dieser Artikel erschien zuerst in der [New York Times](#).

Aus dem Englischen von Sabine Jainski

https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/russische-zwickmuehle-7520/?utm_campaign=de_40_20240524&utm_medium=email&utm_source=newsletter

03) Experiment ohne Erfolgsgarantie. Putin kann mit seiner Kabinettsumbildung zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Ein Außenseiter wird überraschend neuer Verteidigungsminister

Von Tatiana Stanovaya



Tatiana Stanovaya, Berlin

Tatiana Stanovaya ist *Senior Fellow* am *Carnegie Russia Eurasia Center*. Sie ist außerdem Gründerin des politischen Analyseunternehmens *R.Politik. Reality of Russian Politics* und Mitglied der französisch-russischen Handelskammer.

17.05.2024



Neue Amtszeit, neue Regierung: Wladimir Putin will die Kriegswirtschaft optimieren.-
picture alliance / Associated Press / Sergei Bobylev

Wladimir Putins erste Personalentscheidung nach der offiziellen Einführung in seine [fünfte Amtszeit als Präsident](#) war die erneute Nominierung von Michail Mischustin als Ministerpräsident – die russische Verfassung schreibt vor, dass vor der Amtseinführung des Präsidenten die Regierung zurücktreten muss. Auch die meisten Minister werden ihre bisherigen Ressorts behalten. Eine Überraschung hatte Putin allerdings doch auf Lager: Der Wirtschaftsfachmann Andrej Beloussow, bisher stellvertretender Ministerpräsident, wird Verteidigungsminister. Sein Amtsvorgänger Sergej Schoigu rückt an die Spitze des Sicherheitsrats und löst dort den mächtigen Nikolaj Patruschew ab.

Die Ersetzung Schoigus durch Beloussow ist die entscheidende Veränderung im neuen Kabinett Putins. Alle anderen Umbesetzungen dienen nur dazu, für die durch diese Änderung ausgetauschten Personen neue Posten zu finden. Putin konnte mit dem Stühlerücken zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Er entledigt sich des unpopulären Schoigu und beauftragt Beloussow mit der Optimierung der Kriegswirtschaft.

Schoigus Entlassung ging ein Konflikt zwischen Verteidigungsministerium und militärisch-industriellem Komplex voraus, der immer weitere Kreise zog. Generäle der Armee klagen über schleppende Produktion, Qualitätsmängel bei Waffen und Ausrüstung sowie über Schwierigkeiten bei der Wartung und Instandhaltung. Die Chefs der Rüstungsindustrie wiederum werfen der Armee vor, sie sei korrupt und habe unrealistische Erwartungen. In solchen Streitigkeiten schlägt Putin sich ungern auf eine Seite und versucht stattdessen, die Beziehungen neu auszutarieren und die Beteiligten mit Macht dazu zu bringen, dass sie produktiver zusammenarbeiten.

Beloussows Nominierung hat ganz offenbar eine gewisse Logik, dürfte aber gleichwohl ein Experiment sein.

Beloussow, der bis dahin für „technologische Souveränität“, Innovation und die Beaufsichtigung der Drohnenproduktion zuständig war, rückt nun in den Fokus. Von ihm weiß man, dass er nicht nur ein erfahrener Ökonom, sondern auch – ungewöhnlich für einen Wirtschaftstechnokraten – tief religiös ist. Zudem ist er bekannt für seinen Patriotismus (2014 war er einer der wenigen öffentlichen Figuren, die die Annexion der Krim sofort unterstützten) und seine Loyalität. Aus langjähriger Erfahrung weiß er, wie es ist, mit Putin

Seite E 131 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

zu arbeiten. Seine Nominierung hat ganz offenbar eine gewisse Logik, dürfte aber gleichwohl ein Experiment sein. Nun muss Beloussow unter Beweis stellen, dass er zu Recht nominiert wurde.

Beloussows Beförderung als kompetenten Aufstieg zu werten, wäre allerdings übertrieben. Sie ist nicht zwangsläufig ein Beweis, dass Putin ihm vertraut, sondern hat mit seiner Außenseiterrolle im bisherigen Kabinett zu tun. Er ist seit dem Großangriff auf die Ukraine 2022 nicht der erste Wirtschaftstechnokrat, der aufgestiegen ist: Dmitri Patruschew (Sohn des bisherigen Sekretärs des Sicherheitsrats) wurde Landwirtschaftsminister; Finanzminister Anton Siluanow verdankte seinen Aufstieg dem Exodus westlicher Unternehmen; und Handels- und Industrieminister Denis Manturow rückte zum stellvertretenden Ministerpräsidenten auf. Beloussow hingegen war bis jetzt eine Randfigur. Seine staatszentrierte Vorstellung von Wirtschaft passt eigentlich nicht zu dem in Russland eingeführten Kriegswirtschaftsmodell, das auf Krisenbekämpfung ausgerichtet ist.

Dass die Wahl zum neuen Verteidigungsminister auf Beloussow fiel, gibt allerhand Rätsel auf. Er wird nicht dafür zuständig sein, die Wirtschaft mobilzumachen und zu militarisieren. Sich erfolgreich in die Bedürfnisse der Armee hineinzudenken, wird für ihn keine leichte Aufgabe, denn er bringt keine Militärerfahrung mit. Das Militär wird mit Skepsis registrieren, dass ein Wirtschaftsfachmann die Zuständigkeit für die Verteidigung übernimmt, und ablehnend reagieren, sobald er ihnen verstärkt auf die Finger schaut, sie kontrolliert und personelle Veränderungen vornimmt. Hinzu kommt Beloussows eher angespanntes Verhältnis zu den oft instinktiv liberal eingestellten Ministern, die in der Regierung für Wirtschaft und Finanzen zuständig sind.

Klar ist: Putin will deutlich machen, dass er einen pragmatischeren und professionelleren, weniger korrupten Umgang mit den Bedürfnissen der Streitkräfte braucht. Doch sein Schritt ist ein Experiment ohne Erfolgsgarantie.

Durch Schoigus Entlassung hat Putin sich allerdings selbst unter Zugzwang gesetzt.

Besonders erstaunlich ist, dass Patruschew durch Schoigu ersetzt wird. Durch dessen Entlassung hat Putin sich allerdings selbst unter Zugzwang gesetzt. Hätte er Schoigu einen allzu nachrangigen neuen Job gegeben, wäre dies eine Demütigung gewesen und hätte die Kritik am scheidenden Minister so laut werden lassen, dass die Schwachpunkte der Armee in den Fokus gerückt wären – was es in Kriegszeiten zu vermeiden gilt.

Entsprechend wichtig war ein ehrenvoller Abgang für Schoigu. Putin machte ihn nicht nur zum Sekretär des Sicherheitsrats, sondern auch zu seinem eigenen Stellvertreter in der Kommission für Rüstungsfragen (als Putins erster Stellvertreter fungiert in diesem Organ Ex-Präsident Dmitri Medwedew). Zugleich übernimmt Schoigu die Aufsicht über den Föderalen Dienst für militärtechnische Zusammenarbeit, der informell vom staatlichen Rüstungskonzern Rostech kontrolliert wird und inzwischen nicht mehr dem Verteidigungsministerium, sondern dem Präsidenten unterstellt ist.

Dennoch ist klar, dass die Versetzung für Schoigu zweifellos eine Degradierung und keine Beförderung ist. Als Sekretär des Sicherheitsrats hat er weder großes administratives Gewicht noch eine üppige Personalausstattung und auch keine Exekutivbefugnisse. Gesetzesinitiativen kann er ebenfalls nicht auf den Weg bringen. Wie viel Einfluss ein Sicherheitsratschef entfaltet, hängt vom Amtsinhaber selbst ab.

Unter Putin gab es zwei Sicherheitsratschefs, die großen Einfluss hatten: Sergej Iwanow, der das Amt von 1999 bis 2001 ausübte und anschließend Verteidigungsminister wurde,

und Nikolai Patruschew. Anders als bei Schoigu gab es zwischen Patruschew und Putin jedoch immer eine große Nähe, was an ihren ideologischen Übereinstimmungen und ihrer gemeinsamen Arbeit lag. Als früherer Chef des Inlandsgeheimdienstes FSB unterhält Patruschew nach wie vor enge Beziehungen zum Sicherheitsapparat. Zudem übernahm Patruschew für Putin wichtige diplomatische Missionen und war für das Regime sowohl ideologisch als auch außenpolitisch eine prägende Figur.

In den zwei Jahren seit Beginn des Großangriffs auf die Ukraine ist Schoigu für Russlands Führungsriege regelrecht zum roten Tuch geworden.

Schoigu hat keinen dieser Pluspunkte. Er gehörte im Grunde nie zu Putins engstem Umfeld und wurde zu keinem Zeitpunkt in Ideologiefragen eingebunden. Stattdessen hat er es geschafft, sich bei weiten Teilen der Elite unbeliebt zu machen, vor allem beim Sicherheitsapparat und den Armeegenerälen. In den zwei Jahren seit Beginn des Großangriffs auf die Ukraine ist Schoigu für Russlands Führungsriege regelrecht zum roten Tuch geworden. Dementsprechend wird er sich wohl nicht zu einem zweiten Patruschew entwickeln; und die Funktion als Sekretär des Sicherheitsrats ist für ihn kaum mehr als ein Versorgungsposten. Ähnlich erging es Dmitri Medwedew 2020, als Putin ihn aus dem Amt des Ministerpräsidenten entfernte.

Patruschew indessen wurde von Putin zum Präsidentenberater ernannt. Er ist allerdings so altgedient, dass er beinahe gar keinen Posten braucht. Sein ideologischer Einfluss und seine wichtige außenpolitische Rolle sind garantiert und hängen nicht davon ab, welche Funktion er offiziell bekleidet.

Alles in allem wirkt Putins Stühlerücken wie eine gezielte Optimierungsmaßnahme. Seine Entscheidungen lassen alle darauf schließen, dass er mit der derzeitigen Machtkonfiguration zufrieden ist und an der Regierungsmannschaft auch in Zukunft nur dann etwas ändern wird, wenn er will, dass sie effizienter arbeitet. An großen Veränderungen ist er nicht interessiert.

Die [englische Originalversion](#) des Artikels erschien zuerst bei Carnegie Politika.

Aus dem Englischen von Andreas Bredenfeld

https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/experiment-ohne-erfolgsgarantie-7510/?utm_campaign=de_40_20240517&utm_medium=email&utm_source=newsletter

04) Im Kreuzfeuer. Russland rekrutiert junge Nepalesen für den Krieg in der Ukraine. Angehörige fordern ein Einschreiten von ihrer Regierung

Von Kamal Dev Bhattarai



Kamal Dev Bhattarai, Kathmandu

Kamal Dev Bhattarai ist ein in Kathmandu ansässiger Journalist und ist zurzeit Redaktionsassistent bei *Annapurna Express*. Er schreibt über geopolitische Themen mit Schwerpunkt auf der südasiatischen Region und der Außenpolitik Nepals

08.05.2024



Angehörige gedenken eines im Einsatz für die russische Armee in der Ukraine gestorbenen Nepalesen. -*picture alliance / NurPhoto | Sanjit Pariyar*

Russland rekrutiert für seine Armee junge Nepalesen, ohne dass es entsprechende bilaterale Vereinbarungen gäbe, und informiert Nepals Regierung nicht einmal. Das sorgt in Kathmandu für große Aufregung. Bis zur zweiten Aprilwoche dieses Jahres [starben mehr als 21 Nepalesen](#), Dutzende sitzen im fortdauernden russisch-ukrainischen Krieg fest, und [rund 300 junge Erwachsene](#) haben dauerhaft keinen Kontakt zu ihren Familienangehörigen. Fünf Nepalesen, [die sich zurzeit in ukrainischer Gefangenschaft befinden](#), warten auf eine vorzeitige Rückführung in ihre Heimat. Wie viele Nepalesen zum jetzigen Zeitpunkt in der russischen Armee dienen, weiß die nepalesische Regierung nicht genau. Ein informelles Netzwerk von Familien, deren Angehörige für die russischen Armee angeworben wurden, erhebt die Daten. Nach einer aktuellen Schätzung sind rund 2 000 Familien betroffen.

Fehlende Arbeitsplätze im eigenen Land, die Aussicht auf ein lukratives Einkommen und unzureichende Informationen über die Art der Tätigkeit dürften einige der Gründe sein, warum junge Nepalesen sich für einen dermaßen gefahrvollen Job entscheiden. Auch der

Wunsch, sich schon nach kurzer Zeit Land, ein Haus und ein luxuriöses Leben leisten zu können, bringt viele dazu, jedes Risiko einzugehen, um an Geld zu kommen. Die Kombination aus dauerhafter politischer Instabilität und wirtschaftlicher Rezession, die Auswirkungen der Coronapandemie und der geringe Zustrom ausländischer Investitionen führen dazu, dass es in Nepal immer weniger Erwerbchancen gibt. Die Jugend sieht für sich in ihrer Heimat keine Zukunft mehr. Einer der Hauptgründe für diese Grundstimmung ist der Mangel an Arbeitsmöglichkeiten in Nepal. In letzter Zeit [stieg](#) die Zahl der nepalesischen Erwerbstätigen mit einer Bewilligung für eine Auslandsbeschäftigung. Auch die Zahl der Menschen, die sich auf Dauer außerhalb Nepals niederlassen wollen, nimmt zu. Im Fiskaljahr 2022/23 haben sich nach offiziellen Angaben der Regierung [70 915 nepalesische Staatsangehörige](#) entschieden, dauerhaft im Ausland zu leben. Täglich gehen mehr als [3 000 junge Menschen](#) ins Ausland, um dort zu studieren oder zu arbeiten.

Die meisten ungelernten und angelernten Arbeitsmigranten gehen in die Golfstaaten, wobei Saudi-Arabien, Katar, die Vereinigten Arabischen Emirate, Oman und Bahrain ganz oben auf der Wunschliste stehen. Viele junge Menschen reisen auch mit einem Studentenvisum nach Europa, in die USA, Großbritannien, Australien und andere Länder, weil sie dort in gewissem Umfang sowohl studieren als auch ein Einkommen erzielen können. Früher rekrutierten Indien und das Vereinigte Königreich im Rahmen bilateraler Vereinbarungen nepalesische Staatsangehörige für ihre Armee. Doch diese Länder sind dabei, ihre Quoten zu senken, sodass die jungen Nepalesen nach Alternativen suchen und sich der russischen Armee anschließen.

Die Art und Weise, wie die Rekrutierungen vor sich gehen, lässt auf geheime Absprachen zwischen den Arbeitsagenturen schließen – mit verdeckter Unterstützung seitens russischer Stellen und nepalesischer Regierungsbehörden. In einer Zeit, in der junge Leute in Nepal verzweifelt nach Arbeit suchen, kommt Russland mit einem [lukrativen Jobangebot](#) auf sie zu. Viele Arbeitsvermittler, die nepalesische Arbeitskräfte entsenden, locken mit einem monatlichen Gehalt von 300 000 NPR (rund 2 000 Euro) und der russischen Staatsbürgerschaft für Ehepartner und Kinder nach einem Jahr ab Vertragsunterzeichnung. Um weitere ausländische Staatsangehörige anzulocken, unterzeichnete der russische Präsident Wladimir Putin im Januar dieses Jahres [ein Dekret zur beschleunigten Einbürgerung](#) von Ausländern, die sich in Russland zum Militärdienst melden.

In Nepal oder selbst in anderen Industrieländern ein so hohes Einkommen zu erzielen, ist für die nepalesische Bevölkerung schlicht unmöglich. Viele junge Nepalesen lassen sich daher trotz der bestehenden Risiken dazu verleiten, einen solchen Job anzunehmen. Ein weiterer Köder der Arbeitsvermittler ist neben dem monatlichen Gehalt die Zusage einer lebenslangen Rente und einer dauerhaften Aufenthaltsgenehmigung. Nachdem bekannt wurde, dass viele junge Beschäftigte der nepalesischen Sicherheitsbehörden und der nepalesischen Armee ihren Job aufgaben, um sich der russischen Armee anzuschließen, nahm die nepalesische Regierung sich des Problems an – zumal einheimische Medien Meldungen über den Tod von nepalesischen Staatsangehörigen verbreitet und den Druck somit erhöht hatten. [Die Berichte derjenigen, denen es gelang, aus dem Kriegsgebiet zu fliehen](#) und nach Nepal zurückzukehren, lassen eindeutig darauf schließen, dass die jungen Nepalesen sich der Gefahren nicht bewusst sind, denen sie im Kriegsgebiet ausgesetzt sind.

Nepal ersucht Russland, seine bereits in der dortigen Armee dienenden Bürger zurückzuschicken und ihre Verträge aufzuheben. Dem hält Russland entgegen, die Nepalesen wollten gar nicht zurück.

Laut der einheimischen Berichterstattung sind die Todesfälle vor allem darauf zurückzuführen, dass die Nepalesen ohne entsprechende Ausbildung an der [Kriegsfront](#) eingesetzt werden. Viele von ihnen sterben, weil sie die Befehle der russischen Kommandeure nicht verstehen – die Sprache ist ein Kommunikationshindernis.

Nepal versucht mit einer Reihe von Maßnahmen, die Rekrutierung seiner Staatsbürger für die russische Armee zu stoppen, und stellt zum Beispiel keine Arbeitserlaubnisse mehr für die Ausreise nach Russland aus. Um den Reiseverkehr nach Russland einzuschränken, hat die Regierung eine neue Bestimmung eingeführt, nach der bei Flügen von Indien und den Golfstaaten nach Russland – die Routen werden oft von jungen Menschen genutzt – eine [gesonderte Einreisegenehmigung](#) vorgelegt werden muss. Seit Inkrafttreten dieser Bestimmungen ist die Zahl der jungen Nepalesen, die sich der russischen Armee anschließen, nach Behördenangaben zwar erheblich zurückgegangen, aber nicht auf Null. Die diplomatischen Bemühungen Nepals, dieses Problem zu lösen, bleiben wirkungslos.

Nepal hat Russland mehrfach aufgefordert, die Anwerbung nepalesischer Staatsangehöriger einzustellen, doch trotz regelmäßiger Proteste vor der russischen Botschaft in Kathmandu hat sich Moskau nicht öffentlich zu diesem Schritt verpflichtet. Auch in der Frage der Entschädigung der Familienangehörigen und der Rückführung der Leichen gibt es keinerlei Fortschritte. Nepal ersucht Russland, seine bereits in der dortigen Armee dienenden Bürger zurückzuschicken und ihre Verträge aufzulösen, aber Russland hält entgegen, die Nepalesen wollten gar nicht zurück. Entkommen konnten der russischen Armee nur wenige. Russland arbeitet weiterhin mit der nepalesischen Regierung zusammen, um sie zu besänftigen. Mitten im Krieg hat Russland neue Vorschläge zur Zusammenarbeit unterbreitet – offenbar mit dem Ziel, die Öffentlichkeit von den Rekrutierungen abzulenken. Der Präsident der Nationalversammlung, Ganesh Prasad Timalsina, reiste zu einem Besuch nach Russland, und auch darüber hinaus befinden sich beide Länder im Austausch. Moskau hat dem nepalesischen Außenministerium ein Angebot zur Intensivierung der Zusammenarbeit unterbreitet. Bisher sind diesem Vorschlag jedoch noch keine Taten gefolgt.

Die amtierende Regierung sympathisiert offenbar mit Russland und betont dessen legitime Sicherheitsinteressen. Deshalb ist nicht zu erwarten, dass sie den Druck auf Russland aufrechterhalten wird.

Nepal liegt zwischen Indien und China. Es stimmte für die Resolution des UN-Sicherheitsrats zur Verurteilung der russischen Invasion. Sowohl China als auch Indien, die bei der Abstimmung nicht anwesend waren, setzen ihre regulären Geschäftsbeziehungen mit Russland fort. Dass Nepal einerseits seine Bürger zum Dienst in der russischen Armee entsendet und andererseits die Invasion verurteilt, ist ein Widerspruch. Die neue Regierung in Kathmandu, der überwiegend kommunistische Parteien angehören, verfolgt mit Blick auf den Krieg zwischen Russland und der Ukraine einen wohl etwas anderen Kurs, und es ist durchaus möglich, dass dieser Kurs nicht die Ergebnisse liefert, die ein Großteil der nepalesischen Bevölkerung erwartet.

Die amtierende Regierung sympathisiert offenbar mit Russland und betont dessen legitime Sicherheitsinteressen. Deshalb ist nicht zu erwarten, dass sie den Druck auf Russland aufrechterhalten wird. Entsprechend gering sind die Aussichten auf eine baldige Lösung. Wenn es der Regierung jedoch nicht gelingt, das Problem so schnell wie möglich zu lösen, könnte dies zu sozialen Unruhen führen. Denn die Familienangehörigen mobilisieren inzwischen immer mehr ihre Kräfte, um auf die Straße zu gehen. Auf lange Sicht gibt es aus der jetzigen Situation nur einen Ausweg: In Nepal müssen Arbeitsplätze geschaffen werden.

Aus dem Englischen von Christine Hardung

https://www.ipg-journal.de/regionen/asien/artikel/im-kreuzfeuer-7489/?utm_campaign=de_40_20240508&utm_medium=email&utm_source=newsletter

05) Im Osten nichts Neues. Sowjetnostalgie und antiwestliche Stimmungsmache: Putin setzt unbeirrbar auf alte Grundpfeiler russischer Politik. Europa muss sich warm anziehen

Von Cord Jakobeit & Dmytro Mykhailychenko



Cord Jakobeit, Hamburg

Cord Jakobeit ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Hamburg. Er arbeitet zusammen mit Dmytro Mykhailychenko am *Hamburg Institute of Advanced Study* (HIAS) zur russischen Außenpolitik



Dmytro Mykhailychenko, Hamburg / Kharkiv

Dmytro Mykhailychenko ist *Associate Professor* für Internationale Beziehungen und Politikwissenschaft an der *Simon Kuznets National Economic University* in Kharkiv, Ukraine. Er arbeitet zusammen mit Cord Jakobeit am *Hamburg Institute of Advanced Study* (HIAS) zur russischen Außenpolitik

02.05.2024 |



Marina Lystseva Kontinuität der russischen Außenpolitik: Putin träumt vom einstigen Imperium.- *picture alliance / Reuters*

Nach monatelangen Verzögerungen haben die beiden Häuser des US-Kongresses endlich die neue Militärhilfe für die Ukraine verabschiedet. Während dies für Kiew einen dringend benötigten Rettungsring und neue moralische Motivation bedeutet, zeigte sich Moskau vorhersehbar unbeeindruckt. Man berief sich implizit auf den angeblichen Vorteil auf dem Schlachtfeld: kein Waffenstillstand, keine Teilnahme an der geplanten Friedenskonferenz in der Schweiz und kein Abrücken von der Zielsetzung, die Ukraine vollständig in die russische Einflussphäre zurückzuholen.

Was wünschen sich Wladimir Putin und seine Landsleute, die ihn bei den letzten Präsidentschaftswahlen unterstützt haben, langfristig wirklich? Und welche Art von Frieden oder Friedensgesprächen kann mit Russland erreicht werden?

Der Verlauf der russischen Präsidentschaftswahlen im März war das Gegenteil von frei und fair. An der Wiederwahl Putins gab es nie einen Zweifel. In einem autoritären System, das sich immer mehr einer totalitären Diktatur annähert, hat weder die Opposition – wenn es denn eine gibt – eine echte Chance, noch ist den endgültigen Wahlergebnissen zu trauen. Dennoch sollte man sich davor hüten, sie nur als „Farce“ oder „Täuschung“ zu bezeichnen. Putin hat bekommen, was er wollte: [Die Botschaft an das interne und externe Publikum](#), dass die überwältigende Mehrheit der russischen Wählerinnen und Wähler seine Politik unterstützt, insbesondere die „militärische Spezialoperation“ in der Ukraine. Sein [Umgang mit dem Terroranschlag nahe Moskau](#) Ende März zeigte denselben Ansatz. Ungeachtet der westlichen Warnungen und der überwältigenden Beweise für die Urheberchaft einer Terrorgruppe des Islamischen Staates nutzte das Regime auch diese Gelegenheit, mit dem Finger auf Kiew zu zeigen.

Es wäre ein Fehler zu glauben, dass Putins Macht ausschließlich auf autoritären Mitteln, medialer Gehirnwäsche, polizeilicher Repression und politischem Mord beruht.

In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat Putin das System der persönlichen Macht systematisch gestärkt, die Kontrolle über die Massenmedien in seinen Händen konzentriert und seine einflussreichsten Konkurrenten ausgeschaltet. Die Lebenserwartung von Verrätern und offenkundigen Gegnern, ob vermeintlich oder tatsächlich, ist sehr kurz geworden. Wenn von der Opposition in Russland die Rede ist, beziehen sich Beobachter in der Regel auf ihre liberalen und demokratischen Teile. Putin sieht sich jedoch mit einer anderen Art von interner Opposition konfrontiert, die seine Außenpolitik nicht aggressiv oder entschlossen genug findet und der Meinung ist, dass Russland zu viel Demokratie und Freiheit für redselige Liberale und versteckte Verräterinnen und Verräter bereithält. Es wäre ein Fehler zu glauben, dass Putins Macht ausschließlich auf autoritären Mitteln, medialer Gehirnwäsche, polizeilicher Repression und politischem Mord beruht. Die wahre Logik des russischen Autoritarismus liegt nicht so sehr in der Repression als vielmehr in der geschickten Aufrechterhaltung eines gewissen gesellschaftlichen Konsenses.

Die russische Gesellschaft will weder eine Rückkehr zu den Schrecken der kommunistischen Revolution von 1917 noch zum Chaos und zu den Reformen der „wildem 1990er“. Darin sind sich sowohl regierungsnahen Geschäftsleute und Beamte, die eine Enteignung fürchten, als auch die Masse der Bevölkerung mit Putin-freundlichen Einstellungen einig. Putin teilt seine besondere Weltanschauung mit der unterstützenden Mehrheit der heutigen russischen Gesellschaft. Insgesamt sind es drei eng miteinander verflochtene Hauptnarrative: [Sowjetnostalgie, Revisionismus und antiwestliche Stimmungsmache](#).

Seit Ende der 1990er Jahre dominiert in der russischen Gesellschaft die [Sehnsucht nach den glorreichen Sowjetzeiten](#) und der „großen sowjetischen Zivilisation“. Bei dieser Stimmung geht es nicht um die Sehnsucht nach den sozialen Vorteilen des entwickelten Sozialismus. Begünstigt durch den Öl- und Gas-Boom leben die Russinnen und Russen heute deutlich besser als je zuvor. Die zahlreichen Fernsehserien über die geschönte sowjetische Vergangenheit erinnern sie nicht an Warteschlangen für Wurst oder an leere Regale. Stattdessen wird die UdSSR im russischen Fernsehen vor allem als eine weltweit respektierte und gefürchtete Großmacht dargestellt. Der Rekurs auf den „Großen Vaterländischen Krieg“ mit dem Sieg über den Faschismus wird nicht nur an jedem 9. Mai betont. Dagegen löst der Verlust des sowjetischen Großmachtstatus – in Putins Worten „die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“ – bei der Pro-Putin-Mehrheit fast körperliches Unbehagen aus.

Selbst nach drei Jahrzehnten ist die russische Gesellschaft nicht bereit, das Selbstbestimmungsrecht anderer und die Souveränitätsansprüche postsowjetischer Staaten zu akzeptieren.

Die imperialistische territoriale Expansion, die seit der vorsowjetischen Zeit tief in der russischen Kultur verwurzelt ist, wird als eindeutiger Wert angesehen, der Verlust von Territorien dagegen als nationale Katastrophe. Selbst nach drei Jahrzehnten ist die russische Gesellschaft nicht bereit, das Selbstbestimmungsrecht anderer und die Souveränitätsansprüche postsowjetischer Staaten zu akzeptieren. Das Konzept der Wiedervereinigung ehemaliger sowjetischer Gebiete unter den Fittichen Russlands stößt auf breite nationale Zustimmung. Zudem bezieht sich dieser Revisionismus nicht nur auf die europäische Ordnung nach 1991, sondern auch auf die Errungenschaften der Entspannungspolitik und auf die nach 1945 geschaffene internationale Ordnung.

Wenn Russland durch Putin und seine Anhänger fordert, dass die NATO die Ukraine nicht aufnehmen und die Grenzen des Bündnisses wieder nach Westen verschieben solle, wie soll man diese Forderung verstehen? Hat Putin wirklich Angst vor einem sofortigen Angriff der NATO? Ist Nähe eine militärische Bedrohung? Warum protestiert Russland dann nicht noch stärker gegen die NATO-Mitgliedschaft Finnlands und Schwedens? Hier liegt die eigentliche Sorge Russlands: Die Mitgliedschaft der Ukraine und der osteuropäischen Länder in der NATO macht es unmöglich, sich diese Länder gewaltsam einzuverleiben und die gewünschte „Einflusssphäre“ wiederaufzubauen.

Lange vor Putin hat Russland seine Identität in Opposition zum Westen aufgebaut.

All dies ist durchdrungen von tief verwurzelten antiwestlichen Motiven in der russischen Kultur, die an die offiziellen Doktrinen der Zarenzeit, die Debatte zwischen Westlern und Slawophilen im 19. Jahrhundert, anknüpfen. Der Satz über den „verfaulten Westen“, der Russland mit seinen giftigen Ausdünstungen infiltriere, wurde erstmals 1841 geäußert und verkörpert ein dauerhaftes Narrativ. Lange vor Putin hat Russland seine Identität in Opposition zum Westen aufgebaut und einen kulturellen und politischen Mythos konstruiert, in dem der Westen fast alle moralischen Übel verkörpert, im krassen Gegensatz zu Russlands dargestellter Spiritualität, Solidarität und Reinheit. Aus dieser Perspektive erhält Putins Krieg eine existenzielle Dimension.

Es wäre eine grobe Vereinfachung zu glauben, dass Putin diese Gefühle zynisch ausnutze, um seine Macht zu festigen. Im Gegenteil, er teilt diese Gefühle aufrichtig. Auf dieser Welle reitend, kombiniert Putin technokratisch effektives Wirtschaftsmanagement, autoritäre Macht und sowjetische Rhetorik.

Man kann nicht behaupten, dass diese Situation für Russland etwas Neues sei. Russische Oppositionskommentatoren vergleichen Putin ganz offen mit einer anderen, ähnlichen historischen Figur – mit Zar Nikolaus I. In der Tat gibt es zu viele Ähnlichkeiten zwischen diesen historisch weit entfernten Episoden: erstickende Verfolgung, Ausnutzung militärischer Siege und ideologische Konfrontation mit Europa. Das autoritäre System von Nikolaus I., das unzerstörbar schien, zerfiel jedoch nach der Niederlage Russlands im Krimkrieg (1853–1856), in dem die geopolitischen Ambitionen des Zaren mit der geeinten Haltung der europäischen Länder kollidierten.

Die tiefe Verankerung der drei zentralen Narrative in der russischen Außenpolitik legt nahe, dass der Eroberungs- und Abnutzungskrieg weitergehen wird.

Im Angesicht der Niederlage änderte Russland seinen politischen Kurs drastisch, und es folgten für das Land liberale Reformen, die in Tiefe und Umfang beispiellos waren. Die Niederlage im Russisch-Japanischen Krieg 1904/1905 zwang Nikolaus II. dazu, politische Freiheiten zu gewähren und zu einer parlamentarischen Regierung überzugehen. Der äußerst erfolglose Krieg in Afghanistan in den 1980er Jahren erleichterte Michail Gorbatschows Übergang zu einem neuen politischen Denken, zu Glasnost und Perestroika. Wie es in der russischen Geschichtsschreibung üblich geworden ist, offenbarten diese militärischen Niederlagen die „Fäulnis des Regimes“. Sie weckten auch den Wunsch nach Reformen, sowohl in der Elite als auch in der breiten Masse.

Was heißt das für die aktuelle Situation und für die Perspektiven in der Ukraine? So wichtig die Offenheit für Friedenssignale und Verhandlungsbereitschaft sein mögen, legt die tiefe Verankerung der drei zentralen Narrative in der russischen Außenpolitik nahe, dass der Eroberungs- und Abnutzungskrieg weitergehen wird. Wenn es nicht gelingt, Russland von seinen Macht- und Territorialansprüchen in der Ukraine abzubringen, muss sich Europa auf anhaltenden Druck einstellen, dessen Ziele Putin seit Langem skizziert hat: die Wiederherstellung der Grenzen der UdSSR und des sowjetischen Einflussbereichs auf dem Kontinent.

https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/im-osten-nichts-neues-1-7481/?utm_campaign=de_40_20240503&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Georgien (Seiten E 141 bis E 144)

01) Schwieriger Balanceakt. Das Gesetz gegen ausländische Einflussnahme in Georgien bietet Anlass zur Sorge. Allerdings sollte sich der Westen aus den Protesten heraushalten

Von Artin DerSimonian & Anatol Lieven



Artin DerSimonian

Artin DerSimonian ist *Junior Research Fellow* im Eurasia-Programm des *Quincy Institute for Responsible Statecraft* in Washington, DC. Zuvor erwarb er 2022 einen Master in Russischen, Osteuropäischen und Eurasischen Studien an der *University of Glasgow*.



Anatol Lieven, Washington, DC

Anatol Lieven ist *Senior Research Fellow* für Russland und Europa am *Quincy Institute for Responsible Statecraft* in Washington, DC. Zuvor war er Professor an der *Georgetown University* in Katar und *Visiting Professor* am *Department of War Studies* des *King's College* in London.

17.05.2024



Proteste gegen das umstrittene Gesetz gegen ausländische Einflussnahme in Georgiens Hauptstadt.- *picture alliance / Anadolu | Davit Kachkachishvili*

In Georgien halten die Massenproteste an. Zehntausende gehen weiterhin gegen ein von der Regierung vorgeschlagenes Gesetz über „ausländische Einflussnahme“ auf die Straße. Dadurch hat sich die angespannte Lage in der ohnehin schon polarisierten georgischen Gesellschaft weiter verschärft. Der [Gesetzentwurf wurde am Dienstag nach Tumulten verabschiedet](#), bei denen es sogar zu Handgreiflichkeiten zwischen Gesetzgebern im Parlament kam.

Das Gesetz sieht vor, dass sich Nichtregierungsorganisationen, Medienorganisationen und Gewerkschaften, die mehr als 20 Prozent ihrer Einnahmen aus ausländischen Quellen beziehen, als „Organisationen, die den Interessen einer ausländischen Macht dienen“, registrieren lassen müssen. Das georgische Justizministerium soll diese Organisationen dann überwachen.

Aus den USA meldete sich der nationale Sicherheitsberater Jake Sullivan zu Wort und [erklärte am Samstag auf X](#), die Proteste der vergangenen Woche hätten die Haltung der georgischen Bevölkerung deutlich gezeigt: „Unbeeindruckt von Einschüchterungstaktiken haben heute zehntausende friedliche Demonstranten im regnerischen Tiflis gefordert, dass der Georgische Traum das Gesetz zurückzieht.“

Das georgische Parlament hatte [im vergangenen Jahr bereits einen fast identischen Gesetzentwurf eingebracht](#), ihn aber unter nationalem und internationalem Druck zurückgezogen. Die Regierungspartei, der Georgische Traum, betonte damals jedoch, dass dieser Rückzug nur vorübergehend sei. Viele der georgischen Nichtregierungsorganisationen erhalten den Hauptteil ihrer finanziellen Unterstützung aus westlichen Zuschüssen (oft von Organisationen, die direkt oder indirekt von der Europäischen Union, den USA und anderen westlichen Staaten finanziert werden). Obwohl diese offiziell unpolitisch sind, gehören viele der Organisationen der politischen Opposition an. Dies erklärt natürlich den Wunsch der Regierung, deren Einfluss zu begrenzen.

Das Gesetz und die anhaltenden Proteste sind Teil des sich verschärfenden Kalten Krieges zwischen Russland und dem Westen.

Das Gesetz und die anhaltenden Proteste sind Teil des sich verschärfenden Kalten Krieges zwischen Russland und dem Westen sowie der zunehmend prekären Stellung Georgiens in diesem Konflikt. Einerseits strebt die georgische Regierung, die seit zwölf Jahren an der Macht ist, aktiv die Mitgliedschaft in der EU und etwas weniger entschlossen auch in der NATO an. Im Dezember 2023 gewährte die EU Georgien den Status eines Beitrittskandidaten. [Eine große Mehrheit der georgischen Bevölkerung befürwortet die Integration in die EU](#) sowie, in geringerem Maße, in die NATO. Diese beiden Ziele sind so auch in der 2018 überarbeiteten Verfassung des Landes verankert. Die Regierung hat außerdem die russische Invasion in der Ukraine verurteilt und humanitäre Hilfe für die ukrainische Bevölkerung bereitgestellt.

Dennoch behauptet die Opposition, die Regierung sei kaum mehr als eine Handlangerin Moskaus, die sich heimlich gegen den westlichen Weg Georgiens stelle. Die Opposition bezeichnet den Gesetzentwurf als „russisches Gesetz“, und die Präsidentin Georgiens Salome Surabischwili – eine in Frankreich geborene frühere Verbündete der Regierung, die jetzt auf der Seite der Opposition steht – [beschuldigt die Regierung](#), „unseren Weg (nach Europa) und unsere Zukunft zu sabotieren“.

Die georgische Regierung sowie viele Georgierinnen und Georgier erinnern sich jedoch noch lebhaft an den georgisch-russischen Krieg von 2008, als eine Schlacht um das separatistische Gebiet Südossetien zu einer vernichtenden Niederlage Georgiens führte.

Man erinnert sich auch daran, dass sich die USA trotz überschwänglicher Freundschafts-, Unterstützungs- und Partnerschaftsbekundungen weigerten, zur Rettung Georgiens einzugreifen. Die Regierung ist daher seitdem entschlossen, einen neuen Konflikt mit Russland zu vermeiden. Aus diesem Grund fordern die Oppositionsmitglieder auch nicht, dass Georgien in den Krieg gegen Russland eintritt, obwohl sie die Regierung beschuldigen, sich auf die Seite des Kremls zu stellen. Dies scheint auch die Haltung der meisten Georgierinnen und Georgier widerzuspiegeln, die einen neuen Konflikt zutiefst ablehnen.

Georgien hat sich dem Großteil der [westlichen Sanktionen gegen Moskau nicht angeschlossen](#) und profitiert daher in hohem Maße von einer Zunahme des Handels mit Russland. Tiflis bemüht sich zudem, seine wirtschaftlichen Möglichkeiten über das weitgehend binäre West-Russland-Format hinaus zu erweitern, indem es seine Handels- und Investitionsbeziehungen mit der Türkei ausbaut und 2023 sogar [eine neue strategische Partnerschaft mit Peking](#) einging.

Es überrascht nicht, dass westliche NGOs und Regierungen das Gesetz scharf kritisieren.

In der Zwischenzeit hat die georgische Regierung, ähnlich wie populistische Parteien in Europa und Nordamerika, die Feindseligkeit konservativer Teile der georgischen Gesellschaft gegenüber der kulturellen Agenda der EU, insbesondere in Bezug auf LGBTQ-Themen, kanalisiert.

Im Jahr 2012 [erklärte der Milliardär Bidzina Iwanischwili](#) – der ursprünglich die Koalition zwischen dem Georgischen Traum und dem Demokratischen Georgien zum Sieg geführt hatte und seither als Geldgeber und graue Eminenz der Partei fungiert –, dass die Partei die Rhetorik des Kalten Krieges gegen Russland aufgeben und gleichzeitig die wahren Ursachen der explosiven Situation in der Region besser bekämpfen werde. Iwanischwili, der sein Vermögen in den 1990er Jahren in Russland gemacht hat, bevor er es in den Westen und nach Georgien transferierte, betonte die Verpflichtung des Georgischen Traums, „ein integraler Bestandteil der europäischen und atlantischen Institutionen zu werden“, unterstrich aber auch die Notwendigkeit, „die Möglichkeiten Georgiens realistisch einzuschätzen“ und „das Säbelrasseln“ gegenüber Russland einzustellen. Diese Ziele haben die Politik der Partei bis heute geprägt.

Es überrascht nicht, dass westliche NGOs und Regierungen das Gesetz scharf kritisieren, da es ihrer Meinung nach mit Georgiens europäischem Weg unvereinbar sei und sowohl von wachsendem Autoritarismus als auch von Moskaus Einfluss zeuge. Als Reaktion darauf hat wiederum der Georgische Traum die Einmischung des Westens scharf kritisiert (zu Recht oder zu Unrecht), die seiner Ansicht nach darauf abzielt, die georgische Opposition zu unterstützen, um die Regierung durch Proteste zu stürzen.

Iwanischwili [beschuldigte](#) eine „globale Kriegspartei“, die Georgier als „Kanonenfutter“ benutzen zu wollen, um sie in einen katastrophalen neuen Konflikt mit Moskau hineinzuziehen: „Die Finanzierung von NGOs, die sich als Hilfe für uns ausgibt, dient in Wirklichkeit dazu, (ausländische) Geheimdienste zu stärken und an die Macht zu bringen.“

Georgien wurde nach seiner Unabhängigkeit von der Sowjetunion immer wieder von Unruhen heimgesucht.

In dieser angespannten Lage sollte jeder, der Georgien auf dem Weg in die EU Erfolg wünscht, ein Interesse am Abbau der derzeitigen Spannungen haben. Der Westen kritisiert das bereits verabschiedete Gesetz zwar zu Recht. Dennoch sollten wir uns auch vor Augen führen, dass die meisten unserer Bürgerinnen und Bürger es für absolut untragbar hielten,

Seite E 144 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

wenn ausländische Institutionen, insbesondere solche, die mit ausländischen Staaten verbunden sind, die Hauptrolle bei der Finanzierung de facto politischer Gruppen hierzulande spielen würden.

Westliche Regierungen und Nichtregierungsorganisationen sollten sich davor hüten, die Verurteilung des Gesetzes und die Sympathie für die Proteste zu einer Unterstützung von Bestrebungen auszuweiten, die auf den Sturz der gewählten georgischen Regierung abzielen. Eine solche Strategie würde das Engagement des Westens für die Demokratie verraten und jede Regierung in der Welt, die sich westlicher Kritik ausgesetzt sieht, dazu ermutigen, zunehmend autoritäre Mittel zur Unterdrückung abweichender Meinungen einzusetzen.

Im Oktober stehen in Georgien Wahlen an und der Westen sollte natürlich alles tun, um sicherzustellen, dass sie frei und fair sind. Wir dürfen nicht vergessen, dass sich Georgien in einer prekären Lage befindet – sowohl in sicherheitspolitischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht – und dass es nur klug ist, bei seinen Annäherungen an Russland Vorsicht walten zu lassen, ein Land, welches sich in der unmittelbaren Nachbarschaft befindet, während die EU und die USA weit weg sind. Wir sollten uns auch in Erinnerung rufen, dass der einzige legitime Weg, eine gewählte Regierung abzusetzen, über Wahlen führt. Daher sollten wir versuchen sicherzustellen, dass eine Mehrheit der Georgierinnen und Georgier im Oktober die Möglichkeit hat, ihre Meinung – nicht unsere – über ihre Regierung zum Ausdruck zu bringen.

Georgien wurde nach seiner Unabhängigkeit von der Sowjetunion immer wieder von Unruhen heimgesucht, die in den 1990er Jahren sogar in einen Bürgerkrieg ausarteten. Dies hat Georgien auf seinem Weg nach Europa nicht geholfen – und würde es auch ein wiederholtes Mal nicht tun.

Die [englische Originalversion](#) des Artikels erschien zuerst bei Responsible Statecraft.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/demokratie-und-gesellschaft/artikel/schwieriger-balanceakt-7509/?utm_campaign=de_40_20240517&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Keine Berichte

Frankreich (Seiten E 146 bis E 149)

01) Glücksman. In Frankreich führt der Spitzenkandidat die Sozialisten zu neuen Höhenflügen. Doch die Europawahl könnte auch Le Pen einen gewaltigen Schub geben

Von Adrienne Woltersdorf



Adrienne Woltersdorf, Paris

Adrienne Woltersdorf leitet das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Paris. Sie war Leiterin der Stabsstelle Kommunikation der FES und des Büros für Regionale Kooperation in Asien mit Sitz in Singapur sowie des FES-Büros in Afghanistan. Vorher hatte sie acht Jahre lang für die *taz* aus Washington und Berlin berichtet.

17.05.2024



Kann er sogar die Macron-Partei einholen? Raphael Glucksmann ist in Frankreich die Überraschung des EU-Wahlkampfes.- *picture alliance / Le Tellec Stephane/ABACA*

Wann hat es das zuletzt gegeben? „Phänomenal“ und „unglaublich“ – Worte, die gegenwärtig den Umfragen-Höhenflug des Spitzenkandidaten der französischen Sozialisten im Europawahlkampf beschreiben. Raphael Glucksmann ist die Überraschung des EU-Wahlkampfes schlechthin. Ein Außenseiter, der die einst mächtige, 2017 unter Francois Hollande brutal abgestürzte *Parti Socialiste* wieder träumen lässt.

Was ist passiert? Auch im Lager des französischen Präsidenten Emanuel Macron kratzt man sich die Köpfe. Woche für Woche robbt sich Glucksmann in den Umfragen an die

Seite E 147 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Kandidatin des Präsidentenlagers, die Abgeordnete des Europaparlaments Valérie Hayer, heran. Wie zwei kommunizierende Röhren: Der Gewinn des einen ist der Verlust der anderen.

Während Demoskopien Glucksmann noch im Februar zwischen neun und zehn Prozent sahen, galten rund 20 Prozent plus für Hayer zunächst als sicher. Seitdem fällt Macrons Kandidatin Schritt für Schritt zurück. Ende Februar knapp 17 Prozent, Anfang Mai wurde sie von Harris interactive nur noch bei 15 Prozent gesehen. Glucksmann steigt unterdessen stetig in der Wählergunst auf und liegt nun mit 14,5 Prozent beinahe gleichauf.

Die Europawahlen könnten für die zerstrittene französische Linke durchaus Weichen stellen. Brice Teinturier, stellvertretender Generaldirektor des Marktforschungsinstituts Ipsos, ist sich sicher, dass „sich in der Linken etwas tut“. Die guten Umfragewerte für die Liste PS-PP – die die Sozialistische Partei (PS) und Glucksmanns eigene Bewegung *Place publique* (PP) vereint – zeigten, dass „die sozialdemokratische Sensibilität nicht verschwunden ist“, so der Meinungsforscher.

In der Parti Socialiste kann man das Glück kaum fassen, dass es tatsächlich gelingt, verlorene Wähler zurückzuholen.

In der *Parti Socialiste* kann man das Glück kaum fassen, dass es tatsächlich gelingt, verlorene Wähler zurückzuholen. Auf der einen Seite sind dies vom linken Volkstribun Jean-Luc Mélenchon und seiner Ultraradikalisierung Verprellte. Auf der anderen Seite von Macrons Rechtsdrall empörte Wählerinnen und Wähler. Die effiziente Kampagne Glucksmanns – der übrigens kein Mitglied der PS ist – sägt gegenwärtig vor allem an Mélenchons Führungsanspruch innerhalb der kurzlebigen linken Allianz, der *Nouvelle Union populaire écologique et sociale* (Nupes). In dieser war die PS hinter der linken *La France insoumise* (LFI) von Mélenchon und den Grünen sogar auf den dritten Platz verwiesen worden. Und nun diese Wende. LFI, ursprünglich auf rund zehn Prozent geschätzt, ist seither abgestürzt und liegt nur noch bei knapp über sieben Prozent. Die Grünen, *Europe Ecologie-Les Verts* (EELV), dümpeln bei unter sechs Prozent.

Für die Linke wird am Tag nach der Wahl eine Schlacht um die Deutungshoheit der Ergebnisse einsetzen. Die Kritiker des PS-Parteichefs Olivier Faure werden vermutlich die Wiederauferstehung der sozialdemokratischen Linken feiern und sich darin bestätigt sehen, dass Nupes Gift für die PS sei. Andere werden versuchen, eine Neuauflage der Nupes unter PS-Führung zu entwerfen. Bei LFI behauptet man trotzig, dass die Europawahlen keinen Einfluss auf die Neuformierung der Linken haben würden und dass Mélenchon seine Führung in den Umfragen wiedererlangen werde, je näher das Jahr 2027 und die nächsten Präsidentschaftswahlen rücken.

Für die Französisinnen und Franzosen sind die Wahlen zum Europaparlament die erste nationale Wahl seit 2022, seit der Wiederwahl Macrons, und die letzte vor 2027. Es ist daher nicht überraschend, dass der Europawahlkampf im Nachbarland, anders als in Deutschland, bereits seit Macrons Regierungsumbildung Mitte Januar an Fahrt aufgenommen hatte. Nicht wenige Parteien, darunter die linkspopulistische LFI, erklären die Europawahl unermüdlich zum nationalen Referendum. Und haben damit nicht einmal Unrecht.

Der sich zuspitzende Wettlauf der Mitte macht in Paris allerdings fast vergessen, dass das wahre Drama anderswo spielt: der uneinholbare Abstand beider Mitte-Parteien zur rechtsextremen Partei *Rassemblement National* (RN). Die von dem 28-jährigen Spitzenkandidaten Jordan Bardella angeführte Liste könnte laut YouGov an die 33 Prozent einfahren. 30 Prozent zumindest gelten für den RN als sicher.

Floppt Macrons Last-Minute-Strategie, droht ihm auch parteiintern Gegenwind.

Damit wächst der Druck auf die eher unbekanntere Valérie Hayer ins Unermessliche. „Macrons Autoritätskapital, über das [er] in der Folgezeit noch verfügen kann, hängt vom Wahlergebnis ab“, sagt Jérôme Fourquet vom französischen Meinungsforschungsinstitut IFOP. Schneidet Hayer besser ab als angenommen, kann Macron hoffen, noch eine Weile Herr der Lage zu bleiben. Vor allem in der eigenen Partei. Wird Hayer jedoch von Glucksmann ein- oder sogar überholt, „wird jeder verstehen, dass es mit Macron vorbei ist,“ so Fourquet. Qua Verfassung darf Macron 2027 nach zwei Amtszeiten ohnehin nicht mehr kandidieren.

Den Außenseiter Glucksmann, so viel ist klar, hatte in Macrons Wahlkampfteam niemand auf dem Schirm. Nun macht sich, angesichts des drohenden Fiaskos am 9. Juni, Panik breit. Der Präsident stürzt sich in den Wahlkampf. Spricht in einer Neuauflage seiner großen Sorbonne-Europa-Reden von der gemeinsamen Verteidigung, der Stärkung der EU gegenüber China oder den USA und über die Ukraine. Er gibt Interviews und zeigt sich. Doch die Zustimmungswerte sinken. Die französischen Wählerinnen und Wähler sorgen sich laut Umfragen eher um die Migration nach Europa (42 Prozent), den Klimawandel (36 Prozent), und die Zukunft der Landwirtschaft (35 Prozent).

Macron, der seine Spitzenkandidatin Valérie Hayer aufgegeben zu haben scheint, schickt nun seinen jungen Premier ins Rennen. Das heiß diskutierte Fernsehduell zwischen *Renaissance* und RN soll nun wenige Tage vor den Wahlen, am 23. Mai, Gabriel Attal gegen Jordan Bardella bestreiten. Marine Le Pen stichelt unterdessen genüsslich, dass das Macron-Lager seit Beginn der Kampagne „darum kämpft, aus diesen Wahlen kein Referendum für oder gegen Emmanuel Macron“ zu machen.

Floppt Macrons Last-Minute-Strategie, droht ihm auch parteiintern Gegenwind. Die Anhänger des linken Flügels, die sich um den Vorsitzenden des Gesetzausschusses in der Nationalversammlung, Sacha Houlié, versammeln, werden die Schlappe als Strafe für Macrons Rechtsruck deuten. Der Präsident hatte im Januar mit der Kabinettsumbildung und der Ernennung des jungen Gabriel Attal zum neuen Premier einen rechtspopulistischen Weg eingeschlagen. Mit einem Ergebnis um die 15 Prozent erhalte der linke Flügel Argumente, um sich einer möglichen künftigen Koalition mit den rechtslastigen Republikanern zu widersetzen.

Stufe um Stufe erklimmt Marine Le Pen den Elysée-Palast.

Genau mit diesen aber liebäugelt Macron, um 2027 alle Kräfte für den letzten Wahlkampf zu versammeln. Den Zweikampf „Progressive gegen Nationalisten“, zwischen *Renaissance* und ihren Verbündeten gegen die Partei Marine Le Pens. Glaubt man den Unkenrufen, könnte der aber schon in der Nacht zum 10. Juni entschieden werden.

Feiern die Rechtsextremen in der Wahlnacht ein doppelt so gutes Ergebnis wie Macron, ist die Erzählung des unaufhaltsamen Aufstiegs der Marine Le Pen besiegelt. Stufe um Stufe erklimmt sie den Elysée-Palast. Ihre Partei ist schon jetzt aus dem politischen Alltag Frankreichs nicht mehr wegzudiskutieren. Mit 30 Prozent Zustimmung würde *Rassemblement National* quasi „banalisiert“ und zur Mehrheitspartei werden – mit weitreichenden Konsequenzen für die Handlungsfähigkeit des französischen Parlaments.

Europawahlen, die in Frankreich zuletzt nur 50 Prozent der Wahlberechtigten an die Urnen lockten, folgen eigenen Dynamiken. Wie wenig ein Europawahl-Erfolg mit nationaler Wertschätzung zu tun haben kann, dass könnten euphorisierte Sozialisten schon mal bei

Frankreichs Grünen erfragen. Im Jahr 2009 hatte deren Liste *Europe Ecologie-Les Verts* mit über 16 Prozent einen historischen Durchbruch geschafft und sich überraschend als drittstärkste politische Gruppierung des Landes durchgesetzt. Drei Jahre später erreichte ihre Kandidatin Eva Joly bei den Präsidentschaftswahlen 2012 kaum mehr zwei Prozent. Dass diese Gefahr auch dem rechtsextremen Lager droht, davon geht gegenwärtig jedoch niemand aus – hier sind die Zustimmungswerte stabil.

Die Europawahlen jedenfalls wühlen Frankreich auf und werfen ein grelles Licht auf dessen politische Landschaft. Die durchleidet seit 2017 einen fundamentalen Wandel: Die nahezu vollständige Implosion der Volksparteien bei zeitgleicher Erstarkung der extremen Ränder. Frankreich, soviel ist jetzt klar, ist alles andere als raus aus der Phase tiefer Instabilität.

https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/gluecksmann-7511/?utm_campaign=de_40_20240517&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Großbritannien (Seiten E 150 bis E 152)

01) Abgründe der Energiewende. Während Minenbetreiber in Schweden gute Geschäfte machen, bleibt für die Gemeinden wenig übrig – außer zerstörter Natur

Von Lisa Pelling



Lisa Pelling, Stockholm

Lisa Pelling ist Chef-Analystin bei *Arena Idea*, einem in Stockholm ansässigen Thinktank der *Arena*-Gruppe, einem Netzwerk von Gewerkschaften, NGOs und Unternehmen. Lisa Pelling hat zuvor als Programmmanagerin für Migrationsfragen für den Thinktank *Global Challenge* und als politische Beraterin des schwedischen Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten gearbeitet.

13.05.2024



picture alliance / Hans Lucas | Union Europeenne

Was springt für uns dabei raus? – Diese Frage stellen sich die Menschen in Vittangi, seit bekannt wurde, dass das australische Bergbauunternehmen Talga in ihrer Nähe, in Nunasvaara in der arktischen Region Schwedens einen Grafit-Tagebau eröffnen will. Das

Seite E 151 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

möglicherweise riesengroße – als Tagebau betriebene – Bergwerk liegt direkt an den Ufern des gewaltigen Flusses Torne, vom Dorf aus gesehen stromaufwärts. In dieser atemberaubenden Berglandschaft etwa 170 Kilometer nördlich des Polarkreises will Talga in den nächsten 25 Jahren jährlich 100 000 Tonnen Grafit abbauen.

Das Unternehmen argumentiert, dass der Grafit, der hier abgebaut werden soll, eine wesentliche Ressource für die Energiewende sei: Seine einzigartige Schichtstruktur mache ihn zu einem attraktiven Material für Lithium-Ionen-Batterien, die für Elektroautos und andere Fahrzeuge sowie für Speichersysteme für erneuerbare Energien gebraucht würden. Der Planet werde davon profitieren – aber auch Vittangi?

Das Unternehmen verspricht, vor Ort rund 60 Menschen einzustellen. Aber abgesehen davon bekommt die nahe gelegene Gemeinde kaum etwas ab – außer natürlich Staub, Lärm, möglicherweise Boden- und Wasserverschmutzung und die Störung uralter Rentierpfade. Trotz der [Versprechen](#) von Talga, das Unternehmen werde die „international bewährtesten Verfahren zur Renaturierung“ anwenden, wenn es in einem Vierteljahrhundert die Gegend wieder verlässt, befürchtet Vittangi, dass am Ende doch nichts als Kiessäulen, Abraumhalden und eine zerstörte Landschaft bleiben.

Die Bergbauunternehmen zahlen fast gar nichts für das, was sie abbauen.

Schweden ist vielleicht ein Extremfall: Der Bergbau wird nur minimal besteuert, weshalb die Gemeinden außer den wenigen Arbeitsplätzen kaum Vorteile von der Mineralstoffgewinnung vor ihrer Haustür haben – ganz egal, wofür diese Mineralien genutzt werden. Die schwedischen Körperschaftssteuern sind niedrig: Bergbauunternehmen müssen lediglich eine vergleichsweise geringe Abgabe in Höhe von 0,2 Prozent auf den Wert des abgebauten Erzes zahlen. Davon gehen 0,15 Prozent an den Grundbesitzer und 0,05 Prozent an den Staat. Die Gemeinde geht leer aus.

Das Ganze sieht dann so aus: Die Bergbauunternehmen zahlen fast gar nichts für das, was sie abbauen. Im Gegenzug wird erwartet, dass sie vor Ort durch die Schaffung von Arbeitsplätzen für Einkommen sorgen. Das in Bergwerken oder im Tagebau abgebaute Erz ist für immer aus dem schwedischen Boden verschwunden – es sind endliche und erschöpfbare Ressourcen. Dabei spielt es auch keine Rolle, ob ein staatliches Bergbauunternehmen wie die schwedische LKAB den unterirdischen Reichtum abgreift, oder ein privates Unternehmen wie die australische Talga.

Von den Bergbauunternehmen wird erwartet, dass sie die Reichtümer, die sie aus der Erde holen, quasi durch die Löhne der Beschäftigten bezahlen. Damals, als im Bergbau noch viele Arbeitskräfte gebraucht wurden, war das auch eine gute Abmachung. Heute funktioniert dieses System aber nicht mehr. Grund dafür ist die Mechanisierung und Automatisierung. Im riesigen LKAB-Bergwerk Kiirunavaara, gleich nördlich von Vittangi, wurden Vorschlaghammer und Schaufeln [schon vor langer Zeit](#) durch gigantische mechanische Radlader ersetzt. Die größten haben eine Nutzlastkapazität von 25 Tonnen und können neun Kubikmeter auf einmal aufnehmen. Sie werden per Fernbedienung gesteuert, eine Arbeitskraft kann mehrere Maschinen gleichzeitig bedienen. Der Berg wurde bis zur Unkenntlichkeit ausgeschabt und ausgehöhlt – und das trifft auch für den manuellen Arbeitsanteil im Bergbau zu. Die wenigen verbliebenen Arbeitsplätze sind zwar sehr viel sicherer und weitaus besser bezahlt als früher, aber werden kaum mit den Menschen vor Ort besetzt. Maschinen ersetzen seit langem die Arbeiter und Maschinen zahlen keine Gemeindesteuern.

Und das ist nicht das einzige Problem. Viele der Beschäftigten in der Bergbauindustrie zahlen ihre Einkommenssteuer nicht am Arbeitsort. Als die Stadt Kiruna 1898 gegründet wurde, gab es die Wörter „einfliegen“ und „ausfliegen“ noch gar nicht, heute aber pendeln laut Aussage des Bürgermeister Mats Taaeveniku einige Tausend Menschen jede Woche mit dem Flugzeug nach Kiruna. Sie zahlen ihre Steuern andernorts – fliegen also im wahrsten Sinne des Wortes mit ihren Gewinnen aus dem Bergbau davon. Das gilt auch für die Bereiche Technik, Verwaltung und Management der LKAB. Der Hauptsitz des Unternehmens befindet sich in der Küstenstadt Luleå und einige der bestbezahlten leitenden Angestellten haben ihre Büros im World Trade Center Stockholm.

Das fossile Grafit, das Talga abbauen will, könnte sich als Umweg für die Energiewende erweisen.

Dieses Bergwerk ist unglaublich ergiebig – es enthält vermutlich eines der größten Eisenerzvorkommen der Welt – und doch hat die Gemeinde Schulden in Höhe von über 200 Millionen Euro. Der Vorsitzende des Gemeinderats kam zu einer offensichtlichen Schlussfolgerung: Für die Stadt Kiruna ist es nicht zumutbar, dem Rest Schwedens und der Welt Wohlstand zu liefern, während sie sich nicht einmal die Grundversorgung ihrer eigenen Bewohner leisten kann. Als Talga die Gemeinde Anfang des Jahres drängte, die nötigen Genehmigungen zu erteilen, damit das Unternehmen mit dem Bergbau in Nunasvaara beginnen könne, verlor der Bürgermeister daher die Geduld und legte das gesamte Genehmigungsverfahren auf Eis.

Und das war eine gute Entscheidung. Denn das fossile Grafit, das Talga abbauen will, könnte sich als Umweg für die Energiewende erweisen – das Forstunternehmen Stora Enso [entwickelt gerade ein alternatives Material](#), das auf Rohstoffen aus dem Wald basiert. Gerade weil Talgas Geschäftstätigkeit als Teil des Übergangs dargestellt wird, ist es entscheidend, dass auch die Gemeinde vor Ort davon profitiert.

Überall in Europa sind Gemeinden dabei, ihren Weg zu einem gerechten Übergang zu finden. In der finnischen Region Pohjois-Pohjanmaa erheben die Gemeinden eine Grundsteuer für Windkraft-Unternehmen und haben ein System mit „Dorf-Gutscheinen“ ausgehandelt, um sicherzustellen, dass ein Anteil der Unternehmensgewinne vor Ort investiert wird. Durch ein [beeindruckendes Modell](#), das unter anderem die Verpachtung lokaler Grundstücke an Windparks beinhaltet, hat sich der deutsche Rhein-Hunsrück-Kreis westlich von Frankfurt am Main von einer bettelarmen zu einer prosperierenden Region entwickelt. Auf der dänischen Insel Bornholm ersetzt der innovative Industriepark GreenLab die in der Finanzkrise von 2008 verloren gegangenen Arbeitsplätze mit nachhaltigen Beschäftigungsmöglichkeiten.

[Elon Musks elektrische Teslas](#) sind vielleicht von großem Wert für die Energiewende, aber das kann nicht als Rechtfertigung dafür dienen, die Rechte von Arbeiterinnen und Arbeitern zu ignorieren oder [sich zu weigern](#), einen Tarifvertrag zu unterzeichnen. Die Energiewende muss sozial gerecht eingebettet werden – egal ob bei Tesla oder Talga.

Dieser Artikel ist eine gemeinsame Veröffentlichung von [Social Europe](#) und dem IPG-Journal.

Aus dem Englischen von Ina Goertz

https://www.ipg-journal.de/rubriken/wirtschaft-und-oekologie/artikel/abgruende-der-energiewende-7497/?utm_campaign=de_40_20240514&utm_medium=email&utm_source=newsletter